



Heribert Dieter

Indien

Porträt einer
aufstrebenden Großmacht



Bundeszentrale für
politische Bildung



Umstrittene Gebiete:

- 1 Gilgit-Baltistan und Azad Kashmir: von Pakistan verwaltet, von Indien beansprucht
- 2 von Indien verwaltet, von Pakistan beansprucht
- 3 Shaksgam: von Pakistan 1963 an China abgetreten, von Indien beansprucht
- 4 Siachen-Gletscher: ungeklärter Status zwischen Pakistan und Indien, von Indien besetzt
- 5 Aksai Chin: von China verwaltet, von Indien beansprucht
- 6 von Indien verwaltet, von China beansprucht

0 1 : 16 500 000 500 km

© mr-kartographie, 2026

Indien – administrative Gliederung

- Staatsgrenze
- - - strittige Grenze
- . - . - . Demarkationslinie
- Grenze eines Bundesstaates bzw. Unionsterritoriums

INDIEN

Odisha Bundesstaat in Indien

Ladakh Unionsterritorien:

- 1 Dadra und Nagar Haveli und Daman und Diu
- 2 Puducherry mit den Exklaven Karaikal, Mahe und Yanam

Neu-Delhi Hauptstadt Indiens

Raipur Hauptstadt eines indischen Bundesstaates bzw. Unionsterritoriums

Srinagar* Hauptstadt im Sommer

Kargil** Hauptstadt im Winter

Einwohner/-innen

- > 5 000 000
- 1 000 000 – 5 000 000
- 100 000 – 1 000 000
- < 100 000

Heribert Dieter

Indien. Porträt einer aufstrebenden Großmacht

Schriftenreihe Band 11370

Heribert Dieter

Indien

Porträt einer aufstrebenden Großmacht

Prof. Dr. Heribert Dieter ist seit 2001 Wissenschaftler in der Forschungsgruppe Globale Fragen der Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP) in Berlin und seit 2017 außerplanmäßiger Professor an der Universität Potsdam. Von 2008 bis 2023 lehrte er an der Zeppelin Universität, Friedrichshafen. In den Jahren 2019 und 2020 war er Gastprofessor am Asia Global Institute der University of Hong Kong. Dieter reist seit 2006 regelmäßig nach Indien und ist seit 2022 Gastprofessor am National Institute of Advanced Studies in Bengaluru, Karnataka.

Diese Veröffentlichung stellt keine Meinungsäußerung der Bundeszentrale für politische Bildung dar. Für die inhaltlichen Aussagen trägt der Autor die Verantwortung. Beachten Sie bitte auch unser weiteres Print- sowie unser Online- und Veranstaltungsangebot. Dort finden sich weiterführende, ergänzende wie kontroverse Standpunkte zum Thema dieser Publikation.

Bonn 2026

© Bundeszentrale für politische Bildung

Bundeskanzlerplatz 2, 53113 Bonn, info@bpb.de

Projektkoordination: Dr. Miriam Shabafrouz, bpb

Lektorat und Korrektorat: Eik Welker, Münster

Umschlaggestaltung: Michael Rechl, Kassel

Umschlagfoto: © NicoElNino / Getty Images

Karten: mr-kartographie; Eisenach

Satzherstellung: le-tex publishing services GmbH, Leipzig

Druck: Druck- und Verlagshaus Zarbock GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main

ISBN 978-3-7425-1370-0

www.bpb.de

Inhalt

Vorwort	9
1. Einleitung	13
1.1. Warum heute ein Buch über Indien?	15
1.2. Der Aufbau des Buches	19
2. Schlaglichter der indischen Wirtschaftsgeschichte	25
2.1. Die vorkoloniale Zeit	26
2.2. Von den Portugiesen zur East India Company – 1498 bis 1800	30
2.3. Der britische Rauschgiftmilitarismus und der wirtschaftliche Niedergang Indiens im zeitgenössischen Diskurs – 1800 bis 1850	38
2.4. Das Zeitalter des kolonialen Kapitalismus – 1850 bis 1914	48
2.5. Der schleichende Zusammenbruch der britischen Kolonialherrschaft und der indische Kampf um Unabhängigkeit – 1914 bis 1947	56
2.6. Die Teilung Britisch-Indiens und die indische Staatsgründung 1947	66
2.7. Nehrus sozialistische Wirtschaftspolitik – 1947 bis 1964	75
2.8. Turbulente Jahre der wirtschaftlichen Stagnation unter Indira Gandhi – 1966 bis 1984	87
2.9. Finanzkrise und Liberalisierung der indischen Wirtschaft – 1984 bis 2014	94

3. Die indische Innenpolitik und der Aufstieg der BJP..... 103

- 3.1. Die BJP und ihre Betonung des Hinduismus..... 105
- 3.2. Der Konflikt zwischen Hindus und Muslimen und die Rolle des Premierministers..... 110
- 3.3. Die Reformen der Regierung Modi..... 117
- 3.4. Die Schwäche der Kongresspartei und der Ausgang der Wahl 2024..... 125
- 3.5. Der politische Umgang mit dem indischen Kastenwesen..... 130
- 3.6. Die sinkende Erwerbsquote von Frauen und die fehlenden Mädchen..... 132
- 3.7. Die konservative indische Gesellschaft..... 138
- 3.8. Herausforderungen für das indische Bildungssystem zwischen Alphabetisierung und Elitenausbildung..... 141

4. Indiens Außenpolitik und die Rivalität mit China..... 149

- 4.1. Der Grenzkonflikt zwischen Indien und China als Spiegel der indisch-chinesischen Rivalität..... 152
- 4.2. Die wirtschaftliche Konkurrenz zwischen Indien und China..... 157
- 4.3. Die unterschiedliche demografische Entwicklung Chinas und Indiens..... 163
- 4.4. Kooperation trotz Rivalität?..... 166
- 4.5. Indien als Schlüsselstaat im geopolitischen Konflikt..... 170
- 4.6. Die Fallstricke einer wertebasierten Politik gegenüber Indien..... 176

5. Indiens sicherheitspolitische Strategien	183
5.1. AUKUS und Quad	185
5.2. Die Perspektiven militärischer Kooperation im indopazifischen Raum	190
5.3. Indien zwischen Russland und dem Westen	193
 6. Die Entwicklung der indischen Wirtschaft	 201
6.1. Die heutige indische Wirtschaft: Zugleich modern und traditionell	203
6.2. Die indische Diaspora	213
6.3. Ausländische Direktinvestitionen	220
6.4. Der Ausbau der Infrastruktur	223
6.5. Indiens Außenhandel: Zwischen Autarkie und Freihandelsabkommen	231
6.6. Die Europäische Union als schwieriger Partner: CBAM und CSDDD	242
6.7. Die Lage des Finanzsektors: Stabiler als vor zehn Jahren	248
6.8. Kann die Rupie eine Weltwährung werden und die Stellung des US-Dollars gefährden?	251
 7. Die vielversprechenden Aussichten Indiens	 259
7.1. Die demografische Entwicklung des bevölkerungsreichsten Landes der Welt	260
7.2. Kann Indien die neue „Werkbank der Welt“ werden?	262

7.3. Die Nachhaltigkeit der indischen Wirtschaft.....	266
---	-----

7.4. Wird Indien und nicht China die asiatische Großmacht des 21. Jahrhunderts?	268
--	-----

8. Schlussbemerkungen: Hat Indiens Jahrhundert begonnen?	275
---	------------

Anmerkungen	278
-------------------	-----

Literaturverzeichnis	294
----------------------------	-----

Verzeichnis der Tabellen, Abbildungen und Karten	310
--	-----

Bildnachweis	312
--------------------	-----

Vorwort

Indien ist ein Land, das entweder begeistert oder verstört. Nur wenige Besucherinnen und Besucher des Subkontinents haben eine zurückhaltende Perzeption der größten Demokratie der Welt. Ich selbst reise seit dem Jahr 2006 immer wieder nach Indien und bin von den Entwicklungen im Land jedes Mal aufs Neue verblüfft und angetan.

In diesem Buch geht es aber nicht um Sympathien oder Antipathien gegenüber Indien, sondern vor allem um die Rolle des Landes in den internationalen Beziehungen. In Deutschland hat Indien lange Zeit wenig Aufmerksamkeit erhalten. Das Land galt vielen Beobachterinnen und Beobachtern als bunt, arm und schwierig. Weder die deutsche Außenpolitik noch deutsche Unternehmen oder die Wissenschaft haben Indien eine besondere Bedeutung zugesprochen. Diese Ignoranz gegenüber dem bevölkerungsreichsten Land und der fünftgrößten Volkswirtschaft der Welt dürfte der Vergangenheit angehören. Die indische Gesellschaft und ihre selbstbewusste Regierung drängen ungeduldig auf die Bühnen der internationalen Politik. Sie werden dort künftig einen bedeutenden Platz einnehmen.

Der aktuelle geopolitische Konflikt zwischen der Volksrepublik China und den Vereinigten Staaten von Amerika stellt für zahlreiche Entwicklungs- und Schwellenländer sowohl eine politische als auch eine ökonomische Herausforderung dar. Die bruske und erratische Zollpolitik der US-amerikanischen Regierung ist dabei ebenso problematisch wie die eigennützige Außenwirtschaftspolitik Chinas. Aus dieser Konstellation zweier geopolitischer Rivalen, die auf Konfrontation setzen und die Bildung von Koalitionen vernachlässigen, entwickelt sich für Indien aber auch eine Chance. Zahlreiche Entwicklungs-, Schwellenländer und Industrieländer versuchen derzeit, auf die neue Lage in den internationalen Beziehungen durch Schaffung jeweils eigener Kooperationsformate zu reagieren. Indien selbst hat nach den Brüskierungen durch US-Präsident Donald Trump seit dessen Amtsantritt im Januar 2025 seine Außen- und Außenwirtschaftspolitik deutlich verändert. Die Vereinbarung zur Schaffung einer Freihandelszone zwischen der Europäischen Union und Indien im Januar 2026 ist ein Ausdruck dieser neuen Flexibilität der indischen Politik.

Mittel- und langfristig spricht viel dafür, dass Indien, und nicht China, die bedeutendste asiatische Macht in der zweiten Hälfte des 21. Jahrhunderts

werden wird. Die Bevölkerungszahl Indiens wird diejenige Chinas schon im Jahr 2050 um 350 Millionen Menschen übersteigen. Im Jahr 2100 werden voraussichtlich mehr als doppelt so viele Menschen in Indien wie in China leben. Der ehemalige australische Premierminister Tony Abbott stellte im November 2025 die These auf, dass das 21. Jahrhundert Indien gehören und dass das Land in vier bis fünf Jahrzehnten die USA als Führungsmacht der freien Welt ablösen werde. Damit hat Abbott eine zentrale Frage für die indische Außenpolitik aufgeworfen: Kann Indien anderen demokratischen Ländern – anders als derzeit China und die USA – attraktive Kooperationsformen anbieten und damit die frühere Idee der blockfreien Staaten weiterentwickeln? Wird Indien, das spätestens im Jahr 2030 die drittgrößte Volkswirtschaft der Welt sein wird, nicht nur für Entwicklungs- und Schwellenländer, sondern auch für Industriestaaten einen Club demokratischer Marktwirtschaften schaffen? Gewiss erscheint ein solches Bild im Jahr 2026 verwegen, aber angesichts des Ehrgeizes der indischen Politik und Gesellschaft erscheint die Entwicklung Indiens zu einer globalen Führungsmacht langfristig im Bereich des Möglichen.

Indiens Entwicklung von der vorkolonialen Zeit bis heute zu betrachten, wie es in diesem Buch getan wird, ist ambitioniert. Kennerinnen und Kenner der indischen Geschichte und Gesellschaft werden gewiss an der einen oder anderen Stelle umfassendere Betrachtungen vermissen. Allerdings erscheint es mir wichtig, ja unabdingbar, nicht nur das heutige Indien zu beleuchten, sondern auch einen intensiven Blick auf die indische Geschichte zu werfen. Dieser kann, zumal aus dem fernen Deutschland, indes nur lückenhaft und unvollständig sein.

Dieses Buch entstand in den Jahren 2023 bis 2025, jedoch lieferten zahlreiche Reisen nach Indien zuvor bereits Denkanstöße für eine intensivere Beschäftigung mit dem Subkontinent. Danken möchte ich ganz besonders den Leitern des Landesbüros der Konrad-Adenauer-Stiftung, die mich viele Male nach Neu-Delhi und andere Orte einluden und mir unschätzbare Kontakte zu indischen Gesprächspartnern vermittelten. Jörg Wolff, Beatrice Gorawantschy, Lars Peter Schmidt und Peter Rimmel haben mir in vielen Gesprächen Indien nähergebracht und mir das Verständnis dieses alten und komplexen Landes erleichtert.

Danken möchte ich auch meinen Gastgebern und Kooperationspartnern in Indien. Mit Rajiv Kumar habe ich im Jahr 2009 in einer Kommission der University of Warwick zur Zukunft des internationalen Finanzsystems zusammengearbeitet; seitdem stehen wir in engem Kontakt. Rajiv Kumar leitete einige Jahre „Niti Aayog“, das wichtigste Wirtschaftsberatungsgremium der indischen Regierung. Bei der Tätigkeit in der im Jahr 2007 entstandenen „Warwick Commission

on the Future of the Multilateral Trading System“ habe ich Pradeep S. Mehta, Generalsekretär der Consumer Unity and Trust Society (CUTS), kennengelernt. Viele hitzige Debatten über die Effekte der internationalen Arbeitsteilung haben uns nicht daran gehindert, in Kontakt zu bleiben und uns immer wieder über die Entwicklungen der indischen Wirtschaft auszutauschen.

Samir Saran und Sunjoy Joshi von der Observer Research Foundation (ORF) haben mich zu einigen Veranstaltungen nach Neu-Delhi eingeladen und mir interessante Perspektiven eröffnet. Im Jahr 2019 forschte ich einige Wochen als Gastwissenschaftler am „Gateway House“ in Mumbai und danke für die große Gastfreundschaft von Manjeet Kripalani, der Direktorin des Hauses. Seit dem Jahr 2022 forsche ich regelmäßig am National Institute of Advanced Studies (NIAS) in Bengaluru und bin dort Gastprofessor. Mein Kooperationspartner D. Suba Chandran leitet nicht nur mehrere Forschungsteams, sondern hat einige Gastvorträge sowohl in Bengaluru als auch in anderen Städten Südindiens organisiert. Die offene Diskussionsatmosphäre am NIAS ist eine große Inspiration. Die dortigen Debatten sind konstruktiv, kritisch und von Respekt für die Gesprächspartner geprägt. Auch deshalb ist es immer wieder anregend, nach Indien zu reisen und aktuelle Fragen der internationalen Politik zu diskutieren.

Ebenfalls danken möchte ich für die Unterstützung meiner wissenschaftlichen Arbeit meinen Kolleginnen Isabelle Faulhaber, Rebecca Majewski und Lisa Voigt, die mir auch bei kniffligen Fragen stets helfen konnten. Besonderer Dank gilt Miriam Shabafrouz, meiner Redakteurin bei der Bundeszentrale für politische Bildung, und Hans-Georg Golz, dem dortigen Leiter des Referats „Bücher“. Beide haben mich zu diesem Buchprojekt ermutigt und mich bis zur Fertigstellung des Projekts mit viel Geduld unterstützt. Mein Lektor Eik Welker hat das Manuskript umfassend überarbeitet und ich danke ihm sehr herzlich.

Als Besucher und Beobachter Indiens ist man immer wieder mit der Frage konfrontiert, welcher Name denn der angemessene ist. Ist es zwingend, von Mumbai zu sprechen, oder kann weiterhin der von den Briten stammende Name Bombay verwendet werden? Muss es Bengaluru heißen oder geht auch das britische Bangalore? Sollte die Hauptstadt des Bundesstaates Tamil Nadu Chennai genannt werden oder kann man auch noch von Madras sprechen? Selbst dortige Institutionen verwenden noch den alten, wohlklingenden Namen, etwa die im Jahr 1956 gegründete Madras Management Association. Ich habe in diesem Buch jeweils die heute gebräuchlichen Bezeichnungen verwendet, wohl wissend, dass es in Hinblick auf indische Namen keine absolute Wahrheit gibt, wie der frühere Botschafter der USA in Indien, John Kenneth Galbraith, bereits 1969 schrieb (Galbraith 1969: xvi).



1. Einleitung



1. Einleitung

Seit vielen Jahren gilt Indien als ein Land mit großem wirtschaftlichen Potenzial, aber immer wieder wurden hoch gesteckte Erwartungen enttäuscht, denn häufig entwickelte sich Indien schwächer als erwartet. Schon Ende der 1950er-Jahre prognostizierten die US-amerikanischen Ökonomen Max F. Millikan und Walt W. Rostow, Indien stehe vor einem anhaltenden Aufschwung, dem „take-off“ (Millikan/Rostow 1958: 429). Diese Prognose war jedoch wie viele weitere zu optimistisch, und Indien fiel immer wieder in Phasen langsamer wirtschaftlicher Entwicklung zurück.

Vor gut 40 Jahren beschrieb Amartya Sen, dem im Jahr 1998 der Preis der Schwedischen Reichsbank für Wirtschaftswissenschaften verliehen wurde, die Perzeption seines Heimatlandes in düsteren Worten. Indien werde als ein von Armut, Hungersnöten, Krankheit, Elend, Kastenwesen, Unberührbarkeit, Separatismus und Chaos geprägtes Land wahrgenommen (Sen 1982). Heute hat sich das Bild Indiens in den Augen vieler Beobachterinnen und Beobachter geändert. Indien gilt, bei aller gebotenen Skepsis, als aufstrebende Wirtschaftsmacht und als wichtiger Akteur in den internationalen Beziehungen. Das Land ist als Partner gefragt, sowohl bei ausländischen Politikerinnen und Politikern als auch bei Investoren.

Der frühere deutsche Botschafter in Indien Walter Lindner betont, dass in Indien zur gleichen Zeit verschiedene Länder in unterschiedlichen Jahrhunderten existieren: auf der einen Seite das moderne Indien, das die Welt mit komplexer Software versorgt und als erst vierte Nation der Welt erfolgreich Raketen zum Mond geschickt hat; und auf der anderen Seite das fast noch mittelalterliche ländliche Indien, wo Ernten mit Ochsenkarren eingebracht werden und der nächste Brunnen oft kilometerweit entfernt ist (Lindner/Wolter 2024: 12).

Bild S. 12/13: Navi Mumbai im Bundesstaat Maharashtra, 19. März 2024. In der 1971 geplant angelegten Satellitenstadt von Mumbai entstehen zahlreiche neue Hochhäuser und eine neue Metrolinie. Die Einwohnerzahl von Navi Mumbai liegt bei rund 1,1 Millionen

1.1. Warum heute ein Buch über Indien?

Die Bilanz der Entwicklung Indiens in den vergangenen gut 40 Jahren liest sich recht beeindruckend. Seit 1980 wuchs die jährliche Pro-Kopf-Wirtschaftsleistung um durchschnittlich sieben Prozent.¹ Gleichzeitig hat sich die Bevölkerung des Landes von 1980 bis 2022 von 697 Millionen auf 1,422 Milliarden Menschen mehr als verdoppelt.² Indien ist im Jahr 2023 zum bevölkerungsreichsten Staat der Welt geworden und wird dies wohl, auch wegen der deutlich sinkenden Bevölkerungszahlen in China, im gesamten 21. Jahrhundert bleiben. Noch vor der Mitte des Jahrhunderts, im Jahr 2047, wird jeder fünfte Arbeitsplatz auf der Welt von einem Inder oder einer Inderin gehalten werden (Hein 2023).

Indien ist nach Angaben der Weltbank heute die fünfgrößte Volkswirtschaft der Welt.³ Prognosen der US-amerikanischen Technologiebörse NASDAQ zufolge soll Indien schon im Jahr 2027 Japan und Deutschland überholt haben und auf Platz drei hinter China und den USA stehen.⁴ Indiens Wirtschaftsleistung könnte bis zum Jahr 2032 auf 8 500 Milliarden US-Dollar wachsen, was einem Zuwachs des Bruttoinlandsprodukts seit dem Jahr 2023, als es bei 3 567 Milliarden US-Dollar lag, um knapp 140 Prozent entspräche. In den kommenden Jahren könnte die indische Volkswirtschaft tatsächlich zu einem Wachstumspol der Weltwirtschaft werden. Verschiedene Faktoren fördern ihren Aufstieg: die stabile demografische Entwicklung, der erfolgreiche Ausbau der Infrastruktur, aber auch die geopolitische Lage.

Im Jahr 2025 weist Indien nach Angaben des US-amerikanischen Wirtschaftsmagazins *Forbes* 205 Milliardäre auf und liegt hinter den USA, wo 902 Milliardäre leben, und China (450) auf Rang drei. Die Zahl der Milliardäre in Deutschland ist nach Angaben von *Forbes* 2025 auf den neuen Rekordwert von 171 Menschen gestiegen. *Forbes* gibt einen Rückgang des Vermögens aller Milliardäre in Indien von 13 Milliarden US-Dollar gegenüber dem Vorjahr an, während die Superreichen in Deutschland einen kräftigen Vermögenszuwachs von 644 auf 793 Milliarden US-Dollar verzeichneten.⁵

Zugleich erlebt die breite Bevölkerung eine deutliche Verbesserung ihrer materiellen Lage. Im Jahr 2023 hatten nahezu alle Inderinnen und Inder (99 Prozent) ein Bankkonto, während es vor zehn Jahren erst 59 Prozent waren (Sidharta/Gupta 2023). Mobiltelefone prägen seit zwei Jahrzehnten den indischen Alltag: Sie werden zur Unterhaltung verwendet, aber auch zur Bezahlung von zum Teil sehr kleinen Rechnungen, etwa für eine Mango am Obststand. Im Jahr 2000 gab es in ganz Indien erst drei Millionen Nutzende von

Mobiltelefonen. Schon Ende des Jahres 2005 waren es 100 Millionen (Luce 2009: 37). Im Jahr 2023 überschritt die Zahl der Smartphone-Nutzenden in Indien die Milliardenchwelle. Im Jahr 2023 betrug der durchschnittliche Datenverbrauch pro Sim-Karte 18 Gigabyte im Monat und lag damit mehr als dreimal so hoch wie in Deutschland.⁶

Dabei ist Indien, trotz beachtlichen wirtschaftlichen Wachstums seit der schweren Wirtschaftskrise im Jahr 1991, immer noch arm. 23 Prozent der Erwachsenen, immerhin etwa 250 Millionen Menschen, konnten im Jahr 2023 nach Angaben der Weltbank weder lesen noch schreiben. Der Anteil der Analphabeten lag im Jahr 1991 allerdings noch bei mehr als der Hälfte der damaligen Bevölkerung.⁷ Im Jahr 2004 lebten noch 40 Prozent der Menschen in Indien in absoluter Armut; dieser Anteil konnte bis 2019, dem letzten Jahr vor der Coronapandemie, auf 13 Prozent gesenkt werden.⁸ Dies heißt aber auch, dass noch immer etwa 140 Millionen Menschen in absoluter Armut leben. Die Effekte der Pandemie lassen sich noch nicht abschließend beziffern. Nach Angaben von UNICEF wies Indien im Jahr 2022 eine der höchsten Raten unterernährungsbedingter Mangelerscheinungen bei Kindern weltweit auf. Etwa ein Drittel der Kinder waren unterernährt, was einem Anteil wie in einigen afrikanischen Ländern wie Äthiopien oder Sudan entspricht.⁹

65 Prozent der Bevölkerung Indiens leben auf dem Land und 47 Prozent, also rund 700 Millionen Menschen einschließlich der Familienangehörigen, leben von der Landwirtschaft.¹⁰ Der zuletzt genannte Anteil wird in den kommenden Jahren vermutlich deutlich sinken. Von 1991 bis 2024 ist der Anteil der in der Landwirtschaft Beschäftigten an allen Arbeitnehmern von über 60 Prozent auf etwas über 40 Prozent gefallen. Zugleich sank der Beitrag der Landwirtschaft zur indischen Wirtschaftsleistung von etwa 34 Prozent auf rund 15 Prozent.¹¹

Ganz entscheidend für den weiteren wirtschaftlichen Aufstieg Indiens wird es sein, die verarbeitende Industrie zu stärken und Arbeitsplätze außerhalb der Landwirtschaft zu schaffen. Die indische Regierung unter Premierminister Narendra Modi verfolgt seit 2014 einen Dreiklang aus vorsichtiger Liberalisierung der Wirtschaft, zügigem Ausbau der Infrastruktur und gleichzeitiger Dämpfung der negativen Folgen der Liberalisierung durch internetgestützte Zahlungen von Sozialleistungen. Sie hat die administrativen und regulatorischen Hürden für in- und ausländische Unternehmen seit dem Jahr 2014 deutlich gesenkt. Die Weltbank erfasste die Beschränkungen, denen Investoren unterliegen, bis 2021 in einem Index, dem „Ease of Doing Business Index“.¹² Dort nahm Indien im Jahr 2019 einen respektablen 62. Platz ein und lag nur knapp hinter

Mexiko (Platz 60) und Italien (Platz 58).¹³ Seit 2014, dem Beginn von Modis Regierungszeit, hatte sich das Land im Weltbank-Ranking von Platz 142 um bemerkenswerte 80 Plätze verbessert. Auch wenn es immer wieder Kritik an der Aussagekraft dieses Weltbank-Indexes gibt, ist deutlich erkennbar, dass die indische Regierung mit Nachdruck am Abbau bürokratischer Hemmnisse arbeitet und dabei auch Erfolge aufzuweisen hat. Unternehmen können seit dem Jahr 2020 vollständig online gegründet werden. Die indische Regierung ist nach Einschätzung der britischen Zeitschrift *The Economist* heute eher ein Teil der Lösung als das größte Problem.¹⁴

Indien verfügt heute über ein durchschnittliches Pro-Kopf-Bruttoinlandsprodukt von 2 200 US-Dollar im Jahr und ist nach wie vor ein armes Land. Allerdings lag dieser Wert im Jahr 2000 noch bei 400 US-Dollar.¹⁵ Nur rund 26 Millionen Inderinnen und Inder verfügten im Jahr 2018 über ein Nettovermögen von mehr als 13 700 US-Dollar. Die reichsten 1,5 Millionen verfügten indes über ein Nettovermögen von mindestens 137 000 US-Dollar.¹⁶

Indien rückt auch wegen der strukturellen Veränderungen in den internationalen Wirtschaftsbeziehungen verstärkt in den Fokus ausländischer politischer Akteure und Unternehmen. Die Weltwirtschaft wird im dritten Jahrzehnt des 21. Jahrhunderts durch drei Entwicklungen verändert. Die erste und wahrscheinlich wichtigste ist der geopolitische Konflikt zwischen China und den Vereinigten Staaten. Es gibt keine Anzeichen dafür, dass dieser Konflikt in absehbarer Zeit beendet sein wird, zumal der im November 2024 erneut zum US-Präsidenten gewählte Donald Trump für eine harte Linie gegenüber China bekannt ist. Trumps im April 2025 verkündete Zollerhebungen richten sich zwar gegen sehr viele Länder, aber kein Land wird so hart getroffen wie die Volksrepublik China. Der geopolitische Konflikt zwischen den USA und China prägt die US-amerikanische Außenpolitik seit nahezu zehn Jahren und würde auch bei einem abermaligen Wechsel im Weißen Haus im Jahr 2029 vermutlich fortgesetzt werden. Sowohl in den USA als auch in China verfolgen die heutigen Regierungen einen außenwirtschaftspolitischen Kurs, der eher auf Autarkie und weniger auf internationale Arbeitsteilung setzt.

Die zweite Entwicklung ist die Neuordnung der Lieferketten im internationalen Handel, die zum Teil auf die Coronakrise, vor allem aber auf strukturelle Trends zurückzuführen ist, insbesondere dem Interesse von Unternehmen an einer Diversifizierung ihrer Lieferanten. Viele Unternehmen weltweit haben erkannt, dass die Abhängigkeit von einem oder einigen wenigen Lieferanten eine kurzfristig oft kostengünstige Strategie ist, die im Krisenfall sehr teuer werden

kann. Im Grunde geht es darum, mehr als nur einen (chinesischen) Lieferanten zu haben. Bestes Beispiel ist Apple: Bis vor wenigen Jahren wurden sämtliche iPhones in China gefertigt. Nun wird Indien rasch zum zweiten Standort ausgebaut: Die *Financial Times* spricht von Apples stillem Schwenk nach Indien. Schon im Jahr 2027 soll ein Viertel aller iPhones in Indien hergestellt werden (Acton/Reed 2025).

Der dritte Trend ist die anhaltende Wachstumsschwäche in China, hervorgerufen durch die demografischen Probleme der Volksrepublik in Verbindung mit einer schweren Immobilienkrise (Dieter 2023). Die Kommunistische Partei versucht, durch eine weitere Ausweitung der Exporte die Krise zu überwinden, und belastet damit die internationalen Wirtschaftsbeziehungen, denn schon heute wird fast ein Drittel aller weltweit produzierten Industrieerzeugnisse in China hergestellt. Gleichzeitig setzt die chinesische Führung nach innen auf Selbstversorgung und Teilautarkie, die als Instrumente dienen sollen, um die Herrschaft der Kommunistischen Partei Chinas zu sichern.

Diese Entwicklungen werden zu einer neuen internationalen Arbeitsteilung führen. Andere Volkswirtschaften, allen voran Indien, werden die Chancen, die sich aus Chinas Schwäche ergeben, vermutlich nutzen. Die internationale Arbeitsteilung, die den Lebensstandard von Hunderten von Millionen Menschen angehoben hat, funktioniert weiterhin, auch wenn bedeutende Volkswirtschaften, etwa die Volksrepublik China und die Vereinigten Staaten, die vermeintlichen Vorzüge autarken Denkens wiederentdecken (Dieter/Biedermann 2022).

Fraglos hat das Jahr 2023 die neue Bedeutung Indiens in den internationalen Beziehungen deutlich werden lassen. Das Land hielt zugleich die Präsidentschaft der G20, der Gruppe der wichtigsten Volkswirtschaften der Welt, und der „Shanghai Cooperation Organization“, einer eurasischen Gruppe, die sich in erster Linie mit Sicherheitspolitik beschäftigt und deren prägende Mitgliedsländer die Volksrepublik China und Russland sind. Diese beiden Präsidentschaften verdeutlichen auf symbolische Weise, dass Indien heute zu den führenden Mächten in den internationalen Beziehungen gehört (Vaishnav 2023).

Angesichts des Bedeutungszuwachses Indiens im internationalen Machtgefüge ist es angebracht, sich näher mit diesem großen und komplizierten Land zu beschäftigen. Die deutsche Gesellschaft sowie die deutsche und europäische Außenpolitik sollten Indien besser kennen, um sich auf künftige Entwicklungen in den internationalen Beziehungen einstellen zu können. Der deutsche Bundeskanzler Friedrich Merz hat schon deutlich zum Ausdruck gebracht, dass ihm gute Beziehungen zu Indien wichtig sind. Im Januar des Jahres 2026 reiste

er nach Ahmedabad, Heimatstadt des indischen Premierministers Modi, und ins südindische Bangalore. Während seine Parteifreundin Angela Merkel während ihrer 16-jährigen Amtszeit zwölfmal in die Volksrepublik China, aber nur dreimal nach Indien reiste, setzt Merz einen neuen Schwerpunkt in der deutschen Außenpolitik. Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen flog ebenfalls im Januar 2026 nach Indien und unterzeichnete dort das richtungsweisende Freihandelsabkommen zwischen Indien und den Ländern der Europäischen Union. Diese Besuche von Spitzenpolitikern verdeutlichen, dass Deutschland und Europa keineswegs gewillt sind, tatenlos die Brückierungen durch US-Präsident Trump und die eigennützige Außenwirtschaftspolitik Chinas hinzunehmen. Nicht nur dadurch spielt Indien in der internationalen Politik schon heute eine herausgehobene Rolle.

Wenn die indische Wirtschaft weiterhin so wachsen wird, wie es gegenwärtig den Anschein hat, wird das Land auch in den internationalen Wirtschaftsbeziehungen ein gewichtigeres Wort mitreden. Dieses Buch soll einen Beitrag zur Intensivierung der Diskussion in Deutschland über Indien leisten. Die Beschäftigung mit Indien wird ein unverzichtbarer Bestandteil der deutschen und europäischen außenpolitischen Debatte werden.

1.2. Der Aufbau des Buches

Angesichts der langen Geschichte Indiens und der Komplexität der indischen Wirtschaft muss zu Beginn der Beschäftigung mit diesem Land eine strikte Auswahl der zu untersuchenden Fragen und Themenfelder erfolgen. In diesem Buch werden im zweiten Kapitel zunächst einige ausgewählte Aspekte der indischen Geschichte betrachtet. Die heutigen Debatten in Indien, etwa im Bereich der Handelspolitik, können nicht verstanden werden, ohne die Kolonialgeschichte des Landes zu beleuchten. Indien war vor der Kolonialisierung eine bedeutende Volkswirtschaft. Vor allem die britische Kolonialzeit führte dann zu einer Schwächung Indiens. In nahezu 350 Jahren unter englischem beziehungsweise britischem Einfluss, von der Gründung der East India Company im Jahr 1600 bis zum Ende der britischen Kolonialherrschaft und der Unabhängigkeit Indiens 1947, stieg die indische Pro-Kopf-Wirtschaftsleistung lediglich um insgesamt etwa zwölf Prozent. Im Vereinigten Königreich hingegen stieg die Pro-Kopf-Wirtschaftsleistung im gleichen Zeitraum um über 650 Prozent an (Maddison 2001: 112). Die Kolonialmacht entwickelte sich, die indische Gesellschaft blieb zurück.

Bei diesen sehr unterschiedlichen Entwicklungen spielte die britische Handelspolitik eine wesentliche Rolle: Solange die indischen Textilunternehmen wettbewerbsfähiger waren als die britischen, beschränkte London den Import von Stoffen aus Indien, etwa durch den *Calico Act* des Jahres 1701. Nach der Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit englischer Produzenten durch die Einführung mechanisierter Webstühle entdeckte die Kolonialmacht den Nutzen einer liberalen Handelspolitik und zwang Indien zur Öffnung des eigenen Marktes.

Zu Beginn des 18. Jahrhunderts betrug der Anteil indischer Textilien am Welttextilhandel noch 25 Prozent. Im 19. Jahrhundert stiegen die Exporte britischer Textilien nach Indien dann rapide an: von 60 Millionen Yards Stoff im Jahr 1830 auf 968 Millionen Yards im Jahr 1858 (Tharoor 2016: 9). Indien wurde der wichtigste Markt für britische Textilien: Während 1830 nur sechs Prozent der britischen Textilexporte nach Indien verschifft wurden, waren es im Jahr 1873 bereits mehr als 50 Prozent (Goswami 2004: 62). Die indische Wirtschaftsgeschichte spielt deshalb eine wichtige Rolle bei der heutigen Bewertung der Auswirkungen eines liberalisierten Handels. Es kann nicht überraschen, dass die indische Gesellschaft der Liberalisierung der Handelspolitik bis in die Gegenwart skeptisch gegenübersteht.

Nach der Unabhängigkeit und Teilung des Landes im Jahr 1947 begann die indische Regierung mit dem Versuch, das Land zu industrialisieren. Die Regierung des ersten Premierministers Jawaharlal Nehru setzte auf den Staat als Treiber des wirtschaftlichen Aufbaus. Indien war damit aber kein Sonderfall, sondern reihte sich mit dieser Strategie in die weltweit zu beobachtende Tendenz zu staatlicher Steuerung ein. Nicht nur die sozialistischen Staaten, sondern auch Großbritannien oder Frankreich lenkten Landwirtschaft, Industrie und Dienstleistungen. Vom Staat wurden die entscheidenden Impulse für wirtschaftliche Entwicklung erwartet. Dieser Ansatz scheiterte allerdings in Indien ebenso wie in anderen Volkswirtschaften und resultierte in einer lang anhaltenden Phase der schwachen wirtschaftlichen Entwicklung. Erst mit den Reformen des Jahres 1991, die eine Reaktion auf die zuvor stattgefundene schwere Finanzkrise waren, begann Indien, sich dynamischer zu entwickeln.

Die heutigen politischen und gesellschaftlichen Entwicklungen stehen im Mittelpunkt des dritten Kapitels. Die hindunationalistische Partei *Bharatiya Janata Party* (BJP) hatte seit ihrer Gründung 1980 immer mehr an Bedeutung gewonnen und ist seit dem Jahr 2014 unter Premierminister Narendra Modi in Regierungsverantwortung. Die gesellschaftlichen Konflikte zwischen der Bevölkerungsmehrheit der Hindus, die etwa vier Fünftel der Bevölkerung Indiens

stellen, und den religiösen Minderheiten, vor allem den Muslimen, führten und führen immer wieder zu teilweise gewalttätigen Auseinandersetzungen. Allerdings haben die Wahlen des Jahres 2024 gezeigt, dass die indische Bevölkerung einer Radikalisierung der hindunationalistischen Politik der BJP mit Skepsis gegenübersteht: Premierminister Modi ist in seiner dritten Amtszeit erstmals auf die Unterstützung durch Koalitionspartner angewiesen.

Heute ist Indien zugleich eine moderne und sehr konservative Gesellschaft. Gerade die Rolle der Frauen in der indischen Gesellschaft ist schwer zu verstehen. Formal sind die indischen Frauen gleichberechtigt und nehmen häufig prominente Rollen ein. Aber Frauen sind in Indien heute weniger häufig als noch vor 20 Jahren erwerbstätig (Bhat 2023). Die Frauenerwerbsquote in Indien liegt heute unter der Saudi-Arabiens. Zudem werden weibliche Föten seit Langem häufig abgetrieben, teils aus religiösen Gründen, aber auch weil Töchter in indischen Familien als wirtschaftliche Last empfunden werden. Dies hat zu einem niedrigen Anteil von Mädchen in der heutigen indischen Gesellschaft geführt.

Auch das indische Bildungssystem gibt Rätsel auf. Einerseits ist es unterfinanziert und wenig leistungsfähig. Andererseits konkurrieren indische technische Hochschulen mit den besten Universitäten der Welt. Die Absolventen dieser Eliteinstitute sind weltweit gefragt und gehören zu den Spitzenverdienern, etwa in den USA.

Im Fokus des vierten Kapitels steht Indiens Außenpolitik. Das Land ist von einer schwierigen Nachbarschaft umgeben. Insbesondere die Rivalität mit dem großen Nachbarn China ist hierbei hervorzuheben. Bis zum Indisch-Chinesischen Krieg im Jahr 1962 hatte Premierminister Jawaharlal Nehru an eine Partnerschaft zwischen beiden Ländern geglaubt. Der chinesische Angriff war ein traumatisches Ereignis für das gerade einmal seit 15 Jahren unabhängige Land, das die indische Außenpolitik bis heute prägt. Aber auch die damalige Unterstützung Indiens durch die Sowjetunion, die moderne MiG-Kampfflugzeuge lieferte, ist in Erinnerung geblieben.

Indien ist ein Schlüsselstaat im geopolitischen Konflikt des 21. Jahrhunderts. Zwar hat es heute den Anschein, als ob Indien ein Verbündeter der USA geworden sei, doch Indiens Außenpolitik setzt nach wie vor auf Unabhängigkeit und lehnt eine Unterordnung der eigenen Interessen unter die der USA ab (Lau/Sauerbrey 2024). Indien kooperiert mit den Vereinigten Staaten, aber auch mit Wladimir Putins Russland. Mittelfristig erscheint es aus heutiger Sicht wahrscheinlich, dass sich Indien zu einer asiatischen Supermacht entwickeln und der alternenden und schwächer werdenden Volksrepublik China den Rang ablaufen wird.

Im fünften Kapitel wird die sich verändernde sicherheitspolitische Kooperation im indopazifischen Raum in den Blick genommen. Dabei fällt auf, dass sich die Zusammenarbeit nicht auf eine einzige Organisation beschränkt. Die tonangebende pazifische Macht, die Vereinigten Staaten, kooperiert mit Australien und Großbritannien in der AUKUS-Gruppe, aber auch mit Australien, Japan und Indien in der Quad-Gruppe (*Quadrilateral Security Dialogue*), einem lockeren militärischen Kooperationsverbund. Indien und die USA arbeiten zudem in iCet zusammen, der „U.S.-India Initiative on Critical and Emerging Technology“, die auch eine militärische Dimension hat.

Im Mittelpunkt des sechsten Kapitels steht die Frage, ob es Indien gelingen kann, in den kommenden Jahren ein anhaltend hohes Wirtschaftswachstum zu organisieren. Die indische Regierung wird in den kommenden Jahren die Außenwirtschaft neu organisieren müssen. Angesichts des Niedergangs der multilateralen Regulierung des Handels in der Welthandelsorganisation WTO, die durch den geopolitischen Konflikt zwischen der Volksrepublik China und den Vereinigten Staaten blockiert ist, wird Neu-Delhi neue Handelsabkommen mit einzelnen Ländern beziehungsweise Ländergruppen abschließen müssen. Ein wesentlicher Faktor bei der Internationalisierung der indischen Wirtschaft ist die große und wachsende indische Diaspora. Ob es sich dabei um vergleichsweise gering entlohnte Bauarbeiter in Ländern des Nahen Ostens handelt oder um Spitzenverdiener im Silicon Valley in den USA: Indischstämmige Menschen spielen eine wichtige Rolle. Sie sorgen zum einen für hohe Heimatüberweisungen. Nach Angaben der Weltbank flossen im Jahr 2023 knapp 120 Milliarden US-Dollar von im Ausland tätigen Indern zurück in die Heimat.¹⁷ Zum anderen besetzen indischstämmige Führungskräfte einflussreiche Posten von großen Tech-Konzernen, etwa Satya Nadella bei Microsoft oder Sundar Pichai bei Google und deren Holding Alphabet. Die USA erwiesen sich als besonders geschickt, die besten Talente aus Indien ins Land zu holen. Die in den Vereinigten Staaten lebenden Inder sind verblüffend wohlhabend und wiesen im Jahr 2023 ein Medianeinkommen auf, das mit 150 000 US-Dollar doppelt so hoch ist wie das der US-amerikanischen Bürgerinnen und Bürger.¹⁸

Von eminent großer Bedeutung für die indische Wirtschaft ist der seit etwa einem Jahrzehnt mit Nachdruck verfolgte Ausbau der Infrastruktur. Die Fülle der Baumaßnahmen und Investitionen ist beeindruckend und lässt sich mit dem Ausbau der chinesischen Infrastruktur im Lauf der vergangenen Jahrzehnte vergleichen. Beispielsweise hat Indien die Zahl der Flughäfen zwischen den Jahren 2014 und 2024 mehr als verdoppelt. Spektakuläre Projekte, etwa

der Bau des neuen Flughafens Navi Mumbai, werden derzeit vorangetrieben. Auch die Eisenbahnen Indiens werden mit großem Aufwand modernisiert. Die indische Regierung schafft damit die Voraussetzung für die Senkung der Handelskosten und bereitet die indische Volkswirtschaft auf eine weiter voranschreitende Integration in die internationalen Wirtschaftsbeziehungen vor.

Von Brisanz ist die Frage, ob es Indien mittelfristig gelingen könnte, die Landeswährung Rupie zu einem Konkurrenten des US-amerikanischen Dollar zu entwickeln. Im Jahr 2025 erscheint diese Überlegung verwegen. Aber die Vereinigten Staaten unterminieren die Attraktivität des US-Dollars durch die exzessive Verwendung von Finanzsanktionen sowie eine kurzatmige und nicht nachhaltige Finanzpolitik. Indiens Neutralität und Zurückhaltung in den internationalen Beziehungen könnte mittelfristig dazu führen, dass die indische Rupie zum Rivalen des US-Dollars aufsteigt.

Im siebten Kapitel werden die demografischen und ökonomischen Perspektiven Indiens untersucht. Indien wird auf absehbare Zeit nicht nur das bevölkerungsreichste Land der Welt bleiben, sondern vermutlich auch eine eigene Führungsrolle in den internationalen Beziehungen anstreben. Selbstredend muss man zur Beantwortung der Frage nach einer künftigen Großmachtrolle Indiens darauf schauen, wie sich der Rivale China entwickeln wird. Während die wirtschaftlichen und politischen Perspektiven der Volksrepublik China gegenwärtig düster zu sein scheinen, steht Indien vermutlich am Beginn einer langen Phase des wirtschaftlichen und politischen Aufschwungs. Indien könnte die wahre asiatische Großmacht des 21. Jahrhunderts werden.





2. Schlaglichter der indischen Wirtschafts- geschichte

2. Schlaglichter der indischen Wirtschaftsgeschichte

Die indische Wirtschaftsgeschichte spielt eine wichtige Rolle bei der heutigen Beurteilung von wirtschaftspolitischen Liberalisierungs- und Modernisierungsmaßnahmen und deren Auswirkungen in der indischen Gesellschaft. Nach den Erfahrungen der Kolonialzeit hat sich lange eine profunde Skepsis gegenüber liberalem Handel gehalten; protektionistisches Denken ist in Indien wie auch in vielen anderen früher kolonisierten Ländern nach wie vor stark ausgeprägt. Indien verfügt über eine viele Tausend Kilometer lange Küste. Der Subkontinent ist auf dem Seeweg von Afrika, Zentralasien und Südostasien aus relativ leicht zu erreichen. Der internationale Warenhandel spielte allerdings erst nach dem Erscheinen portugiesischer Seefahrer Ende des 15. Jahrhunderts, gefolgt von englischen, niederländischen, französischen und amerikanischen Kaufleuten, eine größere Rolle (Roy 2012: 1).

Auch zu Beginn des 18. Jahrhunderts waren weite Teile Indiens noch kaum mit anderen Volkswirtschaften verbunden. Die Küstenregionen betrieben Außenhandel, aber in der heute wirtschaftlich bedeutenden Ganges-Ebene im Norden des Landes fand kaum Warenhandel mit anderen Staaten statt (Roy 2012: 8). Aufgrund der fehlenden Orientierung nach außen war auch der Schiffbau in Indien nur gering entwickelt und die Schiffe waren auch deutlich kleiner als die nach dem Jahr 1400 in Europa gebauten (Roy 2012: 11).

2.1. Die vorkoloniale Zeit

Schon lange vor der Kolonisierung fanden sich auf dem Gebiet der heutigen Staaten Bangladesch, Indien und Pakistan hoch entwickelte Gesellschaften. Eine der ersten Hochkulturen, die Harappa-Kultur, war im Indus-Tal, im

Bild S. 24/25: Mahatma Gandhi beim sogenannten Salzmarsch im April 1930. Mit der Aktion wurde gegen das Salzmonopol der britischen Kolonialherrschaft protestiert

heutigen Pakistan, zwischen 3100 v.Chr. und 1700 v.Chr. entstanden (Roy 2012: 20), etwa zur gleichen Zeit, in der sich Gesellschaften in Mesopotamien und dem Yangtse-Tal in China entwickelten. Die Gründe für den Niedergang der Harappa-Kultur sind bis heute umstritten (Luce 2009: 146f.). Umweltveränderungen könnten ebenso eine Rolle gespielt haben wie Angriffe von Stammesvölkern aus den Gebirgen westlich des Indus-Tals. Noch nicht einmal der Zeitpunkt des Zusammenbruchs lässt sich mit Gewissheit bestimmen. Der Niedergang vollzog sich wahrscheinlich in mehreren Phasen, möglicherweise über ein Jahrhundert oder mehr (Thapar et al. o.J.).

Auf dem Gebiet des heutigen Indiens gab es schon länger staatliche Strukturen als in den meisten anderen Regionen der Welt. Spätestens seit dem 6. Jahrhundert v.Chr. entwickelten sich hier staatliche Gebilde. Besonders der buddhistische Herrscher Ashoka, auch als Ashoka der Große bezeichnet, prägte Nordindien zu einer Zeit, als das Römische Reich noch nicht entstanden war (Luce 2009: 70). Die Hauptstadt Patiliputra, auf deren Ruinen die heutige Stadt Patna im Bundesstaat Bihar aufgebaut wurde, hatte in ihrer Blütezeit eine Bevölkerung, die mindestens so groß war wie die des antiken Roms (Luce 2009: 70).

Ashoka, der 238 v.Chr. starb, war der letzte bedeutende Kaiser der Maurya-Dynastie. Während seiner Regierungszeit (etwa 265–238 v.Chr.)¹ förderte er den Buddhismus und trug zur Verbreitung dieser Religion in ganz Indien bei. Nach einem erfolgreichen, aber blutigen Eroberungsfeldzug verzichtete Ashoka fortan auf bewaffnete Eroberungen und verfolgte eine Politik, die er „Eroberung durch Dharma“ (d.h. durch die Prinzipien des richtigen Lebens) nannte (Sen o.J.). Unter „Dharma“ verstand er die energetische Praxis der soziomoralischen Tugenden der Ehrlichkeit, der Wahrhaftigkeit, des Mitgefühls, der Barmherzigkeit, des Wohlwollens, der Gewaltlosigkeit, des rücksichtsvollen Verhaltens gegenüber allen, der „kleinen Sünde und der vielen guten Taten“, der Nicht-Extravaganz, der Nicht-Begierde und der Nicht-Verletzung von Tieren. Er sprach weder von einer bestimmten Art des religiösen Glaubens oder der Verehrung noch von philosophischen Doktrinen. Über den Buddhismus sprach er nur mit seinen Glaubensbrüdern und nicht mit anderen (Sen o.J.).

Ashoka konnte auf eine Schrift zurückgreifen, in der Regierungshandeln mehr als 300 Jahre v.Chr. thematisiert wurde. Die Schrift *Arthashastra* war ein Handbuch des Regierens und wird als ebenso raffiniert und feinsinnig eingestuft wie Machiavellis *Der Fürst*, allerdings 1700 Jahre zuvor (Luce 2009: 70). Die Schrift liefert keine offensichtliche politische Philosophie, implizit zeigt sie

jedoch eine umfassende Skepsis, wenn nicht gar einen Zynismus gegenüber der menschlichen Natur, ihrer Korruptierbarkeit und der Art und Weise, wie Herrscher diese menschlichen Schwächen ausnutzen können.²

Die Reiche der Maurya haben bis heute eine große Bedeutung, weil sie die überregionale kulturelle Einigung Indiens schufen. Auf der Grundlage der Maurya-Reiche entwickelte sich ein Herrschaftsstil, der in den nachfolgenden Jahrhunderten den gesamten südasiatischen Subkontinent kennzeichnete und in Teilen Südostasiens übernommen wurde (Rothermund 1989: 30).

In den frühen Königreichen Indiens gab es prächtige Paläste und eine Fülle von Gold, Juwelen und kostbaren Textilien. Privilegiert und üppig lebend waren gewiss nur wenige, aber auch die Ärmern verfügten in den fruchtbaren Flusstälern über hinreichend Nahrung. Gerade dieser Reichtum lockte aber seit dem 8. Jahrhundert immer wieder arabische und persische Heere zu Eroberungszügen nach Indien an. Nach Beendigung der Raubzüge zogen die Invasoren sich in langen, mit Beutegütern beladenen Karawanen über das Hindukusch-Gebirge zurück (Lindner/Wolter 2024: 43). Gewiss liegen diese Ereignisse Hunderte von Jahren zurück, aber bis heute halten sich in der indischen Gesellschaft Ressentiments gegenüber „Eindringlingen“, die auch politisch instrumentalisiert werden. So warnte Premierminister Narendra Modi während der Parlamentswahlen im Mai 2024 von „Eindringlingen“³ und sprach von 1 200 Jahren der Sklaverei unter muslimischer (und britischer) Fremdherrschaft (Dhume 2024a).

Bevor Indien durch die East India Company kolonisiert wurde, hatten vom Jahr 1527 an zunächst die islamischen Mogulkaiser den Norden des Subkontinents kontrolliert. Seine Blüte erlebte das Mogulreich vom frühen 16. bis zur Mitte des 18. Jahrhunderts. Danach nahm die Bedeutung der Mogulkaiser ab. Von 1757 bis 1857 beseitigten die Briten den Hof der Mogulkaiser und entmachteten drei Viertel der Aristokratie, allerdings mit Ausnahme der Prinzentümer, die bis nach der Unabhängigkeit Indiens 1947 fortbestanden. Das Reich der Mogulkaiser verfügte über eine im Vergleich zu anderen kolonisierten Ländern weit entwickelte Industrie. Damals war Indien – anders als alle anderen späteren Kolonien Großbritanniens – bereits vor der Kolonisierung ein Exporteur von Industrieprodukten. Dazu gehörten edle Musselinstoffe, Schmuck, luxuriöse Kleidung und Schuhe, Zierschwerter und Waffen. Ein großer Teil der kunsthandwerklichen Manufakturen, in denen diese Waren hergestellt wurden, wurde als Folge der britischen Herrschaft über Indien zerstört (Maddison 2001: 115).

Die Daten in Tabelle 1 verdeutlichen den Bedeutungsverlust Indiens, aber auch Chinas, gegenüber Westeuropa und den USA seit dem frühen

► **Tabelle 1** Bruttoinlandsprodukt in Indien und ausgewählten Regionen, 1600 bis 1998
(in Milliarden internationaler Dollar von 1990)

	1600	1700	1820	1913	1998
Indien	74,3	90,8	111,4	204,2	1 702,7
Westeuropa	66,0	83,4	163,7	906,4	6 960,6
USA	0,6	0,5	12,5	517,4	7 394,6
Lateinamerika	3,8	6,3	14,1	121,7	2 941,6
China	96,0	82,8	228,6	241,3	3 873,3
Welt	329,4	371,4	694,4	2 704,8	33 725,6

Quelle: Maddison 2001, S. 261.

19. Jahrhundert. Zuvor waren die beiden bevölkerungsreichsten Länder auch die wichtigsten Volkswirtschaften. Im Jahr 1700 etwa war das von den Mogulkaisern beherrschte Indien die größte Volkswirtschaft der Welt und trug etwa 24 Prozent zur Weltwirtschaftsleistung bei.⁴ Am Vorabend des Ersten Weltkriegs war der Anteil Indiens auf 7,5 Prozent gesunken und fiel bis zum Jahr 1998 weiter auf 5 Prozent. Spiegelbildlich hat sich die Bedeutung der USA entwickelt. Während die späteren Vereinigten Staaten im 18. Jahrhundert eine Randerscheinung in der Weltwirtschaft waren, stieg der Anteil der USA im Jahr 1998 auf 21,9 Prozent der Weltwirtschaftsleistung an.

Auch die Betrachtung der Pro-Kopf-Wirtschaftsleistung liefert verblüffende Ergebnisse. Im Jahr 1700 lag die Pro-Kopf-Wirtschaftsleistung in Indien bei 550 internationalen Dollar des Jahres 1990, in China bei 600 Dollar, in den späteren USA bei 400 Dollar und in Westeuropa bei durchschnittlich 894 Dollar. 250 Jahre später, im Jahr 1950, lag die Pro-Kopf-Wirtschaftsleistung in Indien relativ unverändert bei 619 Dollar und war in China auf 439 Dollar gefallen, während die Werte für Westeuropa auf 4 594 Dollar des Jahres 1990 und für die USA auf 9 561 Dollar gestiegen waren (Maddison 2001: 264). Westeuropa und vor allem die USA waren stark gewachsen, während Indien und noch stärker China zurückgefallen waren und in Armut verharren.

Bis heute prägen die Erfahrungen der Kolonialzeit die indische Gesellschaft und insbesondere die Wirtschaftspolitik des Landes. Dies ist allein schon deshalb kein überraschender Befund, weil die britische Herrschaft über 300 Jahre währte, während Indien erst seit 1947 unabhängig ist. Großbritannien hat es

aber während dieser Jahrhunderte nicht nur unterlassen, die indische Wirtschaft zu modernisieren, sondern die Kolonialmacht hat aktiv zum Niedergang der indischen Industrie beigetragen: Während indische Manufakturen noch um 1750 etwa ein Viertel aller weltweit produzierten verarbeiteten Produkte herstellten, war Indien zu Beginn des 20. Jahrhunderts klar zurückgefallen und stellte weiterhin vorwiegend kunsthandwerkliche Erzeugnisse und kaum Industriegüter her (Tomlinson 2013: 83).

Der heutige indische Außenminister Subrahmanyam Jaishankar betont, dass vor dem Kolonialismus die wichtigsten Volkswirtschaften und kulturellen Zentren der Welt in Asien gelegen hätten. Das sei die „natürliche Ordnung“, zu der die Welt gegenwärtig zurückkehren würde (Lau/Sauerbrey 2024). Die Überwindung der Folgen der Kolonialzeit ist für die indische Regierung deshalb ein zentrales Anliegen.

2.2. Von den Portugiesen zur East India Company – 1498 bis 1800

Lange vor dem Beginn der britischen Kolonialzeit gab es Wirtschaftsbeziehungen zwischen Indien und Europa. Seit der Ankunft des Seefahrers und Entdeckers Vasco da Gama an der indischen Westküste im Mai 1498 bestand wirtschaftlicher Austausch mit Portugal (Pearson 1990: 5). Mit der Entdeckung des Seewegs nach Indien durch die Europäer begann eine Phase des europäischen Merkantilismus in den Wirtschaftsbeziehungen zu Indien. Charakteristisch waren einerseits die Suche nach agrarischen und mineralischen Rohstoffen in Indien für den Export nach Europa (Washbrook 2022: 23) und andererseits die vergleichsweise hohen Hürden für den Import von indischen Produkten, die mit den Erzeugnissen europäischer Produzenten konkurrierten.

Portugal, vor dem Zeitalter der Entdeckungen ein kleines und relativ armes Königreich, hatte einen herausragenden Vorteil gegenüber anderen Volkswirtschaften: Viele Portugiesen verfügten über hoch entwickelte Navigationsfähigkeiten. Der Schiffbau in Portugal war dagegen nur durchschnittlich leistungsfähig. Auch die Indienreise Vasco da Gamas wurde mit relativ kleinen Schiffen durchgeführt (Roy 2012: 81). Sein Flaggschiff hatte eine Länge von gerade einmal 32 Metern und eine Verdrängung von 250 Tonnen und war damit deutlich weniger als halb so groß wie die etwa einhundert Jahre zuvor gebauten Schiffe des chinesischen Admirals Zheng He (Baron 2005). Infolge der begrenzten Lagerkapazitäten der portugiesischen Schiffe waren die Seefahrer gezwungen,

häufig Häfen anzulaufen. Die Portugiesen etablierten auch deshalb zwischen den Jahren 1415 und 1480 Niederlassungen entlang der afrikanischen Westküste in Ceuta, Tanger, Madeira, Kap Verde, Senegal, Guinea und Ghana.

Der Adlige da Gama wurde vermutlich nicht nur wegen seiner Navigationserfahrung, sondern vor allem wegen seines politischen Geschicks zum Kommandanten der Indien-Expedition gemacht. Für die Reise von der afrikanischen Ostküste nach Indien konnte er auf die Dienste eines Lotsen aus dem arabischen Raum zurückgreifen. Dieser ging in Mombasa im heutigen Kenia an Bord und leitete da Gamas Flotte in den im heutigen Bundesstaat Kerala gelegenen Hafen von Calicut, das heute Kozhikode genannt wird (Roy 2012: 82).

Von Beginn an war der europäische Kolonialismus von einem aggressiven Stil geprägt. Während vor der Ankunft der Europäer der regionale Handel durch hohe Handelskosten infolge der niedrigen Produktivität des Transportsektors geprägt war und im Grunde ohne politische Restriktionen erfolgte, führten die Portugiesen Handelslizenzen ein, befestigten ihre Hafenanlagen und bezichtigten Wettbewerber der Piraterie, die sie mit Gewalt bekämpften (Washbrook 2022: 24).

Die Härte der portugiesischen Handelspolitik hatte ihren Ursprung in der schwachen Wettbewerbsposition Portugals und anderer europäischer Volkswirtschaften. Das Dilemma bestand darin, dass die Europäer Güter aus Süd- und Ostasien begehrten, den asiatischen Gesellschaften im Gegenzug aber keine attraktiven Waren anzubieten hatten. Ziel der Wirtschaftsbeziehungen zwischen Asien und Europa war vor 1800 aus europäischer Sicht also nicht der Warenaustausch, sondern der einseitige Transfer von Gütern aus Asien nach Europa. Mangels Gegenleistung ließ sich dieser Import nur durch die Anwendung von Gewalt durch die europäischen Handelsmächte erzielen (Washbrook 2022: 24).

Ein Grund für die weitgehend widerstandlose Übernahme von Gebieten an der indischen Westküste durch die Portugiesen lag in der Binnenorientierung der damaligen indischen Herrscher. Sowohl das im Niedergang begriffene Lodi-Sultanat im Norden als auch das neue und expandierende Mogulimperium stützten sich um das Jahr 1500 auf das Binnenland und dessen Ressourcen. Zwar zeigten die Mogulkaiser ein gewisses Interesse am Überseehandel, aber wichtiger war ihnen die Kontrolle und Verbesserung der Erträge der Landwirtschaft (Roy 2012: 13). Lediglich fünf Prozent der Einnahmen der Mogulherrscher stammten aus Zolleinnahmen. Das Meer und der internationale Handel spielten also eine sehr untergeordnete Rolle, weshalb die indischen Herrscher die Portugiesen nicht an der Errichtung von Stützpunkten hinderten (Pearson 1990: 27).

Die Mogulkaiser entwickelten Indien vor allem entlang der beiden Flüsse Indus und Ganges. Die Konsolidierung ihrer Herrschaft ging mit einer Urbanisierung in den beiden Flussebenen einher. Die Städte an Ganges und Indus waren Standorte von Militärgarnisonen und Gerichtshöfen. Sie gaben Händlern, Handwerkern, Intellektuellen und Künstlern die Möglichkeit, sich in städtischen Zentren zu entfalten (Roy 2012: 50).

An den Küsten schufen die Portugiesen allerdings recht schnell ein repressives Handelsregime. Sie etablierten ein Monopol auf den Gewürzhandel mit Europa, ein Monopol auf den innerasiatischen Warenhandel sowie die Kontrolle und Besteuerung anderer Handelsaktivitäten im Indischen Ozean (Pearson 1990: 36). Aus portugiesischer Sicht schien die Errichtung eines repressiven Regimes die einzige Möglichkeit zu sein, von den Beziehungen zu Asien zu profitieren. Ein kleines, weit entferntes europäisches Land konnte kaum darauf hoffen, auf ein so großes Land wie Indien Einfluss zu nehmen. Portugal hatte um das Jahr 1500 gerade einmal eine Million Einwohnerinnen und Einwohner und war nur als Seemacht Indien überlegen. Die Portugiesen konzentrierten sich darauf, was sie gut konnten: Sie kontrollierten die Seewege und erhoben für deren Nutzung Steuern und Gebühren (Pearson 1990: 36).

Anhand des von Portugal kontrollierten Goa an der indischen Westküste wird die Bedeutung der Einnahmen aus dem Warentransit und anderen Steuern deutlich. Im 16. Jahrhundert, als die portugiesische Kontrolle der Seewege begann, machten Zölle 60 Prozent der gesamten Einnahmen der Kolonialverwaltung Goas aus (Pearson 1990: 36). Zudem stammte ein weiterer Teil der übrigen Einnahmen aus der Kontrolle der Meere, etwa aus der Beschlagnahme von Frachtschiffen durch die portugiesischen Kolonialherrscher (Pearson 1990: 36).

Daneben versuchten die Portugiesen, den innerasiatischen Seehandel zu regulieren und zu kontrollieren. Der Indische Ozean war zuvor ein Meer ohne Souveränitätsansprüche gewesen, dies war mit Ankunft der Portugiesen vorbei. Das hierzu verwendete Instrument waren sogenannte *cartaz*, eine Art Reisepass, in Verbindung mit den portugiesischen Seestreitkräften. Besitzer der *cartaz* mussten in den von den Portugiesen kontrollierten Häfen Zölle entrichten (Roy 2012: 83). Im Gegenzug wurde ihnen unter anderem Schutz vor Piraterie zugesagt. Handelsschiffe ohne entsprechende Papiere riskierten dagegen den Verlust ihrer Ladung oder gar die Versenkung ihres Schiffes. Ihre im 16. Jahrhundert ausgeübte Kontrolle des Seehandels rechtfertigten die Portugiesen allein mit der Behauptung, dass sie die Herren der Meere in Asien seien. Während in Europa die Meere offen für alle Arten von Schiffen waren, verfügten

die Portugiesen, dass diese Passagerechte im Indischen Ozean zum Beispiel Nichtchristen verwehrt werden konnten. Vor der Ankunft der Portugiesen hatte niemand das Meer als sein Eigentum beansprucht. Da es keinen vorherigen Rechtsanspruch gab, gab es auch kein gegenwärtiges oder zukünftiges Recht auf Passage, außer dem von den Portugiesen gewährten (Pearson 1990: 38).

Die Monopolisierung des Gewürzhandels sollte der portugiesischen Krone im 16. Jahrhundert und darüber hinaus erhebliche Profite sichern. Dabei verdrängten die Portugiesen vor allem muslimische Gewürzhändler und schufen ein profitables Modell: Gewürze wurden billig in Asien eingekauft und teuer in Europa vertrieben. Verstöße gegen das portugiesische Handelsmonopol wurden harsch geahndet: Waren es Portugiesen, verloren sie ihr Hab und Gut, während die häufig muslimischen Händler nicht nur ihr Eigentum einschließlich des zum Transport verwendeten Schiffes verloren, sondern mit Gefängnis bestraft wurden. Häufig wurden Muslime, die sich nicht an die portugiesischen Regeln hielten, kurzerhand getötet (Pearson 1990: 37).

Die Ankunft der Portugiesen und damit die Erschließung von neuen Handelswegen veränderte die Gesellschaften Europas zunächst stärker als die indische. Die europäischen Volkswirtschaften, insbesondere England, erhielten Zugang zu neuen Gütern und Rohstoffen, was die Lebensweisen und das Konsumverhalten in den kommenden Jahrhunderten prägen sollte (Washbrook 2022: 24). Gewürze aus Südostasien, Textilien aus Indien und chinesischer Tee und Porzellan veränderten Ernährungs- und Kleidungsstile. Diese Innovationen trugen zum Wandel der europäischen Gesellschaft und letztlich zur Entwicklung bei, die in die industrielle Revolution mündete (Washbrook 2022: 24).

Die direkten wirtschaftlichen Beziehungen zwischen England beziehungsweise später Großbritannien und Indien begannen im Jahr 1600 mit der Gründung der East India Company (EIC). Zuvor waren die Engländer darauf angewiesen, Gewürze von der indischen Westküste oder aus Indonesien entweder von portugiesischen Händlern oder von Kaufleuten aus Genua oder Venedig und deren Handelspartnern zu beziehen (Roy 2012: 89). Zum Zeitpunkt der Gründung der East India Company durch eine Gruppe Londoner Kaufleute hatten diese zunächst nicht die Absicht, territoriale Besitztümer zu erwerben oder gar eine eigene Kolonie zu schaffen. Die englische Königin Elisabeth I. hatte dem Unternehmen das Privileg auf den Handel östlich des Kaps der Guten Hoffnung und westlich der Magellan-Straße gewährt und ihm zudem den exklusiven Verkauf von Waren in England zugesichert (Mann 2022: 36). Im Jahr 1608 landete ein Schiff der East India Company in Surat im heutigen Bundesstaat

Gujarat an der indischen Westküste, von 1613 an unterhielt das Unternehmen dort einen Handelsposten (Marshall 1968: 16). Ziel der Aktivitäten der EIC war anfangs allein die Erwirtschaftung von Gewinnen aus dem Handel mit Indien.

In den folgenden Jahrzehnten erlangte die East India Company jedoch die Herrschaft über weite Teile Indiens. Spätestens als die Gesellschaft im Jahr 1757 die Kontrolle über die Region Bengalen im Nordosten Indiens übernahm, wandelte sich das vormalige Handelsunternehmen zu einem politischen Akteur. In der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts übte die East India Company die Herrschaft über etwa 50 bis 60 Millionen Inderinnen und Inder aus. Von 1813 an beherrschte sie weite Teile des Landes, vor allem im Norden. Die gesamte Ostküste Indiens wurde ebenso von der Gesellschaft kontrolliert wie strategisch wichtige Häfen an der indischen Westküste (Marshall 1968: 15). Seine Herrschaft setzte es mit einer eigenen Armee durch, die dem Unternehmen und nicht der britischen Krone diene. Mitte des 18. Jahrhunderts hatte die EIC durch eine königliche Satzung (*Royal Charter*) das Recht erhalten, eine eigene Armee aufzustellen, vor allem um ihre Besitztümer, etwa Lagerhäuser, zu schützen und ihre Ansiedlungen zu bewachen (Cartwright 2022). Die Politisierung der East India Company in der zweiten Hälfte des 18. und zu Beginn des 19. Jahrhunderts führte zu einem Ausbau der Armee des Unternehmens (Marshall 1968: 21).

Von Beginn an wurden die Briten mit der Frage konfrontiert, welche Regierungsform die indischen Kolonien haben und inwieweit vorhandene politische Strukturen erhalten bleiben sollten (Marshall 1968: 15). Im Vordergrund stand aber immer das Streben nach Profit: 1767 betonte der Sekretär der East India Company bei einer Rede im britischen Unterhaus, das Unternehmen versuche, behutsam zu agieren. Die East India Company strebe nicht nach Macht und Einfluss, sondern verfolge vor allem kommerzielle Interessen (Marshall 1968: 17). Die Londoner Kaufleute sahen lange eine Unvereinbarkeit von Handel und Eroberung. Forderungen zum Ausbau der Herrschaft der East India Company stammten ausschließlich von Vertretern des Unternehmens in Indien und waren nicht in London entwickelt worden (Marshall 1968: 17). Im 18. Jahrhundert war die Kommunikation zwischen der Zentrale der East India Company und den Statthaltern des Unternehmens in Indien äußerst zeitraubend, was eine gewisse Autonomie der indischen Niederlassungen begünstigte. Die Reise von London nach Kalkutta auf dem Seeweg dauerte sechs Monate. Für einen Briefwechsel zwischen der indischen Ostküste und London waren also bei günstigen Bedingungen zwölf Monate zu kalkulieren (Marshall 1968: 29). Bemerkenswert ist in diesem Zusammenhang auch die niedrige Zahl von Mitarbeitern der EIC:

Im Jahr 1700 beschäftigte das Unternehmen in seinem kleinen Londoner Büro 35 Mitarbeiter. Im Jahr 1785 kontrollierte sie mit 159 festen Mitarbeitern von London aus ein riesiges Imperium mit Millionen von Menschen (Duignan o.J.).

Die britische Regierung musste sich im letzten Drittel des 18. Jahrhunderts eingestehen, dass die Herrschaft der East India Company zu Problemen in Indien führte: Die East India Company wurde schlecht verwaltet, die Mitarbeiter des Unternehmens sowohl in Großbritannien als auch in Indien galten als korrupt. Sie sah sich mit dem Dilemma konfrontiert, dass sie einerseits der Entwicklung nicht tatenlos zusehen konnte, es andererseits aber gefährlich war, die mächtige Handelsgesellschaft herauszufordern (Marshall 1968: 24).

Als die East India Company im Jahr 1772 in eine Finanzkrise geriet, sah sich die britische Regierung gezwungen einzugreifen. Das Parlament hatte bereits eine Reihe von Ausschüssen eingesetzt, die die Angelegenheiten der EIC und deren Aktivitäten in Indien untersuchen sollten. In den Berichten der Ausschüsse wurde das Unternehmen, vor allem die sowohl in Indien als auch in Großbritannien innerhalb der East India Company grassierende Korruption, scharf kritisiert. Im Jahr 1773 wurde die Entwicklung dann im Parlament erörtert. Der damalige Premierminister, Lord North, vertrat die Ansicht, dass das Gebiet der Gesellschaft besser von der Krone verwaltet werden sollte als von den aus seiner Sicht unfähigen Direktoren des Unternehmens.⁵ Ein Element der Einschränkung der Macht der East India Company, die schließlich durch den *Regulating Act for India* im Jahr 1773 beschlossen wurde, war die Schaffung eines Obersten Gerichtshofs in Indien und die Entsendung von britischen Richtern, die vor Ort britisches Recht anwendeten, wenn auch ausschließlich auf britische Staatsbürger (Mann 2022: 37). Der *Regulating Act* markiert den Beginn der Einmischung des britischen Parlaments in die zuvor privaten Belange des Unternehmens. Damit begann die Transformation von einem Handelsunternehmen zu einer verwaltenden Organisation des britischen Staates (Mann 2022: 37).

Kommerzielle Erwägungen bewegten die Londoner Regierung bei der Regulierung der East India Company mehr als die Sorge vor der unangemessenen Brutalität von deren Mitarbeitern. Auf erfolgreiche Belagerungen folgten oft systematische Plünderungen, die in der Regel von Vergewaltigungen und Morden an Zivilisten durch die EIC-Truppen begleitet wurden. Eine weitere Form der Gewalt war die Abschöpfung enormer Mengen von Edelsteinen, Schmuck und Gold aus Indien, von denen ein Großteil in britische Privatsammlungen und natürlich in die Kronjuwelen gelangte (Burke 2019). Berichte

über derartige räuberische Gier und rücksichtslose Gewaltanwendung erreichten immer wieder die britische Öffentlichkeit, die aber erst in Sorge geriet, als die Gewinne versiegtten.

Vermutlich waren viele Britinnen und Briten bereit, die zweifelhaften Herrschaftsmethoden der East India Company zu tolerieren, wenn nur die Erträge hoch genug waren. Erst als das Unternehmen im Herbst 1772 erklärte, keine Dividenden mehr ausschütten zu können, und einen staatlichen Kredit erbat, wurden Forderungen nach einem Ausbau der staatlichen Kontrolle über das Wirken der East India Company laut (Marshall 1968: 32; Roy 2012: 109). Die East India Company erhielt den Kredit, aber fortan griff der britische Staat in die Verwaltung Indiens direkt ein.

Im Jahr 1784 wurde, nach einem längeren Vorlauf, das Indien-Gesetz (*India Act of 1784*) verabschiedet. Darin wurde als Aufgabe der Regierung festgelegt, sämtliche Aktivitäten, die die zivile und militärische Verwaltung sowie die Steuereinnahmen betrafen, zu kontrollieren und zu lenken (Marshall 1968: 43). Diese Aufgabe übernahm der Kontrollrat (*board of control*). Das Indien-Gesetz des Jahres 1784 blieb die Basis der Beziehungen zwischen britischem Staat und der East India Company bis zum Jahr 1858. Das Modell der geteilten Verantwortung wird als ein System von Kontrolle und Gegenkontrolle (*checks and balances*) beschrieben (Marshall 1968: 43f.), in dem der staatliche Kontrollrat für die Steuerverwaltung, die Außenbeziehungen sowie die öffentliche Verwaltung zuständig war, die gesamten wirtschaftspolitischen Entscheidungen aber in der Hand der East India Company blieben (Marshall 1968: 47).

Mit der Übergabe der Regierungsverantwortung an den britischen Staat konnte sich die East India Company wieder ihrem Hauptzweck, der Erwirtschaftung von Profiten, widmen. Obwohl sie ihren Sitz in London hatte, war die Gesellschaft keineswegs ausschließlich in britischer Hand. Ihre Aktionäre beschlossen im Rat der Eigentümer (*court of proprietors*) die Geschäftspolitik des Unternehmens. Von 1698 an war die einzige Voraussetzung zur Ausübung des Stimmrechts der Besitz von Aktien im Nennwert von mindestens 500 Pfund. Niemand wurde aufgrund von Nationalität, Religion oder Geschlecht an der Ausübung des Stimmrechtes gehindert. Die Zahl der stimmberechtigten Aktionäre lag im Jahr 1795 bei etwa 1 500, im Jahr 1806 bei 1 800 Personen. Von 1750 bis 1780 lag etwa ein Viertel der Stimmrechte bei europäischen Ausländern, vor allem Niederländern (Marshall 1968: 25).

Solange die britische Textilindustrie nicht wettbewerbsfähig war, implementierte London eine restriktive Handelspolitik. Indien war im 16. Jahrhundert

der Hauptanbieter von Baumwollkattunen, die zumeist von den Häfen Gujarats in asiatische Abnahmeländer exportiert wurden. Gegen Ende des 17. Jahrhunderts nahmen die indischen Textilexporte nach Großbritannien und in andere europäische Länder deutlich zu. Die East India Company importierte Baumwollkattune, einfache Baumwollstoffe, aus Indien und exportierte diese weiter in die übrigen Teile des Vereinigten Königreichs, nach Westeuropa, aber auch nach Westafrika, auf die Westindischen Inseln und nach Amerika (Eacott 2012: 731).

Dies brachte der East India Company Gewinne, hatte aber zur Folge, dass die britische Textilindustrie unter der indischen Konkurrenz litt. Großbritannien reagierte mit den *Calico Acts* von 1701 und 1721, die den Import bestimmter Textilien aus Indien untersagten. Schon einige Jahre zuvor, im Jahr 1686, hatte die französische Regierung die Einfuhr verarbeiteter Textilien aus Indien untersagt (Maddison 2001: 85). Das erste Calico-Gesetz, das am 29. September 1701 in Kraft trat, trug den Titel „Gesetz zur wirksameren Beschäftigung der Armen durch Förderung der Herstellungsbetriebe dieses Königreichs“ (Eacott 2012: 731, eigene Übersetzung). Im Mittelpunkt dieser protektionistischen Maßnahme standen aber keineswegs die Armen. Zwar sorgte die Verarbeitung von britischer Wolle für die Beschäftigung von einer Viertelmillion Weber in Großbritannien. Diese Weber galten vor der Einführung mechanisierter Webstühle allerdings als die Aristokratie der Arbeiter und hatten ein auskömmliches Einkommen. Die Nachfrage nach einheimischer Wolle resultierte jedoch vor allem in hohen Preisen für Weideland, das für die Schafzucht notwendig war. Im britischen Parlament waren Landbesitzer prominent vertreten (Eacott 2012: 737).

Der Entfall der Textilimporte aus Indien durch die Handelsbeschränkungen im Calico-Gesetz veränderte das Geschäftsmodell der East India Company. Von nun an wurde vermehrt Porzellan und Tee aus China nach Großbritannien importiert. Bezahlt wurden diese chinesischen Produkte durch Waren aus Indien, die nach China exportiert wurden. Indien wurde auf diese Weise zu einem Dreh- und Angelpunkt der East India Company beim Handel in ganz Asien (Washbrook 2022: 26). China hatte zwar keine Verwendung für europäische Waren, konsumierte aber gern die Importe aus Indien, vor allem Rohbaumwolle, Silberbarren und Opium (Washbrook 2022: 26).

Die Perspektiven für die indische Textilindustrie hatten sich durch die *Calico Acts* auf Dauer verschlechtert (Nilekani 2009: 120). Zwischen den Jahren 1780 und 1830 brach die Nachfrage nach indischen Baumwollkattunen zusammen

(Tomlinson 2013: 88). Litt die indische Textilwirtschaft im 18. Jahrhundert vor allem unter den Einfuhrbeschränkungen Großbritanniens, kam von Beginn des 19. Jahrhunderts an eine neue Konkurrenz in Form von mechanischen Webstühlen hinzu. Ab 1813 wurde die einstmals mächtige indische Textilwirtschaft dann durch die Einfuhr von Textilwaren aus Großbritannien ruiniert. Da sie zu einem großen Anteil von Handspinnerei geprägt war, konnte sie mit den ausländischen Maschinenspinnereien nicht konkurrieren (Washbrook 2022: 27).

Die Folgen des Niedergangs der indischen Textilindustrie waren katastrophal. Arbeitslos gewordene Weber drängten in die Landwirtschaft, was zu einem Überangebot an Arbeitskräften und sinkenden Löhnen führte. Im Jahr 1834 klagte der damalige Generalgouverneur und Vizekönig von Indien, Lord William Cavendish-Bentinck, über die wirtschaftliche Not der Weber und sagte: „Die Gebeine der Weber bleichen die Weiten Indiens“ (Marqusee 2002).

Von den steigenden Importen aus Großbritannien war die gesamte indische Wirtschaft betroffen. In den 1820er- und 1830er-Jahren verließen zahlreiche arbeitslos gewordene Soldaten, Handwerker und Diener die Städte und siedelten sich ebenfalls im ländlichen Raum an, um dort als Landwirte tätig zu werden. Die Produktion von Agrarprodukten wuchs in der Folge schneller als die indische Bevölkerung und die Nachfrage. Damit blieben die Erzeugerpreise weiter unter Druck (Washbrook 1999: 409). Auch Karl Marx (1818–1883) beschrieb die zerstörerische Wirkung, die die Importe aus den englischen Webereien auf die indische Wirtschaft hatten. Marx betonte, dass die Zerstörung alter sozialer Strukturen durch die Ausweitung der Textilimporte aus England nicht einherging mit dem dynamischen Aufbau neuer Industrien (Tomlinson 2013: 15). Deutlich messbar war der sinkende Anteil Indiens an der weltweiten Wirtschaftsleistung, der von 24 Prozent im Jahr 1700 auf 16 Prozent im Jahr 1820 sank und in den Jahrzehnten danach weiter schrumpfte (Maddison 2001: 263, vgl. auch Tabelle 1, S. 29).

2.3. Der britische Rauschgiftmilitarismus und der wirtschaftliche Niedergang Indiens im zeitgenössischen Diskurs – 1800 bis 1850

Der Sieg Großbritanniens über Frankreich nach den Napoleonischen Kriegen zwischen 1800 und 1815 markiert eine Zäsur für Indien. Schon Ende des 18. Jahrhunderts hatten sowohl die französischen als auch die niederländischen

Ostindiengesellschaften ihre Geschäftstätigkeiten eingestellt (Roy 2012: 117). Großbritannien übernahm 1815 nicht nur den zusammengewürfelten Landbesitz der East India Company, sondern feierte diesen Vorgang als die Schaffung eines Imperiums zur Verteidigung der Freiheit im Kampf gegen Frankreich (Washbrook 2022: 25).

Nach dem Triumph über Frankreich hatte Großbritannien in Europa keine starken Widersacher mehr und konnte den Ausbau seines Imperiums im außereuropäischen Raum vorantreiben. Dieses erstreckte sich von Südasien über Südostasien, nennenswerte Teile Afrikas bis nach Australien. Die britische Marine war unverzichtbar für den Ausbau des Empires (Washbrook 1999: 401). Großbritannien eroberte 1811 das zuvor niederländische Java (heute ein Teil Indonesiens), besiegte und schwächte Burma, das heutige Myanmar (1824–1826), und öffnete im ersten Opiumkrieg (1839–1841) China für britische Rauschgiftimporte. Zwar erwies sich der erste Feldzug gegen Afghanistan (1838–1842) als Desaster, das von 16 500 Beteiligten, davon 4 500 Soldaten, nur wenige überlebten.⁶ Erfolgreich eroberten die Briten jedoch kurz danach im Krieg von 1845 bis 1849 die indische Region Punjab (Washbrook 1999: 401).

In der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts wurde Indien für die britische Wirtschaft und Gesellschaft bedeutender. Allerdings heißt dies nicht, dass Indiens Wirtschaft florierte. Wie oben beschrieben gingen die Exporte von Indiens lange sehr wettbewerbsfähiger Textilindustrie zurück. Die beginnende Integration der Weltwirtschaft, vom britischen Kolonialismus angetrieben, sorgte zudem für einen Rückgang der Rohstoffpreise, was sich negativ auf die Lage indischer Rohstoffproduzenten auswirkte (Washbrook 1999: 408). Zugleich versuchten die Kolonialherren, Indien stärker zu regulieren und den britischen Verwaltungs- und Gesellschaftsnormen anzugleichen. Indien sollte nicht nur Teil des britischen Kolonialreichs, der „Pax Britannica“, sondern auch des britischen Kulturraums werden (Washbrook 1999: 395).

Die East India Company konnte wegen der restriktiven Handelspolitik Großbritanniens immer weniger Baumwolltextilien aus Indien exportieren und verlegte sich stattdessen auf den Export von Rohbaumwolle, des Farbstoffs Indigo und von Opium (Roy 2012: 123), das vor allem nach China verkauft wurde. Dort hatte die EIC durch den Export des Rauschgifts ein Heer von Abhängigen geschaffen, was die Nachfrage weiter verstetigte. Durch den Absatz von Opium konnte die EIC in Europa nachgefragte chinesische Waren erwerben und bezahlen. Im Jahr 1838 wurden 40 000 Kisten Opium à 140 Kilogramm

in China abgesetzt.⁷ Von 1800 bis 1850 wurde Indien so zu einem Dreh- und Angelpunkt für den britischen Rauschgiftexport nach Ostasien.

Während der Rauschgifthandel für die East India Company an Bedeutung gewann, versuchte die britische Regierung, das Monopol des Unternehmens auf den Handel mit Indien zu schwächen. Mit den Statuten (*charter acts*) von 1813, 1833 und 1853 sollte die indische Wirtschaft für Freihandel und Wettbewerb geöffnet werden (Washbrook 1999: 395). Schon mit dem ersten dieser Reformgesetze verlor die East India Company im Jahr 1813 ihr Handelsmonopol mit Ausnahme des Teehandels sowie dem Handel mit China. Zudem musste die Gesellschaft Missionaren erlauben, in Indien tätig zu werden (Mann 2022: 39).

Die East India Company brachte von 1820 an immer weniger Exporte aus Indien nach Europa. Zugleich wuchs das Geschäft mit Ostasien. Baumwolle, Silber und vor allem die Exporte von Opium nach Südostasien und China stiegen deutlich. Allein Opium machte in den 1830er- und 1840er-Jahren zeitweilig etwa 40 Prozent der gesamten indischen Exporte aus (Washbrook 1999: 403).

In den ersten Dekaden des 19. Jahrhunderts sorgte die East India Company mit dem Ausbau ihrer Herrschaft und ihren Verwaltungsreformen auch für einen Wandel der inländischen Nachfrage. Sie schaffte die Höfe der Fürsten mitsamt den Armeen, die von den EIC-Truppen besiegt worden waren, ab. Den Fürsten wurde damit ein Teil ihrer Souveränität genommen, sie wurden aber nicht vollständig entmachtet, sondern weiterhin von der Kolonialmacht im Amt belassen. Weiterhin wurde die Hälfte der sogenannten Zamindars, die in den Dörfern das Ackerland bewirtschafteten oder Teile des dörflichen Ackerlandes besaßen, von der britischen Kolonialmacht enteignet und durch europäische Verwaltungsbeamte ersetzt (Maddison 2001: 115).

Die Wirtschaft der Städte der Mogulkaiser beruhte auf der Verbindung von Konsum und Macht. Hof und Adel konsumierten enorme Mengen handwerklicher Produkte. Politische Macht wurde durch Großzügigkeit und Zurschaustellung untermauert (Roy 2012: 73). Die Mogulherrscher und ihre Soldaten hatten ihren Konsum- und Ausrüstungsbedarf bevorzugt im Inland gedeckt. Die neuen Kolonialherrscher hingegen konsumierten zwar großzügig, aber diese Güter wurden vorwiegend aus Großbritannien importiert und nicht in Indien hergestellt (Washbrook 2022: 27). Die neuen Machthaber trugen europäische Kleidung und Schuhe, tranken importiertes Bier, Wein und Spirituosen und benutzten europäische Waffen. Ihre Vorlieben wurden von den männlichen Mitgliedern der neuen indischen Mittelschicht nachgeahmt, die als ihre Schreiber und Mittelsmänner fungierten. Infolge dieser politischen und

sozialen Veränderungen ging die inländische Nachfrage nach Luxushandwerk um drei Viertel zurück. Dies war ein schwerer Schlag für die Hersteller von feinen Musselinstoffen, Schmuck, Luxuskleidung und -schuhen, Zierschwertern und Waffen (Maddison 2001: 115).

Zugleich belasteten die Silberexporte der East India Company die indische Geldpolitik. Zumindest bevor durch die beiden Opiumkriege (1839–1842 und 1856–1860) die chinesische Nachfrage nach Opium angeheizt worden war, führte das Unternehmen auch Rohbaumwolle und Silber nach China aus, um die dort eingekauften Waren, vor allem Tee, zu bezahlen. Da Indien selbst kaum Silber produzierte und infolge sinkender Textilexporte auch selbst weniger Silber einnahm, führte dies zu einer Kontraktion der inländischen Geldmenge und damit zur Schwächung der indischen Wirtschaft (Washbrook 1999: 409). Erst die Nutzung von indischem Opium als Zahlungsmittel für chinesischen Tee entlastete dann auch die indische Zahlungsbilanz und begrenzte den die wirtschaftliche Entwicklung dämpfenden Abfluss von Silber (Roy 2012: 96).

Wie wenig Indien insgesamt von der Kolonisierung durch Großbritannien profitierte, zeigt sich bei einem Vergleich der wirtschaftlichen Entwicklung beider Länder zwischen den Jahren 1600 und 1947. Während die britische Pro-Kopf-Wirtschaftsleistung im Jahr 1600 nur knapp das Doppelte des indischen Werts betrug, hatte sich bis zum Jahr der Unabhängigkeit die Pro-Kopf-Wirtschaftsleistung in Großbritannien deutlich gesteigert und betrug mehr als das Zehnfache des Werts in Indien (vgl. Tabelle 2, S. 42).

Im Jahr 1600 lebten in Indien mehr als 20-mal so viele Menschen wie in Großbritannien. Auch 100 Jahre später standen 165 Millionen Inderinnen und Inder lediglich 8,6 Millionen Britinnen und Briten gegenüber. Die Pro-Kopf-Wirtschaftsleistung stieg in Indien während der britischen Kolonialherrschaft von 1600 bis 1947 lediglich um insgesamt 12,4 Prozent. Im Vereinigten Königreich hingegen stieg die Pro-Kopf-Wirtschaftsleistung im gleichen Zeitraum um 653 Prozent an. Ursachen für diesen steilen Aufstieg waren einerseits die industrielle Revolution, andererseits aber auch die von den Kolonien abgeschöpften Profite. Während im Jahr 1600 die indische Volkswirtschaft mehr als zwölfmal so groß war wie die britische, kehrte sich das Verhältnis im Lauf der Jahrhunderte um: Im Jahr 1947 erwirtschafteten knapp 50 Millionen Britinnen und Briten eine deutlich höhere Wirtschaftsleistung als über 400 Millionen Inderinnen und Inder.

Auch die Bevölkerungen entwickelten sich sehr unterschiedlich: Vom Jahr 1600 bis 1947 wuchs Indiens Bevölkerung um über 200 Prozent an. Der Wert

► **Tabelle 2** Indien und Großbritannien im Vergleich, 1600 bis 1947

	1600	1700	1757	1857	1947
Pro-Kopf-Wirtschaftsleistung (in US-Dollar des Jahres 1990)					
Indien	550	550	540	520	618
Großbritannien	974	1 250	1 424	2 717	6 361
Bevölkerung (in Millionen Menschen)					
Indien	135,0	165,0	185,0	227,0	414,0
Großbritannien	6,2	8,6	13,2	28,2	49,5
Bruttoinlandsprodukt (in Milliarden US-Dollar des Jahres 1990)					
Indien	74,3	90,8	99,9	118,0	255,9
Großbritannien	6,0	10,7	18,8	76,6	315,0

Quelle: Maddison 2001, S. 112.

für Großbritannien war mit einem Anstieg von knapp 700 Prozent deutlich höher. Ein wesentlicher Grund für das langsamere Bevölkerungswachstum in Indien war die dortige sehr hohe Kindersterblichkeit. Um 1900 etwa verstarben in Indien mehr als die Hälfte aller Kinder vor dem Erreichen des fünften Lebensjahres.⁸ In Großbritannien lag die Säuglingssterblichkeit im Jahr 1900 zwar sehr viel höher als heute, aber mit einem Wert von 150 Todesfällen pro 1 000 Geburten bei weniger als einem Drittel des Wertes in Indien.⁹

Vor dem Hintergrund dieser Entwicklungen haben sich indische Wissenschaftler bereits zu Beginn des 19. Jahrhunderts mit der Frage beschäftigt, wie die Handelsbeziehungen Indiens gestaltet sein sollten und sich ein weiterer wirtschaftlicher Niedergang aufhalten ließe. Einer der prominentesten Denker war Ram Mohan Roy (1772–1832), der von 1803 bis 1815 für die britische Kolonialverwaltung arbeitete und anschließend als Gelehrter tätig war. Roys Schriften wurden nicht nur in Bengalen, sondern auch in Europa und den USA rezipiert und sind ein frühes Beispiel für den wechselseitigen Austausch von wirtschaftspolitischen Konzeptionen (Helleiner 2023: 43). Roy trat für eine liberale Wirtschafts- und Handelspolitik ein, weil er die einseitig Großbritannien begünstigende merkantilistische Steuerung des Handels durch die East India Company als schädlich für die indische Volkswirtschaft betrachtete.

Für Roy waren freier Handel, private Unternehmen und Eigentumsrechte Bausteine einer wohlstandsfördernden Wirtschaftspolitik. Angesichts des hohen Entwicklungsstands der verarbeitenden Industrie Indiens, die im 18. Jahrhundert ebenso gut oder besser war als die europäische Konkurrenz, war Roy davon überzeugt, dass indische Unternehmen wettbewerbsfähig gewesen wären, wenn die Handelspolitik Indien nicht benachteiligt hätte (Helleiner 2023: 43). Bemerkenswert ist, dass sich Roy nicht für die Unabhängigkeit Indiens aussprach. Ihm schwebte vielmehr ein multiethnisches und liberales britisches Empire vor, in dem alle Staatsbürgerinnen und Staatsbürger gleichberechtigt leben sollten (Helleiner 2023: 43).

Auch Dadabhai Naoroji (1825–1917) beschäftigte sich mit Wirtschaftsreformen in Indien. Er lebte über 40 Jahre lang in Großbritannien und wurde in den frühen 1890er-Jahren als erster Inder ins britische Parlament gewählt. Naoroji war Geschäftsmann und Mitbegründer der Kongresspartei (*Indian National Congress*, INC), die zur führenden Organisation im indischen Unabhängigkeitskampf wurde (Tomlinson 2013: 10). Er entwickelte die Theorie der Plünderung Indiens (*drain theory*), die er im Jahr 1867 vorstellte. Damit lieferte er eine der ersten Ausarbeitungen der Folgen des Kolonialismus aus Sicht eines Wissenschaftlers aus einer kolonisierten Gesellschaft und verband dies mit einer Kritik am europäischen Rassismus. Naoroji stützte seine Überlegungen auf intensive statistische Arbeiten und wies nach, dass indischer Wohlstand in großem Maßstab nach Großbritannien abfloss. Er führte die Heimatüberweisungen britischer Kolonialbeamter ebenso auf wie die Zinszahlungen auf die indischen Staatsschulden. Diese Kapitalabflüsse wurden von ihm als Ursache der extremen Armut in Indien bezeichnet (Helleiner 2023: 44; Tomlinson 2013: 10):

„Die Hauptursache für Indiens Armut, Elend und alle materiellen Übel ist die Erschöpfung seines früheren Reichtums, die ständig zunehmende Aushöhlung und Schwächung seiner jährlichen Produktion durch die sehr übermäßigen Kosten für den europäischen Teil aller seiner Dienstleistungen und die Belastung durch einen großen Betrag, der jährlich an das Ausland für Zinsen auf die öffentlichen Schulden zu zahlen ist, die hauptsächlich durch die britische Herrschaft verursacht werden“ (Naoroji 1901: 123, eigene Übersetzung).

Naoroji sah die Politik der britischen Kolonialmacht als eine Umkehrung der Gesetze der Ökonomie: „Es ist die erbarmungslose Perversion der ökonomischen Gesetzmäßigkeiten durch die elende Ausblutung, der Indien unterworfen

ist, die Indien vernichtet“ (zitiert nach Helleiner 2023: 45, eigene Übersetzung). Die Einschätzung, dass die britischen Herrscher Indien ausplünderten, hatte der schottische Moralphilosoph Adam Smith (1723–1790) schon zuvor geäußert (Helleiner 2023: 45). Die Politik Großbritanniens resultierte in der Deindustrialisierung Indiens – und der Konzentration seiner Wirtschaft auf die Belieferung der Kolonialmacht mit unverarbeiteten Rohstoffen.

Ein weiteres Ziel der britischen Politik war es, die Offenheit des indischen Absatzmarktes sicherzustellen. Der Wechselkurs zwischen Rupie und Pfund sollte stabil bleiben, um die Zahlungen von Zinsen und Dividenden zu erleichtern (Roy 2012: 182f.). Stabile Wechselkurse waren ein finanzpolitisches Ziel, das Großbritannien in vielen Kolonien verfolgte. Investoren können bei stabilen Wechselkursen langfristiger kalkulieren und erhalten so Planungssicherheit sowohl im Handel als auch bei Finanztransaktionen. Ein besonders rigides System war das im Jahr 1912 eingeführte westafrikanische *Currency Board*: Die Wechselkurse waren festgesetzt und die inländische Geldmenge entsprach den westafrikanischen Währungsreserven. Großbritannien hatte demnach als Kolonialmacht die Kontrolle über das Geldsystem der westafrikanischen Kolonien, haftete jedoch nicht im Krisenfall (Hopkins 1970: 102).

Bemerkenswert ist die negative Beschreibung sowohl Indiens als auch Chinas in den Arbeiten von Karl Marx. Dieser blendete die jeweilige Wirtschaftsgeschichte aus und unterstellte, politische und ökonomische Netzwerke würden in beiden Ländern nicht funktionieren. Marx entwickelte die Figur einer „asiatischen Produktionsweise“, die durch fehlende wirtschaftliche Dynamik geprägt sei. Die sich selbst versorgenden indischen Dörfer wurden von Marx als von den Städten getrennte politische Einheiten beschrieben. Die Städte wiederum waren in Marx' Analyse entweder Militärlager oder Fürstentümer, deren Hauptzweck darin bestand, Tributzahlungen entgegenzunehmen (Tomlinson 2013: 14).

Wie Ram Mohan Roy strebte auch Dadabhai Naoroji nicht die Unabhängigkeit Indiens an, sondern setzte auf eine Reform der wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Großbritannien und Indien. Naoroji meinte im Jahr 1870, „die Rettung Indiens, sein künftiger Wohlstand, seine Zivilisation und seine politische Weiterentwicklung hängen alle von der Fortsetzung der britischen Herrschaft ab“ (zitiert nach Helleiner 2023: 45, eigene Übersetzung). Dementsprechend schlug er moderate Reformen vor: Die Kolonialverwaltung sollte die Kreditaufnahme in Indien erhöhen und die Kredite der Londoner Banken reduzieren. Die Behörden sollten verstärkt Güter in Indien kaufen und in

zunehmendem Maße Inder in der Kolonialverwaltung beschäftigen. Vor allem aber appellierte Naoroji an das britische Eigeninteresse: Ein wohlhabenderes Indien könne mehr britische Waren erwerben (Naoroji 1901: 124; Helleiner 2023: 45). Er betonte damit den wechselseitigen Nutzen, der aus der internationalen Arbeitsteilung entstehen kann.

Bei der Diskussion der Frage, wie wirtschaftliche Entwicklung organisiert werden könne, griff Naoroji auf Überlegungen von Friedrich List und John Stuart Mill zurück und propagierte zeitweilige Schutzzölle, um Industrien aufbauen zu können. Bei sehr unterschiedlich wettbewerbsfähigen Industrien sei Freihandel das falsche Konzept:

„Ich mag den Freihandel, aber ... der Freihandel zwischen England und Indien ... ist so etwas wie ein Wettlauf zwischen dem hungernden, erschöpften Invaliden und einem starken Mann mit einem Pferd, auf dem er reiten kann ... Junge Kolonien brauchen Schutz ... Indien braucht ihn in weit größerem Maße“ (zitiert nach Helleiner 2023: 46, eigene Übersetzung).

Was waren die Gründe für diese Asymmetrie in den britisch-indischen Wirtschaftsbeziehungen? Wenn die Handelspolitik sowohl Indiens als auch Großbritanniens liberalisiert gewesen wäre, hätte Indien ebenso von der Vertiefung des Warenhandels profitieren müssen wie Großbritannien. Bei ungleicher Verteilung von Ressourcen hätte es mittelfristig eine Verlagerung der Produktion nach Indien geben müssen. Der US-amerikanische Ökonom Paul Samuelson hat auf diese Zusammenhänge in seinem Faktorpreisausgleichstheorem von 1947 hingewiesen: Freihandel gleicht unterschiedlich hohe Faktorpreise im Lauf der Zeit aus. Damit diese Mechanismen wirken können, muss aber eine konkurrenzfähige Industrie vorhanden sein. Dies war in Indien nicht der Fall: Nach der Zerstörung der zunächst konkurrenzfähigen indischen Textilindustrie im 18. und 19. Jahrhundert wäre es angemessen gewesen, die indische Industrie temporär zu schützen. Dies geschah nicht, sondern die britische Kolonialverwaltung behinderte ganz gezielt den (Wieder-)Aufbau der indischen Textilindustrie durch das Durchsetzen niedriger Einfuhrzölle.

Der deutsche Wissenschaftler Friedrich List (1789–1846), auf den sich Naoroji und andere Ökonomen bezogen, hatte die Handelspolitik Großbritanniens sehr deutlich kritisiert und betont, Freihandel würde es den englischen Unternehmen erlauben, die Märkte aller Länder zu monopolisieren (Helleiner 2023: 58). List meinte, die britischen Befürworter eines Freihandelsregimes seien sich der Lage durchaus bewusst. Sie würden dennoch die gleichen Politiken, die

Großbritannien selbst angewendet hatte, um reich und wettbewerbsfähig zu werden, anderen Ländern vorenthalten wollen: „Es ist ein weitverbreiteter Trick, dass jemand, wenn er den Gipfel der Macht erreicht hat, die Leiter, mit der er hinaufgestiegen ist, wegwirft, um anderen die Möglichkeit zu nehmen, nach ihm hinaufzusteigen“ (zitiert nach Helleiner 2023: 59, eigene Übersetzung).

Betrachtet man das Verhältnis von Großbritannien und Indien, wird die Plausibilität der Argumente von Naoroji und List deutlich. Großbritannien hatte den eigenen Binnenmarkt etwa durch die beiden Calico-Gesetze gegenüber der indischen Konkurrenz abgeschottet, um nach der Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit der eigenen Unternehmen die indischen Textilmärkte zu überfluten. Auch US-amerikanische Ökonomen kritisierten die Handelspolitik Großbritanniens. Henry Charles Carey (1793–1879) sprach sich in seinem Ende der 1830er-Jahre erschienenen mehrbändigen Werk *The Harmony of Interests: Agricultural, Manufacturing, and Commercial* nicht nur für eine protektionistische Politik in den USA aus, sondern forderte das Gleiche für Indien. Er kritisierte die britische Politik, die der indischen Kolonie Freihandel verordnete, und bemängelte die Ausbeutung Indiens. Carey erwartete, Indien würde reich werden und rasch wachsen, wenn es nach Erlangung der Unabhängigkeit eine neomerkantilistische Politik verfolgen würde (Helleiner 2023: 67).

In Indien selbst waren Lists Ideen umstritten. Mahadev Govind Ranade (1842–1901) war ein indischer Autor und Wissenschaftler, der ebenfalls im Jahr 1885 zu den Gründern der indischen Kongresspartei gehörte. Er teilte zwar das Konzept eines temporären Schutzzolls, lehnte aber eine wesentliche Forderung von List ab: Dieser hatte vorgeschlagen, die Industrialisierung auf Volkswirtschaften in Regionen mit gemäßigttem Klima zu beschränken. Ranade verwies hier auf die indische Wirtschaftsgeschichte und die frühere Bedeutung der indischen Industrie (Helleiner 2023: 84).

Ranade kritisierte die Handelspolitik der britischen Kolonialregierung scharf und meinte, diese führe zu einer Schwächung der verarbeitenden Industrie Indiens und zu einer „Verländlichung“ (*ruralization*) (Helleiner 2023: 84). Er gehörte zu den frühen Befürwortern der „Swadeshi“-Bewegung („eigenes Land“), die Inder unter anderem dazu aufforderte, durch das eigene Konsumverhalten die inländischen Unternehmen zu stärken. Ranades Ideen wurden von indischen Politikern, etwa dem ersten Ministerpräsidenten des Landes Jawaharlal Nehru, im 20. Jahrhundert aufgegriffen (Helleiner 2023: 85). Dabei kam es in den wirtschaftspolitischen Debatten vor der Unabhängigkeit zum Konflikt mit Mahatma Gandhi, der vor der Unabhängigkeit dem Streben nach

Industrialisierung kritisch gegenüberstand und auf die Nachteile westlicher Zivilisationen – extreme Ungleichheit, Ausbeutung, Gewalttätigkeit – hinwies (Helleiner 2023: 135).

Die britische Herrschaft in Indien hat aber – ob gewollt oder ungewollt – nicht die britische Kultur und Wirtschaftsweise nach Indien gebracht, sondern dort eine Gesellschaft aufgebaut, die auf der Annahme der „orientalischen“ Andersartigkeit beruhte. Edward Said hat in seinem 1978 erschienen Werk *Orientalismus* darauf hingewiesen, dass die unterschiedlichsten Autoren – von Marx bis Flaubert – den Orient als hilfs-, rettungs-, ja erlösungsbedürftig betrachteten. Der Orient schien abgeschnitten von den wissenschaftlichen, künstlerischen und wirtschaftlichen Fortschritten Europas (Said 2009: 236). Auch Indiens vermeintliche Rückständigkeit wurde als gegeben und unveränderbar betrachtet.

Indien wurde zu einer landwirtschaftlichen Kolonie unter der Dominanz des industriellen Großbritanniens. Seine wichtigsten Institutionen wurden ausgehöhlt und seine Zivilgesellschaft wurde der Willkürherrschaft eines despotischen Militärstaates unterworfen. Die britische Herrschaft in der Zeit vor dem Indischen Aufstand der Jahre 1857 bis 1859 (vgl. Abschnitt 2.4) veränderte die Gesellschaft des Subkontinents umfassend, doch dieser Wandel lief der Erwartung einer Modernisierung der indischen Gesellschaft zuwider und hinterließ stattdessen eine gewaltige Altlast an Rückständigkeit (Washbrook 1999: 399).

Die verarbeitende Industrie des Landes hatte bis zu den 1820er-Jahren die Kolonisierung vergleichsweise intakt überstanden. Ende der 1820er-Jahre begann aber eine Phase zurückgehender Erzeugerpreise. In der Folge brach die Produktion in vielen Branchen ein, alte Kaufmannsgeschlechter gingen Konkurs und außerhalb der kolonialen Hauptstädte setzte eine Flucht aus den Städten in den ländlichen Raum ein (Washbrook 1999: 408). Der Niedergang der indischen Textilindustrie im 19. Jahrhundert wurde nicht durch andere, neue Industrien kompensiert. Am Vorabend des Ersten Weltkriegs, im Jahr 1913, machte die gesamte Industrieproduktion 3,8 Prozent der indischen Wirtschaftsleistung aus. Zum Zeitpunkt der Unabhängigkeit Indiens im Jahr 1947 war dieser Anteil auf 7,5 Prozent der Wirtschaftsleistung angewachsen, aber die Zahl der in der Industrie beschäftigten Menschen betrug nur 2,5 Millionen bei einer Gesamtbevölkerung von damals 350 Millionen (Tharoor 2016: 11).

Wäre die britische Regierung bereit gewesen, Indien temporären Zollschutz zu gewähren, hätte es die erfolgreiche, in England verwendete Textiltechnologie schneller kopieren können. Stattdessen wurden britische Importe zollfrei nach Indien eingeführt. Allerdings verflog die britische Präferenz für Freihandel mit

dem Aufkommen von ernst zu nehmender Konkurrenz aus asiatischen Ländern sehr rasch. Nach den 1920er-Jahren, als die indischen Textilimporte hauptsächlich aus Japan stammten, änderte London auch die Handelspolitik für seine indische Kolonie: Im Jahr 1934 wurde der Zoll auf Baumwollstoffe auf 50 Prozent angehoben (Maddison 2001: 116).

2.4. Das Zeitalter des kolonialen Kapitalismus – 1850 bis 1914

Indien wurde in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts immer wichtiger für das britische Kolonialreich und treffenderweise von den Briten als „Juwel in der Krone“ bezeichnet. Ein wesentlicher Teil der Epoche bis zum Beginn des Ersten Weltkriegs fällt in die Regierungszeit von Königin Viktoria, die von 1837 bis 1901 herrschte und von 1876 an als erste britische Monarchin zusätzlich den Titel „Kaiserin von Indien“ trug (Moore 1999: 422). Die britische Herrschaft über Indien wurde in dieser Phase strukturell verändert: Regierte zuvor die East India Company, so übernahm von 1858 an die britische Regierung die Regierungsgeschäfte.

Auslöser für diesen Wandel war der Indische Aufstand 1857 bis 1859. An mehreren Orten Nordindiens, darunter Neu-Delhi, Agra, Kanpur und Lucknow, hatten sich indische Soldaten gegen die britische Kolonialverwaltung aufgelehnt. Die britische Herrschaft über Indien stand am Rand des Zusammenbruchs (Mann 2022: 39). Auf beiden Seiten wurde brutal gekämpft: Die Aufständischen töteten zahlreiche Frauen und Kinder von Kolonialbeamten. Die Kolonialmacht übte erbarmungslose Rache, hängte Hunderte Aufständische an Straßenbäumen auf, setzte Dörfer in Brand und verwüstete große Teile Nordindiens (Luce 2009: 222).

Der Aufstand von Soldaten der bengalischen Armee erschütterte das britische Kolonialreich in seinen Grundfesten. Entlang des Ganges in Nordindien wurde die Macht der Armee der East India Company neutralisiert. In der Folge gab es zahlreiche Angriffe der Zivilbevölkerung auf die Einrichtungen der East India Company und die Symbole ihrer Herrschaft (Washbrook 1999: 418).

Diese Geschehnisse werden in der britischen Geschichtsschreibung oft als „Meuterei“ bezeichnet. Allerdings handelten die Soldaten vor dem Hintergrund zunehmender Ablehnung der Kolonialmacht in der indischen Gesellschaft, was nahelegt, den Aufstand als Teil des indischen Unabhängigkeitskampfes und weniger als zeitlich und räumlich begrenzte Meuterei zu begreifen. In Indien

gilt er folglich mitunter auch als „erster indischer Unabhängigkeitskrieg“. Gleichwohl gab es Anlässe für den Aufstand: Ein Grund waren Versuche von Missionaren, Hindus von ihrem Glauben abzubringen und zu christianisieren. Als eine weitere Ursache wird die Einführung eines neuen Gewehrtyps genannt, bei dem als Schmiermittel tierische Fette verwendet wurden. Damaligen Gerüchten zufolge seien sowohl Fette von Schweinen als auch von Rindern verwendet worden, was sowohl muslimische als auch hinduistische Soldaten in Konflikt mit ihren religiösen Pflichten brachte (Luce 2009: 310).¹⁰

Die unmittelbare Folge des Aufstands war eine allgemeine Neuorientierung in der indischen Verwaltung: Inmitten der Kämpfe wurde die East India Company 1858 durch den *Government of India Act* entmachtet und Indien zur Kolonie der britischen Krone erklärt, das heißt, die britische Regierung herrschte fortan direkt über Indien. Der Mogulkaiser wurde zur Abdankung gezwungen und nach Burma deportiert (Mann 2022: 39). Die duale Struktur der Verwaltung, die seit 1784 gegolten hatte, wurde aufgelöst. Der Kontrollrat der EIC wurde abgeschafft und in ein eigenes britisches Ministerium, das „India Office“, umgewandelt (Mann 2022: 39). Enorme Veränderungen wurden auch in der Justiz umgesetzt. Im Jahr 1860 wurden, nach immerhin 30-jährigem Vorlauf, die Zivilprozessordnung, das Strafgesetzbuch, die Vertragsrechtakte und das Beweismittelgesetz verabschiedet und indische Juristen ergänzten die bislang ausschließlich mit Briten besetzten Gerichte (Mann 2022: 39).

Der Journalist Edward Luce betrachtet die Kolonialverwaltung in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts mit vorsichtigem Wohlwollen: Ihm zufolge werde häufig übersehen, dass die öffentliche Verwaltung Britisch-Indiens fortschrittlich und in mancherlei Hinsicht radikal war. Der öffentliche Dienst Indiens, der sich zur Gleichheit vor dem Gesetz und zur unparteilichen Rechtspflege bekannte, hatte auf die indische Mentalität großen Einfluss. Während der britischen Herrschaft in Indien waren Inder zum ersten Mal in der Geschichte des Landes, das seit Jahrhunderten durch das höchst unflexible Kastenwesen geprägt war, zumindest vor dem Gesetz gleich (Luce 2009: 72).

Das Ergebnis des Aufstands war damit letztlich nicht eine Erschütterung, sondern die Stabilisierung der britischen Herrschaft über Indien. Indien war inzwischen zum Dreh- und Angelpunkt des britischen Empire geworden und trug maßgeblich zur britischen Macht und zum Wohlstand in Großbritannien bei (Moore 1999: 441). Die Regierung Königin Viktorias übernahm nicht nur die bisherigen Mitarbeiter der East India Company, sondern setzte auch die Politik der Anerkennung der indischen Fürsten fort. In ihrer Proklamation

vom 1. November 1858 betonte sie explizit deren Rechte (Moore 1999: 424). Für diesen Sonderstatus sprachen nicht zuletzt wirtschaftliche Überlegungen: Es war billiger, ein Viertel des indischen Staatsgebiets von Fürsten verwalten zu lassen, als diese Aufgabe der Kolonialverwaltung zu übertragen (Moore 1999: 431). London hörte nach 1857 auch auf, neue Gebiete zu erobern, da es fürchtete, dies könnte zu neuen Unruhen führen (Mody 2023: 30). Stattdessen schuf die Kolonialmacht das Konzept der „Paramountcy“: Sie selbst war demnach zuständig für die Außen- und Verteidigungspolitik der Fürstentümer sowie für das Nachrichtenwesen, also Post und Telegrafie (Mody 2023: 30), die Fürstentümer waren dagegen für innenpolitische Fragen verantwortlich.

Die Beziehungen zwischen Großbritannien und Indien wurden also im Jahr 1858 neu gefasst und Indien der staatlichen britischen Kontrolle unterstellt. Neben dem Staatsminister für Indien war das wichtigste Organ der Indische Rat (*Council of India*), der aus 15 Personen bestand, von denen acht von der Krone ernannt wurden. Die übrigen sieben Ratsmitglieder stammten zunächst von der East India Company, deren Nachfolger wurden im weiteren Verlauf von den Mitgliedern des Rates kooptiert. Die starke Stellung des quasi unabhängigen Indischen Rates ist bemerkenswert. Damit wurde die frühere Tradition einer „doppelten Regierung“ fortgesetzt. Mögliche Korruption in der staatlichen Kolonialverwaltung sollte durch die Aufsicht des Indischen Rates verhindert werden (Moore 1999: 425). Er sorgte dafür, dass der Übergang von der East India Company zum britischen Staat ohne schwere Verwerfungen organisiert werden konnte. Die Zahl der Ratsmitglieder wurde in mehreren Schritten auf acht im Jahr 1919 abgesenkt. Im Jahr 1907 wurden zwei Inder zu Ratsmitgliedern ernannt (Moore 1999: 426).

In jener Phase bildete sich eine geradezu klassische Kolonialbeziehung zwischen Großbritannien und seiner Kolonie Indien heraus. Letztere lieferte landwirtschaftliche Produkte und importierte verarbeitete Produkte sowie Dienstleistungen, etwa Handelskredite (Washbrook 2022: 29). Von 1870 bis 1913 entwickelte Indien sich zum Haupthandelspartner der Briten. Der Anteil der britischen Exporte, die nach Indien geliefert wurden, stieg von 1870 bis 1913 von 8 auf 16 Prozent. Nahezu 60 Prozent der Importe Indiens stammten im Jahr 1913 aus Großbritannien. Textilien machten dabei etwa ein Drittel der gesamten Importe Indiens aus. Zwischen 1885 und 1913 wurden zwei Fünftel der britischen Exporte von Baumwollprodukten nach Indien geliefert. Die niedrigen indischen Einfuhrzölle beförderten diesen Handel. Indien wurde bis 1913 zu einem wichtigen Markt für die britische Textilindustrie, die vor dem Ersten

Weltkrieg mehr als ein Viertel der Gesamtproduktion (nicht nur Baumwolle, sondern auch Wollprodukte) nach Indien exportierte (Washbrook 2022: 29).

Zugleich sank der Anteil von Importen aus Indien an den britischen Gesamtimporten zum Ende des 19. Jahrhunderts auf etwa zehn Prozent (Moore 1999: 441). Selbst Tee spielte erst zu Beginn des 20. Jahrhunderts eine nennenswerte Rolle. Zunächst wurde wild wachsender Tee im Jahr 1820 gefunden, gefolgt von ersten Züchtungen im Jahr 1836. Exportiert wurde der indische Tee zunächst kaum: Nur vier Prozent der britischen Teeimporte stammten im Jahr 1866 aus Indien. Im Jahr 1879 kamen über 70 Prozent der in London verkauften Tees aus China. Um 1900 war der Anteil Chinas schließlich drastisch auf zehn Prozent gesunken, und die schwarzen Tees aus Indien und Ceylon hatten den größten Marktanteil (Gupta o.J.). Zu Beginn des 20. Jahrhunderts lieferte Indien knapp 60 Prozent der britische Teeimporte (Tomlinson 2013: 102).

Die Unruhen des Jahres 1857 führten auch zu einem neuen Politikstil in Indien. Die Kolonialverwaltung setzte auf eine stärkere Beteiligung indischer Bürger. Nicht nur wurde der Indische Rat, der lange Zeit ausschließlich mit Briten besetzt war, nach und nach für Inder geöffnet. Auch die Investitionen in die Bildung indischer Bürger wurde ausgebaut. In Kalkutta, Bombay (Mumbai) und Madras (Chennai) wurden Universitäten gegründet. Zwischen 1857 und 1887 begannen etwa 60 000 Inder ein Studium an diesen Hochschulen. Insbesondere dort ausgebildete Juristen wurden in der britischen Kolonialverwaltung eingesetzt (Moore 1999: 431). Die Unruhen markieren auch den Beginn einer neuen Phase von Investitionen in die indische Infrastruktur. In den Jahren nach dem Aufstand floss britisches Kapital nach Indien und finanzierte dort den Ausbau der Eisenbahnen. Bis zu den 1870er-Jahren hatten rund 50 000 Aktionäre oder Anleihegläubiger etwa 100 Millionen Pfund in dieses Projekt investiert. Es handelte sich um privates Kapital, dessen Verzinsung vom britischen Staat garantiert worden war (Moore 1999: 441).

Der Ausbau des Eisenbahnnetzes gelang rasch: Im Jahr 1860 gab es 850 Meilen Eisenbahnstrecke, im Jahr 1890 schon 16 000 Meilen und im Jahr 1920 bereits 35 000 Meilen. Im Jahr 1910 verfügte Indien über das viertgrößte Eisenbahnnetz der Welt. Die transportierte Fracht wuchs von 3,6 Millionen Tonnen im Jahr 1871 auf 143,6 Millionen Tonnen im Fiskaljahr 1945/46 (Tomlinson 2013: 44).

Mithilfe dieser neuen Infrastruktur intensivierte sich auch der Warenumsatz in den Seehäfen. Während im Jahr 1800 in den drei größten Häfen Bombay, Kalkutta und Madras Schiffe mit einer Kapazität von weniger als

100 Millionen Tonnen landeten, stieg dieser Wert bis zum Jahr 1900 auf das Vierzigfache (Roy 2012: 159). Die Eisenbahnen brachten die Waren zu den Seehäfen und von dort wurden sie nach Europa, Ostasien und Nordamerika verschifft. Dies reduzierte die Handelskosten insbesondere für Waren, die einen geringen Wert hatten, aber große Raumvolumen aufwiesen, etwa agrarische und mineralische Rohstoffe. Insbesondere der Baumwollhandel profitierte von den niedrigeren Transportkosten (Roy 2012: 158). Der Effizienzgewinn war gewaltig: Der Transport von Baumwolle, die im Narmada-Tal angebaut wurde, nach Bombay dauerte vor dem Bau der Eisenbahn zwischen acht und zwölf Wochen, während die Eisenbahn die gleiche Distanz innerhalb von 24 Stunden bewältigte (Roy 2012: 163).

Auch im Personenverkehr sorgte die Eisenbahn für einen Quantensprung. Mitte des 19. Jahrhunderts hatte ein Reisender, der von Kalkutta nach Benares (Varanasi), der vermutlich heiligsten Stadt des Hinduismus, fahren wollte, die Wahl zwischen dem Ganges-Dampfer, der für die weniger als 700 Kilometer lange Strecke etwa vier Wochen benötigte, und der von der East India Company betriebenen Postkutsche, die ihr Ziel innerhalb von acht Tagen erreichte. Der Dampfer kostete etwa 400 Rupien, die Postkutsche 500 Rupien. Nach der Eröffnung der Eisenbahn konnte die Strecke in 26 Stunden zurückgelegt werden und die Kosten des Fahrscheins zweiter Klasse beliefen sich auf nur noch 50 Rupien. Die Zahl der Reisenden war im Jahr 1900 fast 30-mal so hoch wie noch Mitte des 19. Jahrhunderts, womit sich die Mobilität in Indien enorm gesteigert hatte (Roy 2012: 163).

Die britische Kolonialverwaltung war von 1858 bis 1947 die zentrale Instanz für die Ausübung der Kolonialherrschaft über Indien. Die Mitarbeiter der Kolonialverwaltung stammten vorwiegend aus der britischen Mittelschicht, hatten in der Regel aber vorher keinerlei Verbindung zu Indien gehabt. Inder waren von Leitungspositionen ausgeschlossen (Maddison 2001: 109). Dabei lebte eine überraschend geringe Zahl von Briten in Indien. Im Jahr 1805 etwa betrug ihre Zahl 31 000, davon 22 000 in der Armee und 2 000 in der Kolonialverwaltung. Im Jahr 1931 waren es insgesamt 168 000 Briten, davon 60 000 in der Armee, 4 000 in der Kolonialverwaltung und 60 000 in der Privatwirtschaft. Briten machten zu keinem Zeitpunkt mehr als 0,05 Prozent der Bevölkerung aus (Maddison 2001: 109).

Die Armee stellte das Rückgrat der britischen Herrschaft dar. Im Jahr 1910 dienten 74 000 Briten und 150 000 Inder in der *British Indian Army*. Dabei stellte der britische Anteil an der indischen Armee etwa ein Viertel der gesamten

Streitkräfte des Königreichs dar. Diese *British Indian Army* war lange Zeit größer als die meisten Armeen europäischer Nationalstaaten (Mann 2022: 43) und garantierte die Sicherheit des Warenhandels und der Investitionen im gesamten britischen Empire – nicht nur in Indien: In der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts wurde sie in China (1860), Abessinien (1868), im malaysischen Perak (1875–76), im heute pakistanischen Belutschistan (1876–79), in Malta und Zypern (1878), in Afghanistan (1878), Ägypten (1882), Burma (1886), am Malawisee (1893), in Kenia und Uganda (1896) und im Sudan (1885, 1896–98) eingesetzt (Moore 1999: 442). Auch im Zweiten Burenkrieg (1899–1902) und bei der Niederschlagung des sogenannten Boxeraufstands in Peking (1899–1901) wirkte die indische Armee mit (Mann 2022: 43). Um die Wende vom 19. zum 20. Jahrhundert wurden die finanziellen Lasten aus diesen Militäreinsätzen neu geregelt und Indien musste fortan nur noch einen Teil der Kosten schultern, zum Beispiel jene für Truppeneinsätze in Afrika und Zentralasien (Moore 1999: 443).

Eine weitere Veränderung der Infrastruktur trug wesentlichen Anteil am Bedeutungsgewinn Indiens: Im Jahr 1869 wurde der Suezkanal eröffnet. Damit verkürzte sich die Route von Bombay nach London um 8900 Kilometer und Frachtschiffe konnten die Fahrt in 27 Tagen statt wie zuvor in zwei Monaten bewältigen. In der Folge nahmen die Exporte nach Großbritannien, vor allem von Baumwolle, Weizen, Jute, Erdnüssen, Reis und Tee, zu, wodurch die indische Volkswirtschaft nennenswerte Handelsbilanzüberschüsse erzielte (Washbrook 2022: 28). Während Großbritannien von der Intensivierung der Wirtschaftsbeziehungen mit Indien profitierte, litt die indische Bevölkerung jedoch Not. Die Forcierung der Produktion exportierbarer landwirtschaftlicher Güter bei gleichzeitiger Vernachlässigung der Nahrungsmittelproduktion für den einheimischen Bedarf führten zu einer mangelnden Versorgung der indischen Bevölkerung mit Nahrungsmitteln. In zwei Hungersnöten (1876–1878 und 1896–1898) starben Millionen Inderinnen und Inder an Unterernährung.

Aber auch außerhalb der Landwirtschaft schwächte die britische Kolonialpolitik die Wirtschaft Indiens. Die indische verarbeitende Industrie konnte sich nicht durch temporäre Schutzzölle vor der übermächtigen britischen Konkurrenz schützen. Ein besonders bizarres Beispiel für die Eigennützigkeit der britischen Kolonialpolitik stellt das Gesetz zu Abgaben auf Baumwollprodukte (*Cotton Duties Act*) aus dem Jahr 1894 dar. Fortan wurden Abgaben auf in Indien erzeugte Baumwollprodukte, die im Inland verkauft wurden, fällig. Es ist vermutlich einzigartig in der Wirtschaftsgeschichte, dass eine Regierung die

inländische Produktion mit Abgaben belegt, Importe hingegen nicht (Washbrook 2022: 30).

Ein Beispiel, wie sich die indische Wirtschaft trotz der hemmenden britischen Kolonialpolitik entwickeln ließ, lieferte Ende des 19. Jahrhunderts der Unternehmer Jamsetji Tata mit dem Aufbau einer Stahlindustrie. Er hatte im Jahr 1882 den Bericht eines deutschen Geologen gelesen, der reichhaltige Lagerstätten von Eisenerz und Kohle in der Nähe des späteren Stahlwerks vermutete.¹¹ Die „Tata Iron and Steel Company“ (TISCO) begann schließlich im Jahr 1907, drei Jahre nach Tatas Tod, in einem modernen Stahlwerk in Jamshedpur mit der Produktion von Stahl. TISCO hatte sich nicht auf ausländische Berater verlassen, sondern heuerte selbst qualifiziertes Personal im Ausland an, die das TISCO-Stahlwerk aufbauten (Tomlinson 2013: 108). Indien startete seine Stahlproduktion einige Jahre später als Japan und China, die bereits 1898 beziehungsweise 1896 das erste Stahlwerk in Betrieb genommen hatten (Maddison 2001: 116).

Das indische Projekt stieß bei einigen britischen Kolonialbeamten auf Skepsis. Der Generalkommissar der indischen Eisenbahnbehörde, Sir Frederick Upcott, war so arrogant gegenüber dem damals jungen Stahlunternehmen, dass er erklärte, er würde „jedes Pfund Schienenstahl essen“, dass das Unternehmen nach den anspruchsvollen britischen Spezifikationen produzieren könne.¹² Entsprechend war die Finanzierung des Tata-Stahlwerks schwierig. Nachdem britischen Banken abgewunken hatten, wendete Tata sich an die eigene Bevölkerung, sodass letztlich Ladenbesitzer und Maharadschas das junge Unternehmen mit Kapital ausstatteten.¹³

Dorabji Tata, der Sohn des Gründers, bezeichnete im Jahr 1906 den Bau des Stahlwerks als Meilenstein: Erstmals seien Rohstoffe in Indien weiterverarbeitet und nicht exportiert worden. Es sei ein indisches Unternehmen (*swadeshi*), finanziert mit indischem Kapital und geleitet von indischen Köpfen. Wie sehr die herablassende Art der Kolonialbeamten am Stolz der indischen Gesellschaften genagt hatte, zeigte sich noch 100 Jahre später, im Jahr 2006, als der damalige CEO des heutigen Konzernkonglomerats Tata-Gruppe, Ratan Tata, den Vertrag zur Übernahme des britisch-niederländischen Stahlkonzerns Corus durch Tata Steel unterzeichnete. Dies sei, so Tata, ein „Moment der Erfüllung für Indien“.¹⁴ Mit der Übernahme wuchs Tata Steel zum fünftgrößten Stahlhersteller der Welt.

Anders als von Sir Frederick Upcott erwartet, wurde in Indien hergestellter Stahl schon bald sehr wichtig für die Kolonialherren. Anfang des Jahres

1919 sagte der damalige Generalgouverneur und Vizekönig, Lord Chelmsford, er könne sich kaum ausmalen, was im Ersten Weltkrieg geschehen wäre, wenn Tata Steel das britische Empire nicht mit Schienen für Mesopotamien, Ägypten, Palästina und Ostafrika versorgt hätte.¹⁵

Für die weitere Entwicklung von Britisch-Indien waren zwei Ereignisse prägend: Eine zunächst wenig einschneidend erscheinende Maßnahme war die Durchführung einer ersten Volkszählung in den Jahren 1871 und 1872, die anschließend alle zehn Jahre wiederholt wurde. Die britische Kolonialverwaltung schuf zur Durchführung des Zensus Kategorien, die ihr sinnvoll erschienen, um die Kolonie regieren zu können: die Zugehörigkeit zu einer Religion und einer Kaste. Dabei hatten die Briten große Schwierigkeiten, ein sinnvolles System zu entwickeln, denn die meisten Inder kannten die von den Briten verwendete Terminologie nicht. Weder in Hindi noch in Sanskrit gibt es den Begriff „Kaste“ (Linder/Wolter 2024: 121). Stattdessen nannten sie als Religion oft die Götter, die sie verehrten, oder eine der vielen Traditionen, der sie folgten (Brosius/Michaels 2024). Dessen ungeachtet systematisierten, hierarchisierten und kategorisierten die Volkszählungen der Kolonialmacht die subkontinentalen Gesellschaften und ignorierten dabei lokale Variationen und Unterschiede in Hinblick auf die Kasten (Mann 2022: 41).

Gewiss existierte das Kastenwesen in Indien auch schon vor der Ankunft des britischen Kolonialismus, jedoch hatten die Kasten vor der Volkszählung eine andere Bedeutung. Die Ergebnisse der Volkszählung sagten also mehr über die Erfordernisse der Kolonialverwaltung aus als über die soziale und kulturelle Lage in Südasien (Mann 2022: 41). Die britische Kolonialmacht hat das Kastenwesen nicht nur nicht bekämpft, sondern vielmehr für die Stabilisierung ihrer Herrschaft missbraucht und dadurch das Kastensystem, vermutlich unbeabsichtigt, gestärkt (Lindner/Wolter 2024: 53, 120f.).

Ein bemerkenswerter Schritt war die Ernennung von George Curzon zum Vizekönig im Jahr 1899. Curzon war ein wissenschaftlich tätiger britischer Politiker, der geopolitisch argumentierte. Zwischen 1889 und 1894 hatte Curzon drei Bücher über die britische Außenpolitik verfasst und darin die zentrale Rolle Indiens für die britische Hegemonialmacht betont. Im Jahr 1901 stellte Curzon fest: „Solange wir Indien regieren, sind wir die größte Macht der Welt. Wenn wir es verlieren, werden wir sofort zu einer drittklassigen Macht“ (zitiert nach Sen 2006: 142, eigene Übersetzung).

Curzon reformierte die britische Kolonialverwaltung. Er hatte zuvor ihre Trennung von der Wirtschaft als überkommen kritisiert: Der britische Staat sei

verantwortlich für ein Eisenbahnnetz mit einer Länge von 26 000 Meilen, habe das Monopol auf den Verkauf von Salz und Opium, stelle Waffen und Munition her und sei der größte Arbeitgeber. Curzon schuf spezialisierte Verwaltungen, etwa für Landwirtschaft, Bergbau oder Bewässerung. Dort, wo er es als notwendig erachtete, ließ er Spezialisten aus Großbritannien anreisen, um im Aufbau der neuen, spezialisierten Verwaltung die neuesten Konzepte anwenden zu können (Moore 1999: 436). Er richtete Untersuchungsausschüsse für das Bildungs-, Polizei- und Beamtentum ein, senkte die Steuern und ordnete die unverzügliche Bestrafung aller Briten (einschließlich Armeeangehöriger) an, die indische Staatsangehörige misshandelten. Curzons Kolonialverwaltung wurde moderner und trug zur Modernisierung der indischen Wirtschaft bei. Das damals zerfallende Taj Mahal, heute Indiens bekannteste Touristenattraktion, ließ er restaurieren.¹⁶

Zugleich prägte Curzon eine romantische Verklärung der englischen Gesellschaft: Die Engländer seien ein Volk, das die Liebe zum Fortschritt und die Fähigkeit zum geordneten Wandel mit einer leidenschaftlichen Anhänglichkeit an alte Institutionen und einer gewissenhaften Ehrfurcht vor jenen Formen und Bräuchen verbinde, deren Wurzeln in der Geschichte des Landes verankert seien (Moore 1999: 437, eigene Übersetzung).

2.5. Der schleichende Zusammenbruch der britischen Kolonialherrschaft und der indische Kampf um Unabhängigkeit – 1914 bis 1947

Zu Beginn des Ersten Weltkriegs war Indien aus Londoner Sicht nicht mehr einfach zu steuern. Zwar stabilisierten die zahlreichen kooperationsbereiten Indier – etwa Prinzen, Industrielle, Kaufleute und städtische Honoratioren – die britische Herrschaft. Zugleich musste die Kolonialmacht aber einflussreiche, nach Unabhängigkeit strebende indische Eliten einbinden. Diese Phase des Zerfalls der kolonialen Herrschaft hinterließ lang anhaltende Spuren in der indischen Gesellschaft. In ihrem Streben nach Bündnispartnern spaltete die britische Kolonialmacht die sich formierende indische Nation etwa dadurch, dass sie den zuvor politisch nicht koordinierten 60 Millionen Muslimen im Land eine eigene politische Vertretung, die Muslimliga, zusagte (Moore 1999: 444f.). Die Teilung British-Indiens drei Jahrzehnte später war der Schlusspunkt des Bestrebens der in der Muslimliga organisierten indischen Muslime, ihren eigenen

Staat zu gründen. Mohammed Ali Jinnah wurde im Jahr 1916 erster Präsident der Muslimliga und im Jahr 1947 auch der erste Generalgouverneur der Islamischen Republik Pakistan. Die Teilung Indiens war so gesehen auch die Folge der Versuche der Briten, ihr zerfallendes Kolonialreich mit allen Mitteln zu retten.

Im Lauf des Ersten Weltkriegs gab es eine Reihe von Versuchen des Deutschen Kaiserreichs, Großbritannien durch die Anstiftung zu Unruhen in Indien sowie durch diplomatische Initiativen zu schwächen. Im Jahr 1916 etwa versuchten deutsche Diplomaten und Militärangehörige im Zuge der sogenannten Niedermayer-Hentig-Expedition, Staats- und Regierungsoberhäupter in Asien, insbesondere den afghanischen König Habibullah, zum Kriegseintritt gegen Großbritannien zu bewegen (Stolte 2022: 464). Diese Initiative scheiterte ebenso wie Versuche der Regierung unter Kaiser Wilhelm II., in Indien revolutionäre Bewegungen zu unterstützen und damit die Briten zu schwächen. Das Kalkül des Auswärtigen Amtes war, dass wachsender Widerstand gegen die Kolonialherrschaft die britische Regierung zwingen würde, zusätzliche Truppen auf dem Subkontinent zu stationieren, die an der Westfront in Frankreich fehlen würden (Hoover 1985: 251). Die Ursprünge dieser als „Hindu-Verschwörung“ bekannt gewordenen Aktivitäten, an denen sich auch Muslime und Sikhs beteiligten, waren die Aufstände gegen die britische Kolonialmacht in der Mitte des 19. Jahrhunderts. In Berlin lebende Inder veröffentlichten im Jahr 1915 ein „Manifest der indischen Nationalpartei“ und bezeichneten den großen Aufstand des Jahres 1857 als indischen Unabhängigkeitskrieg. Die britische Kolonialherrschaft wurde als inhuman charakterisiert und Inder wurden aufgerufen, für die Freiheit ihres Landes zu kämpfen (Hoover 1985: 249f.).

Wichtiger als die Berliner Gruppe waren aber die Aktivitäten in Kalifornien. Dort konnten sich deutsche Agenten bis zum Kriegseintritt der USA im April 1917 relativ frei bewegen. Die Reichsregierung wendete einige Hunderttausend Dollar für den Plan auf, von Kalifornien aus die indische Bevölkerung gegen die Kolonialmacht aufzuwiegeln und mit Waffen zu versorgen (Hoover 1985: 261; Brown 1948: 299). Im Herbst des Jahres 1914 erkundigte sich der damalige Militärattaché Deutschlands, Franz von Papen, beim New Yorker Vertreter des Krupp-Konzerns, ob das Unternehmen Waffen und Munition für etwa zehntausend Mann beschaffen und ohne Aufsehen zu erregen ins kalifornische San Diego schaffen könne (Brown 1948: 302). Doch der deutsche Versuch, Waffen per Schiff von Kalifornien nach Indien zu bringen, scheiterte. Im Jahr 1918 kam es in San Francisco zu einem spektakulären Gerichtsverfahren, bei dem 105 Personen – US-Amerikaner, Inder und Deutsche einschließlich des

deutschen Generalkonsuls – von einer großen Strafkammer der US-amerikanischen Bundesregierung wegen der Vorbereitung einer Militärexpedition gegen den befreundeten Staat Indien und der Verletzung der Neutralität der USA verurteilt (Hoover 1985: 246).

Im Ersten Weltkrieg kämpfte eine Million indischer Soldaten, 700 000 davon an der Mesopotamienfront gegen das Osmanische Reich. In Anerkennung dieser Kriegsanstrengungen wurde Indien, wie auch aus dem gleichen Grund Australien, im Jahr 1919 als Gründungsmitglied in den Völkerbund aufgenommen (Stolte 2022: 465). Damit ging eine Stärkung der Bürgerrechte der indischen Bevölkerung einher (Washbrook 2022: 31). In Artikel 23 des Gründungsdokuments des Völkerbunds wurden einige Grundrechte der in den Mitgliedstaaten lebenden Menschen beschrieben, etwa die Verpflichtung der Mitgliedstaaten zur Sicherung fairer und humaner Arbeitsbedingungen für Männer, Frauen und Kinder.

Der Prozess der Loslösung Indiens von Großbritannien war zunächst durch kleinere Reformschritte geprägt. Bereits 1917 war in der Montagu-Deklaration – mitgestaltet vom früheren Vizekönig George Curzon, inzwischen Mitglied im britischen Kriegskabinett – der indischen Gesellschaft der Übergang zur politischen Autonomie in Aussicht gestellt worden (Moore 1999: 445). Im Jahr 1918 wurden im Montagu-Chelmsford-Bericht dem britischen Parlament dann Vorschläge zur Stärkung der indischen Selbstverwaltung gemacht, die in den *Government of India Act* von 1919 einfließen. Das wichtigste Element des Berichts war die Empfehlung, auf Ebene der Provinzregierungen einige Kompetenzen indischen Ministern zu übertragen, die wiederum den indischen Wählern verantwortlich sein sollten.¹⁷ Die tatsächlichen Veränderungen waren jedoch bescheiden, weil wichtige Bereiche wie Finanzen, Justiz und die Polizei in britischer Hand blieben, während den indischen Ministern weniger bedeutende Ministerien wie Gesundheit und Erziehung übertragen wurden (Mann 2022: 40). Ein weiterer Schritt hin zu größerer Selbstbestimmung waren die Reformen des *Government of India Act* von 1935. Mit ihm bekamen alle Provinzen Indiens Regierungen, die von einem Teil der indischen Bevölkerung gewählt wurden. Allerdings blieben auch hier wieder die wichtigsten Ressorts – Verteidigung, Steuern und auswärtige Angelegenheiten – mit britischen Beamten besetzt (Wolpert o.J.).

Zudem waren die Wahlen, trotz der Gewährung des Wahlrechts für einige Frauen, insgesamt sehr eingeschränkt. Im Jahr 1926 waren lediglich 2,8 Prozent der Einwohnerinnen und Einwohner Indiens wahlberechtigt. Von einer Autonomie Indiens konnte nach den Reformen nicht gesprochen werden. Dies lag schon daran, dass der britische Generalgouverneur über ein umfassendes Vetorecht

verfügte. Er konnte, ohne indische Akteure konsultieren zu müssen, Gesetzesinitiativen auf den unterschiedlichsten Ebenen der Regierung blockieren und war keiner indischen Institution Rechenschaft schuldig (Mann 2022: 40).

Die Politisierung der indischen Gesellschaft hatte mit der Gründung des Indischen Nationalkongresses im Jahr 1885 an Dynamik gewonnen. Anfänglich eher ein Zirkel von Intellektuellen, die eine stärkere Beteiligung an der Machtausübung in Britisch-Indien anstrebten, entwickelte sich die Partei rasch zu einer Massenbewegung. Schließlich verabschiedete der Kongress auf seiner Jahresversammlung im Jahr 1929 eine Resolution, in der die Erlangung der Unabhängigkeit als politisches Ziel formuliert wurde. Mahatma Gandhi, zu diesem Zeitpunkt bereits eine der wichtigsten Figuren im indischen Unabhängigkeitskampf, wurde vom Indischen Nationalkongress beauftragt, eine Widerstandsbewegung zu organisieren. Schon im März 1930 startete Gandhi eine Kampagne für zivilen Ungehorsam und protestierte mit dem sogenannten Salzmarsch von seinem Wohnort Ahmedabad an die 385 Kilometer entfernte Westküste Indiens gegen die hohe Salzsteuer, die durch die Kolonialverwaltung erhoben wurde (Mann 2022: 42). Salz hatte für die indische Bevölkerung eine hohe Bedeutung. Das heiße indische Klima führte zum Verlust von Elektrolyten, der durch die Zunahme von Salz ausgeglichen werden konnte. Die Salzproduktion und -verteilung in Indien war lange Zeit ein lukratives Monopol der Briten. Durch eine Reihe von Gesetzen wurde der indischen Bevölkerung die eigenständige Produktion und der Verkauf von Salz untersagt; stattdessen mussten die Inder teures, stark besteuertes Salz kaufen, das häufig importiert wurde. Dies betraf die große Mehrheit der Inder und Inderinnen, die sich den Kauf nicht leisten konnten. Die Proteste gegen die Salzsteuer begannen bereits im 19. Jahrhundert und Salz blieb während der gesamten Zeit der britischen Herrschaft auf dem Subkontinent ein wichtiges Streitthema.¹⁸

Mahatma Gandhi war ein Freund des einfachen Handwerks und rief die Inder dazu auf, ihre eigene Kleidung herzustellen (Agarwala/Bouissou 2023: 17). Er schwärmte von *swadeshi*, einer auf wirtschaftliche Autarkie des Subkontinents setzenden Politik, sprach sich für eine Abkopplung vom Weltmarkt aus und stand liberalem Handel, wie viele seiner Zeitgenossen, skeptisch gegenüber (Luce 2009: 28). Gandhis Vision waren selbstverwaltete Dörfer, die weitgehend ohne Außenhandel wirtschafteten (Helleiner 2023: 134) – eine Vorstellung, die indessen schon in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts entstanden war: Britische Kolonialbeamte waren dem Irrtum unterlegen, der ländliche Raum sei geprägt von „Dorfrepubliken“ (*village republics*), und hatten auf diesem



Mahatma Gandhi (1869–1948), Anführer der indischen Widerstandsbewegung, hier zu seiner Zeit in Südafrika, 1906

Missverständnis ihre Kolonialpolitik aufgebaut. Insbesondere hatten sich die Kolonialbeamten hinsichtlich der vermeintlichen Selbstversorgung der Dörfer geirrt, die deshalb keinen wirtschaftlichen Austausch benötigen würden (Tomlinson 2013: 70). Gandhi wies den Einwand zurück, dass eine solche auf Selbstversorgung basierende Politik ineffizient sei, und argumentierte, dass wirtschaftliche Entwicklung mehr sei als materieller Wohlstand: Ethische und spirituelle Dimensionen seien ebenso wichtig (Helleiner 2021: 945). Er pries die Vision einer „wahrhaft spirituellen Nation“ (*truly spiritual nation*). Einen Zusammenhang zwischen Handel und Frieden gab es aus seiner Sicht nicht. Vielmehr befürchtete Gandhi, Indien würde den Frieden gefährden, wenn es sich wie Großbritannien entwickeln würde. Die ausbeutende Kolonialmacht sei eine Gefahr für die Welt, und um wie viel gefährlicher würde Indien sein, wenn es wie diese auf Mechanisierung

setzen und viel mehr als notwendig produzieren würde (Helleiner 2023: 135)?

Gandhi meinte, der Verzicht auf Importe müsse vom Staat durchgesetzt werden. Auch Exporte seien verzichtbar, da der indische Binnenmarkt groß genug sei (Helleiner 2023: 135). Er wollte Indien zu einer quasimystischen Vergangenheit zurückführen, in der das Land von einer Konföderation von Dorfgemeinschaften regiert werden sollte (Luce 2009: 190). Für Gandhi war die Einfuhr von Kleidung gleichbedeutend mit der Unterordnung des indischen Volkes unter die britische Kolonialmacht: Vor der Ankunft der East India Company habe Indien seine gesamte Kleidung selbst hergestellt. Er argumentierte, die Selbstversorgung sei durch eine Abhängigkeit von Importen ersetzt worden (Trivedi 2007: xx).

Aus heutiger Sicht hat diese verklärte Sicht Gandhis auf die Wirtschaft einen Beitrag zum Fehlstart Indiens in den ersten Jahrzehnten nach der

Unabhängigkeit geleistet. Gandhi träumte von einer Volkswirtschaft, die autark sein sollte. Die Menschen sollten bescheiden leben und ihren Konsum einschränken. Gandhis wirtschaftspolitische Konzepte waren in den 1930er-Jahren aber kein Einzelfall. Auch in den USA und Deutschland, um nur zwei Beispiele zu nennen, waren Ideen nach der Stärkung der Binnenwirtschaft stark verbreitet (Dieter/Biedermann 2022: 268).

Der Zweite Weltkrieg machte Indien zu einem strategisch wichtigen Aufmarschgebiet. Nach dem japanischen Angriff auf Pearl Harbour im Dezember 1941 verschärfte die britische Kolonialregierung die Kontrolle über die indische Gesellschaft. Jedwede kritische Äußerung, etwa von Mahatma Gandhi und seiner *Quit-India*-Bewegung, wurden von der Kolonialregierung rücksichtslos unterdrückt und prominente Vertreter inhaftiert (Washbrook 2022: 32). Diese Verhaftungen sorgten aber nicht für eine Befriedung Indiens, sondern resultierten in einer weiteren Eskalation. In den folgenden Unruhen starben mindestens 1000 Menschen und etwa 60000 Personen wurden inhaftiert (Kulik o.J.). Die *Quit-India*-Bewegung von 1942 bis 1944 war die letzte Massenkampagne zivilen Ungehorsams, die der von Mahatma Gandhi und Jawaharlal Nehru geführte Indische Nationalkongress gegen die britische Herrschaft mobilisierte (Ansari 2022).

Am 3. September 1939 hatte der Statthalter Londons, Vizekönig Lord Linlithgow, im Namen von 400 Millionen Inderinnen und Indern Deutschland den Krieg erklärt. Indien wurde somit zur Kriegspartei, ohne dass es zuvor Konsultationen mit den politischen Führern Indiens gegeben hätte. Das Land wurde zu einem bedeutenden Umschlagplatz für kriegswichtige Materialien: Während des gesamten Zweiten Weltkriegs transportierten Schiffe Truppen, Waffen und Nahrungsmittel von britischen Kolonien und Dominion-Gebieten nach Europa (Mukherjee 2010: 1). Die mächtigste politische Gruppierung, die Kongresspartei Gandhis und Nehrus, protestierte gegen diese Nichtberücksichtigung indischer Politiker (Ansari 2022).

Im Jahr 1943 begann eine Phase der Nahrungsmittelknappheit in der ostindischen Provinz Bengalen, die maßgeblich durch Entscheidungen des Kriegskabinetts verursacht worden war: Die britische Regierung hatte nach der Besetzung Burmas durch die japanische Armee im Jahr 1942 befürchtet, dass auch Bengalen an Japan fallen könnte. Die britischen Kolonialbehörden leiteten deshalb eine Politik der „Verweigerung“ ein und ließen Getreidevorräte und kleine Boote, die für die bengalische Wirtschaft von großer Bedeutung waren, vernichten, damit sie nicht in japanische Hände fielen (Whitehead 2024). Premierminister Winston Churchill lehnte es ab, Transportkapazitäten bereitzustellen, um



Mahatma Gandhi (r.) und Jawaharlal Nehru 1942 während einer Sitzung des *All India Congress Committee*. Das Gremium der Kongresspartei verabschiedete die „Quit India“-Resolution, mit der Großbritannien aufgefordert wurde, Indien zu verlassen

Getreide aus Australien und anderen Teilen des Commonwealth nach Bengalen zu transportieren. Im März 1943 konstatierte Churchill, die Bengalen müssten lernen, sich um sich selbst zu kümmern, ebenso wie es die Briten selbst gelernt hatten. Die Versorgung der britischen Bevölkerung mit Nahrungsmitteln sei prekär und erlaube es nicht, Schiffe als Geste des guten Willens nach Indien zu senden (Mukherjee 2010: 103).

Churchill ignorierte die Warnungen des britischen Vizekönigs vor einer drohenden Hungersnot. Im Oktober 1943 forderte das britische Unterhaus, Nahrungsmittelhilfe nach Bengalen zu organisieren. Churchill lehnte dies jedoch noch immer ab und beharrte darauf, dass es das primäre Ziel sei, den Krieg zu gewinnen (Mukherjee 2010: 199). Die Unabhängigkeitsbewegung Indiens kritisierte die Weigerung der britischen Regierung, Nahrungsmittelhilfen für Bengalen zu ermöglichen, scharf. Insbesondere die Weigerung, Transportkapazitäten bereitzustellen, wurde angegriffen. Und selbst britische Offizielle kritisierten die eigene Regierung. Lord Wavell, seit September 1943 Vizekönig und Generalgouverneur, schrieb Churchill am 24. Oktober 1944: „Die wichtigsten Probleme Indiens werden von der Regierung Seiner Majestät mit Ignoranz, manchmal sogar mit Feindseligkeit und Verachtung behandelt“ (zitiert nach Sen 1981: 78f., eigene Übersetzung).

Die Maßnahmen der britischen Regierung mündeten in die große bengalische Hungersnot von 1943/44, in der etwa drei Millionen Inderinnen und Inder an Hunger starben und eine noch größere Zahl an Menschen aus ihren angestammten Siedlungsräumen auswandern musste (Mukherjee 2010: 269).¹⁹

Aus heutiger Sicht könnten diese Handlungen als Kriegsverbrechen bewertet werden. Bemerkenswert ist, dass es für die Toten der bengalischen Hungersnot bis heute kein Mahnmal und noch nicht einmal eine Erinnerungstafel gibt. Erst im Jahr 2024 wurde die Diskussion in Großbritannien darüber durch eine fünfteilige Radiodokumentation der BBC belebt.²⁰ Die Skepsis vieler heutiger indischer Politiker gegenüber der Propagierung von westlichen Werten ist angesichts dieser historischen Erfahrungen wenig überraschend. Zur damaligen Zeit verliehen die Geschehnisse der indischen Unabhängigkeitsbewegung einen neuen Schub (Simonow 2022: 498).

Der Zweite Weltkrieg hatte verheerende Auswirkungen auf die wirtschaftliche Entwicklung Indiens. Von 1939 bis 1945 war die indische Wirtschaft enormen Belastungen ausgesetzt und musste auch die Folgen der großen bengalischen Hungersnot bewältigen. In den Jahren 1939 und 1940 schloss die indische Kolonialregierung mit der britischen Regierung ein Abkommen über die Aufteilung der Kriegskosten ab. Dem Prinzip nach sollten die Kriegskosten Indien erstattet werden, aber faktisch ließen sich die Kosten nur durch die Duldung einer hohen Inflation bewältigen (Tomlinson 2013: 135).

Die Kolonialzeit überschattet Indiens wirtschaftliche und politische Entwicklung bis in die Gegenwart. Wer verstehen will, warum der Hindunationalismus im heutigen Indien populär ist, muss die Kolonialzeit und deren langfristige Folgen im Blick behalten (Linder/Wolter 2024: 48). Etwa drei Viertel aller Beschäftigten waren zwischen 1860 und den 1940er-Jahren in der Landwirtschaft tätig, die etwa die Hälfte der indischen Wirtschaftsleistung ausmachte (Tomlinson 2013: 24). Zugleich war die indische Landwirtschaft wenig produktiv und konnte die inländische Bevölkerung nur mit Mühe ernähren. Der Subkontinent wurde auch durch die Spanische Grippe in den Jahren 1918 bis 1920 hart getroffen: Zwischen 17 und 18 Millionen Menschen fielen der Seuche zum Opfer, was etwa fünf Prozent der damaligen Bevölkerung entsprach (Mody 2023: 378).

In den letzten Jahren vor der Unabhängigkeit regierte mit Winston Churchill ein Mann in London, der Indien wiederholt sehr geringschätzig abqualifizierte. Zuvor, im Jahr 1932 etwa, damals ohne Regierungsamt, schrieb er in einem für das britische Parlament verfassten Memorandum:

„Indien ist weder ein Land noch eine Nation, sondern ein Kontinent, der von vielen Nationen bewohnt wird. Die Parallele zu Indien ist Europa. Aber Europa ist keine politische Einheit. Es ist eine geografische Abstraktion. Niemand kann nach Jahrhunderten des Fortschritts die Meinung Europas vertreten oder behaupten, in ‚seinem‘ Namen zu sprechen. Aber die rassischen und religiösen Spaltungen in Indien sind zahlreicher und viel tiefgreifender als die, die Europa spalten“ (zitiert nach Guha 2019a, eigene Übersetzung).

Vor Mahatma Gandhi hatte Churchill wenig Achtung und belegte ihn mit üblen Beschimpfungen. So nannte er Gandhi einen „halbnackten Fakir“ und einen „böartigen subversiven Fanatiker“ (zitiert nach Guha 2019b). Seine lang anhaltende Abneigung gegen Gandhi gibt einen Hinweis darauf, dass Churchill gelegentlich wie ein engstirniger Kleingeist und nicht wie ein Staatsmann dachte und handelte (Guha 2019b).

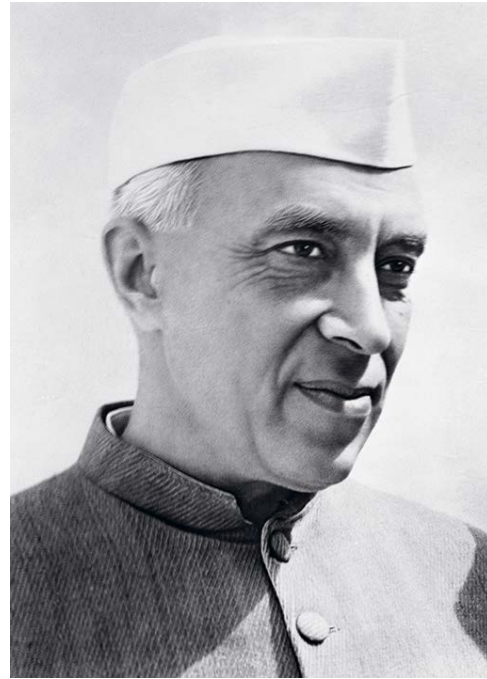
Am Ende der Kolonialzeit war Indien wirtschaftlich schwach und arm. Neun von zehn Inderinnen und Indern lebten in Dörfern. Die Lebenserwartung betrug gerade einmal 32 Jahre. Im Jahr 1951, als Indien die erste Volkszählung nach der Unabhängigkeit durchführte, konnten 84 Prozent der 320 Millionen Einwohnerinnen und Einwohner noch nicht einmal ihren eigenen Namen schreiben (Luce 2009: 29). Die Alphabetisierungsquote der indischen Bevölkerung lag auf dem Niveau wie diejenige Chinas oder Ägyptens und weit unter den Werten Mexikos oder der Philippinen. Insbesondere im Norden des Landes, in den Hindi sprechenden und stark bevölkerten Landesteilen, waren mehr als 95 Prozent der Bevölkerung Analphabeten (Mody 2023: 88).

Ein positives Erbe hat die Kolonialmacht Indien allerdings hinterlassen: Die öffentliche Verwaltung war leistungsfähiger als in den meisten anderen früheren asiatischen Kolonien mit der Ausnahme Ceylons, dem heutigen Sri Lanka, und den Philippinen. Da bereits davor in die Stärkung der Kompetenz indischer Mitarbeiter in der Kolonialverwaltung investiert wurde, konnte die Administration nach der Unabhängigkeit davon profitieren (Myrdal 1969: 262). Nur wenige frühere Kolonien brachen in die politische Unabhängigkeit mit einer so gut ausgebildeten Führungsschicht wie Indien auf. Der erste Premierminister Jawaharlal Nehru etwa war an der Privatschule Harrow und an der Universität Cambridge ausgebildet worden.

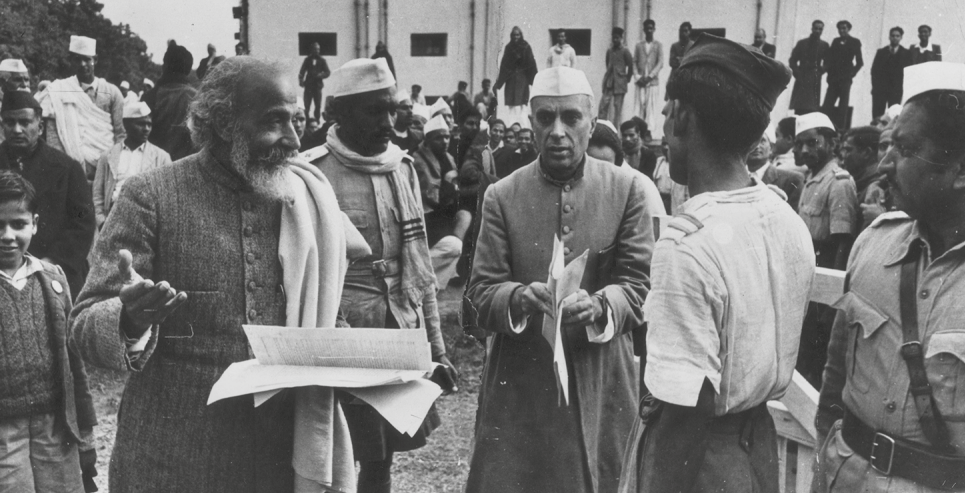
Die früheren Unabhängigkeitskämpfer sollten bald entweder als Parlamentsabgeordnete oder als Regierungsmitglieder Verantwortung für den neuen indischen Staat übernehmen. Dabei war die Versuchung, nach Jahren der materiellen

Einschränkungen den Verlockungen der Regierungsämter nachzugeben, erheblich. Gandhi riet den Mitgliedern der Kongresspartei, nach Erreichung der Unabhängigkeit von Großbritannien keine Ämter anzustreben, sich aus der Politik zurückzuziehen und sich sozialer Tätigkeit zu widmen. Er vertrat die Einschätzung, die Politik des unabhängigen Indiens sollte von Menschen gestaltet werden, die aufgrund ihrer Befähigung ausgewählt würden und sich nicht auf das Prestige der Kongresspartei stützten (Myrdal 1968: 273).²¹ Auch Lord Louis Mountbatten, der letzte britische Vizekönig, hatte der neuen indischen Regierung eindringlich geraten, sich vom Prunk und der Pracht der britischen Kolonialherrschaft zu verabschieden und weniger pompös als die britischen Kolonialherren aufzutreten (Myrdal 1968: 274). Doch weder Gandhis noch Mountbattens Rat wurden gehört. Im unabhängigen Indien zeigten Politiker ihren Status gern durch die Nutzung großer Limousinen, die mit der Landesflagge geschmückt waren. Der erste Ministerpräsident Jawaharlal Nehru, der schon die Briten immer wieder für deren Imponiergehabe gerügt hatte, übte Kritik am protzigen Auftreten indischer Politiker, blieb damit aber die Ausnahme (Myrdal 1968: 275).

Die sehr hierarchische Struktur der öffentlichen Verwaltung, mit großen Unterschieden in Ansehen und Besoldung, wurde im Großen und Ganzen von den Briten übernommen. Dabei ist bemerkenswert, dass die indische Regierung nach der Unabhängigkeit die breite Spreizung der Gehälter im öffentlichen Dienst von den Briten übernahm. Zwar wurde das Gehaltsniveau abgesenkt, aber nicht auf das Niveau, das im Unabhängigkeitskampf immer wieder gefordert worden war. Im 19. Jahrhundert hatte die Kolonialverwaltung ihren Mitarbeitern astronomische Gehälter gezahlt, was als Maßnahme zur Bekämpfung der Korruption bezeichnet worden war. Die in Indien



Jawaharlal Nehru, indischer Premierminister und Außenminister (1947-1964)



Am 8. Februar 1947 besucht der indische Politiker und spätere Premierminister Jawaharlal Nehru ein Treffen der verfassungsgebenden Versammlung in der Council House Library, Neu-Delhi

gezahlten Gehälter lagen weit über den in anderen britischen Kolonien. Leitende Mitarbeiter verfügten über Einkommen, die denen indischer Fürsten entsprachen (Washbrook 1999: 411f.).

2.6. Die Teilung Britisch-Indiens und die indische Staatsgründung 1947

Nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs begann die Neuordnung des britischen Kolonialreichs, die sich über Jahrzehnte erstreckte und mit der Rückgabe Hongkongs an China im Jahr 1997 zu ihrem vorläufigen Abschluss kam. Die britische Nachkriegsregierung war sich der von ihr mitverursachten Spannungen zwischen Hindus und Muslimen sehr bewusst. Der Labour-Politiker Frederick William Pethick-Lawrence, Minister für Indien und Burma, reiste im Frühjahr des Jahres 1946 mit einer dreiköpfigen Regierungsdelegation nach Indien, um einen Föderationsplan mit indischen Politikern zu diskutieren. Die Idee war, eine sehr schwache Bundesregierung zu schaffen, deren Kompetenzen auf auswärtige Angelegenheiten, Kommunikation und Verteidigung sowie der Finanzierung dieser Aufgaben beschränkt sein sollte. Die Provinzen oder Bundesstaaten wären ansonsten politisch und ökonomisch autonom gewesen. Pethick-Lawrence schlug drei Kategorien von Bundesstaaten vor und berücksichtigte dabei die Bedeutungen der jeweiligen religiösen Gruppen.²²

Dieser Plan wurde zunächst sowohl von Mohammed Ali Jinnah, dem Präsidenten der Muslimliga, als auch von führenden Mitgliedern der Kongresspartei begrüßt und unterstützt. Im Frühsommer 1946 keimte daher die Hoffnung



British-Indien 1946

Kronkolonie

 British-Indien (British Raj)

Provinces

 Gebiete unter direkter britischer Herrschaft

States (Fürstenstaaten)

 nominell unabhängige, von einheimischen Fürsten regierte Staaten unter britischer Oberhoheit

— Staatsgrenze

— Binnengrenze

● Hauptstadt

Britische Kolonien und Protektorate außerhalb British-Indiens

 britische Kronkolonie

 ● britisches Protektorat

Kolonien und koloniale Stützpunkte anderer europäischer Staaten

 französisch

 portugiesisch

 niederländisch

Unabhängige Staaten



- 1 Sikkim
- 2 Behar
- 3 Khasi
- 4 Tripura
- 5 Manipur
- 6 Tipperah

1 : 25 000 000

0 500km

© mr-kartographie 2026

► **Tabelle 3** Bevölkerungsentwicklung in Indien, 1820 bis 1946 (in Millionen Menschen)

Jahr	Indien ungeteilt	Gebiet des späteren Bangladesch	Gebiet des späteren Pakistan
1820	209	20	14
1870	253	25	16
1913	304	32	20
1929	333	34	23
1941	392	42	28
1946	415	42	33

Quelle: Maddison 2006, S. 530.

auf, Indien könne als geeinter unabhängiger Staat gegründet werden. Diese Hoffnung währte indessen nur kurz, weil Jawaharlal Nehru auf seiner ersten Pressekonferenz als wiedergewählter Präsident der Kongresspartei verkündete, dass keine verfassungsgebende Versammlung durch irgendeine im Voraus festgelegte Verfassungsformel „gebunden“ sein könne. Die Chance auf einen Kompromiss zwischen Hindus und Muslimen wurde nicht genutzt.

Die Unabhängigkeit Britisch-Indiens, vollzogen in der Nacht vom 14. zum 15. August 1947, markiert somit nicht nur das Ende des britischen Kolonialstaates in Südasien, sondern auch die Teilung des Landes (Mann 2022: 45). Zum Zeitpunkt der Teilung lebten in Gesamtindien 415 Millionen Menschen: 340 Millionen in der Indischen Union, 42 Millionen in Ostpakistan, dem späteren Bangladesch, und knapp 33 Millionen in Pakistan. Seit dem Jahr 1820 hatte sich die Bevölkerung im ungeteilten Indien, trotz der Hungersnöte und den massiven Verlusten infolge der Spanischen Grippe, nahezu verdoppelt (Maddison 2006: 530).

Die Teilung Britisch-Indiens in die muslimisch geprägten Teilstaaten West- und Ostpakistan und Indien war eine traumatische Erfahrung für die betroffenen Gesellschaften. Dabei war und ist die Rolle der bisherigen Kolonialmacht in Hinblick auf den Konflikt zwischen Hindus und Muslimen umstritten. Großbritannien hatte religiöse Konflikte in Indien lange nicht bekämpft, sondern zur Stabilisierung einer eigenen Macht genutzt (Lindner/Wolter 2024: 53). Die Kolonialmacht folgte dabei den Empfehlungen von Mountstuart Elphinstone, Gouverneur Bombays im frühen 19. Jahrhundert, der vorgeschlagen hatte, das



Die Teilung Indiens 1948

Indien und Pakistan 1948

- Indische Union
- Republik Pakistan; Ostpakistan ab 1971 Bangladesch

Fürstenstaaten, die nach dem 1.1.1948 ihre Unabhängigkeit verloren

- | | |
|--|---|
| 1 Junagadh:
Beitritt zu Indien
25.2.1948 | Jammu und Kaschmir:
Erster Indisch-Pakistanischer
Krieg 1947/48 |
| 2 Kalat:
Anschluss an Pakistan
31.3.1948 | Teilung am 1.1.1949: |
| 3 Hyderabad:
Annexion durch
Indien 17.9.1948 | 4 von Pakistan verwaltet,
von Indien beansprucht |
| | 5 von Indien verwaltet,
von Pakistan beansprucht |

Kolonien und Protektorate

- britisches Protektorat
- französisch
- portugiesisch
- niederländisch
- indisches Protektorat

Unabhängige Staaten

- Staatsgrenze
- strittige Grenze zwischen Indien und Pakistan
- Demarkationslinie zwischen Indien und Pakistan 1.1.1949
- Hauptstadt



Im September 1947 warteten an der neuen Grenze zwischen Indien und Pakistan Muslime darauf, mit einem Transport nach Pakistan auszureisen

römische Prinzip des „Teilens und Herrschens“ auch zur Leitlinie der britischen Kolonialpolitik zu machen.

Eine Präjudizierung für die Teilung Indiens erfolgte schon im Jahr 1939, als der Vertreter der britischen Krone und Vizekönig Lord Linlithgow die von Muhammad Ali Jinnah geführte Muslimliga als alleinige Vertretung aller Muslime in ganz Indien anerkannte. Im Gegenzug unterstützte Jinnah die Teilnahme Indiens am Zweiten Weltkrieg an der Seite Großbritanniens (Luce 2009: 227). Die Kongresspartei dagegen hatte sich geweigert, den Kriegseintritt Indiens zu unterstützen, sollte die Parteiführung nicht vor Kriegseintritt konsultiert werden. Vizekönig Linlithgow unterließ es, die Spitzen der Kongresspartei zu informieren, geschweige denn zu konsultieren. Schon Zeitgenossen war klar, dass dieser Schritt einen fundamentalen Fehler bedeutete. Sowohl Gandhi als auch Nehru waren strikte Gegner des Nationalsozialismus und betrachteten die Expansion Japans mit Sorge. Nehru habe damals, so Edward Luce, gefragt, wie

Indien für die Demokratie kämpfen solle, wenn diese den Indern verwehrt werden würde (Luce 2009: 227). Es erscheint plausibel zu unterstellen, dass Gandhi und Nehru dem Krieg gegen Deutschland und Japan zugestimmt hätten, wenn sie konsultiert worden wären.

Im Zuge der Teilung und Unabhängigkeit Indiens erfolgte auch die Entmachtung der rund 500 fürstlichen Herrscher und die Integration ihrer Herrschaftsgebiete in den indischen Unionsstaat (Myrdal 1968: 265). Dies war aber keineswegs von der britischen Regierung vorbereitet worden. Vielmehr wurden am Tag der Unabhängigkeit dem neuen indischen Parlament lediglich die Souveränität für Britisch-Indien sowie die Verantwortung für die Außen- und Verteidigungspolitik der Fürstentümer übertragen. Ohne die rasche Integration der Fürstentümer in die indische Union aber hätte das Risiko einer politischen und ökonomischen Balkanisierung der jungen Nation bestanden (Mody 2023: 30).

Dieser Prozess wurde im Dezember 1947 vom ersten Innenminister nach der Unabhängigkeit Sardar Patel begonnen und war im Sommer 1948 nahezu vollendet. In Hyderabad leistete der dortige Herrscher indes Widerstand, gegen den mit militärischer Gewalt vorgegangen wurde. Patel schrieb im Oktober 1948, die „Wunde von Hyderabad“ sei entfernt und Indien hätte „ein Maß an Einheit erreicht wie seit vielen Jahrhunderten nicht mehr“ (zitiert nach Mody 2023: 30f., eigene Übersetzung). Unter der britischen Kolonialherrschaft hatten die Fürsten über ein hohes Maß an Autonomie verfügt und eine unabhängige Wirtschafts- und Fiskalpolitik einschließlich des Rechtssystems betreiben können. Die Auflösung der Fürstentümer war daher, so der schwedische Ökonom Gunnar Myrdal, ein essenzieller Schritt zur Konsolidierung des indischen Nationalstaates (Myrdal 1968: 266).

Die Liquidierung der indischen Fürstentümer und die Integration dieser Territorien resultierten in einer umfassenden Rationalisierung des indischen Verwaltungs- und Rechtssystems. Indien gewann durch die Integration der Fürstentümer mehr Bevölkerung und Staatsgebiet, als es durch die Teilung zuvor verloren hatte (Myrdal 1968: 266). Bis dahin wurde etwa ein Drittel des Staatsgebiets von Britisch-Indien von etwa 500 Fürsten regiert. Die meisten Fürstentümer waren klein und unbedeutend, aber einige wenige, etwa Hyderabad und Kaschmir, verfügten über erhebliche Ressourcen (Luce 2009: 156).

Die Indische Union gab sich eine föderale Verfassung mit einer Aufteilung der wirtschaftspolitischen Befugnisse zwischen der Zentralregierung und den Verwaltungen der Bundesstaaten. Heute weist Indien 28 Bundesstaaten, sieben Unionsterritorien und das Gebiet der Hauptstadt Neu-Delhi auf (Lindner/Wolter

2024: 106). Die Bundesstaaten sind wichtige Akteure und beschäftigen mehr Menschen als Lokalregierungen und Bundesregierung zusammen.²³ Nicht realisiert wurden die in mehreren Teilen des Landes von regionalen Gruppen erhobenen Forderungen, aus den alten Verwaltungseinheiten Britisch-Indiens neue Bundesstaaten mit jeweils eigenen Sprachen zu schaffen (Tomlinson 2013: 131).

Eine wichtige Entscheidung war die Wahl des ersten Regierungschefs des unabhängigen Indiens. Im April 1946 beschäftigten sich Gremien der Kongresspartei mit der Neuwahl des Parteipräsidenten, der Indien in die Unabhängigkeit führen würde. Eine Mehrheit der Parteikomitees sprach sich für Sardar Patel aus, der als herausragende Führungskraft, tüchtiger Organisator und großer politischer Führer galt. Die Parteigremien waren sich bewusst, dass Nehru in der indischen Gesellschaft beliebt war. Aber die Führungsqualitäten Patels war den meisten wichtiger als seine gegenüber Nehru geringere Popularität (Mody 2023: 27).

Entschieden wurde diese Frage aber nicht von den Gremien der Partei, sondern von Gandhi, für den die demokratischen Verfahren keine Bedeutung zu haben schienen. Wie schon bei der Wahl Parteipräsidenten in den Jahren 1929 und 1937 setzte Gandhi auf seinen 20 Jahre jüngeren politischen Erben Jawaharlal Nehru (Mody 2023: 27). Diese einsame Entscheidung für Nehru wirft Fragen nach der politischen Klugheit Gandhis auf. Trotz seiner immer wieder propagierten spartanischen Lebensweise war dieser sehr stark von der britischen Gesellschaft geprägt. Gandhi bevorzugte es offenbar, dass das unabhängige Indien von dem polyglotten, an der elitären Privatschule Harrow und an der Universität Cambridge ausgebildete Nehru im Ausland vertreten werden sollte statt durch den möglicherweise weniger vorzeigbaren Patel (Mody 2023: 27). Gewiss hatte Nehru eine exzellente Ausbildung genossen, aber es überrascht gleichwohl, wie wenig Patels organisatorische Qualitäten und die von der Partei ausgedrückte Präferenz zählten.

Der Konflikt zwischen Nehru und Patel zeigte in jener Zeit und in den Folgejahren die beiden wichtigsten Strömungen innerhalb der Kongresspartei: auf der einen Seite Nehrus säkularer Sozialismus, auf der anderen Seite Patels konservativer, traditioneller Hinduismus. Während Nehru an der Schaffung eines modernen, sozialistischen Nationalstaates mit einem klaren Bekenntnis zu Gleichheit und Demokratie interessiert war, betonte Patel die Schwierigkeiten, eine traditionelle Gesellschaft zu schnell auf einen reformistischen Pfad zu bringen. Patel konnte in den Jahren 1949 und 1950 zwei wichtige Entscheidungen für sich gewinnen – die über den ersten indischen Präsidenten

und die über einen neuen Präsidenten für die Kongresspartei. Sein plötzlicher Tod Ende 1950 verschaffte Nehru schließlich einen unerwarteten Vorteil und ermöglichte es ihm, seine Vorherrschaft in der Partei wiederherzustellen (Tomlinson 2013: 140f.).

Nach dreijähriger Vorbereitungszeit trat am 26. Januar 1950 die neue Verfassung in Kraft. Zwar ähnelte sie einer früheren Version, dem *Government of India Act* von 1935, aber die Neuauflage nahm auch Anleihen bei anderen Verfassungen einschließlich jener der Sowjetunion. Allerdings wird von Hindunationalisten bis heute genau dies kritisiert: Die Verfassung sei zu wenig eigenständig, zu sehr von den Briten geprägt und das Gesetz von 1935 sei vor allem eine „Charta der Versklavung“ (Fähnders 2024a).

Weitgehend Konsens herrschte im verfassungsgebenden Konvent darüber, dass Indien ein säkularer Staat und frei von religiöser Diskriminierung sein sollte. Auch die Grundzüge der indischen Staatsform – eine parlamentarische Demokratie mit einer Kabinettsregierung, einer föderalen Struktur, allgemeinem Wahlrecht und der Garantie von Grundrechten – waren unumstritten (Myrdal 1968: 267).

Der prägende Gestalter der Verfassung war Bhimrao Ramji Ambedkar, Justizminister im ersten Kabinett Nehrus und Rechtsanwalt. Ambedkar ist heute außerhalb Indiens weniger bekannt, aber für viele Inderinnen und Inder ist er eine politisch bedeutendere Persönlichkeit als Mahatma Gandhi. Beide waren Zeitgenossen und kämpften gemeinsam für Indiens Unabhängigkeit. Anders als Gandhi sah Ambedkar jedoch keinen Widerspruch zwischen dem Widerstand gegen die Kolonialmacht und der Zustimmung zu moderner Wissenschaft und Technologie. Vor allem aber war Ambedkar ein Vertreter der niedrigsten Kaste, der „Unberührbaren“, die heute *Dalit* genannt werden. Er schaffte es, den am stärksten marginalisierten Menschen der indischen Gesellschaft Hoffnung auf eine Verbesserung ihres Lebens zu geben und kämpfte sein Leben lang für die Rechte dieser benachteiligten Gruppe (Fähnders 2024a; Luce 2009: 12).

Anders als Gandhi und viele Intellektuelle hatte Ambedkar keinerlei Sympathien für das dörfliche Leben in Indien. In seiner Kindheit war er als „Unberührbarer“ zahlreichen Schmähungen und Demütigungen ausgesetzt. Ambedkar sah im Kastensystem das größte gesellschaftliche Übel Indiens. Er selbst war der erste „Unberührbare“, der im Ausland studiert hatte, zunächst in New York und später in London, wo er im Jahr 1916 die Anwaltszulassung erhielt. Mit seinem juristischen Sachverstand gelang es ihm, einige Forderungen, etwa nach dem Verbot der Schlachtung von Kühen, aus dem Grundrechteteil der

Verfassung in den nicht bindenden Teil zu verschieben und sie damit zu entschärfen (Luce 2009: 13).

Umstritten war nicht zuletzt, was die Amtssprache in Indien sein sollte. Der Verfassungsentwurf von 1950 sah vor, dass nach einer Übergangszeit von 15 Jahren Hindi die offizielle Sprache der Indischen Union werden sollte. Aber die weniger stark von Hindus geprägten südlichen Landesteile widersetzten sich dieser Regelung. Die Frage der Landessprache war Verhandlungsteilnehmern zufolge die am heftigsten umstrittene Passage der gesamten Verfassung. Im verfassungsgebenden Konvent wurde nach langer Debatte Hindi mit lediglich einer Stimme Mehrheit zur offiziellen Sprache der Indischen Union bestimmt (Myrdal 1968: 270).

Diese Skepsis des indischen Südens gegenüber dem Norden hat sich bis heute erhalten. Die Partei des gegenwärtigen Premierministers Modi, die *Bharatiya Janata Party* (BJP), tut sich seit Jahren bei Wahlen in den südlichen Bundesstaaten deutlich schwerer als im Norden. Schon in den 1950er-Jahren war im Süden Indiens eine profunde Skepsis gegen die vermeintliche Dominanz des Nordens zu beobachten. Dazu beigetragen hat, dass die Führung der Kongresspartei vornehmlich aus dem indischen Norden stammte. In den ersten Kabinetten von Premierminister Nehru waren Politiker aus den südlichen Bundesstaaten deutlich unterrepräsentiert (Myrdal 1968: 270).

Im Jahr 1952 fanden erstmals Parlamentswahlen statt, die eine gewaltige logistische Herausforderung darstellten. Nur 20 Prozent der 170 Millionen Wahlberechtigten waren des Lesens und Schreibens mächtig. Zuletzt hatte es 1935 eine Wahl gegeben, aber mit einer deutlich geringen Zahl an Wahlberechtigten – weniger als 35 Millionen Menschen.

Nach der Teilung und Staatsgründung im Jahr 1947 war Premierminister Nehru für viele Zeitgenossen die unumstrittene Führungsfigur und Indien galt als moralische Supermacht. Es war anderen Entwicklungsländern voraus, weil es als bis dahin einzige Kolonie die Überwindung der europäischen Herrschaft mit weitgehend friedlichen Mitteln erreicht hatte. Die Einzigartigkeit des indischen Befreiungskampfes und das Charisma von Mahatma Gandhi inspirierten politische Führer in anderen Ländern, etwa Martin Luther King, der Gandhis gewaltfreien Widerstand auf die Bürgerrechtsbewegung in den USA übertrug, oder Nelson Mandela in seinem langen Kampf gegen die Apartheid in Südafrika. Indiens Regierung war selbstbewusst, weil die indische Gesellschaft durch Überzeugungskraft und nicht durch den Einsatz von Waffen ihre Unabhängigkeit errungen hatte (Luce 2006: 264).

Das Selbstbewusstsein der Regierenden spiegelte sich aber nicht in einer gefestigten nationalen Identität wider. Nach der Unabhängigkeit begann sich diese nur sehr langsam zu entwickeln (Lindner/Wolter 2024: 53). Die Regierung des unabhängig gewordenen Indiens musste nicht nur den wirtschaftlichen Wiederaufbau organisieren, sondern auch der über Jahrhunderte ausgebeuteten und gedemütigten indischen Gesellschaft ein neues, eigenes Selbstbewusstsein vermitteln.

2.7. Nehrus sozialistische Wirtschaftspolitik – 1947 bis 1964

Zum Zeitpunkt der Unabhängigkeit war Nehru entschlossen, die indische Wirtschaft zu erneuern. Indien sollte seiner Auffassung nach nicht in die internationalen Wirtschaftsbeziehungen integriert werden, sondern weitgehend autark wirtschaften und den einheimischen Produzenten ein hohes Maß an Schutz gewähren, wobei der Staat eine führende Rolle übernehmen sollte. Dahinter stand die Idee, dass nur staatliche Akteure in der Lage seien, durch industriepolitische Weichenstellungen die industrielle Entwicklung einer Volkswirtschaft voranzubringen. Insbesondere der Aufbau von Stahlwerken und großen Talsperren sollten durch den Staat erfolgen (Luce 2009: 27). Was aus heutiger Sicht vergleichsweise wenig überraschend wirkt, war damals eine gravierende Veränderung: Zwischen den Jahren 1872 und 1947 hatte der Anteil des indischen Staates an der Wirtschaftsleistung im Schnitt unter zehn Prozent des Bruttoinlandsprodukts gelegen (Tomlinson 2013: 77).

Ein Spezifikum der indischen Wirtschaftspolitik war die lange Zeit starke Stellung einer Planungskommission. Diese Institution wird in der Verfassung von 1950 nicht erwähnt (Myrdal 1968: 268), aber bereits 1940 hatte das Nationale Planungskomitee der Kongresspartei die Bedeutung der wirtschaftlichen Selbstversorgung und der staatlichen Planung betont. Es stellte fest, dass die indische Industrie noch in den Kinderschuhen stecke, dass es notwendig sei, sie vor der Konkurrenz zu schützen, und dass der Staat eine wichtige Rolle bei der wirtschaftlichen Entwicklung spielen solle (Baru 1983: 34). Im April 1950 wurde dann eine siebenköpfige Nationale Planungskommission unter dem Vorsitz Nehrus eingerichtet, die im Dezember 1952 den ersten Fünfjahresplan Indiens erstellte. Theoretisch hatte die Kommission nur eine beratende Funktion bei der Formulierung der Wirtschaftspolitik, aber in der Praxis wurde sie rasch zu einem wirkungsvollen Instrument von Nehrus

politischer Führung und Teil seiner sozialistischen Wirtschaftspolitik (Tomlinson 2013: 142).

Rückblickend betrachtet, insbesondere seit dem Zusammenbruch der alten Wirtschaftspolitik im Jahr 1991, wurde Nehru in Indien häufig als notorischer Idealist bezeichnet, dessen Politik die indische Wirtschaft vier Jahrzehnte lang in sozialistischer Bürokratie einschnürte. Das Ergebnis war eine Wachstumsrate, die zwischen den Jahren 1950 und 1980 bei durchschnittlich 3,2 Prozent pro Jahr lag und angesichts des hohen Bevölkerungswachstums nur wenig zur Verbesserung des Lebensstandards der Bevölkerung beitragen konnte. Auch wenn Nehrus Wirtschaftspolitik aus heutiger Sicht als gescheitert betrachtet werden muss, war sie in den 1950er- und 1960er-Jahren in vielen Ländern, nicht zuletzt in Großbritannien, populär (Luce 2009: 27).

Nehru war nach der Ermordung Mahatma Gandhis im Jahr 1948 durch einen radikalisierten Hindunationalisten die prägende Figur des postkolonialen Indien. Er galt als begnadeter Politiker und Staatsmann, aber seine Leidenschaft für die Regelung kleinster Details ließ ihn als Regierungschef scheitern. Er sprach gern und oft zu den unterschiedlichsten Themen, kritisierte das Kastenwesen, die Fixierung auf das Kommunale und Provinzielle und geißelte die Kämpfer für Sprachenvielfalt. Dabei fehlte ihm die Bereitschaft, zu delegieren und die propagierten Reformen und Entwicklungsstrategien umzusetzen (Myrdal 1968: 296f.).

Jawaharlal Nehru selbst scherzte, er sei der letzte Engländer, der Indien regierte (Luce 2009: 15). Die bis heute Indien prägende Nehru-Gandhi-Dynastie wurde nicht von ihm, sondern von seinem Vater Motilal Nehru gegründet, der im Jahr 1885 eines der Gründungsmitglieder der Kongresspartei und zweimal, wenn auch nur für kurze Zeit, Präsident der Partei war. Sowohl Motilal als auch Jawaharlal Nehru repräsentierten die anglicisierten Juristen, die die Kongresspartei und ihr Erscheinungsbild prägten, bevor Gandhi die Partei in selbstgesponnene Baumwolle kleidete (Luce 2009: 15).

Nehru hatte nicht nur eine Präferenz für englisches Frühstück. Seine Anglophilie ging so weit, dass er nach der Unabhängigkeit die Spitzenbeamten der Kolonialverwaltung, von denen etwa die Hälfte Inder, die andere Hälfte Briten waren, im Amt beließ. In einer Zeit, in der in anderen ehemaligen Kolonialstaaten Kollaborateure nach der Unabhängigkeit exekutiert oder in Arbeitslager gesteckt wurden oder zumindest ihre Arbeitsplätze verloren, war dies ein außerordentlicher Vorgang. Nehru hingegen lud die Beamten zum Tee und las ihre Positionspapiere. Er liebäugelte sogar mit der Idee, Lord Mountbatten, den letzten britischen Vizekönig, zum ersten Staatsoberhaupt des unabhängigen

Indiens zu küren (Luce 2009: 16).²⁴ Die Entscheidung der Kongresspartei, weite Teile der Kolonialverwaltung zu übernehmen, war vermutlich auch den politischen Turbulenzen nach der Teilung geschuldet: Ein Neuanfang schien zu gewagt und die Fortsetzung des Bewährten schien die risikoärmere Strategie zu sein (Chakrabarty 2006: 88).

Während seiner gesamten Regierungstätigkeit war Nehru Premier- und Außenminister in Personalunion. Er war einer der wichtigsten Akteure in der Bewegung der blockfreien Länder, die im April 1955 im indonesischen Bandung zu einer Gründungskonferenz zusammenkam. Vertreten waren 29 Länder, in denen mehr als die Hälfte der Weltbevölkerung lebte. Gastgeber Sukarno, der erste Präsident Indonesiens, bezeichnete das Treffen als „first intercontinental conference of people of color in human history“ (Ying 2024). Neben Nehru nahmen Jugoslawiens Staatspräsident Tito, der ägyptische Präsident Nasser und der chinesische Premierminister Zhou Enlai an der Bandunger Konferenz teil (Luce 2009: 264f.). Die heutige indische Außenpolitik knüpft teilweise an diese außenpolitische Strategie Nehrus an.

Nehrus wichtigstes Vermächtnis bleibt seine säkulare Prägung und seine Abscheu gegenüber engstirniger lokaler Politik (*communalism*). Nehru bezeichnete sich als Atheisten und zeigte eine kaum kaschierte Abneigung gegenüber Religiosität und ihren Ritualen. Er unterschied sich an dieser Stelle abermals nicht von Zeitgenossen aus der britischen Oberschicht. Sein Misstrauen gegenüber allen Formen spiritueller und theologischer Inbrunst sorgte insbesondere bei Gandhi gelegentlich für Verdruss (Luce 2009: 17).

Indien hatte, wie viele andere Volkswirtschaften in den 1950er-Jahren, nach der Unabhängigkeit auf planwirtschaftliche Konzepte gesetzt. In den Jahren 1951 bis 1956, während des ersten Fünfjahresplans, wuchs die indische Wirtschaft mit einer Rate von 1,8 Prozent pro Kopf und Jahr. Dieses Wachstum war zwar niedrig, aber dennoch ein enormer Fortschritt gegenüber den letzten fünf Dekaden vor der Unabhängigkeit, als die Wirtschaft nur um 0,1 Prozent pro Kopf und Jahr gewachsen war (Mody 2023: 62). Allerdings fallen in dieses halbe Jahrhundert die beiden Weltkriege, was das schwache Wachstum zum Teil erklärt.

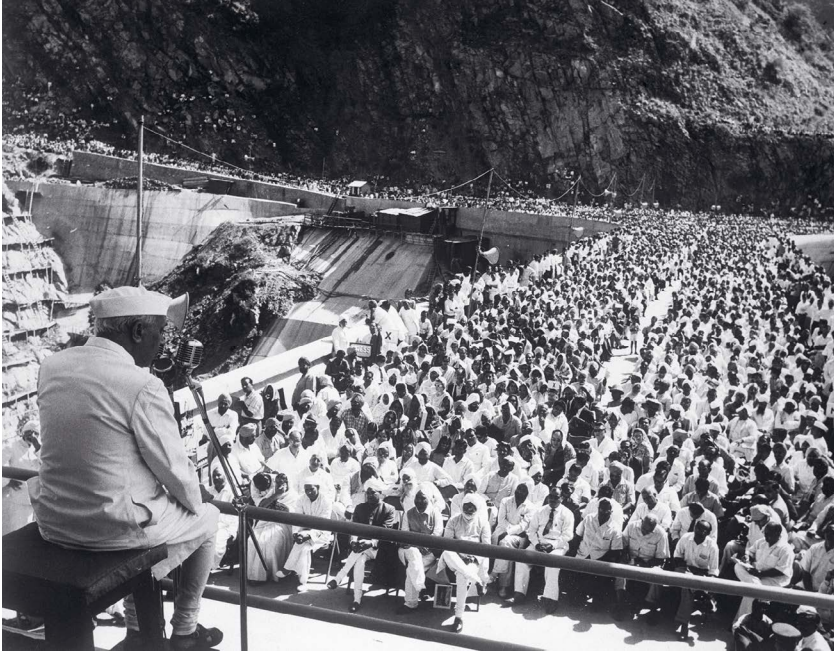
Eine prägnante Charakterisierung der indischen Wirtschaft unter Nehru stammt vom US-amerikanischen Botschafter und Ökonomen John Kenneth Galbraith, der Indien als „post-office socialism“ bezeichnete. Damit wies Galbraith auf die Bedeutung staatlicher Unternehmen, die nicht profitorientiert arbeiteten, hin. Postämter, so Galbraith, machen weder große Profite noch

größere Verluste, aber sie sind auch nicht besonders effizient und haben über ihre Kernaufgabe hinaus keine weiterreichende Bestimmung (Galbraith 1969: 59). Eine Volkswirtschaft, die wie ein Postamt organisiert sei, sei weder selbst dynamisch, noch nutze sie die Dynamik privater Unternehmen. Sie wachse langsam, aber ohne soziale Verwerfungen. All dies trifft auf die wirtschaftliche Entwicklung Indiens von der Unabhängigkeit bis zu den frühen 1990er-Jahren zu.

Bereits gegen Ende der Kolonialzeit war Indien planwirtschaftlich organisiert. Bis 1945 hatte die Kolonialverwaltung ihre traditionelle Präferenz für liberale Wirtschaftspolitik und eine begrenzte Staatstätigkeit aufgegeben, da es nicht mehr im Sinne Großbritanniens gewesen war. Die Politik des unabhängigen Indiens knüpfte an die Spätphase der Kolonialzeit, nicht an frühere Phasen an. Politiker und Bürokraten betrachteten sich als die zentralen Akteure für wirtschaftlichen Wandel und Fortschritt. Der Staat übernahm die Produktion und Verteilung von Gütern, auch weil der private Sektor an den Folgen von Depression, Krieg und Nahrungsmittelknappheit gelitten hatte. Diese staatlich gesteuerte Phase der indischen Wirtschaftspolitik hielt von 1939 bis 1980 an und hat bis heute Auswirkungen (Tomlinson 2013: 179).

Zu den dominierenden sozialistischen Motiven, die Nehrus Wirtschaftspolitik prägten, gehörten der Vorrang der Schwerindustrie für die wirtschaftliche Entwicklung, eine zentrale Rolle für den Staat als wirtschaftlicher Akteur, das Streben nach weitreichender Autarkie und die Betonung der Beschäftigung in Kleinbetrieben und in der Heimarbeit. Der indischstämmige und an der Columbia University in New York lehrende Ökonom Arvind Panagariya sieht in den langen Schatten von Nehrus Wirtschaftspolitik eine bis heute nachwirkende Belastung, die wirtschaftliche Reformen behindert:

„Während der Ära Nehru wurden diese Ideen in der Mentalität der Bevölkerung im Allgemeinen und der Entscheidungselite im Besonderen verankert. Jede nachfolgende Generation übernahm diese wirtschaftspolitischen Konzepte von der vorherigen, sodass sie noch lange nach Nehrus Tod vorherrschten (...) Obwohl sich die Belege für die schwache Wirtschaftsleistung Indiens mehrten und die Länder, die sich für eine marktwirtschaftliche und nach außen gerichtete Politik entschieden hatten, deutlich bessere Wachstums- und Entwicklungsergebnisse erzielten, vollzog sich der Strukturwandel in Indien nur mühsam und ist bis heute langsam geblieben“ (Panagariya 2024: 200, eigene Übersetzung).



Jawaharlal Nehru hält im Jahr 1963 eine Rede anlässlich der Eröffnung des Bhakra-Staudamms im indischen Bundesstaat Himachal Pradesh

Nehru setzte auf einige Industrien im Besitz des indischen Staates, aber eine umfassende Verstaatlichung, wie sie etwa vom britischen Premierminister Clement Attlee in Großbritannien verfolgt wurde, gab es in Indien nicht. Attlee, der von 1945 bis 1951 regierte, ließ den Bergbau, die Eisen- und Stahlindustrie und öffentliche Dienstleistungen, darunter die Eisenbahnen, die Elektrizitäts- und Gasversorgung, verstaatlichen. Zudem errichtete er den Nationalen Gesundheitsdienst (*National Health Service*, NHS), eine bis heute existierende Einrichtung, die im Vergleich zu Gesundheitssystemen in anderen Industrieländern insbesondere durch die staatliche Finanzierung auffällt. In Nehrus Indien wurden zwar Schlüsselindustrien, etwa die Düngemittelindustrie oder Stahlwerke, vom Staat aufgebaut. Dabei ließ sich der Premierminister von den Infrastrukturprojekten der USA, etwa der „Tennessee Valley Authority“, inspirieren und ließ Staudämme, die er „Tempel aus Beton“ nannte, errichten (Luce 2009: 28). Aber er verstaatlichte weder das Gesundheitssystem, noch führte er kostenlose Schulen oder ein System der sozialen Sicherung ein (Mody 2023: 63). Ebenso verzichtete Nehru auf die Verstaatlichung der „Tata Iron and Steel Company“ und ließ stattdessen von britischen, deutschen und sowjetischen Ingenieuren Stahlwerke errichten, die vom indischen Staat betrieben wurden und mit Tata in Konkurrenz traten.²⁵

Im gleichen Zeitraum finanzierten die kanadische Regierung sowie die Weltbank den Ausbau der indischen Infrastruktur, etwa Straßen und Häfen (Roy 2012: 226). Beim Bau eines von Deutschland finanzierten Stahlwerks spielten sowohl die Bundesregierung als auch deutsche Unternehmen wichtige Rollen. In der Retortenstadt Rourkela im nordöstlichen Bundesstaat Odisha wurde eines der damals modernsten Stahlwerke Asiens errichtet und am 28. März 1961 von Premierminister Nehru eröffnet. In zeitgenössischen deutschen Presseberichten wurde das Stahlwerk in Rourkela als „Modellfall“ gelobt.²⁶ Die indische Regierung hatte sich derweil die Konkurrenz zwischen der UdSSR auf der einen und den westlich geprägten Ländern auf der anderen Seite zunutze gemacht und ließ sowohl von der Sowjetunion als auch von Großbritannien und Deutschland jeweils ein Stahlwerk errichten.²⁷ Dieser modernisierungspolitische Opportunismus erlaubte es, an der Blockfreiheit festzuhalten und zugleich rasch die Schwerindustrie aufbauen zu lassen (Unger 2008: 370). Dabei erschien der indischen Regierung die Hilfe der UdSSR unverfänglicher zu sein als die des Westens (Roy 2012: 227).

Der indische Staatsauftrag für das Stahlwerk in Rourkela stellte das größte bis dahin an deutsche Firmen vergebene Auslandsprojekt dar. Allerdings verlief das Projekt, an dem 36 Firmen aus Deutschland mit 3000 Subunternehmen beteiligt waren, anfangs alles andere als störungsfrei. An der Ausführung beteiligte Ingenieure beklagten, das Werk sei ein „Trauerspiel in Stahl und Eisen“.²⁸ Während die UdSSR bewährte, allerdings auch weniger effiziente Technik verbaute, setzten die deutschen Unternehmen auf neueste, zum Teil unerprobte Technik. Die Umsetzung der Pläne erwies sich nicht zuletzt aus logistischen Gründen – das gesamte Material musste vom 400 Kilometer entfernten Hafen Kalkutta herbeigeschafft werden – als anspruchsvoll.

Auch das Zusammenleben von Indern und Deutschen verlief nicht reibungslos. Die entsandten Deutschen besuchten gern das eigens für sie geschaffene „German Social Centre“, dessen Betreten Indern untersagt war (Unger 2008: 374). Kommentatoren spotteten, die Deutschen praktizierten „Rassentrennung“. Und während die gesetzestreuen Deutschen, die auch in Indien nicht auf Alkohol verzichten wollten, die indischen Behörden nötigten, das Alkoholverbot für den Distrikt Rourkela schon bald nach Ankunft der ersten Bauarbeiter aus dem Ruhrgebiet im Jahr 1955 aufzuheben, hielten sich die entsandten Bauarbeiter aus der UdSSR an die Auflagen auf ihrer Baustelle.²⁹

Nehrus Wirtschaftspolitik folgte den Strategien US-amerikanischer Ökonomen der 1950er-Jahre. Insbesondere die Industrialisierungsstrategie des

US-amerikanisch-österreichischen Ökonomen Paul Rodenstein-Rodan und die Modernisierungstheorie von Walt W. Rostow überzeugten ihn. Nehru hoffte, die indische Industrie würde „sich selbst versorgend, sich selbst vorantreibend und sich selbst entwickelnd“ sein (zitiert nach Vaishnav 2023, im Original „self-feeding, self-propelling, self-developing“, eigene Übersetzung). Die Industriepolitik der 1950er-Jahre basierte auf einer importsubstituierenden Industrialisierung – der Aufbau einer eigenen Industrie sollte also den Umfang der Importe reduzieren – und einer Ausweitung der Güterproduktion durch den öffentlichen Sektor, die durch ausländische Hilfe, Kredite und indirekte Steuern finanziert wurden (Tomlinson 2013: 152).

Die Qualität der von Staatsunternehmen hergestellten Güter war jedoch häufig schlecht, wie eine Anekdote aus den 1960er-Jahren illustriert: Damals beklagte sich der indische Ökonom Jagdish Bhagwati, heute als ein Kämpfer für Freihandel bekannt, in einem Briefwechsel mit seinem kanadischen Kollegen Harry Johnson über die Begeisterung für alles Fremde, die er in Indien beobachtete. Johnson entgegnete prompt, wenn die Qualität des Papiers, auf dem Bhagwati seinen Brief geschrieben habe, ein Hinweis auf die Qualität der einheimischen Produkte sei, dann erscheine ihm die Begeisterung für das Fremde vollkommen einleuchtend (Panagariya 2004b: 13).

Die Industrialisierungsstrategie, von Rodenstein-Rodan aufgrund der dafür notwendigerweise umfassenden Maßnahmen als „Big Push“ bezeichnet, erforderte große Investitionen in kapitalintensive Industrien. Die Erwartung war, dass diese Investitionen die industrielle Nachfrage nach Vorprodukten anregen würden und damit ein sich selbst stabilisierender Wachstumsprozess in Gang gebracht werden könnte. Zwar war sich auch Rodenstein-Rodan darüber im Klaren, dass durch Investitionen in die Schwerindustrie nur wenige Arbeitsplätze geschaffen werden würden, aber er hoffte implizit auf einen *Trickle-down*-Effekt, also ein allmähliches Durchsickern der positiven Effekte in die gesamte Wirtschaft und Gesellschaft (Mody 2023: 64).

Im Januar 1955 führte die Kongresspartei eine Versammlung durch, bei der Nehru ein Strategiepapier verabschieden lassen wollte. Die Kongresspartei solle auf eine sozialistische Gesellschaftsform hinarbeiten. Unklar war einigen Beobachtern, was Nehru vorschwebte. Insbesondere war die Wortwahl – er sprach von „socialistic“, nicht von „socialist“ oder „socialism“ – uneindeutig. Nehru wischte die Bedenken beiseite und sagte, das Ziel sei eine Gesellschaft, die jedem die gleichen Möglichkeiten zur Verbesserung des individuellen

Lebensstandards biete und eine zu große Konzentration von Reichtum vermeide (Mody 2023: 68).

Ein Aktivposten für die Regierung Nehru war die starke Unterstützung durch die Vereinigten Staaten, insbesondere in der Amtszeit John F. Kennedys. Schon als Senator hatte Kennedy im Jahr 1957 auf die Bedeutung der Unterstützung des „demokratischen Musterbeispiels“ Indien hingewiesen:

„Dieser wichtigste aller noch nicht blockgebundenen Staaten – das Musterbeispiel für das demokratische ‚Experiment‘ in Asien – kann, allerdings nur mit unserer Hilfe, die besten Perspektiven aller Nationen in diesem Teil der Welt haben, wenn es darum geht, die weitverbreitete Armut wirklich zu bekämpfen, eine industrielle Basis zu schaffen, die das nationale Einkommen und das Pro-Kopf-Einkommen steigern kann, und die Gesundheits-, Bildungs- und öffentlichen Dienste bereitzustellen, die für eine diversifizierte und demokratische Gesellschaft außerhalb der Zone der kommunistischen Kontrolle und des kommunistischen Einflusses erforderlich sind.“³⁰

Als Präsident ließ Kennedy diesen Worten Taten folgen. Schon im April 1961 sagte er der indischen Regierung insgesamt eine Milliarde US-Dollar an finanzieller Unterstützung für die ersten beiden Jahre des neuen Fünfjahresplans zu (Galbraith 1969: 88; Mody 2023: 79). Um dies einzuordnen: Dies entspricht in US-Dollar des Jahres 2023 etwa dem zehnfachen Betrag und hat den Umfang der weltweiten humanitären Hilfe der USA im Jahr 2024.³¹

Der ehemalige US-Botschafter in Indien John Kenneth Galbraith äußerte indessen Verwunderung darüber, wie detailliert die indischen Erwartungen an die USA waren: Washington sollte etwa ein Stahlwerk finanzieren, aber keinesfalls an der Planung und Umsetzung des Projekts beteiligt sein. Galbraith meinte: „Die Inder können ein wenig anspruchsvoll sein, was die Anforderungen angeht, die wir erfüllen müssen, wenn wir ihnen helfen sollen“ (Galbraith 1969: 105, eigene Übersetzung). Für Nehru war diese Vorgehensweise ein Glaubenssatz: Den Begriff „Entwicklungshilfe“ lehnte er rundweg ab. Er verfolgte allerdings eine Politik, die man als staatlich verwalteten und von Entwicklungshilfe finanzierten Prozess bezeichnen kann (Roy 2012: 224). Nehru machte immer wieder deutlich, dass er Hilfe, die an Bedingungen geknüpft sei, nicht akzeptieren würde. Schon unmittelbar nach der Unabhängigkeit beschränkt er einen außenpolitischen Kurs, der das Land bis heute prägt: Mit der Feststellung, dass die Konfrontation feindlicher Blöcke zu zwei Weltkriegen geführt

habe, begründete er Indiens außenpolitische Tradition der Blockfreiheit (Schulz 2023: 150).

Nehru betonte, dass die Blockfreiheit Indiens nicht zur Debatte stehe und er unter keinen Umständen bereit sei, sich im Gegenzug für Hilfszahlungen einer der beiden rivalisierenden Supermächte zuzuwenden (Mody 2023: 76). Gleichwohl war die ausländische Hilfe für die Industrialisierung des Landes von Belang. Von 1947 bis 1962 flossen zwei Drittel der ausländischen Unterstützungszahlungen in den Bau von Fabriken und der Rest in Infrastrukturmaßnahmen (Roy 2012: 225). Indien war viele Jahre ein bevorzugter Partner westlicher Geber. Schätzungen zufolge hat Indien seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs mehr Entwicklungshilfe erhalten als jedes andere Entwicklungsland – fast 55 Milliarden US-Dollar seit Beginn des ersten Fünfjahresplans im Jahr 1951 bis zum Jahr 1990.³²

Während des zweiten Plans, der von 1956 bis 1960 galt, traten Probleme beim Ausgleich der Zahlungsbilanz auf. Dafür waren verschiedene Gründe verantwortlich: Erstens wuchs Indiens Bedarf an Nahrungsmitteln, der nicht durch die eigene landwirtschaftliche Produktion gedeckt werden konnte und so durch Importe ausgeglichen werden musste. Zweitens zwang die militärische Aufrüstung des neuen Nachbarn Pakistan auch Indien zu verstärkten Waffenimporten. Drittens resultierten Preissteigerungen von Importprodukten bei gleichzeitig schwacher Exportwirtschaft in einer akuten Devisenknappheit im Jahr 1958. Dieser zeitweilige Devisenmangel wurde von der indischen Regierung mit einem Maßnahmenpaket bekämpft, das die indische Außenwirtschaft auf Jahrzehnte prägen sollte. Das zentrale Element waren dabei Lizenzen, die fortan für Importe erworben werden mussten (Myrdal 1968: 281; Panagariya 2004a: 2585) – ein System, das als „Fürstentum der Lizenzen“ (*Licence Raj*) bekannt wurde. Importlizenzen wurden nur dann erteilt, wenn ausreichend Devisen für die Finanzierung der Importe zur Verfügung standen. Diese staatliche Steuerung verteuerte Einfuhren und begünstigte größere Unternehmen und deren Besitzer, da diese oft besser in der Lage waren, sich in der komplexen Bürokratie zurechtzufinden und die erforderlichen Lizenzen zu erhalten.

Das System strikter Kontrollen der Einfuhr von Industriegütern (Baru 1983: 37) hemmte die wirtschaftliche Entwicklung Indiens deutlich und verhin- derte die Integration der indischen Volkswirtschaft in die internationalen Wirt- schaftsbeziehungen, weil Unternehmen in ihren Entscheidungen für Importe nicht frei waren. Mit anderen Worten: Ein komplexes und staatlich gesteuertes System der Importkontrolle führte dazu, dass importiert wurde, was staatliche

Stellen erlaubten, und nicht dazu, dass die Vorprodukte eingeführt wurden, die für die Produktion eines weltmarktfähigen Exportprodukts notwendig gewesen wären. Die Importlizenzen waren wesentlich dafür verantwortlich, dass die einleitend zitierten Prognosen der Ökonomen Millikan und Rostow für die Entwicklung Indiens im Nachhinein deutlich zu optimistisch waren. Noch im Jahr 1958 hatten sie angenommen, Indien stehe am Beginn eines langen Aufschwungs. Das Einzige, was noch fehle, sei ausländisches Kapital:

„Es gibt viele Anzeichen dafür, dass Indien für den Take-off bereit ist – ja ihn sogar bereits begonnen hat. In den letzten acht Jahren ist die Produktion von Waren und Dienstleistungen um etwa 25 Prozent gestiegen. (...) Die Zahl kompetenter Verwaltungsangestellter, sowohl im öffentlichen als auch im privaten Sektor, steigt“ (Millikan/Rostow 1958: 429, eigene Übersetzung).

Doch die Importbeschränkungen bremsten den Take-off entscheidend, denn damit wurde indirekt auch die Schaffung neuer Unternehmen beziehungsweise das Wachstum existierender Firmen beschränkt. Jede neue Lizenz zur Industrieproduktion zog die Notwendigkeit einer Lizenz zum Import von Ausrüstungsgütern nach sich, die von einem „Komitee für Kapitalgüter“ erteilt werden musste. Laut dem Ökonomen Ashoka Mody hing die Entwicklung von Indiens Industrieproduktion von den Launen von Regierungsmitarbeitern, guten Beziehungen zu den Entscheidungsträgern und der Fähigkeit von Firmen, für ihre Interessen zu werben, ab (Mody 2023: 69f.).

John Kenneth Galbraith hatte diese Beschränkungen scharf kritisiert. Irritiert fragte er nach dem Nutzen von Verkaufsreisen US-amerikanischer Unternehmer, die vom US-Handelsministerium finanziert worden waren. Diese Verkaufstouren machten indische Unternehmer mit den Vorzügen US-amerikanischer Produkte vertraut, aber verkauft wurde nichts. In sechs Verkaufstouren innerhalb von sechs Jahren gab es keine Abschlüsse, weil nicht die Geschäftspartner über den Kauf zu entscheiden hatten, sondern die indische Regierung: „Wie vortrefflich amerikanische Waren auch sein mögen, sie können nicht ohne eine Lizenz gekauft werden, und Lizenzen sind nur erhältlich, wenn genügend Dollar vorhanden sind“ (Galbraith 1969: 151, eigene Übersetzung).

Das Kernproblem war, dass die Regierung Nehru die indische Außenwirtschaft mit bürokratischen Instrumenten lenken wollte und deshalb am überhöhten Wechselkurs der indischen Rupie gegenüber dem US-Dollar festhielt. Da der Kurs der Rupie relativ hoch war, gab es eine große Nachfrage nach Importen, während es indischen Unternehmen zugleich schwerfiel, ihre Produkte

zu exportieren. Das passende Mittel wäre eine Reduzierung des Außenwertes der Währung gewesen, wie im Jahr 1949 schon einmal geschehen. Der indische Ökonom B. R. Shinoy forderte genau dies im März 1957: Die Abwertung würde Importe verteuern und Exporte konkurrenzfähiger machen. Ministerialbeamte könnten nicht mehr entscheiden, wer welches Produkt importieren darf und wer nicht. Zugleich würde eine kräftige Abwertung indischen Unternehmen einen Anreiz liefern, ihre Produkte zu exportieren. Die Zahlungsbilanz würde durch Marktkräfte und nicht durch Importlizenzen ausgeglichen (Mody 2023: 71). Aber die Position Shinoy wurde von der Mehrheit der damaligen indischen Ökonomen nicht unterstützt.

Erschwerend kam hinzu, dass das internationale „Aid India Consortium“ Unterstützungszahlungen für Indien zunächst an die Bedingung einer Abwertung der Landeswährung geknüpft hatte (Roy 2012: 227). Das von der Weltbank geführte Konsortium hatte inmitten der indischen Zahlungsbilanzkrise des Jahres 1958 seine Tätigkeit aufgenommen. Die Weltbank war nach den USA der wichtigste Geldgeber Indiens; umgekehrt war Indien damals deren wichtigstes Empfängerland (Akita 2014: 221).

Für Nehru kam eine Abwertung der Rupie jedoch nicht infrage. Er setzte seinen Kurs der Industrialisierung fort und hielt am System der Importlizenzierung fest. Ein Nebeneffekt seiner Politik war, dass sich die Korruption in Indien ausbreitete: Beamte ließen sich für die Erteilung von Lizenzen bestechen. Zwar konnte die Regierung durch die Importkontrollen verhindern, dass Handelsbilanzdefizite entstanden und Indien sich im Ausland verschulden musste. Der Preis für diese Stabilität waren aber ein schwaches Wirtschaftswachstum, eine gering ausgeprägte wirtschaftliche Verflechtung Indiens mit anderen Volkswirtschaften und eine Zunahme der Korruption.

Diese Fehlentwicklungen in den ersten Jahren der Unabhängigkeit haben bis heute negative Effekte. Nehru, der sich kaum mit den Details einer entwicklungspolitischen Strategie beschäftigte, war es wichtig, an sozialistischer Rhetorik festzuhalten, wenngleich sich weder die Lage der indischen Bevölkerung verbesserte, noch eine Verbesserung der sozialen Gerechtigkeit zu beobachten war. Auch die Devisenknappheit des Jahres 1958, in deren Folge das berüchtigte Lizenzierungssystem eingeführt worden war, brachte Nehru nicht zu einer Kurskorrektur. Er beharrte auf seiner Strategie und wurde dafür parteiintern auch nicht kritisiert (Mody 2023: 96).

Die um sich greifende Korruption wischte Nehru leichten Herzens vom Tisch: Das wahre Problem sei, dass die Menschen sich zu häufig über Korruption

beschweren würden (Mody 2023: 97). In der Regierungszeit Nehrus, von 1947 bis 1964, ging die Leistungsfähigkeit der öffentlichen Verwaltung sowie deren Bereitschaft, Rechenschaft abzulegen, zurück. Nehru hinterließ seinen Nachfolgern eine schwache wirtschaftliche Entwicklung, eine nur wenig ausgeprägte soziale Gerechtigkeit und den Niedergang ethischer Normen in Indien (Mody 2023: 97).

Während viele Regulierungen der Ära Nehru inzwischen abgeschafft worden sind, blieben die extrem strengen Arbeitsgesetze, die ebenfalls in seiner Amtszeit verabschiedet wurden, bis heute erhalten. So verfügt Indien noch heute über einen sehr strikten Arbeitnehmerschutz, der es Unternehmen nahezu unmöglich macht, Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu entlassen. Das gilt auch bei anhaltendem Fehlverhalten, etwa chronischer Abwesenheit vom Arbeitsplatz. Der Preis für diesen weitreichenden Schutz der Beschäftigten größerer Unternehmen ist aber zum einen die Zurückhaltung der Firmen, neue Mitarbeiter einzustellen, weil sie in prosperierenden Zeiten eingestellte Arbeitskräfte in einer Krise nicht entlassen können. Zum anderen versuchen Unternehmen, einen möglichst großen Teil der Tätigkeiten an Subunternehmen auszulagern, die kaum arbeitsrechtliche Normen zu erfüllen haben (Luce 2009: 52f.).

Insgesamt wirkt das Erbe Nehrus auf unterschiedliche Weise bis heute nach: Unter seiner Führung wurde Indien demokratisch, säkular und sozialistisch (Luce 2009: 190). Zugleich ließ Nehru es zu, dass jede Religionsgemeinschaft eigene Regeln für Eheschließungen, Scheidungen, Geburten, Todesfälle und Erbschaftsangelegenheiten befolgen konnte. Zwar war Nehru der Widerspruch zwischen der Prämisse, alle Inderinnen und Inder seien vor dem Gesetz gleich, und den Ausnahmeregelungen für Religionsgemeinschaften wohl bewusst. Aber angesichts des Horrors der Teilung im Jahr 1947 erschien es ihm unverzichtbar, den Millionen Muslimen, die in Indien geblieben waren, Konzessionen zu machen (Luce 2009: 194f.).

Diese vermeintliche Großzügigkeit wirkt aber bis heute negativ nach, weil sie die Konflikte zwischen religiösen und ethnischen Gruppen perpetuierte. In der Verfassung sind die Rechte von Minderheiten besonders geschützt, und die Änderung des Status einer religiösen Gruppe bedarf der Zustimmung von drei Vierteln der Angehörigen dieser Minderheit. So gibt es keinen Hebel, um etwa die Polygamie muslimischer Männer zu beenden. Zwar betrifft dies nur zwei Prozent der männlichen Muslime in Indien, aber für Hindunationalisten sind derartige Bestimmungen eine willkommene Gelegenheit, die Kongresspartei und die muslimische Minderheit zu kritisieren (Luce 2009: 195). Die aus dieser Perspektive strategische Fehlentscheidung Nehrus, nicht auf gleichen Rechten

für alle Bürgerinnen und Bürger Indiens zu beharren, ist eine Bürde, die das Land bis heute belastet (Luce 2009: 197).

2.8. Turbulente Jahre der wirtschaftlichen Stagnation unter Indira Gandhi – 1966 bis 1984

Die Tochter Nehrus, Indira Gandhi, führte Indien von 1966 bis 1977 und abermals von 1980 bis zu ihrer Ermordung 1984.³³ Sie kam als Kompromisskandidatin an die Macht, die den Weisungen der Parteibosse folgen sollte. Diese Rechnung ging indes nicht auf, da sie sich sehr schnell eine weitaus unabhängigere Rolle erarbeitete, nachdem viele ihrer Unterstützer bei den Parlamentswahlen von 1967 geschlagen worden waren (Tomlinson 2013: 170). Von 1975 an verhängte sie ein nahezu zwei Jahre währendes Notstandsregime, in dem wesentliche Bürgerrechte ausgesetzt und Wahlen verschoben wurden (Vaishnav 2023). Gandhi ließ 100 000 Oppositionelle einsperren, unterband kritische Medienberichterstattung und missachtete die Unabhängigkeit der Justiz während dieses Ausnahmezustands (Luce 2009: 188). Gleichwohl handelte es sich bei dieser kurzen Phase um eine Ausnahme: Anders als die Volksrepublik China und andere Staaten in Ostasien, etwa Südkorea, war Indien seit der Unabhängigkeit stets eine Demokratie und keine Diktatur.

Die Regierungszeit Indira Gandhis war geprägt von sozialistischer Rhetorik und einer Wirtschaftspolitik ohne klare Strategie. Zwar ließ sie 1966 die indische Währung um 57 Prozent abwerten, aber eine Abkehr vom Joch der Lizenzierungspolitik war damit nicht verbunden. Tatsächlich hatten sowohl die Regierung der USA als auch der Internationale Währungsfonds (IWF) und die Weltbank mit Kürzungen von Hilfen gedroht, falls Indien seine Währung nicht abwerten sollte (Brecher 1977: 3). Die Frage des Wertes der Rupie gegenüber dem US-Dollar wurde in emotionaler Weise geführt; sie wurde als Frage des nationalen Prestiges behandelt und damit einer nüchternen Betrachtungsweise teilweise entzogen. Der Handelsökonom Jagdish Bhagwati meinte wenige Jahre nach der Abwertung, viele Inderinnen und Inder würden die Einschätzung vertreten, dass die indische Regierung kapituliert habe und gezwungen worden sei, eine Maßnahme zu verhängen, die Indien wirtschaftlich geschadet hätte (Brecher 1977: 5). Mit anderen Worten: Die USA hätten Indien die Liberalisierung seines Importregimes aufgezwungen (Baru 1983: 39).



Indira Gandhi am 19. Januar 1978 vor dem Sitzungssaal der Shah-Untersuchungskommission, die zur Aufklärung der Exzesse der während ihrer Regierungszeit verhängten Notstandsperiode zwischen Juni 1975 und Januar 1977 eingesetzt worden war

Ob diese Einschätzungen zutreffen, ist fraglich: Für die Steigerung der Ausfuhren eines Landes ist eine niedrig bewertete Währung vorteilhafter als eine hoch bewertete. Kritiker einer Abwertung wiesen darauf hin, dass die Nachfrage nach einfachen Agrarprodukten (Tee, Jute, Baumwolle), die im Jahr drei Viertel der indischen Ausfuhren ausmachten, nicht durch niedrigere Preise gesteigert werden könne (Brecher 1977: 15). Allerdings wurden hierbei die dynamischen Effekte einer exportorientierten Entwicklung außer Acht gelassen: Zwar können die Ausfuhren einfacher Agrarprodukte kurzfristig nicht gesteigert werden, aber mittel- und langfristig kann die verarbeitende Industrie an Konkurrenzfähigkeit gewinnen und verstärkt exportieren.

Indiens Entwicklung in der Regierungszeit Indira Gandhis blieb weit hinter Volkswirtschaften wie Japan, Taiwan oder Südkorea zurück. Dafür war auch der „Exportpessimismus“ indischer Politikerinnen und Politiker mitverantwortlich, die im Export keine Chancen für die indische wirtschaftliche Entwicklung erkennen konnten. In der Folge dieser hausgemachten Skepsis sank Indiens Anteil an den Weltexporten von 2,4 Prozent im Jahr 1948 auf nur noch 0,41 Prozent im Jahr 1981 (Bhagwati 1985).

Das politische Programm der Regierung Indira Gandhis beschränkte sich auf klassische sozialistische Maßnahmen, etwa die Verstaatlichung von

Kohlegruben Anfang der 1970er-Jahre und – bereits im Juli 1969 – von insgesamt 14 Geschäftsbanken (Mody 2023: 126). Nachdem die enteigneten Aktionäre der privaten Banken heftig dagegen protestiert hatten, erhöhte die Regierung rasch die Entschädigungssummen, wich aber nicht vom Verstaatlichungskurs ab (Mody 2023: 146). Indira Gandhi hatte die Banken im Namen der Armen verstaatlicht, aber der öffentliche Dienst war nach der Übernahme auf diese neue Aufgabe völlig unzureichend vorbereitet (Luce 2009: 199).

Die neuen Staatsbanken erschlossen sich hastig neue Geschäftsfelder und gewannen neue Kunden, die glaubten, Staatsbanken seien sicherer als private Banken. Die Regierung machte von den wachsenden Einlagen Gebrauch und finanzierte sich selbst durch Kredite der Staatsbanken. Auch Bauern und kleine Unternehmen erhielten nun leichter Kredite. Allerdings geschah diese Vergabe oft, weil sie politisch gewollt war – unabhängig von der Kreditwürdigkeit. Die Kreditnehmer lernten sie schnell, dass sie aufgrund dieser politischen Verbindungen mitunter auf die Rückzahlung von Darlehen verzichten konnten. Gleichzeitig verschlechterte sich der Kundendienst der verstaatlichten Banken laut dem Ökonomen Ashoka Mody rasch, weil die Bankmitarbeiter durch die Verstaatlichung die Arbeitsplatzsicherheit von Angestellten des öffentlichen Dienstes genossen und weder für wenig engagiertes Verhalten noch für offene Feindseligkeit gegenüber Kunden entlassen werden konnten (Mody 2023: 148).

Während bestimmte Gruppen bei der Kreditvergabe politisch bevorzugt wurden, kam es für andere, etwa große Unternehmen zu einer Verknappung und Rationierung von Krediten. Auch hier orientierten sich die staatlichen Banken nicht an üblichen Kriterien wie Kreditausfallrisiken und Solvenz des Schuldners, sondern vergaben Kredite nach politischen Kriterien. Diese Art der Kreditvergabe hatte ebenfalls gravierende Nebeneffekte: Die Verknappung von Geld führte, wie im Lehrbuch, dazu, dass der Zins für Kredite stieg. Im Ergebnis mussten indische Unternehmen höhere Kreditkosten verkraften als die ausländische Konkurrenz, was per Saldo die Wettbewerbsfähigkeit der indischen Unternehmen dämpfte (Luce 2009: 200).

Ein weiteres Element der sozialistischen Wirtschaftspolitik waren sehr hohe Steuersätze, die in Einzelfällen bei 99 Prozent des zu versteuernden Einkommens lagen (Ganguli 2023). Die Politik Indira Gandhis war allerdings weniger außergewöhnlich, als es heute den Anschein hat: Auch in vielen OECD-Ländern galten, aus heutiger Sicht, astronomische Steuersätze: Schon die Beatles hatten sich Mitte der 1960er-Jahre in ihrem Lied „Mr Taxman“ über hohe Steuern beschwert („19 parts for you, one part for me“). Noch 1977 lag der

Spitzensteuersatz in Großbritannien bei 98 Prozent. Auch in den USA galten etwa unter John F. Kennedy Spitzensteuersätze von 91 Prozent.³⁴

Nach der Wahl des Jahres 1971 entzog Indira Gandhi den früheren Fürsten ihre staatlichen Zuwendungen. Diese waren im Zuge der Abschaffung der Fürstentümer 1947 und 1948 den Nachfahren gewährt worden und galten als gesicherter Rechtsanspruch auf unbestimmte Zeit. Da die Streichung der Pensionen (*privy purses*) einer Enteignung gleichkam, hätte sie einen Bruch der geltenden Verfassung dargestellt. Indira Gandhi wählte daher einige besonders geeignet erscheinende Minister aus, um eine Verfassungsänderung vorzubereiten. Die daraus resultierenden Ergänzungen betonten die sozialistischen Versprechen („socialist promises“) der in der Verfassung verankerten Grundsätze der Staatstätigkeit. Anschließend konnte das Parlament Gesetze erlassen, mit denen bislang garantierte Rechte, vor allem jenes auf Eigentum, ausgehebelt werden konnten. Der juristische Trick hierbei war, dass das Parlament das Recht auf Privateigentum ablehnen konnte, solange damit sozialistische Ziele verfolgt würden. Um das Verfahren nachhaltig abzusichern, wurde die Verfassung im Dezember 1971 abermals ergänzt und die *privy purses* endgültig abgeschafft (Mody 2023: 152).

Indira Gandhi zeigte zugleich nur wenig Interesse an der Verbesserung des Bildungswesens in Indien. Auf die Frage, warum die Alphabetisierungsraten in Indien anhaltend niedrig seien, antwortete sie:

„Ich weiß nicht, wie wichtig die Alphabetisierung ist. Was hat sie dem Westen gebracht? Sind die Menschen dort glücklicher oder sensibler für Probleme? Ich fürchte vielmehr, sie sind oberflächlicher geworden“ (zitiert nach Mody 2023: 202, eigene Übersetzung).

Schon zu Beginn ihrer Amtszeit, im Jahr 1966, behauptet sie, für eine große Initiative zum Ausbau des Bildungswesens sei es zu spät. Bei Erlangung der Unabhängigkeit wäre dies möglich gewesen, aber inzwischen habe sich das Bildungswesen verstetigt und jedwede Verbesserung sei schwierig geworden (Mody 2023: 202).

Das Vermächtnis von Indira Gandhi beschränkt sich aber nicht auf eine wenig erfolgreiche Wirtschaftspolitik und ihr Versäumnisse in der Bildungspolitik. Sie hat der Demokratie in Indien Schaden zugefügt, als sie die demokratischen Verfahren aushebelte, um ihre Macht zu erhalten. Gandhi tat dies mit großem politischen Geschick, was schon deutlich wurde, als sie vor ihrem Machtantritt, am 19. Januar 1966, zur Versammlung der Parlamentsabgeordneten, die die

künftige Führungsperson wählen sollten, einen aus vermeintlich selbst gesponnener Baumwolle gefertigten Sari trug, ein Symbol der Politik Mahatma Gandhis, das viele nach wie vor beeindruckte und ihr einen betont volkstümlichen Anstrich verleihen sollte. Fünf Tage später wurde sie von Präsident Sarvepalli Radhakrishnan zur dritten Premierministerin Indiens ernannt. Ihre insgesamt 15-jährige Amtszeit war gekennzeichnet von solch politischem Machtkalkül und einem zum Teil sehr kämpferischen politischen Stil (Mody 2023: 126).

Am 25. Juni 1975 rief Indira Gandhi, wie bereits oben erwähnt, den nationalen Notstand aus. Der Ausgangspunkt dieser Verfassungskrise waren die Wahlen zum indischen Unterhaus im Jahr 1971 im Wahlkreis Rae Bareilly. Der Gandhi unterlegene Sozialistenführer Raj Narain focht deren Sieg an und machte Wahlrechtsverstöße geltend. Gandhi hatte sich bei ihrer Wahlkampagne von ihren engen Vertrauten Yashpal Kapoor unterstützen lassen, der zu jenem Zeitpunkt allerdings Staatsbediensteter war und eigentlich nicht für persönliche, wahlkampfbezogene Aufgaben eingesetzt werden durfte. Im Juni 1975 entschied der Oberste Gerichtshof von Allahabad gegen Gandhi, womit sie ihren Sitz im Parlament verloren hätte und sich für sechs Jahre aus der Politik hätte zurückziehen müssen. Nach dem anschließenden Berufungsurteil hätte sie zwar weiterhin Premierministerin bleiben dürfen, aber die Privilegien, die sie als Parlamentsmitglied genoss, verloren, und sie hätte im Unterhaus nicht abstimmen dürfen. Am 25. Juni 1975 verhängte Präsident Fakhruddin Ali Ahmed auf Empfehlung Indira Gandhis im ganzen Land den Notstand.³⁵

Eine besonders unrühmliche Rolle spielte in den Jahren des Ausnahmezustands von 1975 bis 1977 der jüngere Sohn Gandhis, Sanjay Gandhi. Obwohl er formal kein Regierungsamt innehatte, setzte er rücksichtslos ein Programm zur Eindämmung des Bevölkerungswachstums durch, bei dem Millionen von indischen Männern sterilisiert wurden. Darüber hinaus ließ er in Neu-Delhi in mehreren Slums, in denen Millionen armer Menschen wohnten, alle Behausungen beseitigen, ohne zuvor für alternative Wohnmöglichkeit gesorgt zu haben (Luce 2009: 189).

Das Programm „nationale Bevölkerungspolitik“ (*National Population Policy*) wurde im April 1976, acht Monate nach Ausrufung des Notstands, von der indischen Regierung verkündet. Westliche Entwicklungshilfegeber hatten Indira Gandhi zu Maßnahmen zur Geburtenkontrolle gedrängt. Die Weltbank gewährte der indischen Regierung zwischen 1972 und 1980 ein Darlehen in Höhe von 66 Millionen US-Dollar für Sterilisationsmaßnahmen. Schon im Jahr 1965 hatte der damalige US-Präsident Lyndon B. Johnson mit der Einstellung

von Nahrungsmittelhilfen gedroht, wenn Indien keine Programme zur Reduzierung der Geburtenraten entwickeln würde (Gupte 2017: 40).

Rasch entwickelte sich im Jahr 1976 ein Wettbewerb zwischen den Bundesstaaten um die Erfüllung oder gar das Übertreffen der von Sanjay Gandhi festgelegten Sterilisierungsplanziele. Vorgesetzte in öffentlichen Verwaltungen behielten Gehälter von Mitarbeitern ein, die sich weigerten, sich sterilisieren zu lassen. Lastwagenfahrer benötigen Sterilisierungszertifikate, um ihre Führerscheine verlängern zu lassen. Bewohner von Slums, die umgesiedelt werden sollten, verloren ohne Sterilisierung das Recht auf neue Grundstücke. Lehrern wurde mit Gehaltskürzungen gedroht, wenn sie nicht Listen „geeigneter Männer“, das heißt mit drei Kindern oder mehr, erstellten. In einigen Bundesstaaten verhafteten lokale Polizeikräfte Männer und brachten sie zur Sterilisierung in Kliniken (Mody 2023: 180).

Sanjay Gandhi versuchte, innerhalb weniger Monate das zu erreichen, wofür andere Gesellschaften Jahre benötigten. Im Zeitraum 1976/77, ab dem zweiten Jahr des Notstands, wurden zwischen 6,2 und 8,4 Millionen Männer sterilisiert.³⁶ Der Plan von vier Millionen Sterilisationen wurde damit ebenso deutlich übertroffen wie der frühere „Rekord“ aus dem Fiskaljahr 1972/73, in dem bereits gut drei Millionen Sterilisationen, davon 2,6 Millionen Vasektomien, verzeichnet worden waren (Mody 2023: 180; Venkatram 2014). Sanjay Gandhi, der während der Notstandsjahre auch Regimegegner drangsalieren und verfolgen ließ, verstarb im Juni 1980 bei einem gewagten Kunstflugmanöver in Neu-Delhi, als das von ihm selbst gesteuerte Flugzeug abstürzte (Mody 2023: 208). Der Journalist Edward Luce kommentiert, dass viele Inderinnen und Inder nach der Nachricht seines Todes erleichtert gewesen seien (Luce 2009: 189).

Die Zwangssterilisationen stellten einen Tiefpunkt der Regierungszeit von Indira Gandhi dar. Sie waren nicht nur brutal, sondern auch ökonomisch unsinnig. Denn abnehmende Geburtenzahlen führen nicht zu wirtschaftlicher Dynamik, sondern umgekehrt führt wirtschaftliche Dynamik zu abnehmenden Geburtenraten. Die Anzahl der Geburten sinkt vor allem dann, wenn die wirtschaftliche Entwicklung es Frauen ermöglicht, sich besser zu bilden, den Zeitpunkt der Hochzeit und der ersten Geburt zu verschieben und die Familienplanung mittels Verhütung zu steuern. Weder Indira Gandhi noch ihr Sohn hatten ein Konzept für die Verbesserung des Schul- und Gesundheitswesens oder für die Verbesserung der Beschäftigungsmöglichkeiten für indische Frauen (Mody 2023: 180).

Nachdem die Kongresspartei die Wahlen des Jahres 1977 verloren und die neu gegründete *Janata*-Partei gewonnen hatte, begann die Regierung von Morarji Desai mit der Reparatur der Verfassung. Die 43. und 44. Ergänzung der Verfassung erschwerten die Ausrufung des Notstands, schränkten die Befugnisse der Exekutive ein und stellten das Recht des Obersten Gerichtshofs, sämtliche Wahlen, auch die des Premierministers, zu überprüfen, wieder her (Mody 2023: 187). Aber auch während der drei Jahre, in denen das Land nicht von Indira Gandhi geführt wurde, war keine Liberalisierung der Wirtschaftspolitik zu beobachten. Der neue Minister für industrielle Entwicklung, George Fernandes, forderte im August 1977 von Coca-Cola die Veröffentlichung des Brauserezeptes sowie die Abtretung von 60 Prozent der gesamten Gewinne an die Anteilseigner der indischen Tochtergesellschaft. Coca-Cola zog es daraufhin vor, seine Geschäftstätigkeit in Indien zu beenden. Fernandes begründete im Parlament den von ihm auf das US-amerikanische Unternehmen ausgeübten Druck damit, dass Coca-Cola im Land hohe Gewinne erziele, ohne dass Indien davon profitiere. Zudem behauptete er, Indiens Forschungsinstitut für Ernährungstechnologie in Mysore habe einen kommerziell rasch verfügbaren Ersatz entwickelt. Auch der US-amerikanische Computerhersteller IBM verließ nach der Aufforderung, seine Beteiligung am indischen Tochterunternehmen auf eine Minderheitsbeteiligung von 40 Prozent zu reduzieren, das Land (Mody 2023: 188).

Keinen Einhalt bot Indira Gandhi, die 1980 erneut Premierministerin wurde, in ihrer Regierungszeit der grassierenden Korruption. Der Ökonom Robert Wade untersuchte diese 1982 anhand eines südindischen Bewässerungssystems: Regierungsmitarbeiter verlangten Bestechungsgelder für den Zugang zu Wasser, zu gut bezahlten Arbeitsplätzen und für Bauaufträge. Leitende Ingenieure der Wasserverwaltung waren häufig an Bauunternehmen beteiligt und profitierten von der Vergabe von Aufträgen an ihre Unternehmen. Das Ergebnis waren überbezahlte und unzuverlässige Leistungen der Bewässerungsunternehmen (Wade 1982: 287). Versuche von Bauern, diese Missstände durch Druck auf die lokalen Verantwortlichen zu beheben, brachten zumeist keinen Erfolg, weil viele Lokalpolitiker selbst von den Schmiergeldzahlungen profitierten und kein Interesse an einer Veränderung des Systems hatten (Mody 2023: 197).

Die wirtschaftliche Stagnation in der Regierungszeit Indira Gandhis führte zur Verstetigung der Armut in Indien. Die Wirtschaft wuchs von 1960 bis 1980 mit einer durchschnittlichen Jahresrate von lediglich 3,4 Prozent (Tomlinson 2013: 182). Am 31. Oktober 1984 wurde Indira Gandhi durch zwei ihrer Leibwächter erschossen.

2.9. Finanzkrise und Liberalisierung der indischen Wirtschaft – 1984 bis 2014

Nach den Jahren der Stagnation unter Indira Gandhi brachte ihr älterer Sohn Rajiv Gandhi, der von 1984 bis 1989 das Land regierte, erste Reformen voran. Auf der ganzen Welt wurden in den 1980er-Jahren sozialistische Wirtschaftspolitiken von liberalen Ansätzen abgelöst. Dies galt insbesondere für Großbritannien unter Margaret Thatcher und die USA unter Ronald Reagan. Aber auch in Australien, Neuseeland oder in der Bundesrepublik Deutschland, um nur einige gewichtige Beispiele zu nennen, wichen die Staatsorientierung vorheriger Regierungen neuen Wirtschaftspolitiken, die stark auf private Initiative und den Markt setzten. Indien machte keine Ausnahme.

Rajiv Gandhi setzte in der Fiskalpolitik neue Anreize. Sein Finanzminister Vishwanath Pratap Singh senkte im März 1985 den Spitzensteuersatz von 62 auf 50 Prozent und reduzierte den Steuersatz auf Unternehmensgewinne von 55 auf ebenfalls 50 Prozent. Die Erbschaftssteuer wurde abgeschafft und die Steuersätze der Vermögenssteuer gesenkt. Unternehmensgründungen wurden erleichtert und die Einfuhrzölle abgebaut. Das System der Importlizenzen blieb allerdings im Kern unangetastet (Mody 2023: 219).

Im gleichen Jahr gewann auch die Entwicklung der indischen Softwareindustrie an Dynamik. Im Juni 1985 kündigte der amerikanische Elektronikkonzern Texas Instruments die Eröffnung eines Forschungszentrums im südindischen Bangalore, heute Bengaluru, an. Von dort wurden, mit Genehmigung der indischen Regierung, direkte satellitengestützte Datenverbindungen zu einer weiteren Forschungseinrichtung in Großbritannien sowie in die Firmenzentrale in Dallas, Texas, eingerichtet. Texas Instruments investierte anfänglich zwar lediglich sechs Millionen US-Dollar und stellte nur 35 Informatiker ein, aber der Grundstein für Indiens heutige Position in der Softwareindustrie war gelegt (Mody 2023: 220).

Indien hatte damit begonnen, die Globalisierung zu seinen Gunsten zu nutzen. Die Logik war schlicht: Texas Instruments konnte auf eine große Zahl von unbeschäftigten Hochschulabsolventen zurückgreifen, die zu sehr viel günstigeren Konditionen arbeiteten als deren US-amerikanische Kollegen. Bangalore wurde zum indischen Silicon Valley, zum neuen El Dorado für aufstrebende junge Informatikerinnen und Informatiker.

Die positiven Kommentare renommierter Ökonomen ließen nicht lange auf sich warten. Jagdish Bhagwati, ein an der New Yorker Columbia University

lehrender Handelsökonom, meinte zu Rajiv Gandhis Reformen, diese würden Indien beflügeln und dem Land günstigere Wachstumschancen eröffnen als jene der Volksrepublik China (Mody 2023: 220). Bhagwati betonte im Jahr 1985, Indien habe sich ohne die dramatischen Zick-Zack-Politiken der Volksrepublik China – vor allem die Kulturrevolution – entwickelt (Bhagwati 1985). Zugleich betrachteten viele indische Beobachter in den 1980er-Jahren die einheimischen Unternehmen als nicht wettbewerbsfähig genug, um mit Unternehmen aus weiter entwickelten Volkswirtschaften konkurrieren zu können.

Im Jahr 1984 errang die von Rajiv Gandhi geführte Kongresspartei einen überwältigenden Sieg und erreichte 414 von 525 Sitzen im indischen Parlament. Fünf Jahre später brach die Zahl der Mandate der Kongresspartei auf gerade noch 197 ein. Verantwortlich dafür waren auch Korruptionsvorwürfe: 1986 hatte die indische Regierung mit dem schwedischen Unternehmen Bofors einen Vertrag über den Kauf von Panzerhaubitzen geschlossen. Aus Dokumenten, die später in der indischen Presse veröffentlicht wurden, geht hervor, dass bei diesem Geschäft Schmiergelder geflossen sein sollen, auch an Rajiv Gandhi (Wariavwalla 1989). Ab 1989 regierte die erste Koalitionsregierung Indiens unter der Führung von Premierminister Vishwanath Pratap Singh, der sich seit dem Bofors-Skandal von Rajiv Gandhi distanziert hatte und von seinem Ministerposten zurückgetreten war. Nach einem Misstrauensvotum gegen ihn endete seine Amtszeit jedoch bereits im November 1990; und auch die darauffolgende Regierung hielt nicht lang, sodass im Jahr 1991 Neuwahlen durchgeführt wurden. Zugleich spitzte sich die wirtschaftliche Lage des Landes dramatisch zu (Mody 2023: 246).

Zuvor war die indische Wirtschaft von 1988 bis 1991 mit einer durchschnittlichen Rate von 7,6 Prozent gewachsen. Dieses Wachstum war allerdings zum Teil durch Kreditaufnahmen im In- und Ausland finanziert (Panagariya 2004a: 2583). Schon vor der Wirtschaftskrise des Jahres 1991 hatte sich die Notwendigkeit einer Neuordnung der indischen Wirtschaftspolitik gezeigt: Andere asiatische Volkswirtschaften hatten durch die stärkere Betonung des Güterexports und die Förderung der Privatwirtschaft sowohl hohe Wachstumsraten der Wirtschaftsleistung als auch Erfolge bei der Bekämpfung der Armut erzielt (Ahluwalia 2002: 67).

Der Wendepunkt kam 1991 mit dem Zusammenbruch der UdSSR und dem ersten Golfkrieg. Innerhalb weniger Wochen brach das alte Außenwirtschaftsregime Indiens zusammen. Die Entscheidung Saddam Husseins, die kuwaitischen Ölfelder anzuzünden, sorgte für einen sprunghaften Anstieg des Ölpreises und verursachte in Indien wegen der steigenden Rohölkosten einen akuten

Mangel an Devisen. Schon im Januar des Jahres 1991 hatte Indien am Rand der Zahlungsunfähigkeit gestanden, einen Kredit des Internationalen Währungsfonds erhalten und Goldreserven verkauft. Auch innenpolitisch brachte das Jahr Turbulenzen: Rajiv Gandhi, zuletzt Führer der Kongresspartei im Parlament, wurde am 21. Mai 1991 während einer Wahlkampfveranstaltung ermordet. Nach den Parlamentswahlen übernahm eine von der Kongresspartei geführte Minderheitsregierung die Regierungsgeschäfte. Der neue Premierminister P. V. Narasimha Rao war gezwungen, einschneidende Maßnahmen zu ergreifen, da im Juni 1991 die Währungsreserven nur noch die Finanzierung von Importen für drei Wochen sicherten (Tomlinson 2013: 186).

Am 3. Juli 1991 wies Finanzminister Manmohan Singh die Zentralbank an, die Rupie zum zweiten Mal innerhalb kurzer Zeit abzuwerten. Insgesamt wurde die Währung gegenüber dem US-Dollar in dieser Zeit um 19 Prozent abgewertet (Mody 2023: 256). Gegenüber anderen Währungen, etwa der D-Mark, war der Außenwert der Rupie noch schwächer, weil der US-amerikanische Dollar wegen der Hochzinspolitik der Bundesbank in jenen Jahren niedrig bewertet war.

Am 4. Juli 1991 verkündete der Handelsminister die Aufhebung der meisten Importbeschränkungen. Nach 34 Jahren gab die indische Regierung das System der Importlizenzen, dessen ursprüngliches Ziel es war, Devisen zu sparen, also auf. Kritiker des Systems wie der Wirtschaftshistoriker Ashoka Mody spotten, die Importlizenzen hätten der Erreichung mehrerer zweifelhafter Ziele zugleich gedient: Sie hätten der indischen Wirtschaft geschadet, die Reichen und Mächtigen begünstigt – und gleichzeitig hätten sie es der Regierung erlaubt, sie im Namen des Sozialismus fortzuführen (Mody 2023: 256).

Die Aufhebung der Importlizenzen und die Abwertung der Rupie führten erwartungsgemäß nicht über Nacht zu einem Exportboom. Aufgrund mangelnder Devisen musste Indien bei der früheren Kolonialmacht Großbritannien um Liquiditätshilfen bitten und zu diesem Zwecke 25 Tonnen der indischen Goldreserven nach London transportieren, wo sie bei der Bank von England als Sicherheit hinterlegt wurden. Im Gegenzug erhielt Indien einen Kredit über 200 Millionen Pfund Sterling (Luce 2009: 32). Ähnliche Transaktionen fanden mit einer Schweizer Geschäftsbank und der japanischen Notenbank statt. Es zeichnete sich jedoch ab, dass diese Geschäfte nicht ausreichen würden, um einen Zahlungsausfall der indischen Regierung gegenüber ausländischen Gläubigern zu verhindern. Ein Team des Internationalen Währungsfonds reiste nach Neu-Delhi, um einen großen Kredit des Fonds vorzubereiten. Mit den an die Kreditvergabe gebundenen Verpflichtungen zur Liberalisierung der indischen



Manmohan Singh (r.) hat als Finanzminister in der 1991 unter Premierminister Narasimha Rao gebildeten Regierung mehrere Strukturreformen durchgeführt, die die indische Wirtschaft liberalisierten

Wirtschaft fand Nehrus Traum der Schaffung einer sozialistischen Wirtschaft ihr endgültiges Ende. Die Schmach wurde dadurch verschärft, dass London in der Krise als Pfandleiher angefragt werden musste und nur so der wirtschaftliche Zusammenbruch verhindert werden konnte (Luce 2009: 32).

Am 24. Juli 1991 verabschiedete das indische Parlament eine neue Wirtschaftspolitik im *Statement of Industrial Policy*. Unter anderem wurde die Politik der Vergabe von Lizenzen für die Industrieproduktion revidiert: Nur noch in drei Branchen – Waffenproduktion, Atomkraft und Eisenbahnen – hatte der Staat von nun an ein Monopol (Ahluwalia 2002: 72), andere Branchen wurden für den Wettbewerb geöffnet. Ausländische Investoren konnten ihre Anteile an Gemeinschaftsunternehmen auf bis zu 51 Prozent erhöhen, was einen deutlichen Anstieg vom 1977 eingeführten Schwellenwert von 40 Prozent bedeutete (Panagariya 2004a: 2590; Mody 2023: 257).

Manmohan Singh, der damalige Finanzminister und spätere Premierminister, lobte die wirtschaftlichen Erfolge der ostasiatischen Volkswirtschaften und verordnete seinem Land eine deutliche Liberalisierung des Außenhandels. Singh konnte die indische Bevölkerung überzeugen, dass Wirtschaftsreformen, einschließlich der Liberalisierung des Außenhandels, notwendig waren. Durch den Entfall des Lizenzierungssystems bei den Importen gewannen die Zölle an Bedeutung für Indiens Handelspolitik. Importe wurden nun nicht mehr durch die Vergabe von Lizenzen, sondern durch die Höhe der Zölle gelenkt. Diese Einfuhrabgaben waren im internationalen Vergleich sehr hoch und wurden

nur schrittweise gesenkt, um den Unternehmen eine Anpassung an den schärferen Wettbewerb zu ermöglichen. Der Spitzenzoll lag bei 355 Prozent und der einfache Durchschnitt aller Waren lag bei 113 Prozent. Die Beseitigung des Lizenzierungszwangs im Jahr 1991 galt allerdings zunächst nur für Vorprodukte und Kapitalgüter, nicht jedoch für Konsumgüter. Erst nachdem Indien im Streitschlichtungsverfahren der Welthandelsorganisation (WTO) erfolgreich verklagt worden war, wurden alle Importlizenzen, auch jene auf Konsumgüter, mit Wirkung zum 1. April 2001 aufgehoben (Panagariya 2004a: 2590).

Über die Jahre betrachtet, waren die Maßnahmen, gerade im Bereich von verarbeiteten Produkten, beachtlich. Die Zölle auf Industrieprodukte (einfacher Durchschnitt) fielen von 82,1 Prozent (1990) auf 7,9 Prozent (2018).³⁷ Allerdings blieben die indischen Zölle im internationalen Vergleich recht hoch, vor allem deshalb, weil andere Entwicklungsländer in den 1990er-Jahren ihre Einfuhrzölle ebenfalls senkten (Ahluwalia 2002: 74). Angesichts der in Indien in der Regel sehr lebhaften Debatten über wirtschaftspolitische Maßnahmen und der sozialistischen Tradition des Landes war es erstaunlich, dass die Reformen des Jahres 1991 reibungslos und sehr zügig umgesetzt werden konnten. Deshalb wird das Paket auch als getarnte Liberalisierung (*liberalization by stealth*) bezeichnet (Panagariya 2004a: 2585).

Das Wechselkursregime wurde nur zwei Jahre später vollständig liberalisiert. Indien setzte vom 1. März 1993 an auf einen flexiblen Wechselkurs. Die Abwertungen des Jahres 1991 hatten sich als unzureichend erwiesen. Indiens Anteil am Welthandel lag im Jahr 1993 bei gerade einmal 0,6 Prozent (Mody 2023: 260). Bemerkenswert ist, dass der US-amerikanische Ökonom Milton Friedman schon 30 Jahre zuvor genau diesen Schritt empfohlen hatte. Friedman bezeichnete im Jahr 1963 den „künstlichen und unrealistischen“ Wechselkurs als die Achillesferse der indischen Wirtschaft. Der nominale Wechselkurs sei der gleiche wie im Jahr 1955, obwohl die Preise in Indien sehr viel schneller gestiegen seien als in den USA.

Der Versuch, an der Überbewertung der Rupie festzuhalten, hatte sehr weitreichende Auswirkungen. Ausländische Waren erschienen im Vergleich zu inländischen Waren billig. Damit war es attraktiv, Waren aus dem Ausland zu importieren. Die Wettbewerbsfähigkeit indischer Hersteller litt sowohl auf dem Binnenmarkt als auch auf ausländischen Märkten. Die Überbewertung der Rupie war der Hauptgrund, warum die indischen Ausfuhren so viel weniger stiegen als der Welthandel (Friedman 1963: 1). Friedman warf den Planungsbehörden vor,

sie könnten nicht wissen, welche Importe essenziell seien und welche nicht, und auch welche Mengen für den Markt notwendig seien:

„Den Planungsbehörden steht kein zufriedenstellendes Kriterium zur Verfügung, um zu bestimmen, welche Artikel in welcher Menge eingeführt werden dürfen. Es ist viel davon die Rede, ‚nicht unbedingt notwendige‘ Einfuhren zu beschränken und nur ‚unbedingt notwendige‘ Einfuhren zuzulassen. Aber das ist nur Gerede, wenn es keine Möglichkeit gibt, zu bestimmen, was unverzichtbar ist und was nicht“ (Friedman 1963: 2, eigene Übersetzung).

Friedmans vor 60 Jahren formulierten Äußerungen sind bis heute erstaunlich aktuell geblieben. Auch in OECD-Ländern wird heute (wieder) davon gesprochen, wichtige Güter nicht mehr zu importieren, sondern im Land selbst herzustellen (Dieter/Biedermann 2022). Damals wie heute ist dieses Streben nach Autarkie in einer arbeitsteilig organisierten Weltwirtschaft politisch umstritten und aus einer ökonomischen Perspektive sehr teuer. Auch US-Präsident Trump verfolgt im Jahr 2025 ein vergleichbares handelspolitisches Konzept und will die USA durch seine Zollpolitik stärken. Wie in Indien wird seine protektionistische Politik gravierende Nebenwirkungen entwickeln.

Friedman beklagte, dass die Planer unmöglich wissen können, was sie wissen müssten, um die Zuteilung von Devisen auf intelligente Weise zu organisieren. Stattdessen griffen sie auf die stumpfe Axt der Streichung ganzer Kategorien von Importen zurück und auf die „tote Hand der Vergangenheit“: Die Planer schrieben fort, was gestern importiert wurde (Friedman 1963: 2f.). Ein schwankender Wechselkurs würde Indien dagegen einen automatischen Anpassungsmechanismus bieten und Wechselkurskrisen unmöglich machen (Friedman 1963: 4).³⁸

Die Auswirkungen der indischen Liberalisierungspolitik in den folgenden Jahrzehnten waren bemerkenswert: Indiens Wirtschaftsleistung wuchs von 266 Milliarden Dollar 1991 auf 2 837 Milliarden Dollar im Jahr 2019 (zu Preisen der jeweiligen Jahre). Trotz starken Bevölkerungswachstums – die Bevölkerung des Landes wuchs zwischen 1990 und 2019 um rund 500 Millionen Menschen – hat sich die Wirtschaftsleistung pro Kopf im selben Zeitraum vervierfacht, von 567 Dollar auf 2 128 Dollar (in US-Dollar des Jahres 2010).³⁹ Der Anteil der Exporte an der gesamten Wirtschaftsleistung stieg von 7,3 Prozent im Jahr 1990 auf 14 Prozent im Jahr 2000 (Panagariya 2004a: 2591).

Fraglos war diese Entwicklung nicht ausschließlich auf die Liberalisierung zurückzuführen, aber die Beseitigung von Handelsschranken trug dazu bei, die

Wohlfahrt von Hunderten von Millionen Inderinnen und Indern zu verbessern. Die Politik der Abkehr von der Importsubstitution, also dem Ersetzen von Importen durch inländische Produktion, und der Öffnung für den Weltmarkt war jedoch nie unumstritten. Nach der Unabhängigkeit des Landes wurde der Freihandel immer wieder als eine Form des Imperialismus und als Hindernis auf dem Weg zur vollständigen Unabhängigkeit interpretiert (Nilekani 2009: 121). Protektionistische Reflexe waren in Indiens lebhaften Debatten über den Außenhandel auch nach 1991 immer wieder zu beobachten, und so gehörte das Land in der im Jahr 1995 gegründeten Welthandelsorganisation (WTO) stets zu den skeptischen Stimmen. Indien war einer der Hauptgegner der sogenannten Doha-Runde ab 2001, bei der die WTO-Wirtschafts- und Handelsminister unter anderem den Abbau von Zöllen und Importbeschränkungen verhandelten, und lehnte auch den Abschluss von plurilateralen Abkommen innerhalb der WTO ab (Beattie 2019).

In Indien zeigt sich sehr deutlich, dass es politisch viel einfacher ist, eine liberale Handelspolitik umzusetzen, wenn die Unternehmen einer Volkswirtschaft in der Lage sind, im internationalen Handel erfolgreich zu konkurrieren. Da Indien seine eigene Wettbewerbsfähigkeit verbessert hat, während sich die Wettbewerbsposition anderer Volkswirtschaften, insbesondere Chinas, verschlechtert hat, wird die Förderung einer liberalen Handelspolitik in Indien in den kommenden Jahren politisch attraktiver werden.

Darüber hinaus hat Indien chronische Handelsbilanzdefizite, importiert also deutlich mehr, als es exportiert. Von 2010 bis 2019 beliefen sich die kumulierten Handelsbilanzdefizite (nur Waren) auf rund 1 542 Milliarden US-Dollar.⁴⁰ Die Überschüsse im Dienstleistungshandel konnten diese Defizite im Warenhandel nur teilweise kompensieren. Indien war also durchgängig abhängig von Kapitalimporten und damit von den Beurteilungen der Kapitalgeber. Für einige indische Beobachter stellt diese Abhängigkeit ein Problem dar: Anhaltende, hohe Kapitalimporte machen die kapitalimportierenden Länder von den internationalen Finanzmärkten abhängig. Drehen sich die Perzeptionen der Kapitalgeber um, wie etwa in der Asienkrise 1997/98 oder in Lateinamerika in den 1980er-Jahren, fließt Kapital ab und sorgt für eine Finanzkrise. Das Problem ist, dass diese Veränderungen der Investorenstimmung nur schwer zu prognostizieren ist. Ernest Hemingway sagte einmal, sein Bankrott sei zunächst allmählich, dann plötzlich eingetreten. So verhält es sich auch bei internationalen Finanzkrisen.

Seit ihrer Gründung spielte die indische Kongresspartei eine zentrale Rolle in der indischen Politik. Sie hält bis heute an ihrer Fixierung auf den Staat nicht nur als Regulierer, sondern auch als Arbeitgeber fest (Panagariya 2024).

Im Jahr 2005 wurde unter der von der Kongresspartei geführten Regierung mit Premierminister Manmohan Singh ein Gesetz verabschiedet, das jedem Menschen im ländlichen Raum eine Mindestbeschäftigung von 100 Tagen pro Jahr zum jeweiligen Mindestlohn, der von Bundesstaat zu Bundesstaat variiert, garantiert (Tomlinson 2013: 207). In der Regel handelt es sich um körperliche Arbeit: Straßenbau, Kanalbau, Befestigung von Flussufern oder die Säuberung von Bewässerungskanälen (Luce 2009: 201f.). Die Maßnahmen, heute als *Mahatma Gandhi National Rural Employment Guarantee Act 2005* (MGNREGA) bezeichnet, schaffte im Haushaltjahr 2023/24 Beschäftigung für etwa 21 Millionen Personen.⁴¹ Im Haushaltsplan 2024/25 sind hierfür Ausgaben in Höhe von 860 Milliarden Rupien, etwa eine Milliarde Euro, vorgesehen.⁴²

Obwohl das Programm durchaus auch Schwächen hat (vgl. Abschnitt 3.3), pries es die Weltbank in ihrem Weltentwicklungsbericht aus dem Jahr 2014 in höchsten Tönen. Es veranschauliche, wie gute Regierungsführung sowohl vernetzte Gemeinschaften schaffen als auch soziale Mobilisierung erreichen könne. Die Nachfrage nach Arbeit sei hoch, vor allem zu Zeiten des Jahres, in denen keine andere Arbeit verfügbar sei. Das Programm biete, so die Weltbank, nicht nur ein soziales Sicherheitsnetz, sondern trage auch zur Stärkung des Bewusstseins für die Rechte der Bürgerinnen und Bürger bei und stärke deren Würde. Die Nutzung von Bankkonten für die direkte Zahlung der Löhne aus dem MGNREGA an die Beschäftigten wurde ebenfalls gelobt.⁴³ Auch wegen dieser positiven Beurteilung durch die Weltbank wird das Programm bis heute fortgesetzt. Von April 2023 bis März 2024 nahmen gut 80 Millionen Inderinnen und Inder dieses Beschäftigungsprogramm für den ländlichen Raum in Anspruch.



3. Die indische Innen- politik und der Aufstieg der BJP



3. Die indische Innenpolitik und der Aufstieg der BJP

Die lange Kolonialzeit hatte nicht nur wesentlich zur wirtschaftlichen Schwäche Indiens beigetragen, sondern auch zu einer nur gering ausgeprägten nationalen Identität geführt. Einen ersten Schub erfuhr der indische Nationalismus durch die Unabhängigkeitsbewegung in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts (Myrdal 1968: 258).

Nach der Unabhängigkeit erwies sich die Regierungszeit Nehrus sowie Indira und Rajiv Gandhis als Nährboden für den hinduistischen Nationalismus. Ein Grund hierfür war, dass viele Inderinnen und Inder noch Anfang der 1980er-Jahre, also fast vier Jahrzehnte nach Erlangung der Unabhängigkeit, unter Armut litten. Im Jahr 1983 lebte nach Angaben der Weltbank mehr als die Hälfte, 56 Prozent, der indischen Bevölkerung in absoluter Armut, das heißt, sie hatten weniger als 2,15 US-Dollar pro Tag zur Verfügung. Bis zum Jahr 2021 war dieser Wert auf 12,9 Prozent der Bevölkerung gesunken.¹ Gemäß der nationalen Definition von Armut war die Lage Anfang der 1980er-Jahre etwas besser: Aber auch nach dieser Messmethode lebten 45 Prozent der Bevölkerung unterhalb der Armutsgrenze, und viele der rechnerisch oberhalb dieser Grenze Lebenden waren dennoch arm. Sie befanden sich in prekären Verhältnisse und mussten sich vor Krankheit und unerwarteten Ausgaben sorgen. Viele der in die indischen Großstädte gewanderten Menschen lebten dort ohne die Unterstützung sozialer Netzwerke. Diese Wurzellosigkeit beflügelte politische Strömungen, die auf die Ausgrenzung anderer Gruppen setzten (Mody 2023: 235).

Die größte Anziehungskraft hatte die hinduistisch geprägte *Bharatiya Janata Party* (BJP, übersetzt etwa: „Indische Volkspartei“) mit ihrem Konzept eines Hindu-Staates. Angesichts der Dominanz von Hindus in der indischen Gesellschaft – bis heute sind etwa 80 Prozent der Bevölkerung Hindus – betrachtet

Bild S. 102/103: Der indische Premierminister Narendra Modi bei einer Rede anlässlich des indischen Unabhängigkeitstags, 15. August 2014

die BJP den Hinduismus als Grundlage für die nationale Identität. Mit der Privilegierung des Hinduismus geht freilich eine Infragestellung der in der indischen Verfassung festgehaltenen Prinzipien des Pluralismus und Säkularismus ebenso wie eine Diskriminierung anderer religiöser Minderheiten wie Muslimen und Christen einher.

Die BJP wurde 1980 gegründet und zählt inzwischen, nach ihren eigenen Angaben, über 170 Millionen Mitglieder, womit sie die mitgliederstärkste Partei der Welt ist. Nachdem sie bereits zwischen 1998 und 2004 einmal die Regierung gestellt hatte, sorgte sie mit ihrem Sieg bei den Parlamentswahlen vom Mai 2014 für einen Wendepunkt in der jüngeren politischen Geschichte Indiens. Die Partei Indira und Rajiv Gandhis, der Indische Nationalkongress, war die klare Verliererin der Wahl und musste eine Reduzierung der Anzahl ihrer Sitze im Unterhaus (*Lok Sabha*) von 206 im Jahr 2009 auf nur noch 44 hinnehmen. Die BJP hingegen stellte von 2014 an mit 282 von 545 Abgeordneten die absolute Mehrheit im Unterhaus.

Die BJP regierte allerdings nicht allein, sondern in einer Koalition mit einigen kleineren Parteien, die wie die BJP der *National Democratic Alliance* (NDA), einem seit 1998 bestehenden Bündnis, angehörten. Indessen ist die BJP mit dem Premierminister Narendra Modi der mit Abstand wichtigste Akteur in der Regierung. Vor allem in der Wirtschafts- und Finanzpolitik hat die Regierung Modi einige weitreichende Maßnahmen ergriffen und die indische Volkswirtschaft modernisiert. Seine auf Industrialisierung setzende Wirtschaftspolitik ist in Indien populär. Premier Modi erhielt im Jahr 2023 Zustimmungswerte von nahezu 80 Prozent – ein absolut bemerkenswerter Wert für einen seit neun Jahren amtierenden Politiker. Im Unterhaus verfügte die BJP von 2019 bis 2024 über eine deutliche Mehrheit von 56 Prozent der Sitze (303 von 545 Abgeordneten).² Selbst prominente Oppositionspolitiker wie Shashi Tharoor von der Kongresspartei räumten Modis Popularität ein (Tharoor 2023). Aus den Wahlen des Jahres 2024 ging die BJP mit nur noch 44 Prozent der Sitze (240 von 545 Abgeordneten) zwar etwas geschwächt, aber nicht geschlagen hervor (vgl. Abschnitt 3.4).

3.1. Die BJP und ihre Betonung des Hinduismus

Der hinduistische Nationalismus entwickelte sich lange vor der Unabhängigkeit, zu Beginn des 20. Jahrhunderts. Die prägende Figur war der 1883 geborene Vinayak Damodar Savarkar. Savarkar war schon als junger Student

ein nationalistischer Agitator mit vielen Anhängern (Mody 2023: 237). Sein Jurastudium in London hatte er zwar mit Erfolg abgeschlossen, aber die britischen Behörden untersagten ihm, als Anwalt tätig zu werden, weil er eine Gruppe von anarchistischen indischen Nationalisten anführte. Im März des Jahres 1910 wurde Savarkar in Großbritannien wegen Subversion und Aufwiegelung zum Krieg verhaftet und nach Indien ausgeliefert, wo er wegen seiner mutmaßlichen Beteiligung an der Ermordung eines britischen Bezirksrichters zu zweimal lebenslanger Haft (insgesamt 50 Jahre) verurteilt und auf die Andamanen-Inseln, einer zu Indien gehörenden und vor der Küste Myanmars gelegenen Inselgruppe mit einem kolonialen Gefängnis, verbannt wurde.³ Nach mehrfachen Gnadengesuchen wurde er 1921 in ein Gefängnis in Maharashtra verlegt, wo er sein in der Haft verfasstes Buch *Hindutva* fertigstellte. Die noch vor seiner vorzeitigen Entlassung aus dem Gefängnis 1924 veröffentlichte Schrift verbreitete sich rasch und entwickelte sich zum Handbuch der indischen Nationalisten (Mody 2023: 237; Agarwala/Bouissou 2023: 16).

Für Savarkar war Indien eine Nation der Hindus. Die geografischen Grenzen Indiens reichten seiner Definition zufolge von „Kaschmir bis Ceylon, von Sindh bis Bengalen“. Er konstruierte die Idee einer jahrtausendealten Hindu-Gemeinschaft (Fähnders 2024a): Hindus teilten das „Band gemeinsamen Blutes“ und schauten auf eine lange Geschichte gemeinsamer Vorfahren zurück (Mody 2023: 237).

Folgt man den Ideen des Politikwissenschaftlers Benedict Anderson und seinem Buch *Die Erfindung der Nation* (1983), sind sämtliche Nationen das Resultat der Vorstellung einer Gemeinschaft, also *imagined communities* (so auch der englische Originaltitel). Die Nation ist aus dieser Perspektive eine politische Gemeinschaft, die in der Vorstellung ihrer Mitglieder existiert. Die Mitglieder selbst der kleinsten Nation werden die meisten ihrer Mitstreiter nie kennen, ihnen nie begegnen oder auch nur von ihnen hören, und doch lebt in den Köpfen eines jeden das Bild ihrer Gemeinschaft (Anderson 2006: 6). Savarkar hat dieses Konzept – Jahrzehnte vor der wissenschaftlichen Debatte darüber – implizit angewandt. Er verwendete eine weit gefasste, nicht religiöse Definition, um die Gemeinschaft der Hindus zu fassen: Hindu sei, wer Indien als Vaterland und als sein heiliges Land betrachte. Für Savarkar und seine hindunationalistischen Nachfolger ist *Hindutva* damit keine Religion, sondern eine Art Leitkultur (Brosius/Michaels 2024). Dass Savarkar seine Idee eines hinduistischen Nationalismus von der Religion trennte, lässt sich auch daraus ablesen, dass er seit seinem neunten Lebensjahr – nachdem er seine Mutter wegen

einer Choleraerkrankung verloren hatte – selbst den hinduistischen Glauben nicht mehr praktizierte (Mody 2023: 238).

Wie bei anderen Nationalismen, etwa in Europa, ging die Integration der eigenen Gruppe mit der Ausgrenzung anderer einher. Nichthindus waren in den Augen Savarkars nicht Teil der Nation. Er betrachtete sie im besten Fall als Gäste und im schlimmsten Fall als Eindringlinge, denen bestimmte Rechte entzogen und die in einigen Fällen sogar des Landes verwiesen werden sollten. Dafür mussten sie zunächst identifiziert und beobachtet werden (Therwarth 2023). Durch die Existenz eines Feindes würden Menschen in einer Nation verschmelzen und in einem Staat aufgehen. Savarkar träumte von der Vereinigung der Hindus in Indien: Wären die Hindus in Indien vereint, könnten sie der ganzen Welt ihre Bedingungen diktieren (Mody 2023: 238).

Die Philosophien Mahatma Gandhis und Vinayak Damodar Savarkars könnten unterschiedlichen nicht sein. Gandhi hatte während seiner Zeit in Südafrika die Methode gewaltfreien Widerstands entwickelt, die er *Satyagraha* nannte. Dies meint das unbedingte Beharren auf der eigenen Wahrheit und den Willen, diese Wahrheit gegen Widerstände, aber ohne Gewalt durchzusetzen (Agarwala/Bouissou 2023: 16). Zu Gandhis politischer Überzeugung gehörte auch die Vereinbarkeit der beiden großen Religionen Indiens, des Hinduismus und des Islam. Sein Gegenspieler Savarkar hingegen betrachtete die Muslime in Britisch-Indien als Nachfahren früherer Eroberer, namentlich der Mogulkaiser, wenngleich diese Eroberungen viele Jahrhunderte zurücklagen (Agarwala/Bouissou 2023: 16).⁴

Bereits im Oktober 1909 hatten sich Savarkar und Gandhi, der damals in Südafrika lebte, in London getroffen und eine heftige Kontroverse geführt. Gandhi missbilligte Savarkars Gewaltbereitschaft, bezeichnete ihn aber als jemanden, der seine Nation anbetet. In den 1930er-Jahren übernahm Savarkar den Vorsitz der 1915 gegründeten *Hindu Mahasabha* („Große Gesellschaft der Hindus“), einer hindunationalistischen Bewegung, die als Keimzelle der heutigen *Bharatiya Janata Party* (BJP) bezeichnet werden kann (Therwarth 2023). Nachdem die *Hindu Mahasabha* und der Indische Nationalkongress durch das Ziel der Unabhängigkeit Indiens lange verbunden waren, trennten sich in dieser Zeit ihre Wege und die Agitation gegenüber Gandhi und der Kongresspartei verschärfte sich unter der Führung Savarkars.

Bereits im Jahr 1925 hatte sich ein weiterer Arm der hindunationalistischen Bewegung, die *Rashtriya Swayamsevak Sangh* (RSS, „Nationale Freiwilligenorganisation“) gegründet. Unter Führung des Mediziners Keshav Baliram

Hedgewar wurden junge Männer rekrutiert und in Nachwuchsgruppen organisiert. Die RSS wurde anfangs stark von Naturwissenschaftlern geprägt, während in der Kongresspartei zunächst Juristen und Journalisten dominierten (Luce 2009: 152). Die Organisation propagierte Hingabe und Disziplin, sowohl geistig als auch körperlich, als Mittel zur Wiederherstellung von Stärke und Tapferkeit. Paramilitärisches Training sowie tägliche Übungen und Drills waren Teil des Programms.⁵ Ziel war es auch, die Einheit unter Hindus aller Kasten und Klassen zu fördern. Die RSS wollte eine Hindu-Identität pflegen und diese gegen Feinde, namentlich die Briten und Muslime, verteidigen (Brosius/Michaelis 2024). Die bis heute existierende Organisation könne laut Beobachtern einerseits mit den Pfadfindern, andererseits mit dem Ku-Klux-Klan verglichen werden (Agarwala/Bouissou 2023: 16). Für Frauen gibt es seit Oktober 1936 eine eigene Organisation, das „Nationale Freiwilligenkomitee für Frauen“ (*Rashtra Sevika Samiti*).

Noch heute ist umstritten, wie die Ermordung Mahatma Gandhis politisch zu bewerten ist. Nathuram Godse, ein Hindunationalist und früheres Mitglied der RSS, trat am Abend des 30. Januar 1948 an Gandhi heran, begrüßte ihn mit gefalteten Händen und erschoss ihn. Im anschließenden Prozess wurde auch Vinayak Damodar Savarkar als Mitverschwörer angeklagt, weil er den Mörder vor seiner Tat getroffen und die Ermordung gebilligt habe. Allerdings konnte ihm nichts nachgewiesen werden, sodass eine Verurteilung Savarkars ausblieb. Im gegenwärtigen Indien wird seit einigen Jahren versucht, Savarkar als großen indischen Freiheitskämpfer zu rehabilitieren (Islam 2021).

Die Auseinandersetzungen zwischen Hindunationalisten und Nationalkongress zeigen sich auch bei der Bewertung der historischen Rolle Mahatma Gandhis. Bis heute prallen in Indien zwei diametral entgegengesetzte Interpretationen der Bedeutung Gandhis aufeinander: Auf der einen Seite stehen diejenigen, die Gandhi als Vater der Nation sehen und ihn bis heute am 2. Oktober, seinem Geburtstag, feiern. Auf der anderen Seite stehen Hindunationalisten, die den Mord an Gandhi als notwendige Tat beschreiben. Schon der Attentäter selbst hatte im Gerichtsverfahren behauptet, er habe Gandhi töten müssen, um die Vernichtung des eigenen Volkes zu verhindern (Agarwala/Bouissou 2023: 16). Letztlich eröffnete die Ermordung Gandhis durch einen Hindunationalisten Jawaharlal Nehru die Möglichkeit, das unabhängige Indien als säkularen Staat zu entwickeln, weil der radikale Hindunationalismus durch den Mord an Gandhi für lange Zeit diskreditiert war.

Die RSS wurde zweimal verboten: einmal nach der Ermordung Gandhis, und ein zweites Mal während des Ausnahmezustands unter Indira Gandhi



Der indische Premierminister Narendra Modi erweist Vinayak D. Savarkar, einem hindunationalistischen Politiker und Gegenspieler Gandhis, am 1. Juni 2014 seinen Respekt

zwischen 1975 und 1977 (Therwarth 2023). Nach der Aufhebung des ersten Verbots im Juli 1949 war die RSS in der Öffentlichkeit lange kaum präsent (Mody 2023: 239). Vor allem in den 1980er- und 1990er-Jahren gewann die Organisation dann zunehmend an Unterstützung. Heute ist die RSS eine der mächtigsten Organisationen Indiens, die eng mit der Regierungspartei BJP verbunden ist und großen Einfluss auf Politik, Gesellschaft und Kultur ausübt. Ziel ist die Förderung hinduistischer Werte. Dazu gehört auch die Überwindung der Schmach der Fremdherrschaft – sowohl durch die Mogulkaiser wie durch die britischen Kolonialherren – oft einhergehend mit Aggressionen gegenüber Muslimen und Christen (Fähnders 2024a).

Zusammen mit dem RSS erhielten auch andere teils hindunationalistische Akteure Auftrieb. Die Vorgängerorganisation der BJP, die *Janata Party*, regierte von 1977 bis 1980, verlor aber die Wahlen des Jahres 1980 deutlich. In verschiedenen Bündniskonstellationen stellte sie 1989 bis 1991 und erneut 1996 bis 1998 den Premierminister. Im Jahr 2013 gingen die Reste der *Janata*-Partei in der BJP auf. Deren erster Vorsitzender war 1980 Atal Bihari Vajpayee, ein früheres Mitglied der RSS (Mody 2023: 240). Zwischen 1998 und 2004 war Vajpayee für die BJP auch indischer Premierminister. Der Erdrutschsieg der

BJP bei den Parlamentswahlen 2014 fiel mit einer Radikalisierung der Partei unter Narendra Modi zusammen. Gleichzeitig trug die deutliche Mehrheit im Parlament zu einer gewissen Stabilisierung der indischen Regierungspolitik bei. In früheren Phasen mussten die widerstreitenden Interessen konkurrierender Gruppen in Koalitionen oft mühsam ausbalanciert werden, was häufig zu Untätigkeit und Stillstand führte (Vaishnav 2023). Allerdings haben die Ergebnisse der Wahlen des Jahres 2024 wieder zu einer Koalition geführt, wodurch das Regierungshandeln wieder stärker durch Verhandlungen und Kompromisse geprägt sein wird (vgl. Abschnitt 3.4).

3.2. Der Konflikt zwischen Hindus und Muslimen und die Rolle des Premierministers

Der Begriff Hinduismus entstand nicht in Indien, sondern wurde ursprünglich von persischen Eroberern für die am Indus-Fluss lebende, nicht muslimische Bevölkerung verwendet. Der Hinduismus ist ein Oberbegriff für eine Vielzahl von Philosophien und Traditionen. Es gibt weder einen Religionsstifter noch ein religiöses Oberhaupt, die das definieren würden, was den Hinduismus ausmacht. Auch gibt es weder eine heilige Schrift wie die Bibel oder den Koran noch ein religiöses Symbol wie das Kreuz oder die Mondsichel. Zudem gibt es keine Mitgliedschaft durch Bekenntnis oder Ritual wie in anderen Religionen (Brosius/Michaelis 2024).

Die Zahl der Muslime in Indien belief sich gemäß der Volkszählung des Jahres 2011 auf etwa 170 Millionen Personen. Dies entsprach einem Bevölkerungsanteil von rund 14 Prozent, der sich bis heute nicht deutlich verändert hat.⁶ Betrachtet man indessen die Entwicklung seit der Unabhängigkeit, sind Verschiebungen zu beobachten: Der Anteil der Muslime wuchs durch eine höhere Geburtenrate und Zuwanderung, etwa aus Bangladesch, von 9,8 Prozent der indischen Bevölkerung im Jahr 1951 auf 14,2 Prozent im Jahr 2011. Im gleichen Zeitraum sank der Anteil der Hindus von 84,1 Prozent auf 79,8 Prozent (Kramer 2021: 19).

Schon in den ersten Jahren nach der Unabhängigkeit wurde von ausländischen Beobachtern die politische Isolation muslimischer Inderinnen und Inder bemerkt. Der schwedische Ökonom Gunnar Myrdal konstatierte 1968, die Muslime hätten sich emotional noch nicht in die indische Nation integriert (Myrdal 1968: 258). Während westliche Beobachter knapp sechzig Jahre nach Myrdals Befund vor allem die Benachteiligung muslimischer Inderinnen und Inder beto-



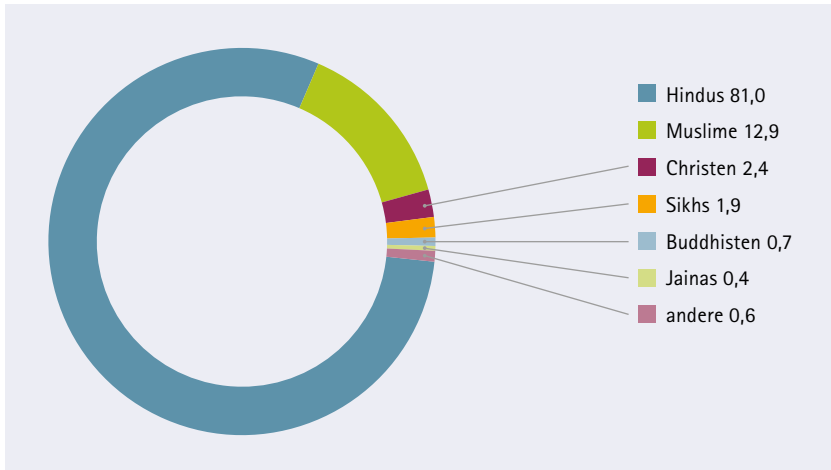
Indien ist die Heimat vieler verschiedener Religionen. Straßenszene in Mumbai

nen, sind diese aus Sicht vieler Hindus die Nachfahren früherer Kolonialherren, den ab dem 15. Jahrhundert den Subkontinent beherrschenden Mogulkaisern.

Die Regierung Modi versteht sich explizit als Vertretung der schweigenden Mehrheit der indischen Hindus. Heute beklagen Oppositionspolitiker, Modis Partei, die BJP, würde einen kämpferischen Hindunationalismus fördern und damit für eine Dämonisierung der Minderheiten Indiens, insbesondere der Muslime, sorgen (Tharoor 2023). Die weit überwiegende Mehrheit der Hindus, 85 Prozent, gab in einer Umfrage aus dem Jahr 2021 an, Respekt für andere Religionen gehöre zur indischen Identität (Wolf 2023). Allerdings handelt es sich bei den 15 Prozent, die dieser Aussage nicht zustimmten, immer noch um 90 Millionen Menschen.

Modi versuchte zu Beginn seiner Regierungszeit, sich von den bisherigen, von vielen als korrupt bezeichneten Eliten abzugrenzen. Er kritisierte immer wieder die vermeintliche Begünstigung von Minderheiten und hat in Fällen von Gewaltanwendung gegen religiöse Minderheiten häufig geschwiegen. Dadurch hat er bei der zunehmend härteren Auseinandersetzung zwischen religiösen Gruppen und politischen Lagern aus Sicht einiger Beobachter eine Tolerierung von Gewalt suggeriert und diese Verschärfung des politischen Klimas möglicherweise befördert.

➤ **Abbildung 1** Religionszugehörigkeit in Indien, 2021 (in Prozent)



Erwachsene Bevölkerung Indiens ohne die Unionsterritorien Andamanen und Nikobaren sowie Lakshadweep auf Grundlage des Zensus von 2011.

Quelle: Pew Research Center, Religion in India: Tolerance and Segregation, 2021, <https://www.pewresearch.org/religion/2021/06/29/religion-in-india-tolerance-and-segregation>.

Narendra Damodardas Modi wurde im Jahr 1950 in eine Familie einer niedrigen Kaste geboren. Er wuchs mit sechs Geschwistern in dem Dorf Vadnagar in Gujarat in einfachen Verhältnissen auf. Mit acht Jahren trat er der Jugendorganisation des RSS bei (Mody 2023: 331). Obwohl ihn seine Eltern schon mit 13 Jahren verlobt hatten, verließ Modi seine Familie vor der geplanten Zwangsheirat mit 18 Jahren, wanderte zwei Jahre durch Indien (Brosius/Michaelis 2024) und meditierte. Zwischenzeitlich wollte er Mönch werden, studierte dann stattdessen aber im Fernstudium Politikwissenschaft an der University of Delhi (Abschluss als Bachelor of Arts 1979) und an der Gujarat University, wo er 1983 einen Master erwarb. Anschließend widmete sich Modi ganz dem politischen Kampf (Agarwala/Bouissou 2023: 16). Er gilt als asketisch lebender Mensch, der sich vegetarisch ernährt und weder raucht noch Alkohol trinkt.

Die partiell antimuslimische Politik der BJP ist unter Hindus populär. Allerdings gibt es auch von Hindus immer wieder Widerstand gegen Modis Politik des Verschweigens. Im Jahr 2018 wurde in Nordindien ein achtjähriges muslimisches Mädchen von mehreren Hindus vergewaltigt und anschließend ermordet. Wegen der sehr zögerlichen Reaktion von Premierminister Modi auf dieses

Verbrechen verfassten 49 pensionierte Spitzenbeamte einen offenen Brief und beschuldigten ihn, zur Entstehung eines Klimas, das von Hass, Angst und Boshaftigkeit geprägt sei, beizutragen (Rachman 2018).

Bis heute wird Modis Verhalten während der Unruhen in Gujarat im Jahr 2002 kritisch kommentiert. Modi war im Jahr 2001 zum Ministerpräsidenten des Bundesstaates gewählt worden. Am 27. Februar 2002 kamen in der Stadt Godhra bei einem Brand in einem Zug 59 Hindupilger ums Leben. Der genaue Hergang des Unglücks blieb unklar, aber offenbar befand sich eine aufgebrachte Menge von Muslimen in unmittelbarer Nähe der ausgebrannten Waggons (Luce 2009: 159). In den daraufhin ausbrechenden Unruhen in Ahmedabad und anderen Städten kamen je nach Quelle zwischen 1 000 und 2 000 Menschen ums Leben, die Mehrheit davon waren Muslime. Die Brutalität gegenüber Frauen und Kindern war extrem: Nach der Einkesselung und Vergewaltigung von muslimischen Frauen gossen hinduistische Männer Benzin in die Kehlen der Frauen und ihrer Kinder und zündeten diese an. Dies sollte die Rache für die Brandopfer von Godhra symbolisieren (Luce 2009: 160). Der damalige Ministerpräsident (*Chief Minister*) Gujarats und heute indische Premierminister Modi hatte die Unruhen vermutlich mit einer Bemerkung angeheizt: Am 1. März 2002, also zwei Tage nach dem Brand des Zuges, hatte er gesagt, dass jede Aktion unweigerlich eine Gegenreaktion auslösen würde (Luce 2009: 160). Die Regierung Gujarats unternahm nach Ansicht von Kritikern zu wenig, um die Unruhen zu beenden. Die Polizei beobachtete die Gemetzel in vielen Fällen passiv oder unterstützte die Aufständischen mit Hinweisen auf die Wohnorte von Muslimen (Luce 2009: 161). Während die Regierungen Deutschlands, Großbritanniens und der Vereinigten Staaten anschließend ein Einreiseverbot gegen Modi verhängten (Agarwala/Bouissou 2023: 16), wurde dieser neun Monate nach den Unruhen mit einer Zweidrittelmehrheit im Amt des Ministerpräsidenten bestätigt. Im Wahlkampf hatte Modi die Muslime Gujarats als „fünfte Kolonne Pakistans“ bezeichnet, deren Loyalität dem Erzrivalen gelte (Luce 2009: 162). Sein Wahlkampf motto war „Der Stolz Gujarats“ („pride of Gujarat“).

Unter den 303 BJP-Abgeordneten des Unterhauses (*Lok Sabha*) fand sich zwischen 2019 und 2024 kein Muslim. Nach dem Ausscheiden eines Abgeordneten hat die BJP, die sich gern als die „größte politische Partei der Welt“ bezeichnet, seit Juli 2022 weder in der *Lok Sabha* noch im Oberhaus, der *Rajya Sabha*, einen einzigen muslimischen Abgeordneten. Die von der BJP aufgestellten Kandidaten muslimischen Glaubens haben weder 2014 noch 2019 ihre jeweiligen Wahlkreise gewinnen können. Auch unter den BJP-Abgeordneten

in den 31 Versammlungen der Bundesstaaten und Territorien gibt es derzeit keine Person muslimischen Glaubens (Bhatnagar 2022). Ebenso sind Muslime im gegenwärtigen Parlament deutlich unterrepräsentiert. Seit den Wahlen des Jahres 2024 gibt es 24 muslimische Abgeordnete in der *Lok Sabha*, was einem Anteil von 4,4 Prozent entspricht. Bemerkenswert ist, dass dieser Rekordtiefstand eingetreten ist, obwohl der Anteil der muslimischen Abgeordneten des Indischen Nationalkongresses, der zweitstärksten Partei, erheblich gestiegen ist (Francis/Radhakrishnan 2024).

Neben den Muslimen werden auch die Christen in Indien gesellschaftlich wenig geschätzt. Etwa 70 Prozent der indischen Christen kommen aus unterprivilegierten Schichten und konvertierten in Gruppen zum Christentum. Häufig werden sie dann als *Dalit*-Christen bezeichnet, nach dem Namen für die untersten Kasten. Zwar spielt die Zugehörigkeit zu einer „unberührbaren“ Kaste in indischen Städten keine große Rolle mehr, wohl aber im ländlichen Raum (Luce 2009: 311).

Viele westliche Beobachter kritisieren die Politik Premierminister Modis gegenüber Minderheiten. Der frühere deutsche Botschafter in Indien, Walter J. Lindner, gab in einem Interview im Frühjahr 2024 jedoch zu bedenken, dass 80 Prozent der indischen Bevölkerung hinduistischen Glaubens seien, und dass viele dieser Menschen die Politik Modis unterstützten. Modi entstamme keiner Familiendynastie, habe nicht im Ausland studiert, sei als Sohn eines Teeverkäufers im hierarchischen Indien an die Spitze der Regierung aufgestiegen und sei unverdächtig, andere als die indischen Interessen zu vertreten (Ehrenstein 2024).

Vermutlich ist es für ausländische Beobachter schwierig, den Konflikt zwischen Hindus und Muslimen abschließend zu bewerten. Auf der einen Seite zeigen sich die Gewaltverbrechen gegenüber Muslimen und deren Benachteiligung in der indischen Gesellschaft. Auf der anderen Seite stehen die terroristischen Angriffe, die Indien immer wieder erschütterten und die häufig von Muslimen verübt wurden. So wurde Mumbai, Indiens pulsierende Finanz- und Unterhaltungsmetropole, am Abend des 26. November 2008, von einem schockierenden Terroranschlag heimgesucht. Zehn schwer bewaffnete Kämpfer, Angehörige der Terrororganisation *Lashkar-e Taiba* und allesamt pakistanische Staatsangehörige, waren am Abend auf dem Seeweg angekommen, hatten sich in fünf Gruppen aufgeteilt, Fahrzeuge gekapert und verschiedene Ziele angegriffen, darunter den Hauptbahnhof, zwei Luxushotels, ein jüdisches Kulturzentrum und ein Krankenhaus.

Das erste Kommando massakrierte 58 Fahrgäste im größten Bahnhof der Stadt, der Chhatrapati Shivaji Station. Im bei ausländischen Touristen beliebten Café Leopold erschossen die Täter elf Menschen und verletzten zahlreiche weitere. In einem jüdischen Gemeindezentrum nahmen die islamistischen Attentäter mehrere Familien als Geiseln und drangen in die Luxushotels „Oberoi“ und „Taj Mahal“ ein. Die Absicht der Terroristen war es, so viele Menschen wie möglich zu töten (Kauffmann Bossart 2018). Die 60-stündige Belagerung der Stadt hatte mindestens 166 Tote zur Folge sowie 304 Verletzte.⁷ Während dieser Zeit überfielen die Bewaffneten auch eine Gruppe von Polizisten in einem Fahrzeug und töteten sechs von ihnen, darunter auch drei der höchsten Beamten der Stadt (Biswas 2018).

Weit weniger internationale Aufmerksamkeit erhielt ein schwerer Anschlag im Februar 2019. Dabei wurden 40 indische Polizisten bei einem Bombenanschlag von militanten Islamisten auf ihren Konvoi in Pulwama, im indisch verwalteten Teil Kaschmirs, getötet. Ein mit Sprengstoff gefülltes Auto rammte einen Bus, der die Polizisten nach Srinagar bringen sollte. Die in Pakistan ansässige islamistische Gruppe *Jaish-e-Mohammad* erklärte, sie stehe hinter dem Anschlag.⁸ Das Selbstmordattentat rief landesweit große Bestürzung hervor und beschäftigt die indische Politik und Gesellschaft bis heute. Im Mai des Jahres 2024 stellte der indische Außenminister Subrahmanyam Jaishankar die Terrorattacken des Jahres 2008, die in Indien als „26/11 Mumbai terror attacks“ bezeichnet werden, und den Angriff von Pulwama miteinander in Verbindung und machte für beide Angriffe die Islamische Republik Pakistan verantwortlich. Der Außenminister warnte Pakistan vor der Durchführung weiterer Terrorakte in Indien.⁹

Nach Einschätzung des ehemaligen deutschen Botschafters in Indien, Walter Lindner, waren die Anschläge von Mumbai für die indische Gesellschaft ähnlich traumatisch wie die Angriffe auf die USA am 11. September 2001 und möglicherweise vergleichbar mit dem Terrorangriff der Hamas auf Israel am 7. Oktober 2023 (Lindner/Wolter 2024: 158). Vor diesem Hintergrund ist es auch nicht überraschend, dass Premierminister Modi die Massaker der Hamas mit deutlichen Worten noch am Tag des Terrorangriffs scharf verurteilte (Lindner/Wolter 2024: 159).

Das Verhältnis von Indien und Israel war lange distanziert. Nach der Unabhängigkeit gab es zunächst keine diplomatischen Beziehungen zwischen Indien und Israel. Noch Anfang der 1980er-Jahre gab die indische Post eine Briefmarke heraus, auf der die indische und die palästinensische Flagge sowie der Slogan „Solidarität mit dem palästinensischen Volk“ abgebildet waren

(Mehrotra 2023). Erst im Jahr 1992 wurde eine Botschaft Indiens in Tel Aviv eröffnet. Schließlich besuchte Premierminister Modi im Jahr 2017 als erster indischer Regierungschef Israel.

Gewiss ist es unangemessen, Muslime insgesamt für die von pakistanischen Terroristen verübten Anschläge von Mumbai und Pulwama verantwortlich zu machen. Gleichwohl interpretieren hindunationalistische Historiker den Konflikt zwischen Hindus und Muslimen als einen „Kampf der Kulturen“. Dabei weisen sie auf eine aus heutiger Sicht überraschende Rollenverteilung hin: Muslime kamen als Eroberer nach Indien und versuchten, ihren hinduistischen Untertanen mit aller Macht die eigene Religion, den Islam, zu oktroyieren. Sie argumentieren, die historische Unterdrückung der Hindus durch muslimische Kolonialherrscher wirke bis heute nach und erkläre einen Teil des Hasses auf Muslime (Kakar/Kakar 2006: 149).

Auch Premierminister Modi bediente im Wahlkampf des Jahres 2024 einfache antimuslimische Vorurteile: Die oppositionelle Kongresspartei würde planen, den Indern ihren Reichtum zu nehmen und ihn an „Eindringlinge“ zu geben, die „mehr Kinder“ hätten. Über die Identität der fruchtbaren Eindringlinge wurde kein Zweifel gelassen: Schließlich, so Modi, habe die Kongresspartei in der Vergangenheit argumentiert, dass Muslime den ersten Anspruch auf die Ressourcen des Landes haben sollten.¹⁰ Die oppositionelle Kongresspartei kritisierte Modi daraufhin scharf. Der führende Kongresspolitiker Abhishek Manu Singhvi sagte während des Wahlkampfes des Jahres 2024, Modis „zutiefst verwerfliche“ Äußerung verstoße gegen Teile des Wahlgesetzes: Kandidaten sei es verboten, Menschen aufgrund von Religion, der Zugehörigkeit zu einer Gemeinschaft oder wegen religiösen Symbolen zur Stimmabgabe aufzufordern oder von der Stimmabgabe abzuhalten (Dayal 2024).

Es stellt sich die Frage, ob der Konflikt zwischen Hindus und Muslimen in den Jahren seit der Unabhängigkeit an Schärfe gewonnen hat. Schließlich lebten Hindus und Muslime auch vor der Teilung nicht spannungsfrei nebeneinander. Auch Mahatma Gandhi hatte gegenüber Muslimen Vorbehalte: Er vertrat die Einschätzung, die vergleichsweise junge Religion und ihre über 13 Jahrhunderte währende imperialistische Expansion habe Muslime zu einer von Aggressivität geprägten Bevölkerungsgruppe werden lassen (Kakar/Kakar 2006: 153). Nichtsdestotrotz war das Verhältnis beider Gruppen vor der Teilung aber vermutlich weniger offen gewalttätig als heute. Der Philosoph Michael Walzer hat darauf hingewiesen, dass Indien lange ein Imperium war – zuerst das der Mogulkaiser, dann das der Briten – und dass beide Reiche vergleichbare

Charakteristika aufwiesen: Jedwede Unabhängigkeitsbestrebungen wurden unterdrückt, aber gegenüber unterschiedlichen Kulturen, Religionen und Lebensentwürfen herrschte eine relativ große Toleranz.¹¹ Mit dem Ende des Imperiums brachen Verteilungskonflikte auf und religiös-kulturelle Konflikte gewannen an Bedeutung (Walzer 1982; Kakar/Kakar 2006: 151).

Gewiss haben hindunationalistische Organisationen wie die *Rashtriya Swayamsevak Sangh* (RSS) den Konflikt schon seit Jahrzehnten geschürt, und heute scheut sich Premierminister Modi nicht, gegenüber Muslimen eine skeptische bis feindselige Haltung einzunehmen. Dennoch darf derzeit bezweifelt werden, dass die BJP Indien in einen hindunationalistischen Gottesstaat verwandeln möchte. Die BJP ist keine liberale Partei, aber eine radikale Verwandlung Indiens in eine hinduistische Theokratie, ähnlich etwa der Islamischen Republik Iran oder Afghanistan unter den Taliban, ist sehr unwahrscheinlich. Einige Beobachter sehen allerdings die Möglichkeit einer dauerhaften Benachteiligung von Muslimen, wie Sadanand Dhume vom American Enterprise Institute. Indien könnte dieser Sicht zufolge eine hinduistische Version Malaysias werden, wo Nichtmuslime weniger Rechte haben und Bürger zweiter Klasse sind (Dhume 2024).

Premierminister Modi hat es geschafft, Indiens gestiegene Bedeutung in der internationalen Politik als sein Verdienst darzustellen. Das rechtschaffene und selbstbewusste Auftreten für indische nationale Interessen hat ihm bei den Inderinnen und Indern viele Sympathien eingebracht. Seine Anhängerinnen und Anhänger feiern Modi wie einen Erlöser (Lindner/Wolter 2024: 110). Erwartungsgemäß sieht die indische Opposition Modis Politik deutlich kritischer: Durch den Hindunationalismus der BJP sei der Säkularismus, die Diversität, die Toleranz, der Schutz von religiösen Minderheiten und die politische Pluralität im Land bedroht (Lindner/Wolter 2024: 110).

3.3. Die Reformen der Regierung Modi

Indien ist ein föderal organisierter Bundesstaat, was aufgrund seiner schieren Größe und der Vielfalt seiner Bevölkerung auch sinnvoll erscheint (Myrdal 1968: 258). Durch die föderale Struktur und die Vielfältigkeit des Landes entwickelt sich die Gesellschaft nur langsam, umfassende und dramatische Umwälzungen bleiben aus. Indiens Diversität und Stabilität sind somit zwei Seiten derselben Medaille. Anders als in einer homogenen Gesellschaft und Volkswirtschaft wie derjenigen in China kommt es in Indien mit seiner bundesstaatlichen Verfassung nicht so schnell zu Irrwegen, die das ganze Land

gleichermaßen betreffen (Luce 2009: 337). Zugespitzt formuliert: Die Übertreibungen im Immobiliensektor, die China in den kommenden Jahren strukturell schwächen werden, konnten und können in Indien bisher vermieden werden (Dieter 2024). Indien ist deshalb eher mit der dezentral organisierten Europäischen Union als mit dem chinesischen Zentralstaat vergleichbar. Allerdings ist auch Indien nicht vor wirtschaftspolitischen Fehlentscheidungen gefeit. Die jahrzehntelange Lizenzierung von Importen in Indien ist hierfür ein Beispiel.

Um die langsamen Entscheidungsprozesse in Indien zu verstehen, ist ein Vergleich mit China dennoch nützlich: Auch in China gibt es fraglos große Unterschiede, etwa zwischen dem Binnenland und den Küstenregionen, aber China hat eine einheitliche Schrift, eine Amtssprache und wenig religiöse Trennlinien. Indien hingegen hat 22 offizielle Sprachen, mehrere Schriften und ist entlang von Religionen und Kasten tief gespalten. Die starke Fragmentierung der indischen Gesellschaft erschwert gemeinschaftliches Handeln erheblich (Luce 2009: 339). Die indische Politik ist auch deshalb von kleinen Schritten und weniger von drastischen Umwälzungen geprägt. Ausnahmen, etwa die Maßnahmen nach der schweren Wirtschaftskrise des Jahres 1991, bestätigen die Regel.

Bevor Narendra Modi Premierminister Indiens wurde, hatte er als Ministerpräsident im Bundesstaat Gujarat Erfahrungen mit aggressiven Wirtschaftsreformen gesammelt. Mithilfe von Steueranreizen, der Bereitstellung von Gewerbegebieten und günstigen Krediten warb Modi erfolgreich um große Investitionen in Gujarat (Vaishnav 2023). Als Premierminister fuhr er später mit ähnlichem Elan fort: Im November 2016 wurde überraschend verkündet, dass die bis dahin höchsten Banknoten im Wert von 500 und 1000 Rupien ihre Gültigkeit verlieren würden (*demonetisation*). Das Ziel der Maßnahme sollte die Bekämpfung der Schattenwirtschaft sein. Ob dies gelungen ist, bleibt unklar. Geschadet hat Modis geldpolitische Maßnahme jedoch vor allem dem ländlichen Raum, weil dort Bargeldzahlungen eine größere Rolle spielen als in den urbanen Zentren.¹² Fraglos aber hat diese Maßnahme die Handlungsfähigkeit der Regierung bewiesen, auch wenn ihr Erfolg begrenzt war.

Von sehr viel größerem Gewicht und höherem Nutzen war die Einführung einer landesweit einheitlichen Mehrwertsteuer zum 1. Juli 2017. Diese Maßnahme war schon seit Mitte der 1980er-Jahre diskutiert worden, aber an der Umsetzung des Vorhabens waren alle vorherigen Regierungen gescheitert.¹³ Die Mehrwertsteuer, in Indien *Goods and Services Tax* (GST) genannt, erlaubte den Wegfall der bisherigen Kontrollstellen im Binnenhandel und trug

wesentlich zur Schaffung eines einheitlichen indischen Wirtschaftsraums bei. Zuvor mussten Lastwagenfahrer an den Grenzen der Bundesstaaten die zuvor gezahlten Steuern dokumentieren und an den Grenzposten wurden die zusätzlichen Steuern berechnet. Es überrascht nicht, dass an diesen Binnengrenzposten die Korruption grassierte (Mody 2023: 343).

Auf den ersten Blick scheint das neue System zwar kompliziert zu sein und weist – unter Berücksichtigung der speziellen Sätze für Rohstoffe (0,25 Prozent) und Gold (3,0 Prozent) – sieben unterschiedliche Stufen auf. Aber einige anfängliche Missstände in der Anwendung der Mehrwertsteuer wurden von der indischen Regierung erkannt und schrittweise behoben. Finanzministerin Nirmala Sitharaman kündigte im März des Jahres 2025 an, dass die indische Regierung die Umsatzsteuersätze senken werde und die Steuerklassen überprüfen wolle.¹⁴ Ein wichtiger Vorteil der Steuerreform ist die Zunahme des Binnenhandels: Zwischen den Fiskaljahren 2017/18 und 2020/21 stiegen die Umsätze im Handel zwischen den indischen Bundesstaaten um 44 Prozent an.¹⁵ Zur Verbesserung des Binnenmarktes hat die Regierung Modi einen Dreiklang geschaffen: Neben der Etablierung eines vereinheitlichten nationalen Steuersystems durch die Einführung der Mehrwertsteuer wurden die Straßen- und Eisenbahninfrastruktur stark verbessert und damit die Transportkosten gesenkt. Schließlich gibt es seit dem Jahr 2016 auch das nationale digitale Zahlungssystem „Unified Payments Interface“ (UPI).¹⁶ Das UPI ist ein indisches System für sofortige Bezahlung von Einkäufen sowie ein von der „National Payments Corporation of India“ im Jahr 2016 entwickeltes Verfahren, um Geld zwischen zwei Bankkonten zu transferieren.

Indiens früherer Notenbankgouverneur Raghuram Rajan äußerte sich in einem Zeitungsartikel 2024 positiv über die Reformen der BJP-Regierung: Die indische Geldpolitik sei in der ersten Amtszeit Modis auf ein Inflationsziel umgestellt worden (Rajan 2024).¹⁷ Indien hat damit den gegenwärtig dominierenden geldpolitischen Ansatz übernommen, der seit Anfang der 1990er-Jahre von den wichtigsten entwickelten und aufstrebenden Ländern verfolgt wird. Dieses Konzept beinhaltet die Festlegung einer niedrigen und stabilen Inflation als vorrangiges Ziel der Geldpolitik, die Verbesserung der Kommunikation mit der Öffentlichkeit über die Ziele der Zentralbank sowie die Stärkung der Rechenschaftspflicht der Zentralbank (Pandey et al. 2024). In einer Analyse des neuen geldpolitischen Ansatzes durch die Weltbank aus dem Jahr 2021 werden die Resultate der ersten Jahre der Anwendung des geldpolitischen Inflationsziels überwiegend positiv bewertet und die Politik der indischen Notenbank als

„flexible Inflationssteuerung“ charakterisiert. Insbesondere während der Coronapandemie habe die RBI flexibel auf die geldpolitischen Herausforderungen reagiert (Eichengreen et al. 2021).

Neben der Geldpolitik sei laut Ex-Notenbankchef Rajan auch die Insolvenzordnung verbessert worden. Rajan bemängelt jedoch, dass Premierminister Modi in seiner zweiten Amtsperiode weniger auf wirtschaftspolitische und mehr auf kulturell-religiöse Themen setzte (Rajan 2024). Premierminister Modis Partei, die *Bharatiya Janata Party* (BJP), gilt vielen Inderinnen und Indern als Partei des Infrastrukturausbaus. Gegenüber der vor 2014 regierenden Koalition, die von der Kongresspartei angeführt wurde, hat die BJP den Anteil des Ministeriums für Straßenbau an den Gesamtausgaben der Zentralregierung von zwei auf fast fünf Prozent mehr als verdoppelt, während die Ausgaben für Sozialleistungen von zehn auf etwa sechs Prozent gesenkt wurden.¹⁸

Aber trotz Senkung des Anteils von Sozialausgaben an den Ausgaben der Zentralregierung lobte etwa der Oppositionspolitiker Sashi Tharoor die Erfolge von Modis Sozialpolitik. Für Bauern wurde ein System der direkten Unterstützungszahlungen eingeführt, in vielen Dörfern wurden Toiletten gebaut und auch die Versorgung des ländlichen Raums mit Trinkwasser und Elektrizität wurde verbessert (Tharoor 2023). Ein wesentlicher Faktor für die Optimierung der Treffsicherheit von Sozialleistungen ist das biometrische Identifikationssystem „Aadhar“, bei dem sich inzwischen nahezu alle Einwohnerinnen und Einwohner Indiens registrieren ließen. Zuvor konnten viele ihre Identität nur schwer nachweisen, weil Geburten vom Staat oft gar nicht erfasst worden waren (Nezik 2023). Im Fiskaljahr 2022 hat die indische Regierung Sozialleistungen im Umfang von 76,5 Milliarden US-Dollar an 900 Millionen Empfängerinnen und Empfänger als sogenannte *direct-benefit transfers* ausgezahlt.¹⁹

Die Kombination von eindeutiger biometrischer Zuordnung von Personen, digitalen Zahlungen und dem Management der erhobenen Daten könnte ein wichtiger Exportartikel Indiens werden (vgl. Abschnitt 7.4). Dabei geht es neben „Aadhar“ auch um das Zahlungssystem „United Payments Interface“ (UPI), mit dessen Hilfe allein im August des Jahres 2023 zehn Milliarden Zahlungen abgewickelt wurden, eine Verzehnfachung gegenüber Oktober 2019. In der Datenbank „DigiLocker“ können offizielle Unterlagen wie Führerscheine oder Steuerunterlagen aufbewahrt und bei Bedarf abgerufen werden (Mirani 2023). Geplant ist, künftig auch Gesundheitsdokumente digital zu speichern, damit etwa Röntgenaufnahmen oder Bluttests von verschiedenen Ärzten abgerufen werden können (Nezik 2023).

Angesichts der verbreiteten Armut in Indien liegt es nahe, die Not vieler Menschen mit sozialpolitischen Maßnahmen zu lindern. Die Regierung von Manmohan Singh (Kongresspartei) hatte im August des Jahres 2005 ein Recht auf bezahlte Arbeit eingeführt. Im *National Rural Employment Guarantee Act* (NREGA) wurde der Bevölkerung des ländlichen Raums das Recht auf mindestens 100 Tage bezahlter Tätigkeit pro Haushalt, zumeist in öffentlichen Bauvorhaben, eingeräumt. Das Projekt, obwohl von guten Absichten getragen, erwies sich von Anfang an als problematisch. Die Löhne lagen anfangs unter dem gesetzlichen Mindestlohn. Die bereitgestellten Mittel waren häufig unzureichend, was zu verzögerten Lohnzahlungen führte. NREGA, später um den Bezug zu Mahatma Gandhi erweitert MGNREGA, erzielte nicht die erhofften positiven sozialpolitischen Wirkungen (Mody 2023: 310). Das Programm wurde dennoch auch von den Regierungen unter Narendra Modi weitergeführt. Von April 2023 bis März 2024 nutzten immerhin 83 Millionen Inderinnen und Inder dieses Beschäftigungsprogramm für den ländlichen Raum. Daneben unterstützt die indische Regierung die Ärmern mit Direktzahlungen sowie Subventionen für Küchengas und kostenlose Essensrationen, auf die allein 800 Millionen Menschen Anspruch haben.²⁰

Durch die Kopplung der Zahlung von Sozialleistungen an das biometrische Identifikationssystem „Aadhar“ konnte nun außerdem der Missbrauch von Sozialleistungen deutlich eingeschränkt werden, was auch von Politikern der oppositionellen Kongresspartei eingeräumt wird (Tharoor 2023). Noch vor 20 Jahren wurde mit Armutsausweisen (*below poverty line card*) Handel getrieben. Nach Untersuchungen der indischen Regierung waren bis zu 40 Prozent der Inhaberinnen und Inhaber dieser Ausweise gar nicht bedürftig, sondern hatten diese Karten durch Bestechung erlangt (Luce 2009: 84).

Zahlreiche Indikatoren zur wirtschaftlichen Entwicklung weisen in Indien eine positive Tendenz auf. Die Zahl von absoluter Armut Betroffener, heute von der Weltbank definiert als Personen mit einem Einkommen von weniger als 2,15 US-Dollar pro Tag oder rund 65 US-Dollar im Monat, ging in Indien drastisch zurück. Im Jahr 1977 lebten noch mehr als 60 Prozent der Bevölkerung in absoluter Armut, im Jahr 2018 war dieser Wert auf etwa elf Prozent gefallen. Über 400 Millionen Menschen wurden zwischen dem Jahr 2005 und 2021 von absoluter Armut befreit (Wolf 2023). Die Lebenserwartung in Indien ist von etwa 45 Jahren im Jahr 1960 auf 70,7 Jahre 2019, dem Jahr vor Ausbruch der Pandemie, gewachsen. Im Jahr 2021 ging die Lebenserwartung in Indien nach Angaben der Weltbank auf 67,3 Jahre zurück und ist bis zum Jahr

2023 auf den neuen Höchstwert von 72 Jahren gestiegen. Hatten im Jahr 2000 gerade einmal 60 Prozent der indischen Bevölkerung Zugang zu Elektrizität, waren es im Jahr 2022 mehr als 99 Prozent.²¹

Eine aktuelle Herausforderung ist es, neben Sozialleistungen auch eine Verbreiterung der Steuerbasis zu erreichen. Bei der Einkommenssteuer liegt eine zu große Last auf zu wenigen Schultern. Mehr als drei Viertel der Einkommenssteuer werden von lediglich 0,3 Prozent der indischen Bevölkerung gezahlt. Im Budgetentwurf des Haushaltsjahres 2024/25 spielen drei Steuerarten eine wichtige Rolle: Bei erwarteten Steuereinnahmen von insgesamt 38 308 Milliarden Rupien – etwa 394 Milliarden Euro bei einem Wechselkurs von 97 Rupien pro Euro – entfallen etwa gleiche Teile auf die Einkommens-, Mehrwert- und Unternehmenssteuern.²²

Die Steuerquote, also der Anteil der Steuereinnahmen am Bruttoinlandsprodukt, beläuft sich in Indien auf gerade einmal 18 Prozent. Diese vergleichsweise niedrige Besteuerung hat zu einem relativ hohen Schuldenstand der öffentlichen Hand beigetragen. Im letzten Quartal des Jahres 2023 erreichte die indische Staatsschuld einen neuen Höchststand von 2 045 Milliarden US-Dollar.²³ Die Zinszahlungen auf die Staatsschulden sind im Haushaltsjahr 2024/25 der mit Abstand größte Einzelposten im Bundeshaushalt und machen 11 904 Milliarden Rupien aus, eine Steigerung gegenüber dem vorigen Haushaltsjahr von 12,8 Prozent. Ende April 2025 betrug die Rendite auf zehnjährige indische Staatsanleihen etwa 6,3 Prozent pro Jahr und lag damit deutlich über den Renditen etwa der USA (4,4 Prozent) oder Deutschlands (2,5 Prozent), war aber viel niedriger als die Rendite auf zehnjährige Staatsanleihen in Südafrika (10,9 Prozent).²⁴ Für Zinszahlungen gibt der indische Staat mehr aus, als für ländliche Entwicklung (2 658 Milliarden Rupien), die Förderung der Landwirtschaft (1 468 Milliarden Rupien), die Landesverteidigung (4 547 Milliarden Rupien) und Nahrungsmittelsubventionen (2 052 Milliarden Rupien) zusammen ausgegeben werden.²⁵

Für ausländische Beobachter ist die relative Stabilität der indischen Gesellschaft immer wieder überraschend. Trotz einer enormen Kluft zwischen Arm und Reich hat es in Indien seit 1947 kein größeres Aufbegehren der ärmeren Schichten gegeben. Die Reichen zeigen gern, wie wohlhabend sie sind. Der reichste Inder, Mukesh Ambani, Vorstandsvorsitzender des Petrochemiekonzerns Reliance Industries, ließ für seine Familie in Mumbai ein Wohnhaus errichten, das es mit dem Pomp absolutistischer Herrscher aufnehmen kann. Die fünfköpfige Familie bewohnt im 173 Meter hohen Hochhaus „Antilia“

insgesamt 27 Stockwerke, verfügt dort über neun Fahrstühle und 168 Parkplätze. Der Bau des Hauses soll eine Milliarde US-Dollar gekostet haben. „Antilia“ gilt als das teuerste Privathaus der Welt (Parkin/Raval 2020).

Ein weiterer schwerreicher Inder, Ratan Tata, der ehemalige Vorsitzende der Tata-Gruppe, wunderte sich über diese Demonstration von Reichtum. Der inzwischen verstorbene Tata bemerkte im Jahr 2012, Ambanis neues Haus in Mumbai sei ein Beispiel für mangelndes Mitgefühl für die Armen, und er sei überrascht, dass Ambani in solchem Reichtum leben wolle.²⁶ Zur Hochzeit des jüngsten Sprosses der Familie Ambani im Juli des Jahres 2024, die 600 Millionen US-Dollar gekostet haben soll, wurden viele prominente ehemalige Politiker – wie Tony Blair, Boris Johnson und John Kerry – einflogen. Hochzeiten sind in Indien ohnehin ein enormes Konjunkturprogramm. Für Feierlichkeiten werden pro Jahr etwa 130 Milliarden US-Dollar ausgegeben, was einem Anteil von rund 3,5 Prozent der indischen Wirtschaftsleistung entspricht.²⁷

Bereits der schwedische Ökonom Gunnar Myrdal bemerkte im Jahr 1968, die Anspruchslosigkeit vieler Inderinnen und Inder ermögliche erst die Demokratie: Die Oberschicht müsse sich nicht wehren, wenn die Unterschichten keine Ansprüche stellten. Die politische Stabilität der indischen Demokratie sei nach dieser Lesart die Folge der ausbleibenden Forderungen nach wirtschaftlichem und sozialem Wandel. Zugleich führe diese politische Stabilität zu wirtschaftlicher Stagnation (Myrdal 1968: 295). Im 21. Jahrhundert gelten die Beobachtungen von Myrdal nur noch eingeschränkt. Die von ihm damals konstatierte Anspruchslosigkeit ist heute seltener zu beobachten. Die indische Gesellschaft ist in ihren materiellen Erwartungen anspruchsvoller geworden und ein einfacher, asketischer Lebensstil hat weniger Anhänger als in den ersten Jahrzehnten nach der Unabhängigkeit.

Verglichen mit anderen indopazifischen Volkswirtschaften ist Indien bis heute, auch nach beachtlichen Fortschritten, arm und wenig entwickelt (Tabelle 4, S. 124). Insbesondere bei den Gesundheitsausgaben pro Kopf, aber auch bei Haushaltseinkommen ist der Abstand zum Durchschnitt der insgesamt 16 in Tabelle 4 aufgeführten indopazifischen Länder erheblich. In einigen Bereichen ist der Abstand allerdings relativ gering.

Gerade bei der Betrachtung der Kindersterblichkeit werden die enormen Fortschritte deutlich, die Indien seit der Kolonialzeit gemacht hat. Im Jahr 1900 verstarben, wie in Abschnitt 2.3 erwähnt, mehr als die Hälfte aller lebend geborenen Kinder. Heute sind es noch 30 von 1 000 Kindern. Damit liegt Indien deutlich vor armen afrikanischen Ländern, wo nach Angaben von UNICEF in

► **Tabelle 4** Soziale Indikatoren und Lebensstandard in Indien und 16 Staaten des indopazifischen Raums (zusammengefasst), 2022 und 2027 (Projektion)

	Indien 2022	Indo- pazifischer Raum 2022	Indien 2027	Indo- pazifischer Raum 2027
Ausgaben für Gesundheit in Prozent des BIP	3,2	6,3	3,5	6,1
Gesundheitsausgaben pro Kopf in US-Dollar	78	548	112	711
Kindersterblichkeit pro 1 000 Lebendgeburten	30,3	18,4	30,6	17,7
Personenwagen pro 1 000 Einwohner	29	122	36	150
Mobiltelefone pro 1 000 Einwohner	816	1 120	1 040	1 270
Median des Haushalts- einkommens in US-Dollar	6 690	18 480	9 040	23 030

Zum indopazifischen Raum gehören Australien, Volksrepublik China, Hongkong, Indien, Indonesien, Japan, Malaysia, Neuseeland, Pakistan, Philippinen, Singapur, Südkorea, Sri Lanka, Taiwan, Thailand, Vietnam.

Quelle: Economist Intelligence Unit: One-click report: India, 1. April 2024, S. 13f.

acht Ländern Raten der Kindersterblichkeit von über oder knapp unter 100 Todesfällen pro 1 000 Lebendgeburten zu beklagen sind. Weltweit sterben trotz deutlich gesunkener Zahlen noch immer 38 Kinder von 1 000 vor dem Erreichen des fünften Lebensjahres (Charbonneau 2024).

Wer in jüngster Zeit Indien besucht hat, wird nicht überrascht sein, dass die Zahl der Mobiltelefone in Indien bemerkenswert hoch ist. Schon heute verfügen mehr als 80 Prozent der indischen Bevölkerung über ein Mobiltelefon, und in drei Jahren soll es mehr Mobiltelefone als Einwohnerinnen und Einwohner geben.

3.4. Die Schwäche der Kongresspartei und der Ausgang der Wahl 2024

Ein Erbe der Kolonialzeit war die nur schwach ausgeprägte Parteienlandschaft. Jahrzehntlang konnte auch deshalb die Kongresspartei die indische Politik dominieren und das Land in einer Ein-Parteien-Herrschaft regieren. Sie duldet aber unter dem gemeinsamen Dach eine Vielzahl von spezifischen politischen Strömungen, etwa Sozialisten, Kommunisten oder hinduistische Gemeinderäte (Myrdal 1968: 262). Die Kongresspartei hat allerdings aus den überragenden Wahlergebnissen, die sie häufig erzielte, keine bis heute wirkende Machtposition entwickelt. Bereits zu Beginn des neuen Jahrtausends hatte sie durch die Nehru/Gandhi-Dynastie zwar noch einen gewissen royalen Glanz, war inhaltlich aber eine Partei, die auf bürokratische Verfahren setzte und sich der Bedienung der Interessen von Partikulargruppen widmete (Luce 2009: 354).

Die Kongresspartei organisierte sich seit den Parlamentswahlen von 2004 zusammen mit anderen Parteien in der *United Progressive Alliance* (UPA). Von 2004 bis 2014 bildeten die UPA-Parteien Koalitionsregierungen und stellten mit Manmohan Singh den Premierminister. Von der Wahlniederlage des Jahres 2014 hat sich die UPA lange nicht erholt: Seitdem wurde beispielsweise auf föderaler Ebene kein Ministerpräsident der Kongresspartei im Amt bestätigt (Sharma 2023), und auch die Wahlen auf Bundesebene 2019 und 2024 konnten nicht gewonnen werden.

Es fiel der UPA auch deshalb schwer, gegenüber der Regierungskoalition wieder an Boden zu gewinnen, weil es in der Oppositionsallianz keine charismatische Führungspersonlichkeit gab. Der Urenkel Nehrus, Rahul Gandhi, ist zwar im ganzen Land bekannt, aber er schaffte es bisher kaum, die Inderinnen und Inder in seinen Bann zu ziehen. Die Kongresspartei leidet zudem bis heute unter den Spätfolgen von Nehrus sozialistischer Politik, in der eine vermeintlich im übergeordneten Interesse agierende Bürokratie weitreichende wirtschaftspolitische Entscheidungen traf, die aber sehr wohl einige Gruppen in der indischen Gesellschaft begünstigten. Das Ergebnis dieser Politik der Kongresspartei war, dass die indische Volkswirtschaft nicht modernisiert wurde (Luce 2009: 199). Indische Wählerinnen und Wähler trauen der Kongresspartei seit den Wahlen des Jahres 2014 die Modernisierung der indischen Volkswirtschaft nicht mehr zu.

Lange galt die Kongresspartei und das von ihr geführte Bündnis als chaotisch organisiert und schien kurz vor der Implosion zu stehen. Zudem fehlte der Kongresspartei Beobachtern zufolge der unternehmerische Elan der BJP (Hein/

Schäfers 2023). Rahul Gandhi hatte den Ruf eines zahnlosen Politikers und konnte auch mit einem 3 500 Kilometer langen Fußmarsch vom Süden Indiens zum Himalaya, den er zwischen September 2022 und Januar 2023 absolvierte, seine Popularität nur wenig steigern. Im Januar 2023 lag die Kongresspartei Umfragen zufolge nur bei einem Wert von 22 Prozent, die BJP hingegen bei 39 Prozent (Chengappa 2023). Doch die vermeintlich trostlose Lage der Kongresspartei änderte nach der Parlamentswahl des Jahres 2024.

Als die Wahlergebnisse im Juni 2024 verkündet wurden, gab es offenbar zwei Gewinner. Amtsinhaber Modi wurde – wenn auch mit deutlich weniger Mandaten als erwartet – im Amt bestätigt, zugleich wirkte aber auch Oppositionsführer Rahul Gandhi gelöst und sehr zufrieden mit dem Ergebnis. Wie ist dieser Ausgang zu bewerten: Hat die Opposition oder die BJP die Wahl gewonnen?

Angesichts der langjährigen Stärke der von der BJP geführten *National Democratic Alliance* hatte auch die Opposition im Vorfeld der Wahlen versucht, sich geschlossener aufzustellen und im Juli des Jahres 2023 die *Indian National Developmental Inclusive Alliance* (INDIA) gegründet. Beteiligt waren 27 Oppositionsparteien unter Führung der Kongresspartei. Allein die Verwendung attraktiv klingender Begriffe wie „Inklusivität“, „Entwicklung“ oder „national“ scheint auf viele indische Wählerinnen und Wähler überzeugend gewirkt zu haben.

Ein wesentlicher Faktor für das gute Resultat der Opposition war ihr Erfolg im bevölkerungsreichsten, östlich von Neu-Delhi gelegenen Bundesstaat Uttar Pradesh. Dort waren 80 Sitze zu vergeben, und INDIA gewann 43 Mandate. Allein in Uttar Pradesh verlor die BJP 29 von vormals 62 Sitzen. Die geschickt konzipierte Allianz zwischen der in diesem Bundesstaat stark verankerten *Samajwadi*-Partei und der Kongresspartei machte diesen Erfolg möglich. Die *Samajwadi*-Partei stellte die Rechte der unteren Kasten und religiöser Minderheiten in den Vordergrund und schwächte damit die hindunationalistische BJP, zu deren Kernland der nordindische Bundesstaat eigentlich gehört.

Geschadet hat der BJP sowohl in Uttar Pradesh als auch in Rajasthan eine Kampagne des *Samajwadi*-Vorsitzenden Akhilesh Yadav, in der behauptet wurde, die BJP beabsichtige, die Sonderrechte der Unterprivilegierten zu beschneiden.²⁸ In sozialen Netzwerken erhob Yadav sogar den Vorwurf, die BJP beabsichtige die Unterprivilegierten als „ihre Sklaven“ zu halten.²⁹ Die Strategie der BJP wiederum zielte auf die Mobilisierung aller Hindus, die durch den starken Mann an der Spitze des Staates, die positive wirtschaftliche Entwicklung und religiösen Chauvinismus motiviert werden sollten, ihre Stimme

erneut für den jeweiligen BJP-Kandidaten abzugeben.³⁰ Doch die Partei musste schließlich erkennen, dass nicht alle Hindus sie automatisch unterstützen würden. Bei den Wahlen der Jahre 2014 und 2019 war es der BJP hingegen noch gelungen, die Stimmen der meisten Hindus zu gewinnen.³¹

Angesichts des überraschend guten Abschneidens der Opposition in Uttar Pradesh stellt sich die Frage, ob sie nicht auch in anderen Bundesstaaten, etwa in Andra Pradesh und Odisha, Bündnisse hätte schmieden sollen und damit einem Wahlsieg nahegekommen wäre (Pandey 2024). In diesen beiden Bundesstaaten wurden insgesamt 46 Sitze vergeben, von denen nur einer an die Kongresspartei ging.

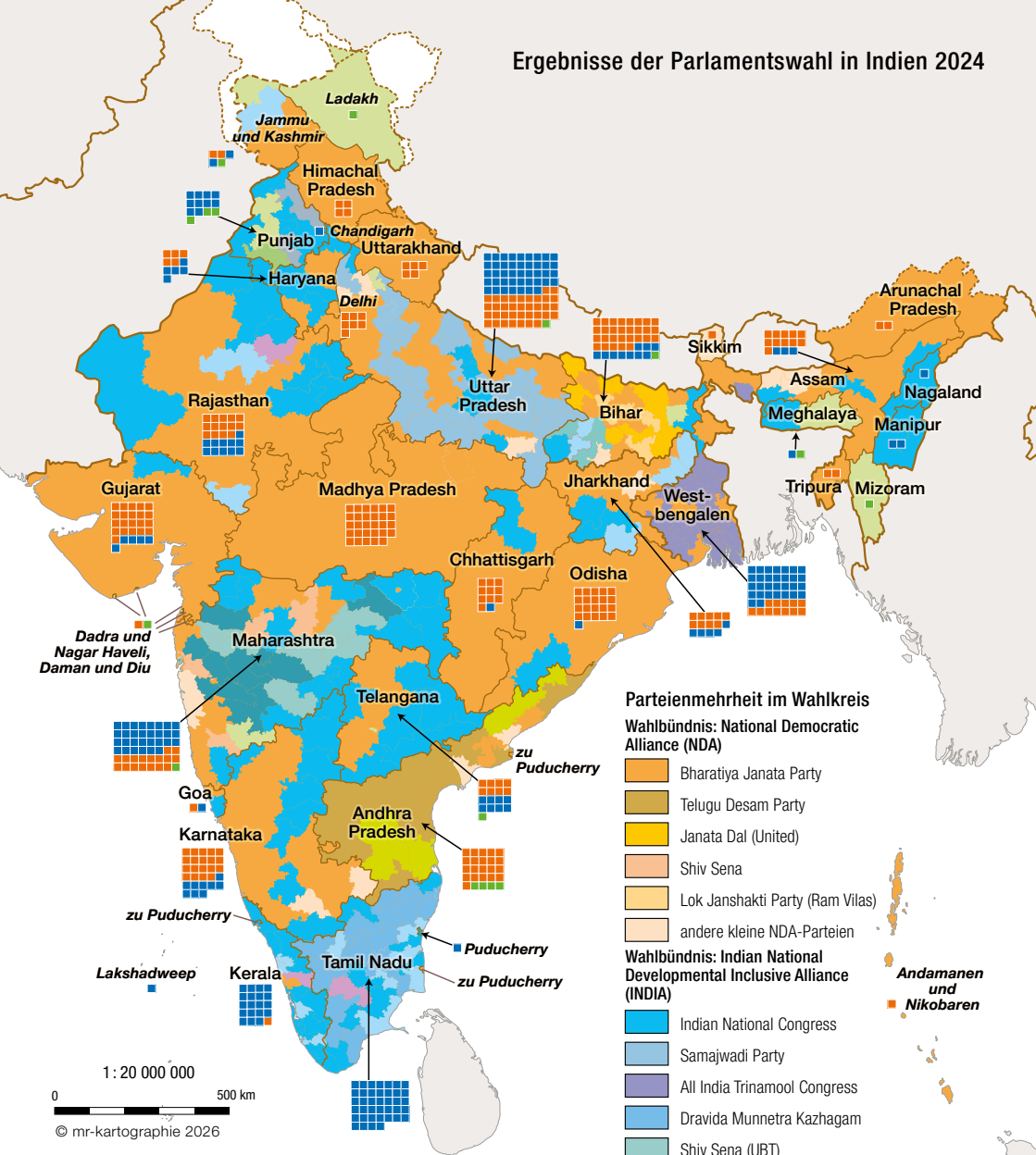
Insgesamt konnte die Kongresspartei die Zahl ihrer Sitze gegenüber der Wahl des Jahres 2019 von 52 auf 99 nahezu verdoppeln, während die BJP nur noch 240 Sitze errang. Im Jahr 2014 hatte die BJP 282 und im Jahr 2019 sogar 303 Sitze gewonnen. Die von der Kongresspartei geführte Allianz hat trotz des überraschend guten Wahlergebnisses mit zusammen 234 Sitzen weniger Mandate errungen als die BJP für sich allein. Von ihrer früheren Bedeutung ist die Kongresspartei also auch im Jahr 2024 noch ein ganzes Stück entfernt.

Premierminister Modi kann daher weiterregieren, wenn auch fortan erstmals zwei Koalitionspartner zum Erreichen der Mehrheit von 272 Stimmen notwendig sein werden. In der seit Juni 2024 amtierenden Regierung braucht er die Unterstützung von zwei Regionalpolitikern, Nitish Kumar aus dem armen nordöstlichen Bundesstaat Bihar und Chandrababu Naidu aus dem im Südosten Indiens gelegenen Andra Pradesh. Beide Politiker verstehen sich als säkular und stehen Modis hindunationalistischer und antimuslimischer Rhetorik mit Skepsis gegenüber, auch weil in beiden Bundesstaaten ein beachtlicher Teil der Bevölkerung muslimischen Glaubens ist.

Auf den ersten Blick hat es den Anschein, dass sich in der indischen Politik nur wenig ändern wird. Die wichtigsten Minister blieben in ihren Ämtern: Nirmala Sitharaman ist erneut Finanzministerin, Amit Shah Innenminister, Rajnath Singh behält das Verteidigungsministerium, Piyush Goyal bleibt Wirtschafts- und Handelsminister, und der streitbare Subrahmanyam Jaishankar wird Indien weiterhin als Außenminister vertreten.³² Premierminister Modi hat auch in den neuen 71-köpfigen Rat der Minister keine Person islamischen Glaubens berufen, obwohl die verschiedenen Regionen Indiens ebenso berücksichtigt wurden wie die unterschiedlichen Kasten (Shih/Mehrotra 2024).

Die Notwendigkeit, wichtige Maßnahmen mit den beiden Koalitionspartnern abzustimmen, wird die neue Regierung Modi wahrscheinlich daran

Ergebnisse der Parlamentswahl in Indien 2024



Parteienmehrheit im Wahlkreis

Wahlbündnis: National Democratic Alliance (NDA)

- Bharatiya Janata Party
- Telugu Desam Party
- Janata Dal (United)
- Shiv Sena
- Lok Janshakti Party (Ram Vilas)
- andere kleine NDA-Parteien

Wahlbündnis: Indian National Developmental Inclusive Alliance (INDIA)

- Indian National Congress
- Samajwadi Party
- All India Trinamool Congress
- Dravida Munnetra Kazhagam
- Shiv Sena (UBT)
- Nationalist Congress Party (SP)
- Communist Party of India (Marxist)
- Rashtriya Janata Dal
- Aam Aadmi Party
- andere kleine INDIA-Parteien

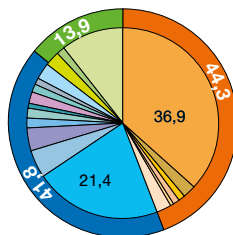
Sonstige (kein Wahlbündnis)

- YSR Congress Party
- Shiromani Akali Dal
- andere kleine regionale Parteien

Parlamentssitz eines Bundesstaates oder Unionsterritoriums

- Wahlbündnis: National Democratic Alliance (NDA)
- Wahlbündnis: Indian National Developmental Inclusive Alliance (INDIA)
- Sonstige (kein Wahlbündnis)

Stimmenanteile in %



hindern, kurzfristig radikale Reformen zu beschließen. Maßnahmen wie die abrupte Entwertung der 500- und 1000-Rupien-Banknoten im Jahr 2016 hätten mit den aktuellen Koalitionspartnern wahrscheinlich nicht ohne Weiteres beschlossen werden können. Es besteht also die Möglichkeit, dass die neue Regierung Modi weniger ideologisch und pragmatischer regieren wird.

Zugleich wird die neue Regierung auf die Unzufriedenheit eines Teils der Bevölkerung vermutlich reagieren müssen. Ein Faktor für das relativ schwache Abschneiden der BJP war, dass der ländliche Raum der Partei die Unterstützung teilweise entzogen hat. In den Städten hingegen schnitt die BJP vergleichsweise gut ab (Khanna 2024). Die Ursachen hierfür liegen in verschiedenen Bereichen. Zum einen hat die Regierung Modi den Anteil der Sozialausgaben an den gesamten Staatsausgaben reduziert (vgl. Abschnitt 3.3). Gerade im ländlichen Raum hat das offenbar Stimmen gekostet. Zum anderen hat die Regierung auch andere sozioökonomische Probleme der Bevölkerung vernachlässigt, etwa die hohe Arbeitslosigkeit und die Inflation, insbesondere bei Grundnahrungsmitteln.³³ Die BJP hat die wirtschaftlichen Sorgen der Ärmere unterschätzt. Insbesondere im Norden leben rund 450 Millionen Menschen, die mit Gelegenheitsjobs, geringfügiger Selbstständigkeit und Landwirtschaft für den Eigenverbrauch nur knapp über die Runden kommen.³⁴

Möglicherweise waren die Ziele des Regierungslagers auch zu ambitioniert: Die *National Democratic Alliance* (NDA) wollte mehr als 400 Sitze in der *Lok Sabha*, dem Unterhaus, gewinnen und hätte dann die indische Verfassung mit zwei Dritteln der Stimmen ändern können (Fähnders 2024b). Die Opposition argumentierte, die BJP strebe die Abschaffung der Sonderrechte für niedrige Kasten an, und fand damit nicht nur, wie erwähnt, in Uttar Pradesh Gehör bei den Wählerinnen und Wählern.³⁵ Vermutlich kennen nur wenige Inderinnen und Inder die Verfassung ihres Landes im Detail, aber es erscheint plausibel, ihnen eine verbreitete Skepsis gegenüber einer Veränderung der Verfassung zu unterstellen.

Über Zweifel erhaben sind die Leistungen der Wahlkommission (*Election Commission*), die die größten Wahlen der Welt organisieren muss, was auch technisch eine enorme Leistung ist. Die Kosten der Wahlen des Jahres 2024 wurden auf 16 Milliarden US-Dollar geschätzt und lagen damit über denen der Präsidentschaftswahlen in den Vereinigten Staaten im gleichen Jahr.³⁶ Nach den Einschätzungen von Wahlbeobachtern aus OECD-Ländern sind die Wahlen in Indien ähnlich gut organisiert wie in Industrieländern. Kaum jemand hat seit der Unabhängigkeit die Ergebnisse einer Wahl infrage gestellt (Luce 2009: 88). Trotz der Nutzung von elektronischen Medien zur Mobilisierung

von Wählerinnen und Wählern bleiben Wahlkämpfe in Indien von klassischen Kundgebungen geprägt. Vor den indischen Parlamentswahlen 2019 haben beispielsweise der amtierende Premierminister Narendra Modi und Oppositionsführer Rahul Gandhi während des offiziellen zweimonatigen Wahlkampfs jeweils rund 140 persönliche Kundgebungen abgehalten, das heißt mehr als zwei pro Kandidat und Kalendertag (Sheikh 2024).

3.5. Der politische Umgang mit dem indischen Kastenwesen

Ein Spezifikum des indischen politischen Systems ist die große Bedeutung von Wählerinnen und Wählern aus benachteiligten Kasten. Etwa die Hälfte der indischen Bevölkerung wird in der einen oder anderen Form einer niedrigen Kaste zugeordnet. Mehr als die Hälfte der Einwohnerinnen und Einwohner wird als Minderheit klassifiziert (Luce 2009: 123).

Der Begriff „Kaste“ bezieht sich auf zwei Konzepte, *varna* und *jati*. Jeder Inder und jede Inderin wird in eine von vier *varna*-Kasten hineingeboren, die den festgelegten, nicht veränderbaren sozialen Rang ausdrücken. Allerdings sind diese Hierarchien nicht landesweit identisch, sondern unterscheiden sich je nach Region, oft schon von Dorf zu Dorf (Kakar/Kakar 2006: 30). Im heutigen Sprachgebrauch ist jedoch zumeist das *jati*-System gemeint. Dieses regelt die Zugehörigkeit zu einer konkreten Kaste, die wiederum alltägliche Sozialbeziehungen und zum Beispiel auch Eheschließungen bestimmt. Oft sind die Kasten, von denen es in der heutigen Gesellschaft Indiens mehr als 3 000 gibt, auf den Beruf oder die Region bezogen.

Das Schicksal der derzeit etwa 240 Millionen „Unberührbaren“ in Indien war jahrhundertlang von Diskriminierung gekennzeichnet (Sivakumar 2013).³⁷ Die heute als *Dalits* („Die Unterdrückten“) bezeichneten Gruppen stehen außerhalb des *varna*-Systems und umfassen eine Reihe sogenannter unreiner Kasten, die in der Hierarchie der indischen Gesellschaft ganz unten standen. Lange reagierten Angehörige hoher Kasten mit Ekel und Abscheu, wenn sie auf einen *Dalit* trafen. *Dalits* wurde der Zugang zu Tempeln, Hotels und anderen öffentlichen Orten verweigert. Die Häuser der Unberührbaren lagen abgelegen vom Rest des Dorfes, die Kinder durften nicht die normale Dorfschule besuchen und die Frauen mussten sich eigene Brunnen graben, um das Wasser des allgemeinen Dorfbrunnens nicht zu verunreinigen (Kakar/Kakar 2006: 34). Heute sind die *Dalits* vor dem Gesetz gleichgestellt – die indische Verfassung, an

deren Ausarbeitung mit Bhimrao Ramji Ambedkar ein *Dalit* maßgeblich beteiligt war, verbietet die „Unberührbarkeit“. Die soziale Diskriminierung besteht jedoch fort.

Zur Minderung der Benachteiligung existiert in Indien das weltweit größte Programm zur positiven Diskriminierung (Lindner/Wolter 2024: 88). Etwa die Hälfte der Arbeitsplätze im öffentlichen Dienst ist für die Angehörigen von drei Gruppen reserviert: Neben den *Dalits*, in diesem Zusammenhang auch als *scheduled castes* bezeichnet, sind das die etwa 100 Millionen indigenen Menschen, die *Adivasis (scheduled tribes)*, sowie die übrigen sogenannten benachteiligten Klassen (*other backward classes*). In einigen Bundesstaaten, etwa Rajasthan, beträgt die Quote der für Benachteiligte reservierten Arbeitsplätze sogar zwei Drittel. Eine Auswahl nach Qualifikation findet nicht statt. Häufig werden diese Arbeitsplätze an den höchsten Bieter versteigert. Neben Arbeitsplätzen erhalten diese benachteiligten Gruppen unter anderem auch privilegierten Zugang zu Universitäten und Parlamentsmandaten.

Der Journalist Edward Luce nennt es das umfassendste System der Klientelwirtschaft weltweit (Luce 2009: 127). Tatsächlich gibt es im politischen System Indiens zahlreiche Parteien, die die Interessen der Benachteiligten vertreten. Diese haben häufig kein Parteiprogramm, sondern beschränken sich darauf, weitere Vergünstigungen für die von ihnen repräsentierten Gruppe zu fordern (Luce 2009: 127). Der Oberste Gerichtshof Indiens kritisierte bereits im Jahr 1992, dass es eine privilegierte Schicht unter den Benachteiligten gebe, die überproportional von den Zugangsquoten profitiere, und bezeichnete diese als „creamy layer“ (Sahneschicht) (Luce 2009: 341). Um sicherzustellen, dass nur wirklich benachteiligte Menschen gefördert werden, wurden in der Folge Familien mit einem Jahreseinkommen über einer bestimmten Grenze von der privilegierten Vergabe ausgeschlossen.

Bemerkenswert ist, dass mit K. R. Narayanan und Ram Nath Kovind bereits zwei *Dalits* Staatspräsidenten waren. Narayanan amtierte von 1997 bis 2002, Kovind von 2017 bis 2022. Kovind ist Mitglied der BJP, die mit seiner Wahl erstmals den Staatspräsidenten stellte.³⁸ Seine Nachfolgerin Draupadi Murmu wurde im Juni 2022 ebenfalls von der BJP als Kandidatin der *National Democratic Alliance* für das Amt der indischen Staatspräsidentin vorgeschlagen und gewann. Murmu ist gehört dem Volk der Santhal an, ist also Angehörige der indigenen Minderheit in Indien. An der Spitze des indischen Staates stehen seit dem Jahr 2017 somit Personen, die aus den benachteiligten Kreisen der indischen Gesellschaft stammen.

Mit diesen Personalentscheidungen versucht die BJP natürlich auch, wichtige Wählergruppen an sich zu binden. Immerhin stellt die Gruppe der *Dalits* gemäß Zensus des Jahres 2011 mehr als 16 Prozent der indischen Bevölkerung und ist damit größer als die Gruppe der Muslime, die etwa 14 Prozent der indischen Bevölkerung ausmachen. Die meisten *Dalits* leben in den nördlichen Bundesstaaten Uttar Pradesh, Westbengalen und Bihar (Sivakumar 2013), womit die Stärke der BJP im Norden Indiens auch auf das erfolgreiche Werben um Stimmen der *Dalits* zurückzuführen ist.

3.6. Die sinkende Erwerbsquote von Frauen und die fehlenden Mädchen

Die Rolle der Frauen in der indischen Gesellschaft ist für europäische Beobachter rätselhaft. Einerseits scheint die heutige indische Gesellschaft zumindest keine formale Diskriminierung wegen Geschlecht oder Kastenzugehörigkeit mehr zu kennen. Andererseits spielen religiöse Traditionen weiterhin eine große Rolle. Indien war und ist in den meisten Landesteilen eine patriarchale Gesellschaft, in der Frauen sich unterzuordnen haben und wenig Macht besitzen. Allerdings überlagert das Kastenwesen diese Ordnung: Die Kaste ist bedeutender als das Geschlecht. Eine Frau aus der höchsten der vier *varna*-Kasten, der Brahmanen, etwa genießt einen höheren Status als ein Mann aus einer niedrigen Kaste (Kakar/Kakar 2006: 46).

Vor gut 40 Jahren hat der Ökonom Amartya Sen sich mit der Rolle der Frauen in Indien beschäftigt. Er stellte fest, dass es einerseits viele Frauen in prominenten Positionen gebe und zum Beispiel Indira Gandhi die mächtigste politische Persönlichkeit seit der Unabhängigkeit gewesen sei. Andererseits sei die allgemeine Lage der Frauen in Indien seiner Meinung nach skandalös (Sen 1982).

Städtische, gebildete Inderinnen sind schon seit den 1940er-Jahren außerhalb des eigenen Hauses berufstätig. Seit den 1970er-Jahren sind qualifizierte Frauen aus Mittelschichtsfamilien häufiger berufstätig als zuvor. Verantwortlich für diese Veränderung sind zum einen die höhere Bildung, die Töchter aus wohlhabenderen Mittelschichtsfamilien genossen, und zum anderen das gestiegene Konsumniveau vieler indischer Familien und die damit einhergehende Notwendigkeit höherer Haushaltseinkommen (Kakar/Kakar 2006: 69).

Allerdings sprechen aktuelle Daten zur Erwerbstätigkeit von Frauen eine andere Sprache und nähren Zweifel am Grad der erreichten Gleichberechtigung. So

► **Tabelle 5** Erwerbstätigkeit von Frauen in Indien und ausgewählten Vergleichsländern, 1990 bis 2022 (Frauenerwerbsquote in Prozent)

Land	1990	2010	2022
Äthiopien	67	74	75
Bangladesch	26	31	38
VR China	73	64	61
Deutschland	45	53	56
Indien	28	29	24
Saudi-Arabien	14	19	28
Südkorea	47	50	55
Vietnam	75	72	69

Frauenerwerbsquote: Anteil erwerbstätiger Frauen an allen Frauen im erwerbsfähigen Alter, definiert als 15 Jahre und älter.

Quelle: Weltbank nach Daten der International Labour Organization, https://data.worldbank.org/indicator/SL.TLF.CACT.FE.ZS?locations=BD-IN-KR-DE-VN-CN-SA-ET&name_desc=true.

weist Indien im internationalen Vergleich eine außergewöhnlich geringe Frauenerwerbsquote auf. In Indien war diese Quote schon seit Langem relativ niedrig, aber sie ist weiter gefallen. So war im Jahr 2022 ein geringerer Anteil von Frauen erwerbstätig als im erzkonservativen Königreich Saudi-Arabien (Tabelle 5). Dort hat sich die Frauenerwerbsquote von 1990 bis 2022 von 14 auf 28 Prozent verdoppelt, was verwundert, weil Saudi-Arabien als traditionsbewusst und wenig fortschrittlich gilt. Erst im Jahr 2018 erlaubte der saudische Kronprinz Mohammed bin Salman Frauen, selbst Autos zu steuern (Specia 2019).

Ebenso bemerkenswert ist die mit 75 Prozent im Jahr 2022 sehr hohe Frauenerwerbsquote in Äthiopien, einem Land mit mehr als 110 Millionen Einwohnerinnen und Einwohnern und einer Pro-Kopf-Wirtschaftsleistung, die deutlich unter dem Niveau von Indien liegt: Im Jahr 2021 lag dieser Wert (kaufkraftbereinigt) bei 2 600 US-Dollar, in Indien bei 8 100 US-Dollar.³⁹ Auch in anderen ostasiatischen Volkswirtschaften, wie der Volksrepublik China, Vietnam oder Südkorea, lagen die Erwerbsquoten in den letzten drei Dekaden – trotz zum Teil leicht sinkender Zahlen – weit über den Werten für Indien. Im benachbarten Bangladesch, das bis 1947 ein Teil Indiens war, liegt die Quote

heute nicht nur deutlich höher als in Indien, sondern ist in den vergangenen drei Dekaden auch nennenswert gestiegen. In Deutschland schließlich hat sich die Frauenerwerbsquote in den letzten 32 Jahren auf 56 Prozent etwas erhöht, liegt aber keineswegs auf einem besonders hohen Niveau.

Die sinkende Erwerbstätigkeit von Frauen in Indien stellt viele Beobachter hingegen vor ein Rätsel: Warum arbeiten indische Frauen trotz des wirtschaftlichen Aufschwungs immer weniger? Warum gelingt es nicht, die vielen qualifizierten bis hochqualifizierten Frauen Indiens in Beschäftigung zu bringen oder in Beschäftigung zu halten? Warum ist Indien, das schon in den 1960er-Jahren eine weibliche Premierministerin hatte, in Bezug auf die Erwerbstätigkeit von Frauen so rückständig?

In der indischen öffentlichen Debatte ist das Thema Frauenerwerbstätigkeit sehr präsent. Firmen der verarbeitenden Industrie erklären immer häufiger, dass sie etwa die Dominanz von Männern im Management der Unternehmen überwinden und einen Pool von qualifizierten weiblichen Führungskräften aufbauen wollen. Die Firmen rekrutieren den Nachwuchs zumeist von den technischen Universitäten sowie den Managementinstituten des Landes.⁴⁰ Führende Unternehmen in den Bereichen Stahlherstellung, Zementproduktion, der Energieerzeugung und in der Automobilindustrie hatten angekündigt, im Rahmen der Einstellungsrunde des Jahres 2024 zwischen 30 und 50 Prozent Mitarbeiterinnen einstellen zu wollen (Bhattachariyya 2023).

Personalchefs indischer Unternehmen geben heute allerdings gleichzeitig zu Protokoll, dass sie diesbezüglich vor einem ungelösten Problem stehen. Ein leitender Mitarbeiter eines großen Softwareentwicklers in Südindien teilte im Gespräch mit, das Unternehmen stelle grundsätzlich hälftig Frauen ein.⁴¹ Nach drei Jahren allerdings hätten die Hälfte der Frauen das Unternehmen schon wieder verlassen. Die Motive seien unklar. Eine Vermutung lautet, dass weder hohe Alphabetisierungsraten von Frauen noch gestiegene Entscheidungsmacht ausreichen, um die Last kultureller Normen zu überwinden und das Rollenverständnis junger Frauen zu ändern (Kakar/Kakar 2006: 63). Allerdings sind die Unterschiede in den Frauenerwerbsquoten von Bundesstaat zu Bundesstaat beachtlich: Im südindischen Bundesstaat Tamil Nadu mit sehr viel verarbeitender Industrie arbeiten beispielsweise 43 Prozent sämtlicher Fabrikarbeiterinnen Indiens, obwohl der Anteil Tamil Nadus an der Gesamtbevölkerung nur fünf Prozent beträgt (Travelli 2024).

Einen weiteren Hinweis auf die Gründe der sinkenden Erwerbstätigkeit der indischen Frauen gibt Claudia Goldin, die im Jahr 2023 für ihre Arbeiten

zur wirtschaftlichen Rolle von Frauen und zur Entwicklung der Geschlechterungleichheit mit dem Preis der Schwedischen Reichsbank für Wirtschaftswissenschaften ausgezeichnet wurde. Goldin hatte analysiert, dass die Erwerbstätigkeit von Frauen historisch nicht kontinuierlich oder im Einklang mit dem Wirtschaftswachstum anstieg, sondern eine u-förmige Kurve bildet: Mit dem Bedeutungszuwachs der Industrie wird eine Gesellschaft zwar wohlhabender, aber zunächst sinkt die Erwerbstätigkeit von Frauen, bevor sie wieder ansteigt. Golding stellte fest, dass vor dem Aufkommen der Industrialisierung im 19. Jahrhundert Frauen eher an der Erwerbsarbeit beteiligt waren als später. Ein Grund für den anschließenden Rückgang war, dass es die Industrialisierung vielen verheirateten Frauen erschwerte, von zu Hause aus zu arbeiten und so Berufstätigkeit und familiäre Verpflichtungen zu vereinbaren. Goldin untersuchte für ihre Arbeit Daten von über 10000 weiblichen Haushaltsvorständen in der US-amerikanischen Großstadt Philadelphia des 18. Jahrhunderts und wies nach, dass in der von ihr untersuchten Gruppe vor der Industrialisierung etwa 60 Prozent der verheirateten Frauen erwerbstätig waren. Dieser Wert sank mit der zunehmenden Industrialisierung auf etwa zehn Prozent im Jahr 1910 ab, um bis heute wieder auf den Ausgangswert anzusteigen.⁴²

Auch in den USA insgesamt war die Frauenerwerbsquote phasenweise niedrig. Kurz nach dem Zweiten Weltkrieg, im Jahr 1948, lag sie bei 32 Prozent, auch weil aus dem Militärdienst zurückkehrenden Männern bei der Beschäftigung der Vorzug gegeben wurde. Die Erwerbsquote stieg bis zum Jahr 2000 auf den nahezu doppelten Wert, auf 59 Prozent, an (Li/Agarwal 2023). Mit einer erheblichen zeitlichen Verschiebung könnte heute in Indien das gleiche Phänomen des Rückgangs zu beobachten sein, das Goldin in den Vereinigten Staaten zwischen dem Ende des 18. und dem Beginn des 20. Jahrhunderts beobachtete. Neuesten Daten der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) zufolge war nach dem Ende der Coronapandemie ein nennenswerter Anstieg der Frauenerwerbsquote in Indien auf 33 Prozent im Jahr 2023 zu beobachten. In den ersten Monaten des Jahres 2024 ging die Erwerbsquote allerdings wieder leicht zurück.⁴³

Die Beschäftigung von Frauen in Indien wird aber nicht nur durch den Mangel an Arbeitsplätzen gedämpft, sondern auch durch die konservativen Präferenzen in der indischen Gesellschaft. Die Soziologin Maria Mies konstatierte vor gut 50 Jahren, im hinduistischen Glauben sei die Aufgabe der Frau noch immer die „Erzeugung von Nachkommenschaft, und zwar männlicher Nachkommenschaft“ (Mies 1973: 24). Nach der traditionellen hinduistischen

Lehre lebte ein Mann nur in den Söhnen fort. Frauen, die nur Töchter gebären, konnten seit ältester Zeit verstoßen werden (Mies 1973: 24f.). Im bekanntesten indischen Epos, *Mahabharata* („die große Geschichte der Bharatas“), wird eine Figur, Gandhari, als eine mit 100 Söhnen und nur einer Tochter gesegnete Mutter bezeichnet (Tong 2022a). Auch das religiöse Verbot der Wiederverheiratung von Witwen, das die britische Kolonialverwaltung schon im Jahr 1856 aufgehoben hatte, wurde als soziale Norm noch Jahrzehnte später angewendet und machte es Witwen schwer, sich gegen soziale Vorurteile durchzusetzen (Mies 1973: 30).

Es hat den Anschein, als ob im heutigen Indien noch nennenswerte Fragmente traditioneller sozialer Präferenzen das Leben von Frauen prägen. Die Bevorzugung männlicher Nachkommen hat in der Psyche indischer Frauen möglicherweise über Generationen hinweg Narben hinterlassen (Kakar/Kakar 2006: 47). Traditionelle Rollenbilder beeinflussen offenbar weiterhin die Identität von indischen Müttern, die die Sorge um den Nachwuchs als die erste Verpflichtung einer Frau betrachten. Weder Bildungsstatus noch eine anspruchsvolle Berufstätigkeit haben diese Präferenzen von Frauen verändert. Bei indischen Männern hingegen sind materielle Bedürfnisse, gesellschaftlicher Rang und die Erfüllung sexueller Begierden offenbar wichtiger geworden (Kakar/Kakar 2006: 70).

Es ist offensichtlich, dass es in Indien noch immer eine Präferenz für männliche Nachkommen gibt und dass weibliche Föten häufig abgetrieben werden (Mody 2023: 358). Vor 20 Jahren schätzten Beobachter, dass 50 Millionen Mädchen statistisch fehlen und einer gezielten Abtreibung zum Opfer gefallen sein müssten. Die niedrigen Kosten von Ultraschalluntersuchungen, die seit den frühen 1980er-Jahren verfügbar sind, und die ebenfalls niedrigen Kosten für eine seit dem Jahr 1971 legale Abtreibung haben zu dieser Entwicklung beigetragen (Luce 2009: 314). Zugespitzt formuliert: Bessere medizinische Versorgung, liberale Gesetzgebung und bescheidener Wohlstand haben die Selektion weiblicher Föten erst ermöglicht.

Auch die Daten zur Bevölkerungsstruktur des Jahres 2023 spiegeln die gezielten Abtreibungen deutlich wider. Bei den unter 14-Jährigen übersteigt die Zahl der Jungen die Zahl der Mädchen um knapp 18 Millionen (181,1 Millionen gegenüber 163,6 Millionen). In der Gruppe der 15- bis 64-Jährigen liegt die Zahl der Männer mit etwa 500 Millionen gut 30 Millionen über der Zahl der Frauen (467,6 Millionen). Bei den über 65-Jährigen übersteigt die Zahl der Frauen (52,1 Millionen) die der Männer (44,1 Millionen).⁴⁴

Nicht alle Religionsgruppen weisen die gleiche Ablehnung von Mädchen auf. Verantwortlich für den unverhältnismäßig hohen Anteil fehlender Mädchen sind neben Hindus auch Sikhs, Anhängerinnen und Anhänger einer im 15. Jahrhundert entstandenen monotheistischen Religion, die mehrheitlich in Indien beheimatet sind. Allerdings normalisierte sich in den vergangenen Jahren das Verhältnis von Jungen und Mädchen in allen Religionsgruppen. Das natürliche Verhältnis der Geschlechter liegt biologisch bedingt bei 105 Jungen zu 100 Mädchen. Bis 1970 entsprach das Verhältnis in Indien in etwa diesem weltweit relativ stabilen Wert, stieg dann aber bis zur Volkszählung von 2011 auf über 111 Jungen zu 100 Mädchen. In der jüngsten Erhebung des „National Family Health Survey (NFHS)“ aus den Jahren 2020 und 2021 wurde ein Wert von 108 Jungen zu 100 Mädchen gemessen (Tong 2022a). Im Jahr 2023 normalisierte sich das Verhältnis von Jungen und Mädchen weiter und betrug 107 zu 100.⁴⁵

Die Regierung Modi hat vom Jahr 2015 an versucht, mit der Kampagne „Save the girl child, educate the girl child“ („*Beti Bachao, Beti Padhao*“) den gesellschaftlichen Stellenwert von Töchtern zu steigern. Schon 20 Jahre zuvor war ein Gesetz zur pränatalen Diagnostik verabschiedet worden, das die Mitteilung, welches Geschlecht ein Fötus hat, unter Strafe stellte. Medizinisches Personal, das gegen dieses Gesetz verstößt, riskiert seither Geld- und Gefängnisstrafen (Tong 2022a).

Die Präferenz für Söhne und die Aversion gegen Töchter hat auch sozioökonomische Gründe. Töchter kosten Familien viel Geld, weil sie bei einer Heirat einen beachtlichen Teil des Familienvermögens in Form einer Mitgift mitnehmen (Kakar/Kakar 2006: 50). Vor 100 Jahren war es nur in wenigen Fällen üblich, eine Mitgift zu leisten. Im Jahr 1961 wurde die Zahlung einer Mitgift sogar gesetzlich untersagt. Heute ist sie hingegen in allen Regionen des Landes, allen Religionen und sämtlichen Kasten üblich. Zwar war eine Mitgift traditionell eine freiwillige Gabe der Eltern der Braut zum Zeitpunkt der Hochzeit, aber heute wird eine ansehnliche Summe vielfach erwartet und gilt als Preis für die Zustimmung zur Heirat durch die Familie des Bräutigams. Die Eltern einer Tochter wiederum sehen sich dazu verpflichtet, um ihre Tochter in einer sozial gewünschten Familie zu verheiraten (Tong 2022b). Ein aus dem heutigen Sprachgebrauch weitgehend verschwundenes indisches Sprichwort spitzt diese sozioökonomische Dimension zu: Geld für eine Tochter auszugeben, ist wie die Blumen im Garten des Nachbarn zu gießen (Lindner/Wolter 2024: 260).

Als Kostenfaktor gelten Töchter auch, weil sie den elterlichen Haushalt in jungen Jahren verlassen. So tragen sie zudem zu keinem Zeitpunkt wesentlich

zum Familieneinkommen bei und sind auch für die Versorgung der eigenen Eltern im Alter schwieriger verfügbar. Während von Söhnen erwartet wird, dass sie nach der Eheschließung weiterhin im Elternhaus wohnen, ziehen Töchter üblicherweise in das Haus des Ehemanns ein. Im Alter erwarten die Eltern des Ehemanns, dass sich die im gleichen Haushalt wohnende Schwiegertochter um die Pflege kümmert (Tong 2022a). Mit anderen Worten: Söhne sind billiger als Töchter und im Alter nützlicher.

Allerdings schwindet der Vorteil von männlichen Nachkommen, wenn alle Mitglieder der gleichen Religionsgruppe den gleichen Weg gehen: Dann fehlen mögliche Ehefrauen – und auch die Pflege im Alter durch die Schwiegertochter entfällt. Sehr ausgeprägt ist dieses Problem bei den Sikhs, die zeitweilig 130 Jungen pro 100 Mädchen verzeichneten. Zwar machen Sikhs nur 1,7 Prozent der indischen Bevölkerung aus, aber ihr Anteil an den fehlenden Mädchen zwischen dem Jahr 2000 und 2019 betrug fast fünf Prozent (Tong 2022a).

3.7. Die konservative indische Gesellschaft

Eindeutig ist, dass Indien trotz aller Modernität eine konservative Gesellschaft ist. Dies gilt auch in Hinblick auf Empfängnisverhütung: Mahatma Gandhi war ein strikter Gegner von Verhütungsmaßnahmen und setzte, anders als Nehru, auf Enthaltsamkeit (Luce 2009: 351f.). Damit war die Erwartung verbunden, Langlebigkeit, Kreativität und körperliche sowie geistige Vitalität zu fördern. Das Zölibat sollte der Umwandlung von sexueller in spirituelle Macht dienen. Gandhi praktizierte diese Form der Askese, war aber keineswegs eine Ausnahme in der indischen Gesellschaft (Kakar/Kakar 2006: 89).

Gandhis konservative, puritanische Haltung ist in Indien bis heute verbreitet. Zwischen den alten, von sexueller Freizügigkeit geprägten Welten, wie sie in altindischen Texten wie dem *Kamasutra* (verfasst zwischen dem 3. und 5. Jahrhundert n. Chr.) beschrieben wurden, und der heutigen indischen Gesellschaft liegen Jahrhunderte. Bis in die 1990er-Jahre wurden in Bollywood-Filmen nur selten Küsse gezeigt (Kakar/Kakar 2006: 86), wobei es kein gesetzliches Verbot in dieser Hinsicht gab. Stattdessen wurden intime Momente auf kreative Weise dargestellt, etwa indem sich zwei Blumen berührten. In konservativen indischen Familien trifft auch heute noch ungehörliches Verhalten einer Tochter – und dazu gehören ein schamloser Blick, lautes Gelächter, das Anlehnen an eine Wand oder Säule – auf offene Missbilligung (Kakar/Kakar 2006: 58).



Wählerinnen und Wähler in getrennten Schlangen während der dritten Phase der indischen Parlamentswahlen vor dem Wahlbüro in Guwahati im Bundesstaat Assam, 7. Mai 2024

Auch ist im heutigen Indien die arrangierte Ehe sehr verbreitet – und nicht die Liebesheirat. Zwar wurde die Liebesheirat im *Kamasutra* als die höchste Form der Verbindung zwischen zwei Menschen propagiert (Kakar/Kakar 2006: 65), bei der Präferenz für arrangierte Ehen handelte es sich dennoch um eine historische Konstante in der indischen Gesellschaft. Allerdings wandelt sich das Profil bevorzugter Partner: Moderne indische Frauen legen auf die Persönlichkeit des Bräutigams größeren Wert als auf dessen Kaste und den Status der Familie des Mannes. Verbreitet ist heute offenbar eine Vetomöglichkeit der Braut, die davon auch mehrfach Gebrauch machen kann. An Bedeutung gewonnen hat indessen die Mitgift infolge der gestiegenen Konsumneigung indischer Familien (Kakar/Kakar 2006: 60).

In einer 2018 durchgeführten Umfrage unter mehr als 160 000 Haushalten gaben 93 Prozent der Verheirateten an, dass sie in einer arrangierten Ehe lebten. Nur drei Prozent haben aus Liebe geheiratet und weitere zwei Prozent bezeichneten ihre Ehe als „aus Liebe arrangiert“, was in der Regel bedeutet, dass die Beziehung von den Familien eingefädelt wurde und das Paar dann der Heirat zustimmte. Im Lauf der Zeit haben sich die Verhältnisse nur geringfügig geändert: 94 Prozent der über 80-Jährigen haben eine arrangierte Ehe geschlossen, und bei den jungen Paaren im Alter von über 20 Jahren sind es immer noch über 90 Prozent.⁴⁶

In ganz Indien dominiert die Vorstellung, dass eine Ehe die Verbindung zweier Familien und nicht in erster Linie die Verbindung von zwei Individuen ist. Da die Heirat auf den Status der gesamten Familie Auswirkungen hat, wird sie als zu wichtige Entscheidung betrachtet, um sie den Brautleuten allein zu überlassen. Die anhaltend hohe Verbreitung arrangierter Ehen belegt, dass junge Menschen dieses Verfahren offenbar nicht als Zumutung betrachten. Die Präferenz für arrangierte Ehen basiert also auf der Idee, dass Heiraten eine Familienangelegenheit ist, bei der Harmonie und gemeinsame Werte wichtiger sind als individuelle Wünsche und sexuelle Leidenschaft (Kakar/Kakar 2006: 64). Ein weiteres Argument für die arrangierte Ehe ist die damit verbundene Entlastung der künftigen Eheleute. Anders als in der Liebesheirat übernehmen die Eltern die Auswahl eines passenden Partners. Vor diesem Hintergrund erscheint es also plausibel anzunehmen, dass vonseiten der Familie von einer Frau bis heute erwartet wird, sich um die Erziehung der Kinder zu kümmern und die Berufstätigkeit aufzugeben.

Irritierend für europäische Beobachter ist auch, dass es beim Erbrecht geschlechtliche Diskriminierung gibt und zum für die einzelnen religiösen Gruppen unterschiedliche rechtliche Regelungen vorherrschen: Hindus, Jains, Buddhisten und Sikhs unterliegen dem Erbrecht der Hindus aus dem Jahr 1956, das ursprünglich Töchter von der Erbfolge ausschloss. Im Jahr 2005 wurde zwar eine geschlechterneutrale Bestimmung eingefügt, aber im indischen Familienalltag scheint es noch immer üblich zu sein, dass Töchter auf ihr Erbe verzichten (Tong 2022b). Muslime hingegen folgen dem von der Scharia geprägten Muslimischen Personenrecht (*Muslim Personal Law Application Act*) aus dem Jahr 1937. Söhne erhalten dort einen doppelt so hohen Anteil des gesamten Erbes wie Töchter. Christliche Familien dagegen unterliegen dem Indischen Nachfolgerecht (*Indian Succession Act*) aus dem Jahr 1925, das Söhne und Töchter gleich behandelt. Allerdings gibt es Ausnahmen, etwa bei der ethnischen Gruppe der Khasi im nordöstlichen Bundesstaat Meghalaya. Dort sind Söhne von der Erbfolge ausgeschlossen (Tong 2022b).

3.8. Herausforderungen für das indische Bildungssystem zwischen Alphabetisierung und Elitenausbildung

Wenngleich die indischen Universitäten, insbesondere die technischen Hochschulen, heute einen ausgezeichneten Ruf genießen, stand es um die Schulbildung lange schlecht. Amartya Sen beklagte dies vor 40 Jahren mit drastischen Worten:

„Die andere Seite der Medaille zeigt sich in der schockierenden Vernachlässigung der Grundschulbildung. Nach fünfunddreißig Jahren Unabhängigkeit sind nur miserable 36 Prozent der erwachsenen Inder des Lesens und Schreibens kundig. In diesem Land, das über nukleare Kapazitäten, ein gut entwickeltes wissenschaftliches Know-how und eine Hochschulbildungsquote verfügt, die vielleicht achtmal so hoch ist wie die Chinas, können fast zwei Drittel der Bürger schlicht nicht lesen und schreiben“ (Sen 1982, eigene Übersetzung).

Zahlreiche Beobachter geben dem indischen Schulsystem noch heute schlechte Noten, etwa der Ökonom Ashoka Mody, der es als miserabel bezeichnet. Indische Schülerinnen und Schüler würden schlechte Leistungen erbringen und seien kaum vorbereitet auf die Herausforderungen eines Studiums. In Hinblick auf die schlechte Qualität des Schulsystems gebe es auch keine regionalen Unterschiede: Auch in den wohlhabenderen südlichen Bundesstaaten, etwa Tamil Nadu, seien die Schulen schlecht (Mody 2023: 13).

Gewiss steht das indische Bildungssystem vor großen Herausforderungen. Allein die in den vergangenen Jahren drastisch gestiegene Zahl der Schülerinnen und Schüler war und ist nicht leicht zu bewältigen. Jeden Monat vollenden eine Million Inderinnen und Inder das 18. Lebensjahr. Die Hochschulen des Landes haben einen enormen Ausbau hinter sich: Während im Jahr 2001 nur 9 Millionen Menschen an indischen Hochschulen studierten, ist deren Zahl heute auf 43 Millionen Personen gewachsen und hat sich damit innerhalb von gut zwei Jahrzehnten nahezu verfünffacht. Seit dem Jahr 2014 wurden in Indien fast 400 neue Universitäten gegründet.⁴⁷ Die Steigerung der Qualität hat mit der Quantität nicht Schritt gehalten. Heute finden sich in Indien einige wenige exzellente Universitäten und sehr viel Mittelmaß.⁴⁸

Immerhin gibt es in ganz Indien seit etwa 30 Jahren ein Mittagessen für alle Schülerinnen und Schüler (Tomlinson 2013: 207). Aber nach wie vor kann ein Viertel der indischen Bevölkerung weder lesen noch schreiben. China hat diese



Unterprivilegierte Schülerinnen und Schüler erhalten kostenlosen Unterricht unterhalb einer Metrostation in Neu-Delhi, 3. September 2024

Marke schon vor 40 Jahren hinter sich gelassen. Etwa die Hälfte der indischen Eltern hat sich deshalb vom staatlichen Schulsystem verabschiedet und schickt ihre Kinder auf Privatschulen, was die Familienhaushalte natürlich stark belastet (Kristof 2023).

Zugleich war Indien in den vergangenen Jahrzehnten „Exporteur“ von hochqualifizierten Arbeitskräften. Indiens Softwareentwickler etwa genießen einen ausgezeichneten Ruf. Einige indische Spitzenuniversitäten lehnen einen größeren Anteil von Bewerberinnen und Bewerbern ab als die Eliteuniversitäten im Nordosten der USA.⁴⁹ Wie ist es also um das Bildungssystem Indiens bestellt? Können indische Schüler tatsächlich so wenig, wie es Ashoka Mody behauptet? Oder sind die indischen Schulen eher Schmieden für hochqualifizierten wissenschaftlichen Nachwuchs?

Diesen Fragen widmet sich Bernhard Krötz, der an der Universität Paderborn am Institut für Mathematik lehrt, in einem Podcast aus dem Jahr 2023. Darin betrachtet er die unterschiedlichen Anforderungen an deutsche und indische Schülerinnen und Schüler und kommt zum Ergebnis, dass indische Schüler den deutschen in Mathematik, Chemie und Physik haushoch überlegen sind.⁵⁰

Indische Schülerinnen und Schüler müssen in den letzten beiden Schuljahren, den Klassen 11 und 12, eine von drei Spezialisierungen wählen: Wissenschaft, Geisteswissenschaften oder Wirtschaft. Im Bereich Wissenschaft stehen sechs Stunden Mathematik, sechs Stunden Chemie, sechs Stunden Physik sowie als Wahlfach entweder Biologie oder Informatik, ebenfalls mit sechs Wochenstunden, im Stundenplan. Dazu kommen weitere sechs Stunden praktische Übungen – zwei in Physik, zwei in Chemie und zwei im Wahlfach. Zusammen mit den übrigen Lerneinheiten haben indische Schülerinnen und Schüler in der Oberstufe 40 Wochenstunden Unterricht. Viele von ihnen besuchen zusätzlich sogenannte *coaching centres*, wo sie bereits auf Universitätseingangsprüfungen vorbereitet werden.

Wer einen wissenschaftlich-technischen Studiengang belegen möchte, muss das *Joint Entrance Exam* (JEE) bewältigen, den gemeinsamen Eingangstest der 23 *Indian Institutes of Technology* (IITs), der 31 *National Institutes of Technology* (NITs) und der 25 *Indian Institutes of Information Technology* (IIITs). Jedes Jahr unterziehen sich 1,5 Millionen junge Inderinnen und Inder diesem Test, der früher *All India Engineering Entrance Examination* (AIEEE) hieß. Der Test ist ein zweistufiger, standardisierter und computergestützter Test für die Zulassung zu verschiedenen technischen Studiengängen in den Bereichen Ingenieurwesen, Architektur und Planung. Nur wer den ersten Teil, das *main exam* besteht, wird zum zweiten Teil zugelassen. Taschenrechner sind nicht erlaubt.⁵¹

Das Niveau dieser Eingangsprüfung ist nach Einschätzung des Mathematikers Krötz sehr hoch. In der Physik etwa müssen Kenntnisse nachgewiesen werden, die der Eingangsvorlesung zur Experimentalphysik an einer deutschen Universität entsprechen. Selbst am Ende des zweiten Studienjahres wären in Deutschland, so vermutet Krötz, nur wenige Studierende in der Lage, das indische Eingangsexamen zu bestehen. Die Ursache hierfür sieht er in der mathematischen Grundbildung an den deutschen Schulen: Die im Kernlehrplan des Jahres 2023 geforderten Kenntnisse für den Mathematikunterricht für die Sekundarstufe II an den Schulen des Landes Nordrhein-Westfalen seien ohne Ambition.

Zur Leistungsfähigkeit des Hochschulsystems trugen *Indian Institutes of Technology* (IITs) bei, die ein Erbe der Ära Nehru sind. In den 1950er- und frühen 1960er-Jahren wurden zunächst fünf dieser Hochschulen mit wissenschaftlich-technischem Profil gegründet und fast symmetrisch in unterschiedlichen Landesteilen angesiedelt: eines an der mittleren Westküste (Bombay, heute Mumbai), eines an der Südküste (Madras, heute Chennai), eines an



Schülerinnen und Schüler der Delhi Public School in Noida, Bundesstaat Uttar Pradesh, nach einer Mathematikprüfung der zehnten Klassen, 17. Februar 2026

der Nordostküste (Kharagpur) und zwei im Landesinnern (Delhi und Kanpur) (Choudhury et al. 2023: 11). Die Zahl der IITs ist bis heute auf 23 angewachsen.

Die USA haben vielen Absolventinnen und Absolventen dieser Hochschulen die Einwanderung ermöglicht (Luce 2009: 33). Die Vereinigten Staaten profitieren von diesem Import von Humankapital. Gerade im Silicon Valley spielen diese ausgewanderten Inderinnen und Inder eine wichtige Rolle (vgl. Abschnitt 6.2). Heute sind es aber nicht nur die Eliteuniversitäten, die Nachwuchs ausbilden. Jedes Jahr verlassen 1,5 Millionen Ingenieurinnen und Ingenieure die indischen Hochschulen. In Deutschland lautet der Vergleichswert 51 000 Personen mit einem Masterabschluss im Ingenieurwesen pro Jahr (Peer 2023).⁵² Setzt man die Zahl der Absolventen ins Verhältnis zur Bevölkerungszahl, ist der Unterschied nicht mehr so groß: In Indien kommen auf einen Absolventen eines Ingenieurstudiengangs 960 Einwohner, in Deutschland 1 630 Einwohner. Die reichere Volkswirtschaft Deutschland bildet aber dennoch weniger Ingenieure aus als das vergleichsweise arme Indien.

Indiens Hochschulbildungssektor war schon vor 40 Jahren groß, als Amartya Sen seinen kritischen Blick auf das indische Bildungssystem warf. Was die Zahl der an einer Hochschule eingeschriebenen Studentinnen und Studenten im Verhältnis zur Bevölkerung im Alter von 20 bis 42 Jahren betrifft, so lag Indien nicht nur weit vor allen anderen Ländern mit vergleichbarem

Einkommensniveau, sondern es gab tatsächlich kein Land mit einem auch nur doppelt so hohen Pro-Kopf-Einkommen, das nur annähernd die gleiche Hochschulbildungsquote wie Indien aufwies (Sen 1982).

Dass es weit überdurchschnittlich viele qualifizierte Hochschulabsolventinnen und -absolventen in Indien gibt, ist kein Widerspruch zu der Tatsache, dass das Bildungssystem des Landes es bis heute nicht schafft, den 265 Millionen Schülerinnen und Schülern verlässlich Lesen, Schreiben und Rechnen beizubringen. Die langjährige Orientierung an der Ausbildung von Eliten ist vermutlich ein Erbe der Kolonialzeit: Die Briten benötigten exzellentes Verwaltungspersonal und bildeten Spitzenkräfte aus, vernachlässigten aber die Bildung der breiten Masse.⁵³ Daran hat sich bis heute wenig geändert.

Nach den Wahlen des Jahres 2024 wirkte Premierminister Modi gedemütigt. Nachdem er gerade seine Mehrheit bei den Wahlen zum Unterhaus verloren hatte, war der selbstbewusste Politiker gezwungen, sich auf regionale Parteien zu stützen. Seine Koalition zeigte wenig Interesse an schwierigen Reformen. Einige Kommentatoren sprachen davon, dass der damals schon zehn Jahre amtierende Politiker den Höhepunkt seiner Karriere überschritten habe. Die Debatte über mögliche Nachfolger begann.

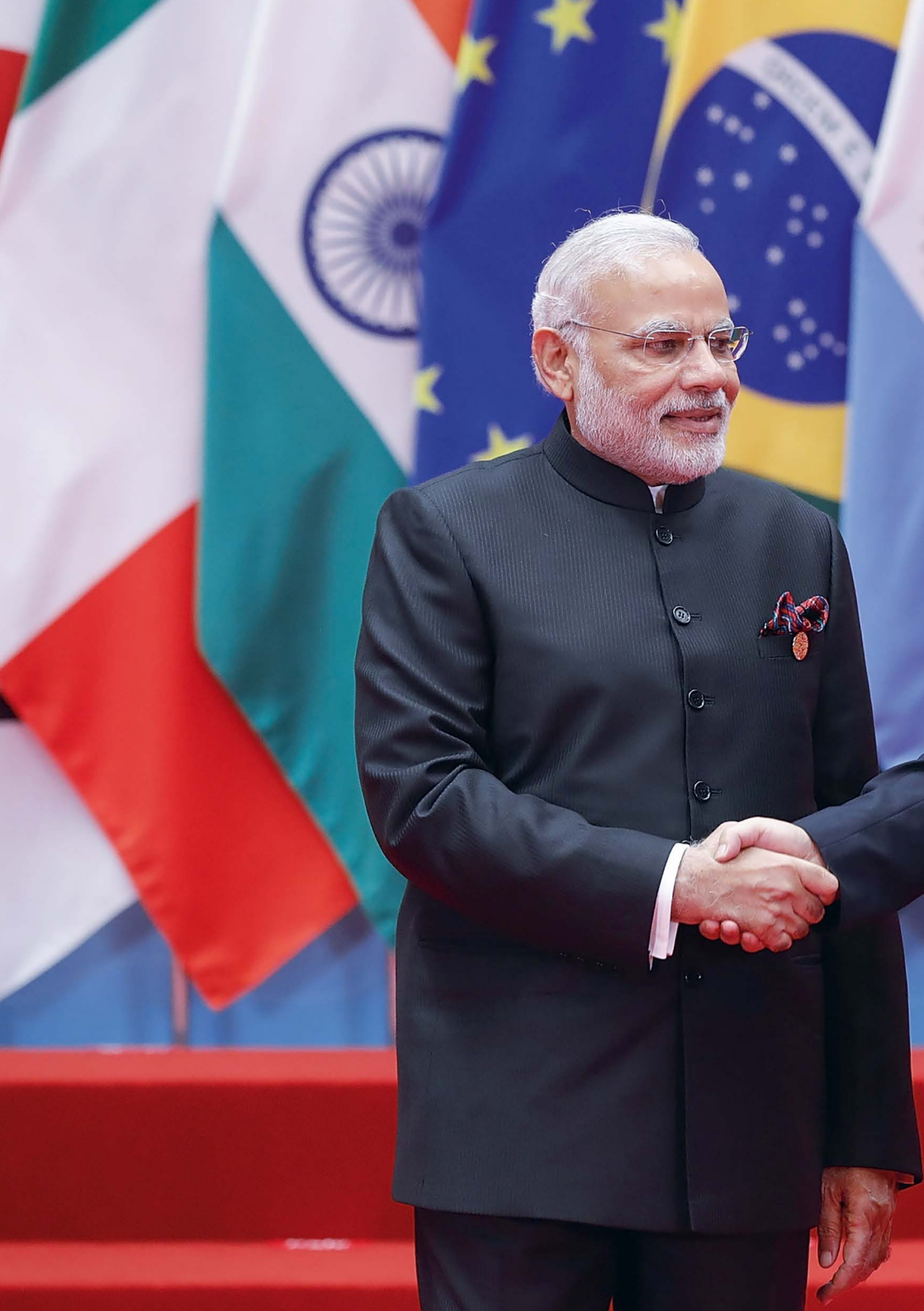
Anfang des Jahres 2026 sieht die Lage wieder ganz anders aus. Modis Koalition hat eine Reihe von Regionalwahlen gewonnen und die Opposition ist uneinig und schwach. Modis Regierung hat ihren Reformwillen wiederentdeckt: Im Jahr 2025 legte sie eine deutliche Vereinfachung des indischen Mehrwertsteuersystems vor. Wichtiger noch erscheinen die Reformen des noch aus den 1970er-Jahren stammenden, komplizierten Arbeitsrechts. Die Regierung Modi dereguliert die Atomindustrie, fördert den boomenden Elektroniksektor und schließt in rascher Folge Handelsabkommen. Die Freihandelszonen mit der Europäischen Union und den USA stellen einen massiven Liberalisierungssprung dar, auch wenn die Details beider Abkommen unmittelbar nach deren Verkündung zu Beginn des Jahres 2026 noch unklar sind. Die Wachstumsraten der indischen Wirtschaft übertreffen die Erwartungen.⁵⁴

Der 75-jährige Modi wird voraussichtlich im Jahr 2029 erneut kandidieren und eine vierte Amtszeit anstreben. Offenbar will er die Rekordamtszeit von Jawaharlal Nehru übertreffen. Dazu müsste er bis mindestens 2031 regieren. Die Neugestaltung der indischen Wirtschaft hat dabei in seiner dritten Amtszeit deutlich an Bedeutung gewonnen. Der Außenhandel wird stark liberalisiert, die Binnenwirtschaft dereguliert und das Ziel, Indien bis zum 100. Jahrestag

der Unabhängigkeit im Jahr 1947 zu einer entwickelten Volkswirtschaft zu machen, konsequent verfolgt.

Betrachtet man die Entwicklung der indischen Gesellschaft seit der Unabhängigkeit im Jahr 1947 liegt ein vorsichtig positives Resümee nahe. Die Menschen in Indien sind heute deutlich wohlhabender als zum Zeitpunkt der Unabhängigkeit. Sie können in Wahlen ihre politischen Präferenzen zum Ausdruck bringen und haben Zugang zu einer vergleichsweise liberalen Medienlandschaft. Fraglos ist die indische Gesellschaft auch im Jahr 2026 weit davon entfernt, allen Inderinnen und Indern Wohlstand, eine gute Gesundheitsversorgung und Zugang zu guten Bildungseinrichtungen zu ermöglichen. Aber es gibt Gründe für den verbreiteten Optimismus vieler Inderinnen und Inder. So stieg der Index menschlicher Entwicklung, der von den Vereinten Nationen erhoben wird, vom Jahr 1990 bis 2022 von 0,434 auf 0,644, was einer Veränderung von 48,4 Prozent entspricht.⁵⁵ Man kann auf Indien allerdings auch ganz anders blicken: Noch immer ist die Raumfahrtnation Indien nur auf Platz 134 der Rangliste zur menschlichen Entwicklung der Vereinten Nationen.

In der Außenpolitik zeigt sich der Aufstieg Indiens heute allerdings schon sehr deutlich. Die indische Regierung sieht ihr Land als wichtigen Akteur in den internationalen Beziehungen. Sie möchte im Konzert der großen Mächte eine wichtige Rolle spielen und scheut sich nicht, kontroverse Positionen zu beziehen, etwa im Russland-Ukraine-Krieg. Für die Länder der Europäischen Union ist der Ausbau der Beziehungen zu Indien zwar einerseits geboten. Andererseits trifft bei der konkreten Entwicklung vertiefter Beziehungen europäisches Sendungsbewusstsein auf wachsendes Selbstbewusstsein indischer Politiker. Die indische Außenpolitik steht im Mittelpunkt des nächsten Kapitels.





4. Indiens Außenpolitik und die Rivalität mit China

4. Indiens Außenpolitik und die Rivalität mit China

Die Außenpolitik Indiens ist durch die Konfrontation mit seinen Nachbarstaaten geprägt. Das seit der Teilung 1947 schwierige Verhältnis zu Pakistan bleibt angespannt. Im April 2025 führte ein von pakistanischen Staatsbürgern verübter Terrorangriff in Kaschmir zu einer Zuspitzung der politischen Lage. Drei Terroristen der militanten Gruppe Lashkar-e-Taiba hatten in der Nähe der Stadt Pahalgam im indisch verwalteten Teil Kaschmirs 26 Menschen erschossen. Wenige Tage nach dem Angriff kündigte Indien den Vertrag mit Pakistan zur Nutzung des Flusses Indus aus dem Jahr 1960. Islamabad wiederum zog sich aus dem Shimla-Abkommen von 1972 zurück, das darauf abzielte, Differenzen durch bilaterale Verhandlungen und friedliche Mittel beizulegen. Daraufhin startete Indien am 7. Mai 2025 Luft- und Raketenangriffe auf Einrichtungen, die es als „Terrorinfrastruktur in Pakistan und dem von Pakistan verwalteten Kaschmir“ bezeichnete (Farooquee 2025). Allerdings ebnete die militärische Konfrontation zwischen den beiden Atomstreitkräften rasch ab. Eine militärische Eskalation hin zu einem Atomkrieg wurde vermieden.

Der indische Außenminister Subrahmanyam Jaishankar, der Ende Mai 2025 Berlin besuchte, wies in einem Interview die Sorge europäischer Beobachter vor einer Eskalation des Konflikts hin zu einem Nuklearkrieg scharf zurück und stellte fest, dass das Risiko eines Atomkriegs in Europa sehr viel größer sei als in Südasien (Wyssuwa 2025). Der Konflikt hat die These der realistischen Schule der internationalen Politik bestätigt, dass zwischen Atommächten militärische Konflikte stets unterhalb der Schwelle des Einsatzes von Atombomben bleiben und dass das Gleichgewicht des Schreckens tatsächlich abschreckend wirkt. Dies erklärt sich aus dem Phänomen, das in den internationalen Beziehungen als Stabilitäts-Instabilitäts-Paradox bezeichnet wird: Da Atomwaffen die strategische Logik von Konflikten grundlegend verändern, können sie größere

Bild S. 148/149: Indiens Premierminister Narendra Modi mit dem chinesischen Präsidenten Xi Jinping beim G20-Gipfeltreffen in Hangzhou, 4. September 2016

Konflikte zwischen zwei nuklear bewaffneten Akteuren verhindern, während sie gleichzeitig die Zahl kleinerer Konflikte erhöhen (Margulies/Sullivan 2025).

Ebenfalls von anhaltender Schärfe geprägt, jedoch für die indische Außenpolitik ungleich bedeutender ist das Verhältnis zu China. Dessen Außenpolitik wird von einer Reihe von Akteuren im indopazifischen Raum als zunehmend aggressiv wahrgenommen. Von Ländern wie Australien und Indien wird dabei vermehrt Kritik an der hegemonialen Politik Peking's laut.

China versucht, mit der Entwicklung von Infrastrukturprojekten Einfluss in Indiens Nachbarschaft zu gewinnen. Indien wird daher in den kommenden Jahren versuchen, diesen Initiativen eigene Angebote entgegenzusetzen, und sich insbesondere in Sri Lanka, Nepal und Afghanistan engagieren. Allerdings übersteigt die chinesische Finanzkraft diejenige Indiens um ein Vielfaches. Zudem ist Indien im Vergleich zu China nicht nur finanzpolitisch schwach, sondern auch mit gelegentlich eigenwillig handelnden Akteuren in seiner Nachbarschaft konfrontiert.

Ein Fall, der die eingeschränkte politische Handlungsfähigkeit Indiens in dieser Hinsicht deutlich macht, ist der von China finanzierte Hafen Hambantota in Indiens südlichem Nachbarstaat Sri Lanka. Der von 2005 bis 2015 amtierende sri-lankische Präsident Mahinda Rajapaksa ließ in seiner Heimatregion an der Südküste Sri Lankas einen Hafen bauen, dessen kommerzieller Erfolg bereits vor Projektbeginn in Machbarkeitsstudien erheblich in Zweifel gezogen wurde. Tatsächlich ist der Hafen wirtschaftlich gescheitert: 2012 legten lediglich 34 Schiffe in Hambantota an, während im nur 200 Kilometer entfernten Hafen von Colombo im gleichen Jahr mehr als die hundertfache Zahl an Schiffen (3 667) festmachte. Mit einer Bevölkerung von gerade einmal 22 Millionen Menschen hätte Sri Lanka keinen zweiten großen Hafen gebraucht, da derjenige Colombos effizient arbeitete und zuletzt auch erweitert werden konnte. Im Jahr 2017 übernahm schließlich die China Merchants Group den Hafen in Hambantota, wodurch der Schiffsverkehr etwas anstieg und immerhin die Zahl von einem Frachtschiff pro Tag erreichte.¹

Von Anfang an schien Hambantota mehr zu sein als ein dem Güterumschlag dienender Hafen. Aus indischer Sicht war offensichtlich, dass es sich dabei um ein Projekt mit militärischen Risiken handelt. Die indische Regierung befürchtete, dass das hoch verschuldete Sri Lanka nicht nur die Nutzungsrechte am Hafen Hambantota an die Chinesen abgeben, sondern dass China mittelfristig dort einen Marinestützpunkt errichten könnte. Zwar hatte sich Sri Lanka beim Verkauf des Hafens im Dezember 2017 vertraglich abgesichert: Der Hafen

einschließlich des immerhin 6 000 Hektar umfassenden Geländes darf nur dann von China militärisch genutzt werden, wenn die Regierung in Colombo dies erlaubt (Abi-Habib 2018). Angesichts von Sri Lankas Schuldenkrise, die im Jahr 2022 das Land lähmte und bislang nicht vollständig gelöst werden konnte, könnte sich Peking durch einen teilweisen Schuldenerlass jedoch genau dieses Recht erkaufen.

4.1. Der Grenzkonflikt zwischen Indien und China als Spiegel der indisch-chinesischen Rivalität

Das außenpolitische Verhältnis zu China ist bereits seit langer Zeit von anhaltender Schärfe und Konkurrenz geprägt. Die völkerrechtswidrige Annexion Tibets durch China im Jahr 1951 führte dazu, dass China seitdem eine gemeinsame Grenze mit Indien hat (Chellaney 2023). Zuvor war die Grenze zwischen dem damals unabhängigen Tibet und Assam in Britisch-Indien am Ende der Shimla-Konferenz (Oktober 1913 bis Juli 1914) ausgehandelt worden. Die von den Briten festgelegte Grenze, die McMahon-Linie, benannt nach dem britischen Chefunterhändler Sir Henry McMahon, verläuft von der Ostgrenze Bhutans entlang des Himalaya-Kamms bis zur großen Biegung des Flusses Brahmaputra, wo dieser aus seinem tibetischen Lauf in das Assam-Tal mündet.

An der Konferenz von Shimla nahmen auch Delegierte der nationalchinesischen Regierung teil. Sie weigerten sich jedoch, das Abkommen über den Status und die Grenzen Tibets zu unterzeichnen, mit der Begründung, dass Tibet China untergeordnet sei und nicht die Befugnis habe, eigene Verträge zu schließen. Diese Position übernahm auch die spätere kommunistische Regierung Chinas, die bis heute die 1914 ausgehandelte Grenze nicht anerkennt und ein Territorium südlich der McMahon-Linie bis zum Fuß der Himalaya-Ausläufer beansprucht. Dieser Grenzstreit mit dem ab 1947 unabhängigen Indien führte zum Indisch-Chinesischen Krieg im Jahr 1962. Die chinesischen Streitkräfte besetzten dabei indisches Gebiet südlich der McMahon-Linie, zogen sich aber nach einem Waffenstillstand wieder zurück (Goldberg o. J.). Die Relevanz der chinesisch-indischen Grenze resultiert unter anderem aus den sieben mehr oder weniger bedeutenden Flüssen, die in der Grenzregion entspringen und Indien mit Wasser versorgen. Dazu gehören der 3 200 Kilometer lange Indus und der 2 900 Kilometer lange Brahmaputra (Lindner/Wolter 2024: 150).

Der chinesische Angriff im Jahr 1962 traf die indische Regierung völlig unvorbereitet. Premierminister Jawaharlal Nehru war schockiert: Der chinesische

Machthaber Mao Zedong hatte mit der Attacke in den menschenleeren Höhen des Himalaya Nehrus Ideale von brüderlicher Kooperation asiatischer Gesellschaften und seine Hoffnung auf eine friedliche, atomwaffenfreie Welt zerstört (Luce 2009: 267). Zwei Jahre später starb Nehru. Für Indien war es eine harsche realpolitische Lehrstunde. Das Land hat seitdem seine Militärausgaben kontinuierlich erhöht (Bhattacharjee 2024). In der indischen Gesellschaft und Politik bleibt die damalige Unterstützung des Landes durch die von Nikita Chruschtschow geführte UdSSR unvergessen und bildet die Basis der heutigen engen außenpolitischen Beziehungen zur Russischen Föderation. Möglicherweise hatte diese Erfahrung der Verletzlichkeit auch dazu beigetragen, dass Indien ab den späten 1960er-Jahren Nuklearwaffen entwickelte und im Jahr 1974 erstmals erfolgreich eine Atombombe zur Explosion brachte.

Zwischen den beiden bevölkerungsreichsten Staaten der Welt hat sich auf mehreren Ebenen ein struktureller Konflikt entwickelt. Indien und China ringen seit Jahren um die Festlegung des Grenzverlaufs in den Bergen des Himalaya, ohne dass eine Lösung des Streits erkennbar wäre: Nach wie vor stehen sich die Volksrepublik China und Indien entlang ihrer etwa 3 400 Kilometer langen gemeinsamen Grenze, die weitgehend durch nahezu unbewohnbares Gebiet führt, feindlich gegenüber. Im Westen verläuft die Grenze durch das indische Unionsterritorium Ladakh auf einer Höhe von 4 000 bis 6 100 Metern. Da es keine Zäune oder Stacheldraht zur Grenzziehung gibt, sind die je 60 000 Soldaten beider Nationen bei ihren Patrouillen entlang der sogenannten *Line of Actual Control* mit erheblichen Unsicherheiten konfrontiert (Bhattacharjee 2024).

Während der Grenzverlauf umstritten ist, gibt es für den Fall der Begegnung von Militärstreifen seit dem Jahr 1996 ein Regelwerk: Um eine Eskalation zu vermeiden, ist der Gebrauch von Schusswaffen beiden Seiten untersagt. Kommt es, wie im Jahr 2020 im Galwan-Tal, doch zu Konfrontationen, werden diese mit Fäusten oder mit primitiven Waffen ausgefochten. Die chinesische Seite soll bei diesem Konflikt mit Nägeln besetzte Stangen, die indischen Soldaten Eisenstangen verwendet haben.² Bei dem archaisch ausgetragenen Kampf im Galwan-Tal starben 20 indische und mindestens 4 chinesische Grenzposten. Schon zuvor, im Jahr 2017, war es zwischen den Grenztruppen auf dem Doklam-Plateau zu einem Konflikt gekommen, bei dem sich chinesische und indische Truppen einander gegenüberstanden (Bhattacharjee 2024). Immerhin wurden bis Juli 2024 in 21 Verhandlungsrunden zwischen hochrangigen

Militärs Pufferzonen für fünf der sieben problematischsten Brennpunkte an der chinesisch-indischen Grenze vereinbart.³

Die Gründe für die angespannte Lage an der chinesisch-indischen Grenze haben wenig mit dem unwirtlichen Grenzgebiet selbst und viel mit der außenpolitischen Rivalität der beiden Staaten zu tun. Chinas Strategie scheint es zu sein, durch die Perpetuierung des Konfliktes Indiens Streitkräfte teilweise zu binden und sie daran zu hindern, in anderen Nachbarländern Einfluss zu nehmen. Zum anderen ist in der Strategie Chinas wahrscheinlich eine Reaktion auf Indiens Teilnahme in gegen China gerichteten strategischen Allianzen wie dem *Quadrilateral Security Dialogue* (Quad) (vgl. Abschnitt 5.1) zu erkennen. Anders gesagt, sanktioniert Peking durch die Scharmützel im Himalaya Neu-Delhis sicherheitspolitische Neuorientierung hin zu den USA (vgl. insgesamt dazu Kapitel 5).

Dennoch stellt sich natürlich die Frage, warum die chinesische Regierung seit etwa dem Jahr 2018 jedwede diplomatische Zurückhaltung aufgegeben hat und andere Länder, auch Indien, verbalen Attacken aussetzt. Eine Erklärung für dieses Verhalten könnte sein, dass die aggressive Rhetorik dazu beitragen soll, die Macht der Kommunistischen Partei zu stabilisieren. Das Ausland wird den Chinesen durch ihre Regierung als gefährlich und feindselig präsentiert, und der von Generalsekretär Xi Jinping verordnete Rückzug in die Binnenwirtschaft und der Abschied vom Austausch mit anderen Gesellschaften werden so den eigenen Bürgerinnen und Bürgern als unvermeidlich dargestellt (Dieter 2021: 136).

Der Konflikt um Einfluss in der Himalaya-Region spiegelt aber auch das Ringen beider Staaten um Ressourcen wider. Es geht vor allem um Wasser. Im Hochland von Tibet entspringen zahlreiche für Indien und andere süd- und südostasiatische Länder bedeutende Flüsse: Indus, Brahmaputra, Salween, Mekong, Jangtsekiang und der Gelbe Fluss sowie einige Nebenflüsse des Ganges werden somit am Oberlauf von China kontrolliert. Etwa die Hälfte des in Tibet entspringenden Wassers fließt direkt nach Indien. Nach der Arktis und der Antarktis sind die Wasserreserven im Himalaya die drittgrößten der Welt. Tibet wird daher auch als der „Wasserturm Asiens“ bezeichnet (Chellaney 2013: 231).

Peking hat durch diese Situation enorme Einflussmöglichkeiten: Es kann ganze Flüsse umleiten und für eigene wirtschaftliche und politische Zwecke nutzbar machen (Chellaney 2013: 231). China hat in den vergangenen Jahrzehnten massiv in den Ausbau von Staudämmen investiert. Im Jahr 1949 gab es in China gerade einmal 22 größere Staudämme. Schon 2013 verfügte die

Volksrepublik gut 25 000 größere Staudämme – und damit etwas mehr als die Hälfte aller Staudämme weltweit. Auf Rang zwei der Länder mit größeren Staudämmen liegen die USA, die aber nur über etwa 5 500 Staudämme verfügen (Chellaney 2013: 233).⁴

Die Kontrolle über die Flussläufe ist ein Sachverhalt, der in den Debatten zum chinesisch-indischen Verhältnis häufig übersehen wird. Die „Wassersupermacht“ China grenzt an 14 andere Länder und teilt Flussläufe mit 13 dieser Staaten. Die von Wasser aus China abhängigen Staaten, darunter Indien, fürchten, dass Peking Wasser als Waffe in möglichen Konflikten einsetzen könnte (Chellaney 2013: 230). Insbesondere der Brahmaputra, für Inder ein heiliger Fluss, für China jedoch ebenso von großer Bedeutung, ist ein politisch sensibles Thema. Der Oberlauf des Brahmaputra, in China der Yarlung Tsangpo, stürzt bei Daduqia auf kurze Distanz nahezu 3 000 Meter in die Tiefe und hat eine Schlucht geschaffen, die doppelt so tief ist wie der amerikanische Grand Canyon. Bis zum Bau kleinerer Staustufen oberhalb des Brahmaputra Canyon war er einer der größten unregulierten Flüsse der Welt (Chellaney 2013: 235). Neben den vier bereits errichteten Staudämmen am oberen Brahmaputra plant China den Bau eines bisherige Dimensionen weit übertreffenden Staudamms. Während der Drei-Schluchten-Damm, bislang der größte Staudamm der Welt, eine Kapazität von 22 500 Megawatt hat, soll der Brahmaputra-Damm für eine Leistung von 60 Gigawatt (60 000 Megawatt) ausgelegt werden, also mehr als doppelt so viel wie der Drei-Schluchten-Damm oder so viel wie 50 Kernkraftwerke vom Typ des deutschen, mittlerweile abgeschalteten Reaktorblocks Biblis A (Sheik 2025).

Der Bau eines solchen fünften Staudamms am Brahmaputra wäre ein gravierender Eingriff mit unklaren ökologischen und ökonomischen Folgen. Es wird seit Jahren darüber spekuliert, dass China den gesamten Fluss umlenken könnte (Singh/Tembey 2020). Die chinesische Regierung behauptet dagegen, die Staudämme am Brahmaputra schützen Indien und Bangladesch vor Überschwemmungen. Zudem sei die aus China stammende Wassermenge relativ gering im Vergleich zu den erst in Indien dem Brahmaputra zufließenden Mengen (Lindner/Wolter 2024: 153).

Da China die Schaffung eines Streitschlichtungsmechanismus der Flussanrainer ablehnt und mit keinem einzigen Ko-Anrainerstaat ein Abkommen zur gemeinsamen Wassernutzung abgeschlossen hat, können Indien und andere Staaten nur ohnmächtig die in Peking getroffenen Entscheidungen zur Kenntnis nehmen (Chellaney 2013: 231, 236). Die Volksrepublik ist eines von

nur drei Ländern, die die im Jahr 1997 vorgelegte Gewässer-Konvention der Vereinten Nationen ablehnten (Chellaney 2013: 231f.). Während Peking in anderen Kontexten häufig multilaterale Konzepte begrüßt, etwa bei der Regulierung des Warenhandels, lehnt es die Zusammenarbeit mit anderen Staaten zur Regelung der Wassernutzung ab (Chellaney 2013: 232).

Die Bedrohung für Indien, aber auch für Bangladesch, ist offenkundig: Wenn die jährlichen Hochwasser ausblieben, weil China an den Oberläufen der Flüsse Staustufen baut, würde das ökologische Gleichgewicht an den Unterläufen der von China kontrollierten Flüsse erheblich gestört. Die alljährlichen Überflutungen sorgen bislang dafür, dass ausgelaugte Böden mit nährstoffreichem Schlamm angereichert werden. Insbesondere der Reisanbau würde vermutlich Schaden nehmen (Chellaney 2013: 239).

In den Jahren 2023 und 2024 zeigte sich die anhaltende Rivalität zwischen Indien und China sehr deutlich. Generalsekretär Xi nahm nicht persönlich am G20-Gipfel in Neu-Delhi im September 2023 teil, sondern schickte seinen Premierminister Li Qiang. Zudem ließ die chinesische Regierung den Posten des Botschafters in Indien 18 Monate unbesetzt und entsandte erst im Mai 2024 einen neuen Vertreter, Xu Feihong. Bis heute wurden die Direktflüge zwischen Indien und China, die im Jahr 2020 eingestellt worden waren, nicht wieder aufgenommen. Allerdings haben beide Regierungen im Juni 2025 angekündigt, direkte Flugverbindungen wiederaufnehmen zu wollen (Jamkhandikar/Zhang 2025).

Indien wiederum boykottierte wiederholt, zuletzt im Oktober des Jahres 2023, die Gipfeltreffen der chinesischen „Belt and Road Initiative“ (BRI), auch unter dem Namen „Neue Seidenstraße“ bekannt. Die Initiative zum Ausbau der Handelsinfrastruktur zwischen der Volksrepublik China und über 100 weiteren Ländern missfällt der indischen Regierung unter anderem auch deshalb, weil der umstrittene *China-Pakistan Economic Corridor* (CPEC), ein Teil der BRI, durch von Indien beanspruchte und von Pakistan besetzte Teile Kaschmirs führt.⁵

Immer wieder kommt es von chinesischer Seite zu gezielten Provokationen. Im Dezember des Jahres 2022 wurde eine chinesische Attacke auf den Grenzstaat Arunachal Pradesh von indischen Truppen abgewehrt. Peking bezeichnet Arunachal Pradesh als „Südtibet“. Indien war bei der Abwehr durch US-amerikanische Geheimdienstinformationen unterstützt worden (Chellaney 2023). Im Jahr 2023 veröffentlichte die Regierung der Volksrepublik eine Landkarte, in der die von Indien beanspruchten Gebiete Arunachal Pradesh und Aksai Chin als chinesisches Territorium ausgewiesen wurden (Fähnders 2023).

Während sogar der Regierungschef Pakistans, des Erzrivalen Indiens, Premierminister Shehbaz Sharif, Narendra Modi zu seinem dritten Wahlsieg im Juni 2024 gratulierte, sandte Xi Jinping keinen Glückwunsch, sondern überließ dies seinem Premierminister Li. Fünf Jahre zuvor hatte Xi Modi noch selbst zu seinem damaligen Wahlerfolg gratuliert (Shi 2024). Im Gegenzug nahm Premierminister Modi nicht an der jährlichen Konferenz der *Shanghai Cooperation Organisation* in der kasachischen Hauptstadt Astana teil, sondern sandte seinen Außenminister Jaishankar (Xie 2024).

Modis und Xis wechselseitige Versuche, die Bedeutung des jeweils anderen zu schmälern, mögen albern wirken, sie reflektieren aber reale außenpolitische Konflikte: Premierminister Modi sieht China als Rivalen, Generalsekretär Xi hingegen versucht, die Bedeutung Indiens in den internationalen Beziehungen abzuschwächen. Indien möchte ein von China dominiertes Asien verhindern (Chellenay 2023). Ebenso versucht Indien, durch die gleichzeitige Kooperation mit den USA und Russland Chinas Gewicht in den internationalen Beziehungen zu reduzieren.

4.2. Die wirtschaftliche Konkurrenz zwischen Indien und China

Die wirtschaftlichen Perspektiven Chinas und Indiens werden immer wieder miteinander verglichen, da es sich bei beiden um Schwellenländer handelt, die innerhalb von wenigen Jahrzehnten signifikant an weltwirtschaftlicher Bedeutung gewonnen haben.

Vor knapp 40 Jahren, im Jahr 1987, beschrieb die *New York Times* die Konkurrenz der beiden Länder als ein Rennen zwischen der indischen Schildkröte und dem chinesischen Hasen. In den 20 Jahren davor war die chinesische Wirtschaftsleistung um 60 Prozent schneller gewachsen als die indische. Die Lebenserwartung lag in China damals 13 Jahre über der indischen. Ob Indien überhaupt noch am Rennen teilnehme, fragte damals die *New York Times*?⁶ Tatsächlich hat die Volksrepublik China heute einen gewaltigen Entwicklungsvorsprung vor Indien. Historisch war dies anders: Von 1820 bis 1973 wies Indien meist eine höhere Pro-Kopf-Wirtschaftsleistung auf als China. Im Jahr 1949 betrug dieser Wert für Indien 619 Dollar pro Jahr, in China hingegen nur 439 Dollar. Im Jahr 1973 war die Pro-Kopf-Wirtschaftsleistung in beiden Volkswirtschaften nahezu gleich (839 Dollar in China, 853 in Indien). Im Jahr 1998 hatte sich die Wirtschaftsleistung in China bereits deutlich, auf

3 117 Dollar pro Kopf, gesteigert, während der Wert für Indien nur 1 746 Dollar betrug (Maddison 2001: 215).⁷ Im Jahr 2022 war die Pro-Kopf-Wirtschaftsleistung in der Volksrepublik China auf 12 720 US-Dollar gestiegen, während Indiens Wert etwa ein Sechstel davon betrug (2 410 US-Dollar). Der Vergleichswert für Deutschland lag im Jahr 2022 bei 48 718 US-Dollar, für die USA bei 76 329 US-Dollar.⁸

Beim Vergleich der beiden Länder zeigen sich historisch deutliche Unterschiede in der Organisation der öffentlichen Verwaltung. China nutzte schon früh ein landesweites System der Rekrutierung von Beamten, das ausschließlich auf Wettbewerb setzte und in dem selbst Bauern zu Mandarinen, also kaiserlichen Staatsbeamten, aufsteigen konnten, wenn sie Überdurchschnittliches leisteten. In Indien hingegen wurden bis zur Kolonisierung durch die Briten Posten in der Verwaltung vererbt, vorwiegend an Brahmanen der oberen Kaste (Luce 2009: 72). Heute haben sich die Rekrutierungsverfahren Chinas und Indiens angenähert. Auch Indien setzt inzwischen auf die rigorose Auswahl von Bewerbern. Im Jahr 2024 bewarben sich 1,1 Millionen Menschen auf eine Stelle in der höchsten Ebene des öffentlichen Dienstes in Indien, aber nur 0,2 Prozent der Bewerber wurden eingestellt. In China lag die entsprechende Einstellungsquote mit 1,5 Prozent höher, aber auch dort wurden 98,5 Prozent der Bewerber abgewiesen.⁹

Gegenwärtig liegt China bei der Wirtschaftsleistung und anderen volkswirtschaftlichen Indikatoren also noch immer weit vor Indien, aber die Perspektiven haben sich geändert. Die von der Kommunistischen Partei in China gesteuerte wirtschaftliche Entwicklung könnte sich als ein Strohfeuer erweisen, da mehrere Indikatoren die Nachhaltigkeit des Wachstums stark infrage stellen. So trüben die größte Immobilienpreisblase der Geschichte, die hohe Verschuldung der Gebietskörperschaften und die durch die unter Deng Xiaoping 1979 eingeführte und 2015 zurückgenommene „Ein-Kind-Politik“ verursachten demografischen Probleme die wirtschaftlichen Aussichten Chinas deutlich ein (Dieter 2023). Der US-amerikanische Politikwissenschaftler Joseph Nye warnte schon Anfang des Jahres 2023, es sei ebenso gefährlich, die chinesische Macht zu überschätzen, wie sie zu unterschätzen, und meinte zugleich, China habe den Zenit seiner Entwicklung möglicherweise bereits erreicht (Nye 2023a).

Die *New York Times* orakelte in dem Artikel von 1987, dass die demokratische Schildkröte eines Tages den totalitären Hasen überholen könnte.¹⁰ Dieser Zeitpunkt scheint nun rasch näher zu rücken. Das indische Modell gewinnt allmählich an Strahlkraft. Indien ist eine Demokratie, hat eine junge, zum Teil

sehr gut ausgebildete Bevölkerung und zieht auch ausländische Unternehmen in zunehmendem Maße an. Auch der von den USA angeführte Handelskrieg könnte sich für Indien als vorteilhaft erweisen: Deutsche Unternehmen setzen gemäß einer Befragung vom Juni 2025 zunehmend auf Indien als Produktionsstandort. Während derzeit nur knapp über 30 Prozent der in Indien tätigen Firmen dort für den lokalen Markt und andere Länder der Region produzieren, wollen dies bis zum Jahr 2030 knapp 60 Prozent der befragten Unternehmen tun (Peer 2025).

Indien ist China vor allem im Dienstleistungshandel voraus. Aus indischer Sicht ist es dabei vorteilhaft, dass handelbare Dienstleistungen in den internationalen Wirtschaftsbeziehungen an Bedeutung gewinnen. Die Nachfrage nach Dienstleistungen wird in den kommenden Jahren vermutlich stärker steigen als die Nachfrage nach Gütern, bei deren Produktion China nach wie vor große Wettbewerbsvorteile hat. Für Indien und gegen China spricht, dass von indischen Anbietern von Dienstleistungen eher die Einhaltung von datenschutzrechtlichen Regulierungen erwartet wird als von chinesischen Konkurrenten (Langhammer 2023).

Vor einem Vierteljahrhundert war die indische Industrie insbesondere im Vergleich zur chinesischen stark im Rückstand. Während in China im Jahr 2008 mehr als 100 Millionen Personen in der verarbeitenden Industrie arbeiteten, waren es in Indien gerade einmal sieben Millionen (Luce 2009: 49). Auch heute ist Indiens verarbeitende Industrie relativ schwach (vgl. Abschnitt 6.1). Dennoch ist Chinas zentral gesteuerte Wirtschaft gegenüber Indien mit seinen Millionen Privatunternehmen im Nachteil: Indiens individualistischer Kapitalismus könnte sich langfristig als robuster gegenüber Chinas Staatswirtschaft erweisen. Die Zeitschrift *The Economist* prognostizierte schon vor knapp 15 Jahren, dass Chinas Unternehmen zwar unter weiser Führung der Regierung prosperieren würden. Schlechte Herrscher hingegen könnten in China viel mehr Schaden anrichten als in Indien, weil ihre Macht so viel größer sei: „Sollte, was Gott bewahren möge, ein anderer Mao die Zügel in die Hand nehmen, gäbe es keinen Mechanismus, um ihn loszuwerden.“¹¹

Unter Generalsekretär Xi Jinping, der Mao immer als sein Vorbild bezeichnete, wendet sich China von seinem etwa 40 Jahre lang angewandten wirtschaftspolitischen Konzept ab. Einer von Xis Vorgängern, Deng Xiaoping, hatte Ende der 1970er-Jahre eine doppelte Liberalisierung verkündet: Zum einen erlaubte die Kommunistische Partei fortan die Tätigkeit von Privatunternehmen, zum anderen setzte sie auf die Liberalisierung des Außenhandels. Xi

hingegen verfolgt heute einen merkantilistischen, nach innen gerichteten Ansatz. Die Gründe hierfür sind vielfältig. Das gestiegene Lohnniveau etwa hat zur sinkenden Wettbewerbsfähigkeit des verarbeitenden Gewerbes in China beigetragen. Seit dem Jahr 2000 sind die Löhne in der Industrie je nach Berechnungsweise um das bis zu Neunfache gestiegen. Allein zwischen 2013 und 2022 haben sich die Stundenlöhne in der verarbeitenden Industrie verdoppelt und liegen bei durchschnittlich 8,27 US-Dollar. Damit überstiegen sie deutlich die Löhne, die im Jahr 2022 in den verarbeitenden Industrien Indiens, Malaysias, der Philippinen, Thailands und Vietnams gezahlt wurden. Dort lagen die Stundenlöhne zwischen zwei und drei US-Dollar.¹²

Die inzwischen hohen Löhne sind zwar für die chinesischen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer von Vorteil, haben aber die Wettbewerbsfähigkeit des verarbeitenden Gewerbes in China beeinträchtigt. In absehbarer Zeit werden die Löhne auch nicht sinken, da die Zahl der Arbeitskräfte deutlich abnimmt. Im Jahr 2011 erreichte die Zahl der Erwerbspersonen in China mit 940,5 Millionen Menschen ihren Höchststand, 2015 war die Zahl bereits um fast 30 Millionen auf 911 Millionen gesunken. Das chinesische Ministerium für Humankapital und soziale Angelegenheiten prognostiziert einen weiteren Rückgang der Erwerbsbevölkerung auf 830 Millionen im Jahr 2030 und 700 Millionen im Jahr 2050, wobei die Erwerbsbevölkerung ab 2030 jedes Jahr um 7,6 Millionen sinken soll. Im Gegensatz dazu werden die USA ihr Erwerbspersonenpotenzial im gleichen Zeitraum von 157 Millionen (2015) auf 186 Millionen erhöhen (Lynch 2019: 453).

Chinas Antwort auf den Arbeitskräfterrückgang ist ein verstärkter Einsatz von Robotern in der Fertigung: Ihre Zahl ist von 50000 im Jahr 2010 auf 800000 im Jahr 2020 angestiegen.¹³ Trotzdem haben steigende Löhne und ein Rückgang der Zahl der Arbeitskräfte zur Folge, dass die industrielle Produktion in China für global agierende Unternehmen nicht mehr so attraktiv ist wie noch vor einigen Jahren. Überspitzt formuliert: Die robotergestützte Produktion kann auch in anderen Volkswirtschaften stattfinden. In China könnte eine Steigerung der Produktivität das Problem der nachlassenden Attraktivität des Produktionsstandortes lösen, aber überraschenderweise verharret die Produktivität auf niedrigem Niveau: Nach Angaben der Weltbank hat sich die Produktivität in der verarbeitenden Industrie nur sehr schwach entwickelt und ist seit 2008 um nur 1,1 Prozent pro Jahr gestiegen.¹⁴

Diese skizzierten Prozesse dürften letztlich sowohl zu einer Renaissance der industriellen Produktion in einigen europäischen Ländern als auch zu einer

Verlagerung von China in andere asiatische Volkswirtschaften, insbesondere Indien und Vietnam, führen (Book et al. 2021). In den letzten Jahren wurden auch die Vereinigten Staaten als Produktionsstandort attraktiver, weil dort preiswerte Energie zur Verfügung steht und die Regierung Trump seit dem Jahr 2025 eine merkantilistische Politik zum Schutz der US-amerikanischen verarbeitenden Industrie betreibt. Die beiden geopolitischen Rivalen China und USA setzen beide auf eine Politik der Erschwerung von Importen, was die Frage nach der Attraktivität dieser Staaten als wirtschaftliche Partnerländer aufwirft.

Dieser Trend wird durch Chinas Außenwirtschaftspolitik verstärkt. Peking verprellt seine Partner, auch in Entwicklungs- und Schwellenländern. Angesichts der schwachen inländischen Nachfrage aufgrund des stark erschütterten Vertrauens der chinesischen Verbraucher sieht Staats- und Parteichef Xi Jinping das wirtschaftliche Heil seines Landes im Export. Im Jahr 2024 erreichte der Handelsbilanzüberschuss Chinas den neuen Rekordwert von 993 Milliarden US-Dollar. Im Jahr 2018 hatte dieser Wert noch bei 367 Milliarden US-Dollar gelegen. Für den Anstieg sind allerdings weniger die nur moderat gestiegenen Exporte Chinas in die USA verantwortlich, sondern die stark gestiegenen Überschüsse Chinas im Handel mit Entwicklungs- und Schwellenländern. Im Jahr 2018 erwirtschaftete die Volksrepublik im Handel mit afrikanischen, asiatischen und lateinamerikanischen Volkswirtschaften einen Handelsbilanzüberschuss von 204 Milliarden US-Dollar, der im Jahr 2024 auf 505 Milliarden US-Dollar wuchs. In den ersten fünf Monaten des Jahres 2025 sind Chinas Exporte gegenüber dem gleichen Zeitraum des Jahres 2024 von 1 400 Milliarden auf 1 487 Milliarden US-Dollar gestiegen, während die Importe von 1 063 Milliarden auf 1 012 Milliarden US-Dollar zurückgingen. Von Januar bis Mai 2025 stieg der Überschuss in der chinesischen Handelsbilanz um etwas über 40 Prozent an.¹⁵

Ein Nutznießer dieser sinkenden Offenheit Chinas für Importe könnte Indien sein, das seit Jahren steigende Importüberschüsse aufweist und im Jahr 2024 ein Handelsbilanzdefizit von 266 Milliarden US-Dollar erwirtschaftete. Indien, das 2026 voraussichtlich die viertgrößte Volkswirtschaft der Welt sein wird, hat anderen Entwicklungs- und Schwellenländern mittelfristig möglicherweise ein attraktiveres Angebot zu machen als das nach Autarkie strebende China. Schon heute speist sich das indische Wachstum wesentlich aus dem Anstieg der Produktivität der Produktionsfaktoren (*total factor productivity*), der zwischen 2007 und 2022 um jährlich 1,3 Prozent ausmachte und damit höher war als zwischen 1990 und 2006, als die Produktivität mit einer

Jahresrate von 0,9 Prozent anstieg. Mit Blick auf seine Produktivitätsentwicklung gehört Indien auch zur Spitzengruppe der Entwicklungs- und Schwellenländer (Armstrong/Wu 2023). Hinzuzufügen ist, dass der gegenwärtig zu beobachtende Ausbau der Infrastruktur (vgl. Abschnitt 6.4) den bisher geringen Vorsprung Indiens noch deutlich vergrößern dürfte: Die Produktivitätsgewinne durch leistungsfähigere Infrastruktur hat China bereits vor langer Zeit realisiert und kann hier nicht mehr nachlegen.

Die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Indien und China sind von einer starken Asymmetrie geprägt. Der bilaterale Handel zwischen beiden Ländern belief sich nach Angaben des indischen Handelsministeriums im Fiskaljahr 2023/24 auf ein Gesamtvolumen von rund 118,4 Milliarden US-Dollar. Die Importe aus China schlugen in diesem Fiskaljahr erstmals mit über 100 Milliarden US-Dollar zu Buche. Sie beliefen sich auf rund 101,7 Milliarden US-Dollar, während die Exporte dorthin lediglich 16,7 Milliarden US-Dollar betrugen. Im Jahr darauf stiegen die Importe aus China auf 113,4 Milliarden US-Dollar weiter an, während die Exporte nach China um gut 14 Prozent auf 14,2 Milliarden US-Dollar abnahmen.¹⁶

China hat sich im Fiskaljahr 2023/24 zum größten Handelspartner Indiens entwickelt und damit die USA (118,3 Milliarden US-Dollar Handelsvolumen) knapp überholt. Die Vereinigten Arabischen Emirate waren im Fiskaljahr 2023/24 mit einem bilateralen Handelsvolumen von 83,6 Milliarden US-Dollar nach den USA der drittgrößte Handelspartner Indiens. Es folgten Russland (65,7 Milliarden US-Dollar), Saudi-Arabien (43,4 Milliarden US-Dollar) und Singapur (35,6 Milliarden US-Dollar).¹⁷

Das bilaterale Handelsbilanzdefizit mit China von etwa 85 Milliarden US-Dollar im Fiskal Jahr 2023/24 und rund 99 Milliarden US-Dollar im Fiskaljahr 2024/25, gepaart mit Chinas neuer Wirtschaftspolitik, die verstärkt auf den Export zur Überwindung der selbstgemachten Wirtschaftskrise setzt, haben zur Entwicklung neuer wirtschaftspolitischer Konzepte in Indien beigetragen. Neu-Delhi setzt nun zum einen auf den Aufbau der inländischen verarbeitenden Industrie zur besseren Versorgung der eigenen Bevölkerung. Zugleich versucht das Land, sich als Alternative zum Produktionsstandort China zu etablieren. Ebenso strebt Indien den Abbau der wirtschaftlichen Verflechtungen zwischen beiden Ländern an, um die derzeitige Abhängigkeit von Lieferungen aus China zu reduzieren. Bislang sind vor allem chinesische Softwareanbieter von Neu-Delhis neuer Politik der Abkopplung betroffen. Bei dem sogenannten „digitalen Angriff“ wurden beliebte chinesische Apps, darunter Tencent und Alibaba,

verboten. In zwei Chargen wurden im Jahr 2021 über 260 Apps vom indischen Markt ausgeschlossen (Fuest 2021). Apple und Google mussten die Anwendungen für ihre indischen Nutzerinnen und Nutzer aus ihren App-Stores entfernen. Bereits im Jahr 2020 wurden Spielzeuge, die vorwiegend aus China stammten, mit einem Zoll von 60 Prozent belegt, der im Jahr 2023 auf 70 Prozent erhöht wurde. Die Importe von Spielzeugen nach Indien gingen in der Folge um etwa drei Viertel zurück.¹⁸

Überraschende Parallelen weisen die beiden Großmächte beim Migrationsverhalten ihrer begüterten Einwohnerinnen und Einwohner auf. Im Jahr 2022 verlor China mehr Millionäre als jedes andere Land. 10 800 Personen mit entsprechend großem Vermögen wanderten aus der Volksrepublik aus. Auf Platz zwei dieser Statistik lag Russland mit 8 500 reichen Auswanderern, gefolgt von Indien, das von 7 500 Wohlhabenden verlassen wurde (Dhume 2024b). Hier stellt sich die Frage: Wenn diese Länder eine blühende Zukunft vor sich hätten, warum verlassen dann ihre gut ausgebildeten und wohlhabenden Bewohner ihre Heimat und siedeln sich in den vermeintlich absteigenden alten Industrieländern wie den USA oder Großbritannien an? Insbesondere der Exodus aus China scheint sich eher noch zu beschleunigen. Vermögende und im Land bestens vernetzte Menschen verlassen China. Im Jahr 2024 waren es 15 200 Millionäre und Milliardäre (Ezrati 2024).

Beim Anteil des privaten Konsums an der Wirtschaftsleistung unterscheiden sich China und Indien hingegen wieder sehr deutlich. In China sank der Anteil des privaten Konsums am Bruttoinlandsprodukt (BIP) zwischen 1993 und 2022 signifikant von etwa 45 Prozent auf etwa 35 Prozent (Wright et al. 2024). In Indien hingegen machte der Anteil des privaten Konsums am nominalen BIP im Fiskaljahr 2024/25 61,4 Prozent aus und lag damit etwa auf dem Niveau der USA Anfang der 1980er-Jahre. 40 Jahre später ist der Anteil des privaten Verbrauchs an der Wirtschaftsleistung der USA auf über 68 Prozent angestiegen.¹⁹

4.3. Die unterschiedliche demografische Entwicklung Chinas und Indiens

Im Jahr 2023 löste Indien die Volksrepublik China als das bevölkerungsreichste Land der Welt ab – ein Rang, den Indien bereits bis in die 1750er-Jahre eingenommen hatte (Dhume 2024b). Auf absehbare Zeit wird sich an dieser Rangfolge nichts ändern, vor allem deshalb, weil Chinas Bevölkerungsgröße seit 2020 abnimmt und in Zukunft noch deutlicher abnehmen wird.

Die Kommunistische Partei Chinas strebt seit den späten 1970er-Jahren eine „Xiaokang-Gesellschaft“ an. Mit diesem Begriff, der aus dem Konfuzianismus stammt und vor 3 000 Jahren erstmals verwendet wurde, wird eine Gesellschaft beschrieben, in der einfacher Wohlstand zu beobachten ist. „Xiaokang-Gesellschaft“ meint eine „grundsätzlich wohlhabende“ Gesellschaft, in der die Menschen relativ komfortabel, wenn auch nicht im Luxus, leben können. Generalsekretär Xi erklärte im Jahr 2021, die Volksrepublik habe das Ziel einer moderat wohlhabenden Gesellschaft erreicht (Cong/Lei 2021).

Ausländische Beobachter sehen dies seit Jahren häufig anders. Die französische Zeitung *Le Monde Diplomatique* behauptete im Jahr 2011, China werde altern, bevor es reich werden kann. Begründet wurde diese Einschätzung mit den negativen Folgen der jahrzehntelangen Geburtenpolitik und des künstlich erzeugten Frauenmangels (Attané 2011). Das Ausmaß der heutigen demografischen Probleme ist dennoch überraschend.

Die Vereinten Nationen untersuchen in der Abteilung für Bevölkerungsfragen (*United Nations Population Division*, UNPOP) sehr detailliert die demografische Entwicklung in 237 Staaten und Territorien. Zuletzt wurden diese Prognosen im Juli 2024 veröffentlicht. Die UN bieten drei Varianten an: eine hohe, eine mittlere und eine niedrige Bevölkerungsentwicklung. Die UN-Bevölkerungsabteilung hält das mittlere Szenario in China für das wahrscheinlichste. Nach diesem Szenario, bei dem ein moderater Anstieg der Fertilitätsraten unterstellt wird, läge die Bevölkerungszahl Chinas im Jahr 2100 bei weniger als 650 Millionen Menschen, was etwa dem Stand des Jahres 1958 und weniger als der Hälfte der heutigen Bevölkerung entspräche.²⁰ Bemerkenswert ist die weitere Verschlechterung der chinesischen demografischen Entwicklung innerhalb von nur zwei Jahren: Im Jahr 2022 erwarteten die Vereinten Nationen noch einen Rückgang der Bevölkerung im mittleren Szenario auf einen Wert von 766 Millionen Menschen bis zum Jahr 2100. Im Jahr 2024 wurde dieser Wert weiter reduziert. Damit prognostizieren die Bevölkerungsforscher der UN einen um 128 Millionen Personen stärkeren Rückgang der Bevölkerung in China bis zum Jahr 2100.

Die prognostizierte Bevölkerungszahl hätte gewaltige Auswirkungen auf einer Reihe von Feldern, von der Geopolitik bis hin zu den künftigen militärischen Fähigkeiten Chinas. Im wirtschaftlichen Bereich wäre sie jedoch besonders bedeutsam. Wenn China in den nächsten 80 Jahren tatsächlich mehr als die Hälfte seiner derzeitigen Bevölkerung verlieren sollte, wird es für das Land schwer werden, wirtschaftlich zu prosperieren. Ein Rückgang der Bevölkerung

► **Tabelle 6** Szenarien zur Bevölkerungsentwicklung für die Volksrepublik China und Indien im Jahr 2100 (in Millionen Menschen)

Land	Niedriges Szenario	Mittleres Szenario	Hohes Szenario
China	421,9	638,6	956,8
Indien	998,9	1 509,1	2 193,6

Quelle: United Nations Population Division: World Population Prospects 2024.

dieses Ausmaßes wird im besten Fall zu einer wirtschaftlichen Stagnation führen. Bei schrumpfender Bevölkerung muss die Pro-Kopf-Wirtschaftsleistung deutlich wachsen, um das vorige Niveau des Bruttoinlandsprodukts zu halten. China könnte wie eine vergrößerte Version Japans aussehen, wäre aber deutlich ärmer. Die jahrzehntelang praktizierte, brutale Ein-Kind-Politik hat darüber hinaus zu gewaltigen gesellschaftlichen Verwerfungen und in vielen Fällen zum sogenannten 4-2-1 Problem geführt: Ein Einzelkind muss sich um zwei Elternteile und vier Großeltern kümmern (Dhume 2023a). Chinesische Familienplaner nahmen an, dass die Geburtenraten nach der Aufhebung von Beschränkungen wieder ansteigen würden. Allerdings waren die chinesischen Offiziellen bei der Umerziehung der Chinesinnen und Chinesen erfolgreicher als erwartet, sodass dieses Kalkül nicht aufging.²¹

Indien hingegen wird die bevölkerungsreichste Gesellschaft der Welt bleiben und gemäß dem Szenario eines mittleren Bevölkerungswachstums im Jahr 2100 eine Bevölkerung von ca. 1,5 Milliarden Menschen aufweisen, also in etwa stabil bleiben beziehungsweise leicht steigen. Sollten China und Indien sich gemäß des gleichen Szenarios entwickeln, wäre Indiens Bevölkerung im Jahr 2100 mindestens doppelt so groß wie die chinesische. Beim mittleren Szenario beliefe sich die chinesische Bevölkerungsgröße sogar nur noch auf 42,3 Prozent der Bevölkerungsgröße Indiens.

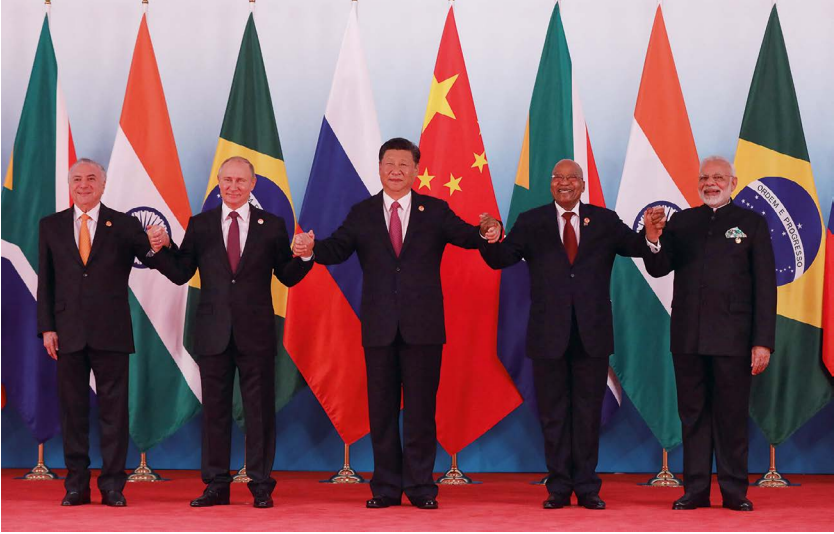
Für die Kommunistische Partei Chinas sind dies bedrückende Perspektiven. China wird es angesichts dieser Entwicklung nicht nur schwerfallen, wirtschaftliche Dynamik zu entwickeln, sondern steht auch vor strukturellen Problemen, die vor allem in zwei wichtigen Bereichen erkennbar sind: Zum einen wird es vermutlich nicht gelingen, die heutige Immobilienkrise Chinas ohne schwere Verwerfungen zu überwinden. In China gibt es heute schon ein deutliches Überangebot an Wohnraum. Pro Einwohner steht in China genauso viel Wohnfläche zur Verfügung wie in Deutschland und Frankreich – bei deutlich niedrigerer Pro-Kopf-Wirtschaftsleistung (Rogoff 2021). China steckt in

einer Vertrauensfalle: Die Bautätigkeit geht zurück und die Immobilienbesitzer sind weniger geneigt, Geld auszugeben, da sie sich um ihren wertvollsten Vermögenswert sorgen. So geht – zum anderen – mit den sinkenden Immobilienpreisen auch die Konsumneigung der chinesischen Verbraucherinnen und Verbraucher zurück, was die wirtschaftliche Entwicklung des Landes belastet.²²

Indien dagegen hat diese Altlasten nicht. Zudem wird das Arbeitskräfteangebot in Indien noch viele Jahrzehnte lang hoch sein. Indiens Bevölkerung ist jung: Betrachtet man die Alterskohorten, so befanden sich im Jahr 2022 etwa 350 Millionen Menschen in der Altersgruppe von 0 bis 14 Jahren, rund 375 Millionen Menschen in der Kohorte von 15 bis 29 Jahren und knapp 400 Millionen Personen in der Kohorte von 30 bis 49 Jahren.²³ Ganz anders dagegen die demografische Lage Chinas: Die beiden ersten Kohorten 0 bis 14 Jahre und 15 bis 29 Jahre sind jeweils etwas über 200 Millionen Menschen stark, während die dritte Kohorte von 30 bis 49 Jahren mehr als 400 Millionen Menschen und die Kohorte der 50 bis 69 Jahre alten Menschen knapp 400 Millionen Personen aufweisen.²⁴ Die rasche Überalterung der chinesischen Gesellschaft und die vergleichsweise günstigen Perspektiven Indiens zeigen sich bei diesem Vergleich sehr deutlich.

4.4. Kooperation trotz Rivalität?

Trotz aller Differenzen arbeiten Indien und die Volksrepublik China in einzelnen Fällen zusammen. Voraussetzung dafür sind gleiche Interessen in einigen Bereichen. Grundsätzlich gilt aber, dass das Verhältnis von Rivalität und großem Misstrauen geprägt ist (Linder/Wolter 2024: 156). Beispiele für die Zusammenarbeit zwischen China und Indien sind die *Shanghai Cooperation Organisation* (SCO) und die BRICS-Gruppe. Letztere wurde 2006 durch Brasilien, Russland, Indien und China gegründet und 2010 um Südafrika erweitert. Seitdem sind auch Ägypten, Äthiopien, Iran, die Vereinigten Arabischen Emirate und zuletzt Indonesien als Mitglieder hinzugekommen. Deshalb wird inzwischen von „BRICS plus“ gesprochen. Der im Jahr 2001 gegründeten SCO mit Sitz in Peking gehören derzeit Belarus, die Volksrepublik China, Indien, Iran, Kasachstan, Kirgisistan, Pakistan, Russland, Tadschikistan und Usbekistan an. Die SCO ist ein Dialogforum und strebt weder eine formalisierte sicherheitspolitische Kooperation noch eine Vertiefung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit, etwa in Form einer Freihandelszone oder Zollunion, an. Nach eigenen Angaben soll durch die SCO das gegenseitige Vertrauen, die Freundschaft und die gute Nachbarschaft zwischen



Die Staatsoberhäupter der BRICS-Länder, 2016. Von rechts nach links: Michel Temer (Brasilien), Wladimir Putin (Russland), Xi Jinping (China), Jacob Zuma (Südafrika) und Narendra Modi (Indien)

den Mitgliedstaaten gefördert werden. Die Mitgliedstaaten wollen gemeinsam Frieden, Sicherheit und Stabilität in der Region gewährleisten und eine neue, demokratische, gerechte und vernünftige Weltordnung schaffen.²⁵ Jenseits dieser vagen Ziele haben sich die SCO-Mitgliedsländer bislang nicht auf ein Programm zur Vertiefung der Zusammenarbeit einigen können.

Von den beiden genannten Kooperationsforen ist die BRICS-Gruppe das bedeutendere. Auf den ersten Blick handelt es sich um einen beeindruckenden Bund, auf den 46 Prozent der Weltbevölkerung und 29 Prozent des Weltwirtschaftsleistung entfallen. Einige der weltweit größten Ölproduzenten sowie bedeutende Länder am Persischen Golf, in Lateinamerika und Afrika sind inzwischen Teil der Gemeinschaft. Zur BRICS-Gruppe gehören sehr unterschiedliche und, im Fall von China und Indien, auch miteinander rivalisierende Staaten. Allerdings haben die BRICS-Länder ein gemeinsames Ziel: die von den Staaten des Westens, vor allem den USA, geprägte und gesteuerte internationale Ordnung zu schwächen.²⁶

Ein Grund für die gegenwärtige Popularität der BRICS-Gruppe ist in der oftmals kompromisslosen Rhetorik westlicher Politikerinnen und Politiker zu sehen, sowie in der Absolutheit, mit der von Entwicklungs- und Schwellenländern erwartet wird, die Positionen der USA und der europäischen Länder zu teilen. Erinnert sei etwa an die harschen Reaktionen nach dem Angriff von Terroristen auf die USA am 11. September 2001. Der damalige US-Präsident George W. Bush sagte damals in einer Rede vor dem Kongress: „Jede Nation, in jeder Region, hat jetzt eine Entscheidung zu treffen. Entweder Sie unterstützen

uns, oder Sie stehen auf der Seite der Terroristen.“²⁷ Diese kompromisslose Haltung führt aber nicht immer zu Gefolgschaft, sondern im Gegenteil zu Widerstand gegen den Westen.

Ein zweiter Grund, warum die BRICS-Gruppe Zulauf erlebt, ist die Finanzpolitik der westlichen Länder. Vor allem die USA haben in ihrer Finanzpolitik stets die Folgen für Entwicklungs- und Schwellenländer ignoriert beziehungsweise dortige Wirtschaftskrisen bewusst in Kauf genommen. Die USA haben etwa in der asiatischen Finanzkrise in den Jahren 1997 und 1998 eine Diskussion über die Krisenanfälligkeit des von hohen Kapitalbewegungen geprägten internationalen Finanzsystems unterbunden und schon früh die Parole verbreitet, die Asienkrise sei vorwiegend hausgemacht. Der Erste Stellvertretende Direktor des Internationalen Währungsfonds, der US-Amerikaner Stanley Fisher, sagte im Januar des Jahres 1998, die Krise sei „mostly homegrown“ (Fisher 1998). Eine Debatte über volatilen Kapitalverkehr und mögliche Kapitalverkehrsbeschränkungen zur Krisenprävention wurden mit dieser Aussage Fishers im Ansatz unterbunden.

Auch nach dieser Erfahrung änderte sich das eigennützige und an den Interessen der nationalen Finanzwirtschaft orientierte Politik der USA und anderer Industriestaaten nicht. Nach den Finanzkrisen in den USA und Europa von 2008 senkten die westlichen Notenbanken die Zinsen auf ein extrem niedriges Niveau und förderten damit eine niedrige Bewertung ihrer eigenen Währungen. Seit dem Jahr 2022 setzen die Notenbanken nun auf die Bekämpfung der Inflation und sorgen damit abermals für finanzpolitische Turbulenzen im Rest der Welt. Durch die Anhebung der Zinsen in den westlichen Industrieländern stiegen diese weltweit. Eine Konsultation der von der neuen Geldpolitik ebenfalls betroffenen Länder in Afrika, Asien und Lateinamerika fand jedoch wie üblich nicht statt. Ebenso wenig wurden Entwicklungs- und Schwellenländer vor der Verhängung der Finanzsanktionen gegen Russland befragt. Die Folgen der Sanktionspolitik bleiben indes nicht auf die sanktionierenden Volkswirtschaften beschränkt. Insbesondere zu Beginn der Sanktionspolitik stiegen die Preise etwa für Speiseöl stark an, was in den OECD-Ländern zum Anstieg der Inflation beitrug, in ärmeren Ländern jedoch die ausreichende Versorgung der Bevölkerung mit Nahrung gefährdete.

Der dritte Grund für die Attraktivität der BRICS-Gruppe ist die heutige, teilweise auf Protektionismus setzende Wirtschaftspolitik der USA und der Länder der Europäischen Union. Besonders unverfroren agieren dabei die USA: Mit dem noch von der Regierung Biden beschlossenen „Gesetz zur Senkung

der Inflation“ (*Inflation Reduction Act*, IRA) gab die US-amerikanische Regierung allein für die Förderung klimafreundlicher Produktion 370 Milliarden US-Dollar aus. Der Name des Gesetzes führt in die Irre: Im Mittelpunkt steht die Förderung der US-amerikanischen Industrie. Diese Maßnahmen dürften einen eklatanten Verstoß gegen die Regeln der Welthandelsorganisation (WTO) darstellen. Eine Stellungnahme des Europäischen Parlaments betont den Widerspruch zwischen den Regeln der WTO und dem IRA: „Die USA gehören zu den Gründungsmitgliedern der WTO, doch die IRA bemüht sich nicht um die Einhaltung elementarer Handelsregeln wie der Nichtdiskriminierung, wie sie im Meistbegünstigungsgrundsatz der WTO definiert sind“ (Scheinert 2023, eigene Übersetzung). Die massive Förderung der eigenen Industrie – aus welchen vermeintlich guten Gründen auch immer – verzerrt den Wettbewerb und untergräbt die Bindungskraft des WTO-Regelwerks. Der heutige US-amerikanische Präsident Trump geht gewiss noch skrupelloser vor als sein Vorgänger, aber auch Präsident Biden hat die Regeln des Welthandels schlicht ignoriert.

Eine Klage gegen die USA kann aber nicht angestrengt werden, weil die USA die Zustimmung zur Ernennung von neuen Richtern im Streitschlichtungsmechanismus der WTO seit 2016 verweigern. Washington untergräbt so die regelbasierte Handelsordnung, die einst von den USA geschaffen worden war. Allerdings begannen die Störmanöver Washingtons schon unter Präsident Obama. Dessen Regierung hatte im Mai 2016 Seung Wha Chang, einen Juristen aus Südkorea, die Wiederberufung in die Berufungsinstanz des Streitschlichtungsmechanismus der WTO verweigert. Obwohl dieser feindselige Akt der Vereinigten Staaten von anderen Mitgliedsländern der Welthandelsorganisation und von einigen Kommentatoren deutlich kritisiert wurde, weigerte sich die Obama-Regierung, ihre Entscheidung zu überdenken. Den WTO-Richtern wurde explizit mit der Nichtwiederernennung gedroht, wenn ihre richterlichen Stellungnahmen dem US-Handelsbeauftragten (USTR) missfallen (Charnovitz 2022).

Die Erosion der multilateralen Handelsordnung begann allerdings lange vor der heutigen Krise: Schon vor mehr als 20 Jahren wurde deren Zukunft infrage gestellt, als es keine Aussicht mehr auf den Abschluss der sogenannten Doha-Runde zum Abbau Zöllen und Importbeschränkungen innerhalb der WTO gab. Seitdem prägen bilaterale und regionale Abkommen die internationalen Wirtschaftsbeziehungen (Dieter 2003).

Im Idealfall würden sich alle wichtigen Akteure, auch einige der BRICS-Länder, an den Verhandlungstisch setzen und ein neues Bretton-Woods-Regime

entwickeln. Anders als 1944, als die späteren Siegermächte des Zweiten Weltkriegs eine neue Weltwirtschaftsordnung schufen, müsste das neue Regime Instrumente für die Sanktionierung von Volkswirtschaften enthalten, die anhaltende Leistungsbilanzüberschüsse erzielen. In Bretton Woods hatte der Leiter der britischen Delegation, John Maynard Keynes, genau dies vorgeschlagen. Auch die Präsidentin der Europäischen Zentralbank Christine Lagarde hat auf dieses strukturelle Problem in den internationalen Wirtschaftsbeziehungen hingewiesen. Im Jahr 2010 betonte sie, dass es eine gemeinsame Verantwortung von Überschuss- und Defizitländern für den Abbau der Ungleichgewichte in der Weltwirtschaft gebe. Staaten wie Deutschland sollten eine Ankurbelung der Binnennachfrage in Betracht ziehen, um den Defizitländern zu helfen, ihre Wettbewerbsfähigkeit wiederzuerlangen und ihre öffentlichen Finanzen in Ordnung zu bringen (Hall 2010).

Allerdings erscheint es in einer Phase geopolitischer Rivalität wenig plausibel, eine solche große Wirtschaftskonferenz zu erwarten. Solange es keine multilateralen Regeln für den Umgang mit großen Leistungsbilanzüberschüssen gibt, wird das Risiko von vermeintlich erratischen unilateralen Maßnahmen hoch bleiben. Die BRICS-Länder kritisieren die heutige Ordnung, haben aber bislang noch keinen Gegenentwurf dazu vorgelegt.

Die Liste der Länder, die ebenfalls ein Interesse an der Aufnahme in die BRICS-Gruppe bekundet haben, ist lang. Zu den Kandidaten für weitere Beitritte gehört unter anderem Saudi-Arabien, das jahrzehntelang zu den treuesten Verbündeten der USA im Nahen Osten zählte. Weitere Partnerländer, die regelmäßig an den Treffen der Gruppe teilnehmen sind Belarus, Bolivien, Kasachstan, Kuba, Malaysia, Nigeria, Thailand, Uganda, Usbekistan und Vietnam. Auch die Türkei hat Interesse an einer Mitgliedschaft und damit an einer engeren Kooperation mit Staaten wie China und Russland gezeigt.

4.5. Indien als Schlüsselstaat im geopolitischen Konflikt

Schon während des Kalten Krieges nahm Indien eine wichtige Position innerhalb des damaligen Ost-West-Konflikts ein. Die Regierung Jawaharlal Nehrus verfolgte ab 1947 eine pragmatische, undogmatische Außenpolitik. Indien verblieb im britischen Commonwealth, wenn auch als eigenständige Republik, und vermied damit das Risiko der Isolation in Zeiten innen- und außenpolitischer Krisen. Zugleich setzte Nehru auf Blockfreiheit und verzichtete auf eine enge Bindung sowohl an die USA als auch an die UdSSR (Myrdal 1968: 265).

Diese Politik hinderte die indische Regierung aber nicht daran, eine unabhängige Position zu Fragen der internationalen Politik zu entwickeln. In dem von intensivem Wettbewerb zwischen den Weltmächten geprägten Kalten Krieg kam dem armen, nahezu machtlosen Indien häufig eine Schlüsselrolle zu, die das Ansehen des Landes in den 1950er-Jahren rasch wachsen ließ und ihm einen überproportional großen Einfluss in den internationalen Beziehungen sicherte (Myrdal 1968: 265). Indien galt als Meinungsführer der Bewegung der blockfreien Staaten, die sowohl zu den USA als auch zur UdSSR Beziehungen unterhielten.

Der spätere US-amerikanische Präsident John F. Kennedy mahnte 1957, die US-Entwicklungspolitik müsste die Vorbehalte gegenüber neutralen und sozialistischen Staaten wie Indien überwinden. Diese Länder stellten ihm zufolge die stärksten Bollwerke der freien Welt gegenüber den Verlockungen aus Moskau und Peking dar und benötigten daher die Unterstützung der USA (Kennedy 1957: 59). Für Kennedy nahm Indien eine herausgehobene Position im bipolaren Kampf der Supermächte ein. Daher bereitete ihm der Wahlsieg der Kommunisten im südindischen Kerala Anfang 1957 Sorgen und ließ ihn befürchten, kommunistische Parteien könnten in weiteren indischen Bundesstaaten Wahlerfolge erzielen. Wäre dies geschehen, hätte Indien in das kommunistische Lager fallen und zum Verbündeten der UdSSR werden können (Mody 2023: 73). Aus Kennedys Sicht würde der Kalte Krieg durch die Unterstützung von blockfreien Ländern entschieden werden:

„Weder die USA noch die UdSSR können die internationale Politik künftig in Verkennung der Existenz und des Interesses anderer Nationen gestalten – Indien, Japan, China und eine Vielzahl ungebundener Staaten, deren einzelne Stimme schwach, wenn nicht gar unartikuliert sein mag, deren gemeinsames Interesse aber das künftige Gefüge der Macht in der Welt stark beeinflussen wird.“²⁸

Es war kein Zufall, dass sich der damals noch relativ unbekannte Senator aus Massachusetts mit der US-amerikanischen Außenpolitik beschäftigte. Präsident Dwight D. Eisenhower stand außenpolitisch wegen des sich verschärfenden Kalten Krieges unter Druck. Kennedy sah eine Chance, sich politisch zu profilieren, indem er für eine intensivere Unterstützung Indiens warb. Gleichzeitig wollte er das Ansehen der Vereinigten Staaten, das nach dem Sieg über Deutschland und Japan ohnehin hoch war, weiter verbessern. Beraten wurde Kennedy von Walt W. Rostow, dem bekanntesten US-amerikanischen Entwicklungsökonom der

1950er-Jahre. Kennedys Fokus auf Indien unter Nehru war sehr wahrscheinlich auf umfangreiche Studien zurückzuführen, die Rostow zuvor über Indien erstellt hatte (Pearce 2001: 17).

Gemeinsam mit Max F. Millikan betonte Rostow in diesen Analysen die Notwendigkeit, den Wettbewerb mit der UdSSR aufzunehmen. Deren Leistungen zur Entwicklungshilfe seien zwar ausreichend, um für guten Willen der Empfängerländer gegenüber der Sowjetunion zu sorgen, aber für Indien, Indonesien und andere Staaten seien die gewährten Summen zu gering, um ernst zu nehmende wirtschaftliche Entwicklungsprozesse in Gang zu setzen. Vor allem fehlten Devisen (Millikan/Rostow 1958: 421). Indien sei für die US-amerikanische Außenpolitik von zentraler Bedeutung, schon allein deshalb, weil dort 40 Prozent der Gesamtbevölkerung aller Entwicklungsländer wohnten. Der Erfolg – oder Misserfolg – der US-amerikanischen Entwicklungspolitik in Indien würde sich auf die Wahrnehmung der USA in anderen Ländern auswirken. Deshalb sei auch eine überproportionale Förderung Indiens sinnvoll (Millikan/Rostow 1958: 428). Anfang der 1960er-Jahre, während Kennedys Präsidentschaft, betonte der damalige US-amerikanische Botschafter in Indien, John Kenneth Galbraith, die Nähe zu indischen Politikern wie folgt:

„Indien ist eine bäuerliche und bürgerliche, grundbesitzende und im Großen und Ganzen konservative Gesellschaft. Es ist dem Westen durch starke sprachliche und traditionelle Beziehungen verbunden. Die meisten führenden Politiker sind auf unserer Seite – eine deutliche Ausnahme in der heutigen Welt“ (Galbraith 1969: 396, eigene Übersetzung).

Dennoch konnte Indien zu keinem Zeitpunkt als enger Verbündeter der USA betrachtet werden – und wird es vermutlich auch niemals werden. Zu tief sitzen die gesellschaftlichen Vorbehalte gegenüber den Vereinigten Staaten und dessen phasenweise rücksichtsloser Außenpolitik. Premierminister Nehru nahm zwar Hilfgelder der US-amerikanischen Regierung entgegen, aber im persönlichen Kontakt mit den US-Präsidenten Truman und Eisenhower war er stets äußerst reserviert. Nicht nur seine Abneigung gegenüber dem US-amerikanischen Kapitalismus, sondern auch seine Prägung durch die britische Oberschicht und die damit einhergehende Verachtung des ungehobelten US-amerikanischen Materialismus ließen Nehru Distanz zu den USA wahren (Luce 2009: 267).

Umgekehrt mussten indische Politiker und die indische Gesellschaft im Jahr 2005 nach der Veröffentlichung von Tonbanddokumenten lernen, dass Präsident

Richard Nixon und sein im Jahr 2023 verstorbener Sicherheitsberater Henry Kissinger Indien geringschätzten. Im Gespräch mit Nixon im November 1971 bezeichnete Kissinger die indische Premierministerin als „Hexe“ und „Hure“ („bitch“), nannte die Inder „Bastarde“ und bezeichnete sie als hinterhältige Menschen. Nixon selbst wiederum meinte, die Inder benötigten eine Hungersnot (Luce 2009: 268f.).²⁹ Der historische Kontext war die damals enge Bindung der USA zu Indiens Nachbarland Pakistan. Premierministerin Indira Gandhi war nach Washington gereist, um über die wachsende Möglichkeit eines Krieges mit dem benachbarten Pakistan zu sprechen. Indien war aus Sicht der US-amerikanischen Regierung zu eng mit der Sowjetunion verbündet.³⁰ Die Episode hat deshalb Relevanz, weil sie die anhaltende Skepsis von Teilen der indischen Gesellschaft gegenüber westlichen Ländern im Allgemeinen und den USA im Besonderen erklärt. Zugespielt formuliert: Nixon und Kissinger setzten die Geringschätzung, die Winston Churchill gegenüber Indien gezeigt hatte, nahtlos fort.

Zeitweilig einte Neu-Delhi und Washington der geopolitische Kampf gegen die Volksrepublik China. Indien führte bisher mehr gemeinsame Militärübungen mit den Vereinigten Staaten durch als mit jedem anderen Land (Nye 2023b). Es ist möglich, dass Indien und die Vereinigten Staaten ihre Zusammenarbeit in der Technologieentwicklung vertiefen werden, um den USA im geopolitischen Wettbewerb mit China eine technologische Vormachtstellung zu sichern. Die Stärkung der USA und die damit einhergehende Schwächung des geopolitischen Rivalen Washingtons sind im indischen Interesse.

Die große Aufmerksamkeit auf internationaler Ebene, die Indien seit Beginn der Ukraine-Krieges genießt (vgl. dazu Abschnitt 5.3), hat mehrere Ursachen. Ein zentraler Faktor ist aber seine Bedeutung im geopolitischen Konflikt. Zugespielt formuliert entscheidet Indien, wer den geopolitischen Konflikt gewinnen wird. Dabei erscheint es mittelfristig nicht ausgeschlossen, dass sich die heutigen Rivalitäten ebenso ändern wie die heutigen Kooperationsformen. Sollte sich Neu-Delhi mit China, Russland und anderen autoritären Staaten verbünden, stünde der Westen vor einem massiven politischen Block und könnte isoliert werden. In den westlichen Industrieländern leben heute nur 15 Prozent der Weltbevölkerung. Die gegenwärtige protektionistische Welle, die von den USA ausgeht, aber keineswegs auf die Vereinigten Staaten beschränkt ist, lässt die Entwicklung von alternativen Kooperationsformen außerhalb der von westlichen Ländern geprägten heutigen Ordnung wahrscheinlicher werden.

Die Zeichen mehren sich seit einigen Jahren, dass die Phase der unpolitischen Globalisierung zu Ende gegangen ist. Nach dem Zusammenbruch der

Sowjetunion im Jahr 1991 und dem Ende jenes geopolitischen Konflikts nahmen viele Beobachter an, fortan wäre multilaterale Kooperation und „Regieren jenseits des Nationalstaates“ (Michael Zürn) das Gebot der Stunde. Außenpolitische Konflikte schienen bei der Organisation der internationalen Wirtschaftsbeziehungen keine Rolle mehr zu spielen. Henry Paulson, früherer Chef der Investmentbank Goldman Sachs und zwischen 2006 und 2009 US-amerikanischer Finanzminister unter George W. Bush, konstatierte indessen schon im November 2018 die Herausbildung eines neuen, wirtschaftlichen Eisernen Vorhangs (Cox 2018). Diese neue Spaltung der Welt zeigt sich etwa an der Neuorganisation von Lieferketten, aber auch in wachsenden Beschränkungen beim Transfer von Hochtechnologie.

Zwar erscheint es gegenwärtig unwahrscheinlich, dass die Regierung Narendra Modis oder eine künftige indische Regierung einem von China geführten Militär- und Wirtschaftsbündnis beitreten könnte. Aber die Regierungen westlicher Staaten sollten diese Möglichkeit in Betracht ziehen und ihre Politik entsprechend kalibrieren. Mittel- und langfristig erscheint eine Wiederannäherung der beiden asiatischen Großmächte zumindest nicht prinzipiell ausgeschlossen, insbesondere dann, wenn Indien eines Tages in wirtschaftlicher Hinsicht zu China aufgeschlossen haben wird.

Heute versucht Indien, sich als Anwalt und Sprachrohr der Entwicklungs- und Schwellenländer zu positionieren und verhält sich in dieser Frage ähnlich wie die Volksrepublik China. Indien verfolgt eine Politik der multilateralen Vernetzung und wirkt in den unterschiedlichsten Organisationen mit (Lindner/Wolter 2024: 78). Wenige Monate nach dem russischen Angriff auf die Ukraine kritisierte Indiens Außenminister Jaishankar die Haltung der Europäer, die sich ihm zufolge gegenüber den Schwierigkeiten der Welt taub stellen, zugleich aber Sympathie und Unterstützung für die Lösung eigener Probleme erwarten würden: „Europa muss sich von der Sichtweise lösen, dass die Probleme Europas die Probleme der Welt sind, aber die Probleme der Welt nicht die Probleme Europas sind.“³¹

Im Jahr 2023 sonnte sich das aufstrebende Indien im Glanz der G-20-Präsidentschaft. Das Land begrüßte im Lauf des Jahres etwa 100 000 Delegierte aus 125 Ländern. Ausländische Diplomaten besuchten 60 indische Städte. Im ganzen Land wurden Veranstaltungen in diesem Rahmen durchgeführt und es nahmen insgesamt etwa 15 Millionen Inderinnen und Inder an ihnen teil. Auf Initiative von Premierminister Modi wurde außerdem die Afrikanische Union



Sitzung der Außenministerinnen und Außenminister während des *Voice of Global South Summit*, 13. Januar 2023. Der indische Außenminister Subrahmanyam Jaishankar ist im dritten Bild von links in der oberen Reihe zu sehen. Der zweite Teil der virtuellen Konferenz fand am 17. November 2023 statt

im September des Jahres 2023 als permanentes Mitglied in die G-20-Gruppe aufgenommen (Dhume 2023b).

Im Januar und November 2023 veranstaltete Indien zudem den *Voice of Global South Summit*. An der zweiteiligen virtuellen Konferenz nahmen 123 Staaten teil. Außenminister Subrahmanyam Jaishankar beklagte in seiner Rede am 17. November 2023, es gebe noch zu viele Widerstände gegen eine größere Rolle der Länder des Südens in den internationalen Beziehungen. Die Länder des Globalen Südens müssten in wirtschaftlichen Fragen unabhängiger werden und auf eigene Lieferketten setzen.³² Schon zuvor hatte Jaishankar bei den Vereinten Nationen in einer Rede betont, die Staaten des Westens müssten ihre Politik ändern und kooperativer werden. Die Entwicklung von Normen sei kein Privileg einiger weniger Länder: „Die Zeiten, in denen einige wenige Nationen die Regeln bestimmten und von den anderen erwarteten, dass sie sich fügen, sind vorbei.“³³

Indiens gegenwärtige Hinwendung zu den westlichen Ländern, etwa im Rahmen der militärischen Zusammenarbeit im *Quadrilateral Security Dialogue* (Quad), an dem die USA, Australien, Indien und Japan teilnehmen (vgl. Abschnitt 5.1), ist im Kern als pragmatisch zu betrachten und stellt keine auf Dauer angelegte Annäherung an das westliche Lager dar. Von Nehru bis Modi haben indische Premierminister die globalen Führungsansprüche der USA und anderer westlicher Länder stets rundweg abgelehnt. Die Nachkriegsordnung

wird in Neu-Delhi eher als ein weiterer Beherrschungsversuch und nicht als eine auf Kooperation basierende Ordnung gesehen. Außenminister Jaishankar kritisiert unmissverständlich, dass die Gesamtheit der Welt durch die Institutionen und Praktiken des euroatlantischen Kulturkreises bestimmt werde (Lau/Sauerbrey 2024). Für ihn ist die heutige Außenpolitik Indiens noch immer stark von den Folgen der Kolonialzeit geprägt. Die Wirtschaft und die gesamte Sozialstruktur seien in der Kolonialzeit zerstört worden. Deshalb strebe Indien inzwischen mit mehr Nachdruck nach Eigenständigkeit:

„Europa hat sich uns zur Beute gemacht. Wenn man solch enormer Miss-handlung ausgesetzt war und seine Unabhängigkeit verloren hat, verleiht das der Freiheit und Selbstständigkeit einen großen emotionalen Wert. Es geht gegen unsere DNA, uns einer Allianz unterzuordnen, wo die letzten Entscheidungen nicht von uns selbst getroffen werden können“ (zitiert nach Lau/Sauerbrey 2024).

Nicht zuletzt aufgrund dieses kolonialen Erbes ist die heutige indische Politik sehr empfindlich gegenüber Ratschlägen und Belehrungen aus westlichen Hauptstädten.

4.6. Die Fallstricke einer wertebasierten Politik gegenüber Indien

Die westlichen Industrieländer verlieren derzeit in den internationalen Beziehungen wichtige Partner. Sowohl den Vereinigten Staaten als auch den Ländern der Europäischen Union gelingt es immer weniger, Verbündete in Entwicklungs- und Schwellenländern zu gewinnen. Stattdessen hat die BRICS-Gruppe, zu der mit der Volksrepublik China und der Russischen Föderation zwei der wichtigsten Kontrahenten der westlichen Industrieländer gehören, überraschend viel Zulauf. Für westliche Länder ist dies ein Warnsignal. Im geopolitischen Konflikt mit Peking und Moskau sind die USA und die EU auf Verbündete in Afrika, Asien und Lateinamerika angewiesen. Doch warum gehen zahlreiche Entwicklungs- und Schwellenländer eigene Wege und verzichten auf einen Schulterschluss mit den USA und den Ländern der Europäischen Union?

Eine erste und sehr wichtige Antwort auf diese Frage betrifft die Art und Weise der westlichen außenpolitischen Rhetorik. Seit dem russischen Angriffs-krieg auf die Ukraine hat sich die Tonlage westlicher Politiker und Diplomaten

gegenüber Entwicklungs- und Schwellenländern noch einmal verschärft. Westliche Außenpolitiker, darunter auch die frühere deutsche Außenministerin Annalena Baerbock, vertreten ihre politischen Positionen gern in einem absoluten Ton, der keinen Widerspruch zulässt, werden aber durch sich verschiebende Machtverhältnisse inzwischen weniger ernst genommen.

Auch in Europa hat sich inzwischen das von US-amerikanischen Neokonservativen bekannte binäre Denken weitgehend durchgesetzt. Die Welt wird eingeteilt in Gut und Böse. US-Präsident George W. Bush hatte in der bereits zitierten Rede am 20. September 2001 vor dem Kongress festgestellt, dass es sich um einen Kampf der Zivilisationen handle. Es sei der Kampf aller, die an Fortschritt und Pluralismus, Toleranz und Freiheit glaubten.³⁴ In vielen Ländern Asiens, Afrikas und Lateinamerikas klangen die Worte von US-amerikanischen und europäischen Politikerinnen und Politikern nach dem Einmarsch Russlands in die Ukraine ganz ähnlich. Gleichzeitig bleibt in diesen Ländern aber unvergessen, dass die USA und eine Gruppe von Verbündeten im Jahr 2003 ohne Mandat des UN-Sicherheitsrats und nach Vorlage gefälschter Indizien den Irak angegriffen haben. Der heutige Verweis westlicher Außenpolitikerinnen und Außenpolitiker auf die Bedeutung einer regelbasierten internationalen Ordnung hat für viele Menschen in Entwicklungsländern daher einen schalen Beigeschmack.³⁵

Auch in der europäischen Handelspolitik gab es lange Zeit Befürworter einer umfassenden handelspolitischen Konditionalität. Diese betonten, dass die Europäische Union Verantwortung für die Menschen in Entwicklungs- und Schwellenländern übernehmen müsse, indem sie die Einhaltung von Standards bei Umwelt und Menschenrechten zur Bedingung von gemeinsamen Handelsbeziehungen machte. Die handelspolitischen Auflagen, etwa die europäische Lieferkettenrichtlinie, sind Teil einer wertebasierten Außenwirtschaftspolitik. Die Länder der Europäischen Union hatten sich zuvor von einer interessengeleiteten Außenwirtschaftspolitik verabschiedet und nahmen wirtschaftliche Nachteile sowohl für die eigenen Bürgerinnen und Bürger als auch für die Menschen in Entwicklungsländern in Kauf. Die Regierungen dieser Länder, auch Indien, wurden nicht konsultiert, ob sie die handelspolitischen Auflagen begrüßten.

Prinzipientreu war die EU allerdings nicht, vor allem dann, wenn sich die europäischen Landwirte gegen neue Vorschriften wehrten. Im Februar 2024 strich Brüssel nach heftigen Protesten in Frankreich, Deutschland, Belgien und Italien ein Ziel für die Reduzierung der landwirtschaftlichen Treibhausgasemissionen.

Zuvor war von den Landwirten erwartet worden, dass sie den Ausstoß von Methan, Stickstoff und anderen mit der Landwirtschaft verbundenen Emissionen reduzieren (Hancock 2024).

Im Jahr 2025 löste sich der wertebasierte Ansatz der Außenpolitik in Wohlgefallen auf. Die Europäische Union schwächte ihre Auflagenpolitik, etwa das Lieferkettengesetz oder die sogenannte Entwaldungsrichtlinie, deutlich ab. Um ein erfolgreicher geopolitischer Akteur zu sein, muss die EU um Partnerländer in Asien, Afrika und Lateinamerika werben und attraktive Angebote machen. Die EU-Kommission hat erkannt, dass eine wertebasierte Außenwirtschaftspolitik ungeeignet ist, die Position Europas im geopolitischen Wettbewerb zu stärken. Die inzwischen abgeschwächten Verordnungen wären ohnehin weniger der Umwelt und den Menschen in Entwicklungsländern zugutegekommen, sondern vor allem den geopolitischen Konkurrenten der EU, also dem kommunistischen Regime in Peking und Putins Russland (Dieter 2024).

Die Vertreterinnen und Vertreter der indischen Außenpolitik betonen immer wieder die Bedeutung von Respekt für die eigene Kultur, die eigene Geschichte und die eigenen Werte (Lindner/Wolter 2024: 78). Damit wird deutlich, dass der von westlichen Ländern, auch der Bundesrepublik, längere Zeit favorisierte wertebasierte Ansatz in der Außenpolitik in Neu-Delhi auf Misstrauen, Missfallen und Widerstand stößt. Die damalige Außenministerin Baerbock musste selbst erfahren, welche Konsequenzen ihre wertbasierte Außenpolitik auf die indische Regierung hatte: Bei der Ankunft am Flughafen der Hauptstadt Neu-Delhi im Dezember 2022 stand kein einziger Vertreter der indischen Regierung bereit, um sie willkommen zu heißen (Kazim 2023).

Gerade die heutige hindunationalistische Regierung Indiens ist gegenüber Kritik aus westlichen Ländern sehr empfindlich. Walter J. Lindner, von 2019 bis 2022 deutscher Botschafter in Indien, hat darauf hingewiesen, dass die von Deutschen geäußerte Kritik an der indischen Regierung oft als Belehrung, bisweilen auch als Herablassung empfunden wird. Lindner empfahl dagegen mehr Demut gegenüber anderen Gesellschaften: Westliche Länder glaubten, über die Qualität anderer Demokratien urteilen zu können, und übersähen dabei, dass 80 Prozent der Weltbevölkerung in nicht westlichen Ländern lebten (Ehrenstein 2024). Im geopolitischen Konflikt zwischen dem von den USA geführten Westen auf der einen und China auf der anderen Seite wollen die Regierungen von mehr als 100 Ländern, in denen mindestens vier Milliarden Menschen leben, sich nicht eindeutig für eines der beiden rivalisierenden Lager entscheiden (müssen).³⁶

Viele Regierungen in Afrika, Asien und Lateinamerika reagieren auf Kritik ihrer gesellschaftlichen Entwicklung auch deshalb gereizt, weil ihre heutigen Probleme häufig von Fehlentwicklungen in der Kolonialzeit mitverursacht wurden. Empfehlungen, Mahnungen, Belehrungen oder wirtschafts- und sozialpolitische Vorgaben stoßen in vielen Entwicklungs- und Schwellenländern auf taube Ohren und werden dort als Selbstvergewisserung der westlichen Länder wahrgenommen (Lindner/Wolter 2024: 55). In Indien wird gern darauf aufmerksam gemacht, dass das sich selbst als aufgeklärt auffassende Europa auch den Kolonialismus und Rassismus hervorgebracht hat und dass Länder wie Großbritannien, Frankreich oder auch Belgien erst durch ihre Kolonien zu Reichtum gekommen sind.

Belehrungen über vermeintliche Rückschritte in der indischen Demokratie und Mahnungen angesichts einer angeblichen Verschlechterung der Menschenrechtslage in Indien hat es in den vergangenen Jahren häufiger gegeben. Der damalige US-Außenminister Antony Blinken etwa erklärte im Jahr 2022, dass die Vereinigten Staaten eine Zunahme der Menschenrechtsverletzungen in Indien beobachteten (Singh 2022). Der SPD-Bundestagsabgeordnete Dirk Wiese stellte im Jahr 2023 auf der Webseite des Deutschen Bundestags fest, Muslime würden in Indien mehr und mehr ausgegrenzt und schikaniert. Mitglieder der unteren Kasten würden in Indien weiterhin gesellschaftlich marginalisiert, seien der Gewalt der Sicherheitskräfte ausgesetzt und erführen zum Teil schwere Menschenrechtsverletzungen.³⁷ Die deutsche Regierung äußerte Erwartungen an die Umsetzung demokratischer Prinzipien in der indischen Innenpolitik. Und zahlreiche Leitartikel in westlichen Medien widmeten sich den autokratischen Tendenzen der Regierung Modi (Dutt 2023a).

Aber was bewirken diese Mahnungen? Stärken sie die Debatte in Indien? Oder führen sie im Gegenteil zu einer Schwächung der Kritiker in Indien? Die indische Journalistin Barkha Dutt betont, dass diese Art von Kritik ausländischer Akteure an der Entwicklung der indischen Demokratie den internen Stimmen eher schade als nutze. Wegen der negativen Erfahrungen Indiens während der britischen Kolonialherrschaft seien antiimperialistische Reflexe in Indien nach wie vor weit verbreitet. Inder würden es nicht mögen, vom Ausland getadelt zu werden. Umgekehrt hielten sich indische Leitartikler mit Kommentaren zur Waffengewalt in den USA, verbreitetem Rassismus und der Verweigerung der reproduktiven Autonomie für Millionen US-amerikanischer Frauen zurück. Die indische Demokratie ginge nur Inderinnen und Inder etwas an: „Ja, die indische Demokratie muss gestärkt und repariert

werden. Aber dies muss von Indern – und nur von Indern – gemacht werden“ (Dutt 2023a).

Wie empfindlich die indische Regierung auf ausländische Kritik reagiert, musste auch der US-amerikanische Investor George Soros erfahren, der am Rande der Münchner Sicherheitskonferenz im Februar 2023 die Regierung Modi scharf kritisiert hatte. Außenminister Jaishankar beanstandete das Demokratieverständnis von Soros: „Leute wie er denken, dass eine Wahl dann gut sei, wenn die Person gewinnt, die sie sehen wollen. Liefert die Wahl ein anderes Ergebnis, sprechen sie von Fehlern in der Demokratie“ (zitiert nach Hein/Schäfers 2023).

Aber nicht nur in Sachen Demokratie und Menschenrechte, auch in der Handelspolitik zeigen sich aus der Sicht Indiens und anderer Länder Ungerechtigkeiten und eine gewisse Überheblichkeit des Westens: Der Marktzugang wird eingeschränkt und Handelsbeschränkungen werden ausgeweitet, zum Beispiel durch die US-amerikanischen Zollerhöhungen oder die umfassenden und kostspieligen Dokumentationspflichten der Europäischen Union. Häufig werden für diese Maßnahmen Gründe genannt, die aus Sicht indischer Politikerinnen und Politiker vorgeschoben wirken. So betrachten einige Handelsökonominnen das von der damaligen US-amerikanischen Finanzministerin Janet Yellen propagierte sogenannte *Friend-shoring*, also das Konzept, sich beim internationalen Handel auf Länder mit gemeinsamen Werten zu beschränken, kritisch und als kostspielig (Hardwick/Triggs 2022). Aber nicht nur die USA, sondern auch die Länder der Europäischen Union haben sich von der bisherigen Form der internationalen Arbeitsteilung verabschiedet. Diese Abkehr von einer liberalen Handelspolitik ist dabei nicht nur teuer, sie treibt auch in die wirtschaftliche und politische Isolation.

Ärmere Länder wie Indien sehen eine solche Abkehr von der bisherigen liberalen Handelsordnung zu Recht mit Sorge: Die USA, aber auch die EU gestalten den Zugang zu den eigenen Märkten restriktiver und subventionieren einzelne Industrien mit massiven Beträgen. Ein Beispiel dafür ist das irreführend als „Gesetz zur Reduzierung der Inflation“ (*Inflation Reduction Act*, IRA) bezeichnete Maßnahmenpaket Präsident Bidens mit Ausgaben von mindestens 370 Milliarden US-Dollar zur Förderung von Klimaschutzmaßnahmen.³⁸ Präsident Donald Trump hat noch weniger Hemmungen, die US-amerikanische Wirtschaft durch eine Kombination von protektionistischen Maßnahmen und Subventionen zu fördern.

Ein Ausdruck des eingeschränkten Marktzugangs sind die in Deutschland und später vom Europäischen Parlament beschlossenen Lieferkettengesetze. In Deutschland trägt das Gesetz den Namen „Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz“. Es ist nicht nur ein Wortungetüm. Unternehmen sollten gezwungen werden, die gesamte Lieferkette auf eventuelle Verstöße gegen Sozial- und Umweltstandards zu überprüfen. Aus Sicht vieler Politiker in Entwicklungs- und Schwellenländern stellen diese Gesetze eine unangemessene Bevormundung dar, weil die EU damit anderen Ländern die Fähigkeit abspricht, eigenverantwortlich für das Wohl der eigenen Bürger zu sorgen (Dieter 2024). Allerdings hat Bundeskanzler Friedrich Merz deutlich gemacht, das deutsche Lieferkettengesetz vollständig abschaffen zu wollen.³⁹

Der geopolitische Rivale China hingegen schulmeistert nicht, sondern liefert benötigte Infrastruktur. Den afrikanischen Ländern südlich der Sahara etwa finanzierte die Volksrepublik China zwischen 2007 und 2020 mehr Infrastrukturmaßnahmen als die im Ranking folgenden acht Kreditgeber zusammen.⁴⁰

Die indische Außenpolitik ist in den vergangenen Jahren offensiver und selbstbewusster geworden. Das beste Beispiel für diese eigensinnige und an indischen Interessen orientierte Außenpolitik ist die abwartende Haltung Neu-Delhis im Krieg zwischen Russland und der Ukraine: Premierminister Modi hält an den seit der Unabhängigkeit guten Beziehungen zu Moskau fest (vgl. Abschnitt 5.3). Darüber hinaus arbeitet Indien mit den USA und anderen OECD-Staaten zusammen, lässt sich aber nicht vereinnahmen und beharrt auf der Wahrung eigener Interessen. Solange die indische und die US-amerikanische Politik das gemeinsame Ziel der Schwächung der Volksrepublik China verfolgen, wird die Kooperation anhalten und möglicherweise ausgebaut werden. Aber schon heute zeichnet sich ab, dass die Vereinigten Staaten sehr empfindlich auf die Entwicklung konkurrierender Regime, etwa in der Finanzpolitik, reagieren. Die indische Außenpolitik wird in den kommenden Jahren weiterhin einen unabhängigen Kurs verfolgen und sich nicht zu einem engen Verbündeten der USA entwickeln. Dies zeigt sich deutlich bei der Analyse der sicherheitspolitischen Kooperation in indopazifischen Raum.





5. Indiens sicherheits- politische Strategien

5. Indiens sicherheitspolitische Strategien

Indien ist einer der weltweit neun Staaten, die Nuklearwaffen besitzen.¹ Ende der 1990er-Jahre gab die damalige Regierung von Premierminister Atal Bihari Vajpayee (BJP) die Zurückhaltung der vorherigen indischen Regierungen auf und ließ in der Wüste Rajasthans fünf Atomwaffentests durchführen. Indien hatte sich damit offiziell zu einer Atommacht entwickelt, und selbst Anhänger der Kongresspartei, die eine andere Politik verfolgt hatten, waren plötzlich stolz auf diesen neuen Status ihres Landes (Luce 2009: 170).

Im derzeitigen geopolitischen Konflikt spielen Atomwaffen allerdings keine zentrale Rolle. In den USA, aber auch in einer Reihe von anderen Ländern wie Australien und Japan haben einige Beobachter die Erwartung geäußert, dass der geopolitische Konflikt zwischen der Volksrepublik China auf der einen und den USA auf der anderen Seite lange anhalten wird. Bemerkenswert ist in diesem Zusammenhang, wie spät in Deutschland und anderen europäischen Ländern bisher zur Kenntnis genommen und diskutiert wurde, dass sich ein neuer Kalter Krieg aufbaut. Dabei hatten einige Beobachter schon vor mehr als zehn Jahren darauf hingewiesen, dass sich wichtige Länder auf eigene Entwicklungspfade begeben haben und die Idee gemeinsamer globaler Strukturen ablehnen. So bemerkte der politische Kommentator der *Financial Times* Phil Stephens bereits 2014, dass sich sowohl der chinesische Generalsekretär Xi Jinping als auch der russische Präsident Putin vom Leitbild einer liberalen, demokratisch verfassten Marktwirtschaft verabschiedet hätten: Auf jeweils unterschiedliche Weise strebten beide Staatschefs nach alternativen wirtschaftlichen und politischen Entwicklungspfaden. Dies bedeute das Ende der Hoffnung auf eine kooperative

Bild S. 182/183: Treffen des indopazifischen Dialogforums Quad am 23. September 2022. Der indische Außenminister Subrahmanyam Jaishankar (vorn in der Mitte) trifft sich am Rande der 77. Sitzung der UN-Generalversammlung mit den Außenministern Japans und der USA, Hayashi Yoshimasa und Antony Blinken, sowie der australischen Außenministerin Penny Wong

Ordnung. Die Welt erwache, so Stephens, aus den postmodernen Träumen von *Global Governance* und erlebe eine neue Ära des Wettbewerbs der Großmächte (Stephens 2014).

In Deutschland ließ diese Erkenntnis noch etwas auf sich warten. So waren deutsche Unternehmen wie BASF und Volkswagen 2014 und in den Folgejahren noch nicht besorgt wegen des Beginns eines anhaltenden geopolitischen Konflikts, investierten weiterhin in China und unterließen es, die Abhängigkeit von hohen Profiten in China durch breitere regionale Streuung von Neuinvestitionen zu reduzieren. Auch die deutsche Außenpolitik schien nicht die erforderliche Weitsicht aufbringen zu können und beharrte auf den Visionen der 1990er-Jahre. So veröffentlichte beispielsweise das Auswärtige Amt unter Heiko Maas noch im Jahr 2021 ein Weißbuch zur multilateralen Kooperation mit dem Titel „Gemeinsam für die Menschen“, wobei er im Vorwort die Vielfalt und Unverzichtbarkeit multilateraler Zusammenarbeit unterstrich.² Fraglos hat der geopolitische Konflikt viele neue Fragen nach der Gestaltung der internationalen Beziehungen aufgeworfen, aber Länder wie Indien gehen mit dieser Konstellation pragmatischer um als die deutschen Regierungen der letzten Jahre.

5.1. AUKUS und Quad

Im Jahr 2021 wandelte sich die Sicherheitspolitik im indopazifischen Raum signifikant. Zum einen wurde am 15. September 2021 die neue Sicherheitspartnerschaft AUKUS zwischen Australien, dem Vereinigten Königreich und der USA der Öffentlichkeit vorgestellt. Zum anderen trafen sich die Regierungschefs des *Quadrilateral Security Dialogue* (Quad), an dem Australien, Indien, Japan und die USA teilnehmen, am 24. September zu einem ersten persönlichen Gipfeltreffen im Weißen Haus.³ Beide Institutionen signalisieren die Bereitschaft der teilnehmenden Staaten, Pekings Vormachtstreben in der Region entgegenzutreten (Dhume 2021). Chinas Außenpolitik wird demnach nicht nur von Indien, sondern auch von Australien, Japan und den USA als zunehmend aggressiv wahrgenommen (Chellaney 2023). Betrachtet man das gesamte Geflecht von Militärbündnissen und anderen Formen der Sicherheitspartnerschaften im indopazifischen Raum, zeigt sich, dass außer China die wichtigsten Staaten der Region mit Washington kooperieren: Australien, Japan, Kanada, Südkorea und Indien, dazu Großbritannien als europäischer Akteur mit globalen Ambitionen (Rachman 2021).

Insbesondere für Indien war die prominente Mitwirkung in der Quad-Gruppe ein Bruch mit der bisherigen Politik. Neu-Delhi zeigte lange ein aus der Kolonialzeit stammendes Misstrauen gegenüber sicherheitspolitischen Allianzen (Nye 2023b). Auch Quad war jahrelang ein eher im Verborgenen stattfindendes Dialogforum, ursprünglich bereits 2007 vom damaligen japanischen Premier Shinzō Abe initiiert. Dies hat sich geändert. Heute verfolgt Indien eine von Kooperation mit den unterschiedlichsten Akteuren geprägte Außenpolitik, die auch als *multi-aligned*, also auf unterschiedliche Bündnisse setzend, bezeichnet wird.⁴

Eine wichtige Rolle für die Sicherheit im indopazifischen Raum spielt auch AUKUS. Nach geheimen Verhandlungen verkündeten die Regierungen Australiens, Großbritanniens und der USA am 15. September 2021 die Schaffung dieser neuen Sicherheitspartnerschaft. Dabei handelt es sich zum einen um ein Ausrüstungsgeschäft: Australien soll entweder von Großbritannien oder von den USA atombetriebene U-Boote erhalten. Zum anderen haben die AUKUS-Länder eine weitreichende Kooperation zu neuen Militärtechnologien vereinbart. Im Zentrum dieser Zusammenarbeit stehen künstliche Intelligenz, Quantentechnologien und Innovationen im Cyberspace.

Im September 2021 protestierten einige europäische Länder unter Führung des französischen Präsidenten Emmanuel Macron vehement gegen die Entscheidung der australischen Regierung, von einem Kaufvertrag für französische U-Boote zurückzutreten. Australien entschied sich stattdessen für atomgetriebene U-Boote aus US-amerikanischer und britischer Produktion. Frankreichs Botschafter in Australien, Jean-Pierre Thebault, nannte die Absage Australiens „ein Verbrechen, das 18 Monate lang vorbereitet worden war“.⁵ Die Heftigkeit der europäischen Proteste konnte indes nicht darüber hinwegtäuschen, dass die australische Regierung eine legitime Entscheidung getroffen hatte: Sie entschied sich zum einen für einen Anbieter, der ein leistungsfähigeres Produkt liefern würde. Zum anderen aber können weder Frankreich allein noch die Europäische Union als Ganzes den Australiern im Fall eines militärischen Konfliktes im indopazifischen Raum Beistand garantieren. Dagegen bietet das neue Bündnis zwischen Australien, Großbritannien und den USA den Australiern ein deutlich höheres Maß an militärischer Sicherheit als zuvor.

Anders als in Paris und anderen europäischen Hauptstädten waren die Reaktionen im indopazifischen Raum eher positiv. Japan und Indien begrüßten die Gründung von AUKUS. Selbst Singapur, sonst sehr vorsichtig zwischen Peking und Washington lavierend, würdigte das neue Abkommen.

Welches Motiv hatten die drei Staaten, ein neues Bündnis abzuschließen? Nach Einschätzung des US-amerikanischen Politikwissenschaftlers Stephen Walt geht es Australien, den USA und dem Vereinigten Königreich in erster Linie darum, Chinas Streben nach regionaler Vorherrschaft entgegenzutreten. Dieser Schritt sei ein klassisches Beispiel für eine Politik der Eindämmung einer neuen Bedrohung. Zwar werde China in den Verlautbarungen zu AUKUS nirgends erwähnt, aber es sei offenkundig, dass die Initiative eine Reaktion auf die zunehmende Perzeption einer chinesischen Bedrohung sei (Walt 2021).

Strategisch ist der australische Schwenk von dieselgetriebenen U-Booten zu atomgetriebenen U-Booten von hoher Relevanz. Die zuvor favorisierten französischen Boote wären geeignet gewesen, die australischen Küstengewässer zu verteidigen. Sie hätten maximal 23 Tage lang auf Tauchfahrt bleiben können. Die atombetriebenen US-amerikanischen oder britischen U-Boote haben hingegen eine nahezu dreifache Reichweite und können bis zu 81 Tage tauchen. Sie können von Australien aus problemlos das Südchinesische Meer erreichen und dort operieren. Gerade in diesem Gebiet hat sich Chinas neue Militärpolitik in den vergangenen Jahren am deutlichsten gezeigt: Seit 2014 etwa lässt Peking dort massive künstliche Inseln aufschütten, die sowohl der chinesischen Luftwaffe als auch der Marine als Basen dienen.⁶

Die Entscheidung Canberras, das neue Bündnis AUKUS zu forcieren, markiert den Abschied von der bisher verfolgten Politik, zugleich mit China und den USA ein kooperatives Verhältnis anzustreben. Australien hat sich damit entschieden und die weitere Abkühlung der bilateralen Beziehungen zu Peking in Kauf genommen. Aber auch die USA und Großbritannien haben eine Wahl getroffen: Sie haben sich entschlossen, ihre bislang streng geheime Antriebs-technologie mit einem Bündnispartner im asiatisch-pazifischen Raum zu teilen (Cave/Buckley 2021).

In den ersten Diskussionen über AUKUS wurde häufig übersehen, dass es sich auch um eine neue, weitreichende Form der Zusammenarbeit im Bereich der Technologieentwicklung handelt. Es geht also nicht nur um ein militärisches Bündnis, sondern um einen Verbund eng zusammenarbeitender Staaten bei der Entwicklung neuer technologischer Standards. Die Bündnispartner bauen darüber hinaus die seit 1946 bestehende Kooperation ihrer Geheimdienste im Rahmen der Geheimdienstallianz *Five Eyes* (Australien, Kanada, Neuseeland, Vereinigte Staaten, Vereinigtes Königreich) weiter aus. Australien und die USA sind zudem schon seit 1951 im *Australia, New Zealand, United States Security Treaty* (ANZUS) in Sicherheitsfragen vertraglich miteinander

verbunden.⁷ Im Fall eines militärischen Konflikts zwischen China und den USA würde vermutlich der ANZUS-Pakt und nicht AUKUS die rechtliche Basis für eine Kriegsteilnahme Australiens liefern (Young 2021).

Während die USA und Großbritannien die geopolitische Herausforderung durch China erkannt haben, hat die Europäische Union darauf noch keine schlüssige Antwort gefunden. Europa laviert zwischen wohlfeilen Protesten und dem anhaltenden Versuch, die chinesische Staats- und Parteiführung nicht zu verärgern. Vor diesem Hintergrund ist es nur folgerichtig, dass die australische Regierung nicht nur die französischen U-Boote abbestellte, sondern dass sie zugleich ein neues Militärbündnis mit den USA und Großbritannien begründet hat. Indien und Japan, die schon heute mit den USA und Australien militärisch kooperieren, könnten sich diesem Bündnis anschließen. Ebenso erscheint es prinzipiell denkbar, dass Frankreich und Großbritannien dem Vierbündnis Quad noch beitreten werden.⁸

Tony Abbott, ein früherer Premierminister Australiens, kommentierte im August 2021 die künftige Bündnispolitik seines Landes. Abbott, Mitglied der Liberal Party, hatte bereits 2014, während des G-20-Gipfels in Brisbane, der damaligen Bundeskanzlerin Angela Merkel die Motive der australischen China-Politik äußerst prägnant beschrieben: Australiens Politik sei getrieben von „greed and fear“ (Gier und Angst). Australien hat Abbott zufolge ein großes Interesse, Rohstoffe an die Volksrepublik China zu liefern, und zugleich ist in der australischen Gesellschaft die Furcht vor einem Konflikt mit Peking seit Jahrzehnten präsent. Seit den japanischen Angriffen auf die an der australischen Nordküste gelegenen Stadt Darwin im Zweiten Weltkrieg (auch „Australiens Pearl Harbour“ genannt) ist die Sorge vor einem militärischen Angriff durch ein ostasiatisches Land der wichtigste Faktor der australischen Sicherheitspolitik. Während Abbott China als Risiko bezeichnete, lobte er Indien sieben Jahre später als neuen Partner Australiens in der Quad-Gruppe über den grünen Klee: Das Land sei „eine demokratische Supermacht“. Indien und Australien seien, so Abbott, natürliche Partner, die sich auch in der wirtschaftlichen Zusammenarbeit in idealer Weise ergänzten (Abbott 2021).

Indien wird vermutlich sowohl mit den Ländern der Quad-Gruppe als auch mit Kanada und den Vereinigten Arabischen Emiraten in einigen Bereichen enger zusammenarbeiten. Mit Kanada steht die Migrationspolitik im Vordergrund, mit den Emiraten der Waren- und Dienstleistungshandel. Für Indien, das sich jahrzehntelang als blockfreier Staat sah, ist dieser Schwenk hin zur Zusammenarbeit mit den USA und anderen westlichen Ländern eine bemerkenswerte

Veränderung. Auch in der Wirtschaftspolitik wendet sich Neu-Delhi, wie bereits gezeigt, von China ab und OECD-Ländern, vor allem den USA, zu.

Seit dem Jahr 2023 arbeiten Indien und die USA nicht nur in der Quad-Gruppe, sondern auch bilateral zusammen. Am 17. Juni 2024 nahmen die nationalen Sicherheitsberater beider Länder, Jake Sullivan und Ajit Doval, am zweiten Treffen der amerikanisch-indischen „Initiative für kritische und neu entstehende Technologien“ (iCET) teil. Seit dem Start der iCET-Initiative im Januar des Jahres 2023 eruieren die beiden Länder die Möglichkeiten einer strategischen Zusammenarbeit in Hochtechnologieanwendungen wie der Raumfahrt, der Halbleiterentwicklung, der Telekommunikation, der künstlichen Intelligenz, der Quantentechnologie, der Biotechnologie und der nachhaltigen Energieproduktion.⁹

Unabhängig von der künftigen Entwicklung der Quad-Gruppe und von AUKUS sieht sich Peking schon heute mit mehreren Militärpakten konfrontiert, die in der Lage wären, auf mögliche künftige chinesische Aggressionen zu reagieren. Im indopazifischen Raum gibt es über Quad und AUKUS hinaus weitere Formen der sicherheitspolitischen Zusammenarbeit. Beispielsweise unterzeichneten die beiden Quad-Mitgliedsländer Indien und Japan im Oktober 2020 zusammen mit der *Five-Eyes*-Geheimdienstallianz eine gemeinsame Erklärung zum Thema digitale Verschlüsselung, bei der von Tech-Unternehmen der staatliche Zugriff auf verschlüsselte Inhalte verlangt wurde (Jaishankar/Madan 2021). Eine solche Aktion stellt keinen Beitritt zur Allianz dar, ist aber als Schritt zur Stärkung der Geheimdienstzusammenarbeit in der Region zu werten.

Gegenwärtig erscheint die Erwartung, Indien werde ein enger Verbündeter der Vereinigten Staaten, überzogen. Wahrscheinlich ist dagegen eine langfristige Partnerschaft – solange beide Staaten die Volksrepublik China als gemeinsamen Feind betrachten (Nye 2023b). Indien führt zwar heute mehr gemeinsame Militärübungen mit den Vereinigten Staaten durch als mit jedem anderen Land (Nye 2023b). Aber der Bund zwischen Neu-Delhi und Washington ist ein Bund auf Zeit, keine auf Dauer angelegte Allianz. Für die USA ist Indien gegenwärtig ein nützlicher Verbündeter; ebenso wie für die indische Regierung die Verbindung zu den Vereinigten Staaten von Vorteil ist. Die Deportationen von indischen Staatsbürgern durch die USA haben im Jahr 2025 für Irritationen gesorgt. Indiens Außenminister Jaishankar erklärte, die indische Regierung arbeite mit den USA zusammen, um sicherzustellen, dass indische Staatsbürger bei ihrer Abschiebung nicht misshandelt werden. Seine Erklärung erfolgte, nachdem ein US-amerikanisches Militärflugzeug 104 Inder, die der illegalen

Einreise in die USA beschuldigt worden waren, nach Indien zurückgebracht hatte. Einer der Abgeschobenen berichtete der BBC, dass ihnen während des 40-stündigen Fluges Handschellen angelegt worden seien (Mollan 2025b).

Trotz dieser Spannungen wird die Zusammenarbeit zwischen Indien und den USA fortgesetzt werden, da beide Akteure den geopolitischen Rivalen China gemeinsam schwächen wollen. Neu-Delhi betreibt klassische interessen-geleitete Außenpolitik und arbeitet sowohl mit den Staaten des Westens als auch mit Russland zusammen – soweit es den Interessen Neu-Delhis dient.

5.2. Die Perspektiven militärischer Kooperation im indopazifischen Raum

Die Perspektiven der sicherheitspolitischen Kooperation im indopazifischen Raum werden wesentlich von der chinesischen Außenpolitik geprägt. Diese zeichnete sich einige Jahre lang durch einen neuen Stil aus: Chinas Übergang zur „Wolfskrieger“-Diplomatie – einem konfrontativen Umgang des Landes mit seinen Partnern – begann um 2017. Dieser Stil ist nach der patriotischen chinesischen Actionfilmreihe *Wolf Warrior* benannt, deren Ethos der aggressiven Verteidigung nationaler Interessen mit der neuen diplomatischen Haltung übereinstimmt. Zugleich zeigten die häufig wiederholten Drohungen Peking's immer weniger Wirkung (Cave/Buckley 2021). In den vergangenen Jahren ist die Wolfskrieger-Diplomatie wieder in den Hintergrund getreten und einer gemäßigeren Diplomatie gewichen (Xiaolin/Yitong 2023).

Allerdings haben die Jahre der chinesischen Wolfskrieger-Diplomatie anhaltende Folgen für die sicherheitspolitische Kooperation im indopazifischen Raum. Nicht nur in Indien, das die Bereitschaft der chinesischen Regierungen, eine konfrontative Politik zu betreiben, seit dem Angriffskrieg des Jahres 1962 kennt, sondern insbesondere Australien hat infolge der Wolfskrieger-Diplomatie seine Außenpolitik sowohl gegenüber China als auch gegenüber Indien revidiert. Angesichts jener Phase der Konfrontation, deren Ursprung in China lag, sah sich die australische Regierung gezwungen, neue Pfade der militärischen Kooperation einzuschlagen und auf Indien und Japan zuzugehen (Mead 2021). Die chinesische Kommunistische Partei hat durch die Wolfskrieger-Diplomatie selbst einen entscheidenden Beitrag zur Schaffung einer breiten anti-chinesischen Allianz geleistet. Die heutige wohlwollende Perzeption Indiens

in Australien hat nicht nur zum Ausbau der militärischen Zusammenarbeit geführt, sondern auch die Schaffung einer Freihandelszone ermöglicht.

Der Druck Pekings auf Australien hat dort nicht zu einer unterwürfigen Haltung geführt. Vielmehr genoss die Regierung des damaligen Premierministers Morrison in Hinblick auf deren harte Haltung gegenüber China ein hohes Maß an Rückhalt bei den australischen Bürgerinnen und Bürgern. Nahezu zwei Drittel der Australier, 63 Prozent, betrachteten im Jahr 2021 laut einer Umfrage des Lowy Institute China eher als Sicherheitsrisiko und weniger als Wirtschaftspartner. Noch drei Jahre zuvor, im Jahr 2018, sahen dagegen volle 82 Prozent die Volksrepublik eher als Wirtschaftspartner; und sechs Jahre zuvor sahen nur 12 Prozent der australischen Bevölkerung China eher als Sicherheitsrisiko.¹⁰ Diese dramatische Veränderung in der Perzeption Chinas in Australien ist ein Strukturbruch. Mit Australien, Indien und Japan arbeiten heute die wichtigsten Militärmächte des indopazifischen Raums mit den Vereinigten Staaten zusammen.

Neben Großbritannien, dass im Rahmen von AUKUS unter anderem mit Australien militärisch kooperiert, ist auch Frankreich ein Akteur der sicherheitspolitischen Zusammenarbeit im indopazifischen Raum. Zwar hatte Frankreich im Jahr 2021 die Entscheidung der australischen Regierung zur Abbestellung von französischen U-Booten scharf kritisiert. Allerdings wäre es unzutreffend, Frankreich nur gekränkten Stolz und Verärgerung über verlorene Umsätze zu attestieren. Präsident Emmanuel Macron hat in den Jahren bis September 2021 immer wieder die Bedeutung einer entschlossenen Haltung gegenüber der Volksrepublik China betont. Frankreich zeigt mit 7000 Soldaten, 15 Kriegsschiffen und 38 Flugzeugen eine mehr als symbolische Präsenz im indopazifischen Raum. Im Frühjahr 2021 nahmen der Flugzeugträger „Charles de Gaulle“, das Atom-U-Boot „*Emeraude*“, der Hubschrauberträger „*Tonnerre*“ und die Tarnkappenfregatte „*Surcouf*“ an gemeinsamen Militärübungen mit den USA, Australien, Japan und Indien teil (Bulard 2021).

Die Sicherheitslage im indopazifischen Raum ist auch ein Weckruf für Europa (Abbondanza 2021). Während die USA, Japan, Großbritannien und Indien die Volksrepublik China als Widersacher erkannt haben, verharren Deutschland und andere europäische Länder lange in einem Zustand der Unentschiedenheit. Bis heute gibt es zahlreiche Beobachter in Europa, die die Fortsetzung der früheren Kooperation mit Peking bevorzugen und die Konfrontation scheuen. Allerdings ist es wenig plausibel, von China einen Wandel seiner autoritären Politik zu erwarten. Es geht auch keineswegs lediglich um die Verletzung der

Menschenrechte von Minderheiten in China. Der gesamten chinesischen Bevölkerung werden Grundrechte, etwa das auf freie Entfaltung der Persönlichkeit oder das Recht, seine Meinung frei zu äußern, vorenthalten. Die Aggressivität der chinesischen Kommunistischen Partei im Innern findet ihre Entsprechung in der Außenpolitik, die von Aufrüstung und der Missachtung völkerrechtlicher Normen geprägt ist. AUKUS ist daher eine angemessene Reaktion auf Chinas Außenpolitik. Die Länder der Europäischen Union, die nicht zögern, weniger mächtigen Ländern Normen und Werte zu oktroyieren, sollten dem zunehmend aggressiven Auftreten Chinas ebenfalls entschlossen begegnen. Über kurz oder lang werden sich auch die Staaten der Europäischen Union entscheiden müssen, auf welcher Seite sie im neuen geopolitischen Konflikt stehen möchten. Der britische Journalist Gideon Rachman hat schon im Jahr 2019 die Erwartung formuliert, dass sich die Europäer schlussendlich für die USA und gegen China entscheiden werden (Rachmann 2019). Indien, Japan, Großbritannien und Australien haben diese Richtungsentscheidung bereits getroffen.

Tatsächlich hat es den Anschein, dass auch die Europäische Kommission im Jahr 2025 ihre Schlüsse aus dem Verhalten der chinesischen Regierung gezogen hat und eine Abkühlung der politischen und wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Europa und China in Kauf zu nehmen bereit ist. Die kämpferische Rede von Kommissionspräsidentin von der Leyen beim G7-Gipfel im Juni 2025 hat die Hoffnungen Pekings auf einen diplomatischen Neustart zwischen der EU und China gedämpft. Von der Leyen warf China vor, nicht bereit zu sein, sich an die Zwänge des regelbasierten internationalen Systems zu halten.

Während andere Länder ihren Markt öffneten, konzentrierte sich China auf die Unterminierung des Schutzes von geistigem Eigentum und auf massive Subventionen mit dem Ziel, die globale Produktion und die Lieferketten zu dominieren. Das sei kein Marktwettbewerb, so von der Leyen, sondern eine absichtsvolle Wettbewerbsverzerrung (Liboreiro 2025). Vordergründig handelt es sich hierbei um einen wirtschaftspolitischen Konflikt, aber diese Wahrnehmung würde die in den vergangenen Jahren auch in Europa gewachsene Sensibilität für geopolitische Spannungen unterschätzen.

Bei dieser Entscheidung für oder gegen intensive Beziehungen zu China sind, worauf der US-amerikanische Politikwissenschaftler John Mearsheimer hingewiesen hat, Schuldzuweisungen an die chinesische Regierung unangemessen. Für Vertreter der Realistischen Schule der internationalen Politik, der sich Mearsheimer zuordnen lässt, befolgen Peking und Washington dasselbe Drehbuch: Beide Staaten versuchen, den eigenen Einfluss zu mehrten. Sowohl

Demokratien als auch autoritäre Staaten seien gezwungen, in diesem Nullsummenspiel um Einfluss zu kämpfen (Mearsheimer 2021). Für die Außenpolitiken europäischer Länder ist es freilich schon ein Unterschied, ob Berlin, Paris oder Rom eine demokratisch legitimierte oder eine autoritäre Führungsmacht unterstützen.

5.3. Indien zwischen Russland und dem Westen

Seit dem Beginn des Krieges in der Ukraine im Februar 2022 nimmt Indien eine abwartende Haltung ein. Die seit Jahrzehnten währende enge Bindung zwischen Neu-Delhi und Moskau spielte dabei eine wichtige Rolle: Die Sowjetunion war das erste Land, das im Jahr 1947 mit Indien diplomatische Beziehungen aufnahm (Linder/Wolter 2024: 145). Auch während der Kolonialzeit hatte es bereits politische Kontakte gegeben: Nach der Russischen Revolution von 1917 veranstaltete die Kommunistische Internationale (Komintern) im September 1920 einen Kongress „der unterdrückten Völker des Ostens“ in Baku, der Hauptstadt Aserbaidschans, das wenige Monate zuvor zu einer Sowjetrepublik geworden war. An der Veranstaltung nahmen auch 14 Revolutionäre aus Indien teil (Stolte 2022: 467).

Nach Beginn des russischen Angriffs auf die Ukraine unterließ es Indien, den Krieg scharf zu kommentieren. Die indische Regierung betrachtet den Krieg in der Ukraine vor allem als einen Konflikt zwischen dem Westen und Russland (Lindner/Wolter 2024: 143). Neu-Delhi teilt damit die gleiche Sichtweise mit einigen US-amerikanischen Beobachtern: John Mearsheimer machte schon im Jahr 2014 auf die Verantwortung westlicher Akteure für die Eskalation des Konflikts zwischen Russland und der Ukraine aufmerksam. Er schrieb damals, die Wurzel des Übels sei die NATO-Erweiterung, das zentrale Element einer Strategie, mit der die Ukraine aus der Bindung an Russland gelöst und in den Westen integriert werden solle (Mearsheimer 2014: 77). Mearsheimer warnte – aus heutiger Sicht uneingeschränkt zutreffend –, die Politik der Vereinigten Staaten würde vor allem zu einer engeren Verbindung zwischen Moskau und Peking führen (Mearsheimer 2014: 89).

In Indien ist die Sichtweise verbreitet, die USA hätten Russland zu einem Angriff auf die Ukraine provoziert. Nach Beginn der Kampfhandlungen wurde die Regierung Modi in den englischsprachigen Zeitungen Indiens zwar häufig aufgefordert, gegenüber Wladimir Putin eine härtere Gangart zu verfolgen.

Aber in den populären Talkshows des Landes wurden die USA in zornigem Tonfall beschuldigt, Anstifter eines weiteren internationalen Flächenbrandes zu sein. Dabei wurde auch auf die Kriegsführung der USA im Zweiten Weltkrieg und in Vietnam verwiesen. Prominente TV-Moderatoren erinnerten sowohl an den Einsatz der Atombombe in Japan als auch an die Nutzung des Entlaubungsmittels Agent Orange in Vietnam (Shih 2022). So hat der Krieg in der Ukraine US-kritischen Stimmen in Indien neues Gewicht gegeben. Umfragen zufolge waren die USA und Russland in Indien lange Zeit etwa gleich beliebt: Im Jahr 2017 hatten in einer Umfrage des US-amerikanischen Meinungsforschungsinstituts Pew Research Center 49 Prozent der Befragten ein positives Bild der USA und 47 Prozent ein positives Bild von Russland (Shih 2022).

Auch 18 Monate nach dem Angriff auf die Ukraine hielt die positive Perception Russlands in Indien an. In einer internationalen Umfrage des Pew Research Center vom August 2023 war Indien das einzige Land, in dem die Mehrheit der Befragten eine positive Meinung von Russland hatte – darunter 23 Prozent, die Russland sogar sehr positiv sehen. Zugleich gehörte Indien zu den zwei Ländern von insgesamt 23, in denen die Bewertungen für Russland in den letzten Jahren positiver geworden waren (Huang et al. 2023).

Im März 2023 lud die indische Regierung den russischen Außenminister Sergej Lawrow ein, um im Rahmen einer großen außenpolitischen Konferenz, dem *Raisina Dialogue* in Neu-Delhi, zu sprechen. Lawrow bekam die Gelegenheit, seine Sicht auf den Ukraine-Krieg darzulegen, und er ließ sich diese Gelegenheit nicht nehmen. Im größten, gut gefüllten Saal des Konferenzhotels kritisierte der russische Außenminister die Politik der Ukraine, die im Osten des Landes die russische Kultur und Sprache habe auslöschen wollen. Die indischen Veranstalter, darunter das Außenministerium, ließen sich von Protesten anderer Staaten gegen Lawrows Auftritt nicht beirren (Szigetvari 2023). Lawrow wurde von den Konferenzteilnehmern reserviert, aber höflich angehört. Bemerkenswert war die Berichterstattung in deutschen Medien: Von *Spiegel* über *Bild* bis *Welt* und *Stern* wurde gemeldet, Lawrow sei auf der Konferenz ausgelacht worden, was den gesamten Gesprächsverlauf keinesfalls zutreffend wiedergab.¹¹

Die Episode mit dem russischen Außenminister verweist auf die unterschiedlichen Perzeptionen bezüglich der gegenwärtigen Konfliktlinien in westlichen und nicht westlichen Ländern. Einer Umfrage der Universität Cambridge aus dem Jahr 2022 zufolge haben 75 Prozent der Menschen in liberalen Demokratien eine kritische Sicht auf China, 87 Prozent sehen Russland kritisch. Aber



Indiens Premierminister Narendra Modi trägt sich bei seinem Besuch in Washington am 13. Februar 2025 ins Gästebuch des Weißen Hauses ein

das Bild wandelt sich drastisch, wenn die Perspektiven der sechs Milliarden Menschen betrachtet werden, die in nicht westlichen Ländern leben.¹² Es öffnet sich eine Kluft zwischen der Sicht des Westens auf die Welt und der Sicht der übrigen Länder. Indien ist, wie die zitierte Pew-Umfrage belegt, dafür ein wichtiges Beispiel.

Auffällig ist, dass Indien seinen Handel mit Russland, insbesondere den Import von Rohöl, nach dem Februar 2022 stark ausgebaut hat. Russisches Öl, das zuvor von OECD-Staaten gekauft worden war, wurde seither häufig nach Indien geliefert. Die indische Regierung sah darin kein Problem, sondern eine notwendige Reaktion auf die Politik europäischer Länder. Diese hätten, so der indische Außenminister Jaishankar, nach dem russischen Angriff Indiens als Abnehmer von Erdöl im Nahen Osten verdrängt, da die Europäer bereit gewesen seien, sehr hohe Preise zu zahlen, und sich nicht um die Folgen für Indien und andere Länder geschert hätten (Bastian/Heide 2024). Mehr noch: Der indische Außenminister Jaishankar pries das Vorgehen Indiens bei einem Besuch in Großbritannien am 15. November 2023 und stellte fest, dass durch den Kauf russischen Öls die weltweite Inflation gedämpft worden sei.¹³ Jaishankar hat einen Punkt: Hätte auch Indien kein russisches Öl gekauft, wären die Ölpreise

vermutlich weiter gestiegen. Das indische Ministerium für Erdöl und Erdgas schätzt, dass die Ölpreise ohne die indischen Importe von russischem Öl um 30 bis 40 US-Dollar pro Fass höher gewesen wären.¹⁴

Noch im dritten Kriegsjahr deutete sich kein Rückgang des Anteils russischen Rohöls an den indischen Ölimporten an. Im Juni 2024 stammten 42 Prozent der indischen Ölimporte aus Russland, mehr als aus dem Irak (16 Prozent), Saudi-Arabien (8 Prozent), den Vereinigten Arabischen Emiraten (8 Prozent) und den USA (7 Prozent) zusammen. Auch wenn die von Russland gewährten Preisabschläge gegenüber den Weltmarktpreisen zurückgegangen waren, blieb der Rabatt von drei bis vier US-Dollar pro Fass Rohöl für Indien attraktiv (Choudhary 2024).

Im Februar 2026 kündigten die USA und Indien den baldigen Abschluss eines Handelsabkommens an. Indien werde, so US-Präsident Trump, künftig auf den Kauf von russischem Rohöl verzichten und damit einen Beitrag zur Schwächung Russlands und zur Beendigung des Krieges in der Ukraine leisten. Allerdings hat die indische Regierung diesen Teil des geplanten Abkommens nicht bestätigt. Nichtsdestotrotz sinken die Ölimporte aus Russland: Der Wert der indischen Rohölimporte fiel schon im Dezember 2025 auf ein 38-Monats-Tief von 2,7 Milliarden US-Dollar, wobei russisches Öl weniger als ein Viertel der indischen Importe ausmachte, gegenüber 34 Prozent einen Monat zuvor.¹⁵

Indiens Regierung betont weiterhin, dass die Versorgung der indischen Bevölkerung mit preiswerter Energie Vorrang vor allen anderen Überlegungen habe. Nachdem Neu-Delhi dem Washingtoner Erpressungsversuch im Jahr 2025 widerstand, indem es die Forderungen der US-amerikanischen Regierung ablehnte und indische Exporteure lieber den 25-prozentigen Strafzoll zahlen ließ, als dem US-amerikanischen Druck nachzugeben, erscheint es unwahrscheinlich, dass sich US-Präsident Trump dieses Mal durchsetzen können. Die US-amerikanischen Drohungen haben ihren Schrecken eingebüßt. Die indische Regierung verfolgt nach wie vor in erster Linie indische Interessen.

Die seit 2022 bezüglich der Ukraine zu beobachtende Zurückhaltung der indischen Regierung ist aber keineswegs ein Novum. Als sich die Vereinigten Staaten im Jahr 2003 zusammen mit Großbritannien und anderen Mitgliedsländern der „Koalition der Willigen“ anschickte, völkerrechtswidrig in den Irak einzumarschieren, verweigerte Neu-Delhi die von Washington geforderte Rückendeckung. Nicht zuletzt die Sorge vor innenpolitischen Reaktionen auf eine mögliche Kriegsteilnahme Indiens ließ es der damaligen Regierung von



Der indische Premierminister Narendra Modi (M.) spricht am 1. September 2025 mit dem russischen Präsidenten Wladimir Putin und dem chinesischen Präsidenten Xi Jinping vor dem Gipfel der *Shanghai Cooperation Organisation* (SCO) in Tianjin, China

Premierminister Vajpayee geboten erscheinen, sich nicht am Krieg zu beteiligen. Der außenpolitische Berater des Premierministers bemerkte, Indien habe in diesem Krieg nichts zu suchen (Luce 2009: 293).

Heute ist das Verhältnis zwischen Neu-Delhi und Washington fraglos konstruktiver als noch vor 20 Jahren. Das zeigt sich nicht zuletzt daran, dass Indien seine Abhängigkeit von russischen Waffen deutlich reduziert hat. Zwar ist Russland noch immer Indiens Hauptlieferant, aber sein Anteil an den indischen Waffenimporten ist nach Angaben des Stockholmer Forschungsinstituts SIPRI von 76 Prozent in den Jahren 2009 bis 2013 auf 58 Prozent im Zeitraum 2014 bis 2018 und dann auf 36 Prozent im Zeitraum 2019 bis 2023 kontinuierlich zurückgegangen. Indien hat sich stattdessen an westliche Lieferanten gewandt, vor allem an Frankreich und die USA, und baut seine eigene Rüstungsindustrie aus. Von den jüngsten Aufträgen gingen ebenfalls viele an westliche Lieferanten. In den aktuellen indischen Rüstungsbeschaffungsplänen sind nach Angaben von SIPRI offenbar keine Käufe von russischen Waffen mehr vorgesehen.¹⁶ Einschränkend ist zu ergänzen, dass Indien viele Jahre lang Ersatzteile für die Altbestände an russischen Waffen wird kaufen müssen. Zudem erscheint es

möglich, dass Neu-Delhi schon allein aus Kostengründen künftig wieder verstärkt russische Waffen anschaffen wird.

Die wirtschaftlichen Beziehungen zu Russland sind eng und werden weiter ausgebaut. Im Juni 2024 fuhren erstmals mit Steinkohle beladene Züge von Russland in den Iran. Dort wurde die Kohle auf Schiffe verladen und nach Indien geliefert. Genutzt wurde der Internationale Nord-Süd-Verkehrskorridor (*International North-South Transport Corridor*, INSTC), ein multimodaler Transportkorridor, der am 12. September 2000 in St. Petersburg von Iran, Russland und Indien beschlossen worden war. Zum INSTC, der von St. Petersburg nach Mumbai führt, gehören eine Eisenbahnlinie, ein Straßenverkehrsnetz und Seehäfen. Im Mai 2024 übernahm Indien das Management des iranischen Seehafens Chabahar für zunächst zehn Jahre. Chabahar ist ein Tiefseehafen, der auch große Containerschiffe aufnehmen kann, und liegt näher an der Westküste Indiens als Bandar Abbas, Irans wichtigster Hafen. Der insgesamt 7 200 Kilometer lange Transportkorridor erlaubt es indischen und russischen Unternehmen, künftig auf den langen Seeweg durch die Straße von Gibraltar und den Suezkanal zu verzichten.¹⁷

Es ist kein Zufall, dass der lange ruhende Transportkorridor im Jahr 2024 wieder intensiver diskutiert und auch genutzt wird. Indien hat Interesse an einer Steigerung der Exporte nach Russland, um das infolge der stark gestiegenen Ölimporte aus Russland hohe bilaterale Handelsbilanzdefizit zu reduzieren.¹⁸ Für Russland ist der INSTC von Belang, weil er Russlands neuer „wirtschaftlicher Fluchtweg“ vor den westlichen Sanktionen sein könnte (Krishnankutty 2024).

Der indische Premierminister Modi setzte mit seinem Besuch bei Präsident Putin im Juli 2024 ein deutliches Zeichen. Nach seiner Wiederwahl fuhr Modi nicht wie üblich zunächst in benachbarte südasiatische Staaten, sondern erstmals seit dem Jahr 2015 nach Moskau (Mukherji 2024). Modi bezeichnete Putin als Freund auch in schwierigen Zeiten („all-weather friend“) und wurde von Putin mit der höchsten russischen Auszeichnung für Zivilisten, dem Orden des Heiligen Andreas des Erstberufenen, geehrt (Parkin 2024b). Schon im Dezember des Jahres 2023 hatte Präsident Putin Premierminister Modi bei einem Investorentreffen in Moskau gelobt: Dieser verfolge eine Politik der Verteidigung der nationalen Interessen Indiens und lasse sich dabei weder einschüchtern noch beirren (Das 2024).

Die sicherheitspolitische Zusammenarbeit im indopazifischen Raum hat sich in den vergangenen zehn Jahren deutlich verändert. Der wichtigste Faktor für diesen Wandel ist das zunehmend entschlossene Auftreten der chinesischen Außenpolitik. Peking hat die alte Losung Deng Xiaopings, China solle seine Stärke zunächst nicht offen zur Schau stellen, sondern strategisch geduldig und abwartend agieren, offenbar aufgegeben. Allerdings sagte Deng auch, China solle warten, bis sich ein günstiger Moment biete, um selbstbewusster aufzutreten. Generalsekretär Xi Jinping ist offenbar zu der Einschätzung gekommen, China könne nunmehr Stärke zeigen.

Die neue Politik der Stärke hat zu Reaktionen im indopazifischen Raum geführt. Indien, Australien und Japan arbeiten heute enger mit Chinas geopolitischem Rivalen USA zusammen als zuvor. Auch die europäischen Staaten Frankreich und Großbritannien engagieren sich zunehmend im Indopazifik. Für Indien ist diese neue Politik ein Balanceakt: Einerseits betont Neu-Delhi immer wieder seine außenpolitische Unabhängigkeit, andererseits aber ist Indien allein zu schwach, um der Volksrepublik China Paroli bieten zu können. Anders als in vielen westlich geprägten Ländern ist Russland in Indien trotz des Überfalls auf die Ukraine ein gefragter und auch in der indischen Bevölkerung beliebter Partner.



NOKIA

Centre for D
Telecom Tec

Shaping Tomorrow's
Communication for
Viksit Bharat

The future of
Electronic repair
is here

Creo Pvt Ltd
lighting creativity

LIFE SYNE
JOY IS COLLECTIVE BUT
SAFETY IS PERSONAL
PREBOOK NOW!

JOY IS COLLECTIVE BUT
SAFETY IS PERSONAL
YOUR SAFETY IS OUR PRIORITY

FTPOINT
Our Expertise

IntellicDB Enterprise

Q-5G

STANERTEL PVT LTD



Development of Telematics
Technology Centre of Govt. of India

सी-डॉट
C-DOT

सी-डॉट
C-DOT

6. Die Entwicklung der indischen Wirtschaft

IMZ
INFORMATION & COMMUNICATION
TECHNOLOGY

Empower. Automate. Fly.
AIJ

6. Die Entwicklung der indischen Wirtschaft

Die Struktur der indischen Volkswirtschaft ist seit Langem von großen Gegensätzen geprägt. Die besten privaten Hospitäler führen komplexe gehirnchirurgische Operationen für wohlhabende Patienten aus den Golfstaaten durch und ersetzen Hüftgelenke für britische Staatsbürger, die nicht länger auf einen Termin beim staatlichen Gesundheitsdienst NHS warten wollen. In den Callcentern Indiens entscheiden Sachbearbeiter über Versicherungsfälle für US-amerikanische Kunden und können Forderungen über sechsstelligen Summen bewilligen oder ablehnen. Die Pharmaindustrie Indiens produziert längst nicht mehr nur Generika, sondern entwickelt Produkte auf der Basis eigener Forschung und Entwicklung. Zugleich leben Hunderte von Millionen indischer Bauern auf Subsistenzniveau und sind vergleichbar arm wie Kleinbauern in Subsahara-Afrika (Luce 2009: 56).

Indiens Wirtschaft vermittelt einen Blick auf eine hochtechnologische Zukunft im 21. Jahrhundert inmitten einer Gesellschaft, die im ländlichen Raum noch stark von traditionellen Lebens- und Wirtschaftsformen geprägt ist (Luce 2009: 59). Einerseits ist die verarbeitende Industrie Indiens relativ schwach. Andererseits gelang der im südindischen Bengaluru ansässigen *Indian Space Research Organisation* (ISRO) im September des Jahres 2023 die Landung der Sonde *Chandrayaan-3* auf dem Mond: Nur drei anderen Staaten – den USA, der UdSSR und der Volksrepublik China – war dies zuvor gelungen.

Dabei steht ISRO nur ein sehr beschränktes jährliches Budget von etwa 1,5 Milliarden US-Dollar zur Verfügung. Das Budget der indischen Raumfahrtagentur beträgt damit nur rund sechs Prozent des Budgets der

Bild S. 200/201: India Mobile Congress (IMC) im Kongresszentrum Yashobhoomi im Hauptstadttterritorium Delhi, 10. Oktober 2025. Der jährlich stattfindende IMC ist Asiens größtes Technologieforum und bringt führende Unternehmen aus der Telekommunikationsbranche, dem Technologiesektor und digitale Anbieter mit Vertreterinnen und Vertretern von Regierungen, Startups und Investoren zusammen

US-amerikanischen Raumfahrtagentur NASA. ISRO setzt nach eigenen Aussagen auf „Effizienz, Teamwork und Demut“ und hat es 2013/14 geschafft, für nur 75 Millionen US-Dollar ein Raumfahrzeug zum Mars zu senden. Premierminister Modi wies darauf hin, dass das Budget des US-amerikanischen Weltraumraum-Spielfilms *Gravity* um 25 Millionen US-Dollar höher lag als das der indischen Marsmission (Mashal 2023).

6.1. Die heutige indische Wirtschaft: Zugleich modern und traditionell

Wie in vielen anderen Volkswirtschaften stieg auch in Indien der Anteil des Dienstleistungssektors an der Wirtschaftsleistung in den vergangenen Jahrzehnten deutlich an. Im Jahr 1980 betrug dieser Wert nach Angaben der Weltbank 33,8 Prozent und kletterte bis zum Jahr 2024 auf 49,9 Prozent. Allerdings liegt der Wert für Indien damit noch deutlich unter dem Durchschnittswert der OECD-Länder, der sich im Jahr 2024 auf 72,5 Prozent der Wirtschaftsleistung belief.¹

Indiens inzwischen stark von Dienstleistungen geprägtes Entwicklungsmodell leidet allerdings unter dem geringen Zuwachs neuer Arbeitsplätze, einer verfrühten Deindustrialisierung und einem riesigen informellen Sektor (Vaishnav 2023). Das Land verfügt seit Längerem über eine leistungsfähige Informatik, liegt aber bei der verarbeitenden Industrie gegenüber anderen Entwicklungs- und Schwellenländern weit zurück. Im Vergleich mit Deutschland, aber auch den asiatischen Volkswirtschaften China und Indonesien, ist die verarbeitende Industrie Indiens wenig entwickelt. Im Jahr 2024 trug sie lediglich 13 Prozent zur indischen Wirtschaftsleistung bei, während der Vergleichswert für Deutschland 18 Prozent, für die Volksrepublik China 25 und für Indonesien 19 Prozent lautet.² In den vergangenen Jahren ist der Anteil der verarbeitenden Industrie zudem nicht gestiegen, sondern zurückgegangen.³

Die Landwirtschaft hat für Indien nach wie vor eine große Bedeutung. Zwar ist der Beitrag der Landwirtschaft, einschließlich der Forstwirtschaft und der Fischerei, zur Wirtschaftsleistung von 1980 bis 2024 von 34,4 auf 16,4 Prozent zurückgegangen. Im Vergleich zur Volksrepublik China war dieser Rückgang sehr moderat: In China war der Beitrag der Landwirtschaft im Jahr 1980 mit 29,6 Prozent fast so groß wie in Indien, während im Jahr 2024 die Landwirtschaft nur noch 6,8 Prozent zur chinesischen Wirtschaftsleistung beitrug. Die Bedeutung der Landwirtschaft für die indische Wirtschaftsleistung liegt im

Jahr 2024 etwa auf dem Niveau von subsaharischen afrikanischen Volkswirtschaften, in denen nach Angaben der Weltbank die Landwirtschaft 17,5 Prozent zur Wirtschaftsleistung betrug. In OECD-Ländern hat die Landwirtschaft dagegen eine sehr geringe Bedeutung und trug im Jahr 2024 nur 1,4 Prozent zum BIP bei.⁴

Wie wichtig die Softwareindustrie für die indische Wirtschaft geworden ist, zeigte sich schon im Jahr 2003, als die Einnahmen aus Softwareexporten erstmals die Kosten für die Einfuhr von Rohöl überstiegen (Luce 2009: 36).⁵ Ein indisches Unternehmen der Informationstechnologie, Tata Consultancy Services (TCS), wuchs aus bescheidenen Anfängen zu einem wichtigen Akteur. TCS begann das erste Projekt für einen US-amerikanischen Kunden im Jahr 1973 und überarbeitete damals die Buchhaltung eines Krankenhauses in Detroit. Im Mai des Jahres 2024 wies TCS eine Marktkapitalisierung von 170 Milliarden US-Dollar auf und war zu diesem Zeitpunkt zum Beispiel wertvoller als die deutsche Siemens AG.⁶ Im Jahr 2022 exportierte Indien Dienstleistungen im Wert von 309 Milliarden US-Dollar und hatte einen Anteil an den weltweiten Exporten von Dienstleistungen von 4,3 Prozent. Gegenüber dem Vorjahr waren die Dienstleistungsexporte um etwa 28 Prozent gestiegen.⁷ Indien nahm durch den Export von Dienstleistungen mehr ein als der weltgrößte Exporteur von Erdöl, Saudi-Arabien, im selben Jahr durch Ölexporte einnahm (236 Milliarden US-Dollar). Im Jahr 2023 erreichten die Exporte von Dienstleistungen ein Volumen von 338 Milliarden US-Dollar, ein Anstieg um das Sechsfache seit dem Jahr 2005. Gegenüber dem Vorjahr stieg der Anteil an den weltweiten Dienstleistungsexporten noch einmal leicht auf 4,6 Prozent der Weltdienstleistungsexporte an.⁸ Dieser Trend setzte sich im Fiskaljahr 2024/25, das am 31. März endete, fort. Die Dienstleistungsexporte stiegen nach Angaben der indischen Regierung gegenüber dem Vorjahr um 13,6 Prozent auf 387,5 Milliarden US-Dollar an.⁹

Allein die Exporte von Computersoftware und -dienstleistungen erhöhten sich im Zeitraum 2022/23 um 12,2 Prozent gegenüber dem Vorjahr und beliefen sich auf einen Wert von 193 Milliarden US-Dollar (Roy 2024). Trotz dieser Erfolge trägt die Informationstechnologie nur wenig zur Schaffung neuer Arbeitsplätze bei. Im Jahr 2023 beschäftigte die IT-Branche nur gut fünf Millionen Menschen. Selbst die verarbeitende Industrie beschäftigte im Jahr 2023 mit 18,5 Millionen Arbeitskräften mehr als dreimal so viele Menschen.¹⁰ Zusammengerechnet sind in den beiden Sektoren weniger als 25 Millionen Menschen und damit weniger als zwei Prozent der indischen Bevölkerung tätig.

Auch deutsche Unternehmen lassen in Indien Software entwickeln. So betreibt Mercedes-Benz im südindischen Bengaluru ein Entwicklungszentrum mit 8 500 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, die digitale Komponenten für Mercedes-Fahrzeuge entwickeln.¹¹ Der Bosch-Konzern, seit 1922 in Indien aktiv, unterhält ebenfalls in Bengaluru einen „Smart Campus“ mit etwa 10 000 Beschäftigten (Lindner/Wolter 2024: 206). SAP hat in Indien 15 000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die sich vor allem mit Grundlagenforschung beschäftigen. Etwa 40 Prozent der Forschenden des deutschen Softwarekonzerns sind in Indien tätig. Derzeit baut SAP einen etwa 16 Hektar großen neuen Campus in der Nähe des Flughafens Bengaluru.¹² BASF hat nicht nur acht Produktionsstandorte in Indien, sondern unterhält in Bengaluru auch den zweitgrößten Forschungs- und Entwicklungsstandort der BASF im asiatisch-pazifischen Raum (Alvarez et al. 2023). Der Autozulieferer Continental eröffnete Ende des Jahres 2022 ein 119 Millionen Euro teures Forschungszentrum in Bengaluru das 6 000 Entwickler beschäftigen soll (Peer 2023b). Bengaluru scheint sich zum wichtigsten Forschungsstandort der deutschen Industrie zu entwickeln.

Mercedes, Bosch und die anderen deutschen Konzerne stehen beispielhaft für einen Trend in der indischen Wirtschaft: In globalen Kompetenzzentren lassen multinationale Konzerne komplexe Entwicklungsprozesse lösen. In ganz Indien gibt es inzwischen 1 600 dieser Kompetenzzentren. Dort arbeiten etwa 1,7 Millionen Beschäftigte und verdienen im Schnitt das Vierfache des nationalen Durchschnitts. Das weltweit größte Büro des Onlineversandhändlers Amazon etwa befindet sich in Hyderabad. Ein Fünftel der Beschäftigten der US-amerikanischen Bank Goldman Sachs arbeiten in Indien, ebenso wie 20 Prozent aller weltweit tätigen Entwickler von Halbleitern.¹³

Es ist seit Langem einfacher, Bürotätigkeiten nach Indien zu verlagern als Produktionsprozesse in der verarbeitenden Industrie. In letzter Zeit hat sich das Niveau der verlagerten Bürotätigkeiten weiter erhöht. Ausländische Firmen investieren heute in *global capability centres* (GCC), denen nicht einfache Arbeitsschritte, sondern die Lösung komplexer Probleme übertragen werden. Seit dem Jahr 2010 wuchs die Zahl der in Indien operierenden GCCs von etwa 700 auf 1 580 im Jahr 2023. Die Liste der Unternehmen ist lang und beeindruckend: 85 ausländische Halbleiterunternehmen, darunter Intel und Nvidia, lassen in Bengaluru neue Chips entwickeln. Alphabet (der Mutterkonzern von Google), Amazon und Microsoft haben ebenso Forschungszentren in Bengaluru wie Boeing und Walmart.¹⁴

Aus entwicklungspolitischer Perspektive ist die Stärke Indiens bei der Entwicklung von Problemlösungen außerordentlich bemerkenswert. Indien hat heute schon erreicht, was häufig erst am Ende einer „nachholenden Entwicklung“ steht. Die am besten bezahlten und das höchste Qualifikationsniveau erfordernden Tätigkeiten werden heute nach Indien verlagert. Galt China als Werkbank der Welt, ist Indien auf dem Weg, das Büro und das Forschungslabor der Welt zu werden. In dem Maße, in dem die globale Wirtschaft wissensintensiver wird, wird Indiens Vorteil wachsen.

Ein Element der Strategie der indischen Regierung, zum führenden Exporteur von elektronischen Dienstleistungen zu werden, ist die Entwicklung eines Bündels von Instrumenten, die als digitale öffentliche Infrastruktur (*digital public infrastructure*, DPI) bezeichnet werden. Die indische Regierung hofft, mit dem Export dieser Software nicht nur Gewinne zu erzielen, sondern auch den internationalen Einfluss des Landes zu steigern. DPI ist ein Dreiklang aus Identitätsfeststellung, Zahlungssystem und Datenmanagement. Bereits erwähnt wurde „Aadhar“, das biometrische digitale System zur Identitätsfeststellung, das schon im Jahr 2010 von der damals regierenden Kongresspartei eingeführt wurde und heute nahezu alle Einwohnerinnen und Einwohner Indiens erfasst. Sechs Jahre später wurde das „Unified Payments Interface“ (UPI) vorgestellt, mit dessen Hilfe Zahlungen auch kleinerer Beträge sehr leicht abgewickelt werden können. Nahezu drei Viertel aller bargeldlosen Zahlungen in Indien wurden im Jahr 2022 mithilfe von UPI getätigt. Selbst Obstverkäufer am Straßenrand akzeptieren heute UPI. Die dritte Säule schließlich ist das Datenmanagement „DigiLocker“. Unter Nutzung der 12-stelligen „Aadhar“-Nummer können Bürgerinnen und Bürger auf ihre Dokumente zugreifen, etwa den Führerschein, Steuerdokumente oder Impfzertifikate. Um Zahlungen zu tätigen, ihre Identität zu bestätigen oder Zugang zu persönlichen Dokumenten zu erhalten, brauchen Inderinnen und Inder lediglich ihr Mobiltelefon.¹⁵

Für wohlhabende Inderinnen und Inder stellt die digitale öffentliche Infrastruktur bequeme Instrumente bereit, aber für die weniger Begüterten bedeuten diese Innovationen nicht nur einen zusätzlichen Nutzen, sondern eine dramatische Vereinfachung ihres Alltags. Selbst Verkäufer von Waren, die nur wenige Rupien kosten, können dank UPI auf die Nutzung von Bargeld verzichten. Bereits angesprochen wurde, dass die Verbindung von „Aadhar“ und UPI die zielgenaue Zahlung von Sozialleistungen ermöglicht. Der Internationale Währungsfonds schätzt, dass die indische Regierung dadurch etwas mehr als ein Prozent seiner Wirtschaftsleistung einsparen konnte.¹⁶ Aufgrund dieser von

Erfolg geprägten Bilanz will die indische Regierung ihre digitale öffentliche Infrastruktur zu einem Exportprodukt entwickeln (vgl. Abschnitt 7.4).

Neben dem Dienstleistungssektor holt aber auch die lange schwache verarbeitende Industrie auf. Zwischen 2016 und 2023 (jeweils Ende des Fiskaljahres) verdreifachte sich der Wert der Produktion von elektronischen Produkten von 37 auf 105 Milliarden US-Dollar. Im Fiskaljahr 2015 importierte Indien noch vier Fünftel der im Land gekauften Mobiltelefone. Im Jahr 2024 werden nahezu keine Mobiltelefone mehr importiert. Indiens Elektronikexporte stiegen zwar im Fiskaljahr 2023/24 um 24 Prozent gegenüber dem Vorjahr und erreichten einen Wert von 29 Milliarden US-Dollar. Im Vergleich zur Volksrepublik China, die pro Jahr Elektronik im Wert von nahezu 900 Milliarden US-Dollar exportiert, sind die indischen Exporte derzeit jedoch relativ niedrig.¹⁷ Zudem sind in anderen Segmenten Rückschläge zu verzeichnen, etwa in der Fahrzeugindustrie: Der US-amerikanische Automobilhersteller Ford hat sich nach knapp drei Jahrzehnten im Jahr 2021 aus Indien zurückgezogen und produziert dort nicht mehr. Auch Harley-Davidson und General Motors haben Indien 2020 beziehungsweise 2017 verlassen (Kristof 2023). Doch die Kombination der Wirkungen von Präsident Trumps Zollpolitik und der sinkenden Attraktivität des Produktionsstandortes China hat für einen Anstieg des Exports von elektronischen Produkten, etwa von Mobiltelefonen, gesorgt. Im Fiskaljahr 2017/18 exportierte Indien lediglich Mobiltelefone im Wert von 0,2 Milliarden US-Dollar, während sich dieser Wert im Fiskaljahr 2024/25 auf 24,1 Milliarden US-Dollar belief. Innerhalb von sieben Jahren stiegen diese Exporte also um das 120-fache.¹⁸ Die Exporte von Mobiltelefonen aus China waren im Jahr 2024 gleichwohl fast neunmal so hoch wie die Ausfuhren aus Indien.

Insgesamt leidet Indien weiterhin unter dem Erbe der sozialistischen Wirtschaftspolitik Nehrus und Indira Gandhis. Sowohl in der Regierungszeit Nehrus als auch unter Gandhi fiel Indiens Außenwirtschaft immer weiter zurück. Dies wird insbesondere bei einem Vergleich mit Südkorea deutlich. Unmittelbar nach der Unabhängigkeit 1947 lieferte Indien noch mehr als zwei Prozent der weltweiten Exporte von verarbeiteten Produkten. Bis 1966 war dieser Anteil auf ein Prozent gefallen und halbierte sich erneut bis 1983. Südkorea hingegen, dessen Exporte von Industrieprodukten noch im Jahr 1963 kaum ins Gewicht fielen, steigerte seinen Anteil an den weltweiten Exporten von verarbeiteten Produkten bis 1983 auf zwei Prozent. Zwei Faktoren erklären den Aufstieg Südkoreas und den Abstieg Indiens in diesem Zeitraum: Südkorea setzte auf eine niedrige Bewertung des koreanischen Won und investierte

in die Bildung der koreanischen Arbeitskräfte. Indien dagegen hielt an der Überbewertung der Rupie fest und unternahm auch keine systematischen Anstrengungen zur Qualifizierung der Arbeitskräfte in der verarbeitenden Industrie (Mody 2023: 199).

Die Evaluierung des heutigen Entwicklungsstands der indischen Wirtschaft und Gesellschaft fällt je nach Beobachter sehr unterschiedlich aus. Ausgesprochen kritisch ist die Analyse des aus Indien stammenden und an der Universität Princeton lehrenden Wirtschaftshistorikers Ashoka Mody. Er behauptet, dass Indiens Demokratie und Wirtschaft grundlegend beschädigt seien. Das indische Volk sei von der Unabhängigkeit bis heute von den Eliten in Politik und Wirtschaft betrogen worden (Mody 2023). Edward Luce, Journalist bei der *Financial Times* kam im Jahr 2009 zu einem anderen Ergebnis: Er wies darauf hin, dass die indische Wirtschaft trotz schlechter Infrastruktur, niedrigen ausländischen Direktinvestitionen und vielfach schlechter Schulbildung beachtliches Wachstum generiert habe. Welches Potenzial könnte Indien erst freisetzen, wenn die Infrastruktur deutlich ausgebaut und die Bildung der Bevölkerung signifikant verbessert werden würde (Luce 2009: 358)?

Der Wirtschaftshistoriker Mody weist auch auf die regionalen Disparitäten im Entwicklungsprozess hin. Während in den südlichen Bundesstaaten Indiens seit Mitte der 1980er-Jahre ein Informatik-Boom zu beobachten ist, fehlt in den nördlichen Bundesstaaten eine vergleichbare wirtschaftliche Dynamik. Der wirtschaftliche Stillstand der vergangenen Jahrzehnte war in den nördlichen Bundesstaaten Bihar, Madhya Pradesh, Rajasthan und Uttar Pradesh am ausgeprägtesten. In diesen vier Staaten lebt heute etwa ein Drittel der Bevölkerung Indiens. Diese Gruppe wurde spöttisch als „BIMARU“ bezeichnet, ein Wortspiel aus den Anfangsbuchstaben der Bundesstaaten, das zugleich den Begriff „kränklich“ auf Hindi ergibt (Mody 2023: 284). Durch den Boom im Süden wurden die Unterschiede zwischen Nord und Süd noch verstärkt. Die südlichen Bundesstaaten, vor allem die Andhra Pradesh, Karnatka, Kerala, Tamil Nadu und Telangana, sind seit den 1980er-Jahren deutlich wohlhabender geworden und unterscheiden sich in mancherlei Hinsicht von den ärmeren Bundesstaaten: Der Süden ist reicher, sicherer, weist eine höhere Lebenserwartung auf und verfügt über die qualifizierteren Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Sowohl Gewalt gegen Frauen als auch gegenüber niedrigen Kasten kommt in den südlichen Bundesstaaten seltener vor als im Norden. Die fünf genannten südlichen Bundesstaaten tragen ein Viertel zum Einkommenssteueraufkommen und zu den Gewinnsteuern bei, während Bihar und Uttar Pradesh im Norden,

wo knapp 400 Millionen Menschen leben, zusammen nur drei Prozent dieser Steuern generieren.¹⁹

Mittlerweile verbessert sich die Lage der Bevölkerung jedoch auch in den armen Regionen. Im Bundesstaat Bihar leben etwa 130 Millionen Menschen. Er ist stark von der Landwirtschaft geprägt und nur etwas mehr als elf Prozent der Bevölkerung lebt in Städten. Das dörfliche Leben war lange Zeit sehr karg. Noch vor 20 Jahren verfügte nur einer von zehn Haushalten in Bihar über Elektrizität (Luce 2009: 119). Heute sind es 83 Prozent. In ganz Indien haben nach den neuesten statistischen Erhebungen des „National Health Family Survey“ 97 Prozent aller Haushalte Strom.²⁰ Im nördlichen Bundesstaat Uttar Pradesh, in dem etwa 240 Millionen Menschen leben, lag die Lebenserwartung im Jahr 2019 mit 65,2 Jahren genau zehn Jahre unter dem Wert von Kerala, einem höher entwickelten Bundesstaat im Südwesten Indiens. Die Lebenserwartung im nördlichen Bundesstaat Bihar lag im Jahr 2019 mit 69,2 Jahren immerhin sechs Jahre unter der in Kerala,²¹ Anfang des 21. Jahrhunderts hatte der Unterschied indessen noch 15 Jahre betragen (Luce 2009: 119).

Angesichts der großen Zahl an arbeitssuchenden jungen Menschen ist es vermutlich unabdingbar, dass die verarbeitende Industrie deutlich ausgebaut wird. Einige Prognosen deuten darauf hin: Die US-amerikanische Investmentbank JP Morgan erwartet eine Steigerung des Anteils der Industrie an der indischen Wirtschaftsleistung von 15 Prozent im Jahr 2022 auf 21 Prozent bis 2031. Im gleichen Zeitraum wird mit einer Verdopplung der Exporte von Industrieprodukten gerechnet (Dhume 2022).

Die Regierung Modi hatte schon 2014 ein Programm zur Stärkung der verarbeitenden Industrie auf den Weg gebracht. Das Konzept wurde „Make in India“ genannt und sollte in 25 Sektoren die indische Industrie stärken. Zu den ausgewählten Sektoren gehörten unter anderem Automobile, Automobilkomponenten, Luftfahrt, Biotechnologie, Chemie, Bauwesen, Rüstungsindustrie, elektronische Systeme, elektrische Maschinen, Lebensmittelverarbeitung, Informationstechnologie und Geschäftsprozessmanagement, pharmazeutische Industrie sowie erneuerbare Energien.

Die gegenwärtige Regierung fördert den industriellen Aufbau mit industriepolitischen Maßnahmen und folgt damit dem Beispiel Chinas, der USA und vieler OECD-Länder. Die Regierung Modi unterstützt Unternehmen, die ihre Produktionskapazitäten ausbauen, mit Subventionen. Natürlich stellt sich die Frage, ob es wirtschaftspolitisch klug ist, steuernd in die Industrieproduktion einzugreifen. Aber gerade ein noch vergleichsweise schwach entwickeltes Land

wie Indien kann sich dem weltweiten Subventionswettlauf vermutlich nicht entziehen. Allerdings werden Subventionen allein nicht für ein Erstarken der verarbeitenden Industrie sorgen. Arvind Panagariya, ein renommierter indischer Ökonom, wies schon vor 20 Jahren darauf hin, dass die Industrie zu vielen strikten Auflagen und Gesetzen unterliege. Eine Reihe von Maßnahmen sei notwendig, damit die indische Industrie zum Beispiel mit derjenigen Chinas konkurrieren könne: Weder könnten größere indische Industrieunternehmen aufgrund von Arbeitsschutzgesetzen Mitarbeiter entlassen, noch könnten diese mit neuen Aufgaben betraut werden (Panagariya 2004a: 2593). Die in den Jahren 1976 und 1982 verabschiedeten Zusätze zum *Industrial Disputes Act* (IDA) erfordern in vielen Bundesstaaten bei Entlassungen in Betrieben mit mehr als 100 Beschäftigten die Zustimmung der Regierung (Tomlinson 2013: 216; Ahluwalia 2002: 76). Damit sinkt die Attraktivität von Investitionen in die verarbeitende Industrie, auch für ausländische Investoren (Panagariya 2004b: 30). Bis heute hat sich an dieser Situation nichts geändert (Peer 2024). Laut Panagariya müssen ebenfalls die Konkursgesetzgebung Indiens überarbeitet und die Zölle weiter abgesenkt werden (Panagariya 2004a: 2593).

Premierminister Modi orientiert sich bei seiner Wirtschaftspolitik am Modell seines Heimatbundesstaates Gujarat im Nordwesten Indiens. Dort liegt der Anteil der verarbeitenden Industrie bei 30 Prozent der Wirtschaftsleistung, was etwa dem chinesischen Niveau entspricht und doppelt so hoch ist wie in Indien insgesamt. In Gujarat werden 30 Prozent der indischen Exportprodukte hergestellt. Mit dieser auf den Ausbau der Industrie setzenden Politik ist Gujarat gut gefahren: Von 2011 bis 2021 wuchs die Wirtschaft Gujarats mit durchschnittlich elf Prozent deutlich stärker als die jedes anderen indischen Bundesstaates. Modis Wirtschaftspolitik wird von ausländischen Beobachtern auch als „Gujaratifizierung“ Indiens bezeichnet.²² Allerdings kann man die heutige Politik Indiens auch als Übernahme des ostasiatischen Entwicklungsmodells beschreiben: Indien setzt wie früher Japan oder Südkorea auf eine Steigerung der Warenexporte, verbunden mit einer anhaltend vorsichtigen Importpolitik. Finanziert werden die Investitionen vorwiegend durch interne Ersparnis und weniger durch Kredite aus dem Ausland (Ahya 2022).

Modis Netzwerke aus Gujarat spielen in der heutigen indischen Wirtschaft eine große Rolle. Eine wichtige Figur ist dabei der 1962 geborene Gautam Adani. Adani verließ im Jahr 1978 als 16-Jähriger die Schule und stieg zunächst in den Diamantenhandel ein. In den 1990er-Jahren begann er, in Infrastrukturprojekte zu investieren. Ashoka Mody behauptet, dass Adani von

der Regierung Gujarats sowohl Land als auch Erdgas zu Preisen unterhalb der jeweiligen Marktpreise bezogen haben soll (Mody 2023: 333). Adanis Aufstieg vom Händler aus Gujarat zum Großinvestor trägt märchenhafte Züge. Er ließ in den 1990er-Jahren an der Küste Gujarats den Hafen Mundra bauen, den ersten privat finanzierten Hafen Indiens. Die indische Regierung verlieh dem Hafen im Jahr 2006 den Status einer Sonderwirtschaftszone. Darauf aufbauend entwickelte Adani ein komplexes und intransparentes Firmengeflecht. Zwischenzeitlich galt er mit einem Vermögen von etwa 140 Milliarden US-Dollar als drittreichster Mensch der Welt.²³ Die Adani-Gruppe ist inzwischen insbesondere in der Entwicklung von Infrastrukturprojekten in ganz Indien, etwa dem neuen Flughafen in Mumbai, tätig.

Im Januar des Jahres 2023 wurde die Adani-Gruppe von einem US-amerikanischen Leerverkäufer, dem Unternehmen „Hindenburg Research“, angegriffen. Leerverkäufer verkaufen Aktien zu einem in der Zukunft liegenden Termin und spekulieren darauf, dass der Aktienkurs zwischenzeitlich sinkt. Aktivistische Leerverkäufer gehen noch weiter und provozieren sinkende Kurse durch Publikation eigener Analysen, die die Überbewertung der infrage stehenden Aktien belegen sollen. Sie sind also keine unabhängigen Ermittler, die Fehlentwicklungen und Übertreibungen aufzeigen wollen, sondern handeln auf eigene Rechnung und verdienen Geld, wenn die Kurse der angeprangerten Aktien fallen (Mordrelle 2023). „Hindenburg Research“ veröffentlichte am 24. Januar 2023 einen 106-seitigen Bericht mit dem Titel: „Adani-Gruppe: Wie der drittreichste Mann der Welt den größten Betrug der Unternehmensgeschichte begeht“, in dem Adani unter anderem Bilanzbetrug und Kursmanipulation vorgeworfen wurde.²⁴

Für viele Inderinnen und Inder stellte die Attacke auf die Adani-Gruppe einen Angriff auf ganz Indien dar (Babst 2023). Das Ereignis schien zunächst vieles ins Wanken zu bringen und den Beginn einer Finanzkrise in Indien zu markieren. Immerhin resultierte der Angriff von „Hindenburg Research“ in einer Reduzierung des Börsenwerts aller Adani-Unternehmen um zwei Drittel oder 150 Milliarden US-Dollar. Die Turbulenzen legten sich aber relativ schnell wieder. Die Adani-Gruppe brach nicht zusammen und die Marktkapitalisierung war schon zwei Monate nach dem Angriff wieder um 28 Milliarden US-Dollar gestiegen.²⁵ Von April 2023 bis September 2023 steigerten die Unternehmen der Adani-Gruppe ihre Gewinne um 47 Prozent (Cornish/Lockett 2024). Mitte des Jahres 2024 hatten die Unternehmen der Gruppe dann die Bewertungsabschläge nahezu vollständig zurückgewonnen.

Die spekulative Attacke auf die Adani-Gruppe hat aber ein juristisches Nachspiel. Die Adani-Gruppe reagierte mit Klagen gegen „Hindenburg Research“ unter anderem wegen Verleumdung, Marktmanipulation und Rufschädigung. Die indische Wertpapier- und Börsenaufsichtsbehörde (*Securities and Exchange Board of India*) erklärte in einem Beweisbeschluss am 26. Juni 2024, „Hindenburg Research“ habe bewusst Fakten verzerrt und mit unlauteren Methoden gearbeitet. Ein Beweisbeschluss ist eine gerichtliche Anordnung, die von einer oder mehreren Parteien verlangt, dem Gericht gegenüber etwas zu rechtfertigen, zu erklären oder zu beweisen. Die indische Wertpapier- und Börsenaufsichtsbehörde kann anschließend einen oder mehrere Akteure von indischen Finanzmärkten ausschließen und Strafen verhängen. Die indischen Behörden erhoben nicht nur den Vorwurf, „Hindenburg Research“ habe unsaubere Geschäftspraktiken verfolgt, sondern benannten auch den Hedgefonds „Kingden Capital Management“ als strategischen Partner beim Angriff auf die Adani-Gruppe (Gara et al. 2024). Im Januar 2025 stellte „Hindenburg Research“ den Geschäftsbetrieb ein. Der Firmengründer, Nate Anderson, äußerte laut BBC den Wunsch, in Zukunft mehr Zeit mit Freunden und Familie zu verbringen (Mollan 2025a).

So wie Gautam Adani hat auch Mukesh Ambani, der die Liste der reichsten Unternehmer Indiens noch vor Ersterem anführt, ebenfalls einen engen Bezug zu Gujarat. Im Nordwesten des Bundesstaates liegt die Jamnagar-Raffinerie des von ihm geführten Konzerns Reliance. Mit einer Rohölverarbeitungskapazität von 1,4 Millionen Barrel Rohöl pro Tag ist sie die größte Raffinerie der Welt.²⁶ Anlässlich des 25-jährigen Jubiläums der Grundsteinlegung der Raffinerie wurde Ende des Jahres 2024 ein Festakt gefeiert, an dem auch der indische Innenminister Amit Shah teilnahm. Trotz der Diversifizierung des Unternehmens trägt die Jamnagar-Raffinerie die Hälfte zum Konzernumsatz von 225 Milliarden US-Dollar bei (Kay et al. 2025).

Ambani, der im jemenitischen Aden geboren wurde, betont gern, dass er aus einfachen Verhältnissen stamme und als Kind mit acht Personen in einem einzigen Zimmer gelebt habe. Er hat nicht nur das von seinem Vater übernommene Unternehmen ausgebaut, sondern innerhalb weniger Jahre auch den Markt für Telekommunikationsdienstleistungen aufgerollt. Sein Unternehmenskonglomerat Reliance war zuvor vor allem in der Petrochemie und Textilindustrie tätig. Im Jahr 2016 blies Ambani zum Angriff auf die etablierten Telekommunikationsanbieter Bharti Airtel und Vodafone. Diese versorgten indische Kundinnen und Kunden zu hohen Kosten mit dem Mobilfunkstandard 3G. Ambanis neues Unternehmen „Jio“ setzte dagegen von Anfang an auf

4G, bot kostenlose Anrufe und Textnachrichten und unterbot die etablierten Anbieter bei den Kosten für Internetdaten um drei Viertel (Mandhana/Purnell 2023). Im Mai des Jahres 2024 war Jio der Marktführer mit 475 Millionen aktiven Kunden, gefolgt von Airtel mit 388 Millionen und Vodafone mit 218 Millionen Kunden (Kumar 2024).

Die Modernität der indischen Volkswirtschaft zeigt sich aber nicht nur im Telekommunikationssektor. Auch bei der Entwicklung von Software und anderen elektronischen Dienstleistungen hat Indien schon heute beachtliche Erfolge aufzuweisen. Zu Beginn dieses Jahrzehnts wurden fast 70 sogenannte Einhörner gezählt. Dies sind Unternehmensneugründungen mit einer Unternehmensbewertung von mehr als einer Milliarde US-Dollar. Damit lag Indien auf Rang drei hinter China und den USA (Subramanian/Felman 2022). Nicht nur die süd-indische Stadt Bengaluru hat sich zu einem Zentrum der High-Tech-Wirtschaft entwickelt, sondern auch das im Bundesstaat Telangana gelegene Hyderabad. Dieser Bundesstaat wurde erst im Jahr 2014 von Andhra Pradesh abgeteilt und hat sich seitdem äußerst positiv entwickelt. Mit nur 2,7 Prozent der Einwohnerinnen und Einwohner Indiens erwirtschaftet Telangana nahezu fünf Prozent der indischen Wirtschaftsleistung. Die Hauptstadt Hyderabad, auch „Cyberabad“ genannt, verfügt nicht nur über die größte Amazon-Niederlassung weltweit, auch Google und Microsoft bauen ihre Präsenz in Hyderabad weiter aus.²⁷

Telangana ist ein Beleg für den Nutzen dezentraler Strukturen in einer Volkswirtschaft. Nach der Gründung des Bundesstaates im Jahr 2014 setzte die Landesregierung auf eine investorenfreundliche Wirtschaftspolitik und schaffte viele Regulierungen ab. Auch andere Bundesstaaten versuchen, diesen Pfad zu beschreiten, aber Telangana garantierte den Abschluss bestimmter Genehmigungsverfahren innerhalb von 15 Tagen.²⁸ Zugleich weist der Erfolg einiger Bundesstaaten auch auf die unterschiedlichen Entwicklungen hin. Während der arme Bundesstaat Bihar im Nordosten Indiens im Jahr 2022 nur eine jährliche Wirtschaftsleistung von etwas mehr als 2 000 US-Dollar pro Kopf aufwies, lag die Pro-Kopf-Wirtschaftsleistung in Telangana und Karnataka bei 12 000 US-Dollar (jeweils zu Kaufkraftparitäten gerechnet).²⁹

6.2. Die indische Diaspora

Im 21. Jahrhundert prägen Menschen indischer Abstammung die Vorstands-tagen von US-amerikanischen Konzernen, aber auch die Softwareentwicklung vieler Unternehmen in Europa und die Baustellen der prosperierenden

Volkswirtschaften am Persischen Golf. Der Vorstandsvorsitzende von Microsoft, Satya Nadella, hat ebenso wie die Chefs von IBM und Alphabet, Arvid Krishna und Sundar Pichai, indische Wurzeln. Das gilt auch für die bis Januar 2025 amtierende US-amerikanische Vizepräsidentin und gegen Donald Trump unterlegene Präsidentschaftskandidatin Kamala Harris oder den bis Juli des Jahres 2024 amtierenden britischen Premierminister Rishi Sunak. 25 Vorstandsvorsitzende der 500 führenden börsennotierten US-amerikanischen Unternehmen (Standard & Poor's 500) haben ebenso indische Vorfahren wie der Chef der Weltbank, Ajay Banga, sechs Parlamentarier in Australien und fünf in den USA (Lall 2023). Im neuen britischen Unterhaus ist die Zahl der Abgeordneten mit indischen Wurzeln nach den Wahlen vom 4. Juli 2024 auf den neuen Rekordwert von 26 Personen gestiegen.³⁰

Die Auswanderung aus Indien ist jedoch keine Erfindung der letzten Jahre, sondern begann im 19. Jahrhundert. Die anhaltende wirtschaftliche Talfahrt Indiens im 19. Jahrhundert führte ab den späten 1830er-Jahren zu einem Export von Humankapital in andere britische Kolonien, in denen aus unterschiedlichen Gründen Arbeitskräftemangel herrschte. Indische Vertragsarbeiter ersetzten in der Karibik versklavte Menschen auf Zuckerrohrplantagen. In Kolonien europäischer Staaten und Unternehmen in Südostasien, dem Südpazifik und Afrika erhöhten indische Arbeiter das verfügbare Humankapital und ermöglichten die intensivere Bewirtschaftung von Minen und Plantagen. Rund fünf Millionen Inder verließen im 19. Jahrhundert ihre Heimat. Es ist fraglich, ob es ohne die indischen Exporte von Arbeitskräften überhaupt ein britisches Kolonialreich hätte geben können (Washbrook 2022: 28).

Schon vor fast 20 Jahren waren US-Amerikanerinnen und -Amerikaner indischer Abstammung die am besten verdienende Gruppe in den USA und wiesen ein durchschnittliches Jahreseinkommen von über 50 000 US-Dollar auf (Luce 2009: 282). Die Netzwerke von in die USA ausgewanderten Inderinnen und Indern mit Informatikern, die weiterhin in Indien lebten, funktionieren schon seit den 1990er-Jahren: Aufträge aus den USA sorgen für Nachfrage und Beschäftigung in indischen Softwarefirmen. Seit einigen Jahrzehnten gilt die Informatik ambitionierten Indern auch als Vehikel zur Auswanderung in die USA oder andere OECD-Länder (Tomlinson 2013: 221).

Diese Entwicklung hat sich fortgesetzt. Im Jahr 2019, dem letzten Jahr vor der Coronapandemie, entfielen nahezu drei Viertel der sogenannten H-1B-Visa in den USA auf Menschen aus Indien.³¹ Das H-1B-Programm erlaubt Hochqualifizierten, in den USA zu arbeiten. Es richtet sich an Arbeitgeber, die Ausländer

mit Nichteinwanderungsstatus als Arbeitnehmer für ausgewählte Tätigkeiten mit besonderen Qualifikationen einstellen möchten.³² Im Jahr 2022 gingen erneut 73 Prozent der H-1B Visa an Inderinnen und Inder.³³

Die Auswanderungswelle aus Indien hält an: Jedes Jahr verlassen etwa 2,5 Millionen Menschen das Land. Besonders große indische Gemeinden finden sich in den USA, Saudi-Arabien, den Vereinigten Arabischen Emiraten, Südafrika, Kenia und im Vereinigten Königreich (Linder/Wolter 2024: 131). In einigen Bereichen deutet sich indessen eine Abschwächung des Auswanderungsdrucks an. Die hohen Gehälter, die Informatiker in Indien verdienen, führen zu einem abnehmenden Interesse an einer Tätigkeit im Ausland.³⁴

Unterschieden wird im indischen Recht zunächst zwischen Personen indischer Herkunft (*Persons of Indian Origin*, PIOs) und nicht in Indien ansässigen Staatsbürgern (*Non-resident Indians*, NRI). Nicht ansässige Staatsbürger leben und arbeiten im Ausland und unterliegen dort der Steuerpflicht, wenn sie weniger als 182 Tage in Indien verbringen (Naujoks 2020: 164). Personen indischer Herkunft hingegen haben die Staatsbürgerschaft des neuen Heimatlandes angenommen. Da Indien keine doppelte Staatsbürgerschaft zulässt, mussten viele Ausgewanderte ihre indische Staatsbürgerschaft aufgeben. Diese Gruppe der Personen indischer Herkunft (PIOs) umfasst gegenwärtig etwa 18 Millionen Menschen. Zu den PIOs werden auch in Mauritius, Fidschi, Malaysia, Singapur und Südafrika lebende Nachfahren früherer Auswanderer gezählt. Weitere 13 Millionen indische Staatsbürger leben Schätzungen der indischen Regierung zufolge im Ausland, haben aber weiterhin einen indischen Pass (Naujoks 2020: 165).

Während im Ausland lebenden Chinesinnen und Chinesen oft Misstrauen entgegenschlägt, werden Inderinnen und Inder in vielen Fällen mit offenen Armen empfangen. 70 Prozent der US-Amerikanerinnen und -Amerikaner haben eine positive Meinung von Indien, während nur 15 Prozent ein positives Bild der Volksrepublik China haben.³⁵ Gewiss reflektiert diese unterschiedliche Behandlung zweier Einwanderergruppen auch den geopolitischen Konflikt. Wesentlich verantwortlich für die tendenziell wohlwollende Behandlung von indischen Einwanderern sind deren oftmals hoher Bildungsgrad, die häufig guten englischen Sprachkenntnisse und der überdurchschnittliche Beitrag, den sie zur Entwicklung der Wirtschaft in der Aufnahmegesellschaft leisten.

Dies gilt selbstredend in erster Linie für indischstämmige Personen, die in westliche Industriegesellschaften ausgewandert sind und dort leben: 2,7 Millionen leben in den USA, 835 000 in Großbritannien, 720 000 in Kanada und

579 000 in Australien. Eine größere Zahl ist allerdings in die Nachbarstaaten Saudi-Arabien und die Vereinigten Arabischen Emirate (VAE) ausgewandert, wo sich 2,5 beziehungsweise 3,5 Millionen Inderinnen und Inder niedergelassen haben.³⁶ In Mumbai wird gespottet, die saubersten indischen Städte seien Abu Dhabi und Dubai. In den Emiraten leben heute mehr Inder als Emiratist (3,5 Millionen zu 1,2 Millionen Menschen), 83 000 Unternehmen sind dort im Besitz von indischen Staatsbürgern. Für Indien übernehmen die VAE eine wichtige Funktion als wirtschaftliches Tor zum Weltmarkt – ohne die lähmende indische Bürokratie, den lästigen Straßenverkehr, die langen Schlangen an den Flughafenschaltern der Grenzbehörden und die hohen Einkommenssteuern Indiens. In den VAE wird keine Einkommenssteuer erhoben, während der Spitzensteuersatz in Indien nahezu 40 Prozent beträgt. Auch die Unternehmenssteuern sind in den Emiraten niedriger und vor allem ist deren Erhebung weniger komplex.³⁷

Während in den ersten Jahren nach der Unabhängigkeit vorwiegend gering qualifizierte Menschen nach Großbritannien auswanderten, unterschied sich die Migration in die klassischen Einwanderungsländer USA, Kanada und Australien ab Mitte der 1960er-Jahre deutlich von diesem Muster. Zuvor gab es sowohl in den USA als auch in Australien explizite Beschränkungen für die Zuwanderung von Indern. Nach der Revision der US-amerikanischen Einwanderungsgesetze im Jahr 1965 zogen die Vereinigten Staaten vor allem Hochqualifizierte an.³⁸ Auch Kanada und Australien liberalisierten ab Mitte der 1960er-Jahre ihre Zuwanderungsregime und setzten auf die Einwanderung von qualifizierten Migranten.

Die indischen Zuwanderinnen und Zuwanderer fallen sowohl in den USA als auch in Australien durch überdurchschnittliche Bildung auf. In den Vereinigten Staaten verfügen fast 80 Prozent der in Indien geborenen Einwohnerinnen und Einwohner über mindestens einen Bachelor-Abschluss, während zum Beispiel nur 50 Prozent der aus China stammenden Bevölkerung einen Bachelor haben. Bei der Gesamtbevölkerung der USA liegt dieser Wert bei gerade einmal 30 Prozent. Vergleichbare Werte zeigen sich in Australien, wo zwei Drittel der indischstämmigen Einwohnerinnen und Einwohner zumindest einen Bachelor-Abschluss aufweisen, ein doppelt so hoher Wert wie bei der Gesamtbevölkerung.³⁹ Ein indischstämmiger, in Melbourne arbeitender Uber-Fahrer, im Nebenberuf IT-Experte, betrachtete die guten Arbeitsmöglichkeiten von Indern in Australien als eine Folge der schwachen Konkurrenz auf dem australischen Arbeitsmarkt: „You know, there are very few educated Australians.“⁴⁰

Die in Chennai geborene Indra Nooyi leitete zwölf Jahre lang den Pepsico-Konzern und sitzt im Aufsichtsrat von Amazon. Sie zeigt sich davon überzeugt, dass die Kombination von indischen und US-amerikanischen Spitzenuniversitäten für die hohe Zahl von Führungskräften indischer Abstammung in den USA gesorgt habe: In Indien gebe es bei den Auswahlprüfungen der besten Universitäten keine Vetternwirtschaft und Patronage, sondern anonymisierte Auswahlverfahren (vgl. Abschnitt 3.8). Beim anschließenden Studium in den USA würden die indischen Studierenden neue Schwerpunkte setzen und insbesondere im kritischen Denken gefördert werden. Diese Kombination habe großartige Führungskräfte hervorgebracht (Lindner 2023a).

Einzelfälle sind die eingangs genannten Führungspersönlichkeiten nicht: In einer Verbleibstudie untersuchten Ökonomen, welchen Pfad die erfolgreichsten Absolventen des strikten Eingangstests der renommierten indischen technischen Hochschulen eingeschlagen hatten. Von den besten 1 000 des Prüfungsjahrgangs 2010 wanderten 36 Prozent aus, von den besten 100 waren es 62 Prozent und von den besten zehn suchten neun ihr berufliches Glück im Ausland (Choudhury et al. 2023: 10). Wenig überraschend ist der Befund, dass nahezu zwei Drittel der untersuchten Top-Talente der indischen Hochschulen in die Vereinigten Staaten auswanderten, aber nur drei Prozent nach Deutschland (Choudhury et al. 2023: 1, 13).

Wenig überraschend ist ebenfalls, dass die indischstämmigen Menschen in den Vereinigten Staaten sehr gut verdienen. In den USA beträgt der Median des Haushaltseinkommens dieser Gruppe 150 000 US-Dollar und liegt damit doppelt so hoch wie der Median aller Haushalte. Chinesische Einwanderer verfügen mit 95 000 US-Dollar zwar ebenfalls über ein Medianeinkommen, das über dem der Gesamtbevölkerung liegt, fallen aber deutlich hinter den indischen Zuwanderern zurück. In Australien sind die Verhältnisse ähnlich, aber etwas weniger deutlich: Indischstämmige erzielen ein Haushaltseinkommen von 87 000 US-Dollar, während der Wert bei allen Haushalten bei rund 62 000 US-Dollar liegt.⁴¹

Auch in Deutschland sind Zuwanderinnen und Zuwanderer aus Indien überdurchschnittlich erfolgreich. Sie erzielten mit einem Medianmonatslohn von 5 227 Euro Ende des Jahres 2022 die höchsten Einkommen sozialversicherungspflichtiger Beschäftigter in Vollzeit nach Staatsangehörigkeit. Die Medianeinkommen von Österreichern (4 895 Euro), US-Amerikanern (4 862 Euro) und auch von Deutschen (3 785 Euro) liegen deutlich unter den Einkommen von Indern. Niedriger als die für Deutsche gemessenen Werte sind die Medianeinkommen

von Ausländern insgesamt (2881 Euro) (Plünnecke 2024: 267). Ein wichtiger Grund für die hohen Einkommen der zugewanderten Inderinnen und Inder ist, dass viele von ihnen in der Mathematik, Informatik, Naturwissenschaft oder Technik (MINT-Berufen) tätig sind. Von Ende des Jahres 2012 bis Ende Juni 2023 stieg die Zahl der Menschen aus Indien in diesen Berufen von 7000 auf 48 500 Personen, ein Anstieg um nahezu 600 Prozent (Plünnecke 2024: 265).

Die Zahl der in Deutschland lebenden Inderinnen und Inder hat sich von 2010 bis 2020 von 48 300 auf 150 800 mehr als verdreifacht. Ihr Anteil an der Gesamtzahl der in Deutschland lebenden Ausländer war im Jahr 2020 mit 1,6 Prozent zwar recht niedrig. Allerdings steigt die Zahl der in Deutschland arbeitenden Inderinnen und Inder weiter an: Von Januar des Jahres 2020 bis Januar 2024 hat sich die Zahl der Beschäftigten aus Indien nach Angaben der Bundesagentur für Arbeit von 70 050 auf 143 610 Menschen mehr als verdoppelt.⁴² Auffällig ist, dass 57,8 Prozent der im März 2021 sozialversicherungs-pflichtig beschäftigten Inderinnen und Inder einen qualifizierten Abschluss aufwiesen und damit deutlich besser qualifiziert waren als Inländer (28,3 Prozent) und Ausländer insgesamt (16,5 Prozent mit qualifiziertem Abschluss) (Geis-Thöne 2022: 28).

In den USA hat sich eine Gruppe von indischstämmigen Einwanderinnen und Einwanderern zur „Indiaspora“ zusammengeschlossen. Die Gruppe wirbt für ein positives Bild der indischen Neu-Amerikaner. Deren Befund, indische Zuwanderer seien motiviert und suchten (mit Erfolg) nach dem amerikanischen Traum, erscheint plausibel.⁴³ Möglicherweise sorgen die indischen Migrantinnen und Migranten mit ihren Ambitionen für eine neue Selbstvergewisserung der US-amerikanischen Gesellschaft: Die indischstämmigen US-Amerikaner zeigen, dass das Aufstiegsversprechen in den USA noch immer intakt ist. Verblüffend ist in diesem Zusammenhang etwa, dass nahezu 60 Prozent der Hotels in den USA im Besitz von Menschen indischer Abstammung sind (Sinha 2024). Und obwohl der Anteil der indischstämmigen US-Amerikanerinnen und -Amerikaner bei nur etwa 1,5 Prozent der Gesamtbevölkerung liegt, wird deren Beitrag zum Einkommenssteueraufkommen auf etwa fünf Prozent geschätzt.⁴⁴

Die bereits angesprochene positive Perzeption indischer Einwanderer liegt also auch in den hohen Einkommen dieser Migranten und ihrem über-durchschnittlichen Beitrag zum Steueraufkommen begründet. Anders als in Deutschland häufig unterstellt, leisten Zuwanderer erst dann einen Beitrag zur Steigerung der Pro-Kopf-Wirtschaftsleistung einer Volkswirtschaft, wenn

ihr Einkommen über dem Median der Gesamtbevölkerung liegt.⁴⁵ Insbesondere in Ländern mit hohen Transferleistungen reduziert sich der Wohlstand aller, wenn Niedrigqualifizierte zuwandern, die geringe Einkommen erzielen und Transferzahlungen in Anspruch nehmen. In den USA oder Australien steigern die indischstämmigen Zuwanderer den Wohlstand der Gesamtbevölkerung und dämpfen ihn nicht. Das kann sich auf die politische Akzeptanz der Migration auswirken. Die meisten Migrantinnen und Migranten, denen nach dem 1. Januar 2019 in Australien eine Daueraufenthaltsgenehmigung erteilt wurde, können zum Teil mehrere Jahre lang bestimmte Sozialleistungen und Vergünstigungen nicht in Anspruch nehmen.⁴⁶

Im Vergleich zum Heimatland Indien selbst gibt es bei den in den USA lebenden Inderinnen und Indern offenbar sehr viel weniger kastenübergreifende Hochzeiten. Die Auswanderer bewahren, wie so oft, die Traditionen des Heimatlandes unabhängig von den Veränderungen, die dort stattfinden (Luce 2009: 303). Politisch zeigen sich Personen mit indischen Wurzeln häufig erstaunlich konservativ. Die indischstämmige frühere britische Innenministerin Suella Braverman etwa gehört dem rechten Flügel der Conservative Party an und wehrt sich gegen Erwartungen, dass politische Ansichten sich automatisch von der Zugehörigkeit zu einer gesellschaftlichen Gruppe beziehungsweise von der Hautfarbe ableiten ließen (Lall 2023). Der US-amerikanische Unternehmer Vivek Ramaswamy kritisiert die Woke-Bewegung als „psychologische Sklaverei“, betrachtet den Klimawandel als eine Erfindung und unterstützte nach dem Scheitern seiner eigenen Kandidatur für die US-Präsidentschaft Donald Trump. Ramaswamy wurde vom *World Economic Forum* vor einigen Jahren zu einem „Young Global Leader“ gekürt, woraufhin er sich beschwerte und klarstellte: Er sei kein „Weltbürger“, sondern Bürger der USA (Lindner 2023b). Ramaswamy fordert die Abschaffung von Programmen zur Förderung benachteiligter Gruppen, die in den Vereinigten Staaten als *affirmative action* bezeichnet werden. Er vertritt die Position, dass nur Leistung und nicht Herkunft über den beruflichen Erfolg einer Person entscheiden sollte. In Indien sei das Kastensystem für mangelnde Dynamik verantwortlich (Lindner 2023b).

In den kommenden Jahren wird die indische Volkswirtschaft auch von der stetig wachsenden indischen Diaspora profitieren. Volkswirtschaftlich sind die Heimatüberweisungen im Ausland arbeitender indischer Staatsbürgerinnen und Staatsbürger von erheblicher Bedeutung. Nach Angaben der Weltbank flossen in kein anderes Land im Jahr 2023 annähernd so viele Heimatüberweisungen wie nach Indien, das 125 Milliarden US-Dollar verbuchte, gefolgt

von Mexiko (67 Milliarden US-Dollar) und China (50 Milliarden US-Dollar). Weltweit beliefen sich Heimatüberweisungen auf einen Betrag von insgesamt rund 791 Milliarden US-Dollar.⁴⁷ Die Relevanz der Heimatüberweisungen verdeutlicht ein Vergleich mit den – im Jahr 2023 niedrigen – ausländischen Direktinvestitionen: Diese machten im Jahr 2023 nur etwa ein Fünftel der Heimatüberweisungen aus. Die Heimatüberweisungen werden von den indischen Finanzbehörden vergleichsweise großzügig gehandhabt: In jedem Fiskaljahr (April bis März) können Einzelpersonen bis zu 250 000 US-Dollar nach Indien überweisen.⁴⁸

6.3. Ausländische Direktinvestitionen

Seit dem Rekordjahr 2015, als nach Angaben der Konferenz der Vereinten Nationen für Handel und Entwicklung (UNCTAD) ausländische Direktinvestitionen weltweit in Höhe von rund 2 219 Milliarden US-Dollar getätigt wurden, gingen die Neuinvestitionen im Jahr 2023 bis auf 1 509 Milliarden US-Dollar zurück. Die Vermutung, dies könnten vor allem Effekte der Pandemie sein, bestätigt sich nicht: Schon im Jahr 2018 lagen die globalen ausländischen Direktinvestitionen bei 1 294 Milliarden US-Dollar und stiegen nach dem Tiefstand 2020 (969 Milliarden US-Dollar) zwischenzeitlich wieder auf 1 677 Milliarden US-Dollar (2021) an. Der Rückgang der weltweiten Neuinvestitionen im Ausland ist daher vermutlich eher mit der globalen geopolitischen Konstellation als mit den Folgen der Pandemie zu erklären.⁴⁹

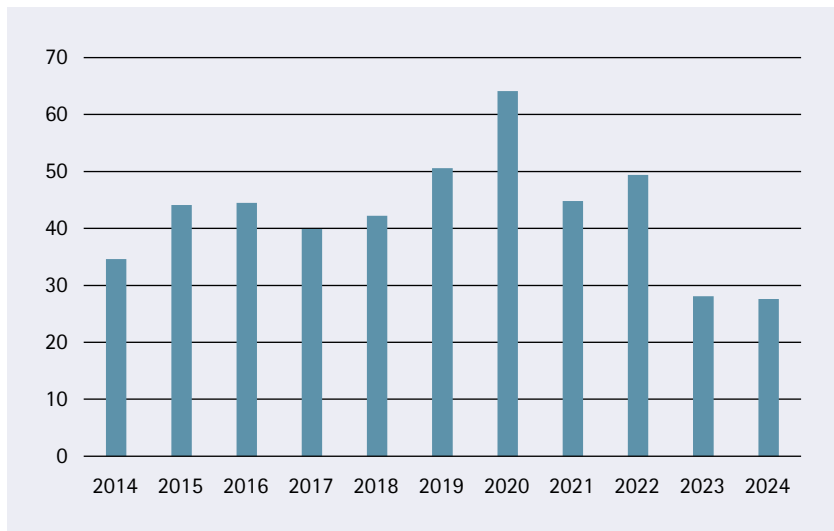
In Indien hat eine kleine Zahl von an der Küste gelegenen Bundesstaaten – Karnataka, Tamil Nadu, Maharashtra, Gujarat und Andra Pradesh – lange einen Großteil der ausländischen Direktinvestitionen gewinnen können. Im Jahr 2010 lagen in diesen fünf Bundesstaaten 60 von 114 Sonderwirtschaftszonen, die besonders viele Investitionen anzogen. Ausländische Direktinvestitionen in der verarbeitenden Industrie fanden überwiegend durch die Schaffung neuer Produktionskapazitäten und weniger durch Übernahmen und Firmenzusammenschlüsse statt (Tomlinson 2013: 198). Die hohen Erwartungen an den Anstieg von Direktinvestitionen haben sich nicht erfüllt: Für das Fiskaljahr 2022/23, das von April bis März reicht, war mit ausländischen Direktinvestitionen in Höhe von mehr als 100 Milliarden US-Dollar gerechnet worden (Peer 2022). Tatsächlich war es weniger als die Hälfte dieses Wertes. Ausländische Direktinvestitionen wuchsen keineswegs stetig und verharrten auch in jüngster Zeit, anders als erwartet, auf niedrigem Niveau.

Von einem massiven Strom ausländischer Direktinvestitionen nach Indien kann bei Betrachtung der Daten in Abbildung 1 keine Rede sein. Es überrascht, dass Indien besonders im Vergleich mit anderen Entwicklungs- und Schwellenländern schlecht abschneidet. Im Jahr 2023 flossen von den insgesamt 867 Milliarden US-Dollar an ausländischen Direktinvestitionen, die in Entwicklungsländern getätigt wurden, lediglich 3,3 Prozent nach Indien. Dies kann sich ändern, aber gegenwärtig wird Indien von ausländischen Investoren eher geschmäht als gesucht.

Eine Welle von Direktinvestitionen nach Indien ist also gegenwärtig nicht zu beobachten. Obwohl zwischen 2014 und 2021 nahezu 11 000 ausländische Unternehmen erstmals in Indien investierten, blieben die Nettoeffekte überschaubar, weil in der gleichen Zeit 2 783 ausländische Unternehmen ihre Geschäftstätigkeit in Indien beendeten.⁵⁰ Indien wird daher einen anderen, eigenen Weg zu anhaltendem Wirtschaftswachstum finden müssen, und Investitionen eher aus inländischer Ersparnis finanzieren müssen.

Innerhalb der regierenden *Bharatiya Janata Party* (BJP) sind ausländische Direktinvestitionen ohnehin umstritten. Die BJP ist keine liberale, sondern eine

➤ **Abbildung 2** Ausländische Direktinvestitionen in Indien, 2014 bis 2024
(in Milliarden US-Dollar)



Quelle: UNCTAD, World Investment Report 2025, <https://unctad.org/publication/world-investment-report-2025>.

stark nationalistisch geprägte Partei, in der es skeptische Stimmen in Hinblick auf die Öffnung des Landes gibt. Premier Modi konnte die Kritiker seines partiellen Öffnungskurses bislang in Schach halten, aber die tief sitzenden Ressentiments gegenüber einer weitreichenden Liberalisierung der Außenwirtschaft prägen die Politik des Landes nach wie vor.

Dabei könnte Indien künftig von der zunehmend erratischen Wirtschaftspolitik der chinesischen Regierung und den inzwischen offen zutage getretenen Strukturschwächen der chinesischen Wirtschaft profitieren. In China werden ausländische Investoren in ein immer engeres Regulierungskorsett gezwungen. Für viele ausländische Investoren bedeutet die chinesische Entwicklung eine Enttäuschung: Was zunächst aussah wie eine wachsende, sich liberalisierende und sich zum Weltmarkt hin öffnende Volkswirtschaft, wird mehr und mehr zu einem Albtraum für ausländische Investoren, der ihnen nur noch niedrige Erträge liefert. Heute überdecken die hohen chinesischen Exporte den beginnenden Niedergang des Landes. Im Jahr 2024 erzielte China einen Rekordüberschuss im Warenhandel von 992 Milliarden US-Dollar. Dieser Überschuss ist aber keinesfalls Ausdruck der Stärke der chinesischen Volkswirtschaft, sondern reflektiert vor allem die sehr schwache Binnennachfrage. Ein wesentlicher Faktor für die eingetrübten Perspektiven Chinas ist der Rückgang des Wertes der Wohnimmobilien, der auf 18 000 Milliarden US-Dollar beziffert wird. Dies entspricht nahezu dem vierfachen Bruttoinlandsprodukt Deutschlands, das nach Angaben der Weltbank im Jahr 2024 bei 4 660 Milliarden US-Dollar lag. Chinas Regierung hat zwar einen veritablen Zusammenbruch der Immobilienpreise verhindert, aber stattdessen liegt der Niedergang des Immobiliensektors wie Mehltau über der chinesischen Volkswirtschaft (Wakabayashi/Dong 2025). Chinesische Konsumenten haben das Vertrauen auf den weiteren Aufstieg des Landes verloren und reagieren auf die düsteren Perspektiven mit einer Einschränkung ihres Konsums. Insbesondere Luxusgüter aus europäischer Produktion – ob deutsche Autos oder französische Mode – werden gemieden. Vor diesem Hintergrund fragen sich viele Anleger, ob Indien ein verlässlicherer Partner ist (Armstrong/Wu 2023).

Für große Aufmerksamkeit sorgte im Jahr 2022 die Entscheidung von Apple, einen Teil der neuesten iPhones nicht mehr ausschließlich in China, sondern auch in Indien herstellen zu lassen. Schon 2027 könnte die Hälfte aller iPhones in Indien produziert werden. Dies wäre ein deutlicher Anstieg vom Wert des Jahres 2023, als noch fünf Prozent der iPhones in Indien produziert wurden (Feng 2023).⁵¹ Wie zuvor in China liegt die Verantwortung für die Produktion in Indien nicht bei Apple selbst, sondern beim Unternehmen Hon Hai Precision

Industry, bekannt als Foxconn. In der Nähe der südindischen Metropole Chennai baut Foxconn derzeit Unterkünfte für 60 000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die in der neuen Fabrik künftig iPhones herstellen werden (Cohen/Lima 2023). In der Nähe von Bengaluru im südindischen Bundesstaat Karnataka baut Foxconn eine weitere Fabrik mit einer Jahreskapazität von 20 Millionen iPhones. Zwei weitere Produktionsstätten für iPhones in Bengaluru werden bereits vom Tata-Konzern betrieben.⁵²

Doch Foxconn belässt es nicht bei Telefonen, sondern baut auch ein neues, großes Werk für Halbleiter im westindischen Gujarat. Die Dimensionen sind gewaltig: Foxconn plant zusammen mit einem indischen Partner Investitionen von insgesamt 20 Milliarden US-Dollar. Sollten diesen Planungen realisiert werden, würden ausländische Direktinvestitionen in Indien einen enormen Schub bekommen. In dieser Fertigungsstätte sollen einmal 100 000 Menschen arbeiten, gut zehnmal so viele wie im einst geplanten Intel-Werk in Magdeburg (Peer 2022).⁵³ Apple und seine Auftragsfertiger sind keine Einzelfälle: Auch ihr Konkurrent Samsung betreibt seine größte Fabrik zur Herstellung von Mobiltelefonen in Indien.⁵⁴

Indien wird für ausländische Investoren als Produktionsstandort zukünftig vermutlich attraktiver werden. Anders als in der Volksrepublik China nehmen in Indien die politischen Risiken eher ab als zu. Das Interesse vieler Unternehmen an einer Diversifizierung der Produktionsnetzwerke könnte auf mittlere Sicht Investitionen in Indien begünstigen.⁵⁵ Ein Wettlauf ausländischer Investoren ist allerdings noch nicht in Sicht.

6.4. Der Ausbau der Infrastruktur

Optimistische Prognosen bezüglich der künftigen wirtschaftlichen Entwicklung Indiens beruhen auf der Annahme, dass das Land seinen verarbeitenden Sektor weiter ausbauen wird. Eine unabdingbare Voraussetzung dafür ist die Verbesserung der indischen Infrastruktur. Bislang ist die indische Infrastruktur den Anforderungen an eine in den Weltmarkt integrierte Volkswirtschaft noch nicht gewachsen. In den vergangenen Jahren hat die indische Regierung jedoch viel in die Verbesserung des Straßen-, Schienen- und Hafennetzes des Landes investiert.

Die Infrastruktur Indiens war lange Zeit in sehr viel schlechterem Zustand als in anderen Entwicklungsländern. Als das *World Economic Forum* 1998 für den „Global Competitiveness Report“ die Infrastruktur in 53 Ländern untersuchte,

landete Indien auf dem letzten Platz (Mody 2023: 289). Das zentrale Problem ist leicht zu verstehen, aber schwer zu lösen: So stehen beispielsweise die Wasser- und Elektrizitätsversorger unter großem politischen Druck, den indischen Konsumenten ihre Produkte zu niedrigen Preisen anzubieten. Zudem wird sowohl Wasser als auch Strom häufig gestohlen. Im Geschäftsjahr 2022/23 machten die staatlichen Versorger insgesamt einen Verlust von etwa acht Milliarden US-Dollar (Vipra 2024). Den entsprechenden Unternehmen fehlt im Ergebnis das Geld für Neuinvestitionen. Um die Infrastruktur insbesondere für private Verbraucher zu verbessern, wäre es laut dem Wirtschaftshistoriker Ashoka Mody und anderen Beobachtern notwendig, dass indischen Konsumenten für Strom und Wasser einen angemessenen Preis bezahlen (Mody 2023: 289).

Der Ausbau der Infrastruktur hatte für die Regierung Modi seit dem Beginn ihrer Amtszeit im Jahr 2014 einen hohen Stellenwert. So haben sich die Ausgaben für Straßen und den Eisenbahnverkehr, gemessen als Anteil an der Wirtschaftsleistung, zwischen 2014 bis 2023 mehr als verdreifacht.⁵⁶ Im Fiskaljahr 2023/24 (April bis März) sah die indische Regierung Ausgaben in Höhe von 120 Milliarden US-Dollar für den Ausbau der Infrastruktur vor. Gegenüber dem Jahr zuvor war dies ein Anstieg um 30 Prozent (Li/Agarwal 2023). Auch nach der Bildung der Koalitionsregierung im Juni des Jahres 2024 hat sich daran nichts geändert. Im Fiskaljahr 2024/25 sollen 133 Milliarden US-Dollar in den Ausbau der Infrastruktur fließen, was einem Anteil von 3,4 Prozent des BIP entspricht.⁵⁷ Diese hohen Ausgaben zeigen Wirkung: Indien erlebt einen infrastrukturellen Ausbau, wie er außerhalb Chinas beispieleslos ist.

Die indische Luftfahrtindustrie ist seit Langem ein Sinnbild für die wirtschaftliche Lage des Landes. Die Geschichte von Air India, der nationalen Fluggesellschaft, begann auf einem winzigen Flugplatz in Karatschi im ungeteilten Indien an einem Morgen im Oktober 1932, als J.R.D. Tata, ein damals 28-jähriger Spross der bereits beschriebenen Unternehmerfamilie (vgl. unter anderem Abschnitt 2.4), in einem einmotorigen Flugzeug nach Bombay abhob (Biswas 2021). Tata hatte als erster Inder eine Pilotenlizenz erworben. Im Jahr 1953 wurde „Tata Air Service“, die inzwischen in Air India umbenannt worden war, verstaatlicht und entwickelte sich zu einem Paradebeispiel für die Lethargie, die niedrigen Qualitätsstandards und die Folgen der staatlichen Monopole, die Indiens hoch regulierte Wirtschaft kennzeichneten.⁵⁸

Seit der Reprivatisierung von Air India an die Tata-Gruppe Anfang des Jahres 2022 kündigt sich ein massiver Umbruch an: Die Fluggesellschaft hat 470 neue Flugzeuge bestellt, mit einer Option für weitere 370. Zum Zeitpunkt der

Bestellung verfügte Air India über eine Flotte von gerade einmal 149 Flugzeugen. Von den 470 Bestellungen entfallen 70 auf Langstreckenjets von Airbus und Boeing. Bislang gab es in ganz Indien lediglich 50 langstreckentaugliche Großraumflugzeuge.⁵⁹ Zum Vergleich: Die Lufthansa, ohne Tochtergesellschaften, hat aktuell 101 Langstreckenflugzeuge in der Flotte, einschließlich der Tochtergesellschaften sind 170 Langstreckenmaschinen im Einsatz.⁶⁰

Die Rekordbestellung bei Airbus und Boeing markiert einen Bruch mit der bisherigen Air India: Die neue Air India will, so Natarajan Chandrasekaran, Vorstandsvorsitzender der Tata-Gruppe, ein „Weltklasse-Angebot“ liefern. Der neue Maßstab soll Singapore Airlines sein, ein enger Kooperationspartner von Air India. Der schiere Umfang dieses Auftrags zeigt das Bestreben des Unternehmens, seine Position auf dem Heimatmarkt zu stärken und zugleich ein Konkurrent für die Großgesellschaften des Nahen Ostens – Emirates, Etihad und Qatar Airways – zu werden. Die Anschaffung von modernen Flugzeugen wie dem Airbus A350 wird es Air India ermöglichen, Ziele in den USA und Australien direkt zu bedienen. Dies sind wirtschaftlich attraktive Strecken, weil in beiden Ländern eine große indische Diaspora lebt (Inamdar 2023).

Im Juni des Jahres 2023 bestellte IndiGo, Indiens größte Fluggesellschaft nach Marktanteil, bei Airbus 500 neue Flugzeuge – die größte Flugzeugbestellung in der Geschichte der Zivilluftfahrt. Zwar werden die Flugzeuge erst in den 2030er-Jahren geliefert werden, sie sind aber auch nur ein Teil der von IndiGo bestellten Flieger: Zwischen 2005 und 2023 hat die Fluggesellschaft insgesamt 1 330 Flugzeuge bei Airbus bestellt (Leggett/Inamdar 2023). Danach sind noch einmal 60 Langstreckenflugzeuge dazugekommen (je 30 im Mai 2024 und Juni 2025). Bis zum Jahr 2030 will IndiGo den Umsatz verdoppeln und verstärkt in das internationale Geschäft einsteigen.⁶¹

Bis zum Jahr 2042 wird der indische Inlandsflugverkehr voraussichtlich fünfmal so groß sein wie im Jahr 2019, wobei die Inderinnen und Inder jedes Jahr rund 685 Millionen Flüge unternehmen werden. Dafür werden neue Flughäfen und Flugzeuge in großen Stückzahlen benötigt (Tewari 2024).

Die Regierung Narendra Modis hat es geschafft, einige Lücken in der Infrastruktur zu schließen. Gerade auch die zügige Planung und der rasche Bau von neuen Flughäfen, Häfen und Überlandstraßen sind auf der Habenseite der Regierung Modi zu verbuchen (Tharoor 2023). Für den Nutzer indischer Flughäfen hat sich in den vergangenen Jahren tatsächlich viel geändert: Nicholas Kristof, weit gereister Journalist der *New York Times*, fliegt heute lieber von indischen Flughäfen ab als von US-amerikanischen. Indische Flughäfen

seien früher ein Albtraum gewesen, aber heute funktionierten sie reibungslos, zügig und effizient (Kristof 2023). Der Flughafen im südindischen Bengaluru etwa zählt zu den modernsten der Welt und kann sich mit vielen Flughäfen in OECD-Ländern messen. Mumbais von der Adani-Gruppe verwalteter Chhatrapati Shivaji Maharaj International Airport wurde von den Lesern eines Reisemagazins zu einem der zehn besten Flughäfen der Welt gewählt.⁶²

Im Dezember 2022 wurde im Norden des Bundesstaates Goa ein zweiter Flughafen eröffnet. Regierungschef Modi wies bei dieser Gelegenheit darauf hin, dass es bis 2014 – dem Jahr seines Regierungsantritts – in ganz Indien 70 Flughäfen gegeben habe und seither 72 neue Airports eröffnet worden seien.⁶³ Heute ist Indien nicht nur einer der Märkte mit dem schnellsten Wachstum an Passagieren und Fracht, auch das Fliegen wird in Indien sicherer. Der *International Civil Aviation Organization* (ICAO) der Vereinten Nationen zufolge ist Fliegen in Indien heute weniger gefährlich als in China oder der Türkei. Im globalen Ranking der Flugsicherheit sprang Indien 2022 von Platz 102 auf Rang 48.⁶⁴

Der Absturz von Air India 171, einer Boeing 787, die am 12. Juni 2025 auf dem Weg nach Großbritannien war, hat das Bild einer sicherer werdenden Luftfahrt allerdings getrübt. Zwar ist die Absturzursache noch nicht abschließend geklärt, aber es erscheint möglich, dass einer der beiden Piloten durch Unterbrechung der Treibstoffzufuhr das Flugzeug vorsätzlich zum Absturz brachte. Die BBC berichtete im Juli 2025, dass nur wenige Sekunden nach dem Abheben des Flugzeugs beide Treibstoffkontrollschalter des Dreamliners abrupt in die „Cut-off“-Position geschaltet wurden, wodurch den Triebwerken der Treibstoff ausging und ein vollständiger Leistungsverlust ausgelöst wurde. Das Umschalten in die „Cut-off“-Position erfolgt normalerweise erst nach der Landung (Biswas 2025). Sollten sich die Vermutungen bestätigen, wäre der Flug Air India ein weiterer Fall eines erweiterten Pilotensuizids, vergleichbar mit dem von Co-Pilot Andreas Lubitz vorsätzlich herbeigeführten Absturz des Germanwings-Fluges 9525 am 24. März 2015, dem Verschwinden des Malaysia-Airlines-Fluges 370 am 8. März 2014 oder dem Absturz von Silk-Air-Flug 185 am 19. Dezember 1997 in Sumatra. Allerdings haben Angehörige der Verstorbenen inzwischen eine Klage gegen die Flugzeughersteller Boeing und Honeywell eingereicht und behaupten, die Treibstoffkontrollschalter seien unzureichend konstruiert gewesen und wegen dieses technischen Mangels sei die Boeing 787 abgestürzt (Chia 2025).

Trotz dieses Unglücks geht der Ausbau des indischen Flugverkehrs mit unvermindertem Tempo weiter. Das vermutlich wichtigste Projekt für die indische Luftfahrt ist Navi Mumbai International Airport, der zweite Großflughafen der

westindischen Finanzmetropole. Der für den Bau des neuen Flughafens betriebene Aufwand ist beachtlich: Rund 8 000 Arbeiter, die rund um die Uhr im Einsatz waren, haben 55 Millionen Kubikmeter Gestein weggesprengt, einen Fluss umgeleitet und Sümpfe trockengelegt. Sieben Dörfer wurden erworben und 3 113 Familien umgesiedelt. Die Arbeiten am Flughafen begannen im Jahr 2021, seit dem 25. Dezember 2025 ist der Flughafen in Betrieb. Das ist im weltweiten Vergleich schnell und in Indien beispiellos.

In seiner Endausbaustufe, deren Fertigstellung für 2032 geplant ist, ist der Flughafen auf 90 Millionen Passagiere pro Jahr ausgelegt, etwas weniger als das Passagieraufkommen am Flughafen Atlanta, dem am meisten frequentierten der Welt. Der Flughafen soll mit Hochgeschwindigkeitszügen an das Binnenland angebunden werden. Das erste Terminal wurde von einem der renommiertesten Architekturbüros der Welt, Zara Hadid Architects aus London, geplant. Für die erste Ausbaustufe mit einer Kapazität von 20 Millionen Passagieren pro Jahr sind Kosten von etwa 2,4 Milliarden US-Dollar veranschlagt.⁶⁵ Damit kostet Mumbais neuer Flughafen etwas mehr als ein Viertel des Berliner Flughafens Berlin-Brandenburg, der die Steuerzahler schlussendlich 7,3 Milliarden Euro beziehungsweise 7,95 Milliarden US-Dollar kostete. Navi Mumbai soll den Flughäfen im Nahen Osten, insbesondere Dubai und Doha, Konkurrenz machen.

Im Straßenbau werden wichtige Verbindungen neu geschaffen, etwa die Schnellstraße Neu-Delhi–Mumbai durch die Bundesstaaten Haryana, Rajasthan, Madhya Pradesh, Gujarat und Maharashtra. Die Neubaustrecke verkürzt die Entfernung zwischen Neu-Delhi und Mumbai um rund 150 Kilometer und die Fahrzeit von bislang 24 auf 13 Stunden. Die Straße wird zunächst mit acht Fahrspuren gebaut, wobei ein zukünftiger Ausbau auf zwölf Fahrspuren vorgesehen ist.⁶⁶ Angesichts der Verhältnisse auf vielen indischen Überlandstraßen, wo sich oft Ochsenkarren, Elefanten und der übliche Straßenverkehr begegnen, muten vor allem die vollständige Zugangskontrolle und die Erhebung von Straßenbenutzungsgebühren bemerkenswert an. Die vollständige Inbetriebnahme – große Teilabschnitte können bereits befahren werden – war für Ende des Jahres 2025 geplant.

Die Größenordnung der geplanten Straßenbaumaßnahmen ist beachtlich. Die Länge der modernen, gebührenpflichtigen Schnellstraßen lag im Jahr 2014 bei 353 Kilometern und stieg bis 2023 auf 3 913 Kilometer. Das Ministerium für Straßenverkehr und Autobahnen plant, bis zum Jahr 2047 insgesamt 50 000 Kilometer zugangskontrollierte Schnellstraßen zu bauen. Erwartet wird, dass die durchschnittliche Geschwindigkeit von Lastwagen auf diesen Straßen von



Baustelle für Mumbais Küstenstraßenprojekt, 21. Februar 2024. Die neue achtspurige Schnellstraße an der Küstenlinie Mumbais soll die Fahrtzeit zwischen den südlichen und den nördlichen Teilen der Millionenstadt verkürzen

gegenwärtig 45 auf 75 bis 80 Kilometer pro Stunde steigen wird.⁶⁷ Das gesamte Straßennetz wuchs von 381 000 Kilometern im Jahr 2014 auf 729 000 Kilometer im Jahr 2023.⁶⁸

Auch im wohlhabenderen Süden wird viel investiert. Im Februar des Jahres 2024 äußerte der indische Verkehrsminister Nitin Gadkari die Hoffnung, dass die Arbeiten an der Schnellstraße Bengaluru–Chennai und der Umgehungsstraße um Bengaluru bis Dezember des Jahres 2024 abgeschlossen sein werden.⁶⁹ Die vollständige Inbetriebnahme der Schnellstraße zwischen Bengaluru und Chennai konnte jedoch noch nicht erfolgen, sondern wird für August des Jahres 2026 erwartet.⁷⁰ Für die beiden bedeutenden Standorte der IT-Industrie sind diese Infrastrukturverbesserungen von Relevanz und könnten zwischen beiden Städten künftig Reisezeiten von unter drei Stunden, zumindest im Idealfall, ermöglichen.

Einiges wird auch unternommen, um das Schienennetz und die Eisenbahnen zu modernisieren. Im Januar 2023 wurde zwischen der indischen Eisenbahngesellschaft und Siemens ein Vertrag über die Lieferung von 1 200 Lokomotiven geschlossen. Es handelt sich um den größten Einzelauftrag für Lokomotiven in der über 175-jährigen Firmengeschichte des Siemens-Konzerns. Die Motoren der Lokomotiven sollen in Indien hergestellt werden.⁷¹

Seit dem Jahr 2019 verkehren in Indien entwickelte Schnellzüge, die „Vande Bharat“ genannt werden. Die Züge sind modern gestaltet und stellen eine deutliche Verbesserung gegenüber älteren Zugarnituren dar, erreichen aber keine Hochgeschwindigkeiten. Im Regelbetrieb erreichen die Züge maximal 160 Kilometer pro Stunde. Auf der Strecke von Mumbai nach Ahmedabad, der Hauptstadt des Bundesstaates Gujarat, ist jedoch der Einsatz eines Hochgeschwindigkeitszugs japanischer Bauart geplant. Durch die Fahrzeuge der Shinkansen-Baureihe E5, die eine Geschwindigkeit von bis zu 320 Kilometern pro Stunde erreicht, wird der neue Zug die Reisezeit zwischen den beiden Städten von derzeit sechs auf nur noch zwei Stunden verkürzen.⁷² Der kommerzielle Betrieb von Indiens erstem Hochgeschwindigkeitszug soll im Jahr 2027 beginnen.⁷³

Für ausländische Investoren wird die Fertigstellung der Güterverkehrskorridore (*dedicated freight corridors*, DFC), die wichtige Industriegebiete im Landesinneren mit Überseehäfen verbinden, zu einer erheblichen Verbesserung der Investitionsbedingungen führen. Für die Integration indischer Industrieunternehmen in internationale Produktionsnetzwerke ist gerade der Ausbau des Güterverkehrs von Belang. Gebaut werden derzeit zwei DFC: Einmal der rund 1 500 Kilometer lange „Western Corridor“ zwischen Neu-Delhi und mit dem Jawaharlal-Nehru-Hafen in Maharashtra im Westen, zum anderen der fast 1 900 Kilometer lange „Eastern Corridor“ zwischen dem Bundesstaat Punjab und Kolkata (früher: Kalkutta). Letzterer ging im Jahr 2024 in Betrieb, während der westliche Korridor im Oktober 2025 eröffnet werden sollte (Kaushik 2025). Dort werden Güterzüge von einem Kilometer Länge doppelstöckig gestapelte Container mit einer Geschwindigkeit von 70 Kilometern pro Stunde – und damit fast dreimal so schnell wie die heutigen Güterzüge – transportieren. Weitere vier Transportkorridore werden gegenwärtig geplant. Die indische Regierung hofft, mit den Güterverkehrskorridoren den Anteil der auf der Schiene transportierten Gütern von derzeit 27 auf 45 Prozent bis zum Jahr 2030 zu steigern.⁷⁴

Die Güterverkehrskorridore werden vor allem für kleine und mittlere Unternehmen von Bedeutung sein, die aufgrund der geringeren Transportkosten ihre Handelskosten deutlich senken können und damit auf Märkten außerhalb Indiens an Konkurrenzfähigkeit gewinnen werden. Während Indien bereits seit Jahrzehnten über Unterseekabel mit vielen Märkten für elektronische Dienstleistungen verbunden ist, werden die DFC eine vergleichbare Infrastruktur für den Handel mit Industriegütern schaffen. Der Effekt dieser Infrastrukturmaßnahmen ist die Senkung der Handelskosten. Gerade für Unternehmen im Binnenland wird es deutlich billiger werden, Waren mit dem Ausland zu handeln.

Die bisherigen Transportmittel, vor allem Lastwagen, waren nicht nur unproduktiv, sondern auch relativ kostspielig. Indiens Unternehmen, vor allem jene im Binnenland, rücken so näher an die Märkte der Welt heran. Künftig werden sie den Vorteil nutzen können, dass der Transport eines Containers zum Beispiel von Mumbai nach Nordeuropa nur halb so lang dauert wie von chinesischen Häfen und damit deutlich billiger sein kann. Die indische Regierung hofft, durch den Ausbau der Infrastruktur die Kosten für die Logistik innerhalb Indiens von derzeit 14 Prozent des BIP auf 8 Prozent im Jahr 2030 zu senken.⁷⁵

Auch die städtischen Verkehrssysteme werden ausgebaut. Als Narendra Modi 2014 sein Amt antrat, erstreckte sich das gesamte U-Bahn-Netz des Landes über 229 Kilometer in fünf Städten: Bengaluru, Neu-Delhi, Gurgaon, Kolkata und Mumbai. Das entsprach damals weniger als der Hälfte der Länge der Metro in Shanghai. Doch die Regierung Modi hat seitdem einen massiven Ausbau des U-Bahn-Netzes vorangetrieben. Im April 2023 umfasste das indische U-Bahn-Netz bereits 870 Kilometer in 18 Städten. Weitere rund 1 000 Kilometer U-Bahn-Strecken in insgesamt 27 Städten sind im Bau.⁷⁶

Obwohl die Geschwindigkeit und das Ausmaß des indischen U-Bahn-Ausbaus seit 2014 beeindruckend waren, sind die damit verbundenen Fahrgastzahlen enttäuschend. Im staugeplagten Bengaluru, der indischen High-Tech-Metropole, erreicht die erste Linie der viel gepriesenen U-Bahn nur sechs Prozent der projektierten Fahrgastzahlen, obwohl die Durchschnittsgeschwindigkeit für Autos während der Rushhour dort nur 18 Kilometer pro Stunde beträgt und damit weltweit den zweitniedrigsten Wert nach London aufweist. Auch in Mumbai und Kolkata liegen die Nutzerzahlen um zwei Drittel unter den geplanten Werten.⁷⁷

Ein Grund für die überraschend niedrigen Nutzerraten der U-Bahnen ist gewiss die Gewohnheit vieler Reisender, sich wie bisher im Taxi oder der Auto-rikscha fahren zu lassen. Bei Fahrten zu Flughäfen, etwa in Neu-Delhi, fällt aber auch immer wieder auf, dass kaum indische Flugreisende die Bahn nutzen, wohl aber ausländische Besucherinnen und Besucher. Ein deutscher Verbandsrepräsentant, der in Mumbai residierte und häufig in Neu-Delhi zu tun hatte, sorgte wegen seines Reiseverhaltens immer wieder für Erstaunen: Er stieg stets in einem der besten Hotels der Stadt, dem „Imperial“, ab, fuhr vom Flughafen dorthin aber immer mit der U-Bahn. Für wohlhabende Inderinnen und Inder ist es offenbar unschicklich, auf die Nutzung der eigenen Limousine zu verzichten und öffentliche Verkehrsmittel zu nutzen, selbst wenn diese auf dem Niveau der U-Bahnen Singapurs, also erstklassig, sind.

Die Regierung Modi lässt es aber nicht bei Maßnahmen zur Verbesserung von Straßen und Flughäfen bewenden, sondern baut auch Wohnungen im ländlichen Raum. Von 2024 bis 2028 sollen dort 20 Millionen neue Unterkünfte entstehen und nicht nur für Wohnraum, sondern auch für Arbeitsplätze sorgen.⁷⁸ Zum Vergleich: Umgerechnet auf Deutschland entspräche dies 1,2 Millionen Wohnungen in fünf Jahren – und damit ungefähr der Zahl an deutschen Neubauten, die tatsächlich pro Jahr errichtet werden. Allerdings müsste für einen präzisen Vergleich noch die Bautätigkeit in indischen Städten hinzugerechnet werden. Bedeutender als der staatliche ist indessen der private Wohnungsbau. Indische Immobilienentwickler werden im laufenden Jahrzehnt bis zu 100 Millionen neue Wohneinheiten fertigstellen. Sie reagieren damit auf eine stark steigende Nachfrage nach neuen Wohnungen, die wiederum von rasch steigenden Haushaltseinkommen getrieben wird (Swaminathan 2024).

6.5. Indiens Außenhandel: Zwischen Autarkie und Freihandelsabkommen

Der indische Außenhandel erfuhr in den zurückliegenden fünf Jahren eine Zäsur, für die vor allem der Ukraine-Krieg verantwortlich ist. Zwischen den Jahren 2019 und 2024 stiegen die Einfuhren aus Russland um nahezu 1000 Prozent, was vor allem auf den drastisch gestiegenen Import von russischem Erdöl zurückzuführen ist. Im Jahr 2023 stammten 90 Prozent des in Indien verbrauchten Erdöls aus dem Ausland. Etwa ein Drittel dieser Importe kam aus Russland. Für die Öleinfuhren wendete Indien 181 Milliarden US-Dollar auf, was gut einem Viertel der gesamten Importe entspricht.⁷⁹

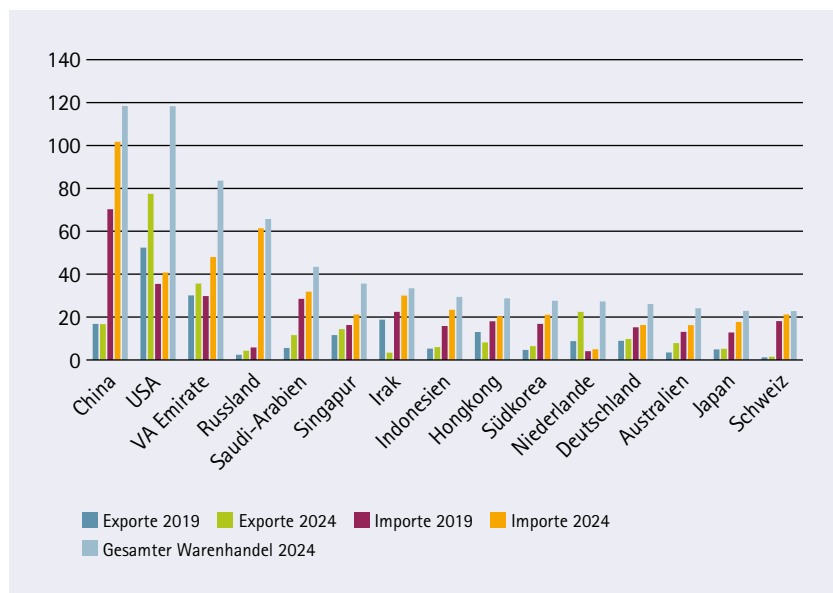
Der indische Warenhandel weist eine Reihe von bemerkenswerten Charakteristika auf. Der Handel Indiens mit den beiden geopolitischen Rivalen China und USA war im Jahr 2024 fast genau gleich groß. Allerdings ist der Güterhandel mit China deutlich asymmetrisch: Das Defizit im bilateralen Handel beträgt im Jahr 2024 über 80 Milliarden US-Dollar. Auf Platz drei der Handelsstatistik liegen schon die Vereinigten Arabischen Emirate, mit denen Indien insbesondere von der indischen Westküste aus einen lebhaften Handel betreibt.

Auffällig ist, dass europäische Handelspartner für Indien bisher nur eine untergeordnete Rolle spielten. Unter den wichtigsten zehn Handelspartnern fand sich im Jahr 2024 kein europäisches Land, unter den wichtigsten 15 nur zwei EU-Länder. Nach Deutschland exportierten indische Unternehmen 2024 lediglich 2,2 Prozent der gesamten indischen Wareneinfuhren, während in die

USA immerhin 17,7 Prozent der Warenexporte geliefert wurden. Die vergleichsweise geringe Distanz zwischen den Häfen Indiens und Westeuropas scheint zumindest bislang keine vorteilhafte Wirkung auf den Warenhandel gehabt zu haben.

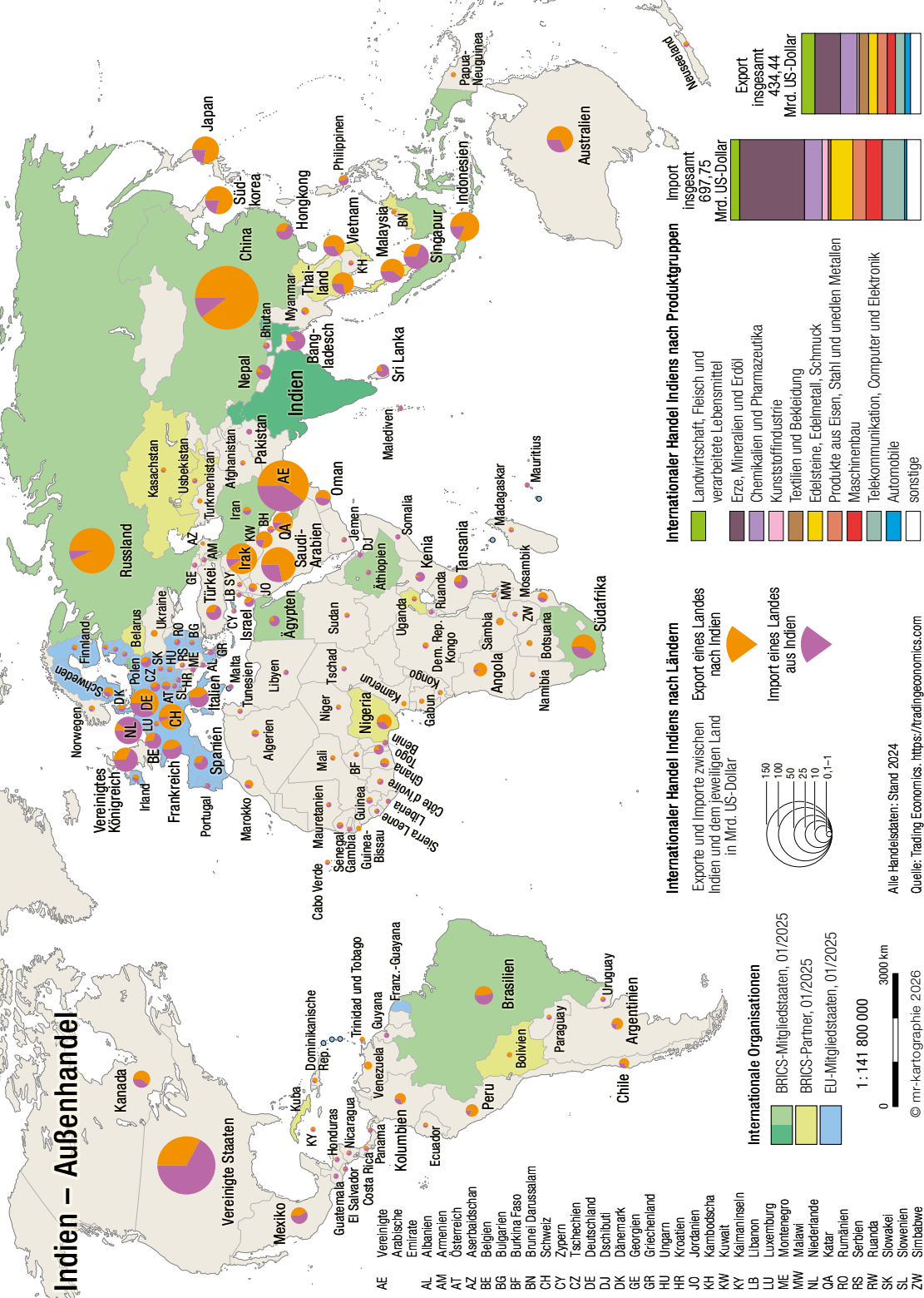
Anders als in vielen anderen Volkswirtschaften spielten Freihandelsabkommen in Indien lange keine zentrale Rolle bei der Organisation des Außenhandels. Ein wesentlicher Grund hierfür ist, dass die regionale Freihandelszone SAFTA (*South Asian Free Trade Area*), der Indien seit ihrer Gründung 2004 angehört, relativ unbedeutend ist. Im Jahr 2024 machten die Exporte in die SAFTA-Länder nur 5,8 Prozent der indischen Ausfuhren aus. Bei den Importen waren es sogar nur 0,8 Prozent, die aus den Nachbarstaaten stammten.⁸⁰ Zu den Mitgliedsländern der im Jahr 2006 in Kraft getretenen SAFTA gehören neben Indien Afghanistan (seit 2011), Bangladesch, Bhutan, Malediven, Nepal, Pakistan und Sri Lanka. Die niedrigen Handelsvolumina reflektieren sowohl

➤ **Abbildung 3** Indiens Warenhandel nach Handelspartnern, 2019 und 2024
(in Milliarden US-Dollar)



Quelle: Global Trade Research Initiative: Five-Year Review of India's Merchandise Trade, Mai 2024, <https://www.gtri.co.in/DisplayFlagshipReports.aspx?ID=42>.

Indien – Außenhandel



Alle Handelsdaten: Stand 2024
Quelle: Trading Economics. <https://tradingeconomics.com>

die angespannten politischen Beziehungen, insbesondere zwischen Indien und Pakistan, als auch die schwache wirtschaftliche Entwicklung der SAFTA-Länder mit Ausnahme von Bangladesch und Indien.

Die vorhandenen Institutionen zur Regulierung des internationalen Handels, vor allem die Welthandelsorganisation (WTO), sind im Niedergang begriffen. Der Hauptgrund für diese nüchterne Einschätzung ist der sich verschärfende geopolitische Konflikt zwischen China und den USA. Während man in Washington mit einer allmählichen Verringerung des Einflusses der Kommunistischen Partei Chinas auf die chinesische Wirtschaft gerechnet hatte, ist das Gegenteil eingetreten. Vor diesem Hintergrund werden US-amerikanische Politiker auch nach der Amtszeit von Donald Trump eine Renaissance der WTO nicht unterstützen, weil sowohl die allermeisten Demokraten als auch Republikaner die Einschätzung vertreten, dass die Volksrepublik China sich weder an die Regeln noch an Geist des multilateralen Handelsregimes hält und dies auch in Zukunft nicht tun wird. Der Rekordhandelsbilanzüberschuss Chinas im Jahr 2024, der sich auf 993 Milliarden US-Dollar belief, hat die kritische Perception der chinesischen Handelspolitik nicht nur in den USA, sondern weltweit weiter beflügelt (Dieter 2025a).

Für Indien wie auch für die meisten anderen Mitgliedsländer der WTO stellt sich damit die Frage nach möglichen Alternativen. Während Peking und Washington eine Politik der partiellen Autarkie verfolgen, schätzen viele andere Volkswirtschaften weiterhin die Vorteile der grenzüberschreitenden Arbeitsteilung. Beide rivalisierenden Mächte stehen ökonomisch gesehen vor schwierigen Zeiten: China hat mit zu geringer Binnennachfrage zu kämpfen und exportiert Waren und Kapital um jeden Preis, während die USA zu viele Waren und zu viel Kapital aus dem Ausland importieren. Die Frage nach dem angemessenen Maß der US-amerikanischen Kapitalimporte ist nicht trivial, aber die vergleichsweise hohen Zinsen, die die Regierung der USA auf die hohen Staatsschulden berappen muss, zeigen eine wachsende Skepsis von Marktteilnehmern hinsichtlich der Schuldentragfähigkeit der Vereinigten Staaten (Dieter 2025b). Im Juli 2025 lag die Rendite von zehnjährigen Staatsanleihen in den USA bei 4,39 Prozent pro Jahr, in Deutschland bei 2,71 Prozent und in Italien bei 3,55 Prozent.⁸¹ Doch in welchem Forum sollte der internationale Handel geregelt werden? Eine Möglichkeit wären plurilaterale Abkommen: groß genug, um die Verwaltung des internationalen Handels zu vereinfachen, und klein genug, um Trittbrettfahrer auszuschließen. Eine bestehende Freihandelszone, etwa das bereits existierende Abkommen der Länder des pazifischen Raums,

das *Comprehensive and Progressive Agreement for Trans-Pacific Partnership* (CPTPP),⁸² könnte zu einer neuen globalen Gruppe erweitert werden. Dieses Abkommen, das ursprünglich als TPP (*Trans-Pacific Partnership*) bekannt war, würde die Möglichkeit bieten, die Handelsbeziehungen der wichtigsten Wirtschaftsnationen außerhalb der WTO weiterzuentwickeln.

Großbritannien beantragte bereits im Jahr 2021, dieser indopazifischen Freihandelszone beizutreten, nachdem es die EU verlassen hatte (Hayashi 2021). Das Vereinigte Königreich hat das Beitrittsprotokoll am 16. Juli 2023 unterzeichnet und ist seit dem 15. Dezember 2024 Vertragsstaat.⁸³ Sowohl die Europäische Union als auch die Vereinigten Staaten könnten ebenfalls dem CPTPP beitreten (Cutler et al. 2019). Die Präsidentin der EU-Kommission und der deutsche Bundeskanzler haben diese Idee, die anfangs utopisch erschien, im Juni 2025 unterstützt (Gusbeth et al. 2025). Ein Beitritt der USA erscheint gegenwärtig illusorisch zu sein. Eine erweiterte CPTPP wäre somit der Versuch, die internationalen Wirtschaftsbeziehungen ohne China und die USA neu zu regulieren.

Das CPTPP ist ein vergleichsweise ambitioniertes Abkommen, das die Regulierung von Dienstleistungen umfasst und wie die WTO Liberalisierungsschritte vorsieht, die automatisch umgesetzt werden müssen (Elms 2019). Das Abkommen regelt eine Reihe aktueller Bereiche, die in der WTO unzureichend behandelt werden. Dazu gehören nicht nur die Rolle staatlicher Unternehmen, sondern auch der Handel mit Waren im Internet (*E-Commerce*) und der Zugang zu nationalen Märkten für landwirtschaftliche Produkte (Lake 2020). Das CPTPP verfügt über drei Streitbeilegungsverfahren, darunter ein spezielles Verfahren zur Behandlung von Streitigkeiten über Arbeits- und Umweltfragen.

Für Indien wäre der Beitritt zum CPTPP ein kühner Schritt hin zu einer Liberalisierung der indischen Außenwirtschaftspolitik, aber er ist nicht undenkbar. Neu-Delhi würde indischen Unternehmen Zugang zu einem Markt verschaffen, der nicht viel kleiner ist als der von den WTO-Regeln abgedeckte. Im Gegensatz zu China sind die staatlichen Unternehmen in Indien nicht annähernd so wichtig. Die Einhaltung der Subventionsregeln des CPTPP dürfte Indien sehr viel leichter fallen als China. Anstatt separate Abkommen mit dem Vereinigten Königreich, der Europäischen Union und Japan auszuhandeln, würde Indien Zugang diesen großen Märkten erhalten. Natürlich bleiben viele Fragen offen. Vor allem hat die Europäische Union erst im Juni des Jahres 2025 offiziell die Absicht geäußert, mit dem CPTPP zusammenzuarbeiten. In Anbetracht der enormen Hindernisse für eine sinnvolle WTO-Reform und der ständig zunehmenden Spannungen mit Peking bleibt das CPTPP jedoch ein

wichtiges Thema, das Beachtung erfordert und mittelfristig auch erhalten wird. Der Geschäftsführer des Wirtschaftsforschungsinstituts Niti Aayog, BVR Subrahmanyam, regte im Dezember 2024 eine indische Mitgliedschaft in CPTPP an.⁸⁴ Diese Stimme hat Gewicht: Niti Aayog ist aus der früheren Nationalen Planungskommission hervorgegangen und ist das wichtigste Institut, das die indische Regierung in wirtschaftspolitischen Fragen berät.

Lange schien Indien sich jedoch in eine andere Richtung zu entwickeln. Premierminister Modi entschied im Jahr 2019, dass Indien nicht an der von der ASEAN-Gruppe initiierten Freihandelszone *Regional Comprehensive Economic Partnership* (RCEP) teilnehmen wird. Die Beteiligung Chinas war wahrscheinlich der wichtigste Grund für den Rückzug Neu-Delhis. Außenminister Subrahmanyam Jaishankar argumentierte im November 2020, Indien habe sich in der Vergangenheit zu oft mit im Ausland hergestellten und dort subventionierten Produkten überschwemmen lassen. Diese Politik der Offenheit sei durch eine Politik der Selbstversorgung ersetzt worden (Zeeshan 2020).

Auf den ersten Blick scheint es, als habe die Modi-Regierung den Reformeifer der Anfangsjahre einfach über Bord geworfen und durch eine romantisierende Rückbesinnung auf die handels- und entwicklungspolitischen Konzepte früherer Phasen ersetzt. Sicherlich gibt es gute Gründe, nicht vom Ausland abhängig sein zu wollen, etwa bei wichtigen medizinischen Produkten. In Indien sind es jedoch auch geopolitische Überlegungen, die den Schwenk in der Handelspolitik erklären. Indien war im Jahr 2020 mit einer deutlichen Eskalation des Konflikts mit der Volksrepublik China konfrontiert (vgl. Abschnitt 4.1). Vor dem Hintergrund wachsender Spannungen beschloss die indische Regierung, China nicht mehr als potenziellen Verbündeten, sondern als Konkurrenten zu sehen und auf verschiedenen Ebenen, auch in der Außenwirtschaft, die Stirn zu bieten.

Forderungen nach Freihandel waren in der indischen Geschichte kaum zu hören und sind auch heute rar. Anders als in Großbritannien gibt es in Indien kaum Stimmen, die Freihandel als Bürgerrecht betrachten. In Indien stehen, wie in vielen anderen Volkswirtschaften, die Interessen der Produzenten und nicht die der Konsumenten im Vordergrund.⁸⁵ Tatsächlich sind die Zölle, die in Indien gegenwärtig erhoben werden, in den vergangenen Jahren gestiegen und nicht etwa gesunken. In der vergangenen Dekade stieg das durchschnittliche Zollniveau von 13 auf 18 Prozent an. Damit verteuerten sich nicht nur importierte Konsumgüter, sondern auch Vorprodukte, die indische Exporteure von Industriegütern benötigen.⁸⁶ Seit August des Jahres 2023 werden zudem wieder Importlizenzen für den Erwerb von importierten Computern und Tablets

verlangt (Peer 2023c). Sollte es zu einer umfassenden Rückkehr zum alten System des *Licence Raj* kommen (dem sogenannten „Fürstentum der Lizenzen“, vgl. Abschnitt 2.7), wird Indiens weitere wirtschaftliche Entwicklung vermutlich Schaden nehmen.⁸⁷

Während die Verringerung des Handels mit geopolitischen Rivalen ein plausibles politisches Ziel ist, fiel es der indischen Regierung lange Zeit auch schwer, sich mit anderen, geopolitisch unverfänglichen Akteuren wie Australien oder Sri Lanka auf eine Handelsliberalisierung zu einigen. Die wichtigste unbeantwortete Frage ist jedoch die nach den wirtschaftlichen Folgen der Autarkiebestrebungen. Arvind Panagariya, ehemaliger G-20-Sherpa der Modi-Regierung und Vorbereiter der Gipfeltreffen, fragte sich schon im Jahr 2016, wie die indische Regierung die selbstgesteckten Wachstumsziele von acht bis zehn Prozent pro Jahr erreichen will, ohne das Schutzniveau der indischen Wirtschaft zu senken und stärker auf die internationale Arbeitsteilung zu setzen.⁸⁸ Mit anderen Worten: Es wird für Indien schwierig sein, nur auf dem Binnenmarkt, der im Jahr 2024 knapp vier Billionen US-Dollar umfasste, die gleichen Wachstums- und Skaleneffekte zu erzielen wie auf dem Weltmarkt, der im Jahr 2024 mit 111,3 Billionen US-Dollar knapp 30-mal größer war.⁸⁹

Die Coronapandemie war zunächst ein Katalysator für eine erneute Konzentration auf eine Handelspolitik, die der heimischen Produktion den Vorrang gibt. Premierminister Modi betonte im Mai 2020, dass Indien die Selbstversorgung anstreben müsse. Er verwies auf das Spannungsverhältnis zwischen einer wirtschaftsorientierten Globalisierung und einer Globalisierung, die sich an den menschlichen Bedürfnissen orientiert. Indien müsse den menschlichen Bedürfnissen Vorrang vor wirtschaftlichem Profit einräumen, sagte er. Modi stellte im Mai 2020 eine Kampagne zur Stärkung der Selbstversorgung Indiens – *Atmanirbhar Bharat* – vor.⁹⁰ Modi lobte die Vorzüge einer auf Selbstversorgung basierenden Wirtschaftspolitik und versprach als Ergebnis eine Zunahme von „Glück, Zufriedenheit und Selbstbestimmung“.⁹¹

Indien hält weiterhin an einer modifizierten Form der *Atmanirbhar Bharat* fest: Die Regierung hofft, innerhalb des Landes Lieferketten aufbauen zu können und diese für den Export in die Märkte reicher Länder, vor allem Europas, nutzen zu können. Auf den Import von Vorprodukten aus dem Ausland soll im Idealfall verzichtet werden. Damit knüpft die aktuelle Wirtschaftspolitik nicht nur an die protektionistischen Traditionen Nehrus und das Konzept der Importsubstituierung an, sondern büßt dem britischen Wirtschaftsjournalisten Alan Beattie zufolge im Ergebnis gegenüber anderen Standorten

Wettbewerbsfähigkeit ein, weil das Land versucht, zu viel im Inland herzustellen (Beattie 2023).

Betrachtet man den Anteil des indischen Warenhandels, der mit Ländern getätigt wird, mit denen ein Freihandelsabkommen vereinbart wurde, fällt das recht niedrige Volumen auf. Im Fiskaljahr 2024 sollen etwa 28 Prozent der indischen Exporte in Partnerländer, mit denen ein Handelsabkommen bestand, geflossen sein.⁹² Dieser Wert ist fraglos zu hoch, weil unterstellt wird, dass der gesamte Handel zu den Bedingungen des Freihandelsabkommens getätigt wird. Exporteure haben jedoch stets die Wahl zwischen dem zollfreien Handel, bei dem aber nachgewiesen werden muss, dass das gehandelte Produkt auch in der Freihandelszone hergestellt worden ist, und dem Handel zu Standardkonditionen, das heißt ohne Ursprungsnachweis, aber mit Zahlung eines Einfuhrzolls.

In einigen Freihandelsabkommen ist die sogenannte Nutzungsrate insgesamt sehr niedrig. Schätzungen zufolge wurden die in Freihandelsabkommen gewährten Präferenzen im asiatisch-pazifischen Raum nur zu etwa 22 Prozent genutzt (Low/Pedrosa 2015: 17). Für Exporteure kann es günstiger sein, auf die Erstellung eines Ursprungszertifikates und dessen Dokumentation zu verzichten und stattdessen den Einfuhrzoll zu entrichten. Die administrativen Kosten der Zertifikaterstellung werden von Exporteuren dabei mit den zu zahlenden Zöllen verglichen.

Nicht zuletzt wegen der handelspolitischen Kehrtwende in den USA sind für die indische Regierung bilaterale Handelsabkommen in zunehmendem Maße eine Alternative zur dysfunktionalen Welthandelsorganisation. Sie haben einige Vorteile, sind aber aus Sicht der Unternehmen eher suboptimal: Solange nicht alle Freihandelsabkommen einer Volkswirtschaft dieselben Ursprungsregeln verwenden, bleibt der grenzüberschreitende Handel letztlich verwaltungstechnisch umständlich und kann damit kostspielig sein. Die Handelskosten werden nicht so stark gesenkt, wie es in einem größeren plurilateralen Abkommen möglich wäre. Dennoch könnte sich die indische Regierung für eine rasche Verhandlung von bilateralen Abkommen entscheiden, weil deren Abschluss einfacher als ein plurilaterales Abkommen erscheint.

Die neu ausgerichtete Handelspolitik der indischen Regierung nimmt den Schwung auf, den die verbesserte Wettbewerbsfähigkeit der indischen Unternehmen mit sich bringt. Auch wenn es der indischen Regierung nach wie vor nicht geboten erscheint, zu einer völlig liberalisierten Handelspolitik überzugehen, verfolgt sie seit etwa dem Jahr 2022 einen vorsichtigen Öffnungskurs. Angesichts des großen Angebots an qualifizierten Arbeitskräften und

der erheblichen Verbesserungen der Infrastruktur wäre die indische Wirtschaft vermutlich in der Lage, ein abgesenktes Schutzniveau für einheimische Produzenten zu verkraften und sie einem stärkeren internationalen Wettbewerb auszusetzen.

Ein Abkommen mit Australien (*Australia-India Comprehensive Economic Co-operation Agreement*, AI-CECA) ist im April 2022 vorläufig in Kraft getreten. Zwar sieht das Abkommen erhebliche Ausnahmen für den Handel mit Zucker, Milchprodukten und Weizen sowie keine vollständige Liberalisierung des bilateralen Handels vor. Dennoch ist es das erste bilaterale Handelsabkommen Indiens seit mehr als einem Jahrzehnt. Für 85 Prozent aller australischen Ausfuhren entfallen die Zölle ebenso wie für 96 Prozent der indischen Exporte. Milchprodukte und andere landwirtschaftliche Erzeugnisse Australiens unterliegen weiterhin Beschränkungen (Hoyle/Li 2022). Zwischen 2019 und 2024 (jeweils Fiskaljahr) stiegen die indischen Exporte nach Australien um 125 Prozent, wenn auch von einem niedrigen Niveau aus.⁹³

Die Verhandlungen zu einem Abkommen mit der ehemaligen Kolonialmacht Indiens, dem Vereinigten Königreich, wurden am 6. Mai 2025 abgeschlossen. Das Abkommen muss nun in den beiden Ländern noch den Ratifizierungsprozess durchlaufen. Neu-Delhi ging es während der Verhandlungen nicht nur um Erleichterungen im Warenhandel zwischen beiden Ländern, sondern auch um Vorteile für indische Bürgerinnen und Bürger, die in Großbritannien studieren oder arbeiten wollen (Parkin 2024c). Ein Stolperstein waren die Zahlungen in Großbritannien tätiger Inderinnen und Inder in das britische Sozialversicherungssystem. Nach einer Karenzzeit von einem Jahr wären diese Zahlungen fällig, aber einen Anspruch auf eine britische Pension erfordert eine Mindestbeschäftigungszeit von zehn Jahren. Die indische Regierung pochte auf eine Sonderregelung für ihre Staatsbürger, die von den Zahlungen an die britischen Sozialkassen befreit werden sollten (Parker/Reed 2024). Neu-Delhi wollte sicherstellen, dass indische IT-Spezialisten zeitweilig – auch länger als ein Jahr – in Großbritannien arbeiten können und während dieser Zeit von jeglichen Sozialversicherungszahlungen befreit sein würden (Reed 2024). Völlig abwegig erschien diese Forderung nicht: Anderenfalls hätten indische Arbeitnehmer die britischen Sozialkassen entlastet, ohne jemals eine Gegenleistung erwarten zu können.

Die indische Seite war erfolgreich: Neben dem umfassenden Handels- und Wirtschaftsabkommen zwischen dem Vereinigten Königreich und Indien (CETA) haben beide Länder vereinbart, ein gegenseitiges Abkommen über doppelte Beitragszahlungen (DCC) abzuschließen. Bis zu drei Jahre lang können indische

Unternehmen Mitarbeiter nach Großbritannien entsenden, ohne dass diese im Tätigkeitsland Sozialversicherungsbeiträge zahlen müssen. Die britische Regierung begründet diese Konzession an Indien damit, dass das Abkommen dafür sorgen würde, Arbeitnehmern, die vorübergehend in dem anderen Land arbeiten, eine Zerstückelung ihrer Sozialversicherungsakte zu ersparen. Diese würden weiterhin Sozialversicherungsbeiträge in ihrem Heimatland zahlen.⁹⁴

Der Handelsminister der indischen Regierung, BVR Subrahmanyam, sagte schon Mitte Juli 2022, dass weitere Abkommen mit Kanada, der Europäischen Union, Israel und mittelfristig auch mit der Freihandelszone des afrikanischen Kontinents folgen sollen (Suneja 2022). Allerdings zeigt sich inzwischen ein klares Muster bei den Verhandlungen zu Handelsabkommen mit Indien: Wer erleichterten Zugang zum Binnenmarkt der fünftgrößten Volkswirtschaft haben möchte, muss entsprechende Gegenleistungen anbieten. Ein Beispiel dafür ist der Vertrag, den Indien mit den Ländern der Europäischen Freihandelsassoziation, EFTA (Schweiz, Norwegen, Liechtenstein, Island), am 10. März 2024 geschlossen hat. Die vier europäischen Länder haben sich im Rahmen der *India-EFTA Trade and Economic Partnership* verpflichtet, in den kommenden 15 Jahren mindestens 100 Milliarden US-Dollar in Indien zu investieren und dadurch mindestens eine Million Arbeitsplätze im Land zu schaffen. Nach Angaben des indischen Premierministers ist eine derartige Vereinbarung erstmalig in ein Freihandelsabkommen aufgenommen worden (Reed 2024). Zudem ist die Zielgröße angesichts des bisherigen Bestands von Direktinvestitionen von 10,7 Milliarden US-Dollar überaus ambitioniert und nichts anderes als eine Wette auf ein künftiges indisches Wirtschaftswunder (Fischer 2024).

Allerdings stellt sich die Frage, wie diese Verpflichtungen umgesetzt werden sollen. Die Regierungen der EFTA-Staaten haben für die privaten Unternehmen aus ihren Ländern eine Zusage über deren Investitionsverhalten ausgesprochen. Offen bleibt, was geschieht, wenn die Unternehmen weniger investieren sollten als versprochen. Regierungen können diese Investitionsentscheidungen in einer marktwirtschaftlichen Ordnung nicht verfügen.

Nachdem die Versuche zur Vereinbarung eines Freihandelsabkommens zwischen den Ländern der Europäischen Union und Indien jahrelang erfolglos geblieben waren, zeigte sich im Jahr 2025 eine neue Dynamik. Anfang des Jahres 2026 wurde schließlich mit großer Geste der Abschluss des Freihandelsabkommens mit der EU verkündet. In indischen Medien wurde die Vereinbarung zwischen Brüssel und Neu-Delhi als „Hochzeit mit vorgehaltener Waffe“ (*shotgun marriage*) bezeichnet, weil sie ohne die Brüskierungen des

US-amerikanischen Präsidenten Donald Trump wohl nicht so schnell zustande gekommen wäre. Dieser hatte sowohl die Regierungen der europäischen Länder als auch die Indiens grob vor den Kopf gestoßen. Insbesondere die alten europäischen Weggefährten waren verwundert, mit welcher Herablassung die US-amerikanische Regierung sie nun behandelte. Ebenso heftig war der Umgang Donald Trumps mit Narendra Modi, der dem US-Präsidenten am 13. Februar 2025, kurz nach dessen Wiedereinzug ins Weiße Haus, einen offiziellen Arbeitsbesuch abgestattet hatte.⁹⁵ Einige Beobachter hatten damals angenommen, dass zwischen Trump und Modi eine enge Beziehung herrsche, und den raschen Ausbau der bilateralen Beziehungen erwartet (Mohan 2025).

Sollten Trump und seine Berater erwartet haben, dass die geschmähten Partnerregierungen auf die US-Alleingänge mit Passivität reagieren würden, hätten sie sich getäuscht. Im Gegenteil hat der US-Präsident – unbeabsichtigt – dazu beigetragen, handelspolitische Blockaden aufzulösen: Die EU-Kommission verzichtete im europäisch-indischen Freihandelsabkommen auf die bislang verfolgte Politik, europäische sozialpolitische und umweltpolitische Präferenzen als Nebenabreden durchzusetzen (vgl. dazu auch Abschnitt 6.6). Das geplante Abkommen muss deshalb vermutlich auch nicht von den Parlamenten der EU-Mitgliedstaaten gebilligt werden, da es sich hierbei um Handelspolitik dreht, für die allein Brüssel zuständig ist. Offen bleibt bisher, ob die Investitionsschutzklauseln des Vertrags dazu führen könnten, dass die Parlamente der EU-Mitgliedstaaten doch zustimmen müssen.

Auch Premierminister Modi trat die Flucht nach vorn an und liberalisierte den indischen Außenhandel weiter. Kurze Zeit nach dem Abkommen mit der EU haben auch die Unterhändler Indiens und der USA weitgehende Übereinstimmung über ein Handelsabkommen erzielt. Ebenso ließ Modi im Februar 2026 Gespräche mit dem Golfkooperationsrat (*Gulf Cooperation Council*, GCC) aufnehmen, dem die Staaten Bahrain, Kuwait, Oman, Katar, Saudi-Arabien und die Vereinigten Arabischen Emirate angehören. Bereits jetzt werden 15 Prozent des indischen Außenhandels mit den Golfstaaten getätigt. Die jährlichen Wachstumsraten des bilateralen Handels betrugen in den letzten fünf Jahren etwa 15 Prozent pro Jahr. Im indischen Fiskaljahr 2025 lag der Handel mit den Golfstaaten mit rund 180 Milliarden US-Dollar über dem Volumen des indischen Handels mit der EU, der sich auf etwa 136 Milliarden US-Dollar belief.⁹⁶

6.6. Die Europäische Union als schwieriger Partner: CBAM und CSDDD

Die USA und die Länder der Europäischen Union wollen einerseits den geopolitischen Wettbewerb mit dem kommunistischen China und dem autoritären Russland aufnehmen und verhalten sich andererseits so, als ob der unipolare Moment, der nach dem Zusammenbruch der UdSSR begann, noch immer anhielte. Dies wird nicht funktionieren: Die fehlende Akzeptanz divergierender Perspektiven vieler afrikanischer, asiatischer und lateinamerikanischer Länder nutzt vor allem dem autoritären China. Peking kennt in seinen Außenwirtschaftsbeziehungen keine Lieferkettengesetze und agiert außenpolitisch weniger belehrend als die westlichen Länder.

Insbesondere die US-amerikanische Regierung hat den potenziellen Partnerländern wenig anzubieten und setzt unter Präsident Trump auf höhere Handelsschranken. Aber auch die Europäische Union hat lange gebraucht, um dieses Problem zu verstehen. Erst allmählich erkennt die EU-Kommission, dass ihre bisherige Außenwirtschaftspolitik die Bedeutung Europas in den internationalen Beziehungen geschwächt hat. Die Europäer haben international an Boden verloren. Nur zwei Beispiele: Sie müssen sich der Zollpolitik der USA beugen und China verweigert die Lieferung von Seltenen Erden. Nikolas Busse von der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* nennt dies eine Begegnung mit der rauen Wirklichkeit (Busse 2025).

Aus indischer Sicht war gerade die Europäische Union lange ein schwieriger Verhandlungspartner. Die indische Regierung beklagte sich über zu weit gehende Forderungen der Europäer. Diese Kritik betraf keineswegs nur die Regulierung des Warenhandels, sondern auch den Dienstleistungshandel. Beispielsweise verlangte die europäische Wertpapieraufsicht ESMA im Jahr 2023 für das Indiangeschäft neue, weitreichende Aufsichts- und Prüfungsbefugnisse. Die indische Notenbank lehnte diese Forderungen kategorisch ab, weil sie einer ausländischen Behörde Eingriffe in den indischen Finanzmarkt erlaubt und der ESMA extraterritoriale Reichweite verschafft hätte (Peer 2023a).

Ein großer Stolperstein für einen Ausbau der Wirtschaftsbeziehungen zwischen Indien und den EU-Ländern waren aus Sicht der indischen Regierung die von der Europäischen Union vehement eingeforderten Klima-, Umwelt- und Sozialpolitiken. Viele asiatische Länder haben im Vergleich zu OECD-Staaten weniger strenge Vorschriften für CO₂-Emissionen und generell ein niedrigeres Niveau von Umwelt- und Sozialstandards. Zugleich haben Länder wie

Indonesien, Bangladesch, Vietnam und Indien in den vergangenen Jahren die verarbeitende Industrie ausgebaut, insbesondere in Sektoren wie Textilien, Elektronik, Fahrzeuge sowie Stahl und Zement. Diese Industrien sind entweder energie- oder arbeitsintensiv. Im Jahr 2023 wurde Bangladesch zum wichtigsten Textilimporteur der EU und überholte damit zum ersten Mal China (Cheung 2024). Für Indien und andere ärmere asiatische Länder könnte insbesondere die Kombination von Klimaschutzzoll und EU-Lieferkettenrichtlinie zu erheblichen Umsatzeinbußen führen und das Wirtschaftswachstum dämpfen.

Auf den ersten Blick klingt vieles nachvollziehbar: In Europa müssen unter anderem die Hersteller von Aluminium, Düngemitteln, Strom, Wasserstoff und Stahl am EU-Emissionshandelssystem teilnehmen und Zertifikate für CO₂-Emissionen kaufen, wenn sie die Obergrenze für zulässige Emissionen überschreiten. Hersteller, die unter dieser Obergrenze bleiben, können umgekehrt überschüssige Zertifikate verkaufen. Insgesamt handelt es sich also um einen finanziellen Anreiz zur Reduktion von CO₂-Emissionen. Um zu verhindern, dass Produkte, die aus dem Rest der Welt in die EU importiert werden und deren Hersteller nicht am europäischen Emissionshandel teilnehmen, die Wettbewerbsposition der europäischen Hersteller schwächen, wurde der *Carbon Border Adjustment Mechanism* (CBAM) entwickelt. Im Wesentlichen müssen die Hersteller von beispielsweise konventionell hergestelltem Aluminium einen Einfuhrzoll entrichten, der hoch genug ist, um europäischen Herstellern von klimafreundlicherem Aluminium einen Wettbewerbsvorteil zu verschaffen. Einige Beobachter vertreten die Einschätzung, dass CBAM auch eine Gelegenheit für die Länder der Europäischen Union ist, Teile der zuvor ausgelagerten Industrieproduktion nach Europa zurückzuholen (Hancock/Pfeifer 2024).

Viele Handelspartner der EU haben die neuen Maßnahmen scharf kritisiert. So bezeichnete Piyush Goyal, der indische Industrieminister, CBAM als eine „schlecht konzipierte“ Steuer sowie als ein Beispiel für „Voreingenommenheit, Diskriminierung und Ungerechtigkeit“ (Parkin 2024a). Im Jahr 2022 wurde etwa ein Viertel der indischen Ausfuhren von Stahl, Eisen und Zement im Wert von etwa sechs Milliarden US-Dollar in die EU exportiert. Goyal wies darauf hin, dass in Indien 17 Prozent der Weltbevölkerung lebten, die lediglich für drei Prozent der CO₂-Emissionen verantwortlich seien. Es sei nicht die Aufgabe der Handelspolitik, den Klimawandel zu bekämpfen (Bounds/Beattie 2024).

Eine ähnliche handelshemmende Wirkung ist von der EU-Richtlinie über die unternehmerische Sorgfaltspflicht im Bereich der Nachhaltigkeit (*Corporate Sustainability Due Diligence Directive*, CSDDD) zu erwarten, die eine juristische

Haftung für in der EU ansässige Unternehmen bei Verstößen gegen Umweltstandards und Menschenrechte, einschließlich arbeitsrechtlicher Fragen, innerhalb ihrer Lieferketten vorsieht.⁹⁷ Die landläufig als „EU-Lieferkettengesetz“ bekannte Richtlinie verpflichtet Unternehmen dazu, nachteilige Auswirkungen auf die Menschenrechte und die Umwelt zu ermitteln und zu verhindern. Von Bedeutung ist, dass bei Verstößen gegen die CSDDD Betroffene das Unternehmen verklagen und Schadenersatz verlangen können (Massmann 2024).

Obwohl das Lieferkettengesetz etwas abgeschwächt wurde, ist es immer noch ein rigides Handelshemmnis. Unternehmen mit mehr als 1000 Beschäftigten und einem Jahresumsatz von mehr als 450 Millionen Euro fallen unter die Richtlinie. Von den Unternehmen wird verlangt, dass sie „unverzüglich“ sogenannte Präventions-Aktionspläne entwickeln sowie vertragliche Zusicherungen ihrer direkten Geschäftspartner zur Einhaltung der verlangten Standards einholen. Darüber hinaus sollen die Unternehmen mit den von einer Verletzung von Umwelt- und Sozialstandards Betroffenen zusammenarbeiten und ihnen bei Bedarf zusätzliche Informationen über ihre Rechte zur Verfügung stellen. Schließlich müssen die Unternehmen ein „faires, öffentlich zugängliches, berechenbares und transparentes“ Beschwerdeverfahren einrichten. Die betroffene Partei, zum Beispiel ein Arbeitnehmer in einer Textilfabrik in Bangladesch, der keine angemessene Entlohnung erhalten hat, kann eine vollständige Entschädigung nach dem jeweiligen nationalen Recht des Unternehmens verlangen (Massmann 2024).

Auch wenn hinter dem Lieferkettengesetz vermeintlich gute Absichten wie der Schutz von Menschenrechten sowie der Umwelt stehen, sind die negativen Auswirkungen der CSDDD, insbesondere für Länder wie Indien, offensichtlich. Erstens entstünde dabei ein immenser bürokratischer Aufwand. Die Kosten zur Erfassung aller nötigen Daten entlang der Lieferkette würden den Warenhandel verteuern. Profitieren würden davon in erster Linie Anwälte und Berater. Zweitens würden europäische Unternehmen ihre Lieferketten überprüfen und sich fragen, ob sie ihre Geschäftstätigkeit nicht lieber in OECD-Länder verlagern sollten, wo das Risiko von Verstößen minimiert ist. Drittens würde die flächendeckende Anwendung der CSDDD dazu beitragen, die Bedeutung der Europäischen Union in den internationalen Wirtschaftsbeziehungen zu verringern.

Technische und regulatorische Barrieren wie CBAM und CSDDD haben sich im heutigen Handelsumfeld, da Zölle insgesamt nicht mehr so hoch sind wie früher, als die größten Hindernisse für den internationalen Handel erwiesen. Anders als früher werden die heutigen Handelshemmnisse als ein altruistisches

Unterfangen dargestellt. Die Befürworter von CBAM, CSDDD oder auch der Entwaldungsrichtlinie behaupten, dass sie sowohl die Armen als auch die Umwelt und das Klima schützen.

Die umwelt- und sozialpolitischen Auflagen der Europäischen Union werden in den Ländern des Globalen Südens oft als neokoloniale Politik wahrgenommen. Die von der EU als uneigennützig dargestellten Instrumente werden in Entwicklungs- und Schwellenländern häufig als ungewollte Missionierung empfunden. Dies wirft die Frage auf: Kann die EU im Zeitalter geopolitischer Spannungen diese Haltung beibehalten oder muss sie stärker auf die Präferenzen der Partnerländer, auch Indiens, Rücksicht nehmen? Im Jahr 2025 ist die EU-Kommission bemüht, die negativen Wirkungen der Auflagenpolitik zu reduzieren, ohne dabei ihr Gesicht zu verlieren. Allerdings gehen die Lockerungen etwa der Entwaldungsrichtlinie der indonesischen Regierung noch nicht weit genug (Hancock/Bounds 2025).

Befürworter der handelspolitischen Auflagen der EU betonen, dass Europa als Teil einer wertebasierten Außenhandelspolitik (vgl. Abschnitt 4.6) Verantwortung für die Menschen in Entwicklungs- und Schwellenländern übernehmen müsse. Die Europäische Union übernimmt ungefragt die Rolle der Hüterin der Menschenrechte und zeigt sich verantwortlich für die Umwelt-, Sozial- und Klimapolitik in außereuropäischen Gesellschaften. Allerdings werden dadurch wirtschaftliche Nachteile sowohl für die eigenen Bürgerinnen und Bürger als auch für die Menschen in Entwicklungsländern in Kauf genommen. Darüber hinaus wurden die Regierungen der Länder außerhalb der EU nicht um ihre Zustimmung gebeten. Im Gegenteil wird ihnen die Fähigkeit abgesprochen, im Interesse ihrer eigenen Bevölkerung zu handeln.

Aus der Sicht Indiens und vieler anderer Entwicklungsländer stellen die Auflagen der Europäischen Union einen massiven Eingriff in die Wirtschaftspolitik ihrer Länder dar. Sie empfinden diese Politik nicht nur als wenig legitim und anmaßend, sondern auch als massive Verschlechterung ihrer Wettbewerbsposition. Der indische Außenminister Jaishankar kritisiert, dass die Abkommen mit der EU die komplexesten der Welt seien, weil dort auch viele nicht handelsbezogene Fragen beantwortet werden müssten (Bastian/Heide 2024).

Die Maßnahmen der EU, insbesondere CBAM und CSDDD, verringern die Attraktivität der internationalen Arbeitsteilung. Größere Unternehmen werden bei nachgewiesenen Verstößen die zivilrechtliche Haftung übernehmen müssen. Zu niedrige Löhne oder Umweltverschmutzung im Produktionsprozess stellen für Unternehmen künftig Haftungsrisiken dar. Ähnlich wie bei der

Dokumentation der Herkunft von Waren in Freihandelszonen sorgen die neuen Anforderungen für eine wohlstandsmindernde Umlenkung des Warenverkehrs: Waren werden nicht mehr vom billigsten Anbieter, sondern von dem Anbieter bezogen, der das geringste Haftungsrisiko darstellt.

Zugleich ist Brüssel durch eigene Inkonsequenz unglaubwürdig geworden. Außerhalb Europas wurde sehr genau beobachtet, dass die EU von ihren eigenen Vorschlägen abrückt, wenn sich beispielsweise die europäischen Landwirte gegen neue Vorschriften wehren (vgl. Abschnitt 4.6). Die unmissverständliche Botschaft lautet: Klimaschutzauflagen sind gut für ärmere Länder, aber nicht für Europas Bauern.

Das Handelsabkommen zwischen der EU und Indien, das nach zeitweilig unterbrochenen, jahrzehntelangen Verhandlungen im Januar 2026 abgeschlossen werden konnte, ist laut EU-Kommission das größte Handelsabkommen, das sowohl die EU als auch Indien jemals geschlossen haben: In der EU und Indien leben insgesamt rund zwei Milliarden Menschen, etwa ein Viertel der Weltbevölkerung. In den beiden Wirtschaftsräumen wird rund ein Viertel der Weltwirtschaftsleistung erwirtschaftet.⁹⁸ Die Präsidentin der Europäischen Kommission, Ursula von der Leyen, bezeichnete das Abkommen als „die Mutter aller Freihandelsabkommen“ (*„mother of all trade agreements“*). Es soll den Handel, die Investitionen und die politischen Beziehungen zwischen den beiden bevölkerungsreichsten Demokratien der Welt stärken. Zudem sollen Handelshemmnisse beseitigt und Verfahren vereinfacht, neue Exportmöglichkeiten eröffnet und die wirtschaftliche Sicherheit Indiens und der EU durch Diversifizierung der Lieferquellen gestärkt werden.⁹⁹

Allerdings darf die europäisch-indische Freihandelszone nicht als liberaler Wirtschaftsraum missverstanden werden. Wie in allen Freihandelszonen dürfen auch hier nur diejenigen Waren zollfrei gehandelt werden, die gemäß der vereinbarten Ursprungsregeln als indische oder europäische Erzeugnisse gelten. Ursprungsregeln sind undurchsichtige Handelshemmnisse, deren Einhaltung für die Handel treibenden Unternehmen Kosten bedeuten. Hinzu kommt, dass das europäisch-indische Abkommen nicht auf einheitliche Regeln, etwa eine Mindestwertschöpfung, setzt, sondern auf produktspezifische Ursprungsregeln. Die indische Regierung betont, dass diese produktspezifischen Regeln ausgewogen und auf die bestehenden Lieferketten abgestimmt seien. Sie stellten sicher, dass eine wesentliche Verarbeitung in Indien oder der EU erfolge und der Missbrauch des Handelsabkommens etwa durch chinesische Unternehmen verhindert werde.¹⁰⁰ Gleichwohl fällt auf, dass gerade die

vermeintlich maßgeschneiderten Regeln einen erheblichen Nachteil aufweisen: Sie schreiben die aktuelle Wirtschafts- und Handelsstruktur fest und verhindern möglicherweise eine dynamische Entwicklung der europäisch-indischen Wirtschaftsbeziehungen.

Ein weiterhin heftig umstrittenes Thema ist der Klimazoll der Europäischen Union (CBAM), der seit Beginn des Jahres 2026 erhoben wird. Indische Exporte von Stahl, Aluminium, Zement und Düngemitteln sind von diesem Zoll betroffen. Für die indische Wirtschaft sind diese Exporte von Belang, und die Entwicklung und Umsetzung eines eigenen indischen Emissionshandelssystems wird vermutlich viele Jahre benötigen.

Allerdings hat sich die indische Regierung zusichern lassen, dass Ausnahmen vom Klimaschutzzoll, die die Europäische Union anderen Ländern künftig gewähren wird, auch Indien zugutekommen werden. Es handelt sich also um eine Art Meistbegünstigungsklausel im Bereich des europäischen Klimazolls. Es gehört nicht viel Fantasie dazu, sich eine Ausnahme für Produkte US-amerikanischer Hersteller vorzustellen, die dann auch für indische Hersteller gelten würde. Allerdings stellt sich dann die Frage, ob die Europäische Union überhaupt noch an ihrem Klimaschutzzoll wird festhalten können. Es erscheint durchaus möglich, dass die indische Regierung darauf spekuliert, dass die europäische Klimaschutzpolitik wie ein Kartenhaus zusammenfallen könnte. Noch ist allerdings unklar, ob und wenn ja wie die indische Regierung auf die Erhebung von Klimaschutzzöllen reagieren wird.

Nachdem das Europäische Parlament die Zustimmung zum EU-Mercosur-Freihandelsabkommen versagt hat und auf einer Prüfung des Abkommens durch den Europäischen Gerichtshof bestand, stellt sich unweigerlich die Frage, ob auch das Abkommen mit Indien noch scheitern kann. Zustimmen muss der Europäische Rat mit qualifizierter Mehrheit sowie das Europäische Parlament. Sollte das Abkommen als sogenanntes gemischtes Abkommen, das auch die Gesetzgebungskompetenz der Mitgliedstaaten berührt, bewertet werden, müssten auch alle nationalen Parlamente der EU-Mitglieder zustimmen. Dieser Weg könnte lange dauern und beschwerlich werden. Allerdings ist die Frage nach dem Charakter des Abkommens noch nicht abschließend beantwortet.

Bereits bevor sich Brüssel und Neu-Delhi über ein Freihandelsabkommen verständigt haben, wurde der Ausbau der Infrastruktur vorangetrieben. Europa und Indien sollen in Zukunft durch den *India-Middle East-Europe Economic Corridor* (IMEEC) kostengünstiger Handel treiben können. Das geostrategische Vorhaben, das am Rande des G20-Gipfels im September 2023 vorgestellt

wurde, hat zwei Komponenten: den östlichen Korridor, der Indien mit den Staaten am Persischen Golf verbindet, und die nördliche Route, die die Golfstaaten durch kombinierten Schiff-Eisenbahn-Verkehr mit Westeuropa verbinden soll (Sharma 2023b). Vertragspartner sind Indien, Deutschland, die Europäische Union, Frankreich, Italien, Saudi-Arabien, die Vereinigten Arabischen Emirate und die USA. Israel ist kein Vertragsstaat, aber dessen Hafen Haifa soll eine Rolle in diesem Infrastrukturprojekt spielen. Der indische G20-Sherpa Amitabh Kant zeigte sich zuversichtlich, dass der Warentransport zwischen Indien und Westeuropa mit IMEEC um 40 Prozent beschleunigt werden kann (Sharma 2023b). Dieses kombinierte Eisenbahn- und Schifffahrtsprojekt wurde zuletzt durch den Krieg im Gaza-Streifen beeinträchtigt. Mit nennenswerten Transportkostensenkungen ist nicht vor Ende des Jahrzehnts zu rechnen.¹⁰¹

6.7. Die Lage des Finanzsektors: Stabiler als vor zehn Jahren

In vielen Entwicklungs- und Schwellenländern haben Finanzkrisen den wirtschaftlichen Aufstieg begleitet. Dies gilt auch für asiatische Volkswirtschaften. Die Asienkrise der Jahre 1997 und 1998 erschütterte eine ganze Region und verschlechterte die wirtschaftlichen Perspektiven von 350 Millionen Menschen. Thailand, Indonesien und Südkorea standen im Zentrum des wirtschaftlichen Bebens (Dieter 1998, 2008). Die Politik des von den Vereinigten Staaten geprägten Internationalen Währungsfonds hat die Krise nicht gemildert, sondern verschlimmert, was in vielen Ländern, keineswegs nur in Asien, zu einer anhaltenden Skepsis gegenüber den Institutionen globaler Regulierung geführt hat. Dies galt umso mehr, als in der globalen Finanzkrise der Jahre 2007 bis 2009 in den westlichen Industrieländern Rezepte zur Krisenbekämpfung angewendet wurden, die zehn Jahr zuvor den asiatischen Ländern verweigert worden waren (Dieter 2014).

Indiens Regierungen kennen die Risiken von Finanzkrisen sehr genau. Sie wissen, dass die Kreditaufnahme im Ausland mit erheblichen Gefahren verbunden ist, und versuchen, Indien von ausländischen Kapitalzuflüssen unabhängig zu machen. Ein wichtiger Schritt hin zu einem entwickelten inländischen Finanzmarkt ist die Stärkung des Vertrauens inländischer Kapitalbesitzer in die Stabilität der einheimischen Banken.

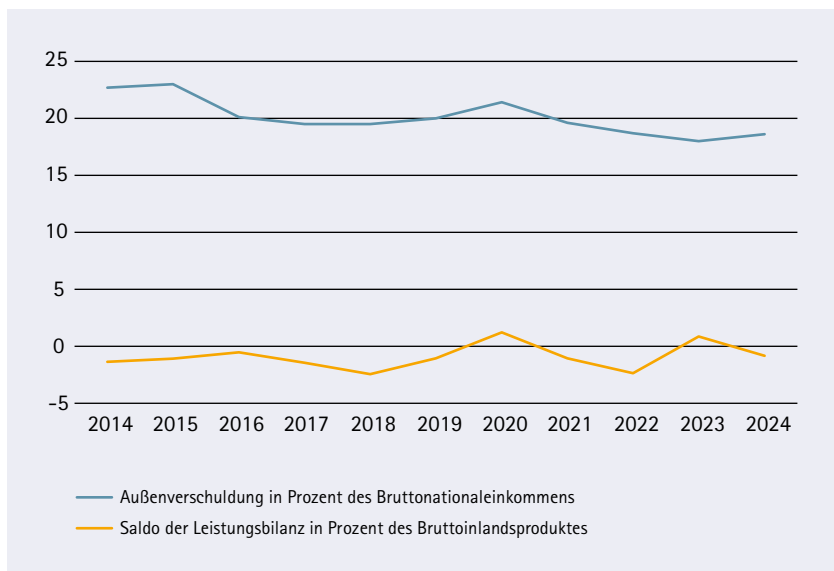
Vor gut zehn Jahren galt Indien noch als ein Kandidat für eine Finanzkrise. Die US-amerikanische Investmentbank Morgan Stanley nahm Indien damals in die Gruppe der „Fragilen Fünf“ auf. Ebenso wie die anderen vier – Brasilien,

Indonesien, Südafrika und die Türkei – wies Indien drei strukturelle Probleme auf: Einfache Bürger konnten kaum eigene Ersparnisse aufbauen, Unternehmen mussten hohe reale Kosten für die Finanzierung von Investitionen schultern und die indische Zahlungsbilanz tendierte zur Instabilität, das heißt Defizite in der Leistungsbilanz resultierten immer einmal wieder in akutem Devisenmangel.¹⁰² Die schwere Zahlungsbilanzkrise des Jahres 1991 hatte diese latente Verwundbarkeit der indischen Kapitalbilanz unterstrichen.

Aus den Daten in Abbildung 4 wird deutlich, wie gering das Risiko einer durch zu hohe Außenverschuldung verursachten Finanzkrise gegenwärtig ist. Indien hatte im Jahr 2023 mit 18,4 Prozent des Bruttonationaleinkommens eine vergleichsweise niedrige Außenverschuldung. In Brasilien etwa lag die Außenverschuldung im Jahr 2023 bei 28,8 Prozent des Bruttonationaleinkommens und in Indonesien bei 30,4 Prozent.

Auch die Salden der Leistungsbilanz weisen keine bedenklichen Werte auf. Im Jahr 2020 hatte Indien sogar einen Überschuss in der Leistungsbilanz und exportierte Kapital. Allerdings ist es vollkommen unbedenklich, wenn eine

► **Abbildung 4** Außenverschuldung und Leistungsbilanz Indiens, 2014 bis 2024



Quelle: World Bank, World Development Indicators.

wachsende Volkswirtschaft wie Indien ein moderates Leistungsbilanzdefizit aufweist und Kapital importiert. Die von der Asienkrise erfassten Volkswirtschaften wiesen dagegen im Vorkrisenjahr 1996 Leistungsbilanzdefizite von 3,3 Prozent (Indonesien) bis 7,9 Prozent des BIP (Thailand) auf (Dieter 1998: 23).

Der indische Finanzsektor wurde von der Regierung Modi in den Jahren 2017 bis 2019 restrukturiert. 27 von der Regierung geführte Banken wurden zu zwölf größeren Instituten fusioniert. Die singapurische Bank DBS konnte nach einer Gesetzesänderung die Bankengruppe „Lakshmi Vilas Bank“ im Jahr 2020 übernehmen. Damit verfügt erstmals eine ausländische Bank über ein großes Filialnetzwerk in Indien mit über 500 Niederlassungen in 19 Bundesstaaten.¹⁰³

Die Reformen des Finanzsystems haben die Verfügbarkeit von Krediten für Konsum und Investitionen deutlich verbessert. Die privaten Banken haben die Zahl ihrer Filialen von 2015 bis 2024 um 60 Prozent auf über 160 000 erhöht. Heute gibt es in Indien doppelt so viele Bankfilialen wie in den USA. Vor allem für die Bewohnerinnen und Bewohner der indischen Dörfer bedeutet dies eine enorme Verbesserung, weil sie nicht mehr auf lokale Geldverleiher angewiesen sind, die häufig Zinsen in Höhe von zehn Prozent (pro Woche!) verlangten. Im ländlichen Raum Indiens sind heute Bankkredite – zu Jahresraten – von 15 Prozent oder weniger erhältlich.¹⁰⁴

In Indien hat sich der Finanzsektor im vergangenen Jahrzehnt signifikant verändert und kann heute die weitere wirtschaftliche Entwicklung des Landes begünstigen. Seit dem Jahr 2014 wurden bemerkenswerte 520 Millionen Basisbankkonten eröffnet. Die breite Masse der indischen Bevölkerung ist damit zu Sparern, Kapitalgebern und möglicherweise zu Unternehmern geworden. Da die Konten mit Indiens digitalem Bezahl- und Identifizierungssystem verbunden sind (vgl. Abschnitt 3.3), können Kreditgeber die Finanztransaktionen möglicher Kreditnehmer evaluieren und darauf basierend Kredite vergeben. Der in jüngster Zeit zu beobachtende Anstieg von Kreditvergaben an kleine Unternehmen könnte auf diese Innovationen zurückzuführen sein.¹⁰⁵

Angesichts des relativ hohen Wirtschaftswachstums in Indien ist es nicht überraschend, dass auch die indischen Börsen von Rekord zu Rekord eilen. Der indische Leitindex Sensex hatte am 16. Mai 2014, als Narendra Modi erstmals die Wahlen zum indischen Unterhaus gewann, die 25 000er-Schwelle durchbrochen. Seitdem hat sich der Wert des Indexes mehr als verdreifacht. Nach der Bekanntgabe der überraschenden Wahlergebnisse im Juni 2024 sackten die Börsennotierungen kurzfristig auf etwa 72 000 Punkte ab, um vier Wochen später den neuen Rekordwert von über 80 000 Punkten zu erreichen.¹⁰⁶

Allerdings ist schwer zu ergründen, ob der Wiederaufstieg der Kongresspartei oder der Rückgang der Zustimmung zur Politik der regierenden BJP für diesen kurzfristigen Einbruch der Börsennotierungen verantwortlich war.

6.8. Kann die Rupie eine Weltwährung werden und die Stellung des US-Dollars gefährden?

Indiens Finanzmärkte sind also in bemerkenswert stabiler Verfassung. Angesichts der in nicht westlichen Ländern sehr verbreiteten Kritik an der zentralen Rolle des US-Dollars im internationalen Finanzsystem stellt sich daher die Frage, ob die indische Rupie mittel- und langfristig international an Bedeutung gewinnen und dem Dollar Konkurrenz machen könnte.

Der US-Dollar ist seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs die wichtigste Währung der Welt. Ein großer Teil des internationalen Handels, insbesondere von Rohstoffen, wird in dieser Währung abgewickelt. Der US-Dollar ist zudem mit großem Abstand die weltweit wichtigste Reservewährung. Dabei wurde schon häufig sein Niedergang prognostiziert. Stets lagen die Kassandrarufer allerdings falsch: Weder das Ende des Systems von Bretton Woods in den frühen 1970er-Jahren noch mehrere US-amerikanische Finanzkrisen, zuletzt im Jahr 2008, konnten die Bedeutung des US-Dollars als Transaktions- und Reservewährung gravierend mindern. Der japanische Yen, die D-Mark und später der Euro konnten und können die Stellung der US-amerikanischen Währung nicht gefährden.

Der US-Dollar hat somit weiterhin eine zentrale Position im internationalen Finanzsystem. Er war nach Angaben der Baseler Bank für Internationalen Zahlungsausgleich im Jahr 2022 an fast 90 Prozent der weltweiten Devisentransaktionen beteiligt und damit die meistgehandelte Währung auf dem Devisenmarkt. Der Euro folgte mit 31 Prozent abgeschlagen auf Platz zwei (Maronoti 2022). 60 Prozent der weltweiten Währungsreserven der Notenbanken entfallen noch heute auf den US-Dollar. Allerdings lag dieser Anteil vor 20 Jahren noch bei über 70 Prozent. Der US-Dollar ist und bleibt die unverzichtbare Währung und hat seit Langem keine ernstzunehmende Konkurrenz zu fürchten (Cohen 2019: 107).

Dennoch hat der heutige geopolitische Konflikt auf der ganzen Welt die Suche nach neuen Optionen beflügelt. Von Brasilia bis Peking fragen sich Regierungen, ob nicht Alternativen zum US-Dollar geschaffen werden könnten. In Asien, Afrika und Lateinamerika ist die Skepsis gegenüber der Verwendung

des US-Dollars zuletzt deutlich gestiegen, weil die Zunahme von Sanktionen durch die US-Regierung gegenüber anderen Staaten vielen Regierungen vor Augen geführt hat, welche politischen Risiken mit der Nutzung des US-Dollars verbunden sind. Offenbar können sich viele Machthaber in Asien, Afrika und Lateinamerika gut vorstellen, selbst einmal von Sanktionen betroffen zu sein. Zudem streben sie nach einer größeren Autonomie in der Finanzpolitik und möchten die Abhängigkeit von den Konsequenzen der US-amerikanischen Geldpolitik reduzieren. Daher ist zum Beispiel eines der wirtschaftspolitischen Ziele der BRICS-Gruppe, die Bedeutung des US-Dollars sowohl für die Abwicklung des Warenhandels als auch für die Devisenreserven zu verringern. Eine konkrete Alternative zum US-Dollar gibt es gegenwärtig indes nicht und wird es vermutlich auch allenfalls langfristig geben können (Pettis 2023).

Aber auch in den USA gibt es Stimmen, die vor dem Abstieg des US-Dollars warnen: Die ausufernde US-amerikanische Staatsverschuldung könnte eines Tages das Vertrauen in die Währung untergraben. Kurzfristig kann dieser Groll den Status des US-Dollars nicht gefährden, mittelfristig hingegen erscheint eine Krise wie in den 1970er-Jahren ebenso möglich wie das Erstarken von konkurrierenden Währungen.

Zunächst stellt sich also die Frage, ob die Vereinigten Staaten das Vertrauen in den US-Dollar selbst unterminieren könnten. Dies erscheint möglich: Trotz aller innenpolitischen Debatten über die Konsolidierung der Staatsfinanzen ufern die Defizite im US-amerikanischen Bundeshaushalt immer weiter aus. Im Jahr 2021 lag die Neuverschuldung bei über zwölf Prozent der jährlichen Wirtschaftsleistung und war die mit Abstand höchste in der G7, der Gruppe der sieben wichtigsten Industrieländer. Auch im Jahr 2023 lag die Neuverschuldung mit rund sieben Prozent der Wirtschaftsleistung sehr hoch (Sheiner/Connor 2023).

In den USA liegt die Pro-Kopf-Verschuldung heute bei knapp 110000 US-Dollar. Die Regierung Biden zeigte sich auch nach dem Ende der Pandemie als ausgabefreudig und gab im letzten Fiskaljahr, das am 30. September 2024 endete, 1800 Milliarden US-Dollar mehr aus, als der US-amerikanische Staat an Steuern einnahm. Der weltgrößte Anleiheverwalter Pimco zeigte sich schon Ende des Jahres 2024 zurückhaltend beim Kauf weiterer US-Staatsanleihen, weil sich Zweifel an der Tragfähigkeit der Staatsschulden entwickelt hätten (Arnold 2024).

Seit der Finanzkrise 2008 hat sich die US-amerikanische Staatsverschuldung nahezu vervierfacht. Die Folgen sind gravierend: Erstmals in der Geschichte der Vereinigten Staaten gibt Washington heute mehr Geld für den

Zinsdienst aus als für die Verteidigung. Eine Trendwende ist nicht in Sicht. Die Schuldenlast steigt auch unter Präsident Donald Trump unaufhörlich weiter. Der einzige Lichtblick sind die steigenden Zolleinnahmen, die im Juni des Jahres 2025 auf den Rekordwert von 27,2 Milliarden Dollar stiegen.¹⁰⁷

Die Vereinigten Staaten befinden sich in unguter Gesellschaft: Nur Japan, Griechenland und Italien sind höher verschuldet als der US-amerikanische Staat. Im Jahr 2022 betrug der Verschuldungsgrad 144 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) und lag damit sehr deutlich vor Ländern mit einer nachhaltigen Finanzpolitik wie der Schweiz (38 Prozent), den Niederlanden (54 Prozent) oder Deutschland (65 Prozent). Selbst die öffentliche Verschuldung Großbritanniens lag mit 104 Prozent des BIP deutlich unter dem Wert der USA. Auch in absoluten Zahlen ist die US-amerikanische Staatverschuldung beeindruckend: Sie hat am 28. Juli 2025 die Summe von 36 721 Milliarden US-Dollar erreicht.¹⁰⁸

Allerdings sind diese Zahlen auf den zweiten Blick etwas weniger beunruhigend, da sie Forderungen der US-amerikanischen Regierung an sich selbst enthalten. Betrachtet man nur die Summen, die die US-Regierung nicht staatlichen Gläubigern schuldet, reduziert sich der Schuldenstand nach Angaben der Wharton Business School der Universität Pennsylvania auf etwa 26 000 Milliarden US-Dollar oder rund 100 Prozent der Wirtschaftsleistung.¹⁰⁹ Die gleichen Forschenden haben berechnet, wie viel Zeit der US-amerikanischen Regierung noch bleibt, bis es zu einem Staatsbankrott kommen dürfte, weil Investoren das Vertrauen in die Zahlungsfähigkeit des US-amerikanischen Staates verlieren. Selbst bei optimistischen Annahmen hat Washington bestenfalls noch 20 Jahre, um seine Staatsfinanzen in Ordnung zu bringen. Zwischen den Jahren 2040 und 2045 käme es ohne deutliche Kurskorrekturen zu einem Zahlungsausfall und einer schweren, vermutlich weltweiten Finanzkrise (Dieter 2025b).

Der Grenzwert für eine noch tolerable Staatsverschuldung ist allerdings schwer zu bestimmen. Untauglich ist der Verweis auf die noch höhere Verschuldung in Japan, weil die privaten Haushalte Japans eine hohe Sparneigung aufweisen und damit die Staatsschulden finanzieren. Die USA hingegen – seit Jahrzehnten der mit Abstand größte Kapitalimporteur der Welt – sind auf das Vertrauen von ausländischen Investoren angewiesen. Wenn diese Anleger Zweifel an der Tragfähigkeit der US-amerikanischen Staatsschulden bekommen sollten, entsteht ein Teufelskreis: Skeptische Investoren erwarten immer höhere Realzinsen, womit die Schuldenlast immer weniger tragfähig wird. Eine Schuldenlast von zwischen 175 und 200 Prozent des BIP hätte vermutlich zwei

Folgen: Zum einen würde die US-amerikanische Regierung durch den deutlichen Anstieg der Renditen zu einer dramatischen Anpassung der Fiskalpolitik gezwungen werden, zum anderen hätte der US-Dollar seine Funktion als Leitwährung verloren.¹¹⁰

Auf welchem Wege der Status einer weltweit gefragten Währung verloren gehen kann, zeigt das Beispiel Großbritanniens. Das britische Pfund büßte in den 1920er-Jahren wegen der Schuldenlast aus dem Ersten Weltkrieg seine Funktion als Leitwährung ein. Die britische Staatsverschuldung war in jenen Jahren auf 130 Prozent der Wirtschaftsleistung gestiegen und hatte sich gegenüber dem Vorkriegsniveau versechsfacht. Die unglückliche Entscheidung des damaligen britischen Finanzministers Winston Churchill, bei der Wiederherstellung des Goldstandards das britische Pfund zum Vorkriegskurs an die Feinunze Gold zu binden, verschärfte die Krise. Profiteur war der US-Dollar (Eichengreen 2023).

Andere Währungen dürften also nur dann deutlich an Bedeutung gewinnen, wenn die US-amerikanische Regierung es versäumt, die Tragfähigkeit der Staatsschulden zu sichern. Aber nicht nur die hohen Schulden gefährden die Akzeptanz des US-Dollars. Mit jeder neuen Sanktionsmaßnahme wächst das Risiko von finanzpolitischen Reaktionen. Die Sanktionen gegen Russland waren nicht nur weit weniger erfolgreich als erhofft: So hatte der frühere US-Präsident Joe Biden damit gerechnet, dass die russische Wirtschaftsleistung wegen der Sanktionen um die Hälfte einbrechen würde. Die Sanktionen haben in der nicht westlichen Welt auch die Suche nach Alternativen zum US-Dollar aufleben lassen.

Die Biden-Regierung hat die Mahnung des damaligen Finanzministers Jacob Lew ignoriert, der im Jahr 2016 gefordert hatte, die USA dürften nicht bei jeder Gelegenheit Wirtschaftssanktionen verhängen. Lew warnte, dass ein übermäßiger Einsatz von Sanktionen sowohl die Führungsposition der USA in der Weltwirtschaft als auch die Wirksamkeit der Sanktionen selbst untergraben könnte.¹¹¹

Die Mahnung Lews verhallte ungehört. Die Vereinigten Staaten haben in den vergangenen zwei Dekaden die Zahl der verhängten Wirtschaftssanktionen verzehnfacht. Die Liste der Sanktionen, die vom US-amerikanischen Finanzministerium angewendet werden, umfasst heute über 2 200 Seiten und die Namen von 12 000 Personen aus 22 Ländern (Lambert/Plihon 2023). Insbesondere in den letzten Jahren wurden, ohne durchgreifende Erfolge, immer schärfere Sanktionen verhängt. Vor allem die Regierung Biden, von der

Unbezwingbarkeit ihrer Währung überzeugt, nutzte Finanzsanktionen als Ersatz für direktes militärisches Engagement (Sharma 2023a).

Die Kehrseite dieser Verwendung des US-Dollars als finanzpolitische Waffe ist die verstärkte Suche nach Alternativen. So gewinnt etwa die Währung der Vereinigten Arabischen Emirate, der Dirham, überraschend schnell an Bedeutung, weil dessen Wechselkurs in einem festen Verhältnis an den US-Dollar gekoppelt ist: Russland und andere Länder können den Dirham als Transaktionswährung nutzen, ohne dass die Handelspartner sich der Gefahr von US-amerikanischen Sanktionen aussetzen (Nörrloff 2023). Der US-amerikanische Wirtschaftshistoriker Harold James hat darauf hingewiesen, dass die Fülle der von den USA verhängten Sanktionen dazu geführt hat, dass in vielen Teilen der Welt ein Abkommen über den Einsatz von Sanktionen, die James als „Währungswaffen“ bezeichnet, gefordert wird (James 2023).

Nun gibt es an der herausgehobenen Rolle des US-Dollars seit Jahrzehnten Kritik. Der damalige französische Präsident Nicolas Sarkozy bemängelte im Jahr 2010, dass ein großer Teil der Welt von der US-amerikanischen Geldpolitik abhängig sei, und forderte eine Reform des Währungssystems.¹¹² Heute sind es vor allem Politikerinnen und Politiker aus Schwellenländern, die die zentrale Rolle des US-Dollars kritisieren. Der Wunsch Xi Jinpings, Generalsekretär der Kommunistischen Partei Chinas, aber auch des brasilianischen Präsidenten Lula da Silva nach einer Alternative zum US-Dollar ist nachvollziehbar. Aber zwischen der Idee, den Dollar ablösen zu wollen, und der Umsetzung dieses Vorhabens liegen insbesondere für die Volksrepublik China unüberwindbare Schwierigkeiten.

Die chinesische Währung kann nur dann zu einem Konkurrenten für den US-Dollar heranwachsen, wenn China seine Kapitalverkehrskontrollen abschafft. Kein Investor möchte von den Genehmigungen zur Ausfuhr von Kapital durch eine kommunistische Regierung abhängig sein. Generalsekretär Xi Jinping wiederum hat in den vergangenen zehn Jahren nicht erkennen lassen, dass er die Liberalisierung der chinesischen Wirtschaft und die Abschaffung der Kapitalverkehrsbeschränkungen anstrebt. Peking mag die Rolle des US-Dollars kritisieren, aber ernsthaft gefährden können Chinas Machthaber den Dollar nicht, weil sie nicht die Kontrolle über die eigenen Finanzmärkte aufgeben wollen.

Auch der Euro kann den US-Dollar nicht ernsthaft herausfordern. Die Krisen der vergangenen Jahre haben der europäischen Gemeinschaftswährung und der Europäischen Zentralbank ein angekratztes Image beschert. Zudem verfolgen die Länder der Eurozone das gleiche Sanktionsregime wie die USA und aus Sicht von Politikerinnen und Politikern aus Entwicklungs- und

Schwellenländern stellt der Euro heute, anders in den ersten Jahren der Währungsunion, keine Alternative zum US-Dollar mehr dar.

Ein Konkurrent des US-Dollars könnte mittelfristig dagegen die indische Rupie werden (Cohen 2019: 169). Indien wird schon im Jahr 2030 die drittgrößte Volkswirtschaft der Welt sein und hat gegenwärtig gute Aussichten, auch danach weiter zu wachsen. Anders als Washington und Brüssel steht Neu-Delhi auch nicht im Ruf, die internationalen Wirtschaftsbeziehungen politisch zu überfrachten. Indien macht seit Beginn des Ukraine-Krieges im Jahr 2022 mit Russland gute Geschäfte (vgl. Abschnitt 5.3). Das Land präsentiert sich als neutrale Macht ohne eigene Großmachtambitionen. Diese Position prädestiniert die Währung des Landes für eine größere Rolle als heute. In einer Rede anlässlich des 90. Jahrestages der Gründung der indischen Notenbank am 1. April 2024 regte Premierminister Modi an, den Zugang zur indischen Rupie zu erleichtern. Allerdings ist es sehr viel leichter, eine prominentere Rolle für die Währung eines Landes zu fordern, als die dafür notwendigen politischen Reformen umzusetzen.¹¹³

Bislang spricht daher noch einiges gegen eine prominente Rolle der Rupie. Gegenüber dem US-Dollar hat die indische Währung in den vergangenen 15 Jahren die Hälfte ihres Wertes verloren (Mukherjee 2023). Die Inflation lag in Indien stets deutlich über dem Wert in den USA. Indien befindet sich fraglos in einer Phase hohen Wachstums und wird vermutlich zu einer führenden Volkswirtschaft aufsteigen. Um die Rupie zu einer Weltwährung werden zu lassen, wäre die weitere Liberalisierung der Wirtschaft und auch der Finanzmärkte notwendig, und diese Maßnahmen treffen immer wieder auf innenpolitischen Widerstand. Daher erscheint die Erwartung, die Rupie werde sich schon in den nächsten Jahren zu einer Konkurrenz für den US-Dollar entwickeln, gewagt und vorschnell.

Voraussetzung für eine bedeutende Rolle der Rupie als Transaktions- und Reservewährung wäre der weitgehende Abbau noch immer vorhandener Kontrollen des Kapitalverkehrs. Dabei hat das Land zwar erhebliche Fortschritte erzielt und strebt, nach Aussagen des Notenbankchefs Shaktikanta Das, mittelfristig die vollständige Konvertibilität der Rupie ebenso an wie die Internationalisierung seiner Finanzmärkte. Zentralbankgouverneur Das betont aber auch, dass die Liberalisierung ein allmählicher Prozess sein wird. Vor dem Jahr 2030 ist daher kaum damit zu rechnen, dass die Rupie für ausländische Anleger und Regierungen deutlich an Bedeutung gewinnen wird.

Einige Schritte zur Stärkung der Rupie wurden aber bereits unternommen. Banken aus 22 Ländern wurde von der indischen Notenbank gestattet, auf Rupien lautende Konten in Indien zu eröffnen, ohne dass für diese Konten die sonst üblichen Kapitalverkehrsbeschränkungen gelten würden. Im August des Jahres 2023 leistete Indien die erste auf Rupien lautende Zahlung für Ölimporte an die Abu Dhabi National Oil Company. Sowohl die US-amerikanische Bank JP Morgan Chase als auch der Finanzinformationsdienst Bloomberg erklärten im Jahr 2023, indische Staatsanleihen künftig in ihre Indices für *emerging markets* aufzunehmen.¹¹⁴

Historisch betrachtet war die Rupie schon einmal eine bedeutende Regionalwährung: Vom 16. Jahrhundert an war die Silber-Rupie frei handelbar und ein beliebtes Zahlungsmittel in Südasien und dem arabischen Raum (Lentin 2018). Erst der Aufstieg des britischen Pfunds reduzierte die Bedeutung der Rupie. Allerdings zirkulierte sie auch während der Kolonialzeit in einer Reihe von Gebieten, die von Großbritannien abhängig waren: in Kuwait, Bahrain, Katar, in Vertragsoman (den heutigen Vereinigten Arabischen Emiraten), Oman und British-Malaya (Cohen 2019: 169).

Ein entscheidender Faktor für die Weiterentwicklung der internationalen Finanzmärkte sind jedoch die vermutlich noch lange anhaltenden geopolitischen Spannungen auf der Welt. Sollte Indien wie erwartet bis 2030 zur weltweit drittgrößten Volkswirtschaft aufsteigen und seine blockfreie Position beibehalten, könnte die Rupie – nicht der chinesische Yuan und auch nicht der Euro – die größte Herausforderung für den US-Dollar werden.



AI
IMPACT
SUMMIT
भारत 2026 INDIA

सर्वजन हिताय | सर्वजन सुखाय
WELFARE FOR ALL | HAPPINESS OF ALL

WELCOME
DELEGATES



AI
IMPACT
SUMMIT
भारत 2026 INDIA

सर्वजन सुखाय
HAPPINESS OF ALL

L 5-2
(2nd Floor)

and Boundaries

for Smarter Decisions

Powering Intelligence

for Agile Enterprises

AI
IMPACT
SUMMIT
भारत 2026 INDIA

सर्वजन सुखाय
HAPPINESS OF ALL

Exclusive
Issues, Shaping
Exclusive Growth



7. Die vielversprechenden Aussichten Indiens



7. Die vielversprechenden Aussichten Indiens

Indien ist eine alte Zivilisation mit einer jungen Bevölkerung. Lange Zeit war das Land geprägt von hohem Bevölkerungswachstum. Etwa 580 Millionen Inderinnen und Inder sind jünger als 25 Jahre alt, weitere 550 Millionen Menschen sind zwischen 25 und 54 Jahren alt. Gegenwärtig stabilisiert sich das Bevölkerungswachstum. Im Jahr 2022 lag die Geburtenrate pro Frau bei 2,1 Kindern und damit genau bei der Rate, die eine stabile Bevölkerungsentwicklung gewährleistet.¹ Auf der Liste der Länder mit den höchsten Geburtenraten lag Indien im Jahr 2022 auf Rang 94 von 224 erfassten Gesellschaften.² Auf Rang 95 lag der östliche Nachbar Bangladesch, während Pakistan eine sehr viel höhere Geburtenrate aufweist und mit 3,46 Geburten pro Frau auf Rang 39 lag. Indiens Rivale China lag dagegen mit nur 1,45 Geburten pro Frau auf Rang 210.³

Die große Zahl junger Menschen kann zu einem Entwicklungsschub beitragen, aber zugleich besteht das Risiko, dass die hohe Zahl junger Menschen zunächst zu einer demografischen Belastung wird. Die Aufgabe für Indiens Politik und Gesellschaft lautet, Jahr für Jahr zwölf Millionen neue Ausbildungs- und Arbeitsplätze zu schaffen.

7.1. Die demografische Entwicklung des bevölkerungsreichsten Landes der Welt

Aufgrund gezielter Abtreibungen weiblicher Föten gibt es ein Ungleichgewicht zwischen den Geschlechtern (vgl. auch Abschnitt 3.6): Die Zahl männlicher junger Inder (unter 25 Jahren) beläuft sich auf 308 Millionen Personen, die

Bild S. 258/259: AI Impact Summit in Neu-Delhi, 17. Februar 2026. An der Konferenz zum Thema Künstliche Intelligenz nahmen unter anderem Vertreter führender Technologieunternehmen wie Google, OpenAI, Anthropic und Reliance Industries teil

► **Tabelle 7** Szenarien für die demografische Entwicklung Indiens bis zu den Jahren 2050 und 2100 (Bevölkerung in Millionen Menschen)

	Niedriges Szenario	Mittleres Szenario	Hohes Szenario	Konstante Fertilität
2050	1 528	1 668	1 810	1 710
2100	1 002	1 533	2 247	1 817

Quelle: United Nations, Population Division, World Population Prospects 2022.

Zahl junger Inderinnen liegt mit 271 Millionen deutlich darunter. In der Altersgruppe von 25 bis 54 Jahren ist der Unterschied etwas geringer (285 Millionen Männer, 265 Millionen Frauen). Bei den 55- bis 64-Jährigen sind beide Gruppen gleich groß (je 52 Millionen Menschen) und bei den über 65-Jährigen übertrifft die Zahl der Frauen (47 Millionen) die der Männer (42 Millionen).⁴

Indien wird dank seines hohen Bevölkerungswachstums auf Jahrzehnte von einer demografischen Dividende profitieren. Dies hat auch Auswirkungen auf die inländische Ersparnis: Je mehr Menschen im arbeitsfähigen Alter sind, desto höher kann die Sparquote sein (Luce 2009: 358). Die Ausbildung von jungen Menschen verursacht Kosten, die entweder von den jeweiligen Familien oder von der gesamten Gesellschaft aufgebracht werden müssen. Im Rentenalter werden üblicherweise Ersparnisse abgebaut. Anders als in China ist dieses Phänomen in Indien bis zur Mitte des Jahrhunderts jedoch nicht relevant.

Nach den Bevölkerungsprognosen der Vereinten Nationen wird die Bevölkerung Indiens – nach dem wahrscheinlichsten, mittleren Szenario – bis zur Jahrhundertmitte auf nahezu 1,7 Milliarden Menschen steigen und dann bis 2100 auf etwa mehr als 1,5 Milliarden Menschen sinken. Sollte die Fertilität auf dem heutigen Niveau bleiben, rechnen Bevölkerungsforscher der Vereinten Nationen mit einer Bevölkerung von 1,8 Milliarden Menschen im Jahr 2100. Aber auch die niedrige und die hohe Variante liegen im Bereich des Möglichen. Bei der ersten würde die Bevölkerung Indiens zunächst relativ stabil bleiben und dann auf etwa 1,0 Milliarden Menschen sinken. Bei der zweiten Variante würde Indiens Bevölkerung auf über 2,2 Milliarden Menschen ansteigen.

Geht man von der mittleren Variante als der wahrscheinlichsten aus, wird Indien zu den Gesellschaften gehören, die sich in diesem Jahrhundert weder mit dem Thema Überalterung der Gesellschaft noch mit einem Mangel an Arbeitskräften beschäftigen müssen. Auch in diesem Feld kann Indien also ein Problem vermeiden, das China bereits heute beschäftigt. Bis zur Mitte des

Jahrhunderts wird die indische Erwerbsbevölkerung weiter wachsen. In der Dekade von 2030 bis 2039 wird mit einer jährlichen Zunahme der Erwerbsbevölkerung von einem Prozent gerechnet.⁵ Trotz dieser Zunahme des Arbeitskräfteangebots wird es für gut ausgebildete Inderinnen und Inder angesichts des raschen Wachstums der Nachfrage nach qualifizierten Dienstleistungen, des erwarteten Anstiegs der Beschäftigung in der verarbeitenden Industrie sowie in den Feldern Telekommunikation, Informationstechnologie und Pharmazie vermutlich gute Beschäftigungsmöglichkeiten geben.⁶

7.2. Kann Indien die neue „Werkbank der Welt“ werden?

Die Kombination aus geopolitischem Konflikt und der sich verbessernden Wettbewerbsfähigkeit Indiens ist eine potenziell tragfähige Basis für einen anhaltenden Aufschwung. Die Wahl eines Produktionsstandorts durch international agierende Unternehmen wird heute von vielen Faktoren beeinflusst. Dabei nimmt vor allem die Bedeutung geopolitischer Risiken zu. Die Phase der unpolitischen Globalisierung ist zu Ende gegangen und wurde abgelöst von einer von geoökonomischer Rivalität geprägten Welt. Als stabile Demokratie mit verbesserten Beziehungen zu den Vereinigten Staaten und anderen Demokratien im indopazifischen Raum sowie zur Europäischen Union wird sich Indien wahrscheinlich als das nächste große Schwellenland in Asien und als ein Wachstumspol in der Weltwirtschaft erweisen. Neben seiner politischen Stabilität verfügt Indien heute über zwei weitere erhebliche Standortvorteile: die niedrigen Arbeitskosten und die in großer Zahl zur Verfügung stehenden Fachkräfte (Alvarez et al. 2023).

Allerdings wird es vermutlich nicht gelingen, dem Beispiel ostasiatischer Länder schematisch zu folgen und Produktionsprozesse aus OECD-Ländern nach Indien zu transferieren. Für den Erfolg der ostasiatischen Volkswirtschaften, insbesondere Chinas, waren zwei Faktoren von zentraler Bedeutung: Erstens flossen große Mengen ausländischen Kapitals nach Ostasien und ermöglichten den raschen Aufbau von industrieller Produktion in armen Regionen. Der Aufstieg des früheren Fischerdorfs Shenzhen, das noch im Jahr 1980 lediglich 30 000 Einwohner hatte, zu einer Metropole mit 17,5 Millionen Einwohnerinnen und Einwohnern und zu einem wettbewerbsfähigen Zentrum der chinesischen High-Tech-Industrie ist ein herausragendes Beispiel für frühere Chancen zur wirtschaftlichen Entwicklung. Ein zweites Shenzhen wird es vermutlich schon deshalb nicht geben, weil ausländische Investoren sehr

viel zurückhaltender bei Investitionen im Ausland geworden sind. Der zweite Faktor war das vergleichsweise liberale Handelsregime, das es Ländern wie Japan, Südkorea und nicht zuletzt China ermöglichte, durch die Integration in den Weltmarkt Wirtschaftswachstum zu erzielen. Im Zeitalter einer Rückkehr protektionistischer Wirtschaftspolitik, die in manchen Volkswirtschaften schon an Autarkiestreben grenzt, ist eine auf den Warenexport setzende Entwicklungsstrategie nicht mehr so vielversprechend wie zuvor (Biedermann/Dieter 2023).

In der neueren indischen Wirtschaftsgeschichte hat sich die von vielen Handelsökonomen vertretene These, dass niedrige und/oder sinkende Barrieren für den Warenhandel eine Voraussetzung für kräftiges Wirtschaftswachstum sind, bestätigt. Auch in den 1980er-Jahren zeigte sich in Indien, dass die Senkung der Handelskosten zu dynamischen Entwicklungen führte (Panagariya 2004a: 2588). Den besten Beleg für die Gültigkeit dieser Überlegungen liefert Indien beim Export von Dienstleistungen der Informationstechnologie, bei dem die Handelskosten niedrig sind und nur sehr geringe Hürden zu überwinden sind: Zum einen ist der „Transport“ von Daten billig, zum anderen werden Softwaredienstleistungen nicht mit Zöllen belegt. In der Regel erheben Volkswirtschaften keine Zölle auf die Einfuhr von Software oder IT-Dienstleistungen, wenn diese digital – das heißt elektronisch über das Internet – und nicht auf Datenträgern versandt werden. Ein Ergebnis dieser Kombination von niedrigen Handelskosten und Freihandel ist der anhaltende Boom der indischen IT-Branche seit etwa dem Jahr 1985.

Der in Abschnitt 6.4 diskutierte Ausbau der Infrastruktur und das zu erwartende Wachstum der verarbeitenden Industrie werden Indiens Bedeutung in den internationalen Wirtschaftsbeziehungen bis zur Mitte des Jahrhunderts deutlich anwachsen lassen.

In Tabelle 8 sind einige Prognosen zur wirtschaftlichen Entwicklung Indiens zusammengefasst. Gewiss kann sich das Land anders entwickeln: Über einen Zeitraum von einem Vierteljahrhundert können unvorhergesehene politische und ökonomische Veränderungen eintreten, die die wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung gravierend beeinflussen. Aber auch mit diesem Vorbehalt erscheint ein Blick auf Indiens Perspektiven lohnend.

Am sichersten sind die bereits angesprochenen Prognosen zur demografischen Entwicklung. Allerdings wird das bis 2050 prognostizierte Bevölkerungswachstum allein nicht genügen, um das Land wirtschaftlich nach vorn zu bringen. In Indien leben heute 18 Prozent der Weltbevölkerung, die 3,6 Prozent der

➤ **Tabelle 8** Indikatoren zur wirtschaftlichen Entwicklung Indiens, 2022 bis 2050

	2022	2030	2050
Bevölkerung, in Millionen Menschen	1 417	1 515	1 670
Anteil an der Weltbevölkerung, in Prozent	18,1	18,2	18,0
Bruttoinlandsproduktion, in Milliarden US-Dollar zu laufenden Wechselkursen	3,4	6,7	45,6
Anteil an der Weltwirtschaftsleistung, in Prozent	3,5	4,5	11,5
Bruttoinlandsprodukt pro Kopf, in US-Dollar zu laufenden Wechselkursen	2 390	4 400	27 320
Pro-Kopf-Wirtschaftsleistung im Vergleich zu den USA (= 100) unter Berücksichtigung von Kaufkraftparitäten	11,2	15,3	28,7
Exporte von Gütern und Dienstleistungen, in Milliarden US-Dollar	772	1 995	19 082
Anteile an den weltweiten Exporten von Gütern und Dienstleistungen, in Prozent	2,5	4,3	13,6

Quelle: Economist Intelligence Unit: One-click report: India. 1. April 2024, S. 18f.

Weltwirtschaftsleistung schaffen. Sollte Indiens Wirtschaft bis zum Jahr 2047, dem 100. Jahrestag der Unabhängigkeit, weiter mit einer realen Jahresrate von etwa sechs Prozent oder mehr wachsen, würde Indiens Anteil an der Weltwirtschaftsleistung in gut 20 Jahren auf etwa zehn Prozent gewachsen sein. Allerdings ist ein anhaltend hohes Wachstum keineswegs heute schon gesichert. Um dies zu erreichen ist eine enge Zusammenarbeit zwischen der Bundesregierung, den Länderregierungen und den Kommunalverwaltungen vonnöten, um Wachstumspole zu identifizieren und anschließend zu unterstützen, etwa mit Infrastrukturprojekten.⁷

Die relative geografische Nähe des Landes zur Europäischen Union, dem größten Markt der Welt, ist ein weiterer Vorteil. Schon bis zum Jahr 2030 sollen sich die indischen Exporte gegenüber dem Jahr 2022 nahezu verdreifachen. Die Transportzeit von der indischen Westküste zu den nordeuropäischen Häfen liegt um mehr als 40 Prozent unter der von ostasiatischen Häfen. Fracht von der indischen Westküste erreicht in etwa 14 Tagen Hamburg. Das schnellste Containerschiff bewältigt die Reise vom chinesischen Ningbo nach

Wilhelmshaven seit 2025 in 26 Tagen und benötigt fast doppelt so lang wie ein Frachter aus Indien.⁸

Ein zentraler Faktor für den möglichen Aufstieg Indiens zu einem wichtigen Akteur in der verarbeitenden Industrie wird die Liberalisierung der Arbeitsgesetze sein. Die alte Ordnung begünstigt einige wenige, die einen Arbeitsplatz ergattert haben. Die Arbeitsschutzgesetze machen die Kündigung eines Arbeitnehmers in größeren Betrieben sehr schwer. Den Preis für den Schutz der Privilegierten zahlen diejenigen, die ohne formelle Beschäftigung bleiben, weil die Arbeitsgesetze verhindern, dass Unternehmen mehr Personal einstellen. In Indien sind vergleichsweise wenige Menschen aktive Mitglieder einer Gewerkschaft. Nach einer Untersuchung des indischen Arbeitsministeriums waren das im Jahr 2020 gerade einmal 10,4 Millionen Menschen.⁹ Aber diese vergleichsweise wenigen Akteure verhindern eine Liberalisierung der Arbeitsgesetze und sprechen vermeintlich im Namen der Armen. Bei Lichte betrachtet argumentieren die Gewerkschaften für ihre (wenigen) Mitglieder und sind Vertreter von Partikularinteressen (Luce 2009: 346).

Die Regierung Modi arbeitet an einer Vereinfachung des komplexen Arbeitsrechts, hat bislang aber noch keine Erfolge vorzuweisen. In den Jahren 2019 und 2020 wurden vier neue Arbeitsgesetze im indischen Parlament verabschiedet, die insgesamt 29 bisherige Gesetze ersetzen sollen und deren Ziel es war, das Arbeitsrecht zu vereinfachen und zu konsolidieren. Die neuen Gesetze sollten schon im Jahr 2021 in Kraft treten, aber die Umsetzung verzögerte sich, weil zuvor alle 28 Bundesstaaten die Bundesgesetze übernehmen müssen.¹⁰ Geplante Liberalisierungen des Arbeitsrechts in den südlichen Bundesstaaten Karnataka und Tamil Nadu, insbesondere die Einführung von 12-Stunden-Schichten, wurden nach Protesten im Jahr 2023 wieder zurückgenommen (Reed 2023).

Dieses Beispiel zeigt die zwei Gesichter der indischen Verfassung und der Probleme, die aus der Aufgabenteilung zwischen der indischen Bundesregierung und den Regierungen der Bundesstaaten resultieren. Auf der einen Seite ist das überaus verschiedenartige Indien als Zentralstaat kaum vorstellbar. Ohne ein recht hohes Maß an Autonomie der Bundesstaaten würde Indien vermutlich nicht funktionieren. Auf der anderen Seite sehen viele ausländische Beobachter offensichtlichen Reformbedarf vor allem in Bereichen, bei denen die Verantwortung zwischen Bundesregierung und Bundesstaaten geteilt ist (Arbeitsrecht, Energieversorgung, Schulen) oder bei denen die Bundesstaaten allein zuständig sind, etwa bei Landrechten.¹¹

Befürworter einer zentralen Planung der Wirtschaft sehen in dieser Konstellation einen veritablen Hemmschuh für Indiens künftige ökonomische Entwicklung. Die Freunde dezentraler Politik sehen aber genau in diesem Wettbewerb zwischen den Bundesstaaten eine Chance für die indische wirtschaftliche Entwicklung. Premierminister Modi hat das Argument der zweiten Gruppe aufgegriffen und die Diversität Indiens zu einer der drei Stärken des Landes erklärt. Demografie, Demokratie und Vielfalt seien die „Dreifaltigkeit“, die alle Träume Indiens erfüllen würden, sagte Modi in seiner Rede zum Unabhängigkeitstag am 15. August 2023 (Gosh 2023). Als die drei Übel benannte Modi in der gleichen Rede Korruption, Vetternwirtschaft und Anbiederungspolitik.¹² Einmal abgesehen von den Wahlkampfönen, die sich etwa acht Monate vor Beginn der Wahlen zur *Lok Sabha* in Modis Rede zeigen, ist sein Ansatz, die Stärken Indiens herauszustreichen, plausibel. Er macht implizit einen Vergleich mit der Volksrepublik China, die keine ethnische Vielfalt kennt, zentralistisch regiert wird sowie vor sehr großen demografischen Herausforderungen infolge des Sinkens ihrer Einwohnerzahl steht.

Indiens verarbeitende Industrie wird an Bedeutung gewinnen, aber nicht den früheren Rang und die Bedeutung Chinas zu erlangen. Indien kann dagegen das Büro und das Labor der Welt werden (vgl. Abschnitt 6.1). Dieses Ziel ist noch nicht erreicht, aber angesichts der Kompetenz und der Verfügbarkeit hoch qualifizierter indischer IT- und Softwareentwickler, deren Gehälter deutlich unter denen vergleichbaren Personals in OECD-Ländern liegen, erscheint eine weitere Zunahme der indischen Dienstleistungsexporte recht wahrscheinlich.

7.3. Die Nachhaltigkeit der indischen Wirtschaft

Indiens Bemühungen um eine nachhaltigere Wirtschaftsweise hatten bislang noch keinen durchschlagenden Erfolg. Die Luftverschmutzung insbesondere in den Städten des Nordens, vor allem in Neu-Delhi, ist ein gravierendes Gesundheitsrisiko für die Bewohnerinnen und Bewohner. Im Jahr 2024 wurden in Neu-Delhi an einer Wetterstation erstmals Temperaturen von mehr als 52 Grad Celsius gemessen (Krishnan 2024). Von sauberen Flüssen ist Indien ebenso weit entfernt wie von einer nachhaltigen Stromerzeugung. Dennoch wäre es unangemessen, die Verbesserungen in einigen Bereichen ganz auszublenden.

Indien ist der drittgrößte Emittent von Treibhausgasen der Welt. Im Jahr 2022 war China für die Emission von nahezu einem Drittel aller Treibhausgase verantwortlich (30,7 Prozent), die USA für 13,6 Prozent und Indien für

7,6 Prozent (Subramanian/Sharma 2024). Pro Kopf der Bevölkerung liegen die indischen Emissionen also bei etwa einem Viertel des Wertes von China. Die indische Regierung hat sich bei der Klimaschutzkonferenz COP26 im Oktober 2021 im schottischen Glasgow verpflichtet, bis zum Jahr 2070 keine Treibhausgase mehr zu emittieren. Die Europäische Union und die Vereinigten Staaten wollen dieses Ziel bis zum Jahr 2050 erreichen; die Volksrepublik China bis 2060. Bis zum Jahr 2030 soll die Emissionsintensität der Wirtschaftsleistung Indiens um 45 Prozent sinken: Bei gleicher Wirtschaftsleistung sollen die Emissionen also um fast die Hälfte reduziert werden (D'Souza 2024).

Auf die Erzeugung von Strom entfallen 34 Prozent der indischen Treibhausgasemissionen. Deshalb wäre es sinnvoll, über die Strompreise Anreize zu schaffen, weniger Strom zu verbrauchen. Dies ist komplex: Die Stromerzeugung wird in Indien stark subventioniert. Viele Haushalte und Bauern erhalten billigen Strom und haben sich daran gewöhnt, weil seit der Unabhängigkeit nahezu jeder Bundesstaat die Strompreise subventioniert hat. Etwa 20 Prozent der Kosten der Stromerzeugung werden vom Staat getragen (Subramanian/Sharma 2024).

Der Anteil der Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien wurde zwischen 2014 und 2023 von 13 auf 23 Prozent gesteigert.¹³ 70 Prozent des indischen Stroms werden derzeit durch die Verstromung von Kohle gewonnen (Sengupta 2024). Trotz aller Bekundungen, weniger fossile Energien nutzen zu wollen und auf nachhaltige Energien zu setzen, werden in Indien weiter eifrig neue Kohlekraftwerke geplant. Nach China hat Indien weltweit die meisten neuen Kohlekraftwerke in Planung oder im Bau. Die Kapazität der geplanten neuen Kohlekraftwerke beträgt 65 Gigawatt. Dies entspricht etwa 50 Kernkraftwerken vom Typ Biblis A. Der Ausbau der Kohlekraftwerke erfolgt auch deshalb, weil es nach wie vor schwierig ist, nachhaltig erzeugten Strom zu speichern (Parkin 2024d).

Um das Jahr 1900 war ein Drittel der Fläche Indiens bewaldet, aber schon vor 20 Jahren war es nur noch ein Sechstel (Luce 2009: 349). Der Verlust an Waldfläche hat sich in den vergangenen Jahren fortgesetzt und resultiert auch in Indien in Nebeneffekten wie der Ausbreitung von Wüsten (Gupta/Sheth 2024). Die indische Regierung gibt allerdings an, im Jahr 2021 seien etwa 21,7 Prozent der Oberfläche des Landes bewaldet gewesen. Das Ministerium für Umwelt, Wald und Klimawandel konstatiert sogar einen leichten Anstieg der bewaldeten Fläche um 2 261 Quadratkilometer zwischen 2019 und 2021.¹⁴

Indien bemüht sich erst seit vergleichsweise kurzer Zeit um eine nachhaltigere Wirtschaft. Es ist verständlich, dass das Land zunächst die verbreitete

absolute Armut bekämpfen wollte. Heute hat es den Anschein, als ob Umwelt- und Klimaschutz in der indischen Gesellschaft rasch an Bedeutung gewinnen. Die lebhafte indische Gesellschaft fordert in wachsendem Maße Schutz der eigenen Umwelt. Allerdings hat eine radikale Klimaschutzpolitik in Indien wenig Befürworter. Der Versuch etwa, die Ziele und Methoden deutscher Klimaschutzaktivisten einem studentischen Publikum zu erläutern, muss scheitern. Die destruktive und pessimistische Haltung deutscher Klimakleber unterscheidet sich fundamental vom in Indien häufig anzutreffenden Zukunftsoptimismus und dem ebenso verbreiteten Vertrauen in die Fähigkeit, mittels technologischer Innovation das Klima schützen zu können. Junge Leute in Indien erwarten in vielen Fällen eine bessere Zukunft und können den düsteren Prognosen von Klimaschutzgruppen wie der „Letzten Generation“ nichts abgewinnen.

Klima- und Umweltschutzpolitik wird in den kommenden Jahren aber allein schon deshalb nicht einfacher werden, weil der Ausbau der Infrastruktur zu mehr Verkehr und wahrscheinlich auch höheren Emissionen führen wird. Allein der Ausbau der Flughäfen und die prognostizierte Zunahme der Flugbewegungen werden für höhere Emissionen sorgen (vgl. Abschnitt 6.4).

7.4. Wird Indien und nicht China die asiatische Großmacht des 21. Jahrhunderts?

Auch bei der Frage, ob Indien eine regionale oder gar globale Führungsrolle übernehmen könnte, drängt sich der Vergleich mit China auf. Die Volksrepublik versucht durch ihre „Belt and Road Initiative“ (BRI), andere Länder enger an sich zu binden. Indien verfügt gegenwärtig und auf absehbare Zeit nicht über genügend Kapital, um teure Infrastrukturprojekte in anderen Ländern zu finanzieren, wobei sich auch die Frage stellt, wie lange China angesichts der Wirtschafts- und Finanzkrise im eigenen Land noch zur Fortsetzung der BRI fähig sein wird. Indien setzt dagegen von vornherein auf einen anderen Weg: Der Export der in Indien entwickelten digitalen öffentlichen Infrastruktur soll Indiens „digitale Belt-and-Road-Initiative“¹⁵ werden.

Der ökonomische Nutzen dieses digitalen Pakets – vor allem die Senkung der Kosten der öffentlichen Verwaltung – ist nennenswert. Verbessert wird vor allem die Vernetzung der Bürgerinnen und Bürger. Sozialleistungen können kostengünstiger bereitgestellt werden. Durch die Senkung von Kosten für Finanzdienstleistungen verbessern sich die Wachstumsperspektiven einer

Volkswirtschaft. Die von Indien angebotene digitale Infrastruktur leistet wie bei klassischer Infrastruktur einen Beitrag zur Verbesserung der wirtschaftlichen Perspektiven einer Gesellschaft.

Das indische *International Institute of Information Technology* in Bengaluru stellte im Jahr 2018 eine die „Modular Open Source Identity Platform“ (MOSIP) vor, die den Export der „Aadhar“-Technologie (vgl. Abschnitt 3.3 sowie 6.1) ermöglicht. Angewendet wird MOSIP etwa in den Philippinen, wo sich bis zum Beginn des Jahres 2023 etwa 78 der 110 Millionen Einwohnerinnen und Einwohner registriert hatten. Auch Marokko bietet seinen 38 Millionen Einwohnerinnen und Einwohnern ein auf MOSIP basierendes Identifikationssystem an (Burt 2023). Das Softwarepaket wird von der indischen Regierung kostenlos angeboten. Dennoch ist zu erwarten, dass indische Unternehmen durch Wartungsverträge vom Export des digitalen Pakets für die öffentliche Verwaltung profitieren werden.

Noch größere Tragweite hat das Bezahlungssystem „Unified Payments Interface“ (UPI, vgl. Abschnitt 3.3). Es könnte zu einer Alternative zum heutigen, von westlichen Ländern kontrollierten Finanzsystem entwickelt werden. Banken sind heute auf das Nachrichtensystem SWIFT angewiesen. Die im Jahr 1973 von 239 Banken aus 15 Ländern gegründete *Society for Worldwide Interbank Financial Telecommunication* (SWIFT), ein genossenschaftliches Unternehmen mit Hauptsitz in Belgien, sitzt wie eine Spinne im Zentrum der weltweiten Finanzströme. SWIFT bot eine Lösung für ein gemeinsames Problem an: die Kommunikation über grenzüberschreitende Zahlungen. Heute sind mehr als 11 000 Finanzinstitute in mehr als 200 Staaten und Territorien an SWIFT angeschlossen.¹⁶

Nachdem die USA im Jahr 2022 als Reaktion auf den russischen Angriff auf die Ukraine russische Banken von der Nutzung von SWIFT ausgeschlossen hatten, wurde sehr deutlich, dass SWIFT keine unpolitische Genossenschaft ist, sondern von den USA zu geopolitischen Zwecken genutzt werden kann. Die Suche nach und die Attraktivität von Alternativen hat sich dadurch erhöht. UPI macht Indien für Transaktionen im Inland schon heute unabhängig von SWIFT. Dilip Asbe, Chef der *National Payments Corporation of India* (NPCI), die UPI in einem privat-öffentlichen Unternehmen kontrolliert, möchte UPI zu einem autonomen internationalen Zahlungssystem weiterentwickeln. Damit würde eine Konkurrenz für das von westlichen Staaten kontrollierte gegenwärtige Finanzsystem entstehen, das in Entwicklungs- und Schwellenländern vermutlich auf lebhaftes Interesse stoßen könnte.¹⁷

Einer der Architekten des Bezahlsystems UPI sowie der digitalen öffentlichen Verwaltung ist Nandan Nilekani. Er war Mitgründer des Softwareunternehmens Infosys und ist heute Vorsitzender in dessen Aufsichtsrat. Infosys hat knapp 320 000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und ist eines der größten IT-Unternehmen Indiens. Nilekani war als Vorsitzender der *Unique Identification Authority of India* (UIDAI) von 2009 bis 2014 auch federführend an der Entwicklung und Umsetzung von „Aadhar“ beteiligt und verwandelte eine Regierungsdirektive in das größte biometrische Identifikationssystem der Welt. Nilekani betont, der Datenschutz der digitalen Anwendungen sei hoch entwickelt. Gespeichert würden nur die notwendigsten Daten. Die biometrischen Informationen dienten ausschließlich der Identifizierung und würden mit niemandem geteilt. Bei der Bezahlung mit dem Smartphone blieben Name und Telefonnummer des Zahlenden verborgen. Der ausgefeilte Datenschutz sei ein Grund für die Popularität von „Aadhar“ und UPI (Nezik 2023). Hier drängt sich erneut der Vergleich zur Volksrepublik China auf, wo kein Wert auf den Datenschutz gelegt wird.

Mitte dieses Jahrhunderts könnte Indien eine wirtschaftliche, demografische und militärische Position der Stärke erreicht haben, die es dem Land erlauben würde, China mindestens auf Augenhöhe zu begegnen. Sofern die Grenzkonflikte überwunden werden können, wäre sogar eine enge Kooperation denkbar. Gemeinsame Interessen gibt es jedenfalls: Beide Staaten fordern größere Rollen in den internationalen Beziehungen und in den Institutionen globaler Regulierung, lehnen die Kritik westlicher Länder an Menschenrechtsverletzungen und vermeintlich mangelnden Maßnahmen für den Klimaschutz ab und sind wegen islamistischem Extremismus besorgt.¹⁸ Dem schrumpfenden Reich der Mitte könnte in dieser Konstellation allerdings sogar die Rolle des Juniorpartners zufallen, während Indien die Führungsrolle übernehmen könnte. Es ist die schiere Macht der Demografie, die Indiens weiteren Aufstieg zu einer Supermacht beflügeln wird.

Gewiss ist aus heutiger Sicht ein solches Szenario – Indien die Führungsmacht, China der kleinere Partner – unrealistisch. Aber schon ein Blick auf die Bevölkerungsentwicklung zeigt, dass Indien im Wettbewerb mit China gute Karten hat (vgl. Abschnitt 4.3). Der US-amerikanische Politikwissenschaftler Nicholas Eberstadt betonte in einem Beitrag für die Zeitschrift *Foreign Affairs* im Jahr 2019, dass mit einer starken Demografie große Macht einhergehe (Eberstadt 2019). Das Paradebeispiel sind die USA: Mitte des 19. Jahrhunderts hatten die Vereinigten Staaten gerade einmal 23 Millionen Einwohnerinnen und

Einwohner. Heute leben dort etwa 345 Millionen Menschen und damit mehr als in Deutschland, Frankreich, Großbritannien, Italien und Polen zusammen.

Neben der Demografie dürfte das Wachstum der Wirtschaft einen Beitrag zum weiteren Aufstieg des Landes leisten. Sollte Indiens Wirtschaft bis zum 100. Jahrestag der Unabhängigkeit im Jahr 2047 jährlich weiter um fünf Prozent wachsen (die bisherigen Wachstumsraten Indiens lagen höher) und die USA eine Wachstumsrate von 2,3 Prozent verzeichnen (die im letzten Vierteljahrhundert im Mittel zu beobachten war), wäre Indiens Wirtschaft mit Kaufkraftparitäten berechnet so groß wie die der USA (Wolf 2024).

Zwei indische Beobachter, die Politikexperten Kaush Arha und Samir Saran, haben eine neue Form der Partnerschaft zwischen Indien und den USA vorgeschlagen, eine *Great Power Partnership*. Sie begründen diese Forderung mit einer Interessenkonvergenz zwischen der ältesten und der größten Demokratie der Welt und schlagen weitreichende gemeinsame Projekte, etwa in der Rüstungsproduktion oder der Raumfahrt, vor. Gemeinsam sollen Indien und die USA die Herzen und Köpfe („hearts and minds“) der Menschen im „globalen Süden“ gewinnen (Arha/Saran 2024). Überzeugen kann dieser Vorschlag einer Koalition der Gewinner aber keineswegs: Zum einen haben die USA kein erkennbares Interesse daran, einen neuen geopolitischen Rivalen heranzuziehen. Indien ist für Washington temporär nützlich als Verbündeter im geopolitischen Konflikt mit China, aber die seit Jahrzehnten von den USA verfolgte außenpolitische Strategie zielte stets auf eine unilaterale Führungsposition der Vereinigten Staaten ab. Ein langfristiges Bündnis mit Indien wäre demnach kaum im Interesse US-amerikanischer Machtpolitik. Zum anderen würde Indien, wenn es sich eng mit den USA verbünden würde, genau den Sonderstatus als blockfreier Akteur verlieren, der das Land gegenwärtig in vielen Entwicklungs- und Schwellenländern so attraktiv macht.

In Indien selbst ist die politische Zustimmung für einen unabhängigen außenpolitischen Pfad nach wie vor groß, auch weil die Erinnerung an die Demütigungen in der Kolonialzeit noch sehr lebendig ist. Indien und die USA haben derzeit in mancherlei Hinsicht ähnliche Interessen. Die Triebfeder der engen Zusammenarbeit sind aber nicht geteilte Werte, sondern die geopolitische Konstellation. An einer langfristigen engen Allianz mit den USA hat die indische Regierung schon deshalb kein Interesse, weil das Land selbst ein Pol in der multipolaren Welt werden möchte (Dutt 2023b).

Andere Beobachter wie der US-amerikanische Politikwissenschaftler Paul Poast stellen infrage, das Indien das Zeug zur Supermacht hat. Für Indien

spreche, dass es eines der wenigen Länder mit Atomwaffen sei, eine *conditio sine qua non* im nuklearen Zeitalter. Aber für die Aufnahme in den Club der Mächtigen zähle die Wahrnehmung des Landes ebenso viel wie die objektive Stärke (Poast 2024). Dieser Einschätzung zufolge ist der Supermachtstatus weniger der Ausdruck der tatsächlichen militärischen und wirtschaftlichen Stärke eines Landes, sondern vor allem die Folge der Perzeption in der übrigen Welt. Gewiss hat diese konstruktivistische Perspektive auf den Status Indiens einen gewissen Reiz, aber er blendet dynamische Effekte eher aus: Welchen Effekt hat etwa die erfolgreiche Mondmission Indiens auf die Wahrnehmung des Subkontinents? Wie wirkt sich auch die zunehmende Präsenz indischstämmiger Personen in Führungspositionen großer Unternehmen weltweit aus? Poasts Feststellung, Indien sei noch keine große Macht, geschweige denn eine Supermacht, ist eine Momentaufnahme des Jahres 2024.

Strategen in den Außenministerien westlicher Industrieländer sollte dagegen durchaus bewusst sein, dass sich Indien selbst einmal zu einem Rivalen des Westens entwickeln könnte. Sollte es dem Westen gelingen, Indien zu stärken, könnte das eines Tages den USA einen neuen Rivalen bescheren.¹⁹ Aber die Vereinigten Staaten haben in den vergangenen Jahren bewiesen, dass sie im Wettbewerb um Macht und Einfluss zu bestehen wissen. Auch in einem möglichen künftigen Wettbewerb zwischen Indien und den USA käme es aus Sicht der US-Amerikaner darauf an, den Mehrklang zu beherrschen, den der US-amerikanische Diplomat George F. Kennan im Jahr 1947 in seinem legendären „Langen Telegramm“ aus Moskau beschrieb:

„Es geht vielmehr darum, inwieweit die Vereinigten Staaten bei den Völkern der Welt den Eindruck eines Landes erwecken können, das weiß, was es will, das erfolgreich mit den inneren Problemen und der Verantwortung einer Weltmacht zurechtkommt und das eine geistige Vitalität besitzt, die in der Lage ist, sich unter den großen ideologischen Strömungen der Zeit zu behaupten“ (Kennan 1947, eigene Übersetzung).

Die USA haben schon einige Konkurrenten erfolgreich besiegt und sich in diesem Prozess immer wieder neu erfunden. Deutschland und Japan wurden im Zweiten Weltkrieg militärisch geschlagen, die UdSSR scheiterte am Rüstungswettlauf mit den USA und an eigenen Widersprüchen und sowohl Japan als auch die Volksrepublik China haben sich durch Wirtschafts- und demografische Krisen selbst aus dem geopolitischen Wettstreit genommen. Vermutlich ist die größte Bedrohung der hegemonialen Position der USA die Unfähigkeit,

in Abwesenheit eines expliziten Feindbildes eine zukunftsfähige Politik zu betreiben.

Bislang ist noch offen, ob das phasenweise konstruktive Verhältnis zwischen Präsident Trump und dem indischen Premierminister Modi erhalten bleiben wird. Insbesondere die Abschiebepolitik der US-amerikanischen Regierung, aber auch die protektionistische Handelspolitik sorgen in Neu-Delhi für Verstimmung. Vermutlich würde die Verhängung von Sekundärsanktionen gegen Indien wegen dessen Handelsbeziehungen zu Russland, die der NATO-Generalsekretär Rutte im Sommer des Jahres 2025 androhte, die Beziehungen zwischen Indien und den USA stark belasten.

Belastet sind derzeit die Wirtschaftsbeziehungen vieler Länder mit den USA, nicht nur durch Donald Trumps gleichermaßen harte wie erratische Zollpolitik. Die Vereinigten Staaten haben keine erkennbare geoökonomische Strategie, sondern agieren planlos. Die Fortsetzung des bisherigen wirtschafts- und finanzpolitischen Kurses wäre allerdings ebenfalls gefährlich gewesen: Die USA weisen eine rasch steigende Staatsverschuldung auf und sind zudem im Ausland hoch verschuldet. Trumps Alleingänge werden das Verhältnis zwischen China und Indien beeinflussen. Obwohl die Beziehungen beider Staaten nach wie vor schwierig sind, hat der US-Präsident zumindest für eine unerwartete Annäherung Pekings und Neu-Delhis gesorgt. Es erscheint denkbar, dass die von Trump ausgelösten Irritationen die indische Regierung beflügeln werden, andere Partnerschaften entschlossener auszubauen. Dazu gehören die Beziehungen zu Japan, aber auch die Europäische Union könnte von Trumps Politik indirekt profitieren. Indiens Perspektiven sind mit oder ohne ein Handelsabkommen mit den USA insgesamt günstig. Das mittel- und langfristige Potenzial des Landes ist, wie an mehreren Stellen in diesem Buch dargelegt, immens.



8. Schlussbemerkungen: Hat Indiens Jahrhundert begonnen?



8. Schlussbemerkungen: Hat Indiens Jahrhundert begonnen?

Zahlreiche Beobachter erwarten, dass Indien im 21. Jahrhundert eine Führungsrolle in der Welt übernehmen wird. Bob Sternfels, geschäftsführender Partner bei McKinsey, glaubt, dass das 21. Jahrhundert das Jahrhundert Indiens werden wird (Mahanta 2024). Und der US-amerikanische Politikwissenschaftler Walter Russel Mead prognostizierte 2023 im *Wall Street Journal*, dass die Zukunft des indopazifischen Raumes weitgehend in Indiens Händen liegen würde (Mead 2023). Gewiss kann dieser Optimismus übertrieben sein. Schon häufiger wurden hohe Erwartungen an Indiens Entwicklung enttäuscht (Kristof 2023). Aber nach der Analyse zahlreicher Aspekte der Entwicklung der indischen Wirtschaft und Gesellschaft drängt sich der Eindruck auf, dass Indiens Aufstieg dieses Mal auf solidem Fundament ruht. Ähnlich wie in den USA eint der Anspruch, eine große Macht zu sein, auch die indische Politik und Gesellschaft. Viele Inderinnen und Inder sind davon überzeugt, dass die traditionellen moralischen Werte der indischen Gesellschaft denen des Westens überlegen sind (Luce 2009: 307). Zwar hatte die Ambition, eine Großmacht zu werden, lange Zeit relativ wenig mit der tatsächlichen politischen, wirtschaftlichen und militärischen Stärke Indiens zu tun (Luce 2009: 299). Aber allmählich deckt sich der Anspruch Indiens mit seinen Fähigkeiten. Premierminister Narendra Modi verfolgt beharrlich die Ambition, Indien zu altem Glanz zurückzuführen und als *Vishwa Guru* (Lehrer der Welt) in der globalen Ordnung zu positionieren.¹

Unabhängig von einer möglichen Vorbildfunktion Indiens spricht einiges dafür, dass Indiens Macht und Einfluss in den kommenden Jahrzehnten weiter wachsen wird. Der US-amerikanische Politikwissenschaftler Joseph S. Nye

Bild S. 274/275: Schaulustige feiern den Start einer unbemannten Mondrakete der indischen Raumfahrtorganisation ISRO (Indian Space Research Organisation) vom Satish Dhawan Space Centre in Sriharikota, Bundesstaat Andhra Pradesh, 14. Juli 2023

etwa erwartet, dass Indien eine wichtige Rolle im globalen Machtgleichgewicht spielen wird: Mit seiner riesigen Bevölkerung, seinen Nuklearwaffen, seiner großen Armee, einer wachsenden Zahl von Arbeitskräften, der exzellenten Ausbildung von Eliten, einer verbreiteten Kultur des Unternehmertums und Verbindungen zu einer großen und einflussreichen Diaspora sei Indien geradezu prädestiniert, eine herausragende Rolle in der internationalen Politik zu spielen (Nye 2023b). Der Ökonom Nouriel Roubini, dessen Prognosen zur wirtschaftlichen Entwicklung, beispielsweise vor der weltweiten Finanzkrise 2007, sich bereits mehrfach bewahrheitet haben, geht noch einen Schritt weiter und erwartet, dass Indien sich mittelfristig zum wichtigsten Land der Welt entwickeln wird (Roubini 2023).

In der Außenpolitik hat es derzeit den Anschein, dass Indien eine deutliche Präferenz für die Zusammenarbeit mit den USA und anderen westlich geprägten Staaten hat. Die Gräben zwischen dem autokratisch regierten China und dem demokratischen Indien sind tief und wirken unüberbrückbar. Insgesamt wird Indien jedoch ein Akteur bleiben, der seine Interessen verfolgt und sich nicht fest in einen politischen Block einbinden lässt. Indien verfolgt eine Außenpolitik, die in Großbritannien im 19. Jahrhundert von Lord Palmerston propagiert wurde. Dieser sagte im Unterhaus am 1. März 1848: „Wir haben keine ewigen Verbündeten, und wir haben keine ewigen Feinde. Unsere Interessen sind ewig und immerwährend, und es ist unsere Pflicht, diese Interessen zu verfolgen“.²

Wie Lord Palmerston stellen Indiens Premierminister Modi und sein Außenminister Jaishankar stets den Nutzen für Indien in den Vordergrund. Jaishankar wurde von der *Financial Times* als „globaler Star des außenpolitischen Realismus“ bezeichnet, der sich an Lord Palmerston und Charles de Gaulle orientiere. Jaishankar verzichte auf die moralischen Töne US-amerikanischer Außenpolitiker und gebe auch nicht vor, andere als die indischen Interessen zu vertreten (Luce 2023).

Diese auf die Verfolgung nationaler Interessen zielende Außenpolitik kann, muss aber nicht zu einer weitreichenden Allianz mit westlich geprägten Staaten führen. Jaishankar bezeichnet sich selbst als überzeugten Nationalisten, wohl wissend, dass in anderen Regionen der Welt „Nationalismus“ anders verstanden wird als in Indien. Nationalismus sei in Indien Teil des Kampfes gegen die Kolonialmacht und für die Unabhängigkeit Indiens gewesen (Lau/Sauerbrey 2024). Es ist durchaus denkbar, dass künftige Regierungen in Neu-Delhi eine Außenpolitik verfolgen, die noch eigenständiger und selbstbewusster sein könnte als die derzeit amtierende.

Anmerkungen

1. Einleitung

- 1 The Economist, India's economic geography: Latitude is everything, 29. Oktober 2022, S. 5.
- 2 Daten der Weltbank, <https://databank.worldbank.org/source/population-estimates-and-projections>.
- 3 Daten der Weltbank, <https://datacatalogfiles.worldbank.org/ddh-published/0038130/9/DR0046441/GDP.pdf>.
- 4 NASDAQ: The Top 10 Economies in 2027, <https://www.nasdaq.com/articles/the-top-10-economies-in-2027>.
- 5 Forbes: The Countries With The Most Billionaires 2025, <https://www.forbes.com/sites/sylvanlebrun/2025/04/01/the-countries-with-the-most-billionaires-2025>.
- 6 Im Jahr 2022 betrug das Datenvolumen in Deutschland pro Anschluss 5,6 Gigabyte, <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/3506/umfrage/monatliches-datenvolumen-pro-mobilfunknutzer-in-deutschland>.
- 7 Daten der Weltbank, <https://data.worldbank.org/indicator/SE.ADT.LITR.ZS?locations=IN>.
- 8 Daten der Weltbank, <https://data.worldbank.org/topic/poverty?locations=IN>.
- 9 UNICEF: Child Malnutrition, Mai 2023, <https://data.unicef.org/topic/nutrition/malnutrition>.
- 10 Ministry of Finance: Economic Survey highlights thrust in rural development, 31. Januar 2023, <https://pib.gov.in/PressReleasePage.aspx?PRID=1894901>.
- 11 The Economist: The world's next food superpower, 11. Juli 2024.
- 12 Nach Vorwürfen der Manipulation wurde der Index im Jahr 2021 eingestellt. Ein Nachfolgeindex, B-Ready, wurde im September 2024 vorgestellt: <https://www.worldbank.org/en/businessready>.
- 13 Daten der Weltbank, https://data.worldbank.org/indicator/IC.BUS.EASE.XQ?end=2019&locations=IN&most_recent_year_desc=true&start=2019&view=chart.
- 14 The Economist: India's difficult business environment is improving, 22. April 2024.
- 15 Daten der Weltbank, <https://data.worldbank.org/indicator/NY.GDP.PCAP.CD?locations=IN>.
- 16 The Economist: India's middle class: The elephant in the room, 13. Januar 2018, S. 33.
- 17 World Bank: Personal remittances India, <https://data.worldbank.org/indicator/BX.TR.F.PWKR.CD.DT?locations=IN>.
- 18 The Economist: The Indian diaspora: Making it as migrants, 17. Juni 2023, S. 36ff.

2. Schlaglichter der indischen Wirtschaftsgeschichte

- 1 In manchen Quellen wird auch die Regierungszeit 268–232 v. Chr. genannt.
- 2 Britannica: Arthashastra, <https://www.britannica.com/topic/Artha-shastra>.
- 3 The Economist: Narendra Modi ramps up the Muslim-baiting, 16. Mai 2024, <https://www.economist.com/asia/2024/05/16/narendra-modi-ramps-up-the-muslim-baiting>.

- 4 Der Wirtschaftshistoriker Angus Maddison (2001) hat Daten zur Entwicklung der Weltwirtschaft zusammengetragen und durch die Verwendung einer aktuellen Recheneinheit, dem internationalen Dollar des Jahres 1990, vergleichbar gemacht.
- 5 UK Parliament: Parliament and the East India Company, <https://www.parliament.uk/about/living-heritage/evolutionofparliament/legislativescrutiny/parliament-and-empire/parliament-and-the-american-colonies-before-1765/parliament-and-the-east-india-company>.
- 6 Die britischen Streitkräfte standen unter dem Kommando von Generalmajor William Elphinstone (1782–1842). Die britische Truppe von 4 500 Soldaten (700 Europäer und 3 800 Sepoys) und 12 000 Gefolgsleuten verließ Kabul im Januar 1842 in Richtung Dschalalabad. Der einzige von 700 europäischen Truppenangehörigen, der sein Ziel erreichte, war der Assistenzarzt William Brydon (Cartwright 2023).
- 7 Britannica: Opium Trade, <https://www.britannica.com/topic/opium-trade>.
- 8 Statista: Child mortality rate (under five years old) in India 1880 to 2020, <https://www.statista.com/statistics/1041861/india-all-time-child-mortality-rate>.
- 9 Die Daten für die beiden Länder sind nur eingeschränkt vergleichbar. In Indien wurde die gesamte Kindersterblichkeit unter fünf Jahren gemessen, in Großbritannien die Säuglingssterblichkeit. Statista: Infant mortality rate in the United Kingdom from 1900 to 2021, <https://www.statista.com/statistics/281501/infant-mortality-rate-in-the-united-kingdom>.
- 10 Britannica: Indian Mutiny, <https://www.britannica.com/event/Indian-Mutiny>.
- 11 The Economic Times: Independence Day: How the Tatas struck back at the British empire, 15. August 2023, <https://economictimes.indiatimes.com/industry/indl-goods/svs/metals-mining/independence-day-how-the-tatas-struck-back-at-the-british-empire/articleshow/102740197.cms>.
- 12 The Economist: Steely logic. Why the Tata-Corus deal makes sense for both parties, 26. Oktober 2006, <https://www.economist.com/business/2006/10/26/steely-logic>.
- 13 Time Magazine: Fifty years of Tata, 30. September 1957, <https://content.time.com/time/subscriber/article/0,33009,891398-1,00.html>.
- 14 The Economic Times: Independence Day: How the Tatas struck back at the British empire, 15. August 2023, <https://economictimes.indiatimes.com/industry/indl-goods/svs/metals-mining/independence-day-how-the-tatas-struck-back-at-the-british-empire/articleshow/102740197.cms>.
- 15 Ebd.
- 16 Britannica: Lord Curzon, <https://www.britannica.com/biography/Lord-Curzon>.
- 17 Britannica: Montagu–Chelmsford Report, <https://www.britannica.com/event/Montagu-Chelmsford-Report>.
- 18 Britannica: Salt March, <https://www.britannica.com/event/Salt-March>.
- 19 Winston Churchill wurde während der Kriegsjahre von Frederick Lindemann, Graf Cherwell, beraten. Lindemann, der aus Baden-Baden stammte, hatte ebenso wie Churchill selbst wenig Achtung vor den Indern und betrachtete sie für den Ausgang des Krieges als wenig entscheidend. Noch lange nach der Unabhängigkeit Indiens beklagte Graf Cherwell, die Abdankung des weißen Mannes sei das größte Verhängnis des 20. Jahrhunderts gewesen (Mukherjee 2010: 274).
- 20 BBC: The Bengal famine of 1943 in British India: the forgotten story of World War 2, 25. Februar 2024, <https://www.bbc.co.uk/sounds/play/m001wr56>.
- 21 Gandhi selbst lehnte es ab, der erste Generalgouverneur des unabhängigen Indiens zu werden, und begründete diesen Schritt damit, dass er ansonsten seine Prinzipien verraten würde.

- 22 Britannica: The transfer of power and the birth of two countries, <https://www.britannica.com/place/India/The-transfer-of-power-and-the-birth-of-two-countries>.
- 23 The Economist: Small-states theory, 15. Juni 2024, S. 15.
- 24 Nehru war mit Mountbattens Ehefrau Edwina eng befreundet und hielt an dieser Freundschaft viele Jahre fest.
- 25 Time Magazine: Fifty years of Tata, 30. September 1957, <https://content.time.com/time/subscriber/article/0,33009,891398-1,00.html>.
- 26 Die Zeit: Rourkela: Modellfall in Indien. Das Hüttenwerk im Dschungel – ein Beispiel deutscher Entwicklungshilfe?, Nr. 14/1961, <https://www.zeit.de/1961/14/rourkela-modellfall-in-indien>. Ein früherer deutscher Botschafter in Indien, Ernst Meyer, wird in diesem Artikel mit der Einschätzung zitiert, Inder und Deutsche verstünden sich auch deshalb so gut, weil beide Völker „etwas irrational“ seien.
- 27 Fünf Jahre später jubelte *Der Spiegel*, Rourkela sei „Ein Sieg für die Deutschen“. Dort werde Stahl 30 Prozent billiger als in der „russischen“ Fabrik produziert, und wegen der höheren Qualität erziele der Stahl aus Rourkela pro Tonne 100 DM mehr. *Der Spiegel* resümierte: „Russen und Engländer geschlagen“. *Der Spiegel*: Sieg der Deutschen, 9. Januar 1966, <https://www.spiegel.de/politik/sieg-der-deutschen-a-13f36b1f-0002-0001-0000-000046265291>.
- 28 *Der Spiegel*: Russen auf dem Dach, 29. März 1960, <https://www.spiegel.de/politik/russen-auf-dem-dach-a-20a4ca44-0002-0001-0000-000043065242>.
- 29 Ebd. *Der Spiegel* weist aber darauf hin, dass die „wodkafesten Sowjetmenschen“ keineswegs dem Alkohol abgeschworen hatten, sondern diesen in privaten Räumen konsumierten.
- 30 The New York Times: Kennedy Wants U.S. To Sacrifice. Senator Says Soviet Gains Require Basic Changes in American Foreign Policy, 8. Dezember 1957, eigene Übersetzung; vgl. Mody 2023: 74.
- 31 Im Haushalt des Jahres 2024 waren 10,5 Milliarden US-Dollar für humanitäre Hilfe vorgesehen. USAID: Fiscal Year 2024 President's Budget Request, https://www.usaid.gov/sites/default/files/2023-03/USAID_FY2024_BudgetRequest_FactSheet3a.pdf%20.
- 32 Allerdings ist es schwierig, die genaue Höhe der geflossenen Mittel der Entwicklungshilfe festzustellen, da phasenweise mehr als 30 Geberländer Indien unterstützten (Kamath 1992).
- 33 Ihren Nachnamen erhielt Indira Gandhi durch die Heirat mit Feroze Gandhi. Zu Mahatma Gandhi bestanden keine familiären Verbindungen.
- 34 Our world in Data: Top marginal income tax rate, 1900 to 2017, <https://ourworldindata.org/grapher/top-income-tax-rates-piketty>. Schlagzeilen machte der Fall der schwedischen Kinderbuchautorin Astrid Lindgren: In den 1970er-Jahren führte die sozialdemokratische Regierung Schwedens ein Steuersystem ein, das dazu führte, dass einige Selbstständige, zum Beispiel betuchte Kinderbuchautorinnen, einen Spitzensteuersatz von 102 Prozent zahlen sollten. Lindgren wanderte daraufhin in die Schweiz aus und schrieb das satirische und allegorische Märchen „Pomperipossa in Monismania“, das 1976 in einer Stockholmer Zeitung veröffentlicht wurde. Es ist die Geschichte eines Kinderbuchautors, der wegen der konfiskatorischen Steuersätze das Schreiben aufgibt und Sozialhilfeempfänger wird (Pethokoukis 2018). Lindgrens Geschichte sorgte nicht nur für die Veränderung des Steuersystems, sondern trug zum Niedergang der schwedischen Sozialdemokraten bei, die im Jahr 1976 erstmals seit 40 Jahren die Wahlen verloren. Der Steuermechanismus, der zu solch hohen Steuersätzen führte, wird seither als „Pomperipossa-Effekt“ bezeichnet. Noch 50 Jahre später, im Jahr 2018, wurden die Folgen hoher Steuersätze in Indien mit Hinweis auf Lindgren diskutiert (Kaul 2018).
- 35 Britannica: Indira Gandhi, <https://www.britannica.com/biography/Indira-Gandhi>.
- 36 Die Angaben der Zahl sterilisierter Männer schwankt je nach Quelle.

- 37 Daten der Weltbank, World Development Indicators, <https://databank.worldbank.org/source/world-development-indicators>.
- 38 Friedmans Beitrag wurde in der Zeitschrift *Swarajya* veröffentlicht, die von 1956 bis 1980 erschien. In der indischen Monatszeitschrift wurden die sozialistischen Politiken der Regierung Nehru regelmäßig kritisiert und radikal marktwirtschaftliche Lösungen propagiert. Seit 2014 gibt es eine gleichnamige Nachfolgezeitschrift.
- 39 Daten der Weltbank, World Development Indicators, <https://databank.worldbank.org/source/world-development-indicators>.
- 40 Ebd.
- 41 Ministry of Rural Employment: The Mahatma Gandhi National Rural Employment Guarantee Act 2005, https://nrega.nic.in/MGNREGA_new/Nrega_home.aspx.
- 42 Reuters: India's budget keeps spending in check; sees modest increase in revenue, 1. Februar 2024, <https://www.reuters.com/world/india/indias-budget-keeps-spending-check-sees-modest-increase-revenue-2024-02-01>.
- 43 World Bank, World Development Report 2014, Washington 2013, S. 30, 155.

3. Die indische Innenpolitik und der Aufstieg der BJP

- 1 World Bank: Poverty headcount ratio at \$ 2.15 a day, 2017 PPP (Percent of population) – India, <https://data.worldbank.org/indicator/SI.POV.DDAY?locations=IN>.
- 2 Daten von der Webseite des indischen Parlaments, <https://loksabha.nic.in/members/PartyWiseStatisticalList.aspx>.
- 3 Britannica: Vinayak Damodar Savarkar. Hindi and Indian Nationalist, <https://www.britannica.com/biography/Vinayak-Damodar-Savarkar>.
- 4 Im Jahr 2025 wurde in Indien nach dem Erscheinen des Bollywood-Films „Chhaava“ leidenschaftlich über die vermeintlichen Missetaten des Mogulkaisers Aurangzeb, der von 1658 bis 1707 regierte, debattiert. In den sozialen Medien erregten sich Hindunationalisten über die angeblich schändliche Behandlung von Hindus. Aurangzeb habe die Scharia in Indien eingeführt und Nichtmuslime entrechtet. Die Mogulkaiser werden in Bollywood-Filmen regelmäßig als ausländische Eroberer und die heute in Indien lebenden Muslime als Kinder der Mogulkaiser dargestellt (Ayyub 2025).
- 5 Britannica: Rashtriya Swayamsevak Sangh. Hindu Organization, <https://www.britannica.com/topic/Rashtriya-Swayamsevak-Sangh#ref1041981>.
- 6 Daten von der Webseite der CIA: The World Factbook – India, <https://www.cia.gov/the-world-factbook/countries/india/#people-and-society>.
- 7 Die Angaben zur Zahl der Opfer schwanken.
- 8 BBC: Kashmir attack: Bomb kills 40 Indian paramilitary police in convoy, 14. Februar 2019, <https://www.bbc.com/news/world-asia-india-47240660>.
- 9 Times of India: ‚Don't think you are safe': Jaishankar says Indian strikes in Pakistan were ‚direct message', 22. Mai 2024, <https://timesofindia.indiatimes.com/india/dont-think-you-are-safe-jaishankar-says-indian-strikes-in-pakistan-were-direct-message/articleshow/110339720.cms>.
- 10 The Economist: Narendra Modi ramps up the Muslim-baiting, 16. Mai 2024, <https://www.economist.com/asia/2024/05/16/narendra-modi-ramps-up-the-muslim-baiting>.

- 11 Zu fragen ist, ob die Mogulkaiser gegenüber Andersgläubigen ebenso liberal waren wie die Briten.
- 12 The Economist: The world's next food superpower, 11. Juli 2024.
- 13 Auch in den USA hat es seit den 1970er-Jahren Versuche gegeben, eine landesweit einheitliche Mehrwertsteuer einzuführen. Bisher sind diese Versuche jedoch alle gescheitert. In den 37 anderen OECD-Staaten wird hingegen eine Mehrwertsteuer erhoben. OECD: Consumption Tax Trends 2022, VAT/GST and Excise, Core Design Features and Trends, https://www.oecd-ilibrary.org/taxation/consumption-tax-trends-2022_6525a942-en.
- 14 The Economic Times: GST rate cut, slabs review in works, says Finance Minister Nirmala Sitharaman, 9. März 2025, <https://economictimes.indiatimes.com/news/economy/policy/et-awards-gst-rate-cut-slabs-review-in-works-says-finance-minister-nirmala-sitharaman/articleshow/118809484.cms>.
- 15 The Economist: Narendra Modi is widening India's fierce regional divides, 13. September 2023.
- 16 The Economist: India's north-south divide, 2. März 2024, S. 12.
- 17 Zuvor war die Geldpolitik sehr wechselläufig. Die Reserve Bank of India (RBI) verfolgte im Lauf der Jahre eine Vielzahl von Strategien. Lange Zeit dominierte die Fiskalpolitik: Von der Zentralbank wurde erwartet, dass sie Haushaltsdefizite ausgleicht. In den ersten Jahren dieses Jahrhunderts wurde der geldpolitische Rahmen reformiert und gestärkt. Die RBI konnte fortan eigenständiger Entscheidungen fällen. Eine weitere Stärkung der Unabhängigkeit der Geldpolitik war die Vereinbarung zwischen Notenbank und Regierung über Inflationsziele vom Februar 2015 und das geänderte RBI-Gesetz vom Mai 2016, das der Zentralbank ein gesetzliches Inflationsziel gab.
- 18 The Economist: India's development: Gujaratification, 10. Dezember 2022, S. 9.
- 19 The Economist: Becoming wealthy in the 2020s: India v. Indonesia, 1. April 2023, S. 42.
- 20 The Economist: Left wanting, 29. Juni 2024, S. 44f.
- 21 Daten der Weltbank, <https://databank.worldbank.org/source/world-development-indicators>.
- 22 Reuters: India's budget keeps spending in check; sees modest increase in revenue, 1. Februar 2024, <https://www.reuters.com/world/india/indias-budget-keeps-spending-check-sees-modest-increase-revenue-2024-02-01>.
- 23 CEIC: India National Government Debt, <https://www.ceicdata.com/en/indicator/india/national-government-debt>.
- 24 Trading Economics: India 10-Year Government Bond Yield, 21. April 2025, <https://tradingeconomics.com/india/government-bond-yield>.
- 25 Reuters: India's budget keeps spending in check; sees modest increase in revenue, <https://www.reuters.com/world/india/indias-budget-keeps-spending-check-sees-modest-increase-revenue-2024-02-01>.
- 26 Business Standard: Tata clarifies comments on Ambani home, 19. Januar 2013, https://www.business-standard.com/article/companies/tata-clarifies-comments-on-ambani-home-111052300008_1.html.
- 27 The Economist: What a 600 m wedding says about India's attitude to wealth, 16. Juli 2024.
- 28 The Economist: A shock result in India humbles Narendra Modi, 5. Juni 2024, <https://www.economist.com/asia/2024/06/04/a-shock-election-result-in-india-humbles-narendra-modi>.
- 29 Reuters: India's opposition leveraged caste and constitution to shock Modi in election, 14. Juni 2024, <https://www.reuters.com/world/india/indias-opposition-leveraged-caste-constitution-shock-modi-election-2024-06-14>.
- 30 The Economist: Caste matters, 15. Juni 2024, S. 48.

- 31 Reuters: India's opposition leveraged caste and constitution to shock Modi in election, 14. Juni 2024, <https://www.reuters.com/world/india/indias-opposition-leveraged-caste-constitution-shock-modi-election-2024-06-14>.
- 32 The Economist: Modi's new normal, 15. Juni 2024, S. 47f.
- 33 The Economist: A shock result in India humbles Narendra Modi, 5. Juni 2024, <https://www.economist.com/asia/2024/06/04/a-shock-election-result-in-india-humbles-narendra-modi>.
- 34 The Economist: Left wanting, 29. Juni 2024, S. 44f.
- 35 The Economist: Caste matters, 15. Juni 2024, S. 48.
- 36 The Economist: Why India's election is the most expensive in the world, 11. Mai 2024, <https://www.economist.com/the-economist-explains/2024/05/11/why-indias-election-is-the-most-expensive-in-the-world>.
- 37 Laut Volkszählung des Jahres 2011 lag die Zahl bei 200 Millionen. Seitdem ist die indische Gesamtbevölkerung um etwa 200 Millionen Menschen gewachsen und damit auch die Zahl der Dalits.
- 38 A. P. J. Abdul Kalam war von 2002 bis 2007 Präsident und von der BJP nominiert worden, aber er war nicht Mitglied der Partei.
- 39 CIA: World Factbook: Ethiopia Factsheet, <https://www.cia.gov/the-world-factbook/countries/ethiopia/factsheets/#economy>; CIA World Factbook: India Factsheet, <https://www.cia.gov/the-world-factbook/countries/india/factsheets/#economy>.
- 40 Indian Institutes of Technology (IITs), den Indian Institutes of Management (IIMs) und den National Institutes of Technology (NITs).
- 41 Persönliche Kommunikation in Bangalore im November 2021.
- 42 The Royal Swedish Academy of Sciences: History helps us understand gender differences in the labour market, The Prize in Economic Sciences 2023, <https://www.nobelprize.org/uploads/2023/10/popular-economicsciencesprize2023.pdf>.
- 43 The Economist: Distress or opportunity?, 23. November 2024, S. 52f.
- 44 CIA: World Factbook, People and Society, <https://www.cia.gov/the-world-factbook/countries/india/#people-and-society>.
- 45 Trading Economics: India – Sex Ratio at birth, <https://tradingeconomics.com/india/sex-ratio-at-birth-male-births-per-female-births-wb-data.html>.
- 46 BBC: What the data tells us about love and marriage in India, 8. Dezember 2021, <https://www.bbc.com/news/world-asia-india-59530706>.
- 47 The Economist: Education in India: It doesn't add up, 1. Juli 2023, S. 41.
- 48 The Economist: The new kids in class, 22. Juni 2024, S. 65f.
- 49 Ebd.
- 50 Krötz bezieht sich in seinem Vergleich auf das Bundesland Nordrhein-Westfalen, vgl. Schulmathematik: Vergleich Indien-NRW, <https://www.youtube.com/watch?v=GhmEYB3Kq-o>.
- 51 Die Fragen früherer Test werden im Internet veröffentlicht. Die Fragen des zweiten Teils des Tests des Jahres 2022 finden sich hier: https://jeeadv.ac.in/past_qps/2022_2_English.pdf.
- 52 Statista: Anzahl der bestandenen Prüfungen in der Fächergruppe Ingenieurwissenschaften an Hochschulen in Deutschland von 2005 bis 2023, <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/247927/umfrage/absolventen-in-der-faechergruppe-ingenieurwissenschaften-an-deutschen-hochschulen>.
- 53 The Economist: Education in India: Missing the mark, 1. Juli 2023, S. 7.

- 54 The Economist: The remarkable recovery of Narendra Modi. Despite an electoral reverse in 2024, India's prime minister seems dominant, 21. Januar 2026, <https://www.economist.com/asia/2026/01/21/the-remarkable-recovery-of-narendra-modi>.
- 55 Human Development Reports: Trends in India's HDI 1990–2022, <https://hdr.undp.org/data-center/specific-country-data#/countries/IND>.

4. Indiens Außenpolitik und die Rivalität mit China

- 1 The Straits Times: Inside China's US\$1 billion port in Sri Lanka where ships don't want to stop, 18. April 2018, <https://www.straitstimes.com/asia/south-asia/inside-chinas-us1-billion-port-in-sri-lanka-where-ships-dont-want-to-stop>.
- 2 BBC: Galwan Valley: Image appears to show nail-studded rods used in India-China brawl, 18. Juni 2020, <https://www.bbc.com/news/world-asia-india-53089037>.
- 3 The Economist: The epic bust-up between China and India could be ending, 18. Juli 2024.
- 4 Der US-amerikanische Präsident Herbert Hoover, während dessen Amtszeit der heute als „Hoover Dam“ bezeichnete Staudamm zwischen Arizona und Nevada gebaut wurde, hatte vor seinem Wechsel in die US-amerikanische Politik als Ingenieur in chinesischen Bergwerken gearbeitet (Chellaney 2013: 234).
- 5 The Telegraph: India to stay absent from China's Belt and Road forum for the third consecutive time, 17. Oktober 2023.
- 6 The New York Times: The Editorial Board: India as Tortoise, China as Hare, 28. April 1987.
- 7 Angus Maddison verwendet „1990 international dollars“ als Recheneinheit. Eine ausführliche Erläuterung dazu findet sich in Maddison 2001, S. 171.
- 8 The World Bank: GDP per capita in current US-Dollar, <https://data.worldbank.org/indicator/NY.GDP.PCAP.CD>.
- 9 The Economist: India's and China's civil-service exams are notoriously difficult, 19. Juni 2025, <https://www.economist.com/asia/2025/06/19/indias-and-chinas-civil-service-exams-are-notoriously-difficult>.
- 10 The New York Times: The Editorial Board: India as Tortoise, China as Hare, 28. April 1987.
- 11 The Economist: India's surprising economic miracle, 2. Oktober 2010, eigene Übersetzung.
- 12 The Economist: Global manufacturing: The Altasian option, 25. Februar 2023, S. 68.
- 13 The Economist: China's growth prospects: Automatic for the people, 14. August 2021, S. 27.
- 14 Ebd.
- 15 Daten der chinesischen Statistikbehörde: <https://data.stats.gov.cn/english/easyquery.htm?cn=A01>, sowie von Focus Economics: <https://www.focus-economics.com/countries/china/news/trade/china-merchandise-trade-11-06-2025-merchandise-exports-grow-at-a-milder-pace-in-may>.
- 16 Embassy of India, Beijing: Trade and Economic Relations, https://www.eoibeijing.gov.in/eoibeijing_pages/MjQ.
- 17 The Economic Times: China overtakes US to become India's top trading partner in FY24, 12. Mai 2024, https://economictimes.indiatimes.com/news/economy/foreign-trade/china-overtakes-us-to-become-indias-top-trading-partner-in-fy-2023-24/articleshow/110049223.cms?utm_source=contentofinterest&utm_medium=text&utm_campaign=cppst.
- 18 The Economist: The great untangling, 19. August 2023, S. 61.

- 19 The Economic Times: Private consumption share in India's GDP at two-decade high: Finance Ministry, 28. Juni 2025, <https://economictimes.indiatimes.com/news/economy/indicators/private-consumption-share-in-indias-gdp-at-two-decade-high-finance-ministry/articleshow/122126505.cms>; Historische Zeitreihe der Federal Reserve Bank of St. Louis, <https://fred.stlouisfed.org/series/DPCERE1Q156NBEA>.
- 20 „The medium scenario can be interpreted as the most likely future trend among the various projections published by the United Nations in the World Population Prospects. It corresponds to the most likely population projection based on several thousand simulated future trends, each one based on distinct trajectories of fertility and mortality for individual countries and areas. Prediction intervals reflect the spread in the distribution of outcomes across the projected trajectories and thus provide an assessment of the un-certainty inherent in the medium scenario.“ United Nations, World Population Prospects 2022, https://www.un.org/development/desa/pd/sites/www.un.org.development.desa.pdf/files/wpp2022_summary_of_results.pdf, S. 33.
- 21 The Economist: China's low-fertility trap, 23. März 2024, S. 55.
- 22 The Economist: Growth in China: Confidence trap, 24. Juni 2023, S. 41.
- 23 Economist Intelligence Unit, Viewpoint India, 14. August 2024.
- 24 Ebd.
- 25 The Shanghai cooperation organization: General information, 9. Januar 2017, <https://eng.sectesco.org/20170109/192193.html>.
- 26 The Economist: The BRICS are expanding. They will host their biggest-ever summit in 2024, 13. November 2023, <https://www.economist.com/the-world-ahead/2023/11/13/the-brics-are-expanding>.
- 27 George W. Bush: Rede vor beiden Häusern des US-Kongress am 20. September 2001, <https://georgewbush-whitehouse.archives.gov/news/releases/2001/09/20010920-8.html>, eigene Übersetzung.
- 28 The New York Times: Kennedy Wants U.S. To Sacrifice. Senator Says Soviet Gains Require Basic Changes in American Foreign Policy, 8. Dezember 1957, eigene Übersetzung.
- 29 Office of the Historian: Foreign Relations of the United States, 1969–1976, Volume E–7, Documents on South Asia, 1969–1972, Conversation Among President Nixon, the President's Assistant for National Security Affairs (Kissinger), and the President's Assistant (Haldeman), 5. November 1971, <https://history.state.gov/historicaldocuments/frus1969-76ve07/d150>.
- 30 The Guardian: Insults fly on Nixon tapes, 29. Juni 2005, <https://www.theguardian.com/world/2005/jun/29/india.usa>.
- 31 Zitiert nach The Economist: The new non-aligned: How to survive a superpower split, 15. April 2023, S. 36, eigene Übersetzung.
- 32 Sunday Times of India: EAM: There is still resistance to a greater role for Global South, 19. November 2023, S. 1.
- 33 UN News: More than just a few countries should set the agenda, Indian Minister says at UN, 26. September 2023, eigene Übersetzung, <https://news.un.org/en/story/2023/09/1141482>.
- 34 George W. Bush: Rede vor beiden Häusern des US-Kongress am 20. September 2001, <https://georgewbush-whitehouse.archives.gov/news/releases/2001/09/20010920-8.html>.
- 35 The Economist: The message to the global south, 8. Juli 2023, S. 14.
- 36 The Economist: Geopolitics and non-alignment: Can the West win over the rest?, 15. April 2023, S. 40.

- 37 Deutscher Bundestag: Dirk Wiese unterstützt indische Menschenrechtlerin Soni Sori, 9. Januar 2023, <https://www.bundestag.de/dokumente/textarchiv/2023/kw02-psp-wiese-928514>.
- 38 The Economist: What the Inflation Reduction Act has achieved in its first year, 23. August 2023, <https://www.economist.com/the-economist-explains/2023/08/17/what-the-inflation-reduction-act-has-achieved-in-its-first-year>.
- 39 Deutschlandfunk: Merz beharrt auf Abschaffung des Lieferkettengesetzes, 14. Mai 2025, <https://www.deutschlandfunk.de/merz-beharrt-auf-abschaffung-des-lieferkettengesetzes-106.html>.
- 40 The Economist: The new non-aligned: How to survive a superpower split, 15. April 2023, S. 36.

5. Indiens sicherheitspolitische Strategien

- 1 Neben den „offiziellen“ Atommächten USA, Großbritannien, Frankreich, Russland und China verfügen auch Indien, Pakistan, Israel und Nordkorea über Nuklearwaffen.
- 2 Auswärtiges Amt: Gemeinsam für die Menschen. Handbuch Multilateralismus der Bundesregierung, Mai 2021, <https://www.auswaertiges-amt.de/resource/blob/2590372/3978f55a3848e13200509b4a-254fe126/weissbuch-multilateralismus-data.pdf>.
- 3 The White House, Fact Sheet: Quad Leaders' Summit <https://www.whitehouse.gov/briefing-room/statements-releases/2021/09/24/fact-sheet-quad-leaders-summit>.
- 4 The Economist: Narendra Modi cuddles up to Vladimir Putin in Moscow, 10. Juli 2024.
- 5 The Australian: Vindication from those who went nuclear over subs deal, 23. September 2021.
- 6 The Economist: Enter AUKUS, 25. September 2021, S. 18.
- 7 Neuseeland ist seit der Schaffung einer atomwaffenfreien Zone in neuseeländischen Gewässern im Jahr 1986 von ANZUS suspendiert.
- 8 The Economist: Enter AUKUS, 25. September 2021, S. 20.
- 9 The White House: Joint Fact Sheet: The United States and India Continue to Chart an Ambitious Course for the Initiative on Critical and Emerging Technology, 17. Juni 2024, <https://www.whitehouse.gov/briefing-room/statements-releases/2024/06/17/joint-fact-sheet-the-united-states-and-india-continue-to-chart-an-ambitious-course-for-the-initiative-on-critical-and-emerging-technology>.
- 10 Lowy Institute: Poll 2021, China economic partner or security threat, <https://poll.lowyinstitute.org/charts/china-economic-partner-or-security-threat>.
- 11 Eigene Teilnahme an der Konferenz und dem Vortrag von Lawrow.
- 12 The Economist: The new non-aligned: How to survive a superpower split, 15. April 2023, S. 36.
- 13 The Times of India: India helped control global inflation by buying Russian oil: EAM in UK, 17. November 2023, S. 1.
- 14 The Economist: Usefully oleaginous, 13. April 2024, S. 54.
- 15 The Hindu: Russian oil imports down to a 38-month low in December 2025 as India diversifies sources, 6. Februar 2026, <https://www.thehindu.com/business/russian-oil-imports-down-to-a-38-month-low-in-december-2025-as-india-diversifies-sources/article70598841.ece>.
- 16 SIPRI Fact Sheet: Trends in International Arms Transfers, 2023, März 2024, S. 9, https://www.sipri.org/sites/default/files/2024-03/fs_2403_at_2023.pdf.

- 17 The Economic Times: The train from Russia: How a new route can change things for India, 27. Juni 2024.
- 18 Selbststredend sind bilaterale Salden nicht relevant, sondern nur die gesamten Im- und Exporte.

6. Die Entwicklung der indischen Wirtschaft

- 1 Weltbank: Anteil der Dienstleistungen am Bruttoinlandsprodukt, <https://data.worldbank.org/indicator/NV.SRV.TOTL.ZS>.
- 2 Weltbank: Anteil der verarbeitenden Industrie am Bruttoinlandsprodukt, <https://data.worldbank.org/indicator/NV.IND.MANF.ZS?locations=IN-CN-DE>.
- 3 The Economist: Beware of the Licence Raj, 19. August 2023, S. 11.
- 4 Weltbank: Anteil der Landwirtschaft einschließlich der Forstwirtschaft und der Fischerei am Bruttoinlandsprodukt, <https://data.worldbank.org/indicator/NV.AGR.TOTL.ZS?locations=IN-CN>.
- 5 Allerdings war jenes Jahr von relativ niedrigen Ölpreisen geprägt, die nach Angaben der US-amerikanischen Energieagentur zwischen 25 und 30 US-Dollar schwankten. Siehe U.S. Energy Information Administration, Petroleum and other Liquids, https://www.eia.gov/dnav/pet/hist/LeafHandler.ashx?n=pet&ts=f0000000__3&f=m.
- 6 Der Börsenwert von Siemens belief sich im Mai 2024 auf rund 140 Milliarden Euro. Durch einen Rückgang bei TCS und einen Anstieg bei Siemens hat sich das Verhältnis Stand Juni 2025 wieder umgekehrt.
- 7 UNCTAD, Trade in Services, <https://hbs.unctad.org/total-trade-in-services>.
- 8 The Economist: Global firms are tapping India's workers like never before. They want their brains more than their brawn, 23. Mai 2024, <https://www.economist.com/business/2024/05/23/global-firms-are-tapping-indias-workers-like-never-before>.
- 9 Ministry of Industry and Commerce: India's Total Exports Grow by 6.01 % to Reach Record \$ 824.9 Billion in 2024–25, Up from \$ 778.1 Billion in 2023–24: RBI Report, Press Release, 2. Mai 2025, <https://www.pib.gov.in/PressReleasePage.aspx?PRID=2126119>.
- 10 The Economic Times: Total employment in manufacturing industries rises 7.5 % to 1.85 cr in FY23: Govt survey, 30. September 2024, <https://economictimes.indiatimes.com/news/economy/indicators/total-employment-in-manufacturing-industries-rises-7-5-to-1-85-cr-in-fy23-govt-survey/articles-how/113820692.cms>.
- 11 Bangalore, Mercedes-Benz Research and Development India, <https://www.mbrdi.co.in/#/about-us>.
- 12 Business Standard: SAP bullish on India as key market, talent hub, says Punit Renjen, 19. Dezember 2023, https://www.business-standard.com/companies/news/sap-bullish-on-india-as-key-market-talent-hub-says-punit-renjen-123121900989_1.html.
- 13 The Economist: What India's clout in white-collar work means for the world. In time its tech firms could be as formidable as China's manufacturers, 23. Mai 2024, <https://www.economist.com/leaders/2024/05/23/what-indias-clout-in-white-collar-work-means-for-the-world>.
- 14 The Economist: Global firms are tapping India's workers like never before. They want their brains more than their brawn, 23. Mai 2024, <https://www.economist.com/business/2024/05/23/global-firms-are-tapping-indias-workers-like-never-before>.
- 15 The Economist: Soft(ware) power: India's digital Belt and Road Initiative, 10. Juni 2023, S. 5.
- 16 Ebd.

- 17 The Economist: Powering up, 22. Juni 2024, S. 69f.
- 18 The Times of India: India challenges China's dominance, eyes leadership in global manufacturing; mobile-led boom drives value, jobs, 23. Juli 2025, <https://timesofindia.indiatimes.com/business/india-business/electronics-exports-india-challenges-chinas-dominance-eyes-leadership-in-global-manufacturing-mobile-led-boom-drives-value-jobs/articleshow/122860068.cms>.
- 19 The Economist: Narendra Modi is widening India's fierce regional divides, 13. September 2023.
- 20 The Economic Times: Access to electricity among poorest households rises to 86 %, 16. Januar 2023, <https://economictimes.indiatimes.com/industry/energy/power/access-to-electricity-among-poorest-households-rises-to-86/articleshow/97038709.cms>.
- 21 The Times of India: Life expectancy up: The best places to be born, work, and retire in India, 13. Juni 2022, <https://timesofindia.indiatimes.com/india/where-in-india-will-you-live-the-longest-and-where-shortest/articleshow/92178313.cms>.
- 22 The Economist: India's development: Gujaratification, 10. Dezember 2022, S. 9.
- 23 Ebd.
- 24 The Economist: Indian business: Picking on winners, 28. Januar 2023, S. 70, eigene Übersetzung.
- 25 The Economist: The Adani-Group: Uncapsized, 18. März 2023, S. 60.
- 26 Reliance Industries: Refining & Marketing, <https://www.ril.com/businesses/energy/refining-marketing>.
- 27 The Economist: Here's a model, 22. Juni 2024, S. 60.
- 28 Ebd.
- 29 The Economist: Narendra Modi is widening India's fierce regional divides, 13. September 2023.
- 30 The Indian Express: Who are the 26 Indian-origin MPs elected to UK Parliament, 5. Juli 2024, <https://indianexpress.com/article/who-is/record-number-indian-origin-mps-uk-britain-british-parliament-26-mps-9435446>.
- 31 Von den insgesamt 421 276 Visaanträgen wurden 313 944 von Inderinnen und Indern gestellt. U.S. Citizenship and Immigration Services: H-1B Petitions by Gender and Country of Birth, 2019, <https://www.uscis.gov/sites/default/files/document/data/h-1b-petitions-by-gender-country-of-birth-fy2019.pdf>.
- 32 U.S. Department of Labor: H-1B Program, <https://www.dol.gov/agencies/whd/immigration/h1b>.
- 33 The Economist: The Indian diaspora: Making it as migrants, 17. Juni 2023, S. 36ff.
- 34 The Economist: What India's clout in white-collar work means for the world. In time its tech firms could be as formidable as China's manufacturers, 23. Mai 2024, <https://www.economist.com/leaders/2024/05/23/what-indias-clout-in-white-collar-work-means-for-the-world>.
- 35 The Economist: Indispensable India: America's new best friend, 17. Juni 2023, S. 37.
- 36 The Economist: The Indian diaspora: Making it as migrants, 17. Juni 2023, S. 36ff.
- 37 The Economist: Asian commerce: Forget Mumbai, 29. April 2023, S. 38.
- 38 The Economist: The Indian diaspora: Making it as migrants, 17. Juni 2023, S. 36ff.
- 39 Ebd.
- 40 „Wissen Sie, es gibt nur sehr wenige gut ausgebildete Australier.“ Das persönliche Gespräch mit dem Fahrer aus Indien fand im Februar 2024 Melbourne statt.
- 41 The Economist: The Indian diaspora: Making it as migrants, 17. Juni 2023, S. 36ff.
- 42 Bundesagentur für Arbeit: Migration und Arbeitsmarkt, <https://statistik.arbeitsagentur.de/DE/Navigation/Statistiken/Statistiken-Nav.html>.

- 43 Small Community, Big Contributions, Boundless Horizons. Indiaspora Impact Report Summary, <https://www.indiaspora.org/bcg-impact-report>.
- 44 Ebd.
- 45 Unterstellt wird dabei, dass das Einkommen den Beitrag der Person zur Wirtschaftsleistung widerspiegelt.
- 46 Australian Government: Department of Social Services: Waiting period for welfare payments for new migrants, https://www.dss.gov.au/sites/default/files/documents/06_2019/newly-arrived-residents-waiting-period-english.pdf.
- 47 World Bank: Personal remittances, received, in Mrd. US-Dollar, <https://data.worldbank.org/indicator/BX.TRF.PWKR.CD.DT?end=2023&skipRedirection=true&start=1970&view=chart>.
- 48 Business Standard: Indian diaspora breaks record with \$ 107 billion remittance surge in FY 24, 26. Juni 2024, https://www.business-standard.com/india-news/indian-diaspora-breaks-record-with-107-billion-remittance-surge-in-fy24-124062600460_1.html.
- 49 UNCTAD: World Investment Report 2025, <https://unctad.org/publication/world-investment-report-2025>.
- 50 The Economist: An outside chance, 2. Dezember 2023, S. 67f.
- 51 Verblüffend niedrig war bislang die Verbreitung von iPhones in Indien. Erst im Jahr 2023 eröffnete Apple dort die erste firmeneigene Filiale. Inzwischen sind es zwei: in Neu-Delhi und Mumbai (Travelli 2024).
- 52 The Economist: Powering up, 22. Juni 2024, S. 69f.
- 53 Der ursprünglich für das Jahr 2024 geplante Fabrikneubau wurde aufgrund von Sparmaßnahmen bei Intel zunächst um zwei Jahre verschoben. Im Juli 2025 gab Intel bekannt, dass die Pläne aufgegeben wurden.
- 54 The Economist: Powering up, 22. Juni 2024, S. 69f.
- 55 Economist Intelligence Unit: One-click report: India, 1. April 2024, S. 10.
- 56 The Economist: Ten charts reveal Narendra Modi's actual record in office, 26. Januar 2024.
- 57 The Economist: Jobs and pork-barrel politics, 27. Juli 2024, S. 45f.
- 58 The Economist: India is seeing a massive aviation boom, 23. November 2023, <https://www.economist.com/asia/2023/11/23/india-is-seeing-a-massive-aviation-boom>.
- 59 Frankfurter Allgemeine Zeitung: Nach jahrzehntelanger Misswirtschaft strebt Air India an die Weltspitze – und vervielfacht seine Flotte, 22. Juni 2023, S. 19.
- 60 Lufthansa Gruppe: Die Flotte, <https://www.lufthansagroup.com/de/unternehmen/flotte.html>.
- 61 Economic Times: IndiGo to fly more intl routes, destinations; aims doubling size by 2030: CEO Pieter Elbers, 27. März 2024, <https://economictimes.indiatimes.com/industry/transportation/airlines/-aviation/indigo-to-fly-more-intl-routes-destinations-aims-doubling-size-by-2030-ceo-pieter-elbers/articleshow/108809266.cms>.
- 62 Travel + Leisure: Travel + Leisure Readers' 10 Favorite International Airports of 2025, 8. Juli 2025, <https://www.travelandleisure.com/worlds-best-awards-2025-international-airports-11751821>.
- 63 Business Standard: PM Modi inaugurates Goa's second airport, first commercial flight on Jan 5, 11. Dezember 2022, https://www.business-standard.com/article/current-affairs/previous-governments-were-reluctant-to-invest-in-airports-pm-modi-122121100759_1.html.

- 64 Trak.in: India Beats China In Air Travel Safety: Ranking Jumps From 102 To 48 In Global Aviation Safety, 7. Dezember 2022, <https://trak.in/tags/business/2022/12/07/india-beats-china-in-air-travel-safety-ranking-jumps-from-102-to-48-in-global-aviation-safety>.
- 65 Center for Aviation: Navi Mumbai Airport, <https://centreforaviation.com/data/profiles/newairports/navi-mumbai-international-airport>.
- 66 National Highways Authority of India: Delhi-Mumbai Expressway, <https://nhai.gov.in/nhai/delhi-mumbai-expressway>.
- 67 The Economic Times: Delhi-Mumbai Expressway: Another stretch set to open in next few months. Here's the latest update, 10. Januar 2024, https://economictimes.indiatimes.com/industry/transportation/roadways/delhi-mumbai-expressway-another-stretch-set-to-open-in-next-few-months-heres-the-latest-update/articleshow/106690512.cms?utm_source=contentofinterest&utm_medium=text&utm_campaign=cppst.
- 68 The Economist: Indian infrastructure: Putting wheels on the elephant, 18. März 2023, S. 4.
- 69 Deccan Herald: Bengaluru-Chennai expressway to be ready by this year: Gadkari, 22. Februar 2024, <https://www.deccanherald.com/india/karnataka/bengaluru/bengaluru-chennai-expressway-to-be-ready-by-this-year-gadkari-2906165>.
- 70 Infrajunction: Bengaluru-Chennai Expressway Expected to be Completed by June 2026, 20. März 2025, <https://infra.tractorjunction.com/en/news/bengaluru-chennai-expressway>.
- 71 Frankfurter Allgemeine Zeitung: Siemens baut Elektrozüge für Indien, 17. Januar 2023, S. 19.
- 72 The Economist: Indian infrastructure: Putting wheels on the elephant, 18. März 2023, S. 4.
- 73 The Times of India: India's bullet train project on track. Japan's newest E10 high-speed trains to run on Mumbai-Ahmedabad route, 17. Juli 2025, <https://timesofindia.indiatimes.com/business/infrastructure/indias-bullet-train-project-on-track-japans-newest-e10-high-speed-trains-to-run-on-mumbai-ahmedabad-route-what-you-should-know/articleshow/122494147.cms>.
- 74 The Economist: Indian infrastructure: Putting wheels on the elephant, 18. März 2023, S. 4.
- 75 Ebd.
- 76 The Economist: Why are Indians shunning the country's shiny new metro lines?, 20. Dezember 2023, <https://www.economist.com/asia/2023/12/20/why-are-indians-shunning-the-countrys-shiny-new-metro-lines>.
- 77 Ebd.
- 78 Economist Intelligence Unit: One-click report: India. 1. April 2024, S. 8.
- 79 The Economist: Usefully oleaginous, 13. April 2024, S. 54.
- 80 Global Trade Research Initiative: Five-Year Review of India's Merchandise Trade, Mai 2024, <https://www.gtri.co.in/DisplayFlagshipReports.aspx?ID=42>.
- 81 Bloomberg: Rates and Bonds, 26. Juli 2025, <https://www.bloomberg.com/markets/rates-bonds>.
- 82 Die bisherigen Vertragsstaaten sind Australien, Brunei, Chile, Großbritannien, Kanada, Japan, Malaysia, Mexiko, Neuseeland, Peru, Singapur und Vietnam.
- 83 The UK and the Comprehensive and Progressive Agreement for Trans-Pacific Partnership (CPTPP), <https://www.gov.uk/government/collections/the-uk-and-the-comprehensive-and-progressive-agreement-for-trans-pacific-partnershipcptp>.

- 84 The Times of India: India should be part of RCEP, CPTPP: Niti CEO, 8. November 2024, <https://timesofindia.indiatimes.com/business/india-business/india-should-be-part-of-rcep-cptpp-niti-ceo/articleshow/115064454.cms>.
- 85 Im Vereinigten Königreich hingegen forderte eine politische Bewegung im 19. Jahrhundert umfassenden Freihandel und bezeichnete ihn als Bürgerrecht. Wenig überraschend war der Widerstand der britischen Produzenten gegen die Forderungen nach einer weiteren Ausweitung des Freihandels. Der Konflikt kulminierte im Wahlkampf von 1906. Die Liberale Partei, die für die Fortsetzung der Freihandelspolitik eingetreten war, errang einen erdrutschartigen Wahlsieg und gewann 59,6 Prozent der Parlamentssitze. Vgl. Irwin 1994: 85.
- 86 The Economist: India must make much deeper changes if it is to sustain its growth, 22. April 2024.
- 87 The Economist: Beware of the Licence Raj, 19. August 2023, S. 11.
- 88 The Economic Times: India has to capture world markets to sustain 8–10 pc growth: Arvind Panagariya, 2. Juni 2016, <https://economictimes.indiatimes.com/news/economy/policy/india-has-to-capture-world-markets-to-sustain-8-10-pc-growth-arvind-panagariya/articleshow/52545224.cms>.
- 89 BIP in laufenden US-Dollar, World Bank, World Development Indicators, <https://databank.worldbank.org/source/world-development-indicators>.
- 90 Prime Minister Narendra Modi's address to the nation, 12. Mai 2020, <https://pib.gov.in/PressRelease-Page.aspx?PRID=1623418>.
- 91 Ebd.
- 92 Global Trade Research Initiative: Five-Year Review of India's Merchandise Trade, Mai 2024, S. 15, <https://www.gtri.co.in/DisplayFlagshipReports.aspx?ID=42>, eigene Berechnung.
- 93 Global Trade Research Initiative: Five-Year Review of India's Merchandise Trade, Mai 2024, <https://www.gtri.co.in/DisplayFlagshipReports.aspx?ID=42>.
- 94 Her Majesty's Treasury: UK-India Double Contributions Convention (DCC) explainer, 23. Juli 2025, <https://www.gov.uk/government/publications/uk-india-trade-deal-double-contributions-convention-explainer/uk-india-double-contributions-convention-dcc-explainer>.
- 95 The Prime Minister's Office: India – U.S. Joint Statement during the visit of Prime Minister of India to US, 14. Februar 2025, <https://www.pib.gov.in/PressReleaseIframePage.aspx?PRID=2103037&reg=3&lang=2>.
- 96 Times of India: India, six Gulf nations set stage to launch FTA talks, 6. Februar 2026, <https://timesofindia.indiatimes.com/business/india-business/india-six-gulf-nations-set-stage-to-launch-FTA-talks/articleshow/127953043.cms>.
- 97 The Mint: The EU's sustainability directive may weaken trade ties, 3. April 2024, <https://www.livemint.com/opinion/online-views/the-eu-s-sustainability-directive-may-weaken-trade-ties-11712071430093.html>.
- 98 Betrachtet man die Wirtschaftsleistung und nicht die Anzahl der Einwohner, war das im Jahr 2019 in Kraft getretene Abkommen zwischen der EU und Japan allerdings bedeutender.
- 99 European Commission: The EU-India trade agreement. The world's biggest free trade zone, https://commission.europa.eu/topics/trade/eu-india-trade-agreement_en.
- 100 Government of India, Department of Commerce, Ministry of Commerce and Industry: Factsheet – India and European Union Trade Agreement, <https://www.commerce.gov.in/wp-content/uploads/2026/01/Factsheet-on-India-EU-trade-deal-27.1.2026.pdf>.
- 101 Economist Intelligence Unit: One-click report: India, 1. April 2024, S. 8.

- 102 The Economist: India's financial system has improved dramatically in the past decade, 22. April 2024.
- 103 Ebd.
- 104 Ebd.
- 105 Ebd.
- 106 BSE: Historical data, <https://www.bseindia.com/Indices/IndexArchiveData.html>.
- 107 Handelsblatt: Trumps Zölle treiben US-Einnahmen im Juni auf Rekordwert, 11. Juli 2025, <https://www.handelsblatt.com/politik/international/handelsstreit-trumps-zoelle-treiben-us-einnahmen-im-juni-auf-rekordwert/100141112.html>.
- 108 Angaben des amerikanischen Finanzministeriums, <https://fiscaldata.treasury.gov/americas-finance-guide/national-debt>.
- 109 Penn Wharton Budget Model: When Does Federal Debt Reach Unsustainable Levels?, 6. Oktober 2023, <https://budgetmodel.wharton.upenn.edu/issues/2023/10/6/when-does-federal-debt-reach-unsustainable-levels>.
- 110 Ebd.
- 111 U.S. Treasury Secretary Jacob J. Lew on the Evolution of Sanctions and Lessons for the Future, Carnegie Endowment for International Peace, 30. März 2016, <https://carnegieendowment.org/2016/03/30/u.s.-treasury-secretary-jacob-j.-lew-on-evolution-of-sanctions-and-lessons-for-future-event-5191>.
- 112 Frankfurter Allgemeine Zeitung: Medienschau, 14. Dezember 2010, https://www.faz.net/aktuell/finanzen/medienschau-aurubis-verzeichnet-gewinnsschub-1926520.html?printPaggedArticle=true&-pageIndex_3.
- 113 The Economist: Advice for Mr Modi, 6. April 2024, S. 69.
- 114 Ebd.

7. Die vielversprechenden Aussichten Indiens

- 1 Daten von der Webseite der CIA: The World Factbook – India, <https://www.cia.gov/the-world-factbook/countries/india/#people-and-society>.
- 2 Die CIA erfasst auch Gesellschaften eingeschränkter Staatlichkeit, etwa den Gazastreifen.
- 3 Daten von der Webseite der CIA: The World Factbook – India, <https://www.cia.gov/the-world-factbook/countries/india/#people-and-society>.
- 4 Ebd.
- 5 Economist Intelligence Unit: One-click report: India, 1. April 2024, S. 17.
- 6 Ebd.
- 7 The Economist: India must make much deeper changes if it is to sustain its growth, 22. April 2024.
- 8 Verkehrsrundschau: Indien ist wichtiger Handelspartner des Hamburger Hafens, 30. Oktober 2019, <https://www.verkehrsrundschau.de/nachrichten/transport-logistik/indien-ist-wichtiger-handelspartner-des-hamburger-hafens-2975340>; Seaports Niedersachsen: „KAWA NINGBO“ erreicht Wilhelmshaven: Schnellste Direktverbindung zwischen Nordeuropa und China gestartet, 27. Januar 2025, <https://www.seaports.de/kawa-ningbo-erreicht-wilhelmshaven>.

- 9 Allerdings ist die Auswertung des Ministeriums unvollständig, weil nur 16 Bundesstaaten und Unionsgebiete die Anfrage des Ministeriums beantwortet haben. Ministry of Labour & Employment: Trade Unions in India 2020, <https://labourbureau.gov.in/uploads/pdf/TU-2020-report.pdf>.
- 10 Economist Intelligence Unit: One-click report: India, 1. April 2024, S. 15.
- 11 The Economist: India must make much deeper changes if it is to sustain its growth, 22. April 2024.
- 12 Times of India: ‚Parivaarjan‘ to counter ‚parivaarvad‘: PM Modi sets tone for 2024 Lok Sabha battle, calls for war against ‚three evils ...‘, 15. August 2023, <https://timesofindia.indiatimes.com/india/pm-modi-independence-day-speech-red-fort-pm-speech-pm-corruption-dynasty-politics-appeasement-modi-speech-2024-lok-sabha-elections-assembly-elections/articleshow/102751687.cms>.
- 13 The Economist: Ten charts reveal Narendra Modi's actual record in office, 26. Januar 2024.
- 14 Ministry of Environment, Forest and Climate Change: otal forest and tree cover increased by 2261 square kilometre in India as per the India State of Forest Report (ISFR) 2021, 13. März 2023, <https://pib.gov.in/PressReleasePage.aspx?PRID=1906388>.
- 15 The Economist: Soft(ware) power: India's digital Belt and Road Initiative, 10. Juni 2023, S. 5.
- 16 SWIFT: About us, <https://www.swift.com/de/node/10151>.
- 17 The Economist: Soft(ware) power: India's digital Belt and Road Initiative, 10. Juni 2023, S. 5.
- 18 The Economist: Chia-India relations: Asia's biggest beasts, 22. Juli 2023, S. 39.
- 19 The Economist: Is America giving Narendra Modi an easy ride? The West is struggling to balance interests and values in India, 27. Mai 2024, <https://www.economist.com/asia/2024/05/27/is-america-giving-narendra-modi-an-easy-ride>.

8. Schlussbemerkungen: Hat Indiens Jahrhundert begonnen?

- 1 The Economic Times: BJP highlights PM Narendra Modi's vision for India as ‚Vishwa Guru‘, 29. Februar 2024, https://economictimes.indiatimes.com/news/politics-and-nation/bjp-highlights-pm-narendra-modis-vision-for-india-as-vishwa-guru/articleshow/108104710.cms?utm_source=contentofinterest&utm_medium=text&utm_campaign=cppst. Parallelen bei der Wahrnehmung einer Führungsverantwortung gibt es dabei etwa zu den USA: John F. Kennedy verwendete ein schon vom Puritaner John Winthrop im Jahr 1630 verwendetes Bild und nannte im Januar 1961 die USA als die „strahlende Stadt auf einem Hügel“, die Vorbild für andere Gesellschaften sei. Time Magazine: The President Elect: City Upon a Hill, 20. Januar 1961, <https://time.com/archive/6809588/the-president-elect-city-upon-a-hill>.
- 2 Lord Palmerston war dreimal Außenminister und zweimal, 1855–58 und 1859–65, britischer Premierminister. Er prägte die britische Außenpolitik von 1830 bis zu seinem Tod 1865. Zitiert nach: Oxford Reference, <https://www.oxfordreference.com/display/10.1093/acref/9780191826719.001.0001/q-oro-ed4-00008130>, eigene Übersetzung.

Literaturverzeichnis

- Abbondanza, Gabriele (2021): The AUKUS Partnership: A Wake-Up Call for Europe, Istituto Affari Internazionali, IAI Commentaries 21/53, November, S. 1–6.
- Abbott, Tony (2021): India the sensible substitute for belligerent Beijing, in: The Australian, 9. August, S. 13.
- Abi-Habib, Maria (2018): In Hock to China, Sri Lanka Gave Up territory, in: The New York Times, 26. Juni, S. 1.
- Acton, Michael/Reed, John (2025): Apple's quiet pivot to India, in: Financial Times, 18. Februar, <https://www.ft.com/content/d46e0faa-33f2-41a5-9c09-3957b0deac6f> (5.5.2025).
- Agarwala, Anant/Bouissou, Sonia (2023): Gandhi muss wegl, in: Die Zeit, Nr. 46, 2. November, S. 15–17.
- Ahya, Chetan (2022): New Delhi's policy moves India closer to East Asian Model, in: Financial Times, 9. November 2022, S. 11.
- Alvarez, Sonja et al. (2023): Endlich Großmacht, in: Wirtschaftswoche, 1. September, S. 14ff.
- Anderson, Benedict (2006): Imagined Communities. Reflections on the Origin and Spread of Nationalism, 2. Aufl., London/New York.
- Ahluwalia, Montek S. (2002): Economic Reforms in India Since 1991: Has Gradualism Worked?, in: Journal of Economic Perspectives, 16. Jg., Nr. 3, Sommer 2002, S. 67–88.
- Akita, Shigeru (2014): The Aid-India Consortium, the World Bank, and the International Order of Asia, 1958–1968, in: Asian Review of World Histories, 2. Jg., Nr. 2 (Juli), S. 218–248.
- Ansari, Sarah (2022): An introduction to the Quit India movement, The British Library, <https://www.bl.uk/voices-of-partition/articles/introduction-to-the-quit-india-movement> (10.2.2025).
- Arha, Kaush/Saran, Samir (2024): The US needs a new paradigm for India: 'Great Power Partnership', The Atlantic Council, 1. April, <https://www.atlanticcouncil.org/blogs/new-atlanticist/the-us-needs-a-new-paradigm-for-india-great-power-partnership> (24.7.2024).
- Armstrong, Robert/Wu, Ethan (2023): India at the top of its game as China's troubles mount, in: Financial Times, 28. Oktober, S. 6f.
- Arnold, Martin (2024): BIS warns of debt-spurred global turmoil, in: Financial Times, 11. Dezember, S. 2.
- Attané, Isabelle (2011): China wird alt, bevor es reich werden kann, in: Le Monde Diplomatique, 10. Juni, <https://monde-diplomatique.de/artikel/l281610> (21.7.2025).
- Ayyub, Rana (2025): This 17th-century hatred is fueling India's politics, in: The Washington Post, 15. April, S. A17.
- Babst, Andreas (2023): Das System Adani bröckelt, in: Neue Zürcher Zeitung, 3. Februar.
- Baron, Ulrich (2005): Die Schiffe des Drachen, in: Die Zeit, 17. Februar, https://www.zeit.de/2005/08/A-Zheng_He/komplettansicht (24.7.2024).
- Baru, Sanjaya (1983): Self-Reliance to Dependence in Indian Economic Development, in: Social Scientist, 11. Jg., Nr. 11 (Dezember), S. 34–46.
- Bastian, Nicole/Heide, Dana (2024): Interview mit Subramanyam Jaishankar: „Das globale Wirtschaftsmodell ist labil und unfair“, in: Handelsblatt, 19. Februar, S. 6.

- Beattie, Alan (2019): Protectionists put brakes on trade liberalisation. Powerful domestic interests temper promises to embrace international deals, in: *Financial Times*, 19. Dezember, <https://www.ft.com/content/c8a1e3fe-0bbb-11ea-8fb7-8fcec0c3b0f9> (18.11.2023).
- Beattie, Alan (2023): Insular India's exporters will struggle to fill Chinese shoes, in: *Financial Times*, 2. März.
- Bhat, Adil (2023): Arbeitsmarkt Indien: Frauen auf dem Rückzug, 12. Mai, <https://p.dw.com/p/4RDoB> (13.1.2025).
- Bhatnagar, Gaurav Vivek (2022): From July 7, BJP Will Have No Muslim Representatives in Parliament, Assemblies, *The Wire*, 7. Juli, <https://thewire.in/government/in-one-months-time-bjp-will-have-no-muslim-representatives-in-parliament-assemblies> (6.3.2025).
- Bhagwati, Jagdish (1985): Is India's Economic Miracle at Hand?, in: *The New York Times*, 9. Juni.
- Bhattachariyya, Rica (2023): Cos Race to Campuses to Have More Women at Finish Line, in: *The Economic Times*, 19. November, S. 1, 7.
- Bhattacharjee, Yudhijit (2024): Crossing the Line, in: *The New York Times Magazine*, 30. Juni, S. M 38–46.
- Biedermann, Johanna/Dieter, Heribert (2023): The New Advocacy for Autarky: Self-Sufficiency is Now Once Again Becoming Popular for Geopolitical Reasons, in: *The Economists' Voice*, 19. Jg., Nr. 2, S. 263–283.
- Biswas, Soutik (2018): Mumbai 26/11 attacks: Six corpses, a mobile phone call and one survivor, *BBC*, 26. November, <https://www.bbc.com/news/world-asia-india-46314555> (23.5.2024).
- Biswas, Soutik (2021): Air India: The iconic maharajah returns home, *BBC*, 9. Oktober, <https://www.bbc.com/news/world-asia-india-58778273> (27.5.2024).
- Biswas, Soutik (2025): Why cockpit audio deepens the mystery of Air India crash, *BBC*, 12. Juli, <https://www.bbc.com/news/articles/cx2gy78gpnqo> (3.9.2025).
- Book, Simon/Hage, Simon/Hecking, Claus (2021): Globale Rückholaktion, in: *Der Spiegel*, 24. Juli, S. 64–67.
- Bounds, Andy/Beattie, Alan (2024): Green trade rules are 'biased', says Indian minister, in: *Financial Times*, 29. Februar.
- Brecher, Michael (1977): India's Devaluation of 1966: Linkage Politics and Crisis Decision-Making, in: *British Journal of International Studies*, 3. Jg., Nr. 1 (April), S. 1–25.
- Brosius, Christiane/Michaels, Axel (2024): Ein Tempel für die Demokratie, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 3. Juni, <https://www.faz.net/aktuell/feuilleton/debatten/wahl-in-indien-narendra-modi-nutzt-religion-geschickt-19759353.html> (5.5.2025).
- Brown, Giles T. (1948): The Hindu Conspiracy, 1914–1917, in: *Pacific Historical Review*, 17. Jg., Nr. 3 (Aug), S. 299–310.
- Bulard, Martine (2021): Kommt eine pazifische Nato?, in: *Le Monde Diplomatique*, 10. Juni, S. 1, 6–7.
- Burke, Jason (2019): The Anarchy: The Relentless Rise of the East India Company – review, in: *The Guardian*, 23. September, <https://www.theguardian.com/books/2019/sep/23/the-anarchy-the-relentless-rise-of-the-east-india-company-william-dalrymple-review> (14.10.2024).
- Burt Chris (2023): A tale of two MOSIP implementations: Philippines and Morocco, Biometric update, 3. August, <https://www.biometricupdate.com/202308/a-tale-of-two-mosip-implementations-philippines-and-morocco> (30.7.2024).
- Busse, Nikolas (2025): Die EU ist naiv, China ist clever, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 25. Juli, S. 8.

- Cartwright, Mark (2022): The Armies of the East India Company. World History Encyclopedia, <https://www.worldhistory.org/article/2080/the-armies-of-the-east-india-company> (10.10.2024).
- Cartwright, Mark (2023): The First Anglo-Afghan War, World History Encyclopedia https://www.worldhistory.org/First_Anglo-Afghan_War (14.10.2024).
- Cave, Damien/Buckley, Chris (2021): Australia Cast Its Lot on Lasting U.S. Power in the Asia-Pacific, in: The New York Times, 17. September, S.A10.
- Chakrabarty, Bidyut (2006): Jawaharlal Nehru and administrative reconstruction in India: A mere limitation of the past or a creative initiative?, in: Journal of South Asian Studies, 29. Jg., Nr. 1, April, S. 83–99.
- Charbonneau, Ninja (2024): Kindersterblichkeit in Deutschland & weltweit, UNICEF, 13. März, <https://www.unicef.de/informieren/aktuelles/blog/-/kindersterblichkeit-weltweit-warum-sterben-kinder/274050> (27.5.2024).
- Charnovitz, Steve (2022): The Obama Administration's Attack on Appellate Body Independence Shows The Need for Reforms, 22. September, <https://worldtradelaw.typepad.com/ielpblog/2016/09/the-obama-administrations-attack-on-appellate-body-independence-shows-the-need-for-reforms-.html> (21.7.2025).
- Chellaney, Brahma (2013): Water, Peace, and War. Confronting the Global Water Crisis, Lanham.
- Chellaney, Brahma (2023): Die zweite Front – wenn China sich an Indien reibt, in: Neue Zürcher Zeitung, 12. Mai.
- Chengappa, Raj (2023): Mood Of The Nation poll: Narendra Modi all the way, India Today, 6. Februar, <https://www.indiatoday.in/magazine/cover-story/story/20230206-mood-of-the-nation-poll-narendra-modi-all-the-way-2327064-2023-01-27> (7.5.2025).
- Cheung, Sonja (2024): The green divide, in: South China Morning Post, 20. März, S.A10.
- Chia, Osmond (2025): Air India crash victims' families sue aerospace firms Boeing and Honeywell, BBC, 18. September, <https://www.bbc.com/news/articles/c07vdx9e1ygo> (23.9.2025).
- Choudhary, Sanjeev (2024): Share of Russian oil in imports up at 42 % in June, Iraq supplies fall, in: The Economic Times, 3. Juli, <https://economictimes.indiatimes.com/news/economy/foreign-trade/share-of-russian-oil-in-imports-up-at-42-in-june-iraq-supplies-fall/articleshow/111440230.cms> (18.7.2024).
- Choudhury, Prithwiraj/Ganguli, Ina/Gaulé, Patrick (2023): Top Talent, Elite Colleges, and Migration: Evidence from the Indian Institutes of Technology, in: Journal of Development Economics, Nr. 164, S. 1–16.
- Cohen, Benjamin J. (2019): Currency Statecraft. Monetary Rivalry and Geopolitical Ambition, Chicago/London.
- Cohen, Roger/Lima, Mauricio (2023): India Presses Own Ideas About the World Order, in: The New York Times, 5. Januar, S. 1.
- Cong, Wang/Li, Tu (2021): Xi declares completion of moderately prosperous society, in: Global Times, 1. Juli, <https://www.globaltimes.cn/page/202107/1227540.shtml> (21.7.2025).
- Cornish, Chloe/Lockett, Hudson (2024): Adani empire starts putting Hindenburg behind it, in: Financial Times, 3. Januar, S. 7.
- Cox, Jeff (2018): A new cold war is brewing between China and the US, says former Treasury Secretary Paulson, CNBC, 7. November, <https://www.cnbc.com/2018/11/07/economic-iron-curtain-looms-for-us-and-china-former-treasury-chief-paulsonsays-.html> (16.6.2025).

- Cutler, Wendy/Grey, Peter/Jong-Hoon, Kim/Pangestu, Mari/Suzuki, Yoichi/Xinquan, Tu (2019): Trade in Trouble. How the Asia Pacific Can Step Up and Lead Reforms, Asia Society Policy Institute, Mai (Issue Paper), https://asiasociety.org/sites/default/files/2019-05/ASPI_Trade%20In%20Trouble_1.pdf.
- Das, Anupreeta (2024): India Is Resolved to Keep Strong Ties With Russia, in: The New York Times, 9. Juli, S. 8.
- Dayal, Sakshi (2024): India's Congress seeks action against Modi for comments about Muslims, Reuters, 22. April, <https://www.reuters.com/world/india/indias-congress-seeks-action-against-modi-comments-about-muslims-2024-04-22> (6.5.2025).
- Dhume, Sadanand (2021): East is East: The Quad Enters the Ring With China, in: The Wall Street Journal, 1. Oktober, S. A17.
- Dhume, Sadanand (2022): East is East: Can India Capitalize on China's Manufacturing Woes?, in: The Wall Street Journal, 9. Dezember, S. A17.
- Dhume, Sadanand (2023a): East is East: Will India's Growing Population Bring an Economic Boom?, in: The Wall Street Journal, 28. April, S. A17.
- Dhume, Sadanand (2023b): East is East: An Aspiring India Basks in the G-20's Glow, in: The Wall Street Journal, 14. September, S. A17.
- Dhume, Sadanand (2024a): East is East: Narendra Modi Won't Turn India Into a Theocracy, in: The Wall Street Journal, 19. Februar, S. A17.
- Dhume, Sadanand (2024b): East is East: In the 'Asian Century', Indians and Chinese Flee, in: The Wall Street Journal, 1. Februar, S. A15.
- Dieter, Heribert (1998): Die Asienkrise: Ursachen, Konsequenzen und die Rolle des Internationalen Währungsfonds, Marburg 1998.
- Dieter, Heribert (2003): Abschied vom Multilateralismus? Der neue Regionalismus in der Handels- und Finanzpolitik, SWP-Studie S4, https://www.swp-berlin.org/publications/products/studien/S04_03_gesch_tzt.pdf.
- Dieter, Heribert (2008): Lehren aus der Asienkrise. Neue Formen der finanzpolitischen Kooperation in Südost- und Ostasien, SWP-Studie 33/2008, http://www.swp-berlin.org/common/get_document.php?asset_id=5487 (27.6.2025).
- Dieter, Heribert (2014): Die Schatten der Asienkrise, in: Capital, 8. Mai, <https://www.capital.de/wirtschaft-politik/die-schatten-der-asienkrise> (27.6.2025).
- Dieter, Heribert (2021): Chinas neuer Langer Marsch. Zwischen Selbstisolation und offensiver Außenpolitik, Bonn.
- Dieter, Heribert (2023): A Soufflé only Rises Once: China's Grim Economic Prospects, in: The Economists' Voice, 20. Jg., Nr. 2, S. 227–248.
- Dieter, Heribert (2024): Der missionarische Eifer der EU führt ins Abseits, in: Neue Zürcher Zeitung, 5. November, S. 18.
- Dieter, Heribert (2025a): Peking ist nicht der Retter der Globalisierung, in: Neue Zürcher Zeitung, 30. Juni, S. 19.
- Dieter, Heribert (2025b): Die unterschätzten Risiken in der US-Ökonomie. Trumps Zollpolitik ist fragwürdig, aber Handlungsbedarf besteht, SWP-Aktuell, Nr. 23, Mai, https://www.swp-berlin.org/publications/products/aktuell/2025A23_US-Oekonomie.pdf.

- Dieter, Heribert/Biedermann, Johanna (2022): The New Advocacy for Autarky. Self-Sufficiency is Now Once Again Becoming Popular for Geopolitical Reasons, in: *The Economist's Voice*, 19. Jg., Nr. 2, S. 263–283.
- D'Souza, Shanthie Mariet (2024): India's Long Road to Net Zero, in: *The Diplomat*, 9. April.
- Duignan, Brian (o. J.): 5 Fast Facts About the East India Company, *Britannica*, <https://www.britannica.com/story/5-fast-facts-about-the-east-india-company> (10.10.2024).
- Dutt, Barkha (2023a): The best way to strengthen India's democracy? Leave it to the Indians, in: *The Washington Post*, 20. April.
- Dutt, Barkha (2023b): Sorry, America. India will never be your ally, in: *The Washington Post*, 21. Juni, S. A23.
- Eacott, Jonathan P. (2012): Making an Imperial Compromise: The Calico Acts, the Atlantic Colonies, and the Structure of the British Empire, in: *The William and Mary Quarterly*, 69. Jg., Nr. 4 (Oktober), S. 731–762.
- Eberstadt, Nicholas (2019): With Great Demographics Comes Great Power. Why Population Will Drive Geopolitics, in: *Foreign Affairs*, 98. Jg., Nr. 4 (Juli/August), S. 146–157.
- Ehrenstein, Claudia (2024): Der Westen glaubt, das Maß aller Dinge zu sein. 80 Prozent der Weltbevölkerung lebt aber woanders, in: *Die Welt*, 6. Mai, <https://www.welt.de/politik/ausland/plus251324128/Deutscher-Ex-Botschafter-Der-Westen-glaubt-das-Mass-der-Dinge-zu-sein-80-Prozent-der-Weltbevoelkerung-lebt-aber-woanders.html?icid=search.product.onsitesearch> (27.6.2025).
- Eichengreen, Barry (2023): How Global Currencies End, *Project Syndicate*, 11. September, <https://www.project-syndicate.org/commentary/will-us-dollar-global-hegemony-last-by-barry-eichengreen-2023-09?barrier=accesspay> (27.6.2025).
- Eichengreen, Barry/Gupta, Poonam/Choudhary, Rishabh (2021): Inflation Targeting in India. An Interim Assessment. World Bank Group, Macroeconomics, Trade and Investment Global Practice, Policy Research Working Paper 9422, <https://openknowledge.worldbank.org/server/api/core/bitstreams/bfd1f553-0baf-5e3e-8644-86ae90be697b/content> (6.5.2025).
- Elms, Deborah (2019): The Comprehensive and Progressive Trans-Pacific Partnership. Policy Innovations and Impacts, *Global Economic Dynamics Focus Paper*, Gütersloh.
- Ezrati, Milton (2024): High-Net-Worth People Are Leaving China, in: *Forbes*, 3. Juli, <https://www.forbes.com/sites/miltonezrati/2024/07/03/high-net-worth-people-are-leaving-china> (27.7.2024).
- Fähnders, Till (2023): Alte Karten, neue Härte, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 1. September, S. 10.
- Fähnders, Till (2024a): Säkulärer Staat oder Nation der Hindus?, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 23. Mai, Seite B 11 (Beilage).
- Fähnders, Till (2024b): Modi verfehlt sein Ziel, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 5. Juni, S. 6.
- Farooquee, Neyaz (2025): Indian investigators now claim all Pahalgalam attackers were Pakistan nationals, *BBC*, 23. Juni, <https://www.bbc.com/news/articles/c36xe95g06zo> (21.7.2025).
- Feng, Coco (2023): India expected to make up to 50 pc of iPhones by 2027, in: *South China Morning Post*, 6. Januar, S. B3.
- Fischer, Peter A. (2024): Wette auf das indische Wirtschaftswunder, in: *Neue Zürcher Zeitung*, 11. März.
- Fisher, Stanley (1998): The Asian Crisis: A View from the IMF, 22. Januar, <https://www.imf.org/en/News/Articles/2015/09/28/04/53/sp012298> (21.7.2025).

- Francis, Nitika/Radhakrishnan, Vignesh (2024): Eighteenth Lok Sabha has lowest share of Muslim MPs in six decades, in: *The Hindu*, 18. Juni, <https://www.thehindu.com/data/data-eighteenth-lok-sabha-has-lowest-share-of-muslim-mps-in-six-decades/article68285104.ece> (6.5.2025).
- Friedman, Milton (1963): Exchange Rate Policy, in: Swarajya, 30. März; Neudruck als: *India Needs a Free Market Exchange Rate*, in: M. R. Pai (Hrsg.) (1977): *The Economic Thinking of Professor Milton Friedman*, Bombay, India: for the Forum of Free Enterprise, S.2–6, <https://miltonfriedman.hoover.org/internal/media/dispatcher/271058/full> (19.11.2023).
- Fuest, Benedikt (2021): Faustpfand im Wirtschaftskrieg gegen den großen Nachbarn, in: *Die Welt*, 27. Januar, S. 12.
- Galbraith, John Kenneth (1969): *Ambassador's Journal. A Personal Account of the Kennedy Years*, Boston.
- Ganguli, Bodhisatva (2023): While Maoists Ruin China, in: *The Economic Times*, 17. November, S. 10.
- Gara, Antoine et al. (2024): Indian regulators allege Hindenburg's Adani report 'indulged in unfair trade practices', in: *Financial Times*, 2. Juli.
- Geis-Thöne, Wido (2022): Zuwanderung aus Indien: Ein großer Erfolg für Deutschland, Institut der deutschen Wirtschaft: IW-Report 1/2022.
- Gepp, Joseph (2024): Klimahürden für das Geschäft mit Indien, in: *Der Standard*, 15. Februar, S. 15.
- Goldberg, Maren (o. J.): McMahon Line, *Britannica*, <https://www.britannica.com/event/McMahon-Line> (24.5.2024).
- Gosh, Poulomi (2023): Demography, democracy, diversity: PM Modi's message of 3 'D's to 'parivaarjan', in: *Hindustan Times*, 15. August, <https://www.hindustantimes.com/india-news/demography-democracy-diversity-pm-modis-3-d-message-no-if-no-but-101692066788276.html> (1.7.2024).
- Goswami, Manu (2004): *Producing India. From Colonial Economy to National Space*, Chicago.
- Guha, Ramachandra (2019a): The two faces of Winston Churchill, in: *The Hindustan Times*, 24. Februar, <https://www.hindustantimes.com/columns/the-two-faces-of-winston-churchill/story-kSDU1P-GQ73Ute1czCKx7vK.html> (25.11.2023).
- Guha, Ramachandra (2019b): Churchill, the Greatest Briton, Hated Gandhi, the Greatest Indian, in: *The Atlantic*, 6. April.
- Gupta, Bishnupriya (o. J.): The History of the International Tea Market, 1850–1945, *Economic History Association*, <https://eh.net/encyclopedia/the-history-of-the-international-tea-market-1850-1945> (28.10.2024).
- Gupta, Monika/Sheth, Aayush (2024): Economic costs of climate change in India and policy responses, in: *The Economic Times*, 17. Juli.
- Gupte, Prajakta R. (2017): India: „The Emergency“ and the Politics of Mass Sterilization, in: *Education About Asia*, 22. Jg., Nr. 3 (Winter 2017), S.40–44.
- Gusbeth, Sabine et al. (2025): Europa plant die Neuordnung des Welthandels, in: *Handelsblatt*, 30. Juni, S. 8.
- Hall, Ben (2010): Lagarde criticizes Berlin policy, in: *Financial Times*, 14. März, <https://www.ft.com/content/225bbcc4-2f82-11df-9153-00144feabdc0?mhq5j=e4> (21.7.2025).
- Hancock, Alice (2024): EU backs down on agricultural emissions after farmers' protests, in: *Financial Times*, 5. Februar, <https://www.ft.com/content/00b344d9-8ff9-4a71-ae31-a76daecb96ab> (14.7.2024).
- Hancock, Alice/Bounds, Andy (2025): Indonesia says EU deforestation law is still unworkable, in: *Financial Times*, 10. Juli, <https://www.ft.com/content/65a2141a-29a9-437e-bfbc-b2c59b50143f> (3.9.2025).

- Hancock, Alice/Pfeifer, Sylvia (2024): How global trade could fragment after the EU's tax on 'dirty' imports, in: *Financial Times*, 9. Januar, <https://www.ft.com/content/ca51ebf5-fbb8-4c88-a93d-ded3d6d3bcd> (14.7.2024).
- Hardwick, Sam/Triggs, Adam (2022): Friend-shoring no ready-made answer to Asian supply chain resilience, *East Asia Forum*, 22. November, <https://eastasiaforum.org/2022/11/27/friend-shoring-no-ready-made-answer-to-asian-supply-chain-resilience> (28.7.2025).
- Hayashi, Yuka (2021): Japan Wants U.S. Back in TPP, in: *The Wall Street Journal*, 16. April.
- Hein, Christoph (2023): Demographie als Dividende oder Dystopie?, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 24. April, S. 17.
- Hein, Christoph/Schäfers, Manfred (2023): Das System Modi, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 25. Februar, S. 21.
- Helleiner, Eric (2021): The Return of National Self-Sufficiency? Excavating Autarkic Thought in a De-globalizing Era, in: *International Studies Review*, 23. Jg., Nr. 3, S. 933–957.
- Helleiner, Eric (2023): *The Contested World Economy. The Deep and Global Roots of International Political Economy*, Cambridge.
- Hoover, Karl (1985): The Hindu Conspiracy in California, 1913–1918, in: *German Studies Review*, 8. Jg., Nr. 2 (Mai), S. 245–261.
- Hopkins, A. G. (1970): The Creation of a Colonial Monetary System: The Origins of the West African Currency Board, in: *African Historical Studies*, 3. Jg., Nr. 1, S. 101–132.
- Hoyle, Rhiannon/Li, Shan (2022): India, Australia Reach Trade Pact, in: *The Wall Street Journal*, 2. April.
- Huang, Christine/Fagan, Moira/Gubbala, Sneha (2023): Views of India Lean Positive Across 23 Countries. Among Indians, Modi and India's global influence are viewed favorably, *Pew Research Center*, 29. August, https://www.pewresearch.org/global/wp-content/uploads/sites/2/2023/08/PG_2023.08.29_views-of-india_report.pdf.
- Inamdar, Nikhil (2023): Air India: How the record plane deal is a game-changer, *BBC*, 15. Februar, <https://www.bbc.com/news/world-asia-india-64646336> (27.5.2024).
- Irwin, Douglas (1994): The Political Economy of Free Trade: Voting in the British General Election of 1906, in: *The Journal of Law & Economics*, 37. Jg., Nr. 1 (April), S. 75–108.
- Islam, Shamsul (2021): Savarkar's Rehabilitation, in: *The Statesman*, 13. November, <https://www.thestatesman.com/opinion/savarkars-rehabilitation-1503024319.html> (6.5.2025).
- Jaishankar, Dhruva/Madan, Tanvi (2021): How the Quad Can Match the Hype. It's the Best Hope for Balancing China in the Indo-Pacific, in: *Foreign Affairs*, 15. April, <https://www.foreignaffairs.com/articles/united-states/2021-04-15/how-quad-can-match-hype> (17.6.2025).
- James, Harold (2023): War and Dollars, *Project Syndicate*, 27. Oktober, <https://www.project-syndicate.org/commentary/us-dollar-weaponized-and-vulnerable-implications-for-global-security-by-harold-james-2023-10?barrier=accesspay> (30.6.2025).
- Jamkhandikar, Shilpa/Zhang, Yukun (2025): Direct flights between India and China to resume soon in landmark deal, in: *The Independent*, 13. Juni, <https://www.independent.co.uk/asia/india/china-india-direct-flights-border-b2769532.html> (21.7.2025).
- Kakar, Sudhir/Kakar, Katharina (2006): *Die Inder. Portrait einer Gesellschaft*, 2. Aufl., München.
- Kamath, Shyam J. (1992): Foreign Aid and India: Financing the Leviathan State, *Cato Institute Policy Analysis* No. 170, <https://www.cato.org/sites/cato.org/files/pubs/pdf/pa170.pdf>.

- Kauffmann Bossart, Marco (2018): Blockiert im 21. Stock – wie ein Geschäftsmann die Anschläge von Mumbai 2008 überlebte, in: *Neue Zürcher Zeitung*, 25. November, <https://www.nzz.ch/international/blockiert-im-21-stock-wie-ein-geschaeftsmann-die-anschlaege-von-mumbai-2008-ueberlebte-id.1438782> (23.5.2024).
- Kaul, Vivek (2018): Easynomics: The Pomperipossa Effect and India's jobs crisis, in: *The Bangalore Mirror*, 28. Oktober, <https://bangaloremirror.indiatimes.com/opinion/others/easynomics-the-pomperipossa-effect-and-indias-jobs-crisis/articleshow/66834833.cms> (17.11.2023).
- Kaushik, Manu (2025): Western freight corridor may start operations from Oct, three months ahead of schedule, in: *Financial Express*, 5. Mai, <https://www.financialexpress.com/business/railways-western-freight-corridor-may-start-operations-from-oct-three-months-ahead-of-schedule-3833729> (3.9.2025).
- Kay, Chris/Schipani, Andres/Kaushik, Krishn (2025): Can Mukesh Ambani engineer a smooth transition at Reliance?, in: *Financial Times*, 20. Juni, <https://www.ft.com/content/e0d2ea81-8863-4c57-90ae-23f9115b83f7> (2.9.2025).
- Kazim, Hasnain (2023): Wo Deutschland ziemlich egal ist, in: *Die Zeit*, 12. März, <https://www.zeit.de/politik/ausland/2023-03/indien-beziehungen-westen-narendra-modi> (17.6.2025).
- Kennan, George (1947): The Sources of Soviet Conduct, in: *Foreign Affairs*, 25. Jg., Nr. 4 (Juli), S. 566–582.
- Kennedy, John F. (1957): A Democrat Looks at Foreign Policy, in: *Foreign Affairs*, 36. Jg., Nr. 1 (Oktober), S. 44–59.
- Khanna, Vikram (2024): Modi-led coalition in India will need changes in both style and substance, in: *The Straits Times*, 11. Juni.
- Kramer, Stephanie (2021): Religious Composition of India. All religious groups in India show major decline in fertility rates, limiting change in the country's religious composition over time, *Pew Research Center*, 21. September, <https://www.pewresearch.org/religion/2021/09/21/population-growth-and-religious-composition> (24.5.2024).
- Krishnan, Murali (2024): Indien: Lebensbedrohliche Rekordhitze in Delhi, *Deutsche Welle*, 1. Juni, <https://www.dw.com/de/murali-krishnan/person-36013262> (5.9.2025).
- Krishnankutty, Pia (2024): A dormant transport corridor between India, Russia, Iran is active 20 years later. Here's why, in: *The Print*, 3. April, <https://theprint.in/diplomacy/a-dormant-transport-corridor-between-india-russia-iran-is-active-20-years-later-heres-why/2024254> (5.7.2024).
- Kristof, Nicholas (2023): Can India Change the World?, in: *The New York Times*, 30. März, S. 26.
- Kulik, Rebecca M. (o. J.): Quit India Movement, *Britannica*, <https://www.britannica.com/event/Quit-India-Movement> (10.2.205).
- Kumar, Ashutosh (2024): Reliance Jio leads in active subscriber base, grows by 3.5 million in May: Analysts, in: *The Economic Times*, 18. Juli, <https://telecom.economictimes.indiatimes.com/news/industry/jio-leads-in-active-subscriber-base-grows-by-3-5-million-in-may-vodafone-idea-continues-to-lose-ground-analysts/111837398> (29.7.2024).
- Lake, Charles D. (2020): A Three-Part Strategy to Take the Comprehensive and Progressive Agreement for Trans-Pacific Partnership to the Next Level, Washington, D.C.: Peterson Institute for International Economics, *Rebuilding the Global Economy*, A series outlining policy priorities and solutions.
- Lall, Rashmee Roshan (2023): Brown Et Cruella À La Suella, in: *The Times of India*, 15. November, S. 10.
- Lambert, Renault/Plihon, Dominique (2023): Dollar Ciao, in: *Le Monde Diplomatique*, 9.11.2023. S. 1, 16, 17.

- Langhammer, Rolf (2023): Wo Indien China voraus ist, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 20. Juli, S. 17.
- Lau, Jörg/Sauerbrey, Anna (2024): „Ich bin überzeugter Nationalist“. Interview mit Außenminister Subrahmanyam Jaishankar, in: Die Zeit, 22. Februar, S. 8.
- Leggett, Theo/Inamdar, Nikhil (2023): IndiGo: Record aircraft purchase announced at Paris Airshow, BBC, 19. Juni, <https://www.bbc.com/news/world-asia-india-65952879> (27.5.2024).
- Lentin, Sifra (2018): Rationale for the return of the global rupee, Gateway House, 19. April, <https://www.gatewayhouse.in/rationale-return-global-rupee> (30.6.2025).
- Li, Shan/Agarwal, Vibhuti (2023): A Missing Link in India's Economy. Just 24 % of women in the country are working or looking for work, in: The Wall Street Journal, 19. August, S.A1.
- Liboreiro, Jorge (2025): Ursula von der Leyen's return as China hawk shuts down talk of diplomatic reset, in: Euro News, 21. Juni, <https://www.euronews.com/my-europe/2025/06/21/ursula-von-der-leyens-return-as-china-hawk-shuts-down-talk-of-diplomatic-reset> (29.7.2025).
- Lindner, Roland (2023a): Frauen haben ein Perfektionsgen. Gespräch mit Indra Nooyi, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 23. März, S. 23.
- Lindner, Roland (2023b): Krasser als Trump, in: Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung, 14. Mai, S. 24.
- Lindner, Walter J./Wolter, Heike (2024): Der Alte Westen und der Neue Süden, Berlin.
- Low, Patrick/Pedrosa, Eduardo (2015): State of Trade in the Region 2015, Pacific Economic Cooperation Council, <https://www.pecc.org/resources/trade-and-investment-1/2210-state-of-the-trade-2015/file> (4.7.2024).
- Luce, Edward (2009): In Spite of the Gods. The Strange Rise of Modern India, 2. Aufl., London.
- Luce, Edward (2023): America's lavish red carpet for Modi, in: Financial Times, 22. Juni 2023, S. 17.
- Lynch, Daniel C. (2019): Is China's Rise Now Stalling?, in: The Pacific Review, 32/3, S. 446–474.
- Maddison, Angus (2001): The World Economy. A Millennial Perspective, Paris.
- Maddison, Angus (2006): The World Economy, Vol. 2, Historical Statistics, Paris.
- Mahanta, Vinod (2024): To realise India's century, need for a new playbook: Bob Sternfels, McKinsey global managing partner, in: The Economic Times, 18. Juli, <https://economictimes.indiatimes.com/news/company/corporate-trends/to-realise-indias-century-need-for-a-new-playbook-bob-sternfels-mckinsey-global-managing-partner/articleshow/111817179.cms>.
- Mandhana, Niharika/Purnell, Newley (2023): Modi's Vision for India Rests On Six Giant Companies, in: The Wall Street Journal, 22. Juni, S.A1.
- Mann, Michael (2022): State Formation in India. From the Company state to the late colonial state, in: Fischer-Tiné, Harald/Framke, Maria (Hrsg.): Routledge Handbook of the History of Colonialism in South Asia, London/New York, S. 36–47.
- Margulies, Max/Sullivan, Patrick (2025): The Logics of Military Force: Or, How India and Pakistan Fought Each Other and Didn't Use the Bomb, Modern War Institute at Westpoint, 14. Mai, <https://mwi.westpoint.edu/the-logics-of-military-force-or-how-india-and-pakistan-fought-each-other-and-didnt-use-the-bomb> (21.7.2025).
- Maronoti, Bafundi (2022): Revisiting the international role of the US dollar, BIS Quarterly Review, December, https://www.bis.org/publ/qtrpdf/r_qt2212x.htm (27.6.2025).
- Marqusee, Mike (2002): Whitewashing the past, in: The Guardian, 24. Mai, <https://www.theguardian.com/education/2002/may/24/artsandhumanities.highereducation> (14.10.2024).
- Marshall, P. J. (1968): Problems of Empire. Britain and India 1757–1813, London.

- Mashal, Mujib (2023): For Other Countries Dreaming Big, a Blueprint From India, in: The New York Times, 25. August, S. 4.
- Massmann, Oliver (2024): Corporate Sustainability Due Diligence Directive (CSDDD Or The EU Supply Chain Law): A Comprehensive Analysis And Review Of Its Implications On Vietnam-Based Companies, Mondaq Business Briefing, 7. Mai.
- Mead, Walter Russel (2021): AUKUS is the Indo-Pacific Pact of the Future, in: The Wall Street Journal, 28. September, S. A15.
- Mead, Walter Russel (2023): Can India Emerge as a Rival to China?, in: The Wall Street Journal, 17. Januar, S. A15.
- Mearsheimer, John J. (2021): The Inevitable Rivalry. America, China, and the Tragedy of Great-Power Politics, in: Foreign Affairs, 100. Jg., Nr. 6 (November/Dezember), S. 48–58.
- Mearsheimer, John J. (2014): Why the Ukraine Crisis Is the West's Fault. The Liberal Delusions That Provoked Putin, in: Foreign Affairs, 93. Jg., Nr. 5 (September/Okttober), S. 77–89.
- Mehrotra, Karishma (2023): War in Gaza highlights India's dramatic pivot in the Middle East, in: The Washington Post, 21. November, S. A13.
- Mies, Maria (1973): Indische Frauen zwischen Patriarchat und Chancengleichheit. Rollenkonflikte studierender und berufstätiger Frauen, Meisenheim am Glan.
- Millikan, Max F./Rostow, Walt W. (1958): Foreign Aid: Next Phase, in: Foreign Affairs, 36 Jg., Nr. 3 (April), S. 418–436.
- Mirani, Leo (2023): India has big plans to export its e-government technology, in: The Economist, 13. November.
- Mody, Ashoka (2023): India is Broken. A People Betrayed, Independence to Today, Stanford.
- Mohan, C. Raja (2025): Modi and Trump Unveil an Ambitious Agenda, National University of Singapore, Institute of South Asian Studies Briefs, 17. Februar, <https://www.isas.nus.edu.sg/papers/modi-and-trump-unveil-an-ambitious-agenda> (6.2.2026).
- Mollan, Cheryllann (2025a): US firm that accused Adani Group of fraud shuts down, BBC, 16. Januar, <https://www.bbc.com/news/articles/cx2jyrg99yo#:~:text=Hindenburg%20Research:%20US%20firm%20that%20accused%20Gautam%20Adani%27s%20company%20of%20fraud%20shuts%20down> (2.9.2025).
- Mollan, Cheryllann (2025b): India ,engaging with US' after shackled deportees spark anger, BBC, 6. Februar, <https://www.bbc.com/news/articles/cm27k2m91p7o> (2.9.2025).
- Moore, Robin J. (1999): Imperial India, 1858–1914, in: Porter, Andrew/Low, Alaine (Hrsg.): The Oxford History of the British Empire, Band 3: The Nineteenth Century, Oxford/New York, S. 422–446.
- Mordrelle, Eflamm (2023): Kleiner Investor bringt Milliardenimperium ins Wanken. Ein US-Shortseller bezichtigt Gautam Adani des Betrugs – ob zu Recht, ist sekundär, in: Neue Zürcher Zeitung, 8. Februar.
- Mukherjee, Andy (2023): It's time to get real about the rupee's global role, in: The Economic Times, 21. Juli, <https://economictimes.indiatimes.com/news/economy/policy/view-its-time-to-get-real-about-the-rupees-global-role/articleshow/101999277.cms> (30.6.2025).
- Mukherjee, Madhusree (2010): Churchill's Secret War. The British Empire and the Ravaging of India During World War II, New York.
- Mukherji, Birman (2024): Modi's Russia visit a sign of India's unresolved tensions with China, analysts say, in: South China Morning Post, 5. Juli.

- Myrdal, Gunnar (1968): *Asian Drama. An Inquiry Into the Poverty of Nations*, Vol. 1, New York.
- Naoroji, Dadabhai (1901): *Poverty and Un-British Rule in India*, New Delhi (Neudruck 1988).
- Naujoks, Daniel (2020): *Diaspora Policies, Consular Services and Social Protection for Indian Citizens Abroad*, in: Laffleur, Jean-Michel/Vintila, Daniela (Hrsg.): *Migration and Social Protection in Europe and Beyond*, Vol. 3. A Focus on Non-EU Sending States, Cham (CH), S. 163–181.
- Nezik, Ann-Kathrin (2023): Bill Gates von Indien, in: *Die Zeit*, 5. April 2023, S. 22.
- Nilekani, Nandan (2009): *Imagining India. The Idea of a Renewed Nation*, New York.
- Nörrloff, Carla (2023): *Currency, Conflict, and Global Order*, Project Syndicate, 14. Juli, <https://www.project-syndicate.org/onpoint/will-multipolarity-follow-global-dollar-hegemony-by-carla-norrlf-2023-07> (30.6.2025).
- Nye, Joseph S. (2023a): *Peak China?*, Project Syndicate, 3. Januar, <https://www.project-syndicate.org/commentary/peak-china-debate-calls-for-careful-assessment-by-joseph-s-nye-2023-01> (21.7.2025).
- Nye, Joseph S. (2023b): *India and the Global Balance of Power*, Project Syndicate, 30. Juni, <https://www.project-syndicate.org/commentary/india-us-china-balance-of-power-without-formal-alliance-by-joseph-s-nye-2023-06?barrier=accesspaylog> (25.11.2023).
- Panagariya, Arvind (2004a): *Growth and Reforms during 1980s and 1990s*, in: *Economic and Political Weekly*, 39. Jg., Nr. 25 (19.–25. Juni), S. 2581–2594.
- Panagariya, Arvind (2004b): *India in the 1980s and 1990s: A Triumph of Reforms*, IMF Working Paper WP/04/43, März.
- Panagariya, Arvind (2024): *The Nehru-Era Economic History and Thought & Their Lasting Impact*, Oxford.
- Pandey, Geeta (2024): *India's opposition looked down and out – now they're back*, BBC, 5. Juni, <https://www.bbc.com/news/articles/cp00jze920eo> (26.6.2024).
- Pandey, Radhika/Patnaik, Ila/Sengupta, Rajeswari (2024): *The journey of inflation targeting in India*, Indira Gandhi Institute of Development Research, WP-2024-022, S. 2, <http://www.igidr.ac.in/pdf/publication/WP-2024-022.pdf>.
- Parker, George/Reed, John (2024): *UK-India trade deal talks hit impasse over social security payments*, in: *Financial Times*, 10. Februar.
- Parkin, Benjamin (2024a): *Indian industry fears EU's carbon tax will hit exports*, in: *Financial Times*, 21. Juni, S. 6f.
- Parkin, Benjamin (2024b): *Narendra Modi and Vladimir Putin to boost trade despite Ukraine war*, in: *Financial Times*, 9. Juli.
- Parkin, Benjamin (2024c): *India warns UK not to impose deadline on trade talks*, in: *Financial Times*, 11. Juli.
- Parkin, Benjamin (2024d): *India's dream of green energy runs into the reality of coal*, in: *Financial Times*, 25. September.
- Parkin, Benjamin/Raval, Anjali (2020): *Mukesh Ambani: The relentless rise of Asia's richest man*, in: *Financial Times*, 9. Oktober, <https://www.ft.com/content/f70b4ab1-6b5e-4130-a968-b4ccedb2cfca> (1.7.2024).
- Pearce, Kimber Charles (2001): *Rostow, Kennedy, and the Rhetoric of Foreign Aid*, East Lansing.
- Pearson, M. N. (1990): *The New Cambridge History of India. I – 1. The Portuguese in India*, Cambridge.
- Peer, Mathias (2022): *Chinas Schwäche ist Indiens Chance*, in: *Handelsblatt*, 23. Dezember, S. 14.

- Peer, Mathias (2023a): Finanzaufsicht: Behörden streiten, Banken leiden, in: Handelsblatt, 13. Januar, S. 30.
- Peer, Mathias (2023b): Wirtschaftsboom in Indien. Ein Land will nach oben, in: Handelsblatt, 14. April, S. 46.
- Peer, Mathias (2023c): Wie Indien milliarden schwere Importe aus China abblockt, in: Handelsblatt, 11. August, S. 11.
- Peer, Mathias (2024): Indien. Begehrtes Investitionsziel, in: Handelsblatt, 18. Juni, S. 10.
- Peer, Mathias (2025): Warum Deutsche Firmen im Handelskrieg auf das Land setzen, in: Handelsblatt, 25. Juni, <https://www.handelsblatt.com/politik/international/indien-warum-deutsche-firmen-im-handelskrieg-auf-das-land-setzen/100135896.html> (21.7.2025).
- Pethokoukis, James (2018), Pippi Longstocking and the 'opportunity Costs of Socialism', American Enterprise Institute, 24. Oktober, <https://www.aei.org/economics/pippi-longstocking-and-the-opportunity-costs-of-socialism/> (17.11.2023).
- Pettis, Michael (2023): The High Price of Dollar Dominance, in: Foreign Affairs, 30. Juni, <https://www.foreignaffairs.com/united-states/high-price-dollar-dominance> (27.6.2025).
- Plünnecke, Axel (2024): Indien: Die Bedeutung der Zuwanderung für die Zukunft des Wirtschaftsstandortes Deutschland, in: Wirtschaftsdienst, 104. Jahrgang, Nr. 4, S. 264–268.
- Poast, Paul (2024): India May Not Have What It Takes to Be a Great Power, in: World Politics Review, 19. Juli, <https://www.worldpoliticsreview.com/india-global-power> (24.7.2024).
- Rachman, Gideon (2018): How India's Narendra Modi will shape the world, in: Financial Times, 15. Mai, S. 9.
- Rachman, Gideon (2019): Why Europe will choose the US over China, in: Financial Times, 10. Dezember, S. 9.
- Rachman, Gideon (2021): Why AUKUS is welcome in the Indo-Pacific, in: Financial Times, 20. September, <https://www.ft.com/content/cac4b3b0-faec-4648-a49d-8dbcd96eac02> (2.9.2025).
- Rajan, Raghuram (2024): Reform may be the winner in the Indian election, in: Financial Times, 10. Juni, S. 19.
- Reed, John (2023): Backlash over labour reforms tests India's manufacturing ambitions, in: Financial Times, 3. Juli.
- Reed, John (2024): What India's 'quid pro quo' strategy for trade talks, in: Financial Times, 20. März.
- Rogoff, Kenneth (2021): China's Housing Conundrum. Project Syndicate, 29. September, <https://www.project-syndicate.org/commentary/china-evergrande-real-estate-economic-rebalancing-by-kenneth-rogoff-2021-09> (1.6.2024).
- Rothermund, Dietmar (1989): Indische Geschichte in Grundzügen, 3. Aufl., Darmstadt.
- Roubini, Nouriel (2023): India at a Crossroads, in: Dhaka Courier, 31. März.
- Roy, Annapurna (2024): India's software exports grow 12.2 % to \$ 193 billion in 2022-2023: ESC report, in: The Economic Times, 15. Januar, https://economictimes.indiatimes.com/tech/technology/indias-software-exports-grow-12-2-to-193-billion-in-2022-2023-esc-re-port/articleshow/106870608.cms?utm_source=contentofinterest&utm_medium=text&utm_campaign=cppst (19.5.2024).
- Roy, Tirthankar (2012): India in the World Economy. From Antiquity to the Present, Cambridge.
- Said, Edward W. (2009): Orientalismus, Frankfurt am Main.
- Scheinert, Christian (2023): EU's response to the US Inflation Reduction Act (IRA), European Parliament, Briefing, requested by the ECON Committee, 23. Juni, [https://www.europarl.europa.eu/RegData/etudes/IDAN/2023/740087/IPOL_IDA\(2023\)740087_EN.pdf](https://www.europarl.europa.eu/RegData/etudes/IDAN/2023/740087/IPOL_IDA(2023)740087_EN.pdf).

- Schulz, Oliver (2023): *Neue Weltmacht Indien. Geostrategie, Wirtschaftsrieße, Wissenslabor*, Frankfurt am Main.
- Sharma, Ruchir (2023a): What strong gold says about the weak dollar, in: *Financial Times*, 23. April, <https://www.ft.com/content/e9c78b99-8a29-47e2-b5bf-9f7542608cf6> (30.6.2025).
- Sharma, Shantanu (2023b): India, Middle East, Europe Corridor will be a success, in: *The Economic Times*, 19. November, S. 1 und 7.
- Sheik, Shahana (2024): How Technology Is (and Isn't) Transforming Election Campaigns in India, *Carnegie Endowment for International Peace*, 7. März, <https://carnegieendowment.org/research/2024/03/how-technology-is-and-isnt-transforming-election-campaigns-in-india?lang=en> (7.5.2025).
- Sheiner, Louise/Connor, Alexander (2023): Why did the budget deficit grow so much in FY 2023? And what does this imply about the future debt trajectory?, *The Brookings Institution*, 22. November, <https://www.brookings.edu/articles/why-did-the-budget-deficit-grow-so-much-in-fy-2023-and-what-does-this-imply-about-the-future-debt-trajectory> (27.6.2025).
- Sen, Amartya (1981): *Poverty and Famines. An Essay on Entitlement and Deprivation*, Oxford, Nachdruck 2013.
- Sen, Amartya (1982): How is India doing?, in: *The New York Review of Books*, 16. Dezember, <https://www.nybooks.com/articles/1982/12/16/how-is-india-doing> (11.11.2023).
- Sen, Amulya Chandra (o. J.): Ashoka, *Britannica*, <https://www.britannica.com/biography/Ashoka> (29.11.2023).
- Sen, S. N. (2006): *History: Modern India*, 3. Aufl., Neu-Delhi.
- Sengupta, Somini (2024): Modi will Feel the Heat in a Third Term. And Not Just Politically, in: *The New York Times*, 4. Juni.
- Sharma, Ruchir (2023): Why Modi is cruising to a third term, in: *Financial Times*, 5. Dezember, S. 19.
- Sheikh, Sara (2025): China's plan for world's biggest dam a mega-disaster for India, in: *Asia Times*, 5. April, <https://asiatimes.com/2025/04/chinas-plan-for-worlds-biggest-dam-a-mega-disaster-for-india/#> (21.7.2025).
- Shi, Jiangtao (2024): Xi snub of Modi appears to stronger than 'positive signals', in: *South China Morning Post*, 12. Juni, S.A2.
- Shih, Gerry (2022): In India, Modi's base hears consistent media message: America is to blame, in: *The Washington Post*, 7. April, S.A11.
- Shih, Gerry/Mehrotra, Karishma (2024): Modi seems unlikely to change ways after election setback, in: *The Washington Post*, 17. Juni, S.A12.
- Sidharta/Gupta, Surojit (2023): Survey: 99 % of households have access to banking, in: *Times of India*, 27. Januar, S. 13.
- Simonow, Joanna (2022): Famine Relief in Colonial South Asia, 1858–1947, in: Fischer-Tiné, Harald/Framke, Maria (Hrsg.): *Routledge Handbook of the History of Colonialism in South Asia*, London/New York, S. 497–509.
- Singh, Ameya Pratap/Tembey, Uri (2020): India-China relations and the geopolitics of water, *Lowy Institute*, *The Interpreter*, 20. Juli, <https://www.lowyinstitute.org/the-interpreter/india-china-relations-and-geopolitics-water> (12.6.2025).

- Singh Kanishka (2022): U.S. monitoring rise in rights abuses in India, Blinken says, Reuters, 12. April, <https://www.reuters.com/world/india/us-monitoring-rise-rights-abuses-india-blinken-says-2022-04-11> (1. August 2024).
- Sinha, Saurabh (2024): '60 % hotel owners in the US of Indian origin; we will grow rapidly here'; IHG CEO Elie Maalouf, in: *The Times of India*, 24. April, <https://timesofindia.indiatimes.com/business/india-business/60-hotel-owners-in-the-us-of-indian-origin-we-will-grow-rapidly-here-ihg-ceo-elie-maalouf/articleshow/109561732.cms> (27.7.2024).
- Sivakumar, B. (2013): Half of India's dalit population lives in 4 states, in: *Times of India*, 13. Mai, http://timesofindia.indiatimes.com/articleshow/19827757.cms?utm_source=contentofinterest&utm_medium=text&utm_campaign=cppst (26.6.2024).
- Specia, Megan (2019): Saudi Arabia Granted Women the Right to Drive. A Year on, It's Still Complicated, in: *The New York Times*, 24. Juni, <https://www.nytimes.com/2019/06/24/world/middleeast/saudi-driving-ban-anniversary.html> (11.11.2023).
- Stephens, Phil (2014): What Xi and Putin really think about the west, in: *Financial Times*, 5. Juni, <https://www.ft.com/content/3d9d513a-eb3c-11e3-bab6-00144feabdc0> (19.7.2024).
- Stolte, Carolien (2022): South Asia and South Asians in the Worldwide Web of Anti-Colonial Solidarity, in: Fischer-Tiné, Harald/Framke, Maria (Hrsg.): *Routledge Handbook of the History of Colonialism in South Asia*, London/New York, S. 463–473.
- Subramanian, Arvind/Sharma, Navneeraj (2024): India's Climate Dilemma, *Project Syndicate*, 10. Januar.
- Subramanian, Arvind/Felman, Josh (2022): India's Stalled Rise. How the State has Stifled Growth, in: *Foreign Affairs*, 101. Jg., Nr. 1 (Januar/Februar), S. 139–150.
- Suneja, Kirtika (2022): Time for India, Africa to talk of trade pact: trade secretary, in: *The Economic Times*, 20. Juli, <https://economictimes.indiatimes.com/news/economy/foreign-trade/time-for-india-africa-to-talk-of-trade-pact-trade-secretary/articleshow/93010081.cms> (20.11.2023).
- Swaminathan, Harshita (2024): India will need to build 100 million homes this decade amid rising household incomes, in: *The Economic Times*, 13. Juni, <https://economictimes.indiatimes.com/industry/services/property/-/construction/india-will-need-to-build-100-million-homes-this-decade-amid-rising-household-incomes/articleshow/110952725.cms> (3.9.2025).
- Szigetvari, András (2023): Buhlen um Indiens Sympathien, in: *Der Standard*, 6. März, S. 10.
- Tewari, Suranjana (2024): Airlines are roaring back in places you might not expect, *BBC*, 29. März, <https://www.bbc.com/news/business-68573429> (27.5.2024).
- Thapar, Romila et al. (o. J.): *Harappa of India*, *Britannica*, <https://www.britannica.com/place/India/Harappa> (14.8.2024).
- Tharoor, Shashi (2023): The Modi Decade, *Project Syndicate*, 5. Juni, <https://www.project-syndicate.org/commentary/indian-modi-government-high-popularity-despite-mixed-record-by-shashi-tharoor-2023-06> (25.11.2023).
- Tharoor, Shashi (2016): *An Era of Darkness. The British Empire in India*, New Delhi.
- Therwarth, Ingrid (2023): India's BJP exports Hindutva message; Hindu nationalism's global networks, in: *Le Monde Diplomatique*, 1. Februar.
- Tomlinson, B. R. (2013): *The Economy of Modern India. From 1860 To The Twenty-First Century*, 2. Aufl., Cambridge.

- Tong, Yunping (2022a): India's Sex Ratio at Birth Begins to Normalize. Changes in son preference, ultrasound use and fertility, Pew Research Center, 23. August, <https://www.pewresearch.org/religion/2022/08/23/changes-in-son-preference-ultrasound-use-and-fertility> (4.7.2024).
- Tong, Yunping (2022b): India's Sex Ratio at Birth Begins to Normalize. Laws, norms and traditions, Pew Research Center, 23. August, <https://www.pewresearch.org/religion/2022/08/23/sidebar-laws-norms-and-traditions> (4.7.2024).
- Travelli, Alex (2024): India's Quiet Push to Steal More of China's iPhone Business, in: *The New York Times*, 2. Februar.
- Trivedi, Lisa (2007): *Clothing Gandhi's Nation. Homespun and Modern India*, Bloomington.
- Unger, Corinna R. (2008): Rourkela, ein ‚Stahlwerk im Dschungel‘, in: *Archiv für Sozialgeschichte*, 48. Jg., S. 367–388.
- Vaishnav, Milan (2023): Is India's Rise Inevitable?, in: *Foreign Affairs*, Mai/Juni, <https://www.foreignaffairs.com/reviews/indias-rise-inevitable> (10.11.2023).
- Venkatram, Shree (2014): India's sterilisation camps must give way to proper family planning, in: *The Guardian*, 22. November, <https://www.theguardian.com/global-development/poverty-matters/2014/nov/22/india-sterilisation-camps-family-planning-tragedy> (6.5.2025).
- Vipra, Tanvi (2024): What is Fuelling Power Sector Losses?, in: PRS Legislative Research, 10. Mai, <https://prsindia.org/theprsblog/what-is-fuelling-power-sector-losses> (23.9.2025).
- Wade, Robert (1982): The System of Administrative and Political Corruption: Canal Irrigation in South India, in: *The Journal of Development Studies*, 18. Jg., Nr. 3, S. 287–382.
- Wakabayashi, Daisuke/Dong, Joy (2025): China Staved Off a Sudden Property Crash, but the Slowdown Grinds On, in: *The New York Times*, 26. August, S. 1.
- Walt, Stephen (2021): The AUKUS Dominoes Are Just Starting to Fall, in: *Foreign Policy*, 18. September, <https://foreignpolicy.com/2021/09/18/aukus-australia-united-states-submarines-china-really-means> (17.6.2025).
- Walzer, Michael (1982): States and Minorities, in: C. Fried (Hrsg.): *Community and Identity*, Berlin/Heidelberg/New York/Tokio, S. 219–227.
- Wariavwalla, Bharat (1989): India: From Nehrus' Rule to Coalitions: Elections: The defeat of Rajiv Gandhi's Congress Party means that running the world's largest democracy won't be all in the family anymore, in: *Los Angeles Times*, 10. Dezember, <https://www.latimes.com/archives/la-xpm-1989-12-10-op-115-story.html> (31.10.2024).
- Washbrook, David (2022): The Political Economy of Colonialism in India, in: Fischer-Tiné, Harald/Framke, Maria (Hrsg.): *Routledge Handbook of the History of Colonialism in South Asia*, London/New York, S. 23–35.
- Washbrook, D. A. (1999): India, 1818–1860: The Two Faces of Colonialism, in: Porter, Andrew/Low, Elaine (Hrsg.): *The Oxford History of the British Empire*, Band 3: *The Nineteenth Century*, Oxford/New York, S. 395–421.
- Whitehead, Andrew (2024): The Blame – and the Shame – of Three Million Bengali Dead, in: *The Wire*, 26. Februar, <https://thewire.in/history/the-blame-and-the-shame-of-three-million-bengali-dead> (10.2.2025).
- Wolf, Martin (2023): Modi's India is moving in an illiberal direction, in: *Financial Times*, 25. Juli.
- Wolf, Martin (2024): Why India will become a superpower, in: *Financial Times*, 10. Juli, S. 15.

- Wolpert, Stanley A. (o. J.): Government of India Acts, Britannica, <https://www.britannica.com/event/British-raj> (10.2.2025).
- Wright, Logan et al. (2024): No Quick Fixes: China's Long-Term Consumption Growth, Rhodium Group, 18. Juli, <https://rhg.com/research/no-quick-fixes-chinas-long-term-consumption-growth> (27.7.2024).
- Wyssuwa, Matthias (2025): „Wir haben den Terroristen ein Signal gesendet“, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 25. Mai, <https://www.faz.net/aktuell/politik/ausland/indiens-aussenminister-wir-haben-den-terroristen-ein-signal-gesendet-110498690.html> (21.7.2025).
- Xiaolin, Duan/Yitong, Liu (2023): The Rise and Fall of China's Wolf Warrior Diplomacy, in: The Diplomat, 23. November, <https://thediplomat.com/2023/09/the-rise-and-fall-of-chinas-wolf-warrior-diplomacy> (28.7.2025).
- Xie, Kawala Xie (2024): Lean to West by Modi ‚reason for summit absence‘, in: South China Morning Post, 4. Juli, S. A7.
- Ying, Wen (2024): The legacy of the Bandung conference, in: The Jakarta Post, 27. Juni, S. 7.
- Young, Audrey (2021): Ready for a war of the ‚elephants‘, in: The New Zealand Herald, 18. September, A 13.
- Zeeshan, Mohamed (2020): India's rejection of free trade pact will make it poorer, in: South China Morning Post, 23. November, S. 11.

Verzeichnis der Tabellen, Abbildungen und Karten

Tabellen:

Tabelle 1	Bruttoinlandsprodukt in Indien und ausgewählten Regionen, 1600 bis 1998 (in Milliarden internationaler Dollar von 1990)	29
Tabelle 2	Indien und Großbritannien im Vergleich, 1600 bis 1947	42
Tabelle 3	Bevölkerungsentwicklung in Indien, 1820 bis 1946 (in Millionen Menschen)	68
Tabelle 4	Soziale Indikatoren und Lebensstandard in Indien und 16 Staaten des indopazifischen Raums (zusammengefasst), 2022 und 2027 (Projektion)	124
Tabelle 5	Erwerbstätigkeit von Frauen in Indien und ausgewählten Vergleichsländern, 1990 bis 2022 (Frauenerwerbsquote in Prozent)	133
Tabelle 6	Szenarien zur Bevölkerungsentwicklung für die Volksrepublik China und Indien im Jahr 2100 (in Millionen Menschen)	165
Tabelle 7	Szenarien für die demografische Entwicklung Indiens bis zu den Jahren 2050 und 2100 (Bevölkerung in Millionen Menschen)	261
Tabelle 8	Indikatoren zur wirtschaftlichen Entwicklung Indiens, 2022 bis 2050	264

Abbildungen:

Abbildung 1	Religionszugehörigkeit in Indien, 2021 (in Prozent)	112
Abbildung 2	Ausländische Direktinvestitionen in Indien, 2014 bis 2024 (in Milliarden US-Dollar)	221
Abbildung 3	Indiens Warenhandel nach Handelspartnern, 2019 und 2024 (in Milliarden US-Dollar) ..	232
Abbildung 4	Außenverschuldung und Leistungsbilanz Indiens, 2014 bis 2024	249

Karten:

Britisch-Indien 1946 67

Die Teilung Indiens 1948..... 69

Ergebnisse der Parlamentswahl in Indien 1948..... 128

Indien – Außenhandel..... 233

Bildnachweis

Covermotiv NicoElNino, Getty Images

1. Einleitung

S. 12/13 Getty Images, Puneet Vikram Singh, Nature and Concept photographer; 18. März 2024

2. Schlaglichter der indischen Wirtschaftsgeschichte

S. 24/25 Keystone/Getty Images; 1930
S. 60 mauritius images / World Book Inc.
S. 62 Bettmann / Kontributor via Getty Images
S. 65 Bettmann / Kontributor via Getty Images; 23. September 1954
S. 66 Bert Hardy/Picture Post/Hulton Archive/Getty Images; 8. Februar 1947
S. 70 Popperfoto via Getty Images/Getty Images; 1947
S. 79 Bettmann / Kontributor/ Getty Images; 5. November 1963
S. 88 Sondeep Shankar/Getty Images, 19. Juni 1978
S. 97 Sondeep Shankar/Getty Images

3. Die indische Innenpolitik und der Aufstieg der BJP

S. 102/103 RAVEENDRAN/AFP via Getty Images; 15. August 2014
S. 109 Sonu Mehta/Hindustan Times via Getty Images; 1. Juni 2014
S. 111 INDRANIL MUKHERJEE/AFP via Getty Images; 25. Juni 2015
S. 139 BIJU BORO/AFP via Getty Images; 7. Mai 2024
S. 142 Sonu Mehta/Hindustan Times via Getty Images; 3. September 2024
S. 145 Sunil Ghosh/Hindustan Times via Getty Images; 17. Februar 2026

4. Indiens Außenpolitik und die Rivalität mit China

S. 148/149 Lintao Zhang/Getty Images; 4. September 2016
S. 167 WU HONG/POOL/AFP via Getty Images; 4. September 2017
S. 175 Ministry of External Affairs, Government of India; flickr.com; 17. November 2023

5. Indiens sicherheitspolitische Strategien

- S. 182/183 picture alliance / ZUMAPRESS.com | Ron Przysucha/State Department; 23. September 2022
S. 195 Handout/White House/Planet Pix via ZUMA Press Wire via picture alliance; 13. Februar 2025
S. 197 Suo Takekuma - Pool/Getty Images; 1. September 2025

6. Die Entwicklung der indischen Wirtschaft

- S. 200/201 Photo by Pradeep Gaur/SOPA Images/LightRocket via Getty Images; 10. Oktober 2025
S. 228 PUNIT PARANJPE/ Kontributor/ Getty Images

7. Die vielversprechenden Aussichten Indiens

- S. 258/259 Arun SANKAR / AFP via Getty Images; 17. Februar 2026

8. Schlussbemerkungen: Hat Indiens Jahrhundert begonnen?

- S. 274/275 R.SATISH BABU/AFP via Getty Images; 14. Juli 2023

Indien – physische Übersicht und Verkehr

Grenzen

- Staatsgrenze
- strittige Grenze
- Demarkationslinie

Orte

- Einwohner/-innen
- > 5 000 000
 - 1 000 000 – 5 000 000
 - 100 000 – 1 000 000
 - < 100 000

Verkehr

- National Highway
- sonstige Fernstraße
- Eisenbahnlinie
- Fährlinie
- internationaler Flughafen
- bedeutender Seehafen

Hydrografie

- Fluss
- Stausee, See
- Riffe

Relief

- Dottabetta
- Berg mit Höhenzahl
- 2637

Landhöhen über NN

- über 4000 m
- 2000–4000 m
- 1000–2000 m
- 750–1000 m
- 500–750 m
- 200–500 m
- 100–200 m
- 0–100 m

Meerestiefen unter NN

- 200–0 m
- 1000–200 m
- 2000–1000 m
- 4000–2000 m
- unter 4000 m

1:15 000 000

0 500 km

© mr-kartographie, 2026

Indien – Porträt einer aufstrebenden Großmacht

Schon in wenigen Jahren wird Indien, hinter den USA und China, voraussichtlich die drittgrößte Volkswirtschaft der Welt sein. Der Aufstieg Indiens wird durch seine stabile demografische Entwicklung, den erfolgreichen Ausbau der Infrastruktur, aber auch seine geopolitische Lage begünstigt. Seit 1980 wuchs die jährliche Pro-Kopf-Wirtschaftsleistung um durchschnittlich sieben Prozent, und zugleich hat sich die Bevölkerung auf über 1,4 Milliarden Menschen mehr als verdoppelt. Die Zahl und der Reichtum der indischen Millionäre und Milliardenäre nehmen zu, und die Lebenssituation von ärmeren Bevölkerungsgruppen hat sich deutlich gebessert. Dennoch leben nach Angaben der Weltbank weiterhin etwa fünf Prozent der indischen Bevölkerung in absoluter Armut. Konflikte mit Nachbarstaaten, insbesondere mit Pakistan und China, und zwischen unterschiedlichen gesellschaftlichen Gruppen, in erster Linie zwischen nationalistisch eingestellten Hindus und der muslimischen Minderheit, prägen die indische Politik. Der Ökonom Heribert Dieter untersucht die aktuellen Herausforderungen der indischen Wirtschafts- und Außenwirtschaftspolitik und berücksichtigt dabei auch die indische Geschichte sowie die Nachwirkungen der britischen Kolonialherrschaft. Unter Premierminister Narendra Modi verfolge die indische Regierung, so Dieter, eine deutlich selbstbewusstere Politik, die das Selbstverständnis einer aufstrebenden Großmacht hervorhebe und mit vielen Erfolgen die Wirtschaft konsolidiere und modernisiere.